

# FORSCHUNGEN ZUR BALTISCHEN GESCHICHTE

2  
2007

*Herausgegeben von*  
MATI LAUR und KARSTEN BRÜGGEMANN

*unter Mitwirkung von*  
ANTI SELART, ANDRIS LEVANS, ENN KÜNG,  
TÖNU TANNBERG, ÜLLE TARKIAINEN

*in Verbindung mit*  
TORBJÖRN ENG (UPPSALA), INDREK JÜRJO (TALLINN),  
DETLEF HENNING (LÜNEBURG), JUHAN KREEM (TALLINN),  
KONRAD MAIER (LÜNEBURG), ILGVARIS MISĀNS (RIGA),  
EVGENIJA NAZAROVA (MOSKAU), KATRI RAIK (NARVA/TARTU),  
DAVID J. SMITH (GLASGOW), GVIDO STRAUBE (RIGA),  
RALPH TUCHTENHAGEN (HAMBURG), HORST WERNICKE (GREIFSWALD),  
SEPPO ZETTERBERG (HELSINKI/JYVÄSKYLÄ)



**Forschungen zur baltischen Geschichte - Bd. 2**  
hrsg. von MATI LAUR und KARSTEN BRÜGGEMANN  
Tartu: Akadeemiline Ajalooselts, 2007

Redaktion und Drucklegung wurden gefördert  
mit Mitteln der Republik Estland  
*Sihifinantseerimine* TFLAJ 2700  
und der Lettischen Universität in Riga

**Redaktion:** Sirje Tamul  
Institut für Geschichte und Archäologie der Universität Tartu  
Ülikooli 18, Tartu, Estland, EE-50090  
e-mail: sirje.tamul@ut.ee

Bestellungen und Manuskripte werden durch die Redaktion erbeten

**Umschlag:** Irina Tammis  
**Satz:** Meelis Friedenthal

ISSN 1736-4132

© Akadeemiline Ajalooselts, 2007  
Alle Rechte vorbehalten

Printed in Estonia

# INHALT

VORWORT

ORTSNAMENKONKORDANZ

## AUFSÄTZE

PIRET LOTMAN: Der Kirchenstreit zwischen schwedischen und deutschen Geistlichen in Nyen	9
MĀRĪTE JAKOVĻEVA: Die Beziehungen zwischen Herzog Jakob von Kurland und Russland	24
AIVAR PÖLDVEE: Esten, Schweden und Deutsche im Kirchspiel St. Matthias und Kreuz im 17. Jahrhundert	57
EA JANSEN: Das „Baltentum“, die Deutschbalten und die Esten	71
KALERVO HOVI: Veränderungen der Schwerpunkte in der französischen Baltikumpolitik 1918–1927	112
INETA LIPŠA: Frauen in den Parlamentswahlen der Republik Lettland 1920–1934	127
ILGVARS BUTULIS: Auswirkungen der autoritären Ideologie von Kārlis Ulmanis auf die lettische Geschichtsschreibung	149
VITA ZELČE: Die ersten sowjetischen Zeitdokumente der Nachkriegszeit: Kalender für das Jahr 1945	159
TÖNU TANNBERG: Der Kreml und die baltische Frage 1956	173

## MITTEILUNGEN

GEIU ROHTLA: Die Universität als Musikzentrum der Stadt Dorpat in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts: einige Einblicke in das Forschungsgebiet	197
GVIDO STRAUBE: Zu den Institutionen der historischen Forschung in Lettland	203
INESIS FELDMANIS: Im Fachbereich Geschichte verteidigte Promotions- und Habilitationsarbeiten in Lettland 1991–2006	208

## BESPRECHUNGEN

Malev [Der Trupp]. Komödie (von LINDA KALJUNDI)	219
TIINA KALA, JUHAN KREEM, ANU MÄND: Kümme keskaegset talinlast [Zehn mittelalterliche Revalenser] (von INNA PÖLTSAM-JÜRJO)	225
Latvijas viduslaiku pilis [Die mittelalterlichen Burgen Lettlands] (von ANNELI RANDLA)	229

TÕNU RAID: Eesti teedevõrgu kujunemine [Die Herausbildung des Straßennetzes in Estland] (von ENN KÜNG)	237
Protokolle des Windauer Rates und der Kaufmannsgilde im 18. Jahrhundert / Ventspils rātes un tirgotāju ģildes 18. gadsimta protokoli (von ILGVARS MISĀNS)	249
INDREK JÜRJO: Aufklärung im Baltikum. Leben und Werk des livländischen Gelehrten August Wilhelm Hupel (1737–1819) (von ULRICH KRONAUER)	253
Vene aeg Eestis. Uurimusi 16. sajandi keskpaigast kuni 20. sajandi alguseni [Die russische Zeit in Estland. Studien von der Mitte des 16. Jahrhunderts bis zu Beginn des 20. Jahrhunderts] (von МАТИ LAUR)	256
СЕРГЕЙ Г. ИСАКОВ: ОЧЕРКИ ИСТОРИИ РУССКОЙ КУЛЬТУРЫ В ЭСТОНИИ [Beiträge zur Geschichte der russischen Kultur in Estland] (von CSABA JÁNOS KENÉZ)	261
ЮРИЙ В. АЛЕКСЕЕВ, АНДРЕЙ Г. МАНАКОВ: НАРОД СЕТУ: МЕЖДУ РОССИЕЙ И ЭСТОНИЕЙ [Das Volk Setu zwischen Russland und Estland] (von ОТТ КУРС)	263
KERSTI LUST: Pärisorjast päriskohaomanikuks. Talurahva emantsipatsioon eestikeelse Liivimaa kroonukülas 1819–1915 [Vom Leibeigenen zum Erbeigentümer eines Bauernhofs. Die Bauernbefreiung auf den Domänengütern des estnischen Teils Livlands 1819–1915] (von ALEKSANDER LOIT)	270
DAINA BLEIERE, ILGVARS BUTULIS, ANTONIJS ZUNDA, INESSIS FELDMANIS, AIVARS STRANGA: Latvijas vēsture. 20. gadsimts [Geschichte Lettlands. 20. Jahrhundert] (von TÕNU TANNBERG)	278
Eesti ajalugu VI: Vabadussõjast taasiseseisvumiseni [Estnische Geschichte, Bd. VI: Vom Estnischen Freiheitskrieg bis zur Wiedererlangung der Unabhängigkeit] (von INDREK JÜRJO)	281
REIGO ROSENTHAL: Loodearmee [Die Nordwest-Armee] (von KARSTEN BRÜGGEMANN)	285
VITA ZELČE, VINETA SPRUGAINE: Marginālās jeb 1376. fonds [Die Marginalen oder der Bestand Nr. 1376] (von INETA LIPŠA)	292
RUTH BETTINA BIRN: Die Sicherheitspolizei in Estland 1941–1944. Eine Studie zur Kollaboration im Osten; ESTONIA 1940–1945. Reports of the Estonian International Commission for the Investigation of Crimes Against Humanity (von OLAF MERTELSMANN)	297
HENNING VON WISTINGHAUSEN: Im freien Estland. Erinnerungen des ersten deutschen Botschafters 1991–1995 (von KONRAD MAIER)	304

## LIEBE LESERINNEN & LESER,

---

die zweite Ausgabe eines Jahrbuchs von der Art unserer „Forschungen zur baltischen Geschichte“ braucht kein programmatisches Vorwort, denn Absichten und Ziele dieser Publikation sind bereits im ersten Band 2006 hinreichend erklärt worden. Daher kann gleich vermeldet werden, dass es der Redaktion – wie vor einem Jahr angekündigt – gelungen ist, für die nun pünktlich zum 60. Historikertreffen der Baltischen Historischen Kommission in Göttingen vorliegende Fortsetzung der Zeitschrift den Kreis der Autorinnen und Autoren über die Grenzen Estlands hinaus zu erweitern. Vor allem der Einbezug lettischer Kollegen war uns ein Herzensanliegen und wir wissen, wie viel Dank wir dafür Andris Levans schulden, der als „unser Mann in Riga“ Auswahl, Übersetzung und Koordination der lettischen Beiträge übernommen hat. Dass auch ein finnischer Beitrag aufgenommen wurde, soll nicht in erster Linie darauf hinweisen, wie unscharf der Begriff „baltisch“ unter Umständen immer noch ist, sondern ist als Beleg dafür gedacht, dass die Seiten dieser Zeitschrift prinzipiell für alle regional relevanten Forschungen offen sind. Selbstverständlich wird dabei auch weiterhin ein Schwergewicht auf Arbeiten aus Lettland, Estland und in der Zukunft hoffentlich auch aus Litauen liegen.

Die alte Weisheit von der zweiten Platte, die immer die schwerste ist, wird durch die „Karriere“ manch eines mittlerweile vergessenen Popsternchens belegt. Nun gibt es eigentlich schon lange keine „Platten“ mehr und man munkelt, das Ende der CD sei auch nicht mehr fern, zumindest sei das Albumformat am Aussterben. Wie dem auch sei, konservativ wie die historische Zunft nun mal von Amts wegen ist, dürfte das Format des Sammelwerks sich wohl noch eine Weile behaupten können, auch wenn das haptische Erleben der LP nur noch eine Nischenexistenz sichert. Aber ist nicht baltische Geschichte ohnehin zur Nische verdammt, auch wenn sie auf gut Deutsch heute als *area studies* daherkommt? In dieser Nummer liegt ein kleiner Schwerpunkt gerade auf den – um ein Modewort zu strapazieren – transnationalen Verflechtungen der Region, die das enge Regionalkorsett in Richtung Schweden, Frankreich und Russland aufbrechen. Auch die letzte Arbeit der kürzlich verstorbenen *grand old lady* der estnischen Historiographie Ea Jansen (1921-2005) beschäftigt sich mit einer Art transnationaler Nationalgeschichte, indem sie anhand der modernen Genese des Begriffs „baltisch“ als Ethno- und Toponym einen Beitrag zum *mental mapping* im Baltikum der späten Zarenzeit liefert. Außerdem präsentieren wir – ganz transmedial! – die Rezension eines estnischen „Historienfilms“, der jedoch der mittlerweile sprichwörtlich gewordenen Fixierung der nationalen Historiographien Ostmitteleuropas auf die eigene „Meistererzählung“ fulminant

und sehr estnisch ein Schnippchen schlägt. Leider konnten wir aus lizenzrechtlichen Gründen die DVD nicht beilegen, sie ist aber in jedem gut sortierten Geschäft des Landes erhältlich (mit zumindest englischen und russischen Untertiteln).

Damit kommen wir zu den auch diesmal sehr ernst gemeinten Dank-sagungen zumal an die Übersetzerinnen, ohne deren Arbeit dieser Band schließlich nicht zustande gekommen wäre. Unser herzlicher Dank geht daher an Anu Aibel-Jürgenson, Jana Eglite, Inessa Ivančikova, Ragne Oja, Eve Pormeister, Astri Schönfelder, Kai Tafenau und Tea Vassiljeva. Trotz der branchenüblichen Überlastung haben die muttersprachlichen Mitglieder des internationalen Redaktionskollegiums bei der Überarbeitung der Übersetzungen wertvolle Hilfe geleistet. Ein spezieller Dank gebührt Prof. Dr. Erwin Oberländer, der – zunächst unabhängig von den „Forschungen“ – den Beitrag über Kurland sprachlich druckreif gemacht hat. Für das Layout und die optische Gestaltung dieses Jahrbuchs bedanken wir uns schließlich bei Irina Tamis und Meelis Friedenthal.

Das solch ein arbeitsintensives Projekt nicht allein mit Idealismus auf die Beine gestellt werden kann, ist eine Binsenweisheit. Die „Forschungen“ haben deshalb in diesem Jahr finanzielle Unterstützung vom Wissenschaftsfonds der Republik Estland, der estnischen Akademischen Historischen Gesellschaft und der Fakultät für Geschichte und Philosophie der Lettischen Universität in Riga erfahren.

Abschließend sei einem der Herausgeber noch ein persönlicher Dank erlaubt. Ein großer Teil der sprachlichen Endkorrekturen fand dieses Jahr in Helsinki statt – mit dem Panorama des nächtlichen Hafens vor Augen, wo jeden Abend um 21.00 die MS „Rosella“ nach Tallinn ablegte. Für die ungemein inspirierenden Arbeitsbedingungen sei dem „Hotel Skatta“, dem mehr als 100 Jahre alten Seemannsheim Helsinkis, an dieser Stelle gedankt – wie auch der Deutschen Forschungsgemeinschaft, die diesen Forschungsaufenthalt ermöglicht hat.

Und nun wünschen wir viel Vergnügen bei der Lektüre, wobei der zumindest für baltische Verhältnisse sehr umfangreiche Besprechungs- teil einen guten Einstieg in die aktuellen Debatten um die Geschichte der baltischen Region gibt.

im April 2007

KARSTEN BRÜGGEMANN  
MATI LAUR

## ORTSNAMENKONKORDANZ

---

Allentacken – Alutaguse	Kokenhusen – Koknese
Altona – Altene	Kremon – Krimulda
Arrasch – Araiši	Kreuz – (Harju-)Risti
Ascheraden – Aizkraukle	Lahoküll – Laoküla
Babat – Babate	Leal – Lihula
Barbern – Bārbele	Lemsal – Limbaži
Bauske – Bauska	Lennewarden – Lielvārde
Birsen – Biržai	Libau – Liepāja
Born, Groß- – Lielborne	Livländische Aa – Gauja (lett.), Koiva (estn.)
Dagö – Hiiumaa	Ludsen – Ludza
Dahlen – Dole	Machters – Mahtra
Dahlen, Alt- – Vecdole	Marienburg – Alūksne
Doblen – Dobeļe	Marienhausen – Viļaka
Dondangen – Dundaga	Matthias, St. – Harju-Madise
Dorpat – Tartu	Merremois – Meremõisa
Düna – Daugava	Mitau – Jelgava
Dünaburg – Daugavpils	Moon – Muhu
Dünamünde – Daugavgrīva	Neugut – hier: Vecmuiža
Eckau – Iecava	Oberpahlen – Põltsamaa
Ellern – Elerne	Ochter – Ohtra
Essern – Ezerne	Ösel – Saaremaa
Ewstschanz – Aiviekste	Packerort – Pakri (Halbinsel)
Fellin – Viljandi	Padis – Padise
Friedrichstadt – Jaunjelgava	Pallas – Pallaste
Goldingen – Kuldīga	Pebalg – Piebalga
Grobin – Grobiņa	Pernau – Pärnu
Hapsal – Haapsalu	Pilten – Piltene
Hasenpoth – Aizpute	Pixtern – Pikstere
Holm – Mārtiņsala	Poswol – Pasvalys
Illuxt – Ilūkste	Pühhajõggi – Pühajõe
Jaggowal – Jägala	Reval – Tallinn
Jerwen – Järvamaa	Rogö, Groß- – Suur-Pakri
Johannis, St. – hier: Järva-Jaani	Rogö, Klein- – Väike-Pakri
Kahhal – Kahala	Ronneburg – Rauna
Kannapäh – Kanepi	Rosenbeck – Rozbeķe
Kardis – Kārde	Rositten – Rēzekne
Kegel – Keila	Salis – Salaca
Kirsal – Kersalu	Schrunden – Skrunda
Kleinjungfernhof – Mazjumprava	

Ortsnamenkonkordanz

Schwanenburg – Gulbene	Waimastfer – Vaimastvere
Segewold – Sigulda	Walk – Valga (estn.), Valka (lett.)
Selburg – Sēlpils	Warbus – Varbuse
Sehren – Sērene	Wenden – Cēsis
Setzen – Sece	Wesenberg – Rakvere
Tauerkaln – Taurkalne	Wichterpal – Vihterpalu
Trecknen – Trekņi	Wierland – Virumaa
Treiden – Turaida	Windau – Ventspils
Türsel – Tūrsamäe	Windsheim – Brunava
Üxküll – Iksķīle	Wolmar – Valmiera
Urbs – Urvaste	



# Der Kirchenstreit zwischen schwedischen und deutschen Geistlichen in Nyen

VON PIRET LOTMAN

Die schwedische merkantilistische Handelspolitik hat im Zeitraum von 1611 bis 1650 die planmäßige Gründung von mehr als dreißig neuen Städten auf dem Gebiet des Königreichs angeregt.<sup>1</sup> Die handelspolitischen Ziele und Hintergründe von Nyen, einer 1632 an der Ostgrenze des Schwedischen Reichs gegründeten Stadt sowie ihre Vorgeschichte hat bisher am ausführlichsten Enn KÜNG untersucht.<sup>2</sup> Der vorliegende Beitrag versucht aber auch andere Aspekte im Leben dieser heute in Vergessenheit geratenen Stadt zu beleuchten.<sup>3</sup>

Laut den Nyen verliehenen Privilegien war das Ziel der Gründung der Handelsstadt die Förderung der Kultur in und der Aufbau von Ingermanland sowie Wachstum und Wohlbefinden seiner Bevölkerung.<sup>4</sup> Hinter dieser zunächst formell klingenden Phrase verbirgt sich eine durchaus komplexe Problematik. Die geographische Lage Nyens als Grenzstadt und die nationale Vielfalt ihrer Bevölkerung bedingte in gewisser Weise auch Grenzzustände im Geistesleben, markierte dieses Gebiet doch die Grenze zwischen evangelischer und russisch-orthodoxer Kirche; darüber hinaus begegneten sich hier unterschiedliche Kulturen. Genauso wie bei der Abgrenzung des Profanen vom Sakralen waren auch in diesem Bereich die Grenzen oft verschwommen.

Das nach dem Friedensvertrag von Stolbovo 1617 an das schwedische Königreich angegliederte Ingermanland gehörte noch im 9. Jahrhundert zum finno-ugrischen Siedlungsgebiet. Im Zuge der russischen Kolonisation nahmen diese Stämme im Laufe der Jahrhunderte die orthodoxe

<sup>1</sup> ÅKE OHLMARKS, NILS ERIK BÆRENDTZ: *Svensk Kulturhistoria: svenska krönikan* [Kulturgeschichte Schwedens: die schwedische Chronik], Stockholm 1993, S. 254f.

<sup>2</sup> ENN KÜNG: *Nyen transiitkaubanduse keskusena Neeva jõe suudmealal 1632–1703* [Nyen als Zentrum des Transithandels im Mündungsgebiet des Flusses Neva 1632–1703], in: *Tuna* 2003, Nr. 2, S. 8-26; DERS.: *Die Entwicklung der Stadt Nyen im zweiten Viertel des 17. Jahrhunderts*, in: *Forschungen zur baltischen Geschichte* 1 (2006), S. 82-107.

<sup>3</sup> Die hier vorgelegten Ausführungen sind bereits in estnischer Sprache erschienen. Vgl. PIRET LOTMAN: *Unustatud uus linn* [Die vergessene neue Stadt], in: *Tuna* 2003, Nr. 3, S. 25-34.

<sup>4</sup> Die Privilegien der Königin Kristina für Nyen, 20.9.1642, in: *Sveriges Riksarkivet* (künftig: SR, Schwedisches Reichsarchiv, Stockholm), *Livonica* II: 678.

Religion an. Das Fürstentum Moskau dehnte sich gen Westen aus und zog dabei Russen, Krimtataren und andere russischsprachige Völker mit. Bereits zu Beginn der schwedischen Zeit dominierte in dieser Region der slawische Bevölkerungsanteil. In der Mitte des 17. Jahrhunderts waren 57,3 % der Landbevölkerung Ingermanlands orthodox, während die protestantischen Bauern vorwiegend als Neusiedler aus Finnland gekommen waren.<sup>5</sup> Die genaue ethnische Zusammensetzung der Bevölkerung lässt sich anhand der erhaltenen schriftlichen Quellen jedoch nur schwer bestimmen, da die Finnen als russisch-orthodox getaufte Personen russische Namen erhielten.<sup>6</sup>

Die Eroberung eines vorwiegend orthodox besiedelten Gebiets stellte die schwedische Regierung vor schwierige Aufgaben. Der Friedensvertrag bestimmte, dass nur Mönche und Stadtbürger das Recht besaßen, aus dem Reich auszuwandern, die Bauern mussten unter Androhung harter Strafen in den von den Schweden eroberten Gebieten bleiben, obwohl es sich als beinahe unmöglich erwies, ihre Flucht zu verhindern. Die Hauptgründe für diese Fluchtbewegung waren der Unwille der Orthodoxen, sich einer lutherischen Herrschaft zu beugen, sowie die Befürchtung, zum Protestantismus konvertieren zu müssen. Obwohl der Friedensvertrag den Ureinwohnern Ingermanlands Glaubensfreiheit zugesichert hatte, waren ihre Befürchtungen berechtigt, hatte doch die Kirchenversammlung von Uppsala 1593 die im lutherischen Glaubensbekenntnis verankerte religiöse Einheit des Reichs als staatsrechtlichen Grundsatz anerkannt. 1611 versprach Gustav II. Adolf bei seiner Krönungszeremonie die reine evangelische Religion zu beschützen und keine fremden religiösen Bräuche in seinem Reich zu dulden. Andersgläubige durften sich dort zwar aus wirtschaftlichen Gründen aufhalten, doch war ihnen die Ausübung ihres Glaubens nicht gestattet. Da einerseits die Konstanz der Besiedlung Ingermanlands für die Gewährleistung seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit kaum zu überschätzen war, und andererseits eine Abkehr vom Glaubensbekenntnis nicht in Frage kam, verlegte sich die schwedische Regierung auf eine gewaltlose Konversion der Orthodoxen – besonders, was ihre religiöse Bildung betraf. So lag der Beweggrund für die Herauslösung Ingermanlands aus dem Bistum Viborg und die Ernennung eines Superintendenten 1641

<sup>5</sup> KYÖSTI VÄÄNÄNEN: Herdaminne för Ingermanland. I. Lutherska stiftsstyrelsen, församlingarnas prästerskap och skollärare i Ingermanland under svenska tiden [Ingermanlands Geistlichkeit. I. Lutherisches Konsistorium, Ingermanlands Gemeindepriester und Schullehrer in der schwedischen Zeit], Helsingfors 1987, S. 15f.

<sup>6</sup> CARL ÖHLÄNDER: Om den svenska kyrkoreformationen uti Ingermanland. Ett bidrag till svenska kyrkans historia åren 1617–1704 [Über die schwedische Kirchenreformation in Ingermanland. Ein Beitrag zur Geschichte der schwedischen Kirche 1617–1704], Uppsala 1900, S. 5f.

eben in dem Bemühen, die bis jetzt ziemlich schleppend vorangekommene Konversion der Orthodoxen voranzutreiben.<sup>7</sup>

Während bei der orthodoxen Bevölkerung Ingermanlands die religiöse Identität schwerer wog als die ethnische Zugehörigkeit, entstanden innerhalb der lutherischen Kirche Konflikte gerade zwischen Deutschen und Schweden. Daher betrachten wir im Folgenden die Entwicklungen im Kirchen- und Bildungsleben der städtischen Neugründung Nyen, in der die deutschsprachigen Einwohner zwar dominierten, aber die geltenden Stadtrechte schwedischen Ursprungs waren.<sup>8</sup>

Die im 17. Jahrhundert im schwedischen Königreich gegründeten Städte stellten überwiegend aus Neusiedlern gebildete Agglomerationen dar, die für ein erfolgreiches städtisches Funktionieren keine feste Grundlage bildeten und daher oft mit den alten, bereits im Mittelalter errichteten Städten nicht konkurrieren konnten.<sup>9</sup> Der soziale Hintergrund von Nyen war zudem noch uneinheitlicher als derjenige der schwedischen oder finnischen Neusiedlungen. Im Gegensatz zu den Eckdaten der historischen Existenz der Stadt – von der Verleihung der Stadtrechte bis zur Eroberung im Nordischen Krieg (1700–1721) bleiben nur siebenzig Jahre, in denen Nyen auch noch im Russisch-Schwedischen Krieg von 1656–1661 zerstört wurde – ist ihr kulturelles Gepräge nur sehr schwer zu bestimmen. Die potentielle Bevölkerung der auf Grundlage des schwedischen Rechts errichteten Stadt war vorwiegend ostseefinnisch und lutherisch, zum Teil auch russischsprachig und orthodox. Aber die Absicht der Stadtgründer, eine starke Kaufmannsschicht zu formen, schuf eine günstige Basis für die Herausbildung einer maßgeblichen deutschen Bürgerschaft. Carl von Bonsdorff zufolge bezweckte die Regierung mit der Gründung von Nyen nicht etwa die Errichtung eines schwedischen Vorpostens gegen Russland, sondern wollte wohlhabende Kaufleute anlocken, die analog zu Narva, Reval und Viborg die russisch-schwedischen Handelsbeziehungen fördern sollten.<sup>10</sup> Doch befand sich von 1642–1651 in Nyen auch die Residenz des Generalgouverneurs von Ingermanland und Kexholm.

Nach Berechnungen von Enn Küng stellte die aus Viborg und Kexholms län stammende finnischsprachige Bevölkerung, die zum Großteil aus Handwerkern bestand, vor dem Russisch-Schwedischen Krieg von 1656–1661 den Hauptteil der Stadtbevölkerung. Insgesamt dürfte die Stadt damals nicht mehr als 2 000 Einwohner gehabt haben. Im Gegen-

---

<sup>7</sup> ALVIN ISBERG: Svensk segregations- och konversionspolitik i Ingermanland 1617–1704 [Schwedische Segregations- und Konversionspolitik in Ingermanland], Uppsala 1973, S. 10–16.

<sup>8</sup> Näher dazu KÜNG, Die Entwicklung der Stadt Nyen (wie Anm. 2), S. 96–100.

<sup>9</sup> MATS HELLSSPONG, ORVAR LÖFGREN: Land och stad [Land und Stadt], Lund 1972, S. 182f.

<sup>10</sup> CARL GABRIEL VON BONSDORFF: Nyen och Nyenskans: historisk skildring [Nyen und Nyenskans: eine historische Schilderung], Helsingfors 1891 (Acta Societatis scinetiarum Fennicae, XVIII), S. 396.

satz zur früheren Forschung betont Küng allerdings den großen Anteil von Beamten.<sup>11</sup> Die finnisch-schwedische Gemeinde bildete die unterste soziale Schicht der Stadt, zu der neben Arbeitern und Handwerkern nur wenige Kaufleute zählten. Die deutsche Gemeinde war zwar quantitativ klein, doch von nicht geringem sozialem Einfluss. Die Deutschen stellten die Oberschicht der Stadt und waren bemüht, in Nyen eine maßgebliche Stellung einzunehmen. Die Ratsherren waren vorwiegend gebürtige Deutsche, und auch der Schriftverkehr mit der schwedischen Regierung wurde auf Deutsch abgewickelt. Bonsdorff vermutet, dass der soziale Hintergrund der deutschen Bürger sehr unterschiedlich gewesen sei. Tatsächlich ist Ingermanland auch als schwedisches Sibirien bezeichnet worden. Das arme, sumpfige und karge Land mit seinen langen dunklen Wintern und den bedrohlichen Nachbarn bot eben keine derartige wirtschaftliche Sicherheit und vielfältiges Geistesleben wie die großen Handelsstädte. Hier suchten sich vorwiegend Abenteurer oder Gesetzesbrecher, die – nicht immer freiwillig – ihre Heimat verlassen hatten, eine Existenz. Unter Umständen waren sie geschäftstüchtig genug und besaßen das notwendige Durchsetzungsvermögen für ein Handelsunternehmen, aber in Hinblick auf ihr Bildungsniveau und ihre Sitten stellten sie zumindest in der ersten Hälfte des Jahrhunderts gewiss keine Vorbilder dar.<sup>12</sup>

Die Beziehungen zwischen der schwedischen Staatsmacht und der Stadt- bzw. Kirchenverwaltung waren in ganz Ingermanland kompliziert, und diese Spannungen spiegelten sich auch in religiösem Leben Nyens wieder. Die Trennlinie zwischen den verschiedenen sozialen Gruppen entstand hauptsächlich aufgrund der jeweiligen religiösen Identität. Die schwedisch-finnische Gemeinde, deren Kirche sich ca. 50 Meter vom Flussufer entfernt im südlichen Stadtteil befand, wurde zum ersten Mal 1632 im Zusammenhang mit der Ernennung von Henricus Martin Fattebuur zum Nyener Pastor erwähnt.<sup>13</sup> Fattebuur war Sohn des Bürgermeisters von Viborg und hatte in Rostock, Frankfurt an der Oder und schließlich in Wittenberg studiert, wo er einen Magistergrad in Philosophie erwarb. Bevor er seine Arbeit in Nyen aufnahm, hatte er in Viborg als Rektor der Stadtschule und Assessor des Domkapitels fungiert.<sup>14</sup> 1634 wurde er zum Propst konfirmiert.<sup>15</sup> Als der schwedische Reichsrat am 21. Juli 1641 über die Ernennung des ersten Superintenden von Ingermanland diskutierte, wurde neben der Kandidatur von

<sup>11</sup> KÜNG, Die Entwicklung der Stadt Nyen (wie Anm. 2), S. 103.

<sup>12</sup> BONSDORFF, Nyen och Nyenskans (wie Anm. 10), S. 409f.

<sup>13</sup> П. Е. СОРОКИН: Ландскрона, Невское устье, Ниеншанц: 700 лет поселению на Неве [Landskrona, Neva-Mündung, Nyen: 700 Jahre Siedlung an der Neva], Санкт-Петербург 2001, S. 74.

<sup>14</sup> VÄÄNÄNEN, Herdaminne för Ingermanland (wie Anm. 5), S. 185.

<sup>15</sup> Brief von Henrik Fattebuur an Königin Kristina, 23.6.1642, in: SR, Livonica II: 208.

Heinrich Stahl, der diesen Posten erhielt, auch die von Henrik Fattebuur in Betracht gezogen, wobei man es ihm als Vorteil anrechnete, mit den Russen gut auszukommen. Allerdings sei sein privater Ruf mit dem „auf jede Art und Weise tugendhaften und lobenswerten“ Lebenswandel von Stahl nicht zu vergleichen.<sup>16</sup>

Die Errichtung einer deutschen Kirche in Nyen wurde erstmals 1636 in Betracht gezogen, als die Stadtbewohner hierfür beim Generalgouverneur Bengt Oxerstierna erfolglos um staatliche Unterstützung baten.<sup>17</sup> Anfang der 1640er Jahre wurden zwei deutsche Studenten nach Nyen berufen, um bei den Familien der deutschen Gemeinde zu predigen und ihnen Bibelunterricht zu geben. Auf Verlangen des Konsistoriums wurden sie jedoch schnell aus der Stadt ausgewiesen. Die schwedisch-finnischen Geistlichen waren gegen eine Trennung der deutschen Gemeinde, da dies eine Verminderung ihrer Einkommen zur Folge gehabt hätte.<sup>18</sup> In einem im Sommer 1642 an die Regierung gestellten Gesuch um die Bestätigung der Privilegien von Nyen wurde gleichzeitig die Genehmigung erbeten, deutsch- und schwedischsprachige Gottesdienste abzuhalten.<sup>19</sup> Superintendent Stahl hielt den Wunsch der deutschen Bürger nach einer Liturgie in ihrer Muttersprache für begründet und bat die Regierung, den Antrag zu genehmigen.<sup>20</sup> Allerdings hieß es in einer Resolution der Regierung vom 31. August 1646 an Stahl, dass die Stadt deutsche Prediger nicht nötig habe, da die Anzahl der Deutschen dort zu gering sei. Dennoch wurde zwei Jahre später nach Verhandlungen mit dem Generalgouverneur und dem Magistrat ein deutscher Prediger in die Stadt berufen: Daniel Brockhausen, der zuvor zwei Jahre bei Generalgouverneur Carl Mörner als Hofmeister gearbeitet hatte.<sup>21</sup> Kyösti Väänänen zufolge stammte Brockhausen aus Hinterpommern, hatte in Greifswald studiert und auch bei der deutschen Gemeinde in Narva als Diakon gedient.<sup>22</sup> In Nyen gehörte es zu seinen Aufgaben, den deutschen Stadtbewohnern und den durchreisenden deutschen Kaufleuten die Sakramente zu erteilen sowie im Gottesdienst am Sonntagabend und während einer Messe am jeden dritten Sonntag zu predigen. Zudem durfte er nach einer privaten Vereinbarung die Kinder der Adligen und Kaufleute auf dem Niveau der Trivialstufe unterrichten. Hingegen durfte

---

<sup>16</sup> Svenska Riksrådets Protokoll [Protokoll des Schwedischen Reichsrats], Bd. VI-II, Stockholm 1898, S. 661.

<sup>17</sup> KÜNG, Die Entwicklung der Stadt Nyen (wie Anm. 2), S. 94.

<sup>18</sup> BONSDORFF, Nyen och Nyenskans (wie Anm. 10), S. 440.

<sup>19</sup> Schreiben der Einwohner von Nyen an Königin Kristina, 25.6.1642, in: SR, Livonica II: 207; siehe auch KÜNG, Die Entwicklung der Stadt Nyen (wie Anm. 2), S. 96f.

<sup>20</sup> Brief Stahls an Axel Oxenstrierna, Nyen, 8.10.1643, in: SR, E-732.

<sup>21</sup> BONSDORFF, Nyen och Nyenskans (wie Anm. 10), S. 441.

<sup>22</sup> VÄÄNÄNEN, Herdaminne för Ingermanland (wie Anm. 5), S. 162.

er sich nicht in die dienstlichen Angelegenheiten anderer Pastoren einmischen oder gar deren Einkommen für sich beanspruchen.<sup>23</sup>

Dennoch gaben die Deutschen von Nyen den Gedanken an die Errichtung einer selbständigen Gemeinde nicht auf und beantragten zusätzlich die Genehmigung, eine eigene Kirche zu bauen. Auch in dieser Frage erhielten sie Unterstützung von Superintendent Stahl. Am 6. September 1649 wurde ihnen aufgrund einer Resolution Königin Kristinas erlaubt, eine Kirche auf eigene Kosten zu bauen – unter der Bedingung freilich, dass die Kirchenverwaltung das Patronatsrecht ausübe und die Gemeinde unter der Aufsicht des Konsistoriums stehe. Unter dem Vorwand, es seien noch Befestigungsarbeiten durchzuführen, fand Generalgouverneur Erik Stenbock jedoch jahrelang kein geeignetes Grundstück für die deutsche Kirche. Gleichzeitig beklagte sich Erlandus Jonae Hiärne, der Pastor der schwedischen Gemeinde, in einem Brief über die Kirchenspaltung in Nyen, da die Teilung einer ohnehin schon kleinen Gemeinde seiner Meinung nach nur verheerende Folgen nach sich ziehe. Die Regierung löste diesen Konflikt aber im Sinne der Deutschen. Denn in Nyen standen die Wirtschaftsinteressen des Staates an erster Stelle, weshalb Zugeständnisse an die deutschen Kaufleute zwingend erforderlich waren. Am 16. September 1653 setzte schließlich die Königin Daniel Brockhausen als Pastor der deutschen Gemeinde von Nyen mit einem Jahresgehalt von hundert Reichstalern ein. Kurz darauf, am 19. Oktober, verpflichtete sie Generalgouverneur Stenbock, ein geeignetes Grundstück für den Bau der Kirche zu finden und das Vorankommen der Arbeiten zu beaufsichtigen.<sup>24</sup> Allerdings gibt es keine Angaben darüber, dass in Nyen vor dem Kriegsausbruch 1656 mit dem Bau der deutschen Kirche begonnen worden wäre.

Der schwedische Pastor Hiärne war zuvor sogar ohne Zustimmung des Konsistoriums aus Nyen nach Stockholm gefahren, um dort die Abschaffung der deutschen Pastorenstelle zu erreichen.<sup>25</sup> Zwar wurde er in der Hauptstadt von der Königin empfangen, doch nahm die Reise auf der herbstlichen stürmischen See für ihn einen schicksalhaften Ausgang: Er erkrankte auf dem Rückweg und starb im Februar des folgenden Jahres.<sup>26</sup>

Das Amt des deutschen Gemeindepfarrers in Nyen bekleidete vor dem Krieg ein Jahr lang Michael Scholbach. Der Sohn eines Revaler Bürgers hatte am dortigen Gymnasium sowie an den Universitäten Dorpat, Königsberg und Rostock studiert<sup>27</sup> und zuvor der deutschen Gemeinde in Narva gedient. Nachdem der Magistrat von Narva 1650 Salomon

<sup>23</sup> BONSDORFF, Nyen och Nyenskans (wie Anm. 10), S. 441.

<sup>24</sup> Ebenda, S. 442.

<sup>25</sup> Brief Stahls an Axel Oxenstrierna vom 14.6.1653, in: SR, E-732.

<sup>26</sup> OLOF STRANDBERG: Urban Hiärnes ungdom och diktning [Die Jugend und das Schaffen von Urban Hiärne], Stockholm 1942, S. 15.

<sup>27</sup> VÄÄNÄNEN, Herdaminne för Ingermanland (wie Anm. 5), S. 271.

Matthiae aus Dorpat zum zweiten Pfarrer berufen hatte und dieser bald zum *pastori primario*<sup>28</sup> aufgestiegen war, sah sich der beleidigte Scholbach zum *sacellanum* degradiert, verließ sein neues, geräumiges Steinhaus in Narva und nahm die Pastorenstelle in Nyen an, die man ihm angeboten hatte. Als Nyen in Schutt und Asche lag, war er jedoch gezwungen, wieder nach Narva zurückzukehren.<sup>29</sup> Scholbach wurde später Propst in Wierland und Allentacken.

Die Gegensätze zwischen der deutschen und der schwedischen Gemeinde sorgten für Spannungen im religiösen Leben aller schwedischen Städte mit einer starken deutschen Kaufmannsschicht.<sup>30</sup> Die Hintergründe für den Streit der schwedischen und deutschen Gemeinden sind dabei nicht nur in verschiedenen Machtkämpfen und wirtschaftlichen Interessen zu suchen, sondern auch in den unterschiedlichen Entwicklungen der Kirchentradition im jeweiligen Mutterland. Obwohl die Reformation in Schweden ihrem Wesen nach lutherisch war, nahm die kirchliche Organisation eine eigenständige Entwicklung, wobei die historische Kontinuität mit der mittelalterlichen Kirche beibehalten wurde.<sup>31</sup> Es gab Unterschiede im Kirchenkalender, zudem waren in der schwedischen Liturgie sehr viel mehr katholische Elemente erhalten geblieben. Zum Beispiel trug der Pastor in der schwedischen Kirche von Ingermanland ein Messgewand, und das Abendmahl wurde kniend empfangen.<sup>32</sup> In Ingermanland, das eigentlich als Missionsgebiet galt, traten die unterschiedlichen Mentalitäten der schwedischen und deutschen Pastoren besonders scharf in Erscheinung. Der Streit zwischen Erlanus Hiärne und Daniel Brockhausen war für Ingermanland kennzeichnend, und seine Hintergründe sind sowohl im Bildungsweg als auch in der Lebenshaltung dieser beiden Geistlichen zu suchen.

Die Bildungskarriere Hiärnes lief in den für einen schwedischen Pastor des 17. Jahrhunderts gewohnten Bahnen. Laut der schwedischen Schulverordnung von 1611 konnte niemand zum Pfarrer geweiht werden, der nicht zwei Jahre lang eine Kathedralschule oder Universität besucht hatte. Von einem Pastor wurde nicht nur erwartet, dass er über theologisches Wissen verfügte und die Rhetorik beherrschte, sondern auch des Lateinischen, Griechischen und Hebräischen mächtig war. In der Regel setzte derjenige, der zum Geistlichen geweiht wurde, sein Studium an

<sup>28</sup> Schreiben des Rats von Narva, 22.8.1654, in: SR, Livonica II: 205.

<sup>29</sup> Brief von Scholbach, 22.8.1656, in: SR, Livonica II: 205.

<sup>30</sup> Siehe auch JAAK NABER: *Motsättningarnas Narva. Statlig svenskhetspolitik och tyskt lokalvälde i ett statsreglerat samhälle, 1581–1704* [Das Narva der Gegensätze. Die staatliche Schwedisierungspolitik und die lokale deutsche Herrschaft in der staatlich regulierten Gesellschaft], Uppsala 1995 (Opuscula Historica Upsaliensia, 15).

<sup>31</sup> EDUARD RHODE: *Studier i den Svenska Reformationstidens liturgiska tradition* [Studien über die liturgische Tradition in Schweden während der Reformationszeit], Uppsala 1917, S. 1.

<sup>32</sup> Brief von Stahl und Albogius, undatiert, in: SR, Livonica II: 202.

der Universität fort, zumal sich die Kirchensynoden unter anderem zum Ziel gesetzt hatten, die beruflichen Fähigkeiten und Kenntnisse der Geistlichen zu vertiefen.<sup>33</sup> Sowohl in den evangelischen als auch in den katholischen Ländern bemühte sich die Kirchenobrigkeit im 17. Jahrhundert, eine gewisse kulturelle Distanz zwischen den Geistlichen und den übrigen Gesellschaftsschichten zu wahren, allerdings blieb das in Schweden ohne merklichen Erfolg. Die schwedischen Kleriker waren oft bäuerlicher Herkunft, und sie begriffen sich selbst als Mitglieder der bäuerlichen Gesellschaft.<sup>34</sup> Urban Hiärne beschrieb seinen Vater als einen bescheidenen, frommen und ehrlichen Mann, dem jede Art von Habgier fremd gewesen sei, der keinerlei Listen gekannt habe und der mit dem zufrieden gewesen sei, was er hatte; als freigiebiger Gastgeber habe er jedermann bewirtet, ob auf dem Lande oder in Nyen – sein Haus stand für alle offen.<sup>35</sup> Als typischer schwedischer Landgeistlicher des 17. Jahrhunderts waren Bildung und christliche Erziehung des Volkes sein Lebensinhalt.

Brockhausen hingegen war schon durch seine Karriere als Hofmeister und Privatpastor eines Adligen vom Gemeindeleben ausgeschlossen, doch ermöglichte sie ihm gleichzeitig, sich über das Konsistorium hinwegzusetzen. Andere Geistliche deutscher Herkunft hatten eine ähnliche berufliche Laufbahn hinter sich. Bei diesem Profilierungssystem bestand allerdings die Gefahr, dass Studenten mit zweifelhafter Ausbildung zu Geistlichen ordiniert wurden oder der Adel sie bald in Ämter hineinzuschleusen versuchte, für die es eigentlich auch würdigere Kandidaten gegeben hätte.<sup>36</sup>

Als am 1. Juni 1656 die Russen Nyen angriffen und niederbrannten, flüchtete Brockhausen nach Narva und kehrte erst nach dem Krieg wieder zurück.<sup>37</sup> Der inzwischen etwas abgeflaute Streit brach nun mit voller Kraft wieder aus. 1661 setzte Superintendent Johannes Gezelius Brockhausen wegen Unverschämtheit und Amtuntauglichkeit kurzerhand ab. In gleichem Jahr wurde er als Pastor zur Gemeinde von Moloskovič berufen, aber auch diese Stelle wurde ihm bald wieder gekündigt. Als das Konsistorialgericht den Fall verhandelte, kamen erneut seine unzähligen Auseinandersetzungen mit verschiedensten Personen ans Tageslicht – mit Adligen und Kaufleuten, mit Geistlichen und Weltlichen, mit Deutschen und Schweden, so dass das Fortwirken dieses „von Anfang an

<sup>33</sup> GÖRAN MALMSTED: *Bondetro och kyrkoro: religiös mentalitet i stormaktstidens Sverige* [Der Glauben der Bauern und die Kirchenunruhen: die religiöse Mentalität während der schwedischen Großmachtszeit], Lund 2002, S. 74f.

<sup>34</sup> Ebenda, S. 123-125.

<sup>35</sup> STRANDBERG, *Urban Hiärnes ungdom* (wie Anm. 26), S. 16.

<sup>36</sup> JAN LIEDGREN: *Tillkomsten av drottning Christinas privilegier för prästeståndet* [Über die Entstehung von Königin Kristinas Privilegien für die Geistlichkeit], in: *Kyrkohistorisk årsskrift 1939* [Jahrbuch für Kirchengeschichte 1939], Uppsala 1940, S. 146-192, hier S. 151.

<sup>37</sup> VÄÄNÄNEN, *Herdaminne för Ingermanland* (wie Anm. 5), S. 162.



unruhigen und den für einen Pastoren unangemessenen Lebenswandel führenden Menschen“ in einem geistlichen Amt in Ingermanland nicht mehr tragbar erschien.<sup>38</sup> 1664 übernahm Daniel Brockhausen schließlich das Amt des Pfarrers in Vaivara, dort ist er 1671 auch gestorben.<sup>39</sup>

Im Oktober 1662 wurde der aus Rostock stammende, an der dortigen Universität und in Königsberg ausgebildete Magister Henricus Frisius zum neuen Pastor der deutschen Gemeinde in Nyen ernannt.<sup>40</sup> Während über Konflikte dieses Geistlichen mit der schwedischen Gemeinde nichts bekannt ist, treten diejenigen seines Nachfolgers, Magister Joachim Meincke, umso mehr in Erscheinung.<sup>41</sup> Meincke stammte aus Wismar, hatte in Rostock und Leipzig studiert, und seine berufliche Laufbahn als Pastor der deutschen Gemeinde in Narva begonnen. Seine scharfen und beleidigenden Kanzelreden brachten die Narvaer Bürger so weit, dass sie 1668 beschlossen, ihn eigenhändig gefangen zu setzen. 1671 wurde Meincke, dieser „besonders unruhige“ Mann, als Pastor nach Nyen verbannt. 1683 erhielt er einen Ruf an die deutsche Gemeinde in Moskau, doch kam es auch dort zu Streitereien mit den Gemeinemitgliedern.<sup>42</sup>

1671 wurde in Nyen eine Kirche fertig gestellt, die beiden Gemeinden zur Verfügung stand.<sup>43</sup> Die Streitigkeiten verminderte dies freilich nicht. Die Auseinandersetzungen verschärften sich vor allem während der Amtszeit des Superintendenten Petrus Bång, der um die Vereinheitlichung der evangelischen Kirche Ingermanlands besonders bemüht war, wobei er die Erfahrungen Schwedens und die hier üblichen Verfahren anzuwenden wusste.<sup>44</sup> Der Doktor der Theologie Bång besaß eine glänzende Persönlichkeit, die sich im Laufe seiner Studienjahre an berühmten nordischen, deutschen und holländischen Universitäten entfalten konnte. Vor seiner Ankunft in Ingermanland war er als Kirchherr in Schweden und Finnland tätig gewesen und hatte als Professor an der Universität Åbo sowie als Mitglied des Reichsrats fungiert. Eine besondere Anerkennung verdiente sich Bång aber als Kirchenhistoriker: Er verfasste die erste systematische schwedische Kirchengeschichte.<sup>45</sup> In einer wahrscheinlich 1678 aufgesetzten und bei der Regierung in Stockholm eingereichten Bittschrift der schwedischen Gemeinde Narvas wurde beantragt, Petrus Bång zum Superintendenten von Ingermanland zu ernennen, da „ein so gebildeter Mann dringend in diesem Land, wo

<sup>38</sup> Schreiben des Konsistorialgerichts, Narva, 5.8.1663, in: SR, Livonica II: 483.

<sup>39</sup> Ebstlands Geistlichkeit in geordneter Zeit- und Reihenfolge, zusammengestellt von HUGO RICHARD PAUCKER, Reval 1849, S. 156. Dieses Lexikon verwendet die Namensform Daniel Bruchhausen. Für diesen Hinweis danke ich Dr. Vello Helk.

<sup>40</sup> VÄÄNÄNEN, Herdaminne för Ingermanland (wie Anm. 5), S. 192.

<sup>41</sup> BONSDORFF, Nyen och Nyenskans (wie Anm. 10), S. 444.

<sup>42</sup> VÄÄNÄNEN, Herdaminne för Ingermanland (wie Anm. 5), S. 238.

<sup>43</sup> СОРОКИН, Ландскрона (wie Anm. 13), S. 65.

<sup>44</sup> ISBERG, Svensk segregations- och konversionspolitik (wie Anm. 7), S. 75.

<sup>45</sup> VÄÄNÄNEN, Herdaminne för Ingermanland (wie Anm. 5), S. 167.

die verschiedenen Nationen und Religionen aufeinanderprallen, benötigt wird.<sup>46</sup>

Nach einer 1680 in Nyen durchgeführten Visitation kritisierte der Superintendent in einem an die Regierung gerichteten langen Beschwerdebrief die deutsche Gemeinde scharf, die sich nicht nur eigenmächtig das Patronatsrecht über die Kirche angeeignet habe, sondern auch die Anordnungen des Bischofs unbeachtet lasse.<sup>47</sup> In seiner Antwort beklagte sich der Magistrat wiederum über den Superintendenten, der seine Ambitionen bereits so weit treibe, dass er die Ratsherren wie unbedeutende Dorfpriester behandle. Tatsächlich ging es darum, dass der Superintendent während seiner in Narva und Nyen durchgeführten Generalvisitation alle Bürger examinieren wollte, egal ob es sich um einen Bauern oder einen Bürger handelte.<sup>48</sup> Das Kräftemessen des Superintendenten mit der deutschen Gemeinde fand 1682 seinen Abschluss, als Bång zum Bischof von Viborg geweiht wurde. Bonsdorff zufolge legte sich der Kirchenstreit daraufhin von selbst.<sup>49</sup>

Das größte Spannungsfeld im schwedischen Ingermanland – die Konversion der russisch-orthodoxen Gläubigen zum Protestantismus – ist im Leben Nyens kaum in Erscheinung getreten. Hier gab es keine russische Kirche und keinen orthodoxen Priester und die wenigen Rechtgläubigen wurden in einer russischen Kapelle am linken Nevaufer gegenüber der Stadt betreut.<sup>50</sup>

Ein gut durchdachtes Bildungssystem bildete die Grundlage für das schwedische Kirchenprogramm. Daher sah auch der Konversionsplan bezüglich Ingermanlands die Gründung neuer Schulen in dieser Provinz vor. Die ersten Nachrichten über eine Schule in Nyen stammen aus dem Jahr 1632, als Gouverneur Johan Skytte den Priester Henricus Fattebuur zum „Pädagogen und praeceptor“ der Nyener Schule ernannte und ihm auftrag, den jungen Menschen verschiedene Sprachen, besonders aber das Deutsche beizubringen.<sup>51</sup> Das Schulgebäude befand sich im Kirchengarten neben dem Pfarrhaus.<sup>52</sup> Väanänen zufolge wurde es in einer königlichen Verordnung vom 27. August 1634 als russische Schule bezeichnet. Kari Tarkiainen nimmt an, dass diese Bezeichnung von Fattebuurs Russischkenntnissen herrühre.<sup>53</sup> Die Schulmeister hießen

<sup>46</sup> Brief der schwedischen Gemeinde in Narva, undatiert (1678?), in: SR, Livonica II: 208.

<sup>47</sup> Schreiben von Petrus Bång an den König, undatiert, in: SR, Livonica II: 202.

<sup>48</sup> Schreiben des Bürgemeisters und des Rats von Nyen, 5.2.1681, in: SR, Livonica II: 207.

<sup>49</sup> BONSDORFF, Nyen och Nyenskans (wie Anm. 10), S. 443–445.

<sup>50</sup> Ebenda, S. 438.

<sup>51</sup> Ebenda, S. 446.

<sup>52</sup> СОРОКИН: Ландскрона, S. 74.

<sup>53</sup> KARI TARKIAINEN: Venäjätulkkit ja slavistikian harrastus Ruotsin valtakunnassa 1595–1661 [Die russischen Übersetzer und die Slavistik als Freizeitbeschäftigung in Schweden 1595–1661], Helsinki 1969 (Historiallinen Arkisto, 64), S. 43. – So-

hier „Rektor“; aus der Zeit von 1634 bis 1641 sind zwei von ihnen bekannt: Der wahrscheinlich aus Viborg stammende Johannes Henrici Porthan und der in Västerås geborene Petrus Andreae.<sup>54</sup>

Die Schule von Nyen entwickelte sich zum ersten nennenswerten Konkurrenten für die Viborger Schule. Am 2. Oktober 1635 beschwerten sich die Geistlichen des Bistums Viborg darüber, dass im Ingermanländischen Nyen eine Schule gegründet worden sei, von der man zwar keinen großen Nutzen erwarten könne, die aber doch der Viborger Kathedralenschule Schaden zufügen werde, indem diese sowohl Schüler als auch Geld für die Anstellung von Lehrern verliere. Der Vorschlag, die Schule abzureißen, wurde von der Regierung jedoch abgelehnt.<sup>55</sup>

Eine aus dem Jahr 1640 erhaltene Liste der Nyener Schulknaben zeigt, dass die Bedenken des Viborger Klerus durchaus berechtigt waren – von 39 Jungen, die einen finnischen oder schwedischen Namen trugen, kamen zwölf aus Viborg.<sup>56</sup> Die aus dem nächsten Jahr erhaltene Liste teilt die Jungen in drei Klassen. Keiner der Namen klingt slawisch; dadurch lässt sich auch das Verschwinden der russischen Sprache als Schulfach erklären.<sup>57</sup>

Im Herbst 1641 schrieb Superintendent Heinrich Stahl in einem Bericht an die Regierung, dass es in Nyen zwar eine Schule gebe, doch werde die dortige Jugend vernachlässigt, da der Lehrer bereits ein ganzes Jahr lang im Krankenbett lag.<sup>58</sup> Anfang 1642 berichtete Stahl, dass er auch in Jam(burg), Koporje und Nöteborg jeweils eine Kinderschule mit einem, in Ivangorod mit dreien und in Nyen mit vier Lehrern einzurichten beabsichtige, und dass sie alle neben einem Gehalt auch freie Kost und Logis erhalten sollen.<sup>59</sup>

1642 wurde die Nyener Schule offiziell in eine Trivialschule (Elementarschule) umgewandelt. Im Jahr darauf waren an ihr bereits drei Lehrer

---

wohl bei diesem Aufsatz als auch bei allen anderen Beiträgen, die Ingermanland behandeln, bin ich Dr. Kari Tarkiainen großen Dank schuldig, der mir im Schwedischen Staatsarchiv mit Ratschlägen, Publikationen und Kopien geholfen hat.

<sup>54</sup> VÄÄNÄNEN, Herdaminne för Ingermanland (wie Anm. 5), S. 46.

<sup>55</sup> Prästerkapets besvär och Postulata av Viborgs stift [Die Beschwerden und Postulate der Geistlichen des Bistums von Viborg], 2. okt. 1635, in: Finska prästerskapets besvär och Kongl. Majestäts därpå gifna resolutionen: från slutet af 1620-talet intill stora ofredens slut [Die Beschwerden der finnischen Geistlichkeit und die von Ihrer Königlichen Majestät erlassenen Resolutionen: vom Ende der 1620er Jahre bis zum Ende des Nordischen Krieges], hrsg. v. K. G. LEINBERG, Jyväskylä 1892, S. 31.

<sup>56</sup> Eesti Ajalooarhiiv (künftig: EAA, Estnisches Historisches Archiv, Tartu), Bestand 278, Findbuch 1, Akte XXIV:82, Bl. 427; siehe auch KÜNG, Die Entwicklung der Stadt Nyen (wie Anm. 2), S. 103.

<sup>57</sup> Liste der Nyener Schulknaben aus dem Jahn 1641, in: EAA, 278-1-XXIV:82, Bl. 428.

<sup>58</sup> Brief Stahls, 22.9.1641, in: SR, Livonica II: 202.

<sup>59</sup> Brief Stahls, 27.2.1642, in: Ebenda.

tätig.<sup>60</sup> Aus dem Jahr 1649 ist überliefert, dass in der Schule Logik, Rhetorik, Poetik und Grammatik unterrichtet wurden.<sup>61</sup> Die Schule hatte offensichtlich ein erstaunlich hohes Niveau. Urban Hiärne berichtete in seinen Erinnerungen, dass er hier so gut in Logik und Rhetorik unterrichtet worden sei, dass er schon als Zwölfjähriger mit seinen älteren Mitschülern diskutieren konnte. Aus den 1640er Jahren gibt es auch Nachrichten von einer kleinen deutschen Schule in Nyen.<sup>62</sup>

Für den Unterricht waren Schulbücher notwendig, doch hatten die Geistlichen und wohl auch die Stadtbürger Bedarf an Druckerzeugnissen. Allerdings wurden in Ingermanland zu dieser Zeit keine Bücher gedruckt.<sup>63</sup> Was für einen Weg ein Buch in der Zeit vor dem Russisch-Schwedischen Krieg zurücklegen musste, um nach Nyen zu gelangen, lässt sich anhand einer Bittschrift des Buchhändlers Peter Tilemann Hube rekonstruieren. Dieser war 1651 nach Ingermanland gekommen, wo er seinen Lebensunterhalt mit dem Verkauf von Büchern in Dorpat und Nyen verdiente – dies sei „seine beste Einkommensquelle“ gewesen. Während des Russisch-Schwedischen Krieges beklagte er sich darüber, dass er sich hierzulande mit seinem Beruf nicht mehr ernähren könne, da Dorpat vom Feind eingenommen sei und Nyen in Schutt und Asche liege. Aber der Bürgereid, von dem er sich unter der Verpflichtung freizusprechen suche, die Städte weiterhin mit Büchern zu versorgen, hindere ihn daran, das Land zu verlassen und entweder nach Stockholm oder nach Lübeck zu gehen.<sup>64</sup>

Einem Gerichtsverfahren aus dem Jahr 1655, das im Zusammenhang mit einem in der Nähe von Gotland auf Grund gelaufenen Schiff angelegt worden war, lässt sich entnehmen, dass Hube seine Bücher über Lübeck aus Nürnberg besorgt hatte.<sup>65</sup> Dabei war Hube in diesem Landstrich beileibe nicht der einzige Buchhändler. In einem undatierten Brief an den Rat von Narva beschwerte er sich über einen gewissen Jürgen Walde, der einen unerlaubten Kalenderverkauf betreibe, so dass bei ihm nun mehr als hundert Kalender Makulatur geworden seien.<sup>66</sup>

<sup>60</sup> VÄÄNÄNEN, Herdaminne för Ingermanland (wie Anm. 5), S. 46.

<sup>61</sup> BONSDORFF, Nyen och Nyenskans (wie Anm. 10), S. 450.

<sup>62</sup> Ebenda.

<sup>63</sup> SIRJE LUSMÄGI: Über die Bücher aus der Kirchenbibliothek zu Narva in der Estnischen Nationalbibliothek, in: Acta Bibliothecae Nationalis Estoniae VII, hrsg. von PIRET LOTMAN, Tallinn 1998, S. 53–62, hier S. 56.

<sup>64</sup> EAA, 1646-2-199, Bl. 1. Über das Austrittsverfahren aus dem Bürgerstand siehe ENN KÜNG: Narva kodanikkonnast 1581–1704 [Über die Bürgerschaft der Stadt Narva 1581–1704], in: Rootsi suurriigist Vene impeeriumisse [Aus dem schwedischen Großreich ins russische Imperium], Tartu 1998 (Eesti Ajalooarhiivi Toimetised, 3 [10]), S. 5–56, hier S. 38f.

<sup>65</sup> EAA, 1646-2-578, Bl. 1–36; Siehe auch FRIEDRICH PUKSOO: P. Tieleman Hube. Buchhändler in Tallinn und Narva um die Mitte des XVII. Jahrhunderts, in: Litterarum Societatis Esthonica 1838–1938. Liber Saecularis II, Tartu 1938, S. 510–528.

<sup>66</sup> EAA, 1646-2-199, Bl. 6.

Nach dem Russisch-Schwedischen Krieg wuchs der Einfluss der deutschen Bürger spürbar. Eine königliche Resolution aus dem Jahre 1671 verlieh dem Magistrat das Inspektionsrecht für die Schule, wobei solche Inspektionen mehrmals pro Jahr durchgeführt werden konnten. Auch durfte der Magistrat die Lehrer, die er für geeignet hielt, die Jugend zu erziehen, selbst einsetzen. Das Konsistorium erhielt das Recht, die Kandidaten zu verhören oder sogar abzulehnen, aber es durfte die vakanten Lehrerstellen nicht selbst besetzen.<sup>67</sup> Während der Visitation von 1680 unterzog Superintendent Petrus Bång die deutsche Schule in Nyen einer scharfen Kritik. Er hielt es für ungerecht, dass der Lehrer der deutschen Schule ein Gehalt von hundert Reichstalern bezog, obgleich er nur zwölf Schüler hatte, während der Lehrer der schwedischen Schule beinahe umsonst arbeite, wobei er achtzig Knaben zu unterrichten habe. Den großen Unterscheid zwischen den beiden Schulen hielt er für sinnlos, da es seiner Meinung nach zur Förderung der Sprachkenntnisse schon ausreiche, wenn die Jugendlichen ein bis zwei Stunden am Tag gemeinsam verbrächten.<sup>68</sup> Diese „Unverschämtheit“ veranlasste wiederum den Nyener Rat, sich beim König über den Superintendenten zu beschweren, der nicht nur sein Patronatsrecht über die Kirche und die Schule verletzt, sondern auch die für die deutsche Schule bestimmten Geldmittel für die Gehälter der schwedischen Lehrer benutzt habe.<sup>69</sup>

Johannes Gezelius der Jüngere, 1684–1690 Nachfolger von Petrus Bång im Amt des Superintendenten, stellte fest, dass sich das Schulwesen in seinem Bistum und besonders in Nyen verbessert habe.<sup>70</sup> In einem Vorschlag an die Regierung glaubte er in Nyen in Anbetracht der vorteilhaften Lage der Stadt und der besonders günstigen Unterhaltskosten eine Förderungsstätte für die akademische Bildung gefunden zu haben. Dort könnten zwei gelehrte und anerkannte Lektoren beschäftigt werden, von denen einer Dogmatik und Exegese sowie Griechisch und Hebräisch, der andere Latein und Logik mit Elementen der Geschichte und Mathematik unterrichten sollte. Die besten Absolventen der Narvaer oder Nyener Schule erhielten auf diese Weise die für den Beruf eines Geistlichen oder für die Aufnahme eines Universitätsstudiums notwendige Vorbereitung.<sup>71</sup>

Im August 1694 wurde die deutsche Schule von ihrem letzten Rektor Joachim Donner übernommen, der aus Lübeck nach Nyen gekommen war.<sup>72</sup> Nach Angaben Bonsdorffs besuchten die Schule zu dieser Zeit 16

<sup>67</sup> BONSDORFF, Nyen och Nyenskans (wie Anm. 10), S. 447f.

<sup>68</sup> Schreiben von Petrus Bång an den König, undatiert, in: SR, Livonica II: 202.

<sup>69</sup> Schreiben des Rats und des Bürgermeisters von Nyen, 5.2.1681, in: SR, Livonica II: 207.

<sup>70</sup> BONSDORFF, Nyen och Nyenskans (wie Anm. 10), S. 447.

<sup>71</sup> ÖHLANDER: Om den svenska kyrkoreformationen uti Ingermanland (wie Anm. 6), S. 187f.

<sup>72</sup> VÄÄNÄNEN, Herdaminne för Ingermanland (wie Anm. 5), S. 175.

Jungen und zwölf Mädchen, 1697 waren es bereits 33 Jungen und zwölf Mädchen.<sup>73</sup> Als Nyen von unruhigen Zeiten heimgesucht wurde, verließ Donner die Stadt und starb 1748 in Stockholm als reicher Kaufmann.<sup>74</sup>

Obwohl laut der königlichen Resolution von 1679 die städtischen Beamten frei wählbar waren – so sie Lutheraner waren – und Schweden bevorzugt wurden,<sup>75</sup> lag die reale Macht zu dieser Zeit bereits in den Händen deutscher Bürger. 1681 behauptete der Rat von Nyen in einem Brief an den schwedischen König, dass er mit reinem Gewissen versichern könne, sich keine falschen Vorstellungen von der Verschiedenheit der Nationen gemacht zu haben und dass er immer das Gemeinschaftsgefühl und Vertrauen aller Bürger befürwortet habe. Es sei jedoch wahr, dass diese Grenzstadt sich nur dank der hier lebenden fremden, besonders aus Deutschland und Holland stammenden Kaufleute weiterentwickeln könne.<sup>76</sup> Während die Machtfülle der Kaufmannsschicht Narvas sich auf alte Handelstraditionen, ihr Ansehen und einen altehrwürdigen Reichtum gründete, lässt sich am Beispiel von Nyen beobachten, wie das neue Handelskapital eine bedeutende Rolle nicht nur für die Machtverhältnisse innerhalb der Stadt, sondern auch für die Beziehungen zwischen Stadt und Staat spielte.

---

#### SUMMARY

---

### *Swedish and German Clergymen's Church-Litigation in Nyen*

Established in 1632 near the Kingdom's eastern border, Nyen was the only town in the Swedish overseas provinces where the Swedish city law was in force and citizens could not appeal to pre-conquest privileges. The Finnish-Swedish citizens formed the lowest social class in the town, which included unskilled workers, handicraftsmen, and only a few merchants. However, the most influential category of citizens in the putative trading town of Nyen was German merchants.

The German congregation attempted to separate itself from the Finnish-Swedish one already at the beginning of the 1640s. Despite opposition from Swedish clergymen, the Germans obtained permission to build their own church in 1649, though only on the condition that their congregation remained under the supremacy of the consistory. In 1653 a Ger-

---

<sup>73</sup> BONSDORFF, Nyen och Nyenskans (wie Anm. 10), S. 448.

<sup>74</sup> VÄÄNÄNEN, Herdaminne för Ingermanland (wie Anm. 5), S. 175.

<sup>75</sup> BONSDORFF, Nyen och Nyenskans (wie Anm. 10), S. 399.

<sup>76</sup> Schreiben des Bürgermeisters und des Rats der Stadt Nyen, 5.2.1681, in: SR, Livonica II: 207.

man parson was assigned to the congregation. Yet the government was not entirely free to decide clergy-political problems because in Nyen, as in Narva, the country's economic interests were of primary concern, thus making concessions to the German merchants necessary.

Nyen was destroyed during the Russian-Swedish war after 1656, but was quickly rebuilt. The church was completed in 1671 and belonged to both congregations. This brought forth some disagreements concerning the superintendent. The quarrels were especially vivid under the superintendency of Petrus Bång, because he actively tried to adjust the Ingermanland Lutheran church to Swedish practice. However, Bång's policy of strength resulted in him leaving Ingermanland.

After the Russian-Swedish war the power of the German citizens was considerably strengthened. In 1671 a royal resolution gave the magistrate the right to inspect schools and assign teachers. The consistory admittedly retained the right to interrogate teacher candidates and to reject them when necessary, but could not fill vacant teacher positions itself.

Although the resolution of 1679 deemed city servants to be freely elective – unless of course they were not Lutheran – and gave preference to Swedes, by that time the real power in the town lay with the German citizens. While the power of merchants in Narva was grounded on old trading traditions and a specific grandeur of wealth, the examination of Nyen's church and school life demonstrates the important role that new trading capital played in framing intellectual life as well.

# Die Beziehungen zwischen Herzog Jakob von Kurland und Russland

---

---

VON MĀRĪTE JAKOVĻEVA

## I

Der Livländische Krieg in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts, aus dem in Gestalt der „Herzogtümer Kurland und Semgallen“ ein neues Staatsgebilde hervorgegangen war, berührte das Territorium dieses als Herzogtum Kurland in die Geschichte eingegangenen Staatswesens nur ganz am Rande. Dennoch nahmen die Kurländer, einschließlich Herzog Gotthards, an den Feldzügen des Königs von Polen und Großfürsten von Litauen Sigismund II. August gegen den Zaren Ivan IV. aktiv teil. Wie der Chronist Salomon Henning berichtet, sandte der Zar in diesem Zusammenhang dem Herzog einen Brief, in dem er ihm ausdrücklich versicherte, sein „Gottes Ländchen“ verschonen zu wollen.<sup>1</sup> Dies ist die einzige bis heute bekannte Quelle, die von offiziellen Beziehungen zwischen Kurland und Russland vor dem 17. Jahrhundert zeugt. Die Kriege und die „Zeit der Wirren“ in Russland zu Beginn des 17. Jahrhunderts waren der Entwicklung diplomatischer Beziehungen wenig förderlich und wirkten sich auch auf die Handelsbeziehungen nachteilig aus. Dennoch kann man nicht behaupten, dass die Kurländer die Entwicklung in Russland nicht beobachtet hätten, was umgekehrt selbstverständlich auch für die Russen im Hinblick auf ihre Kenntnisse über Kurland gilt. So sollte 1617 ein Gesandter des Zaren Michail Fedorovič in London darauf hinwirken, dass der englische König unter anderem auch den dänischen König bitten möge, den Zaren im Krieg gegen Polen-Litauen zu unterstützen, zumal der dänische König aufgrund seiner verwandtschaftlichen Beziehungen zum Kurfürsten von Brandenburg und zu Herzog Wilhelm von Kurland zur Hilfeleistung geradezu verpflichtet sei. In diesem Zusammenhang deutete der Gesandte an, dass nach Informationen, die den Zaren erreicht hätten, der polnische König Pläne hege, dem Kurfürsten ganz Preußen wegzunehmen und Herzog Wilhelm aus Kurland

---

Die lettische Originalfassung ist erschienen unter dem Titel: Kurzemes hercoga Jekaba attiecības ar Krieviju, in: Latvijas Vēstures institūta žurnāls 2005, Nr. 3, S. 30-55.

<sup>1</sup> AUGUST SERAPHIM: Die Geschichte des Herzogtums Kurland (1561–1795), 2. Auflage, Reval 1904, S. 29.



zu vertreiben.<sup>2</sup> Dieser Hinweis zeigt, dass man über die Geschehnisse in den Nachbarländern, wenn auch nicht besonders präzise, so doch hinlänglich informiert war.

Erst in den 1630er Jahren sollte es zu intensiveren Kontakten zwischen Kurland und Russland kommen. Im März 1634 brach Herzog Wilhelms Sohn Jakob aus Dankbarkeit dafür, dass sein Erbrecht seitens Polen-Litauens anerkannt worden war, mit von ihm selbst angeworbenen Soldaten nach Russland auf, um die Truppen des polnischen Königs zu unterstützen, die mit den Russen um die Rückeroberung von Smolensk kämpften.<sup>3</sup> Zwar fanden im Frühling 1634 praktisch keine Kriegshandlungen mehr statt, doch durfte der Prinz dafür Einblick in die „diplomatische Küche“ der Friedensverhandlungen nehmen und auch dem Friedensschluss beiwohnen, der im Juni 1634 in Poljanovka unweit der Stadt Vjaz'ma besiegelt wurde. Möglicherweise veranlasste gerade die Anwesenheit des kurländischen Thronerben den Zaren Michail Fedorovič dazu, im Friedensvertrag in seinem und seiner Nachkommen Namen zu versprechen, Kurland in keiner Weise anzutasten.<sup>4</sup> Von nun an erreichten immer häufiger Informationen aus Russland den kurländischen Hof, was mit dem steigenden Interesse Prinz Jakobs erklärt werden könnte, ökonomische Beziehungen sowohl nach Westen als auch nach Osten zu knüpfen und auszubauen.<sup>5</sup> Direkte Kontakte zwischen den Herrschern sind jedoch nicht belegt. Eine Ausnahme bildet ein Eintrag in der Inventarliste der Rüstkammer, dem zufolge Herzog Friedrich von Kurland 1632 dem Vater des Zaren, dem Patriarchen Filaret, ein Bernsteinzepter übersandt hat.<sup>6</sup> Außerdem wurde 1638 der Sohn von Nikolaus Korff, dem Besitzer des kurländischen Gutes Trecknen<sup>7</sup> nach Russland geschickt. Der Zweck seiner Mission ist allerdings nicht bekannt.

<sup>2</sup> СЕРГЕЙ М. СОЛОВЬЕВ: СОЧИНЕНИЯ, кн. 5 [Werke, Buch 5], Москва 1990, S. 131. Herzog Wilhelm war zu diesem Zeitpunkt in Konflikt mit dem Adel und dem polnischen König geraten, weshalb er als Herzog abgesetzt wurde und sich ins Exil begeben musste.

<sup>3</sup> Für seine russische Expedition ließ Jakob Soldaten für zwei Infanteriekompanien und eine Kavalleriekompanie anwerben. Geheimes Staatsarchiv Preussischer Kulturbesitz, XX Hauptabteilung, Etatsministerium, 24 b Nr. 2, Bl. 6; Latvijas Valsts vēstures arhivs (künftig: LVVA, Lettisches Historisches Staatsarchiv, Riga), Bestand 554, Findbuch 1, Akte 2531, Bl. 439ff.

<sup>4</sup> Ratifikationsschreiben des Zaren Michail Fedorovič. Moskau, 19. (29.) März 1635, in: LVVA, 554-1-606, Bl. 12.

<sup>5</sup> Im Archiv sind Dokumente unterschiedlicher Art (Abschriften, Übersetzungen) über die Zeit von den 1620er bis zu den 1640er Jahren erhalten geblieben – vom Zaren gewährten Privilegien, seine Korrespondenz mit den Krim- und anderen Khanen, dem türkischen Sultan, dem persischen Schah sowie Briefe der Donkossaken, Berichte über die Belagerung von Azov, Empfänge von Gesandten bei Zarenaudienzen etc. Besondere Aufmerksamkeit galt offenbar den Bemühungen holsteinscher und schwedischer Handelsleute, Privilegien im Handel mit Persien zu gewinnen. Siehe LVVA, 554-1-606; 554-2-2942; 554-3-231.

<sup>6</sup> Я. ЗАХАРОВИЧ: Янтарь [Bernstein], Калининград 1966, S. 27.

<sup>7</sup> LVVA, 554-1-323, Bl. 78.

## II

In der zweiten Hälfte des Jahres 1642 folgte Jakob als vollberechtigter Herzog seinem Onkel Friedrich auf den Thron. Dieser Thronwechsel wurde jedoch dem Zarenhof offenbar nicht offiziell mitgeteilt.<sup>8</sup> Erst 1646 bemühte sich Jakob um die Anknüpfung diplomatischer Beziehungen zu Russland. Den formalen Anlass bot die Inthronisation des neuen Zaren Aleksej Michajlovič im Juli 1645. Die Anweisung für den Gesandten, der aus diesem Anlass nach Moskau abgefertigt wurde, zeugte von den breit gefächerten Interessen Jakobs in Russland. Einem am 28. Januar 1646 ausgestellten Pass ist zu entnehmen, dass ursprünglich der damalige Oberhauptmann von Goldingen, Melchior von Foelkersahm, nach Moskau entsandt werden sollte. Am gleichen Tag unterschrieb der Herzog auch Empfehlungsbriefe für Foelkersahm an seine Handelspartner in Moskau – die deutschen Kaufleute Johann Gossen und Martin Hasse – sowie an den Faktor des dänischen Königs in Russland, Peter Marselius. Mit dessen Bruder Selio Marselius, einem Kaufmann in Amsterdam, wickelte Jakob bereits seit spätestens Mitte der 1630er Jahre finanzielle Geschäfte ab.<sup>9</sup> Am 2. Februar 1646 benachrichtigte der Herzog den Fürsten L'vov, den Wojewoden von Pleskau, dass er einen Gesandten zum Zaren geschickt habe, um ihm zur Thronbesteigung zu gratulieren.<sup>10</sup> Eine Woche später erhielt der Gesandte seine Instruktion. Foelkersahm gelangte jedoch nur bis Livland, da er unterwegs schwer erkrankte und sich gezwungen sah, die Reise abubrechen. Daraufhin ordnete der Herzog an, dass der Oberhauptmann von Selburg, Friedrich Johann von der Recke, nach Moskau reisen sollte. Am 20. Februar unterschrieb der Herzog eine neue Instruktion, die im Wesentlichen den Inhalt der ersten, für Foelkersahm ausgestellten Instruktion wiederholte. Zugleich informierte er den Zaren über die Erkrankung Foelkersahms und dessen Ersetzung durch von der Recke.<sup>11</sup>

Die von Herzog Jakob für die Gesandten ausgestellten Instruktionen sind insofern äußerst interessant, als sie nicht nur von den Interessen des Herzogs zeugen, sondern auch gewisse Eigenheiten seiner Denkungs-

---

<sup>8</sup> In Russland war man über den Tod von Jakobs Vater Wilhelm 1640 informiert, während der Tod Herzog Friedrichs und der Wechsel der Herzöge in Kurland offensichtlich keine Beachtung fand, denn zumindest in veröffentlichten Dokumenten sind solche Nachrichten nicht zu finden. Siehe [Н. БАНТЫШ-КАМЕНСКИЙ:] Курляндския, лифляндския, эстляндския и финляндския дела в Московском главном архиве Министерства иностранных дел [Kurländische, livländische, estländische und finnische Angelegenheiten im Moskauer Hauptarchiv des Außenministeriums], Москва 1896, S. 2.

<sup>9</sup> Pass Foelkersahms sowie Empfehlungsbriefe. Mitau, 28. Januar 1646, in: LVVA, 554-3-344, Bl. 45; 554-2-2942, Bl. 5f.

<sup>10</sup> Курляндския [...] дела (wie Anm. 8), S. 2.

<sup>11</sup> Brief Herzog Jakobs an den Zaren. Mitau, 20. Februar 1646, in: LVVA, 554-2-2942, Bl. 28.

art offenbaren. Die Instruktionen bestehen aus zwei Teilen: Der erste Teil umfasst die eigentliche Instruktion, während der zweite Teil (*Persuasoria*) Argumente bereitstellt und Argumentationstechniken empfiehlt, deren sich der Gesandte bedienen sollte, um die russische Seite geneigt zu machen, in diesen oder jenen Vorschlag des Herzogs einzuwilligen.<sup>12</sup> Der Gesandte sollte gleich nach seiner Ankunft in Moskau um eine Audienz beim Zaren ersuchen. Während der Audienz hatte er zunächst mit Blick auf die territoriale Nähe beider Länder auf die Notwendigkeit gutnachbarschaftlicher Beziehungen hinzuweisen. Sodann sollte er den Herzog als Herrscher Kurlands vorstellen, der dem neuen Monarchen zu dessen Thronbesteigung gratuliere und ihm als Geschenk zwei Pferde sende. Der nächste Auftrag stellte dann schon weit höhere Anforderungen an das diplomatische Geschick des Gesandten, da dieser nun dem Zaren zwei Juwelen zum Kauf anzubieten hatte, die, wie der Herzog schrieb, in der Zeit der *Smuta* zu Beginn des Jahrhunderts aus der Krone des Zaren entwendet worden seien, und die Jakobs Vater Herzog Wilhelm von einem Feldherrn gekauft habe. Falls der Zar auf das Angebot eingehe, sollte ein Gesandter nach Kurland geschickt werden, um die Juwelen in Augenschein zu nehmen und einen Preis auszuhandeln. Venezianische Kaufleute hätten dem Herzog 100 000 Taler für den größeren und 60 000 Taler für den kleineren Stein geboten, so dass der auszuhandelnde Preis auf keinen Fall darunter liegen dürfe. Um den Zaren für den Kauf der Juwelen zu gewinnen, möge der Gesandte nicht nur das große Interesse der Venezianer, des sächsischen Kurfürsten und manch anderer Herrscher an den Steinen hervorheben, sondern den Zaren auch daran erinnern, dass die Tradition den Kauf gebiete, da die Juwelen doch zum russischen Kronschatz gehörten. Falls es dem Zaren an Mitteln zum Kauf der Juwelen fehle, regte der Herzog an, eine neue Steuer in Höhe eines Viertels oder der Hälfte eines russischen Rubels pro Kopf oder eine Verkehrssteuer auf Branntwein von einer halben oder einer Kopeke pro Stof einzuführen. Das würde dem Zaren nicht nur den Kauf ermöglichen, sondern auch zusätzliche Mittel in die Staatskasse fließen lassen.<sup>13</sup> Seinen Steuervorschlag begründete der Herzog mit dem Hinweis, dass die Wiederbeschaffung von Staatsschätzen selbstverständliche Pflicht eines jeden Untertanen sei. Lehne der Zar jedoch den Kauf der Juwelen ab, sähe sich der Herzog gezwungen, die Juwelen an andere Interessenten zu verkaufen.

---

<sup>12</sup> Instruktionen Herzog Jakobs an Foelkersahm und von der Recke. Mitau, 13., 20. Februar 1646, in: LVVA, 554-2-2942, Bl. 8-27; 554-3-231, Bl. 33-35; siehe auch HEINZ MATTIESEN: Die Versuche zur Erschließung eines Handelsweges Danzig-Kurland-Moskau-Asien, besonders für Seide, 1640-1655, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 3 (1938), S. 533-567, hier 543ff.

<sup>13</sup> 1641 entsprach ein Rubel zwei Talern. Bezeichnend ist, dass Herzog Jakob auch über die Höhe der Einnahmen des Russischen Staates insgesamt informiert war. Siehe LVVA, 554-2-2942, Bl. 3.

Der nächste Punkt der Instruktion sah vor, dass der Gesandte dem Zaren den Vorschlag unterbreiten solle, für dessen Heer, das zu dieser Zeit gegen die Krimtataren kämpfte, einige Tausend deutsche und polnische Soldaten anzuwerben, wofür der Herzog auch eine Erlaubnis des polnischen Königs zu erwirken versprach. Dies könne allerdings nur unter der Bedingung geschehen, dass zuvor ein Vertrag zwischen einem Abgesandten des Zaren und Jakob bezüglich der Bezahlung abgeschlossen werde. Um den Zaren zu bewegen, in die Vorschläge des Herzogs einzuwilligen, sollte der Gesandte auch darauf hinzuweisen, dass Polen gegenwärtig keinen Krieg führe, weshalb es nicht schwer fallen dürfte, Soldaten zu erhalten. Noch interessanter war das Angebot Jakobs, darauf hinwirken zu wollen, dass der 16-jährige Zar eine der Töchter des verstorbenen Königs von Böhmen<sup>14</sup> zur Braut erhielt. Mit dieser Heirat verbände sich der Zar mit den einflussreichsten europäischen Höfen – dem englischen, dänischen, schwedischen, sächsischen und brandenburgischen –, mit denen der verstorbene böhmische König mehr oder weniger eng verwandt war. Die geplante Heiratsvermittlung sollte der Gesandte entweder mit dem Zaren selbst oder mit einem ihm nahe stehenden Bojaren unter dem Siegel äußerster Verschwiegenheit besprechen. Dabei sollte sich der Gesandte auch um die Zustimmung des Zaren bemühen, dass die Braut ihre Konfession beibehalten dürfe, d.h. nicht gezwungen werde, zur Orthodoxie überzutreten. Um diesem Anliegen Nachdruck zu verleihen, empfahl der Herzog, die Vorzüge der Konfessionsfreiheit unter Verweis auf die Vorbilder Holland, Venedig und Polen gebührend hervorzuheben. Insgesamt ist jedoch nicht ganz klar, welche Vorteile sich der Herzog von dieser Heirat versprach. Möglicherweise hoffte er, seiner mächtigen Verwandtschaft damit einen Dienst zu erweisen und sich so deren Wohlwollen zu versichern. Denn es ist kaum anzunehmen, dass sich der sonst so pragmatische Jakob hier ausschließlich von altruistischen Beweggründen leiten ließ.<sup>15</sup> Eine erfolgreiche Heiratsvermittlung hätte das Ansehen des Herzogs in Europa nicht unbedeutend erhöht und ihm vor allem den russischen Monarchen dauerhaft verpflichtet.

---

<sup>14</sup> Gemeint ist der Kurfürst von der Pfalz Friedrich V. aus dem Haus Wittelsbach, der während des Dreißigjährigen Krieges 1619 von den tschechischen Protestanten zum König Böhmens gewählt worden war. Möglicherweise hat sich Jakob für die Idee, eine der vier zu diesem Zeitpunkt noch unverheirateten Töchter Friedrichs mit dem Zaren zu verheiraten, von dem Plan Peter Marselius' inspirieren lassen, der Anfang der 1640er Jahre den dänischen Prinzen Waldemar mit der Zarentochter Irina verheiraten wollte. Als Irinas Konkurrentinnen waren damals auch die Töchter Friedrichs von der Pfalz genannt worden. Siehe СОЛОВЬЕВ, СОЧИНЕНИЯ (wie Anm. 2), S. 218ff.

<sup>15</sup> Der Schwiegervater Friedrichs V., der englische König Jakob I., war Patenonkel Herzog Jakobs; die Schwester Friedrichs V. war die Schwiegermutter des Herzogs.

Dies wäre auch der Verwirklichung seiner Pläne bezüglich einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Russland zugute gekommen, um die es im letzten Teil seiner Instruktion ging. Hierin bat der Herzog den Zaren, ihm in Russland uneingeschränkte Handelsfreiheit sowie freien Zugang nach Persien zu gewähren. Im Einzelnen sollte der Gesandte erläutern, dass der Herzog den Wunsch habe, ab und zu einige Schiffe nach Archangel'sk zu schicken, um dort Waren einzukaufen oder Fracht aufzunehmen. Dieser Wunsch sollte allerdings so vorgebracht werden, dass der Zar nicht den Eindruck erhielt, dass dies für den Herzog ein besonders wichtiges Anliegen sei, und er sollte überdies mit der Versicherung verbunden werden, dass die Untertanen des Herzogs selbstverständlich den üblichen Zoll an den Zaren entrichten würden.<sup>16</sup> Gleichzeitig wurde für den Fall, dass der Herzog einen seiner Männer mit einer Karawane nach Persien mitschicken wollte, um die Ausstellung eines Reisepasses und um die Erlaubnis, alles für die Reise notwendige in Russland einkaufen zu dürfen, ersucht. Einschränkend betonte der Herzog jedoch, dass er nicht die Absicht habe, den Handel mit Persien in einem Maße zu erweitern, wie es seinerzeit der Herzog von Holstein – wenn auch erfolglos – angestrebt habe.<sup>17</sup> Weiter bat der Herzog den Zaren, einen Repräsentanten für besondere Fälle bzw. einen Residenten in Moskau unterhalten zu dürfen. Eine recht gute Kenntnis russischer Vorbehalte gegenüber fremden Aktivitäten im eigenen Land ließ der Auftrag an den Gesandten erkennen, Bedenken des Zaren und seiner Beamten zu zerstreuen oder besser gar nicht erst aufkommen zu lassen, dass die Forderung nach freiem Handel in Russland mit Spionageabsichten verbunden sein könne. Dies könnte, so meinte der Herzog, u.a. damit erreicht werden, dass man dem Zaren anbiete, ihm eine detaillierte Karte Russlands mit allen Wegen, Städten, Flüssen usw. zu übersenden.

Neben seiner diplomatischen Mission hatte der Gesandte noch einige weitere Sonderaufgaben zu erledigen. So sollte er herausfinden, was der Transport mit einem Pferdewagen oder -schlitten von Pleskau nach Moskau und Archangel'sk sowie per Schiff auf der Wolga bis zum Kaspischen Meer und weiter bis zum Hof des persischen Schahs kostete;

---

<sup>16</sup> Die Wirtschaftspolitik des Herzogs zeichnete sich durch die Priorität seiner persönlichen Interessen aus. Die heutige Bezeichnung „Geschäftsmann“ trifft auf ihn durchaus zu.

<sup>17</sup> In den 1630er und 1640er Jahren unternahm der Herzog von Holstein Bemühungen, zusammen mit anderen Kaufleuten einen Handel mit persischer Seide aufzubauen. Auch Herzog Jakob interessierte sich dafür, wobei er sehr gut über alle Einzelheiten dieses Unternehmens informiert war. Siehe STEFAN TROEBST: Handelskontrolle. „Derivation“. Eindämmung. Schwedische Moskaupolitik 1617–1661, Wiesbaden 1997 (Veröffentlichungen des Osteuropa-Instituts München. Reihe Forschungen zur Geschichte des Ostseeraums, 2); ERIK AMBURGER: Die Familie Marselis. Studien zur russischen Wirtschaftsgeschichte, Gießen 1957; MATTHESEN, Versuche zur Erschließung (wie Anm. 12), S. 537ff; СОЛОВЬЕВ, Сочинения (wie Anm. 2), S. 187ff.

welche Waren von den Karawanen aus Persien nach Russland gebracht würden und wie lange diese Transporte dauerten; außerdem sollten alle Umstände einer solchen Reise bis ins letzte Detail in Erfahrung gebracht werden. Wenn möglich, sollte der Gesandte drei bis vier Kamele erwerben, darunter einen Hengst, wobei der Herzog anregte, dass diese bereits das Gepäck des Gesandten auf dem Rückweg nach Kurland transportieren könnten. Des Weiteren sollte er drei, vier Decker<sup>18</sup> guten Juchtenleders einkaufen, wenn sie für nicht mehr als jeweils zwölf Taler zu haben seien, und sich umsehen, ob nicht „extraordinari Persianische Pferde“ zum Verkauf stünden. Sollte das Geld dafür nicht mehr reichen, könnte er eine Anleihe bei Martin Hasse oder dessen Schwager aufnehmen, der Apotheker des Zaren sei. Weiter sollte der Gesandte herausfinden, ob in Russland der Rosenkranz (*pater noster*) verwendet werde, einen Dolmetscher für den Hof des Herzogs anwerben und Grüße an einige Bojaren ausrichten, die der Herzog während des Smolensker Krieges kennen gelernt hatte.<sup>19</sup>

Leider blieben alle vom Herzog so sorgfältig ausgearbeiteten Wünsche unerfüllt. Zwar erreichte Friedrich Johann von der Recke am 26. Februar 1646 Marienhausen, doch war seine Reise damit bereits zu Ende. Am 3. März schrieb er dem Herzog aus Schwanenburg, dass es an der Grenze zu Problemen gekommen sei, weshalb er nicht nach Russland hineingelassen werde. Recke erhielt von den russischen Dienstleuten zwei an den Herzog Jakob adressierte Briefe, die er nach Mitau weiterleitete, während er selbst in Schwanenburg blieb, um die Antwort des Pleskauer Wojewoden abzuwarten, dem gegenüber er seine Bitte, nach Russland einreisen zu dürfen, erneuert hatte. Doch gleichzeitig ließen die mit dem einsetzenden Frühlingstauwetter verbundenen Transportschwierigkeiten bei Recke Zweifel aufkommen, ob die Weiterreise überhaupt sinnvoll sei. Diese Frage löste sich von alleine, denn die Antwort des Wojewoden auf die Anfrage Reckes fiel negativ aus.<sup>20</sup>

Die erwähnten Briefe russischer Dienstpersonen an Herzog Jakob sind im Archiv nicht auffindbar, doch sind Hinweise auf die Gründe für die Absage in einem Brief des Herzogs an den Djak (*d'jak*)<sup>21</sup> Matvej Mikiforovič Spiridonov vom 7. März 1646 überliefert.<sup>22</sup> Der Ton des Briefes zeugt von der tiefen Kränkung des Herzogs und seinem ebenso

<sup>18</sup> Decker – Maßeinheit zum Zählen von Leder im Handel mit Pelzen (10 Stück).

<sup>19</sup> Leider nennt der Herzog nur die Vor- und Vatersnamen der hier erwähnten Personen, aber nicht die Familiennamen, so dass ihre genaue Identifikation erschwert wird.

<sup>20</sup> Brief von der Reckes an den Herzog. Schwanenburg, 3. März 1646, in: LVVA, 554-2-2924, Bl. 39.

<sup>21</sup> Dieser Dienstposten wird trotz einer gewissen Ungenauigkeit üblicherweise als „Kanzler“ übersetzt. Djaken gab es in jedem russischen *prikaz* (zentrales Amt, „Ministerium“).

<sup>22</sup> LVVA, 554-2-2924, Bl. 41, 42. Nach Ansicht Mattiesens hatte der Herzog die Möglichkeit, Spiridonov Anfang 1646 kennen zu lernen, als dieser aus Holland

tiefen Unverständnis für die Gründe, aufgrund derer die Gesandtschaft abgewiesen worden war. Jakob betonte ausdrücklich, dass sowohl seine Vorgänger als auch er selbst schon mehrmals ohne jegliche Probleme Gesandtschaften mit Ländern wie Polen, Schweden, Dänemark und Frankreich ausgetauscht hätten. Auch die Mission zum Zaren habe er ordnungsgemäß und wie es sich gehöre angekündigt, nämlich über den Pleskauer Wojewoden. Der Zarenhof habe dennoch die Einreise mit der Begründung verweigert, dass auch die Vorgänger des Herzogs keine Gesandten an den Zaren geschickt hätten, so dass auch sein Gesandter nicht empfangen werden könne. Dem hielt der Herzog entgegen, dass bisher kein sicherer Frieden zwischen der Krone Polen und Moskau bestanden habe, weshalb es die Herzöge nicht für nötig gehalten hätten, Beziehungen zu diesem Nachbarland zu unterhalten. Jetzt jedoch, da der alte Zar gestorben sei, hätte man es als geradezu unhöflich empfunden, dem neuen Zaren nicht zur Thronbesteigung zu gratulieren. Überdies hätten die als Geschenk gesandten Pferde dem neuen Monarchen mit Sicherheit Freude bereitet, und auch die Vorschläge des Herzogs hätten das Interesse des Zaren wecken können. Zugleich entschuldigte sich der Herzog für mögliche Fehler bei der korrekten Verwendung des Zarentitels und bat Spiridonov, die richtigen Angaben hinsichtlich des Titels zu übermitteln. Auch dem Spionageverdacht trat er entgegen, der allein schon deshalb nicht gelten könne, weil er selbst seinerzeit in der Nähe von Vjaz'ma und noch weiter im Inland gewesen sei und kurländische Bedienstete bereits sowohl nach Persien als auch nach Moskau und Astrachan' gereist seien. Erneut verwies der Herzog auf eine detaillierte Karte Russlands, die sich in seinem Besitz befinde und die er dem Zaren zu übersenden anbot.

Wie ersichtlich, gründete sich die Absage seitens Russlands vor allem auf die Behauptung, dass beide Länder bisher keine diplomatischen Beziehungen unterhalten hätten. Wie einige Formulierungen im Brief des Herzogs an Spiridonov nahe legen, war die Absage vermutlich nicht von Aleksej Michajlovič selbst, sondern von einer Dienstperson im Namen des Zaren abgefasst worden. Möglicherweise handelte es sich um dessen ehemaligen Erzieher, den Bojaren Boris Ivanovič Morosov, der damals zur einflussreichsten Persönlichkeit nächst dem Zaren avanciert und Leiter der wichtigsten *Prikazy* geworden war. Auch wenn den zeremoniellen Aspekten und insbesondere dem korrekten Gebrauch des Herrschertitels in Russland traditionell außergewöhnliche Bedeutung zugemessen wurde, bleibt es doch unklar, warum dem Gesandten Herzog Jakobs die Einreise nach Russland verweigert wurde. Es ist nicht auszuschließen, dass dabei die persönliche Beteiligung des Herzogs an

---

über Livland nach Russland zurückgekehrt ware. Siehe MATTIESEN, Versuche zur Erschließung (wie Anm. 12), S. 553.

dem für Russland erfolglosen Krieg um Smolensk eine ausschlaggebende Rolle gespielt hat.<sup>23</sup>

Die unfreundlich-abweisende Haltung Russlands brachte den Herzog jedoch keineswegs dazu, vollständig auf seine Pläne zu verzichten. Vielmehr teilte er am 8. Februar 1646 dem Wojewoden von Pleskau mit, dass er dem Zaren angesichts des Krieges mit den Türken und Tataren allein aus gutem Willen Hilfe bei der Verstärkung des russischen Heeres anbieten wolle, indem er ihm einen seiner erfahrensten Feldherrn zu schicken versprach. Daher bitte er den Wojewoden, entsprechende Reisedokumente auszustellen.<sup>24</sup> Doch auch dieser Vorschlag des Herzogs fand kein Gehör. Im Dezember desselben Jahres eröffnete sich Jakob eine neue Möglichkeit zur Kontaktaufnahme mit dem schwierigen „Partner“. Zwei russische Gesandte – Boim Boltin und Osip Pustynnikov –, die nach Dänemark entsandt worden waren, mussten auf dem Rückweg wegen eines Sturms den Umweg über Danzig nehmen, von wo aus sie ihre Reise auf dem Landweg über Preußen und Kurland fortsetzten. Am 17. (27.) Dezember kam es in Mitau zu einer Begegnung des Herzogs mit den beiden Gesandten, bei der Jakob seinen Missmut darüber äußerte, dass sie ohne seine Erlaubnis durch Kurland gereist seien. Gleichzeitig jedoch nutzte er die Gelegenheit dazu, die Gesandten zu bitten, dem Zaren eine Botschaft zu überbringen, in der er die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Kurland und Russland anregte. Er sei ein Herrscher wie alle anderen mit eigenem Land und sei darüber hinaus mit mehreren Königen und dem Kurfürsten von Brandenburg verwandt. Im selben Gespräch sicherte der Herzog die Übersendung der Kronjuwelen an den Zaren zu, die seinerzeit sein Vater käuflich erworben hatte. Als die Gesandten Mitte Januar 1648 die Weiterreise nach Russland antraten, gab ihnen der Herzog Briefe mit, von denen einer an den Djak Nazarij Čistoj<sup>25</sup>, ein anderer an den schon erwähnten Kaufmann Martin Hasse gerichtet war. In diesen Briefen bat der Herzog, seinem Gesandten, dessen Hauptaufgabe es sei, einen Vertrag über die Ausfuhr persischer Rohseide aus Russland über Kurland nach Danzig abzuschließen, die Einrei-

---

<sup>23</sup> Mattiesen zufolge war der Argwohn Russlands dem Herzogtum gegenüber vor allem mit dem durch das Vasallentum bedingten Abhängigkeitsverhältnis zu Polen zu erklären. Polen war auch im ersten Drittel des 17. Jahrhunderts häufig Kriegsgegner. MATTIENEN, *Versuche zur Erschließung* (wie Anm. 12), S. 553. Allerdings ist dem entgegenzuhalten, dass der Zar im Januar 1646 eine Gesandtschaft nach Polen schickte, um über die Unterstützung im Krieg gegen die Krimtataren zu verhandeln. Also hatte sich der Feind schon zu diesem Zeitpunkt zu einem potentiellen Verbündeten entwickelt, was jedoch nicht bedeutete, dass die alten Streitigkeiten ganz ausgeräumt gewesen wären.

<sup>24</sup> LVVA, 554-3-231, Bl. 38.

<sup>25</sup> Čistoj leitete 1647–1648 den Gesandtenprikaz. Siehe НИКОЛАЙ М. РОГОЖИН: *Польский приказ: Колыбель российской дипломатии* [Der Gesandtenprikaz – die Wiege der russischen Diplomatie], Москва 2003, S. 75.



seerlaubnis nach Russland zu besorgen.<sup>26</sup> Eine offizielle Antwort erhielt der Herzog jedoch auch dieses Mal nicht. Zwar bemühte er sich bis Anfang der 1650er Jahre darum, die organisatorischen Voraussetzungen für den geplanten Rohseidehandel mit Hilfe von Agenten und Partnern zu schaffen, doch hatte er damit angesichts der fehlenden Zustimmung Moskaus keinen Erfolg.<sup>27</sup>

### III

Der Krieg zwischen Russland und Polen-Litauen, den der Zar 1654 begann, schuf neue Voraussetzungen für die Beziehungen zwischen Russland und Kurland, da das Herzogtum in den Augen Russlands nun zu einem bedeutenden Faktor wurde. Offenbar war der Zar weder über die schwache politische Stellung noch über die begrenzten militärischen Möglichkeiten des kurländischen Herzogs hinreichend informiert. Nur so ist es zu erklären, dass er sich rechtzeitig abzusichern suchte, um eine mögliche Einmischung des Herzogtums in den Krieg gegen Russland abzuwenden. Kurz vor Beginn des Feldzuges ließ Aleksej Michajlovič durch eine Gesandtschaft dem Kurfürsten von Brandenburg und dem Herzog von Kurland die Nachricht vom Kriegsausbruch überbringen. In seinem Brief vom 11. (21.) Mai<sup>28</sup> erinnerte der Zar den Herzog zunächst an dessen misslungene Gesandtschaft vom Jahre 1646 sowie an die Reise Boltins und Pustynnikovs durch Kurland im Winter 1647/48 und versicherte, Gesandten des Herzogs in Zukunft mehr Ehre zu erweisen und sie angemessen zu empfangen. Somit kann diese Botschaft des Zaren von 1654 als der Beginn diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Ländern angesehen werden.

Des Weiteren erläuterte der Zar in seinem Brief die Umstände, die ihn dazu bewogen hatten, den Krieg gegen Polen-Litauen zu beginnen. Zwei Vorwürfe standen im Mittelpunkt: Erstens habe Polen-Litauen den Frieden gebrochen, da es einen Vertrag mit dem Feind der christlichen Welt schlechthin, dem Khan der Krim, geschlossen habe, und zweitens werde in Polen-Litauen der Titel des Zaren seit jeher falsch oder entstellt wiedergegeben. Zum Beweis fügte der Zar seinem Brief einige Bücher bei, die in Warschau, Danzig und anderen Orten erschienen waren und entweder die Person des Zaren geringschätzig behandelten oder gar Beleidigungen gegen ihn enthielten. Überdies, so fuhr er fort, häuften sich von Litauern und Polen organisierte Überfälle in grenznahen Gebieten Rus-

<sup>26</sup> Курляндския [...] дела (wie Anm. 8), S. 2, 3. Es ist nicht bekannt, ob der Herzog auch diesmal die Juwelen an den Zaren verkaufen oder ihm diese umsonst anbieten wollte. Letzteres würde bezeugen, dass die Idee des Rohseidehandels mit Persien in den Augen Jakobs eine derartige Investition als lohnend erscheinen ließ.

<sup>27</sup> Siehe MATTIJESSEN, Versuche zur Erschließung (wie Anm. 12), S. 557-564.

<sup>28</sup> Brief des Zaren Aleksej Michajlovič an Herzog Jakob. Moskau, 11. (21.) Mai 1654, in: LVVA, 5759-2-84, Bl. 1-4.

slands, bei denen es zu Plünderungen und Verwüstungen gekommen sei. Daher sei dem Zaren nichts anderes übrig geblieben, als König Jan Kasimir den Krieg zu erklären, um diesem Treiben ein Ende zu machen.

In diesem Kontext bat nun der Zar den Herzog, jegliche Hilfe für den polnischen König zu unterlassen – sei sie militärischer, finanzieller und/oder anderer Art.<sup>29</sup> Ein derartiges Ersuchen zeugte davon, dass die Regierung des Zaren nicht hinreichend über die Vasallenpflichten des Herzogs gegenüber seinem Lehnsherren, dem König von Polen und Großfürsten von Litauen, informiert war. Laut Investitur des Herzogs war er verpflichtet, dem König sein Lehnsheer zur Verfügung zu stellen, falls der Krieg auf kurländischem Boden ausgetragen wurde. Fanden die Kriegshandlungen außerhalb Kurlands statt, musste der Herzog den König mit einer gewissen Geldsumme unterstützen.<sup>30</sup> Es verwundert daher nicht, dass die Antwort des Herzogs auf den Brief des Zaren eher zurückhaltend ausfiel. Der Herzog dankte zunächst für die Möglichkeit, einen Vertreter nach Russland entsenden zu dürfen. Was den Krieg anbetraf, äußerte er lediglich sein Bedauern über die Unstimmigkeiten zwischen den beiden Herrschern und bot seine Hilfe als Vermittler zur Beilegung des Konflikts an.<sup>31</sup> Gleichzeitig beschloss der Herzog jedoch, sich abzusichern, und schickte Ende 1654 seinen Berater Georg Kühnradt zum polnischen König mit der Bitte, im polnisch-russischen Krieg neutral bleiben zu dürfen.

In der zweiten Hälfte des Jahres 1654 näherte sich das Kriegstheater mit großen Schritten Kurland. Im Herbst besetzte die russische Armee Ludsen sowie Rositten und näherte sich Dünaburg. Das Vorrücken der russischen Armee rief auch die schwedische Regierung auf den Plan. Abgesehen davon, dass die 1651–1653 in Lübeck geführten polnisch-schwedischen Verhandlungen ergebnislos geblieben waren, hatte sich der schwedische König Karl X. Gustav zu diesem Zeitpunkt noch nicht endgültig entschlossen, einen Krieg mit Polen zu beginnen. Die Aktivitäten

<sup>29</sup> Eine ähnliche Argumentation und vergleichbare Bitte enthielt auch die Botschaft des Zaren an Kaiser Ferdinand III. Siehe ЛЕВ ВАЛЕНТИНОВИЧ ЗАБОРОВСКИЙ: Россия, Речь Посполитая и Швеция в середине XVII в. Из истории международных отношений в Восточной и Юго-Восточной Европе [Russland, die Rzeczpospolita und Schweden in der Mitte des 17. Jahrhunderts. Aus der Geschichte der internationalen Beziehungen in Ost- und Südosteuropa], Москва 1981, S. 35.

<sup>30</sup> Dazu siehe detailliert MĀRIŅE JAKOVĻEVA: Kurzemes hercogistes militārā sistēma un hercoga Jēkaba mēģinājumi to reformēt XVII gs. [Das militärische System des Herzogtums Kurland und die Reformversuche Herzog Jakobs im 17. Jahrhundert], in: Latvijas Kara muzeja gadagrāmata [Jahrbuch des lettischen Kriegsmuseums] 5 (2004), S. 9–20.

<sup>31</sup> Herzog Jakobs Brief an den Zaren Aleksej Michajlovič. Mitau, 26. Juni 1654, in: Sitzungsberichte der kurländischen Gesellschaft für Literatur und Kunst aus dem Jahr 1896, S. 87, 88. Ivan Staroj, der Gesandte des Zaren, traf am 21. Juni 1654 in Kurland ein, am 25. Juni wurde ihm eine Audienz gewährt, nach der er am 30. Juni Mitau wieder verließ, um nach Russland zurückzukehren. Siehe ЗАБОРОВСКИЙ, Россия (wie Anm. 29), S. 62.

des Zaren in Polnisch-Livland (poln. Inflanty, heute Latgale) drängten den schwedischen König jedoch, diplomatische Schritte zu unternehmen. Um das Vorrücken der Russen auf Kurland zu verhindern, erklärte er Kurland zur schwedischen Interessensphäre. Am 28. Oktober (7. November) 1654 sandte Karl X. Gustav dem Zaren einen Brief, in dem er versprach, sich nicht in den russisch-polnischen Krieg einzumischen, sofern der Zar Kurlands Neutralität anerkannte. Am 13. (23.) November berichtete der schwedische Resident in Moskau, Johann de Rodes, dem Leiter des *Posol'skij prikaz* (das damalige Außenamt), Almas Ivanov sogar, dass der Herzog von Kurland zum Untertanen des schwedischen Königs werden wolle.<sup>32</sup> Es liegt auf der Hand, dass der schwedische König mit dieser Meldung weniger die Interessen Herzog Jakobs als vielmehr seine eigenen im Auge hatte, doch wirkte sie sich – unabhängig von ihrem Wahrheitsgehalt – dieses Mal auch zugunsten Kurlands aus, denn sie bewog den polnischen König offenbar dazu, Mitte Januar 1655 in die Neutralität Kurlands einzuwilligen.<sup>33</sup> Nachdem Herzog Jakob die Nachricht von der Zustimmung des Königs erhalten hatte, fasste er den Entschluss, einen Vertreter nach Moskau zu entsenden. Mit dieser Mission wurde der schon bekannte Martin Hasse betraut, der auch inzwischen bereits Faktor des Herzogs in Moskau geworden war. Ursprünglich wollte der Herzog den Hauptmann von Schründen Georg Goes zum Zaren entsenden<sup>34</sup>, da sich jedoch der Pleskauer Wojewode mit der Ausstellung des Passes nicht beeilte, Hasse sich aber gerade in Riga aufhielt und eine Reise nach Russland plante, entschloss sich Jakob, diesen Umstand für sich zu nutzen. Die wichtigste Aufgabe des Gesandten sollte es sein, vom Zaren eine Bestätigung des Versprechens zu erwirken, dass er das Herzogtum nicht angreifen werde, und zugleich zu erreichen, dass der Zar seinen Feldherren und Offizieren ein entsprechendes *Universal* erteile. Dieser Befehl sollte möglichst nach dem Muster gestaltet sein, das der Herzog Hasse mit auf den Weg gab.<sup>35</sup>

Außerdem sollte der Gesandte mit dem russischen Hof besprechen, welche Möglichkeiten bestünden, um auch Polnisch-Livland zu neutralisieren. Diesbezüglich schlug Jakob vor, die von der Armee des Zaren besetzten Territorien mit Rositten und Ludsen in die Zuständigkeit des Herzogs als einer neutralen Person zu übergeben. Seinerseits versprach Jakob, den polnischen König davon zu überzeugen, in ähnlicher Weise auch mit Dünaburg und anderen Regionen zu verfahren, die sich noch

---

<sup>32</sup> Der Brief wurde dem Zaren durch den schwedischen Gesandten, Hofjunker und Hofgerichtsrat Ude Ödlle übermittelt. Siehe LVVA, 554-1-605, Bl. 3; ЗАБОРОВСКИЙ, Россия (wie Anm. 29), S. 82, 83, 109, 110, 116.

<sup>33</sup> Universal des polnischen Königs Jan Kasimir. Warschau, 17. Januar 1655, in: LVVA, 554-1-524, Bl. 14a.

<sup>34</sup> Brief Herzog Jakobs an den Zaren. Mitau, 13. Februar 1655, in: LVVA, 554-3-756, Bl. 1.

<sup>35</sup> Entwurf des Zaren-Universals, in: LVVA, 554-3-756, Bl. 4, 5.

unter polnisch-litauischer Herrschaft befanden. So könnte der Zar polnische Truppenbewegungen in diesen Territorien sowie einen polnischen Angriff von diesem Gebiet aus vermeiden. Andernfalls müsste er Truppen in diesen durch den Krieg zerstörten Regionen stationieren, was beträchtliche Mittel für deren Anwerbung und Verpflegung erfordern würde. Die Düna aber werde gar bis Druja frei sein, so dass auch der Handel mit Riga über Livland ungestört und das Land unversehrt bliebe.<sup>36</sup> Dieser Vorschlag offenbarte die Absicht des Herzogs, die Kriegssituation so für sich zu nutzen, dass sein lang gehegter Wunsch, sich Livland oder zumindest Teile davon anzueignen, endlich in Erfüllung ging.

Martin Hasse traf am 4. (14.) März 1655 in Moskau ein und überreichte fünf Tage später dem Zaren während einer Audienz den Brief des Herzogs. Doch zur Behandlung der Frage einer Neutralisierung Polnisch-Livlands kam es wahrscheinlich gar nicht erst, denn wie aus dem Antwortbrief Aleksej Michajlovičs hervorgeht<sup>37</sup>, hatte diesen inzwischen die Nachricht erreicht, dass im litauischen Heer viele Kurländer dienten, was ihn mit einem gewissen Misstrauen gegenüber dem Herzog erfüllte. Der Zar äußerte die Hoffnung, dass dies ohne das Wissen des Herzogs geschehe, und verlangte von ihm, dass er seinen Untertanen aufs Strengste jegliche Unterstützung der Polen und Litauer untersagen und alle Kurländer, die in zarenfeindlichen Armeen dienten, zurückbeordern solle. Nur unter diesen Bedingungen würden die Russen Kurland unangestastet lassen. In seinem an den Djak Almas Ivanov gerichteten Antwortbrief versprach Jakob, Polen und Litauer auf keinerlei Art und Weise zu unterstützen, wobei er betonte, dass die bisherige Unterstützung von den Livländern und nicht von ihm gekommen sei.<sup>38</sup>

Inzwischen hatten die Russen die Kriegshandlungen gegen Polen-Litauen wieder aufgenommen. In der zweiten Aprilhälfte des Jahres 1655 erreichten die von Afanasij Ordin-Naščekin geführten russischen Truppen Dünaburg. Am 10. (20.) Mai erhielt der Zar einen Bericht Naščekins, in dem Herzog Jakob beschuldigt wurde, die Polen unterstützt und Verpflegungspakete sowie 1400 Soldaten nach Dünaburg geschickt zu haben. Auch unter den Gefangenen aus Litauen seien Untertanen des Herzogs gewesen. Daraufhin sandte Aleksej Michajlovič einen weiteren Brief an Jakob mit der erneuten Aufforderung, jegliche Hilfe für Polen-Litauen zu unterbinden.<sup>39</sup> Auf den Anfang Juli durch den Gesandten des

<sup>36</sup> Instruktion für M. Hasse. Mitau, 15. Februar 1655. Ergänzung der Instruktion, abgeschickt an Hasse am 22. Februar, in: LVVA, 554-3-756, Bl. 2, 3, 12.

<sup>37</sup> Brief des Zaren an Herzog Jakob. Moskau, 10. (20.) März 1655, in: LVVA, 554-3-231, Bl. 45, 48, 49; Курляндская [...] дела (wie Anm. 8), S. 3.

<sup>38</sup> Ebenda.

<sup>39</sup> Brief des Zaren an Herzog Jakob, geschrieben während des Feldzuges, 17. (27.) Juni 1655, in: LVVA, 554-1-607, Bl. 18, 19; 554-1-605, Bl. 3, 4; Э. Д. РУХМАНОВА: К истории переговоров о принятии Курляндии в подданство России в 1658 го-

Zaren Jakov Pozdyšev zugestellten Brief antwortete der Herzog am 3. August mit einer Zurückweisung aller Beschuldigungen, in der er die Informationen Naščekins als lügenhaft bezeichnete.<sup>40</sup>

#### IV

Anfang Juli 1655 eröffnete auch Schweden mit einem Überfall in Pomern den Krieg gegen Polen-Litauen. Die Bemühungen Melchior von Foelkersahms, der 1650 zum Kanzler des Herzogtums Kurland bestellt worden war, noch im letzten Moment ein Friedensabkommen zwischen Polen und Schweden zu erwirken, missglückten, und auch bezüglich Kurlands Neutralität im Krieg musste er sich statt eines schriftlichen Dokuments mit mündlichen Versicherungen Königs Karl X. Gustav zufrieden geben.<sup>41</sup> Schon Mitte Juni 1655 belagerten die Schweden Dünaburg, während die Russen sich zum Rückzug nach Rositten gezwungen sahen. Am 1. (11.) Juli ergab sich Dünaburg den Schweden, was die Russen als einen sehr unfreundlichen Akt ihnen gegenüber empfanden. Darauf folgten noch mehrere kleinere Scharmützel zwischen Schweden und Russen im Gebiet um Druja. Da die schwedischen Truppen in Litauen und Polen sehr schnell vorankamen, wurde der Ring um Kurland immer enger. Herzog Jakob gab jedoch der Forderung, sich dem Protektorat Schwedens zu unterwerfen, nicht nach, sah sich jedoch gezwungen, einen für Kurland sehr ungünstigen Vertrag abzuschließen, der u.a. den Durchmarsch schwedischer Truppen durch Kurland, die Rekrutierung von Soldaten für das schwedische Heer aus dem Territorium des Herzogtums sowie eine Kontribution in Höhe von 50 000 Taler vorsah.<sup>42</sup> Aber auch die Russen waren bemüht, den Herzog auf ihre Seite zu zie-

---

ду [Zur Geschichte der Verhandlungen über den Anschluss Kurlands an Russland 1658], in: История СССР 1975, Nr. 1, S. 157-163, hier S. 158.

<sup>40</sup> Die Antwort Herzog Jakobs übergab Pozdyšev dem Zaren am 6. (16.) September. Siehe Курляндский [...] дела (wie Anm. 8), S. 3, 4. Anzumerken ist, dass in keinem einzigen der Verfasserin bekannten Dokument aus dieser Zeit auch nur der geringste Hinweis auf eine militärische Unterstützung Jakobs für Dünaburg enthalten ist. Eine ganz andere Sache war es, dass zu dieser Zeit eine kleine, aus Kurländern rekrutierte Truppe in den östlichen Teil des Herzogtums entsandt worden war, um die Grenzen des Herzogtums zu schützen. Es ist jedoch nicht auszuschließen, dass auch Kurländer selbst die Polen unterstützt haben, zumal bekannt ist, dass sich zahlreiche Adlige zu einer militärischen Karriere im polnischen, schwedischen u. a. Heeren entschlossen.

<sup>41</sup> Bericht Kanzler Foelkersahms über den Besuch beim schwedischen König in Stockholm im Juni 1655; vgl. auch seine Berichte aus Danzig im August desselben Jahres LVVA, in: 1100-13-720, Bl. 30-61.

<sup>42</sup> Vertrag, geschlossen am 10. (20.) September 1655 in der litauischen Stadt Poswol von den schwedischen Vertretern Magnus Gabriel de la Gardie und Bengt Skytte sowie ungenannten Gesandten Herzog Jakobs, in: LVVA, 4038-2-2175. Zu der von den Schweden praktizierten Politik siehe AUGUST SERAPHIM: Die herzoglose Zeit und ihre Vorboten 1655-1660, in: Aus der Kurländischen Vergangenheit. Bil-

hen; da sie jedoch keine weitere Zuspitzung des Konflikts mit Schweden riskieren wollten, verordnete der Zar, jegliche feindlichen Äußerungen und Handlungen gegenüber Kurland zu vermeiden.<sup>43</sup> Um die Unterwerfung Kurlands durch Schweden zu verhindern, gewährte der polnische König seinerseits am 16. November 1655 Jakob Neutralitätsrechte auch im Krieg mit Schweden.<sup>44</sup>

Die militärischen Erfolge Karls X. Gustav verstärkten in Russland den Eindruck, dass man gezwungen sei, Schweden militärisch entgegenzutreten. Im Februar 1656 traf sich der Herzog mit dem zarischen Gesandten beim schwedischen König, Kliment Ievlev, der auf seiner Heimreise in Kurland Station machte. Dem Bericht des Gesandten an den Zaren zufolge hatte Jakob ihm versichert, dass auch die Schweden einen Krieg um Litauen gegen Russland beginnen wollten.<sup>45</sup> Im März 1656 wurde in Moskau endgültig der Entschluss gefasst, mit Polen-Litauen einen Waffenstillstand zu schließen und Schweden den Krieg zu erklären, auch wenn man die Hoffnung, doch noch eine diplomatische Einigung zu erreichen, noch nicht ganz aufgegeben hatte. Denn in Moskau verhandelte man noch mit einer schwedischen Gesandtschaft, während der Zar gleichzeitig seinen Gesandten Nazarij Alfimov zu Karl X. Gustav schickte, um unter anderem herauszufinden, wie sich die Beziehungen Schwedens zum Kurfürsten von Brandenburg und zum Herzog von Kurland entwickelt hatten, und ob letzterer in der Lage sei, Karl X. Gustav entgegenzutreten.<sup>46</sup> Zu den kriegsvorbereitenden diplomatischen Schrit-

der und Gestalten des siebzehnten Jahrhunderts, Stuttgart 1893, S. 157-355, hier S. 169ff.

<sup>43</sup> И. В. ГАЛАКТИОНОВ, Е. В. ЧИСТЯКОВА: А. Л. Ордин-Нашекин. Русский дипломат XVII в. [A. L. Ordin-Naščekin: ein russischer Diplomat des 17. Jahrhunderts], Москва 1961, S. 42; Е. И. КОБЗАРЕВА: Документы по истории русско-шведского конфликта в 50-е гг. XVII в. в фондах РГАДА [Dokumente zur Geschichte des russisch-schwedischen Konflikts in den 1650er Jahren in den Beständen des RGADA], in: Русская и украинская дипломатия в Евразии: 50-е годы XVII века [Russische und ukrainische Diplomatie in Eurasien: die 1650er Jahre], Москва 2000, S. 53-80, hier S. 56, 71.

<sup>44</sup> Schreiben von König Jan Kasimir. Opole, 16. November 1655, in: LVVA, 554-1-2878.

<sup>45</sup> КОБЗАРЕВА, Документы (wie Anm. 43), S. 58. Allerdings wird an keiner anderen Stelle in der russischen Historiographie erwähnt, dass der Herzog dem Zaren damals ein Bündnis und eine wirkliche militärische Unterstützung im Krieg gegen die Schweden angeboten hätte, wie es die russische Wissenschaftlerin Ruchmanova behauptet (РУХМАНОВА, К истории переговоров [wie Anm. 39], S. 158). Ein solches Angebot erscheint äußerst unglaubwürdig, wenn man an die konsequente Einhaltung der Neutralität durch Jakob und die damalige internationale Situation denkt. Auch die Aufträge der späteren russischen Gesandtschaften legen eher den Schluss nahe, dass der Zar selbst die Möglichkeit eines Bündnisses auszuloten versuchte.

<sup>46</sup> КОБЗАРЕВА, Документы (wie Anm. 43), S. 57. Am 23. April (3. Mai) 1656 schrieb Krister Horn, der Gouverneur Rigas, an den Herzog, dass der Gesandte des Zaren, Nazarij Alfimov, am 22. April mit zwölf weiteren Personen aus Pleskau in Riga eingetroffen sei und sich am kommenden Tag zum König begeben und im An-

ten gehörte auch die Entsendung des Fürsten Daniil Jefimovič Mišeckij<sup>47</sup> zu Herzog Jakob, zum Kurfürsten von Brandenburg und zum König von Dänemark, der im Namen des Zaren dem kurländischen Herzog Protektorat und Schutz gegen Schweden, dem Kurfürsten von Brandenburg und dem dänischen König aber eine Union anbieten sollte.<sup>48</sup> Mišeckij traf Mitte April in Mitau ein. Doch die Schweden waren schneller – schon zum wiederholten Mal forderten sie auf Anordnung ihres Königs den Herzog dazu auf, die Oberherrschaft Schwedens über Kurland anzuerkennen; im Falle der Weigerung müsse er mit der Verwüstung des Herzogtums rechnen. Nur die Änderungen der Kräfteverhältnisse an der Front retteten die Kurländer vor den Schweden. Andererseits versteht es sich von selbst, dass auch das Angebot des Zaren dem Herzog alles andere als attraktiv erschien, denn falls der Herzog darauf einging, drohte ihm neue Gefahr von der schwedischen Seite. Daher forderte der Herzog im Gegenzug, dass die Russen in die Neutralität Kurlands im Krieg Russlands gegen Schweden einwilligten, was letztendlich auch die Zustimmung Mišeckij's fand.<sup>49</sup>

Um die Ausstellung eines offiziellen Dokuments über die Neutralität Kurlands zu erwirken, schickte Jakob im Mai 1656 den Oberhauptmann von Goldingen Georg Fircks zu Aleksej Michajlovič. Fircks traf den Zaren in Smolensk an, wo dieser Mitte Mai den Kriegszug gegen die Schweden begonnen hatte. Am 4. (14.) Juni gewährte der Zar dem Gesandten eine Audienz, in der dieser ihm die Bitte vortrug, dass das russische Heer Kurland nicht angreifen und den kurländischen Untertanen freie Einreise nach Russland zum Zwecke des Handelsaustauschs gestattet werden möge. Zur Unterstützung der Bitte wurden dem Zaren zwei Edelsteine – Rubine oder Saphire – überreicht. In seinem Antwortschreiben versicherte der Zar zwar, Kurland nicht antasten zu wollen, doch bestand er mündlich darauf, dass Jakob russischer Untertan werde, d.h. unter die russische Oberherrschaft trete.<sup>50</sup> Leider sind im Archiv keine Belege zur Antwort des Herzogs erhalten, es kann aber davon ausgegan-

---

schluss daran unbedingt beim Herzog vorbeifahren wolle. Siehe LVVA, 554-1-523, Bl. 18.

<sup>47</sup> Beglaubigungsschreiben des Zaren an Mišeckij bei Herzog Jakob. Moskau, 9. (19.) März 1656, in: LVVA, 554-1-607, Bl. 20; Brief des Zaren an den Herzog. Moskau, 29. März (8. April) 1656, in: LVVA, 554-3-231, Bl. 52, 53.

<sup>48</sup> Борис Н. Флоря: От Потопа до Вильна. Русская политика по отношению к Речи Посполитой в 1655–1656 гг. [Von Potop bis Wilna. Russische Politik in Bezug auf die Rzeczpospolita in den Jahren 1655–1656], in: *Kwartalnik Historyczny* 110 (2003), Nr. 2, S. 25–49, hier S. 40.

<sup>49</sup> ALFRED VON HEDENSTRÖM: Die Beziehungen zwischen Russland und Brandenburg während des ersten nordischen Krieges. 1655–1660, Marburg 1896, S. 19; СЕРАФИМ, Die herzoglose Zeit (wie Anm. 42), S. 178; Siehe auch den Antwortbrief des Herzogs an den Zaren. [Mitau], undatiert, in: LVVA, 554-1-605, Bl. 5.

<sup>50</sup> Курляндския [...] дела (wie Anm. 8), S. 4; HEDENSTRÖM, Beziehungen (wie Anm. 49), S. 28; СЕРАФИМ, Die herzoglose Zeit (wie Anm. 42), S. 180.

gen werden, dass er dieses Ansinnen ablehnte. Unmittelbar nach dem Beginn des Feldzuges rückte Aleksej Michajlovič mit den Hauptkräften seines Heeres in Richtung Livland vor, wo er vor allem Riga zu besetzen hoffte. Sofort nach der Rückkehr von Fircks unterrichtete Herzog Jakob den schwedischen Generalgouverneur, Graf Magnus Gabriel De la Gardie, der sich gerade in Riga aufhielt, davon, dass der Zar ein großes Heer versammelt habe, es aber nicht gelungen sei, etwas Genaueres über die Richtung und das Ziel des geplanten Feldzuges herauszufinden. Im gleichen Brief bot Jakob an, in den Verhandlungen zwischen Schweden und Russen zu vermitteln.<sup>51</sup> Auch im weiteren Verlauf der Kriegshandlungen erteilte der Herzog auf De la Gardies Bitten Auskunft über das Vorrücken der russischen Truppen entlang der Düna. Darüber hinaus bot er den Schweden Ende Juli 30 Kanonen an.<sup>52</sup> Zu diesem Zeitpunkt wusste der Herzog schon genaueres über die Pläne des Zaren, Riga zu belagern und einen Teil des Heeres auf dem linken Ufer der Düna, d.h. durch das Territorium Kurlands, weiter marschieren zu lassen.<sup>53</sup>

Am 18. (28.) Juli 1656 begannen die Russen, Dünaburg zu belagern. Was den Umgang russischer Soldaten mit den Untertanen des Herzogs anging, waren unterschiedliche Nachrichten im Umlauf, doch scheinen sich die Russen weitestgehend um freundschaftliche Beziehungen zu den Einheimischen bemüht zu haben, was angesichts eines großen und nicht besonders disziplinierten Heeres sicher nicht einfach zu gewährleisten war. So schrieb beispielsweise Gotthard Johann Bistram Anfang August an den Herzog, dass die Moskauer Soldaten große Schäden besonders für die Bauernwirtschaften anrichteten, dass der Zar aber letztendlich seinen Truchsess (*Stol'nik*) Artemij Bogdanovič zu ihnen geschickt habe mit der Aufgabe, die Grenzen des Herzogtums zu bewachen, und dass letzterer in den Gutshöfen so viel Bewachung belasse, wie jeder Gutsherr anfordere. Bogdanovič habe auch verlangt, dass Bistram dies dem Herzog berichte, und habe selbst drei von seinen Kosaken nach Mitau geschickt.<sup>54</sup> Dieses im Grunde durchaus freundliche Verhalten der Russen gegenüber den Kurländern ist sicher nicht nur auf die mehrmaligen Versprechungen des Zaren, Kurland schonen zu wollen, zurückzuführen, sondern wohl vor allem damit zu erklären, dass der Zar große Hoff-

<sup>51</sup> Brief Herzog Jakobs an De la Gardie. Mitau, [Sommer 1656], in: LVVA, 554-1-523, Bl. 309.

<sup>52</sup> LVVA, 554-1-523, Bl. 81-96.

<sup>53</sup> Bericht Heinrich von der Tinnens an Herzog Jakob. Ellern, 22. Juli 1656, in: LVVA, 554-1-601, Bl. 309.

<sup>54</sup> Brief Bistrams an den Herzog. [Groß-Born], 3. August 1656, in: LVVA, 554-1-524, Bl. 93. Am gleichen Tag schrieb Kanzler Foelkersahm auf seinem Gut Barbern an den Herzog, dass er Nachricht von der russische Belagerung Dünaburgs erhalten habe und dass einige Truppen die Düna überquerten, um dort nach den Schweden und Bauern aus Polnisch-Livland zu suchen, die auf der Stelle ermordet worden seien. Die Untertanen des Herzogs verschone man jedoch. Siehe ebenda, Bl. 96.



nungen auf die Hilfe des Herzogs bei der Unterwerfung Rigas setzte. Denn Ende Juli wurde Ordin-Naščekin zu Jakob entsandt, der in einer Audienz beim Herzog am 4. (14.) August die Bitte des Zaren vortrug, Jakob möge die Rigenser überreden, sich dem Zaren zu ergeben und dessen Herrschaft zu akzeptieren. In seinem Antwortbrief an Aleksej Michajlovič beschränkte sich der Herzog allerdings auf einen Dank für den freundlichen Empfang Fircks' in Moskau, seine Bereitschaft zur Zusammenarbeit sicherte er jedoch nur mündlich zu. Angesichts der sich nähernden 100 000 Mann starken russischen Armee wäre es zweifellos unklug gewesen, der Bitte des Zaren nicht wenigstens mündlich zu entsprechen. Tatsächlich unterstützte der Herzog die Russen bei ihrem Versuch, Riga zu erobern, durch kurländische Handelsleute, die Flugblätter nach Riga schmuggelten und diese dort verbreiten ließen. Der Inhalt der Flugblätter stammte aus der Feder Ordin-Naščekins und enthielt vor allem die Zusage an die Einwohner Rigas, dass alle ihre Rechte und Handelsfreiheiten auch nach der Unterwerfung unter den Zaren erhalten bleiben sollten.<sup>55</sup>

Das Vorrücken des riesigen russischen Heeres beunruhigte zunehmend auch die Schweden. Der Generalgouverneur De la Gardie, der von Karl X. Gustav zu Verhandlungen mit den Russen bevollmächtigt war, schrieb an Jakob, er möge Aleksej Michajlovič um die Aufnahme von Verhandlungen bitten.<sup>56</sup> Da die Truppen des Zaren im Vormarsch waren, war der Zar jedoch an Friedensverhandlungen nicht besonders interessiert. In der Nacht vom 30. auf den 31. Juli (9./10. August) 1656 nahmen die Russen Dünaburg ein<sup>57</sup> und belagerten anschließend Kokenhusen. In dieser Zeit wurde das Lager des Zaren gegenüber von Selburg errichtet. Ein Teil der Russen setzte mit Booten auf das linke (kurländische) Ufer der Düna über, um dort in der Nähe von Windsheim mit dem Bau einer Schanze zu beginnen. Vom hohen Ufer aus beabsichtigten sie, Kokenhusen mit Kanonen zu beschießen. Die übergesetzten Russen begannen, durch die Gegend zu streifen und die Bauern zu berauben. Nach wiederholten Beschwerden der Gutsverwalter aus Setzen, Sehren und von anderen Gutshöfen erließ der Zar den Befehl, dass man jeden seiner Soldaten aufhängen dürfe, der bei einer Gewalttat auf dem Territorium Kurlands

---

<sup>55</sup> Курляндския [...] дела (wie Anm. 8), S. 5; HEDENSTRÖM, Beziehungen (wie Anm. 49), S. 30, 31; РУХМАНОВА, К истории переговоров (wie Anm. 39), S. 159; J. KURSKOVs: A.L. Ordins-Naščekins – Kokneses vaivads (1656.–1661. g.) [A.L. Ordins-Naščekin als Wojewode von Kokenhusen 1656–1661], in: Vēstures problēmas [Probleme der Geschichte], Bd. 2, Rīga 1958, S. 239–261, hier S. 241.

<sup>56</sup> Brief De la Gardies an Herzog Jakob. Riga, 31. Juli (10. August) 1656, in: LVVA, 554-1-523, Bl. 100.

<sup>57</sup> Näher zu diesem Zeitraum siehe: Dinaburga Krievijas Valsts seno aktu arhīva dokumentos (1656–1666) [Dünaburg in den Dokumenten des Russländischen Staatsarchivs für alte Akten], hrsg. von ALEKSANDRS IVANOVs, ANATOLIJS KUZŅECOVs, Bd. 1-2, Daugavpils 2002.

ertappt würde. Das half jedoch herzlich wenig.<sup>58</sup> Um Plünderungen und Raub zu verhindern, ordnete der Herzog daraufhin an, das russische Heer mit Lebensmitteln und Fourage zu versorgen.<sup>59</sup>

Inzwischen war der Mitauer Hof zu einem Treffpunkt von Gesandten aus verschiedensten Ländern geworden, die von hier aus den Zaren in seinem Kriegslager aufsuchten. Alle diese Gesandtschaften musste der Herzog mit Pferden und einem Konvoi versorgen, um die Emissäre vor den durch das Territorium Kurlands streifenden schwedischen und polnisch-litauischen Truppen zu schützen. So begleitete der Hauptmann von Bauske Nikolaus Heinrich von Tiesenhausen den brandenburgischen Gesandten Johann Kasimir von Eulenburg und den dänischen Gesandten Hermann Koss, der den Zaren zusammen mit Mišeckij aufsuchte, bis nach Setzen und Altona und wieder zurück nach Mitau. Das in der Nähe von Windsheim gelegene Gut Altona wurde zu einer Art „Bahnhofsvorhalle“, wo sich die Gesandten aufhielten, bis der Zar die Erlaubnis erteilte, über den Fluss zu setzen und ihn zu besuchen.<sup>60</sup> Die Sicherung dieses „diplomatischen Korridors“ war für den Herzog auch von großem Nutzen, da sie es ihm ermöglichte, Informationen über alle politischen Aktivitäten aus erster Hand zu gewinnen. Andererseits war es auch für die Kriegsparteien nicht unwichtig, dass die Gesandtschaften für die Hin- und Rückreise entlang des vom Gegner besetzten Territoriums sicheres Geleit erhielten.

Am Morgen des 14. (24.) August 1656 nahmen die Russen Kokenhusen ein. Ein Teil der Moskauer Truppen war schon auf dem Weg nach Riga, und nach dem Fall Kokenhusens verließ auch Ordin-Naščekin seinen Stab, der in einer Getreidedarre in Altona untergebracht war, um mit mehreren Tausend Mann weiter auf dem linken (kurländischen) Ufer der Düna vorzurücken. In einem Gespräch mit dem Gutsherrn von Sehren, Fromhold Johann Medem, hatte Naščekin versprochen, während des Marsches auf Ordnung zu achten, so dass den Untertanen des Herzogs kein Unrecht geschehe.<sup>61</sup> Anfang August begannen die Russen mit der Belagerung von Riga, und Anfang September ließ Aleksej Michajlovič sein neues Lager in der Nähe des Gutshofes Kleinjungfernhof errichten. Dorthin wurde der Kanzler Foelkersahm mit einem Brief des Herzogs

<sup>58</sup> Berichte des Setzischen Gutsherrn Friedrich Hahn, des Hauptmanns von Bauske Nikolaus Heinrich von Tiesenhausen und des Sehrenschen Gutsherrn Fromhold Johann Medem über die Ereignisse in Setzen und im Lager des Zaren gegenüber von Altona. 11., 18., 20. und 24. August 1656, in: LVVA, 554-1-524, Bl. 104, 111, 116, 123.

<sup>59</sup> Verordnung des Herzogs. Mitau, 29. August 1656 (Entwurf), in: LVVA, 554-1-54, Bl. 132. Laut Bericht Medems vom 27. August wurde eine entsprechende Verordnung schon früher erlassen. Siehe ebenda, Bl. 130.

<sup>60</sup> Berichte der Beamten des Herzogs aus Sehren und Setzen im August 1656, in: LVVA, 554-1-524, Bl. 116-128, 133-141; 554-3-747, Bl. 7, 37.

<sup>61</sup> Der Bericht von Medem. Das Lager des Zaren, 24. August 1656, in: LVVA, 554-1-524, Bl. 123.

entsandt, in dem Jakob den Zaren bat, sein Herzogtum zu verschonen und alle russischen Truppen von dort zu entfernen. Darüber hinaus sollte der Kanzler aber noch über andere Fragen verhandeln. Der Zar nahm den Gesandten freundlich in Empfang und ordnete für die Verhandlungen mit ihm die Bojaren Boris Morosov und Il'ja Miloslavskij sowie den Djak Larion Lopuchin ab.<sup>62</sup> Am 12. (22.) September ließ der Zar Foelkersahm eine Antwort überreichen, in der er darauf hinwies, dass entsprechende Anordnungen an die Truppen schon ergangen seien, dass die anderen Wünsche des Herzogs aber erst erfüllt werden könnten, wenn Riga gefallen sei.<sup>63</sup> Dies bedeutete, dass der Herzog dem Zaren offenbar noch weitere Wünsche übermittelt hatte, die Foelkersahm jedoch nur mündlich vorgebracht und die sich offensichtlich direkt auf des Herzogs persönliche Interessen bezogen.<sup>64</sup> Am 14. (24.) September machte sich Foelkersahm zusammen mit dem vom Zaren an den Herzog entsandten Emissär Vasilij Unkovskij<sup>65</sup> auf den Weg nach Mitau. Leider haben sich keine Quellen über diesen Besuch im Archiv erhalten.

## V

Bezüglich der Beziehungen zwischen Russland und Kurland während der Belagerung von Riga ist eine Frage bis heute offen geblieben. In der russischen Historiographie der Sowjetzeit ist wiederholt betont worden,

---

<sup>62</sup> Leider ist im Lettischen Historischen Staatsarchiv weder der Brief des Herzogs an den Zaren noch die Instruktion für Foelkersahm erhalten geblieben. Den von Bantys-Kamenskij zusammengestellten Materialien zufolge hat Jakob in seinem Brief darum gebeten, Birsen von den Schweden zu befreien und es an die rechtmäßige Besitzerin Radzivil zurückzugeben sowie auch einige Gefangene zu befreien. Außerdem habe er behauptet, dass er alles Erforderliche unternahme, um die Rigaer davon zu überzeugen, sich dem Zaren zu ergeben. Auch habe er dem polnischen König und den Senatoren geschrieben, dass sie die Protektion des Zaren annehmen sollten (Курляндския [...] дела [wie Anm. 8], S. 5). Hier ist anzumerken, dass der Herzog anscheinend absichtlich seine Verdienste bezüglich der Umstimmung der Rigaer Bevölkerung etwas übertrieben hat; der Hinweis auf den Brief an den polnischen König ist aber in Zusammenhang mit den polnisch-russischen Verhandlungen zu bringen, die zu dieser Zeit in der Nähe von Wilna geführt wurden. Während dieser Verhandlungen verlangten die Russen, nach dem Tod Jan Kasimirs den Zaren zum polnischen König zu wählen.

<sup>63</sup> Brief des Zaren an den Herzog. Im Lager bei Riga, 12. (22.) September 1656, in: LVVA, 554-3-231, Bl. 58-61.

<sup>64</sup> Laut Ruchmanova forderte der Herzog, das Gebiet Pilten, über das zu dieser Zeit ein Vertrag mit den Schweden existierte, sowie die Territorien, die Kurland nach dem Altmarker Waffenstillstand von 1629 verloren hatte – z. B. Schloss Dahlen – an Kurland anzuschließen. РУХМАНОВА, К истории переговоров (wie Anm. 48), S. 160. Es versteht sich, dass Russland diesen Forderungen nur dann hätte entsprechen können, wenn es Schweden besiegt hätte. Jakob wollte für diesen Fall seine Rechte sichern.

<sup>65</sup> Brief des Zaren an den Herzog. Im Lager bei Riga, 14. (24.) September 1656, in: LVVA, 554-3-756, Bl. 13.

dass Herzog Jakob mit Naščekin einen Freundschafts- und Freihandelsvertrag abgeschlossen habe, der von beiden Seiten ratifiziert worden sei.<sup>66</sup> Die auf diesen Aspekt hin durchgesehenen Dokumente enthalten jedoch nicht den geringsten Hinweis darauf, dass zu dieser Zeit tatsächlich irgendein Vertrag mit Russland abgeschlossen worden wäre. Ein derartiger Vertrag taucht auch in den wissenschaftlichen Arbeiten der vorsowjetischen Zeit nicht auf. Auch die „Vollständige Sammlung der Gesetze des Russischen Reiches“<sup>67</sup> enthält keinen derartigen Vertrag, während das Abkommen, das die Russen am 22. September (2. Oktober) 1656 in der Nähe von Riga mit dem brandenburgischen Gesandten Eulenburg abgeschlossen haben, dort durchaus zu finden ist. Möglicherweise hat es einen entsprechenden Vertragsentwurf von russischer Seite gegeben, doch ist es ganz offensichtlich nicht zu einer Vertragunterzeichnung gekommen.

Die relativ freundschaftlichen Beziehungen Jakobs zu Aleksej Michajlovič sorgten in schwedischen Kreisen und in den Ländern, die Schweden nahe standen, für vielfältige Gerüchte und erhebliches Misstrauen, die sowohl in der damaligen Presse und in Flugschriften als auch in den Berichten der Gesandten zum Ausdruck kamen. So sah sich der Herzog alsbald gezwungen, sich gegenüber schwedischen Amtspersonen dahingehend zu rechtfertigen, dass er den Zaren auf keinerlei Art und Weise zu einem Feldzug nach Riga ermuntert, sondern sich stets strikt an seine Neutralität gehalten habe.<sup>68</sup> Demgegenüber enthalten Dokumente aus russischen Archiven einen Hinweis darauf, dass ein kurländischer Oberstleutnant namens Wilhelm Philipp von Seitz den russischen Feldherren wertvolle Informationen über die Stärke der schwedischen Truppen in Riga, die Verteilung der Wachposten in der Stadt sowie über die Stimmung der Stadtbewohner habe zukommen lassen.<sup>69</sup> Dem widersprach jedoch der Bojar Morosov in einem Brief an den Herzog vom 5. (15.) Oktober 1656 – von dem Besuch eines Oberstleutnants von Seitz wisse er nichts.<sup>70</sup>

Nach dem Rückzug der russischen Truppen aus der Umgebung Rigas Anfang Oktober 1656 unterhielt der Herzog weiterhin rege Kontakte sowohl zu den Russen als auch zu den Schweden. Schon am 7. (17.) Okto-

<sup>66</sup> KURSKOVs, Ordins-Naščekins (wie Anm. 55), S. 241; ГАЛАКТИОНОВ, ЧИСТЯКОВА, Ордин-Нащекин (wie Anm. 43), S. 51, 52; РУХМАНОВА, К истории переговоров (wie Anm. 39), S. 160.

<sup>67</sup> Полное собрание законов Российской Империи с 1649 г., т. 1 (1649–1675) [Vollständige Sammlung der Gesetze des Russischen Reichs seit 1649, Bd. 1 (1649–1675)] (künftig: ПСЗ), Санкт-Петербург 1830.

<sup>68</sup> Brief Herzog Jakobs an Graf Oxenstierna. Mitau, 9. Oktober 1656 (Entwurf), in: LVVA, 554-1-523, Bl. 243.

<sup>69</sup> РУХМАНОВА, К истории переговоров (wie Anm. 39), S. 160.

<sup>70</sup> Morosov antwortete auf den Brief des Herzogs vom 12. Oktober, in dem Jakob die Russen davor gewarnt hatte, von Seitz in Dienst zu nehmen, denn er habe den ihm geleisteten Eid verletzt und seine Befehle missachtet. Siehe LVVA, 554-3-747, Bl. 28.

ber schickte der Zar seinen Gesandten Gregorij Bogdanov aus Üxküll zum Herzog, der von Mitau aus weiter zum Römischen Kaiser reisen sollte. Bogdanov informierte den Herzog über die Absicht des Zaren, Frieden mit Schweden zu schließen.<sup>71</sup> Der Herzog reagierte unverzüglich darauf, indem er einen Brief nach Riga an Magnus De la Gardie sandte und diesen aufforderte, eine vertrauenswürdige Person zu ihm zu schicken, um die Dinge zu besprechen, die ihm der russische Gesandte anvertraut hatte.<sup>72</sup> Gleichzeitig bemühte sich der Herzog um Aufnahme von schwedisch-litauischen Verhandlungen. Der schwedische König Karl X. Gustav dankte dem Herzog ausdrücklich für dessen Mühe sowie für dessen Angebot, als Vermittler bei den Friedensverhandlungen aufzutreten, und versprach für den Fall, dass es zu Verhandlungen mit Russland komme, auch die Interessen des Herzogs im Auge zu behalten. Doch wählte die schwedische Seite dann als Vermittler ihren Verbündeten, den Kurfürsten von Brandenburg.<sup>73</sup> Dennoch spielte Herzog Jakob eine keineswegs unbedeutende Rolle bei der Anknüpfung und Aufrechterhaltung der Kontakte zwischen Schweden und Russen. Ein Großteil der Korrespondenz zwischen De la Gardie und den russischen Feldherren – vor allem Naščekin und dem Fürsten Jakov Čerkasskij – nahm nämlich ihren Weg über den Mitauer Hof.

## VI

Da Russland nun in den besetzten Gebieten Livlands die Verwaltung übernommen hatte, war es zumindest zeitweilig erstmals unmittelbarer Nachbar Kurlands geworden. Die intensivsten Kontakte unterhielt der Herzog zu Ordin-Naščekin, den der Zar im Oktober 1656 zum Wojewoden von Kokenhusen<sup>74</sup> ernannt hatte und der damit zur wichtigsten russischen Amtsperson in der Region geworden war. Beide Seiten tauschten regelmäßig Informationen bezüglich der aktuellen politischen Situation aus. So informierte Ordin-Naščekin den Herzog z.B. über den russischen Erfolg bei der Besetzung von Dorpat, über den aktuellen Aufenthaltsort des Zaren usw., während er seinerseits von Auskünften des Herzogs über die schwedisch-polnischen Beziehungen, über den Verlauf des Sejms in Polen sowie über die Gespräche der französischen und holländischen

<sup>71</sup> LVVA, 554-3-756, Bl. 17; КОБЗАРЕВА, Документы по истории (wie Anm. 43), S. 68.

<sup>72</sup> De la Gardie schrieb am 15. (25.) Oktober in seinem Antwortbrief an Herzog Jakob aus Riga, dass der vom Herzog vorgeschlagene Assistenzrat Paul von Helmersen zurzeit nicht vor Ort sei, die Gespräche jedoch auch mit dem Assessor Nikolai Struckmann, der sich aus anderen Gründen bereits in Mitau aufhalte, geführt werden könnten. Siehe LVVA, 554-1-523, Bl. 134.

<sup>73</sup> Brief des schwedischen Königs an Herzog Jakob. Marienburg, 21. November (4. Dezember) 1656, in: LVVA, 554-1-523, Bl. 302.

<sup>74</sup> Nachdem die Russen Kokenhusen eingenommen hatten, benannten sie es in Zarevič-Dmitrij-Grad um.

Gesandten mit dem polnischen König profitierte. Außerdem wirkten sich die Bemühungen Jakobs um den Gefangenen austausch, bei dem er als Hauptvermittler auftrat, positiv auf die zwischenstaatlichen Beziehungen aus. Unter der Vermittlung Jakob Raysens, eines Kaufmanns aus Mitau, und mit Zustimmung des Herzogs lief der Postverkehr zwischen den hamburgischen und holländischen Kaufleuten einerseits und den russischen Kaufleuten in Moskau andererseits jetzt über Kurland. Sowohl Ordin-Naščekin als auch Herzog Jakob maßen der Anknüpfung und Festigung ökonomischer Beziehungen große Bedeutung zu. So lud Naščekin kurländische Kaufleute zu sich nach Kokenhusen zu Gesprächen ein, bot ihnen an, die nach Kokenhusen gebrachten Juchtenleder und andere Waren zu kaufen und ermunterte russische Kaufleute, Kurland zu besuchen, so dass sich der Rigaer Stadtrat am 6. (16.) Juni 1657 mit einer Beschwerde an den Generalgouverneur wandte, dass russische Kaufleute immer öfter ihre Lastkähne in Friedrichstadt, also in Kurland, entluden, wodurch den Rigaer Einwohnern großer Schaden entstehe.<sup>75</sup> Ordin-Naščekin wiederum kaufte beim Herzog Getreide für die Versorgung seiner Truppen ein.<sup>76</sup>

Seit dem Sommer 1657 gestalteten sich die internationalen Beziehungen in der Region jedoch wieder komplizierter. Zunächst führten die Russen eine neue Offensive in Richtung Riga durch, obwohl die Bojarenduma und Aleksej Michajlovič noch Ende Februar den Beschluss gefasst hatten, mit Schweden Frieden zu schließen. Da die Aufnahme von Verhandlungen jedoch misslungen war, ließ der Zar große Teile seines Heeres an der schwedischen Grenze in Livland aufmarschieren. Als der Herzog dies erfuhr, bat er den Zaren unverzüglich, seine Anordnung, Kurland nicht anzugreifen, erneut zu bestätigen.<sup>77</sup> Die Russen wurden jedoch unabhängig von Jakobs Bitte durch eine Pestepidemie aufgehalten, die im Sommer 1657 Livland und Kurland heimsuchte. Auch viele Rigaenser verließen die Stadt, ebenso wie die schwedischen Truppen, die unter Führung von De la Gardie in Richtung Wolmar aufbrachen, um weiter Richtung Reval zu marschieren. Ordin-Naščekin, dessen antischwedische Haltung allseits bekannt war, hatte dem Zaren schon im Juni nahe gelegt, den Abzug der Schweden aus Riga zur Unterwerfung der Stadt zu nutzen, zumal sich auch noch das Gerücht verbreitete, dass De la Gardie verstorben sei. Ordin-Naščekin forderte nun den Herzog auf, die Rigaenser zu überreden, sich den Russen zu ergeben, und reagierte äußerst ungehalten auf des Herzogs Auffassung, dass dies eher ein güns-

<sup>75</sup> LVVA, 673-1-421, Bl. 477.

<sup>76</sup> Briefe Naščekins an Herzog Jakob aus Kokenhusen. Oktober 1656 bis April 1657, in: LVVA, 554-1-607, Bl. 23, 24; 554-3-747, Bl. 12-22; 554-3-231, Bl. 54-57.

<sup>77</sup> Курляндския [...] дела (wie Anm. 8), S. 5, 6. Eine ähnliche Bitte äußerte der Herzog erneut im Oktober 1657, auf welche der Zar mit einer entsprechenden Verordnung an Naščekin antwortete. Siehe LVVA, 554-3-747, Bl. 32.

tiger Zeitpunkt sei, um mit den Schweden Frieden zu schließen.<sup>78</sup> Aber auch bei den Schweden stieß der Herzog mit seinem Friedensvorschlag auf Unverständnis. Schlimmer noch, die Schweden beschuldigten Jakob nun, Russland gegen England und Schweden aufgebracht zu haben, da er behauptet hätte, dass diese beiden Länder Russland aus dem Handelsraum der Ostsee verdrängen wollten. Diese Beschuldigung stützte sich offenbar in erster Linie auf die recht schroffe Absage der Russen an den englischen Gesandten Richard Bradshaw, der Ende Juli 1657 in Mitau eingetroffen war und nach Russland weiterreisen wollte. Überdies warfen die Schweden dem Herzog vor, er habe Bradshaw bestechen wollen, um den Inhalt seiner Instruktion in Erfahrung zu bringen, und behaupteten, Jakob habe versucht, mit Hilfe von Bradshaw den Handelsfluss von Riga nach Mitau umzuleiten.<sup>79</sup>

Im Oktober veränderte sich die internationale Konstellation jedoch erneut, da Zar Aleksej Michajlovič nun erklärte, doch Frieden mit Schweden schließen zu wollen.<sup>80</sup> Das russische Heer, das in der Zwischenzeit bei der Ewstszchanze an der Grenze zwischen Schwedisch- und Polnisch-Livland angelangt war und stark unter der Pestepidemie litt, zog sich im Spätherbst auf Dünaburg zurück. Trotz aller gegenteiligen Versprechungen verlief der Rückzug nicht ohne Zwischenfälle, durch die auch Kurland in Mitleidenschaft gezogen wurde. Wie der Gutsbesitzer Heinrich von der Tinnen in einem Brief an den Herzog vom 28. November 1657 darlegte, habe ihn<sup>81</sup> ein russischer Offizier mit 40 Soldaten aufgesucht, die eine große Menge Lebensmittel und mehrere Wagen beschlagnahmt hätten. Wenig später hätten zwei russische Gesandte in Begleitung dänischer Gesandter, einer Eskorte und 30 Soldaten aus Kokenhusen, insgesamt 60 Mann, sein Gut überfallen, dort eine Nacht verbracht, die Einheimischen verprügelt, über diese nach Lust und Laune verfügt und beim Abzug noch 40 Pferde von den Bauern und aus dem Gut mitgenommen, die sie allerdings bei Druja wieder zurückgegeben hätten.<sup>82</sup>

<sup>78</sup> СОЛОВЬЕВ, Сочинения (wie Anm. 2), S. 642-644; КОБЗАРЕВА, Документы (wie Anm. 43), S. 72.

<sup>79</sup> Auch wenn der Herzog sich die Belebung der Handelsbeziehungen mit England wünschte, entbehren laut Stephan Troebst die Behauptungen der Schweden jeder Grundlage. Am wahrscheinlichsten ist, dass Bradshaw in Russland einmal aufgrund der Pest und zum anderen deshalb nicht empfangen wurde, weil der Zar die Legitimität der Herrschaft Oliver Cromwells nicht anerkannte. Bradshaw begab sich im Herbst nach Riga, wo er sich auch im November aufhielt und von wo aus er wieder nach England zurückkehrte. Siehe ТРОЕБСТ, Handelskontrolle (wie Anm. 17), S. 413-415.

<sup>80</sup> Курляндския [...] дела (wie Anm. 8), S. 6.

<sup>81</sup> Heinrich von der Tinnen schrieb an den Herzog aus Essern oder Esseritz am Schönheider See, es handelt sich hierbei um das Landgut Ellern an der Düna, das ebenfalls von der Tinnen gehörte.

<sup>82</sup> Außerdem berichtete von der Tinnen, dass der Vorgänger des Dünaburger Wojewoden, der ein herzenguter Mensch gewesen sei, in Ungnade gefallen und abgelöst

## VII

Neben den militärischen Auseinandersetzungen mit Schweden waren die Russen 1657 auch in Kriegshandlungen mit Polen-Litauern verwickelt. Doch im September begannen in Wilna/Vilnius polnisch-russische Verhandlungen. Die Hauptforderung des Zaren bestand nach wie vor darin, seine Kandidatur auf den polnischen Thron nach dem Tod des polnischen Königs Jan Kasimir bestätigt zu sehen. Diese Frage wurde auch in den Gesprächen zwischen den Vertretern Herzogs Jakobs und dem Fürsten Mišeckij am 15. (25.) Oktober 1657 behandelt, als dieser auf dem Rückweg von Dänemark in Mitau Station machte.<sup>83</sup> Die Forderung des Zaren, König von Polen zu werden, bildete offenbar auch den Hintergrund für jenen Vertragsentwurf zwischen dem Herzog und dem Zaren, der am 30. Januar (9. Februar) 1658 in Moskau eingegangen ist. Obwohl lettische Archive keinerlei Informationen darüber verfügen, dass Jakob tatsächlich einen solchen Vertrag abzuschließen gedachte, listet B a n t y ŝ - K a m e n s k i j aufgrund russischer Dokumente die zehn Punkte des Vertragsentwurfs auf, die er allerdings unzutreffend als Wunsch des Herzogs interpretiert, unter das Protektorat Russlands zu treten bzw. als russischer Untertan anerkannt zu werden (*в совершенное российское защищение или подданство*).<sup>84</sup> Denn wenn man sich die einzelnen Punkte des Vertragsentwurfs genauer ansieht, wird ersichtlich, dass der Herzog dem Zaren lediglich versprach, ihn bei seinen Bemühungen um die polnische Krone zu unterstützen. Für den Fall, dass der Plan gelang, sollte Kurland mit allen Verwaltungsbefugnissen dem Herzog übergeben werden, der in Zukunft keine Treueschwüre mehr zu leisten hätte und auch nicht mehr Untertan genannt werden dürfte. Demnach handelte es sich in Wirklichkeit um einen Freundschaftsvertrag, der im Falle seiner Ausführung Herzog Jakob wenn nicht die Souveränität, so doch ein weit größeres Maß an Handlungsfreiheit gebracht hätte, als er sie in dem bestehenden Lehnverhältnis mit Polen-Litauen besaß. Dass der Vertrag tatsächlich abgeschlossen wurde, ist jedoch nicht belegt, zumal sein Inhalt von den Ereignissen schnell überholt wurde.<sup>85</sup> Auch fand dieser Vertragsentwurf in der weiteren Korrespondenz zwischen dem Herzog und dem Zaren keine Erwähnung mehr.

Die politischen Bemühungen Russlands zielten 1658 auf den Abschluss von Friedensverträgen sowohl mit Polen-Litauen als auch mit Schweden. Die im Sommer und Herbst des Jahres 1658 in Wilna erneut aufgenom-

---

sei. In Kokenhusen und Druja stürben viele Menschen an der Pest. Siehe LVVA, 554-1-601, Bl. 311, 312.

<sup>83</sup> Курляндския [...] дела (wie Anm. 8), S. 6.

<sup>84</sup> Ebenda, S. 6, 7.

<sup>85</sup> Ruchmanova weist darauf hin, dass die russische Seite den Vertragstext ohne jegliche Korrekturen akzeptiert hat. Ihr zufolge habe es sich im Grunde dabei um den Anschluss Kurlands an Russland gehandelt. РУХМАНОВА, К истории переговоров (wie Anm. 39), S. 161.



menen Gespräche, zu denen der Herzog als seinen Beobachter den Verwalter des Gutes Tauerkaln Georg Hollownia Spaski<sup>86</sup> entsandt hatte, verliefen jedoch ergebnislos. Dagegen gelang es den Russen, schon im April eine Waffenruhe mit Schweden abzuschließen, die am 20. Mai in Kraft treten sollte, sowie eine Einigung bezüglich der Gesandtenversammlung herbeizuführen. Diese trat an der Narva zusammen und hatte zur Folge, dass am 20. (30.) Dezember 1658 in Vallisaari der Waffenstillstand um weitere drei Jahre verlängert wurde. Während der Verhandlungen forderten die Gesandten des Zaren unter der Leitung des Fürsten Ivan Prozorovskij auch die Anerkennung der Neutralität Kurlands durch Schweden, worauf die Schweden antworteten, dass dies allein in der Kompetenz des Königs liege. Dennoch wurden die Territorien des Herzogtums in diesen Waffenstillstandsvertrag aufgenommen.<sup>87</sup> Tatsächlich aber brachte diese Vereinbarung dem Herzogtum keine Vorteile, denn schon im Oktober hatten die Schweden hinterrücks Mitau erobert und die Familie des Herzogs gefangen genommen. Bald darauf gerieten auch Bauske und Doblen und zu Beginn des Jahres 1659 das ganze Herzogtum unter schwedische Herrschaft. Die Besetzung Kurlands stieß sowohl bei den Gutsherren als auch bei den Stadtbewohnern und Bauern auf aktiven Widerstand, doch den wichtigsten Beitrag zur Befreiung des Herzogtums von den Schweden leisteten die polnisch-litauischen und die vom Kurfürsten von Brandenburg entsandten Truppen. Da die Russen nach wie vor Krieg gegen Polen-Litauen führten, nutzten sie die Gunst der Stunde und marschierten in Kurland ein. Noch zu Beginn des Frühjahrs 1660 befanden sich die Gebiete von Selburg und Dünaburg einschließlich Friedrichstadt, wo sie den Zoll kassierten, unter russischer Besatzung. Erst im Juli 1660, als Herzog Jakob bereits aus der Gefangenschaft zurückgekehrt war, räumten die Russen Friedrichstadt und ihre übrigen kurländischen Stützpunkte.<sup>88</sup>

Nach der Rückkehr des Herzogs auf dem Thron blieben die Beziehungen zu Russland relativ freundschaftlich, und zu Beginn des Jahres 1661 ermunterte Ordin-Naščekin den Herzog sogar, alles ihm Mögliche zu tun, damit es zu einem Friedensvertrag zwischen Russland und Polen-Litauen komme. Ordin-Naščekins Wunsch war es auch, dass der Herzog den Kurfürsten von Brandenburg als Vermittler für diese Friedensgespräche gewinnen möge, um so die Teilnahme Frankreichs an den Gesprächen abzublocken, da diese seiner Meinung nach Russlands Interessen schaden könnte.<sup>89</sup> Doch gab es zugleich auch Unstimmigkeiten

<sup>86</sup> Memorial und Kreditiv an Spaski. Mitau, 3. und 4. August 1658, in: LVVA, 554-1-604.

<sup>87</sup> ИСЗ (wie Anm. 67), Nr. 240, S. 477.

<sup>88</sup> Briefe Kanzler Foelkersahms an Herzog Jakob. Danzig, April 1660; Mitau, 15. Juli 1660, in: LVVA, 1100-13-720, Bl. 78, 85.

<sup>89</sup> Briefe Naščekins an Herzog Jakob. Dorpat, 19. (29.) Januar, 6. (16.) Februar, 13. (23.) Februar 1661; Berichte des Oberhauptmanns von Selburg, Wilhelm Friedrich

und Misstrauen zwischen den Partnern. So waren die Russen beispielsweise ungehalten darüber, dass sich unter 78 polnischen Gefangenen, die aus Kokenhusen nach Moskau geschickt worden waren, auch Kurländer befanden. Dennoch gelang es Ordin-Naščekin, eine Eskalation zu verhindern.<sup>90</sup> Der Herzog weigerte sich seinerseits, einen Brief Naščekins, der zum Eintritt ins russische Heer aufforderte, nach Preußen weiterzuleiten, da er der Meinung war, dass dies ein unfreundlicher Akt gegenüber dem Kurfürsten von Brandenburg sei, der noch keinen Frieden mit den Russen abgeschlossen habe. Ordin-Naščekin rechtfertigte sein Anliegen damit, dass die Rekrutierung von Soldaten dem Kampf gegen die Ungläubigen, d.h. den Khan der Krim, diene. Zur Anwerbung von Soldaten kam es auch in anderen Gebieten Deutschlands, wobei der Plan vorsah, dass die frisch Rekrutierten sodann mit Schiffen von Hamburg und Lübeck aus nach Libau in Kurland transportiert werden sollten. Als der Herzog dies erfuhr, sandte er den Oberhauptmann von Selburg, Wilhelm Friedrich Taube, zu Naščekin, um dagegen zu protestieren. Jakob befürchtete wohl zu Recht, dass der Transport von russischen Soldaten durch Kurland zu Gegenmaßnahmen Polen-Litauens führen könnte. Auch Ordin-Naščekin sah ein, dass die Bedenken des Herzogs berechtigt waren, und versprach, die Schiffe mit Hilfe der Faktoren des Zaren nach Riga oder nach einem estländischen Hafen umzuleiten.<sup>91</sup>

Neben den politischen Beziehungen brachen auch die ökonomischen Beziehungen nicht ab. So kaufte der Herzog im Frühling 1661 unter Vermittlung von Taubes bei russischen Kaufleuten 200 Schiffpfund Hanf und eine nicht genau benannte Menge Leinen. Im Sommer des Jahres 1663 traten drei Russen, die auf den Anbau von Hanf spezialisiert waren, den Dienst beim Herzog an, wobei sie sich bereit erklärten, auch mit ihren Familien nach Kurland überzusiedeln.<sup>92</sup> Der Zar war dagegen an der Möglichkeit interessiert, in Kurland auf eigene Kosten ein Schiff zum gemeinsamen Handel mit Indien<sup>93</sup> bauen zu lassen. Außerdem bat er den Herzog wiederholt, Fachleute, insbesondere der Metallurgie, nach Russland zu entsenden. Was den Bau des Schiffes anbetraf, so wies der kurländische Kanzler Foelkersahm, der darüber mit Ivan Željabužskij, dem Gesandten des Zaren, im Februar 1661 in Riga verhandelte, darauf hin, dass es für den Zaren günstiger wäre, dieses in Archangel'sk bauen zu lassen. Zu diesem Zweck übersandte der Herzog dem Zaren etwas

Taube, an den Herzog. Selburg 1. April, Setzen 7. April 1661, in: LVVA, 554-3-522, Bl. 29; 554-3-747, Bl. 55; 554-3-756, Bl. 21; 554-1-325, Bl. 6, 8.

<sup>90</sup> Berichte Taubes an Herzog Jakob. Selburg, 3. Dezember 1660, 14. März 1661, in: LVVA, 554-1-325, Bl. 1, 2.

<sup>91</sup> Brief Naščekins an Herzog Jakob. Dorpat, 6. (16.) Februar; Taubes Brief an den Herzog. Neugut, 18. August 1661, in: LVVA, 554-3-756, Bl. 21, 22; 554-1-325, Bl. 23.

<sup>92</sup> Berichte Taubes, Selburg, 1., 27. April, 11. Mai, 7. Juli 1661, 8. August 1663, in: LVVA, 554-1-325, Bl. 6, 13, 14, 15, 19, 41.

<sup>93</sup> Gemeint ist Westindien.

später detailliertere Empfehlungen für den Schiffsbau. Auch Fachleute schickte der Herzog mehrmals nach Russland, die er teils in Kurland, teils im Ausland angeworben hatte. Auch Leonhard Marselius verpflichtete 1668 in Kurland sechs Metallgießmeister für seine Unternehmen in Russland, während sich der im russischen Heer dienende Oberst Nikolai von Staden auf der Suche nach Musikanten für den Hof des Zaren nach Kurland begab.<sup>94</sup>

## VIII

Mit dem Friedensvertrag von Kardis, der am 21. Juni (1. Juli) 1661 abgeschlossen wurde, verpflichteten sich die Russen, vom 16. August an die besetzten livländischen Schlösser an die Schweden zurückzugeben, darunter auch Kokenhusen. Schon im Juli begannen die Russen damit, ihren Besitz aus Kokenhusen nach Pleskau zu überführen, so dass das Schloss schon Anfang September von den Schweden übernommen werden konnte. Zu diesem Zeitpunkt hielt sich Ordin-Naščekin mit seinen Truppen in Polnisch-Livland auf. Denn die Russen führten nach wie vor Krieg mit Polen-Litauen, wobei die Kriegshandlungen nicht nur in der Ukraine, sondern auch in unmittelbarer Nähe des Herzogtums stattfanden. Informationen über die Ereignisse in Russland und über die Marschwege des russischen Heeres in den 1660er und 1670er Jahren erhielt der Herzog vor allem vom Oberhauptmann von Selburg Wilhelm Friedrich Taube, der Kontakte zu den Wojewoden von Dünaburg, aber auch zu verschiedenen Gutsherren in Schwedisch- und Polnisch-Livland unterhielt, Spione engagierte, die Durchreisenden ausfragte und sich auch sonst keine Gelegenheit entgehen ließ und keine Mühe scheute, um an wertvolle Informationen zu kommen. Als die Russen Ende des Sommers 1661 unter der Führung des Fürsten Ivan Chovanskij eine schwere Niederlage erlitten hatten und sich auch in der Folgezeit keiner besonderen Erfolge rühmen konnten, versuchte der Herzog noch einmal, dies zu seinen Gunsten auszunutzen und Dünaburg unter seine Herrschaft zu bringen. Nur bezog sich die Anregung des Herzogs dieses Mal nicht auf einen Sequester, sondern er bot den Russen an, ihnen Dünaburg abzukaufen. Es überrascht nicht, dass der Zar dieses Ansinnen weit von sich wies.<sup>95</sup>

<sup>94</sup> Курляндския [...] дела (wie Anm. 8), S. 8, 9; AMBURGER, Die Familie Marselius (wie Anm. 17), S. 156; ERIK AMBURGER, Die Anwerbung ausländischer Fachkräfte für die Wirtschaft Russlands vom 15. bis ins 19. Jahrhundert, Wiesbaden 1968, S. 39-42; СОЛОВЬЕВ, Сочинения (wie Anm. 2), кн. [Buch] 6, Москва 1991, S. 510, 511; NORBERT ANGERMAN: Livländisch-russische Kulturbeziehungen vor Peter dem Großen, in: Russland-Deutschland-Amerika. Festschrift für Fritz T. Epstein zum 80. Geburtstag, hrsg. von ALEXANDER FISCHER, GÜNTER MOLTSMANN, KLAUS SCHWABE, Wiesbaden 1978, S. 10-23, hier S. 22.

<sup>95</sup> Am 28. September (8. Oktober) 1662 traf der Gesandte des Herzogs, der Mitauer Kaufmann Johann Donaldson, mit Beschwerden über Streifzüge russischer Solda-

Im Juli 1663 versuchten die Polen und Litauer, in deren Reihen auch der aus dem Dienst des Herzogs zum polnischen König übergelaufene Oberst Johann Lübeck kämpfte, der unter dem Spitznamen „Blinder Valentin“ bekannt wurde, ohne Erfolg Dünaburg einzunehmen. Dagegen musste sich der Herzog dafür rechtfertigen, dass sich die Kurländer an diesem Angriff nicht beteiligt hatten.<sup>96</sup> Anfang September 1665 drangen die Russen, die von Chovanskij angeführt wurden und polnisch-litauische Truppen verfolgten, in das Herzogtum ein. Am 25. August (4. September) fand in der Nähe von Illuxt eine Schlacht statt, nach der die Russen nach Dünaburg zurückkehrten, während die Polen nach Weißrussland abmarschierten. Allerdings wurde Dünaburg schon Mitte September erneut von den Truppen des litauischen Hetmans Mihail Pac belagert, der zur Beschießung der Stadt am kurländischen Ufer der Düna Schanzen errichten ließ. Dünaburg zu besetzen gelang ihm aber nicht.<sup>97</sup> Um gegen den Einfall der russischen Armee in Kurland zu protestieren, schickte Herzog Jakob Johann Wolter von Foelkersahm, den Sohn seines Kanzlers, und den Oberhauptmann von Selburg, Wilhelm Friedrich Taube, zum Dünaburger Wojewoden Bogdan Nekljudov, während Kasper Plater beim Zaren selbst vorstellig werden sollte. Sowohl der Wojewode als auch der Zar versicherten, dass sich das nicht wiederholen und die Neutralität Kurlands in Zukunft strikt beachtet werde, forderten aber ihrerseits den Herzog auf, Durchmärsche des Feindes (also der Polen und Litauer) durch das Herzogtum künftig zu verhindern. Überdies verlangte der Zar, dass der Herzog die Dünaburger Garnison gegen spätere Zahlung mit Proviant versorgen solle, da die Ressourcen Polnisch-Livlands erschöpft seien.<sup>98</sup>

Nachdem am 30. Januar (9. Februar) 1667 im Dorf Andrusovo der Waffenstillstand zwischen Russland und Polen-Litauen besiegelt worden war, verließen die Russen Polnisch-Livland, womit der Status quo ante im Baltikum wieder hergestellt war. Russland nutzte Kurland weiterhin als diplomatischen Kanal zur Vermittlung von Gesandtschaften und zur Beförderung der Korrespondenz. So war beispielsweise für den Juni 1668 eine Versammlung von Gesandten Polen-Litauens, Schwedens und Russlands im Herzogtum geplant, mit deren Organisation Ordin-Naščekin betraut war und die der Besprechung von Handelsfragen dienen sollte. Es erschienen in Kurland jedoch nur die russischen Gesandten Naščekin,

---

ten auf dem Territorium des Herzogtums in Moskau ein. Außerdem sollte er dem Zaren das Angebot unterbreiten, ihm Dünaburg abzukaufen. Siehe Курляндския [...] дела (wie Anm. 8), S. 8.

<sup>96</sup> Darüber informierte der Herzog den Zaren in seinem Brief vom 12. Januar 1664. Siehe Курляндския [...] дела (wie Anm. 8), S. 8

<sup>97</sup> Dinaburga (wie Anm. 57), Bd. 2, S. 45–47.

<sup>98</sup> Briefe von Nekljudov, dem Dünaburger Wojewoden, und Zar Aleksej Michajlovič an Herzog Jakob. (Dünaburg, 1665), Moskau. 12. (22.) Januar, 2. (12.) April 1666, in: LVVA, 554-3-231, Bl. 66; 554-1-607, Bl. 1; 554-2-2994, Bl. 13.

Ivan Željabužskij und der Djak Ivan Goročov, die dort mehrere Wochen umsonst auf die Vertreter Polens und Schwedens warteten.<sup>99</sup>

In den folgenden Jahren waren die diplomatischen Beziehungen zwischen Russland und Kurland sehr viel weniger intensiv, lediglich der Oberhauptmann von Selburg, Taube, verfolgte nach wie vor mit großer Aufmerksamkeit die Ereignisse in den grenznahen Gebieten zu Russland – vor allem, was die Bewegungen des Heeres anging. Für größeres Aufsehen sorgte erst wieder der russische Einfall in das schwedische Territorium bei Narva im August 1675, wobei sich dieser Angriff jedoch auf den Raub von Lebensmitteln beschränkte.<sup>100</sup> Um die Uneinstimmigkeiten auszuräumen, wurde an der schwedisch-russischen Grenze in Estland eine Konferenz von Vertretern beider Konfliktparteien einberufen, die jedoch ergebnislos verlief, während sich die Truppen von Chovanskij schon einsatzbereit im Gebiet von Pleskau aufgestellt hatten.<sup>101</sup> Obwohl Russland es nicht wagte, Kriegshandlungen gegen Schweden wieder aufzunehmen, da zu diesem Zeitpunkt ein Angriff des türkischen Sultans auf die Ukraine drohte, hielt Jakob es für nötig, sich das Neutralitätsversprechen Russlands erneuern zu lassen. Mit dieser Mission wurde Taube betraut, der im Frühling 1676 zum Landmarschall Kurlands ernannt worden war. Außerdem sollte Taube im Namen des Herzogs dem 15-jährigen Zaren Fedor Alekseevič gratulieren, der nach dem Tod Aleksej Michajlovičs am 29. Januar (a. St.) 1676 den Thron bestiegen hatte, und die Nachricht vom Tod der Herzogin Luise Charlotte überbringen. Der Landmarschall machte sich Ende August 1676 auf den Weg und erreichte im November Moskau, wo ihm eine Audienz beim Zaren und ein Gespräch mit führenden Bojaren gewährt wurden. Die russische Seite unterstrich zwar ihr freundschaftliches Verhältnis zu Kurland, doch eine schriftliche Bestätigung des Neutralitätsversprechens ist in Quellen nicht zu finden.<sup>102</sup>

Hier ist darauf hinzuweisen, dass sich bezüglich der Gesandtschaft Taubes mehrere Fehler in die Geschichtsschreibung eingeschlichen haben, die auf den unkritischen Umgang mit dem Buch Otto von Mirbachs „Briefe aus und nach Kurland während der Regierungsjahre des Herzogs Jakob“ zurückzuführen sind. Dieses Werk besteht aus Briefen fiktiver Personen, in denen Dokumente aus unterschiedlichen Epochen sowie Zitate aus anderen Büchern literarisch verarbeitet wurden. Das Buch ist also als Briefroman über die Zeit Herzog Jakobs zu lesen. In der Öffentlichkeit wurden diese „Briefe“ jedoch als eine ernstzunehmende Studie verstanden – ein Missverständnis, das sich bis heute hartnäckig

<sup>99</sup> Курляндския [...] дела (wie Anm. 8), S. 9; СОЛОВЬЕВ, Сочинения (wie Anm. 93), S. 377, 378, 506.

<sup>100</sup> Berichte Taubes. Selburg, 5., 31. August 1675, in: LVVA, 554-1-328, Bl. 9, 11, 12.

<sup>101</sup> Bericht Taubes. Pixtern, 13. Juni 1676, in: LVVA, 554-1-328, Bl. 21.

<sup>102</sup> Berichte Taubes. Eckau, Sehren, 27., 29. August 1676, in: LVVA, 554-1-328, Bl. 23, 25; Курляндския [...] дела (wie Anm. 8), S. 9.

hält. So zitierten beispielsweise Alexander von Richter und – ihm folgend – August Seraphim in ihren Werken einen Brief der von Mirbach geschaffenen Figur Alexander Taube über dessen Besuch in Moskau im Juli 1675 als vertrauenswürdige Quelle. Angeblich habe sich Taube während des Besuchs im Namen des Herzogs mit der Bitte an den Zaren gewandt, die Kurländer für den Fall zu unterstützen, dass die Schweden auf dem Weg von Livland nach Preußen durch Kurland marschierten, da Brandenburg als Verbündeter Frankreichs in den Krieg gegen Schweden eingegriffen hatte. Der Zar habe daraufhin sofort eine 50 000 Mann starke Truppe an die Grenze zu Livland beordert, um jegliche Gewalttätigkeiten von der schwedischen Seite auszuschließen.<sup>103</sup> In Moskau befand sich aber wie gesehen nicht der fiktive Alexander Taube, sondern Wilhelm Friedrich Taube<sup>104</sup>, der Besuch selbst fand erst im Herbst 1676 statt, das im Gebiet von Pleskau konzentrierte Heer Russlands verfolgte ganz andere Ziele, während der Durchmarsch der Schweden durch Kurland auf dem Weg nach Preußen erst 1678 erfolgte.

In den letzten Lebensjahren Herzog Jakobs erlebten die Beziehungen mit Russland keine großen Veränderungen mehr. Wilhelm Friedrich Taube, der sich oft auf seinem Gut Pixtern aufhielt, lieferte dem Herzog nach wie vor Informationen über die Ereignisse in Russland, während die russischen Gesandten auf ihren Reisen nach Westen häufig den Weg über Kurland nahmen. Im November 1681 reiste Taube ein zweites Mal nach Russland, um dort in Gesprächen mit Ivan Miloslavskij den Vorschlag des Herzogs zu unterbreiten, Juwelen gegen Smolensker Waren – u.a. Pottasche – einzutauschen.<sup>105</sup> Dieses Geschäft kam aber aller Wahrscheinlichkeit nach nicht mehr zustande, da der Herzog am 31. Dezember 1681 starb. Im April des darauf folgenden Jahres verstarb auch Zar Aleksej Fedorovič. Damit brach sowohl in Russland als auch in Kurland eine neue Epoche an, die für die russisch-kurländischen Beziehungen völlig neue Voraussetzungen schuf.

\* \* \*

Zusammenfassend können wir festhalten, dass die Bemühungen von Herzog Jakob von Kurland, offizielle Beziehungen zu Russland anzuknüpfen, zunächst in Moskau kaum auf Widerhall stießen. Erst 1654, als nach dem Ausbruch des Krieges gegen Polen-Litauen die Position des

---

<sup>103</sup> OTTO VON MIRBACH: Briefe aus und nach Kurland während der Regierungsjahre des Herzogs Jakob. 2. Aufl., Mitau 1846, Theil 2, S. 84, 85; ALEXANDER RICHTER: Geschichte der dem russischen Kaiserthum einverleibten deutschen Ostseeprovinzen bis zur ihrer Vereinigung mit demselben, Theil II, Bd. 3: Kurland unter den Herzögen, Riga 1858, S. 82; SERAPHIM, Die Geschichte des Herzogtums (wie Anm. 1), S. 150.

<sup>104</sup> Wilhelm Friedrich Taube hatte einen Sohn namens Alexander (\*1669).

<sup>105</sup> Курляндския [...] дела (wie Anm. 8), S. 10.

Herzogs für Russland wichtig wurde, zeigte sich der Zar an der Aufnahme offizieller diplomatischer Beziehungen interessiert. Diese intensivierten sich während des russisch-schwedischen (1655–1661) und des russischen Krieges gegen Polen-Litauen (1654–1667), als es den Russen zeitweise gelang, Polnisch-Livland zu besetzen und dort ihre Verwaltung einzuführen. Insgesamt kann man das Verhältnis des Herzogtums Kurland zu Russland als freundschaftlich beschreiben, auch wenn es gelegentlich zu Zwischenfällen kam, wie sie für kriegerische Zeiten typisch sind. Fragt man nach den Vorteilen, die die beiden Seiten aus ihren Kontakten ziehen konnten, dann scheinen diese Beziehungen – nach den bearbeiteten Quellen zu urteilen – für Russland günstiger als für Kurland gewesen zu sein, weil der Herzog allen Gesandten freies Geleit durch Kurland zusicherte, das russische Heer zeitweise mit Proviant versorgte und die Rolle des Vermittlers beim Gefangenenaustausch auf sich nahm (alle diese Leistungen, wenn nicht sogar noch mehr, musste der Herzog als neutraler Fürst natürlich auch gegenüber den anderen Kriegsparteien erbringen). Kurland dagegen profitierte vor allem von den ökonomischen Beziehungen, die sich trotz der Kriegshandlungen gut entwickelten, sowie vom Ansturm der russischen Kriegsflüchtlinge nach Kurland. Mit dem Ende der Kriege ließ die Intensität der Beziehungen, insbesondere der direkten Kontakte mit russischen Beamten, in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts deutlich nach, sie brachen jedoch nie vollkommen ab. Im Laufe des 18. Jahrhunderts nahmen sie dann einen ganz anderen Charakter an, als Russland zur dominierenden Macht der Region aufstieg, während Kurland immer mehr unter das Protektorat St. Petersburgs geriet, insbesondere nachdem Peter I. Livland erobert hatte und sein Reich damit unmittelbarer Nachbar Kurlands geworden war.

#### SUMMARY

---

### *The Relations between Duke Jacob of Courland and Russia*

Initially there were no diplomatic relations at all between Courland and Russia after Duke Jacob came to power in 1642. Jacob soon tried to establish such contacts, but the new Czar Aleksei Michailovich refused to receive an embassy from Mitau several times over the next few years. This situation changed only in 1654 after the Czar had begun a war with Poland-Lithuania. He himself now sent his envoy to Duke Jakob to inform him about the war and to make sure that from now on any embassy from Courland would be received with due honour. In fact, this marked the establishment of diplomatic relations between Moscow and Mitau. During the Russian-Polish

campaigns of 1654–1667 and the Russian-Swedish war of 1655–1661 these relations essentially remained friendly, because the Duke opened his borders to Russian envoys, offered his services in order to exchange prisoners of war and provided the Czar's army with supplies. The Russians therefore promised to respect the Duke's neutrality, something which they in fact more or less did. At the same time the two countries extended their economic exchanges. Once war gave way to peace, the direct contacts between Courland and Russia's envoys became much less intense. However, they remained steady throughout the reign of Duke Jacob, who died in 1682.



# Esten, Schweden und Deutsche im Kirchspiel St. Matthias und Kreuz im 17. Jahrhundert

VON AIVAR PÕLDVEE

Im Pfarrhof Kreuz eröffnete der schwedische Diakon Gabriel Herlin 1683 eine Schule, die in der estnischen Bildungsgeschichte wegweisend werden sollte und in der estnische und schwedische Kinder gemeinsam unterrichtet wurden. Ein Jahr später erhoben die schwedischen Bauern gegen Herlin beim König in Stockholm jedoch Klage. Bei der Durchsicht der Materialien der Sonderkommission<sup>1</sup> im Schwedischen Staatsarchiv<sup>2</sup>, von der die bäuerlichen Klagen untersucht worden waren, sowie von Akten des Estländischen Konsistoriums<sup>3</sup> schälte sich ein vielfältiges, zuweilen geradezu mikrohistorisches Bild der gesellschaftlichen Prozesse heraus, die von der Reformpolitik Karls XI. in Estland angestoßen worden waren.<sup>4</sup>

Nach der Überlieferung stammen die Schweden von den Rogö-Inseln zwar aus Dalarn, den historischen und etymologischen Angaben zufolge

---

<sup>1</sup> Vgl. KARIN ASKERGREN: Varauusaegsed identiteedid ja integratsiooniprotsessid Rootsi Läänemere-provintside [Frühneuzeitliche Identitäten und Integrationsprozesse in den schwedischen Ostseeprovinzen], in: Läänemere provintside arenguperspektiivid Rootsi suurriigis 16./17. sajandil [Entwicklungsperspektiven der Ostseeprovinzen im Schwedischen Großreich im 16. und 17. Jahrhundert], hrsg. von ENN KÜNG, Tartu 2006 (Eesti Ajalooarhiivi Toimetised 12 [19]), S. 295-311.

<sup>2</sup> Svenska Riksarkivet (künftig: RA, Schwedisches Reichsarchiv, Stockholm), Livonica II, Vol. 498: 1. Baltiska kommissioner 1684-85 [Baltische Kommissionen 1684-85].

<sup>3</sup> Eesti Ajalooarhiiv (künftig: EAA, Estnisches Historisches Archiv, Tartu), Bestand 1187, Findbuch 2, Akte 5, Bl. 9f-12; 1187-2-366, Bl. 68f.-70; 1187-2-369, Bl. 32-49f.; RA, Livonica II, Vol. 33.

<sup>4</sup> Der vorliegende Artikel stützt sich auf die Ergebnisse der Monographie AIVAR PÕLDVEE: Pakri rootslaste kaebused Karl XI-le 1684. aastal. Muutuste aeg Harju-Madise ja Risti kihelkonnas [Die Klagen der Schweden von St. Matthias und Kreuz an Karl XI. 1684. Eine Zeit der Veränderungen im Kirchspiel St. Mathias und Kreuz], Keila 2001 (Harjumaa uurimusi, 4). Siehe auch: DERS.: Språk, identitet och de fria svenska bönderna i St Mathias och Kors socken på 1600-talet [Sprache, Identität und die freien schwedischen Bauern im Kirchspiel St. Mathias und Kreuz im 17. Jh.], in: Svenska språkets historia i Östersjöområdet [Geschichte der schwedischen Sprache im Ostseeraum], hrsg. von SVANTE LAGMAN, STIG ÖRJAN OLSSON, VIIVIKA VOODLA, Tartu 2002 (Studier i svenska språkets historia, 7; Nordistica Tartuensia, 7), S. 49-55.

ist jedoch eine Herkunft aus Nyland am wahrscheinlichsten.<sup>5</sup> Den schwedischen Namen „Rogoy“ für Groß-Rogö finden wir in den historischen Quellen zum ersten Mal 1283, als der dänische König Erik Glipping die estnischen Besitztümer des Zisterzienserklosters von Dünamünde bestätigte, deren Zentrum die Kapelle – später das Kloster – in Padis war. Die Zisterzienser hatten sich aktiv an der Christianisierung der Esten zu Beginn des 13. Jahrhunderts beteiligt, wofür sie als Belohnung die genannten Gebiete erhielten. Der mächtige Vasall des dänischen Königs, Helmold von Lode, zu dessen Besitztum die Halbinsel Packerort zusammen mit Klein-Rogö gehörte, hegte 1296 den Plan, an der Bucht von Rogö die Stadt Lodenrod(h)e zu errichten. Von einer tatsächlichen Besiedlung des Gebiets durch die Deutschen kann man jedoch erst von dem Zeitpunkt an sprechen, als im 16. und 17. Jahrhundert zahlreiche Gutshöfe entstanden. Hier lebten eine zahlenmäßig kleine adlige Oberschicht und eine etwas zahlreichere Beamten- und Dienerschaft, die von den estnischen Bauern „Herren“ (estn. *saksad*) genannt wurden. Diese „Herren“ machten ungefähr ein Prozent der Landbevölkerung aus.<sup>6</sup> Eine archetypische Gegenüberstellung kommt auch in der Bezeichnung zum Ausdruck, welche die Deutschen für die Esten prägten: „undeutsch“. Eine rein quantitativ kleine, geistig allerdings einflussreiche und durchaus ambivalente Standesgruppe bildeten die Geistlichen – im Mittelalter die Mönche und Priester, später die Pastoren in Kreuz und St. Matthias. Letztere waren Deutsche oder Schweden, doch mussten sie für die Erfüllung ihrer Amtspflichten alle drei örtlichen Sprachen beherrschen. Im 17. Jahrhundert wurde die Gemeinde Kreuz der Kirche St. Matthias angegeschlossen, so dass in der ersten ein Pastor, in der zweiten ein Diakon seines jeweiligen Amtes waltete.

Ungefähr 99 % der Bevölkerung der Kirchspiele St. Matthias und Kreuz stellten aber die Dorfbewohner, die estnischen und schwedischen Bauern. Die Zahl der Schweden mochte sich auf knapp die Hälfte der Dorfbevölkerung belaufen.<sup>7</sup> Interessant für die Forschung ist dieses Gebiet aber vor allem durch seine große Vielfalt an rechtlichen und sozialen Verhältnissen, die sich auch in der Identität und der Mentalität der Menschen widerspiegelte. Der größte Teil der estnischen Bauern war im 16. und 17. Jahrhundert zu Leibeigenen geworden, d.h. die ethnische Zugehörigkeit bestimmte zumeist auch den sozialen Stand. Die Bezeichnung „Est- oder Livländischer Bauer“ bzw. „Este“ war zum Synonym für

<sup>5</sup> GUNVOR KERKKONEN: *Västnyländsk kustbebyggelse under medeltiden* [Die Küstenbesiedlung von Västnyland im Mittelalter], Helsingfors 1945; DERS.: *Helsingin pitäjän keskiaika* [Das Kirchspiel Helsinki im Mittelalter], in: *Helsingin pitäjä* [Kirchspiel Helsinki], Bd. 1, Porvoo 1965, S. 1-178.

<sup>6</sup> Vgl. HELDUR PALLI: *Eesti rahvastiku ajalugu aastani 1712* [Die Geschichte der Bevölkerung Estlands bis 1712], Tallinn 1996 (Academia, 6).

<sup>7</sup> Nach Angaben von Pastor Gabriel Herlin gab es in der Gemeinde Kreuz 154 schwedische Familien. EAA, 1187-2-369, Bl. 36f.

den „Leibeigenen“ geworden. Die schwedischen Bauern, die persönlich frei waren, wurden von den Deutschen als „Schweden“, nicht – wie die Esten – als „Undeutsche“ bezeichnet, obwohl auch sie keine Deutschen waren. Unter den schwedischen Bauern von St. Matthias und Kreuz sind wiederum folgende Gruppen zu unterscheiden:

- *die Schweden von Groß-Rogö*: Sie kauften die Insel 1345 dem Kloster Padis ab, was aufgrund des so genannten schwedischen Rechts (*jus sve-cicum*) mit einem schriftlichen Vertrag besiegelt wurde. Sie sind zu allen Zeiten diejenigen gewesen, die mit großem Selbstbewusstsein gegen jegliche Beschneidung ihrer Rechte Widerstand leisteten und als Klageführer in Stockholm auftraten, später auch in St. Petersburg. Die Insel gehörte dem Gutslehen zu Padis, kirchlich war sie ein Teil der Gemeinde Kreuz. Esten gab es weder auf Groß- noch auf Klein-Rogö.

- *die Schweden von Klein-Rogö*: Im Mittelalter gehörte die Insel dem Ordensgut zu Kegel, im 17. Jahrhundert dem Gutshof Padis. Im Gegensatz zur Nachbarinsel verfügten die Einwohner von Klein-Rogö über keine ihre Privilegien bestätigenden Schriftstücke, auf die sie beim Einbringen ihrer Rechte hätten zurückgreifen können. Darum hielten sie sich mit Protesten auch meist zurück – mit der Ausnahme des Jahres 1684.

- *die Schweden von Lahokull (schwed. Laydes)*: Wie die Schweden von Groß-Rogö kauften sie das Land im Jahr 1345 von einem Adligen aufgrund des „schwedischen Rechts“. Sie lebten gemeinsam mit Esten auf der Halbinsel Packerort. Das Dorf gehörte dem Gut Merremois im Kirchspiel Kegel.

- *die übrigen schwedischen Bauern von anderen Gütern wie z.B. Kegel, Wichterpal oder Kreuz*: Ihrem Schicksal nach ähnelten sie den anderen Küstenschweden, die zwar keine schriftlich bestätigten Privilegien besaßen, in ihren kompakt besiedelten Regionen aber persönlich frei waren.<sup>8</sup> Ihre Siedlungen sind im Gegensatz zu den „nichtfreien“ bzw. den „nicht-deutschen“ Ländereien als „freies“ Land bezeichnet worden. Aufgrund der estnischen Nachbarschaft waren sie vielerorts auf dem Weg zur Assimilation.

---

<sup>8</sup> ALEKSANDER LOIT: De estlandssvenska böndernas rättsliga ställning under 1700- och 1800-talen [Die rechtliche Lage der estländischen Schweden im 18. und 19. Jahrhundert], in: Väst möter öst. Norden och Ryssland genom historien [Der Westen trifft den Osten. Der Norden und Russland durch die Geschichte], hrsg. von MAX ENGMAN, Stockholm 1996, S. 110-124; HELMUT PIIRIMÄE: Hur fria var de svenska bönderna i Estland under 1700-talet och i början av 1800-talet? / Kui vabad olid rootsi talupojad Eestis 18. sajandil – 19. sajandi algul? [Wie frei waren die schwedischen Bauern in Estland im 18. Jahrhundert und zu Beginn des 19. Jahrhunderts?], in: De skandinaviska länderna och Estland / Skandinaaviamaad ja Eesti / The Scandinavian Countries and Estonia. Proceedings of the International Conference dedicated to Prof. Stig Örjan Olsson on his 60<sup>th</sup> birthday in December 1999 at the University of Tartu, Estonia, hrsg. von STIG ÖRJAN OLSSON, JUHAN TULDAVA, [Tartu 2002], S. 63-98 (Nordistica Tartuensia, 5).



– Abb. 1. Die Kirchspiele Kreuz, St. Matthias und Kegel (teilweise). Ausschnitt aus einer Karte des Gouvernements Estland, ca. 1700. Quelle: RA, Kart- och plansamlingen.

Es gab Fälle, wo die Gutsbesitzer die z.B. während der Pest von 1657 menschenleer gewordenen Dörfer dem Erdboden gleich machten und den Boden ihrem Gutsbesitz zuschlagen ließen. Eine kleine Ausnahme bildeten die Schweden von Kirsal: Sie waren Freibauern (*Stadgabönder*), deren Privilegien sich auf einen Lehnbrief von 1292 gründeten. Das Dorf gehörte zum Gutshof Kegel. Eine noch größere Ausnahme bildeten die estnischen Freibauern im Dorf Ochter. Ihr Urvater Ohtra Jürgen kämpfte während des Livländischen Krieges als Führer einer Bauernschar gegen die Russen und erhielt schon 1581 einen Lehnbrief, dem zufolge er und seine Erben angesichts des treuen Dienstes für die schwedische Krone unter dem Schutz des Königs standen und ungestört das Land bewirtschaften durften.<sup>9</sup> In der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts war dieses Grundstück zwischen den Nachkommen von Ohtra Jürgen in vier Bauernhöfe aufgeteilt worden, die unter dem Gutshof Kegel das Dorf Ochter bildeten.

Wie bereits erwähnt, beruhte der rechtliche Status der Schweden von Lahokull<sup>10</sup> auf dem Kaufvertrag von 1345. Dieser Vertrag war von den späteren Herrschern wiederholt bestätigt und die Dokumente

<sup>9</sup> JAKOB KOIT: Estnische Bauern als Krieger während der Kämpfe in Livland 1558–1611, in: *Eesti Teadusliku Seltsi Rootsis Aastaraamat IV* (1960–1964), Stockholm 1966, S. 22–60, hier S. 33; *Eesti ajalugu elulugudes. 101 tähtsat eestlast* [Estnische Geschichte in Biographien. 101 wichtige Esten], hrsg. von SULEV VAHTRE, Tallinn 1997, S. 28f.; PÕLDVEE, Pakri rootslaste kaebused (wie Anm. 4), S. 35f.

<sup>10</sup> Zu den Ereignissen in Lahokull siehe näher: ARNOLD SOOM: *Laoküla rootsi päritoluga vabatalupoegade vabaduse kaotus 17. sajandil* [Der Freiheitsverlust der

von Geschlecht zu Geschlecht weitervererbt und behütet worden. Das „schwedische Recht“ war dabei kein fest umrissener juristischer Begriff, sondern verwies vielmehr auf eine Gewohnheit, die neben der Garantie der persönlichen Freiheit feste Abgabennormen, die Befreiung vom Frondienst und das Klagerecht umfasste. Aufgrund der zunehmenden kulturellen Assimilation der Schweden wurde dieses Fundament jedoch untergraben, denn es kam im 17. Jahrhundert vermehrt zum Sprachwechsel: Zwar trugen die Dorfbewohner noch schwedische Kleidung, doch sprach der Großteil von ihnen bereits Estnisch.

Obgleich die estnischen Schweden 1561 erstmals Untertanen des schwedischen Königs wurden, erfuhren sie vor allem im 17. Jahrhundert einen immer stärker werdenden feudalen Druck. Aus estnischer Sicht ist es paradox, dass in der Tradition der Estlandschweden die Erinnerung an die „gute alte Schwedenzeit“, die im estnischen historischen Gedächtnis einen festen Platz einnimmt, gar nicht existiert. 1627 richteten die Bauern von Lahokull einen Klagebrief an die königliche Kommission, die nach Reval gekommen war, um die Reformpolitik Gustavs II. Adolf durchzusetzen. Die Bauern stellten sich als „Besitzer“ von Lahokull vor und baten, sie als „schwedische Steuerbauern“ (*Swenske Skattebönder*) von der „estnischen Sklaverei und Leibeigenschaft“ (*Estiske Trälldom och Lijffegenskap*) zu befreien.

Während Gustav II. Adolf 1629 noch bestätigte, dass es in Lahokull und dem dazu gehörigen Pallas nach wie vor drei Haken Land gebe, verlangten die Gutsherren in der Mitte des Jahrhunderts bereits Abgaben und Fronarbeit auf der Grundlage von acht Haken, also fast das Dreifache. Aufgrund des Russisch-Schwedischen Kriegs, der 1656 begonnen hatte, und der 1657 ausgebrochenen Pest wurde die Situation nicht einfacher. Viele Bauernhöfe standen leer, wodurch der Gutsherr die Möglichkeit erhielt, Bauern umzusiedeln. Gegen den alten Brauch wurden in Lahokull estnische Bauern untergebracht, für die das „schwedische Recht“ nicht galt. Die Ungerechtigkeit des Gutsherrn bekam auch Tönnis Hansson (Peku Tönis) zu spüren. Der Bauernhof seiner Mutter war niedergedrückt und sie selbst des Dorfes verwiesen worden. Seine Cousine Gertrud wurde während der Pest zu einer Waise. Ihr Erbe hätte nun nach schwedischem Brauch in den Besitz Tönnis Hanssons übergehen sollen, der ihr Vormund wurde. Allerdings sah der Gutsherr Tönnis Johann Wartmann in dem Mädchen das letzte Glied des „estnischen Geschlechts“ (*Ontysck slecht*), weshalb er das Vieh des Bauernhofes in seinen Besitz nahm. Als das Mädchen die Tiere zurückverlangte, bekam sie vom Gutsherrn eine Tracht Prügel verabreicht. Daraufhin wandte sich Tönnis Hansson 1664 um Hilfe an den Gouverneur Bengt Horn. Dieser bestätigte ihm in einem Brief, dass er kein Leibeigener, sondern ein „freier schwedischer Bauer“ sei,

---

Lahokuller Freibauern schwedischer Herkunft im 17. Jahrhundert], in: Söna 1949, Nr. 6, S. 412-424.

weshalb der Gutsherr ihn in Ruhe lassen und den ganzen Besitz zurück-erstaten müsse. Doch als Tönnis Hanssons Frau mit diesem Brief zum Gutshaus kam, erging es ihr nicht besser als Gertrud, so dass sie im Backofen Zuflucht suchen musste. Der Brief des Gouverneurs hatte offensichtlich keinerlei Wirkung auf Wartmann gezeigt. Überdies gelang es ihm, die alten Dokumente von Lahokull, die den Bauern als Schutz dienten, in seine Hände zu bekommen. Den lästig gewordenen Tönnis Hansson verkaufte er kurzerhand an den Gutshof seines Schwiegervaters in Jerwen und setzte im Bauernhof Peku einen estnischen Bauern als Pächter ein, mit dem er nach Belieben umgehen konnte.

Im Sommer 1665 ging Tönnis Hansson zusammen mit einem Kameraden nach Stockholm. Die Vormundschaftsregierung von Karl XI. erteilte dem Gouverneur die Anordnung, in Lahokull Ermittlungen durchzuführen, woraufhin sowohl Wartmann als auch die Bauern vor dem *Riksråd* erscheinen sollten. Die Sache zog sich allerdings bis ins Frühjahr 1667 hin. Während der Ermittlungen in Lahokull stellte sich Wartmann auf den Standpunkt, er habe ja gar nicht gewusst, dass er mit seinen Bauern nicht so umspringen dürfe wie die anderen Adligen, die ihre „Leibeigenen genießen und gebrauchen“. Trotzdem musste sich Wartmann damit einverstanden erklären, dass Tönnis Hansson auf seinen Hof zurückkehren und seinen Besitz auf dem Gut in Empfang nehmen konnte. Im Juni 1667 schließlich trafen sich der Gutsherr Tönnis Johann Wartmann und die Bauern Tönnis Hansson und Jacob Bengtsson (Saare Bengti Jaak) vor dem *Riksråd* in Stockholm wieder. Das Protokoll der Sitzung enthüllt eine spannende Auseinandersetzung, aber auch die grobe Demagogie des Gutsherrn in Fragen der rechtlichen Kontinuität und der Herkunft der Einwohner von Lahokull.<sup>11</sup> Wartmann zufolge heiße das Dorf „Lahokull“, doch nannten es die Bauern jetzt „Layde“ – d.h. Laydes, wie im mittelalterlichen Kaufbrief –, das war zugleich die schwedische Form des Namens. Seiner Ansicht nach handele es sich bei den Bauern auch nicht um die Nachfolger des im Kaufbrief von 1345 erwähnten „Sigiböör“, denn tatsächlich seien sie aus Hapsal gekommen und der Brief selbst beziehe sich eigentlich auf ein Dorf auf der Insel Ösel. Überdies seien die Bauern so hinterlistig, dass sie selbst sich „andere Namen“ zugelegt hätten. Hinter dieser Beschwerde Wartmanns steckte der in den küstenschwedischen Gebieten verbreitete Gebrauch der Namen. Hier zirkulierten schwedische und estnische Eigennamen parallel, die schwedische Form nach dem Namen des Vaters, die estnische nach dem Namen des Bauernhofs; auch die Ortsnamen waren parallel in Gebrauch. Aus den Dokumenten geht hervor, dass sich die Bauern, nachdem sie sich in den Kontext des Streits vertieft hatten, bewusst auf ihre schwedischen Namen und ihre schwedische Her-

<sup>11</sup> RA, Rådsprotokoll 26.6.1667 (Sten Francs protokoll). Hieraus sind sämtliche Angaben zu dem Fall entnommen worden.

kunft beriefen. Die Wartmanns hingegen verwendeten konsequent estnische Namen. Sie weigerten sich obendrein provokativ, der Obrigkeit bei der Klärung des Falls beizustehen, indem sie behaupteten, die Kläger, die ja ihre schwedischen Namensformen benutzten, gar nicht zu kennen.

Dem *Riksråd* schien die ganze Angelegenheit eine „dunkle Sache“ zu sein. Mit einem Urteil zugunsten der Bauern fürchtete man einen gefährlichen Präzedenzfall zu schaffen. So ließ man in Lahokull eine Bodenrevision durchführen, um gerechte Abgabennormen festzulegen. Im Oktober 1667 traf eine neue Kommission ein, die auch Angaben zur Herkunft der Bauern verlangte. Auf die Frage, ob sie sich als gebürtige Schweden oder Esten betrachteten, antworteten die Bauerwirte von Pallas mit einer wohl etwas naiven Ehrlichkeit, dass sie „estnische Landbauern“ seien. Als aber die Männer von Lahokull gefragt wurden, ob sie sich nicht deshalb für Esten hielten, weil die meisten von ihnen kein Schwedisch sprachen, wurde Folgendes festgehalten: „Ihre Vorfahren waren von Schwedischer gebührt, Sie aber vff dem Lande in vndeutscher sprache gebohren vndt erzogen, erkennen u[nd] bekennen sich dennoch vor Schweden.“<sup>12</sup> Eine Klärung hatte die Landesrevision somit nicht erbracht und der Kampf ging weiter.

1679 nahm Leutnant Hans Heinrich Brümmer das Gut Merremois in Pacht, und auch er versuchte die Hartnäckigkeit von Tönnis Hansson zu brechen. Die unausweichliche Konfrontation fand in Lahokull auf dem Hof Tiila, einem Nachbargehöft von Peku, statt. Leutnant Brümmer wollte Tönnis Hansson mithilfe einer „spanischen Rohrpeitsche“ überzeugen, doch griff der Bauer nach ihr und ließ sich nicht auspeitschen. Darauf band man ihn in der Riege mit der Hand am Tragbalken fest und ließ ihn eine Stunde hängen, woraufhin sein Kopf dermaßen anschwell, dass er auf dem rechten Auge erblindete.

Ähnliche Geschichten gibt es viele zu erzählen. So weigerten sich die Schweden von Groß-Rogö, erhöhte Abgaben zu entrichten, woraufhin der Gutsherr Claes Ramm Bedienstete des Guts auf die Insel schickte, um seinen Forderungen mit Gewalt Nachdruck zu verleihen. Die Schweden suchten Schutz in Stockholm, wo sie klagten, dass sie „auf estnische Art mit Prügel und Schlägen angegriffen“ (*på Estnisch sädt medh hugg och slagb*) worden seien; ein Bauer sei erschlagen worden und der Gutsherr habe gedroht, die Bewohner von der Insel zu verbannen.<sup>13</sup>

Außer in den schwedischen Namen kommt die Identität der Bauern von Lahokull auch in den Selbstbezeichnungen zum Ausdruck, die in den Klagebriefen verwendet wurden. 1627 nannten sie sich zum Beispiel „schwedische Steuerbauern“ (*Svenske Skattebönder*) und „Männer schwe-

<sup>12</sup> RA, Livonica II, Vol. 485 und 498: 1.

<sup>13</sup> Svenska Riksrådets protokoll [Protokoll des Schwedischen Reichsrats], Bd. VII. 1637–1639, Stockholm 1895 (Handlingar rörande Sveriges historia, III serien), S. 202.

dischen Geschlechts“ (*som Swenske Börda Män*), 1670 aber „Einwohner des schwedischen Reichs“ (*Sweriges Rijkets inbyggare*).<sup>14</sup> Der Gutsvoigt von Merremois, der übrigens selbst aus Lahokull stammte, verhöhnte die Männer seines Dorfes wiederum als „schwedische Schelme“ und „schwedische Bluthunde“.<sup>15</sup> Die Mentalität der Bauern von Lahokull, ihr erhöhtes Ehrgefühl sowie eine schwankende Identität werden ebenfalls in einer kuriosen estnischsprachigen Aufforderung zum Duell deutlich,<sup>16</sup> mit der Tönnis Jürgenson, ein aus Lahokull stammender Diener der Wartmanns vom Gut Merremois, 1679 den deutschen Adligen Jürgen von Höweln forderte, der die Hand gegen ihn erhoben hatte. Zu einem der Sekundanten war der uns schon bekannte Tönnis Hansson gebeten worden – auf der Einladung stand jedoch sein estnischer Name „pecko tönnis“. Natürlich konnte ein solches, die Standesgrenzen missachtendes Duell nicht stattfinden, aber allein die estnischsprachige Forderung war schon eine schwere Beleidigung.<sup>17</sup>

Die 1680er Jahre brachten dem ganzen Schwedischen Reich umfangreiche Reformen, von denen die ganze Gesellschaft erschüttert wurde. Unter der Regierung Karls XI. wurde das Reich absolutistisch und bürokratischer als zuvor, und auch die politische Integration der Provinzen trat in eine neue Phase, da nun die Macht der lokalen Standeskorporationen beschnitten wurde, wovon auch der deutschbaltische Adel betroffen war. Gleichzeitig erwiesen Beamten- und Bauernschaft der neuen Politik ihre uneingeschränkte Loyalität, wofür sie ihrerseits vom Reich unterstützt und geschützt wurden. Den Höhepunkt der Veränderungen stellte in den baltischen Provinzen die so genannte große Reduktion von 1680 dar. Bereits im Jahr darauf wurden einige Güter in Livland und auf Ösel verstaatlicht, wobei der König zu verstehen gab, dass er die „elende Sklaverei und Leibeigenschaft“ auf den reduzierten Gütern abschaffen wolle, wobei die baltischen Kronsbauern „nicht anders als in Schweden“ behandelt werden sollten.<sup>18</sup> Die Kirchspiele St. Matthias und Kreuz waren hiervon sehr direkt betroffen, denn hier hatte man es hauptsächlich mit ehemaligen Kronsländereien zu tun. Unter den Bauern, insbesondere unter den Schweden, wurden große Hoffnungen geschürt, wogegen die Guts Herren mit Unsicherheit und Trotz reagierten. Zusammen mit der Reduk-

<sup>14</sup> Handlingar angående Svenska kolonier i Estland [Dokumente zu den schwedischen Kolonien in Estland], in: Handlingar rörande Skandinaviens historia [Dokumente zur skandinavischen Geschichte], Del 32, Stockholm 1851, S. 1-51, hier S. 9-11; RA, Livonica II, Vol. 498: 1.

<sup>15</sup> RA, Livonica II, Vol. 498: 1; PÖLDVEE, Pakri rootslaste kaebused (wie Anm. 4), S. 73, 81.

<sup>16</sup> EAA, 1-2-404, Bl. 31.

<sup>17</sup> NIKOLAI TREUMUTH: Eestikeelne duellikutse aastast 1679 [Eine estnischsprachige Aufforderung zum Duell von 1679], in: Ajalooline Ajakiri 1930, Nr. 4, S. 231-233; PÖLDVEE, Pakri rootslaste kaebused (wie Anm. 4), S. 50-52.

<sup>18</sup> Siehe ALEKSANDER LOIT: Pärisorjuse kaotamine Eestis Rootsi ajal [Das Ende der Leibeigenschaft in Estland zur Schwedenzeit], in: Kleio 1 (1996), S. 3-18.



tion wurde auch die Organisation von Armee und Flotte umgestaltet. Und da die schwedischen Bauern in Estland mit lauter Stimme die gleichen Rechte verlangten wie die Bauern in Schweden, reifte in Stockholm der Plan, als Gegenforderung von ihnen die gleichen Pflichten zu verlangen – was bedeutet hätte, nach dem Vorbild der Bauern in den schwedischen und finnischen Küstengebieten künftig Wehrdienst in der der Marine zu leisten (*båtsmanshållet*).<sup>19</sup> Auf die Esten traf dies allerdings nicht zu.

Im Februar 1683 erteilte der König dem Gouverneur Robert Lichten die Anordnung, unter den estnischen und livländischen Küstenschweden Matrosen registrieren zu lassen (*Båtzmans Rotering och utskrifning*), wobei ihnen versprochen werden sollte, dass sie von nun an nicht mehr als Leibeigene, wie es mancherorts bereits gängige Praxis geworden war, sondern als gebürtige Schweden (*intet som lijfegne uthan som infödda Swenske*) angesehen werden würden. Für die Flotte sollte jeder fünfte möglichst taugliche und vorrangig unverheiratete Mann im Alter von 15 bis 50 Jahren gemustert werden. Den königlichen Beschluss sollten die Pastoren gemäß des Plakats des Gouverneurs vom 7. Mai 1684 von der Kanzel verkünden. Die Registrierungskommission nahm ihre Arbeit im Juni in Padis auf. Der Anfang war schwer, denn die schwedischen Bauern bestanden als Vorbedingung auf der Bestätigung ihrer Privilegien. Besonders beharrlich waren die Männer von Groß-Rogö, die sich weigerten, überhaupt zur Musterung zu erscheinen. Ende Juli, als sich herausstellte, dass von Groß-Rogö aus bereits drei Männer als Deputierte nach Stockholm entsandt worden waren, und der Widerstand drohte, sich auch auf andere Regionen auszuweiten, wurde eine militärische Strafoperation in Groß-Rogö in Erwägung gezogen – als Warnung für die anderen. Der Generaladmiral Hans Wachtmeister, der den Ernst der Lage erkannt hatte, wandte sich jedoch an den König mit der Empfehlung, die Bauern in Stockholm zu empfangen und ihre Privilegien zu bestätigen.<sup>20</sup> Aus den Dokumenten geht hervor, dass im Sommer 1684 außer den Männern von Groß-Rogö auch Deputierte aus Lahokull und Klein-Rogö zur selben Zeit in Stockholm weilten. Sie reichten bei der königlichen Kanzlei drei Bittschriften ein, die alle von einem Deutschen in Stockholm auf Deutsch verfasst worden waren, der jedoch

<sup>19</sup> Zum Marinewehrdienst in Schweden siehe LARS ERICSON: Svenska knektar. Indelta soldater, ryttare och båtsmän i krig och fred. [Die schwedischen Rekruten. Soldaten, Ritter und Seeleute in Krieg und Frieden], Lund 1995; DERS.: Från offensiv till defensiv. Manskapsförsörjningen i den svenska armén och flottan under 1600-talet och det tidiga 1700-talet [Von der Offensive zur Defensive. Die Versorgung der schwedischen Armee und Flotte im 17. und Anfang des 18. Jahrhunderts], in: DERS.: Krig och krigsmakt under svensk stormakstid [Krieg und Kriegsmacht in der schwedischen Großmachtzeit], Lund 2004, S. 17-40.

<sup>20</sup> Bei den älteren Autoren wie Arnold Soom, Jakob Koit oder Evald Blumfeldt gibt es keine Hinweise auf eine Verbindung der Protestaktionen von 1684 mit dem Versuch, den Marinedienst einzuführen. Zusammenfassend PÖLDVEE, Pakri rootslaste kaebused (wie Anm. 4), S. 61-68, Dokumente Nr. 4-10.

offensichtlich das Schwedisch der Kläger nicht so ganz verstanden hatte. Dabei wurde die Marinedienstpflicht nur in dem Klagebrief der Bauern von Groß-Rogö berührt, in den übrigen Bittschriften beschwerte man sich über die ungerechten Abgaben und die Gewalt der Gutsherren. Die Klagen wurden in der Hauptstadt höchst aufmerksam behandelt. Am 18. August unterschrieb Karl XI. schließlich drei Schutzbriefe<sup>21</sup> für die Bauern von Lahokull, Groß-Rogö sowie Klein-Rogö und beauftragte den Statthalter von Estland, Johann Christoff Scheiding, mit der Bildung einer Kommission zur Untersuchung der Klagen.

Kehren wir nun zur eingangs erwähnten, ebenfalls 1684 eingereichten Klage der Schweden von Groß-Rogö gegen Pastor Gabriel Herlin zurück. Hierin hieß es, dass sie mit ihrem Herrn Pastor nicht zufrieden seien. Denn er predige auf Befehl der Obrigkeit nur auf dem für die Bauern unverständlichen Estnisch, obwohl er ein in Kalmar geborener Schwede sei. Auf Schwedisch predige er in ihrer Kapelle hingegen nur drei Mal im Jahr, nämlich dann, wenn er seine Abgaben einstreiche.<sup>22</sup> Als man der Sache nachging, stellte man allerdings fest, dass es im Kirchspiel Kreuz schon seit längerer Zeit eine gewisse Rivalität zwischen Esten und Schweden gegeben hatte. 1661 hatte Gouverneur Bengt Horn auf die Klagen der Bauern von Groß-Rogö hin angeordnet, dass die Gottesdienste für die Schweden auf Schwedisch gehalten werden sollten, „damit diese Sprache auf keinerlei Weise vernachlässigt“ werde. 1671 wurde Gabriel Herlin zum Diakon von Kreuz ernannt, der im Gegensatz zur Tradition den Gottesdienst statt mit einer estnischen nun mit einer schwedischen Predigt begann, womit sich die Esten wiederum ganz und gar nicht abfinden wollten. Zwei estnische Kirchenvorsteher sollen sich daraufhin an Johannes Forselius, den Pastor von St. Matthias, mit der Drohung gewandt haben, dass sie mit ihrer Klage zum Bischof gingen, wenn er nicht für die Wiederherstellung der alten Ordnung Sorge trage. Offensichtlich blieb jedoch alles beim Alten. Wiederum zehn Jahre später spitzte sich die Lage nun aber derartig zu, dass Pastor Forselius beim Gutsherrn von Padis, Claes Ramm, Hilfe holen musste. Ein estnischer Bauer namens Manni Jörie (Jüri) habe „die ganze schwedische Nation“ mit kränkenden Worten dermaßen gescholten, dass man ihn dafür eigentlich im Schloss hätte bestrafen müssen. Nur aufgrund seines hohen Alters habe man Mitleid mit ihm walten lassen. Der Mann habe vom Diakon verlangt, zuerst auf Estnisch zu predigen, da die Esten näher an der Kirche lebten als die Schweden. Pastor Forselius bat den Gutsherrn, der zugleich Kirchenpatron war, Herlin zu überreden, den sonntäglichen Gottesdienst mit einer estnischen Predigt zu beginnen, um den Unmut zu besänftigen. Anderenfalls lauerten die estnischen Bauern dem Diakon noch in den Büschen auf, um ihm Schaden zuzufügen.<sup>23</sup>

---

<sup>21</sup> Ebenda, Dokument Nr. 14.

<sup>22</sup> Ebenda, Dokument Nr. 12.

<sup>23</sup> Ebenda, Dokument Nr. 17.

Schließlich gab Herlin nach, doch ereilte ihn daraufhin der Gegenangriff der Schweden – aus Stockholm! Aus der dortigen Perspektive wurde die Angelegenheit tatsächlich in recht dramatischen Tönen gezeichnet: Ein schwedischer Pastor, der die schwedischen Bauern in Estland estonisiert... Es sei daran erinnert, das die Zentralmacht zur selben Zeit sich um die Schwedisierung (*försvenskning*) der von Dänemark eroberten Provinzen bemühte, so wurden z.B. in den Kirchen von Skåne ab 1683 schwedische Predigten verlangt.<sup>24</sup> Der König teilte dem Estländischen Konsistorium mit, dass „solch eine vernunftwidrige und ungehörige Sache unbedingt geändert“ werden müsse, anderenfalls könne der Pastor seine Stellung verlieren.<sup>25</sup> Das Konsistorium untersuchte die gegen Herlin erhobenen Anklagen gründlich. Dabei stellte sich allerdings heraus, dass die Anklagen der Bauern von Groß-Rogö übertrieben waren. Vor allem der barsche Ton Herlins habe sie geärgert, als er von der Kanzel aus die Marinedienstpflicht verkündete. Unter dem Volk sei sogar ein naiv-monarchisches Gerücht im Umlauf gewesen, demzufolge die ganze Sache mit der Marinedienstpflicht ohne Wissen des Königs durch den Pastor Herlin und des aus Reval entsandten Kommissars eingefädelt worden war.

Am 30. September 1685 zog der *Riksråd* in Stockholm das Fazit aus der Arbeit der Kommission, von der die Lage der Estlandsschweden untersucht worden war.<sup>26</sup> Bei der Erklärung des rechtlichen Status der Bauern stellte der König fest, dass sie „obwohl sie Schweden sind“, nicht anders behandelt worden seien als die estnischen Bauern. Graf Johan Stenbock verwies auf die Privilegien, die die früheren schwedischen Könige bestätigt hatten, und machte auf den Widerspruch aufmerksam, dass sie „mitunter für Schweden, mitunter für Livländer“, also für Leibeigene gehalten werden. Als sich der König besann, die Bauern der Marinedienstpflicht zu unterwerfen, hielten diese es wiederum für geboten, unter dem „estnischen Recht“ (*Estnisk Rätt*), d.h. der Leibeigenschaft zu bleiben. Schließlich kam man zu dem Schluss, dass „diese Bauern ein freies Volk wie die Adelsbauern (*frälsebönder*) hier in Schweden“ seien. Wenn die Gutsherren sie unmäßig belasteten, hätten sie das Recht, ihre Stelle zu kündigen und sich nach Begleichung ihrer Schulden anderswo niederzulassen.<sup>27</sup>

---

<sup>24</sup> Vgl. als neueste Untersuchung auf diesem Gebiet STIG ALENÄS: *Lojaliteten, prostarna, språket. Studier I den kyrkliga "försvenskning" i Lunds stift under 1680-talet* [Die Loyalität, Propste und die Sprache. Forschungen über die „Schwedisierung“ des Stifts Lund in den 1680er Jahren], Lund 2003 (Bibliotheca historico-ecclesiastica Lundensis, 46).

<sup>25</sup> PÖLDVEE, *Pakri rootslaste kaebused* (wie Anm. 4), Dokument Nr. 18.

<sup>26</sup> *Handlingar angående Svenska kolonier i Estland* (wie Anm. 14), S. 33-49. Teilweise ist dies auch ins Deutsche übersetzt: CARL RUSSWURM: *Eibofolke oder die Schweden an den Küsten Ehstlands und auf Runö*, Bd. I, Reval 1855, S. 213-216.

<sup>27</sup> *Handlingar angående Svenska kolonier i Estland* (wie Anm. 14), S. 51; RUSSWURM, *Eibofolke* (wie Anm. 26), S. 246f.

Abschließend sei die Frage erlaubt nach den tieferen Ursachen für die dargestellten Ereignisse. Handelte es sich hierbei lediglich um sozial und wirtschaftlich motivierte Konflikte oder kann man in ihnen auch ethnische Momente erkennen, wo sich hier doch Esten, Schweden und Deutsche gegenüberstanden? Oder sollten wir uns auf eine Erklärung beschränken, die mit den Gegenüberstellungen eigen/fremd, neu/alt und oben/unten operiert? In Lahokull haben wir einen Konflikt gesehen, in dem die Bauern schwedischer Abstammung, die kulturell jedoch schon weitgehend estonisiert waren, ihre schwedische Identität betonten, weil sie dies als ihren letzten Schutz gegen die Leibeigenschaft, d.h. eine Estonisierung auch auf sozialem und rechtlichem Gebiet ansahen. Als aber das Schwedischsein staatliche Zwäng wie die Marinedienstpflicht nach sich zu ziehen drohte, geriet diese Identität wieder ins Schwanken. In Kreuz wiederum kämpften die Esten jahrelang um einen estnischsprachigen Beginn des Gottesdienstes. Offensichtlich spielten hier aber auch soziale Nuancen eine Rolle. Denn solange in der Kirche die estnischsprachige Predigt dominierte, verstanden dies die Esten als eines der wenigen natürlichen Vorrechte, das ihnen vor den freien Schweden noch geblieben war. Als aber die Schweden, die sich wegen des langen Kirchenwegs oft zum Gottesdienst verspäteten oder bei schlechtem Wetter überhaupt nicht kamen – dies betraf natürlich vor allem die Inselbewohner –, eine Vorrangstellung einzunehmen begannen, wurden die Esten trotzig. Somit wäre eine Erklärung durch lediglich *eine* Ursache wie so oft eine Vereinfachung.

Können wir überhaupt von ethnischen Konflikten in der frühneuzeitlichen Gesellschaft sprechen? Nach tieferen ethnischen Auseinandersetzungen zu suchen wäre wohl übertrieben, doch finden sich Anzeichen für gewisse Reibereien mit ethnischer Färbung durchaus. Zum Beispiel bezeichneten schwedische Bauern von Dagö, als sie gegen die schwedischen Gutsherren prozessierten, die Esten verächtlich als „Sklaven und Knechte“, während sie sich selbst als „Freiherren“ sahen, für die es sich nicht einmal gezieme, „mit Esten aus einem Krug Bier zu trinken“. In Zukunft sollten ihrer Ansicht nach sie selbst zu den Herren dieses Landes werden und die estnischen Sklaven die Arbeit verrichten und die Abgaben leisten, die bislang den Schweden aufgebürdet worden waren.<sup>28</sup> Zwar haben die Esten, die ja demselben Bauernstand angehörten, die Küstenschweden sicherlich nicht als Eroberer angesehen. Doch ist es kaum auszuschließen, dass nach der Etablierung einer schwedischen Herrschicht der Zorn gegen die „Herren“ auch die Estlandschweden betroffen hätte. Deutlich wird in jedem Fall, dass eine ethnische und sprachliche Identität auch im 17. Jahrhundert kein unbekanntes Phänomen war.

<sup>28</sup> JAKOB KOIT: De svenska dagöböndernas kamp för sina fri- och rättigheter 1662–1685 [Schwedische Bauern auf Dagö im Kampf für die Freiheit und das Recht], in: Svio-Estonica X (1), Lund 1951, S. 50-153, hier S. 109.

SUMMARY

---

*Estonians, Swedes and Germans in  
Harju–Madise and Risti parishes  
during the 17th century*

The first records of Swedish settlement on the Isles of Pakri (Rögo) and around the bay (Rogerwiek) date from the 13<sup>th</sup> century. As opposed to the neighbouring Estonian peasants, the Swedish maintained their personal independence. More secure than others' were the rights of the Swedes of Suur-Pakri (West Rogö) Island and Laoküla (Laydes, Lahokull), which were based on land-purchasing contracts derived from the so-called Swedish Right (*ius svevicum*). The situation changed in the 17<sup>th</sup> century when the landlords doubted the Swedish origin of the heavily assimilated Laoküla peasants and refused to admit their indigenous rights. The Laoküla Swedes repeatedly protested against this in Tallinn as well as in Stockholm. A remarkable insistence on Swedish identity became one of their key defensive tactics, for example the use of Swedish names in order to defend legal continuity reaching as far back as the treaty of 1345.

The reforms of Charles XI that intended to transform methods of governance and the army resulted in active social processes that affected even the Province of Estonia during the 1680s. The focus on the reduction (*reduktion*) of manors raised the question of freeing the state peasants from serfdom, and this in turn served to activate the Estonian peasants. The Swedes that were living on the Estonian isles and the coast were now to be conscripted into marine duty (*båtsmanshäll*) as was the rule in Swedish coastal areas. Recruitment started in 1684 on the territory of Padise manor, which also included the Isles of Pakri. The Swedish peasants, however, set a precondition to their obligation to marine duty: they wanted to have their old privileges confirmed by the king. In August 1684 the Swedes of Laoküla, Suur-Pakri and Väike-Pakri (East Rogö) sent their delegates jointly to Stockholm. Charles XI thus received three complaints. Of these the most far-reaching was one raised by the peasants of Suur-Pakri, because it even criticised the whole concept of marine duty. One of the most common complaints was directed against the local pastor, who according to the peasants did not read enough sermons in Swedish. On August 18 1684 the Swedes from both Pakri and Laoküla received a confirmation from Charles XI stating that they must not be treated as serfs or pay outrageously high taxes.

As complaints were also coming from elsewhere, the king set up a commission to investigate the problems of the Estonian Swedes. The voluminous and detailed proceedings of this commission operating in Tallinn have been used for this article. They demonstrate the Estonian Swedish

peasants' reactions to the reforms, as well as Swedish and Estonian linguistic and ethnic rivalries. In Risti congregation the quarrels developed over the question of which language the pastor should preach in first. In Harju-Madise County there were heated arguments as to whether the parson should be Estonian or Swedish. Although the conflicts described in this article had different reasons the way they displayed linguistic and ethnic factors of identity demonstrate that these had their own place in the early modern Estonian society.

# Das „Baltentum“, die Deutschbalten und die Esten

VON EA JANSEN (†)

## *Zur Einleitung – einige Bemerkungen zum Wort „baltisch“*

Das Ethno- und Toponym „baltisch“ bzw. die Bezeichnung „baltische Länder“ sind heutzutage jedermann geläufig, und die im Ostbaltikum liegenden baltischen Staaten und deren Einwohner werden in der westlichen Welt gewöhnlich als ein einheitliches Ganzes angesehen. Wie diese Region ihren Namen erhielt, ist jedoch ein spannendes Geheimnis geblieben, auf das im Folgenden kurz eingegangen wird, auch wenn es sich dabei eigentlich um das Terrain von Linguisten und Mediävisten handelt. Das Hauptziel des vorliegenden Beitrags ist es, die Wiedergeburt dieses alten Namens in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts darzulegen.

In den zeitgenössischen Enzyklopädien und der Literatur wird häufig der römische Literat Plinius der Ältere zitiert, der von der riesigen Insel *Baltia* bzw. *Balcia* berichtet hat, die drei Schiffstagerreisen von der Küste der Skythen entfernt liege. Dabei bezog er sich wiederum auf Xenophon und den griechischen Seefahrer Pytheas, der die Insel *Basilia* bzw. *Balisia* genannt hatte. Diese als *Baltia* bezeichnete Insel hat Wissenschaftler und Publizisten immer wieder fasziniert und zu verschiedenen Annahmen verlockt.<sup>1</sup> Vor allem interessierten sich jedoch Seefahrer und Kaufleute für das Gewässer, das nördlich der Gebiete der Germanen gelegen war und an dessen Rand der wie Edelstein geschätzte Bernstein gefunden wurde.

Das Wort „baltisch“ bzw. der Stamm *balt* hat in verschiedenen Sprachen mehrere Bedeutungen. Der lettische Sprachwissenschaftler Konstantin Karulis führte in seinem lettischen etymologischen Wörterbuch zahlreiche Beispiele für die Verwendung des Stammes in mehreren indoeuropäischen Sprachen an. Gelegentlich wurde damit „weiß“, auch „erhaben“ und „schön“ (auch das lettische *balts*, das litauische *bal-tas*, das russische *белый* usw.), andererseits aber „der See“, „der Sumpf“,

---

Die estnische Originalfassung dieses Beitrags ist erschienen unter dem Titel: „Baltus“, *baltisakslased, eestlased*, in: Tuna 2005, Nr. 2, S. 35-44; Nr. 3, S. 31-42.

<sup>1</sup> Siehe z. B. LENNART MERI: *Höbevalge. Reisikiri tuulest ja muinasluulest* [Silberweiß. Reisebriefe über den Wind und die alten Gesänge], Tallinn 1976, S. 45f.

„der Schlamm“ usw. (etwa das russische *болото* usw.) bezeichnet.<sup>2</sup> Den Namen „Balten“ trug auch ein königliches westgotisches Geschlecht, was in ihrer Sprache „die Tapferen“ hieß.<sup>3</sup>

Die Ostsee mit ihren zahlreichen Buchten wurde von den Völkern des Südens nur langsam und mühevoll erforscht, was im Hinblick auf die damalige technische Entwicklung der Schifffahrt durchaus verständlich ist. Auf den frühen Karten weist die Ostsee im Vergleich zum Mittelmeer eine recht „irreale“ Form auf. Sie hatte mehrere Namen, und viele von antiken Autoren stammende Bezeichnungen lebten auch noch in der Neuzeit weiter – *Sinus Codanus*, *Mare Sævicum* (Tacitus), *Mare Germanicum* u.a.<sup>4</sup> Als Person, die den Begriff des Baltischen Meeres eingeführt haben soll, gilt meist der Hamburger Chronist Adam von Bremen, in dessen 1073–1076 verfasster Chronik neben einigen anderen Bezeichnungen für die Ostsee auch *Mare Balticum* auftaucht. Adam bezog sich seinerseits auf Einhard, den Biografen Karls des Großen, und glaubte, es handelte sich dabei um eine große Bucht, die sich vom Land der Skythen bis zu den griechisch-katholischen Ländern erstreckte. Die Küstenbewohner dieser gürtelförmigen Bucht nannte Adam von Bremen *baltiens*, und es wird angenommen, dass er hierbei vom dänischen Begriff *belt* beeinflusst wurde.<sup>5</sup>

Der bekannte deutschbaltische Publizist Georg Berkholz publizierte 1882 als erster eine Studie zum Begriff „baltisch“, der zu dieser Zeit in einem neuen Kontext gebräuchlich geworden war. Er verurteilte zwar „etymologische Spiele“ mit lautlich ähnlichen Wörtern, begann aber auch selbst zu „spielen“, indem er die Gürtelform-Konzeption übernahm. Offensichtlich in Anlehnung an Adam von Bremen behauptete Berkholz, dass „baltisch“ dänischer Herkunft sei, und fügte seinerseits hinzu, dass dies auf das lateinische Wort *balteus* – Schwertgurt bzw. Gürtel – zurückgehe. Dies sei verbunden gewesen mit der Vorstellung einer lang gestreckten Meereszone, die sich von den Gebieten der Skythen nach Süden erstreckte; den Namen hätten die Germanen eventuell bereits während der ersten Kontakte mit den Römern übernommen.<sup>6</sup> Berkholz

<sup>2</sup> KONSTANTIN KARULIS: *Latviešu etimologijas Vardnica divos sījumos* [Lettisches etymologisches Wörterbuch in 2 Bänden], Riga 1992, S. 104. Die Autorin bedankt sich bei Enn Tarvel, der sie auf dieses wesentliche Wörterbuch aufmerksam gemacht hat.

<sup>3</sup> Historisch-Politisch-Geographischer Atlas der ganzen Welt. Geographisches und kritisches Lexicon. Zweyter Teil B, hrsg. von BRUZON LA MARTINIÈRE, Leipzig 1744, Sp. 145.

<sup>4</sup> Siehe näher zur Geschichte des Namens: ULLA EHRENSVÄRD u.a.: *Mare Balticum*. 2000 vuotta Itämeren historian [Mare Balticum. 2000 Jahre Geschichte des Ostseeraums], Helsinki 1996, S. 18–21.

<sup>5</sup> Ebenda, S. 21.

<sup>6</sup> GEORG BERKHOLZ: Geschichte des Wortes „baltisch“, in: *Baltische Monatsschrift* 29 (1882), S. 519–530, hier S. 524–526 (Nachdruck in: DERS.: *Aus baltischer Geistesarbeit. Reden und Aufsätze*, Bd. 2, Riga 1909, S. 86–98).



machte auch darauf aufmerksam, dass in der Preußischen Reimchronik Nikolaus von Jeroschins aus dem zweiten Viertel des 14. Jahrhunderts der Begriff *Mare Balticum* als „Gürtelmeer“ übersetzt worden war.<sup>7</sup> Ist man bereit, sich auf Spekulationen einzulassen, so stellte die jetzige Ostsee in den Augen der Menschen einst vielleicht ein gürtelförmiges Gewässer, eine Bucht dar, die zuweilen auch hell und weiß schimmerte.

Wie es sich mit der Etymologie des Wortes „baltisch“ auch verhalten haben mag, eines lässt sich sicher konstatieren: Der Name *Mare Balticum* war in Umlauf gekommen. Auf den Landkarten des 15. und 16. Jahrhunderts wurde für den westlichen Teil der Ostsee der Name *Baltteatus Pontus*, für den südlichen Teil *Sabulosus Pontus* und für die Gewässer, die östlich von Svealand lagen, *Mare Gotticum* verwendet.<sup>8</sup> In einem vermutlich aus dem Ende des 17. Jahrhunderts stammenden, von Frederik De Wit in Amsterdam herausgegebenen Atlas weist die auf einer Europakarte eingetragene Ostsee, das *Mare Balticum* bzw. *de Oostzee* mit zwei Buchten – *Sinus Bothnicus* und *Sinus Finni* –, bereits eine recht zeitgenössische Form auf. Diesem Atlas war auch eine gesonderte Karte des *Mare Balticum* beigelegt. Die Lexika des 18. Jahrhunderts zeigen zudem, dass man die Ostsee mit ihren unterschiedlichen Namen in Europa gemeinhin als Baltisches Meer zu bezeichnen begann. Im Lexikon Johann Hübners von 1727 sind als entsprechende Stichwörter angeführt: „Baltisches Meer“, „der Belt“, „Ostsee“, „Mare Balticum“, „Sinus Codanus“.<sup>9</sup> Im deutschen „Grossen vollständigen Universal-Lexicon Aller Wissenschaften und Künste“ von 1733 finden wir das Stichwort „Baltisches Meer bzw. der Belt“, und es wird darüber geklagt, dass antike Autoren ihm mehrere Namen verliehen hätten.<sup>10</sup> Und in der deutschsprachigen Übersetzung des von Bruzon La Martiniere, einem spanischen königlichen Geografen zusammengestellten „Historisch-politisch-geographischen Atlas der ganzen Welt“ von 1744 lesen wir unter dem Eintrag „Balticum Mare“, dass es sich dabei um „eine große Bucht des deutschen Meeres“ handle.<sup>11</sup> Es sei auch daran erinnert, dass Peter I. nach dem Nordischen Krieg auf der Halbinsel Packerort den „Baltischen Hafen“, die spätere Stadt *Балтийский Порт* bzw. Baltischport (estn. *Paldiski*) gegründet hat, der in den Träumen mehrerer russischer Herrscher zu einem gewaltigen Militärhafen ausgebaut werden sollte. So blieb an der uns umgebenden See der Name „Baltisches Meer“ haften, obgleich die Holländer,

<sup>7</sup> Ebenda.

<sup>8</sup> EHRENSVÄRD, *Mare Balticum* (wie Anm. 4), S. 20f.

<sup>9</sup> JOHANN HÜBNER: *Reales Staats-, Zeitungs und Conversationslexicon*, Leipzig 1722, Sp. 186.

<sup>10</sup> *Grosses vollständiges Universal-Lexicon Aller Wissenschaften und Künste*, Bd. 3, hrsg. von JOHAN HEINRICH ZEDLER, Berlin 1733, Sp. 289.

<sup>11</sup> Hier wird auf Plinius den Älteren und den Namen der Insel *Baltia* verwiesen, der mit dem „baltischen“ Volk der Westgoten verbunden wird; zudem findet der Einfluss des Wortes „belt“ Erwähnung. Siehe *Historisch-politisch-geographischer Atlas* (wie Anm. 3), Sp. 145f.

Dänen, Deutschen, Schweden und Finnen sie als Ostsee und die Esten als „Westmeer“ (*Läänemeri*) bezeichnen.

Für die an der Ostsee ansässigen Völker bzw. Stämme und deren Gebiete wurden zwar verschiedene Namen verwendet, doch war die allgemeine Bezeichnung „Balte“ nicht bekannt. Erst in Meyers Konversations-Lexikon von 1844 wurde einigen im Ostbaltikum ansässigen Völkern auch ein gemeinsamer Name verliehen – im Lexikon ist die Rede von den „Baltischen Finnen“, zu denen „die eigentlichen Finnen oder Suomen“, Kuren, Liven, Esten und Lappen gehörten.<sup>12</sup> Die Bezeichnung „baltische Sprachen“ für die Sprachen der Altpreußen, Litauer und Letten ist Karulis zufolge erstmals im Jahre 1845 vom Sprachwissenschaftler Georg Heinrich Ferdinand Nesselman empfohlen worden, doch erlangte er sowohl in Verbindung mit den Sprachen als auch mit den Völkern erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts einen größeren Bekanntheitsgrad.<sup>13</sup>

Das zunächst vorwiegend für die Bezeichnung eines europäischen Meeres gebrauchte Wort „baltisch“ begann sich somit um die Mitte und in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts plötzlich zu verbreiten und wurde intensiv in anderen semantischen Zusammenhängen genutzt.

Die Entwicklung dieses neuen Begriffs, die anschließend untersucht wird, ist vor allem deshalb von Interesse, weil das „Baltentum“ nun ideologisiert wurde, weshalb wir wieder einmal in den Wirbel der gesellschaftlich-politischen Kämpfe, die in der Umbruchsperiode der Geschichte der Esten und Letten erfolgt sind, hineingerissen werden. Zugleich trägt der Begriff seinerseits zur Charakterisierung der beteiligten Kräfte und ihrer ideellen Bestrebungen bei. Zwar ist diese Zeit zumindest im Hinblick auf die nationale Bewegung der Esten bereits recht gründlich erforscht worden, doch ist es angebracht, diesbezüglich neue Interpretationen zu untersuchen und sich ins Gedächtnis zu rufen. In der estnischen Literatur scheint ein konfliktfreies nationales Narrativ vorzuherrschen, und es hat den Anschein, als ob man bereits vergessen hätte, welche großen gesellschaftlichen Spannungen in den 1870er und 1880er Jahren herrschten, und in welcher komplizierten Situation sich die Anfänge einer estnischen Zivilgesellschaft, einer nationalen Intelligenz und der neuen Schriftkultur abzuzeichnen begannen.

Tatsächlich haben sich estnischsprachige Publikationen nur selten mit der Einführung der Begriffe „baltisch“ bzw. „Baltentum“ (*baltlus*) sowie mit deren Bedeutung für Esten und Deutsche beschäftigt. Flüchtig erwähnt wurde das „Baltentum“ in Verbindung mit der journalistischen Tätigkeit von Heinrich Voldemar Amandus oder kurz Harry Janssen, dem Sohn von Johann Voldemar Janssen und jüngeren Bruder von Lydia Koidula. In den Jahren 1879–1880 fungierte er als Mitredakteur der Zei-

---

<sup>12</sup> Meyers Conversations-Lexicon, Viertes Buch, Hildburghausen 1844, S. 324.

<sup>13</sup> KARULIS (wie Anm. 2), S. 104.

tung „Eesti Postimees“ (Estnischer Postbote) und stellte in den Spalten dieser Zeitung die These auf, dass alle Einwohner „Balten“ seien. Allerdings gibt es nur eine vage Vorstellung davon, was das von Harry Jannsen formulierte „Baltentum“ tatsächlich darstellen sollte. Andererseits wurde das „Baltentum“ in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts in der estnischen nationalen Presse mehr oder weniger zu einem Schimpfwort, das denjenigen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens vorbehalten blieb, die der Macht des baltischen Adels gegenüber vermeintlich toleranter eingestellt waren. Aus diesem Grund dürfte es recht interessant sein zu untersuchen, was „baltisch“ bzw. das „Baltentum“ einerseits für die Deutschen Estlands, andererseits aber für die Esten selbst bedeutet hat.

### *Die Deutschen und das Baltentum*

Die von den Deutschen kolonisierten Gebiete der Esten und Letten bildeten weder im Schwedischen Reich noch danach, als sie im Ergebnis des Nordischen Krieges unter russische Herrschaft fielen, eine Einheit. Die zum Zarenreich gehörenden Ostseeprovinzen waren im 18. und 19. Jahrhundert administrativ-rechtlich getrennte Einheiten und wurden auch nicht als ein einheitliches Gebiet wahrgenommen. Die Unterschiede in den natürlichen Bedingungen und Siedlungsarten, die Kommunikationsschwierigkeiten sowie die geringe Anziehungskraft der Städte spielten dabei eine wichtige Rolle, so dass sich auch noch während der Ablösung der alten Agrargesellschaft ein „stark fragmentarischer Charakter“ der Verwaltung und der ganzen Gesellschaft erhielt und die im Mittelalter herausgebildeten Verwaltungseinheiten beibehalten wurden. Mit Russland schlossen die est- und livländischen Ritterschaften sowie Riga, Reval und Pernau bekanntlich 1710 jeweils eigene Kapitulationsverträge; am Ende des 18. Jahrhunderts wurde schließlich das Herzogtum Kurland, das im polnischen Lehnsbesitz gewesen war, als selbständige Provinz angegliedert. Ein weiteres eigenartiges Gebiet war – in der Terminologie von August Wilhelm Hupel<sup>14</sup> – die „Provinz Ösel“, die eine eigene Ritterschaft besaß. Livland und Estland waren für Hupel „Herzogtümer“, und dieser Begriff, der die „Selbstständigkeit“ der verschiedenen Provinzen ausdrücken sollte, wurde sogar noch um die Mitte des 19. Jahrhunderts verwendet. Die Unterschiede im Rechts- und Verwaltungssystem, die durch das Provinzialrecht sanktioniert waren, sind auf die historische Entwicklung und die mittelalterliche Gesellschaftsordnung sowie auf die infolge von Kriegen und Eroberungen entstandene

---

<sup>14</sup> AUGUST WILHELM HUPEL: Topographische Nachrichten von Lief- und Ehstland. Dritter und letzter Band (Landrolle der beyden Herzogthümer Liefland und Ehstland), Riga 1782, S. 354.

nen Gegebenheiten zurückzuführen. Die Vergangenheit war ausschlaggebend auch für Unterschiede in den Überzeugungen der Ritterschaften, ihrer Mentalität und ihrem Verhalten, was von deutschbaltischen Historikern und in diversen Memoiren immer wieder konstatiert wurde. Estland, das sich auf eine starke rechtliche Kontinuität stützte, war stabil konservativ, während der livländische Adel, der einst von Schweden erobert worden war, weitaus offener, beweglicher und in größerem Maße bereit war, sich neuen ideellen Strömungen anzuschließen. Und wenn schon die führende Kraft der Gesellschaft, der Adel, selbst nicht einheitlich war, so bestanden noch größere Unterschiede zwischen dem adligen und dem bürgerlichen Stand. Die Städte führten ein eigenes Leben, und noch in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts hielt man sich streng an das auf den exklusiven Korporationen der Kaufleute und Handwerker beruhende Herrschaftssystem, das unter der Leitung des Magistrats stand, dessen Mitglieder aus dem Kreis der ratsfähigen Personen gewählt wurden.

Selbstverständlich unterschied sich die deutschbaltische Elite als Ganzes in ihrer Lebensweise und Mentalität grundlegend von der alteingesessenen Bevölkerung der Provinzen, der estnischen und lettischen Bauernschaft. Zwischen ihnen herrschte eine tiefe Kluft, die sowohl durch Traditionen als auch Gesetze sanktioniert war. Eine solche Kluft war im Mittelalter und auch in der Neuzeit für ganz Europa charakteristisch, jedoch hat sie hierzulande aufgrund der lange andauernden Leibeigenschaft sowie der ethnisch-linguistischen Grenze wesentlich länger existiert. Die Tatsache schließlich, dass die einen Herren waren, während die anderen das Landvolk bzw. die Bauern stellten, ist im Baltikum nach Ansicht Eduard von Stackelbergs zumindest bis zum 19. Jahrhundert als die natürliche Ordnung der Dinge akzeptiert worden.<sup>15</sup>

Früher als die deutschen Stände begann die Petersburger Zentralregierung, die sich seit den Zeiten Katharinas II., insbesondere ab 1775, dem Jahr der Gouvernementsreform, um eine Vereinheitlichung der Gesetze und die Zentralisierung des Staates bemühte, die russischen Ostseeprovinzen offensichtlich als ein administratives und kulturelles Ganzes anzusehen. Unheilvoll war die Einführung der bürokratischen Statthalterschaft durch die Regierung Katharinas 1783, und es ist charakteristisch, dass, nachdem sie von Paul I. aufgehoben worden war, einige neue staatliche Institutionen, darunter die Gouvernementsregierungen, beibehalten wurden. Im russischen offiziellen Sprachgebrauch setzten sich die Bezeichnungen *Остзейский* bzw. *Прибалтийский край* – der Ostsee- bzw. Baltische (Rand-)Bezirk – durch, und 1801 wurden die drei Ostseegouvernements schließlich einem gemeinsamen Generalgouverneur

---

<sup>15</sup> FREIHERR EDUARD VON STACKELBERG-SUTLEM: Ein Leben im baltischen Kampf. Rückschau auf Erstrebttes, Verlorenes und Gewonnenes, München 1927, S. 16.

unterstellt. In offiziellen Dokumenten wurden sie jedoch nach wie vor als getrennte Einheiten anerkannt, und es wurde die Bezeichnung „Generalgouverneur von Liv-, Est- und Kurland“ verwendet. So hieß es im „Provinzialrecht“: „Die Gouvernements Livland, Esthland und Kurland stehen unter der Oberverwaltung eines Generalgouverneurs“.<sup>16</sup>

Somit war die Einstellung der Zentralregierung doppeldeutig: Zwar wurde die Eigenart der Region sowie die Zusammengehörigkeit der Gebiete dieser westlichen Ecke des Reichs zugegeben, im Hinblick auf die Unifizierungspolitik war es jedoch zweckmäßig, die getrennten Verwaltungseinheiten beizubehalten, zumal dadurch die Widerstandskraft der regionalen Elemente geschwächt werden konnte. Tatsächlich nahm ungeachtet der Treue des deutschbaltischen Adels gegenüber dem Thron und der einträglichen Ämter in der zarischen Administration der lokale Widerstandswille zu. Je mehr die zarische Regierung in die Angelegenheiten der Ostseeprovinzen eingriff, desto stärker erhob sich ein Bewusstsein der lokalen Sonderinteressen. Bei den herrschenden Schichten der Region machte sich der Wunsch immer mehr bemerkbar, lokale Autonomie und Identität zu verteidigen sowie die Eigenart des Kulturraums zu bewahren. Zu einer ersten schärferen Kollision, aber vor allem zur verstärkten Ängsten führten die von Graf Sergej Uvarov, dem Bildungsminister Nikolajs I., in den 1830er Jahren unterbreiteten Russifizierungspläne. Das Gemeinschaftsgefühl wurde dabei durch die Notwendigkeit des Widerstands nur verstärkt. Dies zeigte sich insbesondere ab den 1860er Jahren, als die russische nationalistische Öffentlichkeit in ihrer überwiegenden Mehrheit in den angeblich separatistischen „deutschen“ Ostseeprovinzen einen Gegner zu sehen begann, wobei sie der Regierung einzureden versuchte, den Sonderstatus der Region aufzuheben.

Selbstverständlich war die Heterogenität der Gesellschaft in den Ostseeprovinzen nicht nur durch soziale Unterschiede und administrative Zersplitterung, sondern auch durch die schwach ausgeprägte Kommunikation bedingt. Diese Situation begann sich aber ab der Zeit der Aufklärung beträchtlich zu verändern – das gedruckte Wort, das sich neben der mündlichen Informationsvermittlung und weitgehend an ihrer Stelle zu verbreiten begann, wurde allmählich zu einem wesentlichen Medium, das die Menschen zu einen begann. Am Ende des 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts zeigen sich in deutschsprachigen Publikationen der Region immer deutlicher Bestrebungen, die drei Heimatprovinzen enger zu vereinen, wie auch Zeichen eines Gemeinschaftsgefühls zumindest der gebildeten Schichten.

Insbesondere für die im Wachstum begriffene lokale deutsche Intelligenz war dieses Gemeinschaftsgefühl charakteristisch. Zu Beginn des

---

<sup>16</sup> Provinzialrecht der Ostseegouvernements. Erster Theil. Behördenverfassung, St. Petersburg 1845, S. 2.

19. Jahrhunderts begann man vom Literatenstand zu sprechen, obwohl die Menschen, die ihren Lebensunterhalt mit geistiger Arbeit bestritten, keinen juristischen Sonderstatus genossen, sondern zu den Stadtbürgern zählten. Faktisch stellte die Entstehung dieser Schicht jedoch eine neue Erscheinung dar – es handelte sich um eine neue soziale Gruppe, die sich durch ein neues Lebens- und Zusammengehörigkeitsgefühl auszeichnete. Stärker war der Literatenstand in Liv- und Kurland vertreten, schwächer in Estland. Sowohl aufgrund ihres Bildungsstandes als auch aufgrund ihrer wirtschaftlichen Situation standen die Literati von allen Schichten dem Adel am nächsten, und obgleich sie mit dem Adel „befreundet“ waren, zeigten sie im Vergleich zu den anderen sozialen Gruppen die größte Aufgeschlossenheit gegenüber Neuerungen. Man weiß, dass die Intelligenz der Ostseeprovinzen im 18. Jahrhundert, vor der Wiedereröffnung der Universität Dorpat, weitgehend aus jungen Zuwanderern aus Deutschland bestand, die sich nicht an die lokalen Traditionen gebunden fühlten.<sup>17</sup> Die Dorpater Universität als *Alma Mater* für alle drei Provinzen wurde ihrerseits zu einem vereinenden Faktor der Bildungselite. Selbstverständlich war weder die Professoren- noch die Studentenschaft homogen; ab den 1820er Jahren organisierte sich die Dorpater Studentenschaft der jeweiligen Herkunft nach in Korporationen. Dies schloss jedoch weder die Kommunikation innerhalb der gesamten Universität noch die Herausbildung einer einheitlichen Mentalität aus.

Der im Wachstum begriffene Literatenstand, dessen Selbstbewusstsein immer mehr zunahm, begann mit Hilfe des Publikationswesens und der Vereine einen engeren kulturellen Umgang der Deutschen bzw. zunächst der Bildungsschichten in den Ostseeprovinzen voranzutreiben. Die zweite Hälfte des 18. Jahrhunderts hatte die Wiedergeburt der deutschsprachigen Presse erlebt, als neben der Herausgabe einiger informativer Blätter eine enthusiastische Gründungsphase von Zeitschriften zu verzeichnen war, welche sowohl für den engeren Kreis der Wissenschaftler als auch für ein breiteres Publikum gedacht waren.<sup>18</sup> Im Zeitalter der Aufklärung entstand das Bestreben, immer mehr Wissen über Geschichte, Natur, Bevölkerung und andere Aspekte der Ostseeprovinzen zusammenzutragen, was im dritten Viertel des 18. Jahrhunderts wohl von August Wilhelm Hupel am erfolgreichsten verwirklicht werden konnte. Seine „Topographischen Nachrichten“ und „Miscellaneen“ konnten nur dank der Kommunikation mit Korrespondenten an verschie-

---

<sup>17</sup> Siehe WILHELM LENZ: Die Literaten, in: Sozialgeschichte der baltischen Deutschen, hrsg. von WILFRIED SCHLAU, Köln 2000, S. 139-184, insbesondere S. 146-158.

<sup>18</sup> Eine gute Übersicht über die Presse des Aufklärungszeitalters bietet: INDREK JÜRJO: Aufklärung im Baltikum: Leben und Werk des livländischen Gelehrten August Wilhelm Hupel (1737-1819), Köln u. a. 2006 (Quellen und Studien zur baltischen Geschichte, 19), S. 181-198.

denen Orten und ihrer Mitarbeit zustande kommen.<sup>19</sup> Durch all diese Anstrengungen wurde zum einen das Bewusstsein einer engen Zusammengehörigkeit evoziert und gefestigt, während zum anderen durch die im Sinne dieser Arbeit geknüpften zwischenmenschlichen Beziehungen ständische Barrieren durchbrochen werden konnten.

Seit dem Anfang des 19. Jahrhunderts begannen Zeitungen und Zeitschriften zu erscheinen, die schon explizit das Ziel verfolgten, die drei unterschiedlichen Provinzen einander anzunähern. Die Ehre, der Erneuerer des Pressewesens zu sein, gebührt dem Aufklärer und Rationalisten Karl Gottlob Sonntag, dem Generalsuperintendenten Livlands, der bei der „Rigaer Zeitung“ das Wochenblatt „Inländische Blätter“ gründete. Sonntag orientierte sich bewusst an der Leserschaft aller drei Provinzen, die Lebensdauer seines Blattes war jedoch nur kurz (1813–1814 und 1817).<sup>20</sup> Der titelgebende Begriff „Inland“, der damals „Heimat“ meinte, symbolisierte das Wesen der Zeitung. 1823 gründete Sonntag ein neues Wochenblatt mit dem charakteristischen Namen „Ostsee-Provinzen-Blatt“, das auch über ein charakteristisches Programm verfügte: Nach den Worten ihres Redakteurs verfolgte die Zeitschrift das Ziel, die Ostseeprovinzen, die ja nun unter ein- und derselben Oberverwaltung standen, durch Informationen übereinander enger miteinander zu verbinden.<sup>21</sup> Nach Sonntags Ableben 1827 wurde die Redaktion von seinem Freund Garlieb Merkel, der dieselben Ideale vertrat, übernommen. Von 1828–1838 gab Merkel die bekannte Wochenzeitung „Kur-, Liv- und Estländisches Provinzialblatt“ heraus. Diese Zeitung genoss große Popularität unter der Intelligenz aller drei Provinzen. In einem noch höheren Maße spiegelte das Zusammengehörigkeitsgefühl der Intelligenz die von Georg Friedrich von Bunge im Jahre 1836 gegründete allgemeinkulturelle Zeitschrift „Das Inland“ wider, die zahlreiche Mitarbeiter fand und sich einer großen Leserschaft erfreute. Die verbindende Rolle der in Dorpat als dem wichtigsten geistigen Zentrum erscheinenden Zeitschrift wird auch dadurch deutlich, dass sie stellvertretende Redakteure in Reval, Mitau und Riga hatte. Das livländische Gouvernementszentrum Riga wurde aufgrund einer zunehmenden Konzentration der geistigen Elite und eines sehr regen Geisteslebens sowie industrieller und kommerzieller Erfolge immer mehr zu einer Art gemeinsamer Hauptstadt der Ostseeprovinzen.

Die Heimatbegeisterung und insbesondere der Wunsch, die eigene Geschichte näher kennen zu lernen, führte in der ersten Hälfte des 19.

<sup>19</sup> Siehe ebenda, insbesondere S. 142-147, 205-207.

<sup>20</sup> Erschien 1813–1814 als Anhang der „Rigaischen Stadtblätter“; einige Ausgaben kamen noch 1817 heraus. 1817–1818 wurde in Dorpat die Zeitung „Neue Inländische Blätter“ unter Redaktion von Professor Friedrich Eberhard Rambach herausgegeben, die sich in erster Linie mit den Angelegenheiten der Bauernreform befasste. Sie wurde jedoch von der Zensur verboten.

<sup>21</sup> Ostsee-Provinzen-Blatt, 2.1.1825.

Jahrhunderts zu einem Zusammenschluss der Forscher und zur Gründung immer neuer wissenschaftlicher Vereine. Es war charakteristisch, dass dabei in Riga ein Verein gegründet wurde, der sich die Erforschung der Geschichte aller drei Provinzen zum Ziel setzte und der daher auf eine zentrale Rolle unter den aus eigener Initiative entstandenen Forschungsstätten präbendierte: die im Jahre 1834 gegründete Gesellschaft für Geschichte und Altertumskunde der Ostseeprovinzen Russlands.

Das Zusammengehörigkeitsgefühl der gebildeten Deutschen der Ostseeprovinzen, sowohl der Literaten als auch der Adligen, wurde somit gestärkt. Es fehlte jedoch ein geeignetes Wort, das diese Zusammengehörigkeit benennen könnte.

Die nach der Thronbesteigung Alexanders II. einsetzende Epoche der Liberalisierung und Modernisierung führte zu einer außergewöhnlichen Belebung der Intelligenz und des Bürgertums in den Ostseeprovinzen, insbesondere in Riga; es begann – wenn auch nur für wenige Jahre – die Blütezeit der sich politisierenden, faktisch liberalen Öffentlichkeit.<sup>22</sup> Der Gedanke der Einheit wurde in eine neue Form gekleidet, ja er erhielt einen neuen Inhalt: Das war nach Gert von Pistoohlkors die Zeit, in der „das Bürgertum in Stadt und Land, die Literaten im besonderen, die Vorrherrschaft der Ratsfamilien und Amtsträger in den Städten und der Ritterschaften auf dem flachen Lande nicht mehr ohne weiteres anerkennen wollten und statt dessen im Namen einer deutschen Oberschicht für die Gleichstellung des Bürgerstandes eintraten.“ Die gebildeten Deutschen seien nunmehr „als Balten“ bezeichnet worden. Dabei sollte „baltisch“ ein „Programm der Annäherung der Stände sein, wobei nicht in erster Linie an eine Nivellierung der Unterschiede, sondern vielmehr an eine Liberalisierung und Modernisierung des öffentlichen Lebens in den baltischen Provinzen selbst gedacht“ worden sei.<sup>23</sup> Im Kern handelte es sich um die Erweiterung der Rechte der Literaten und des Bürgertums, da man der Ansicht war, für die Bauern hätten die Ritterschaften bereits genug getan. Öffentlich wurde der Begriff eines „politisierten Baltentums“ in der von Rigaer Bürgern und Vertretern der Bildungselite 1859 gegründeten reformatorischen „Baltischen Monatsschrift“ bekannt gegeben, deren Name Pistoohlkors zufolge „Programm“ war.<sup>24</sup> Die Zeitschrift, die zumindest bis 1869 als Sprachrohr des „baltischen Liberalismus“ diente, wurde vorwiegend vom bekannten Publizisten Georg Berkholtz initiiert, der anfangs ein Kosmopolit, später jedoch ein überzeugter Balte war.<sup>25</sup>

---

<sup>22</sup> Bislang unersetzlich: REINHARD WITTRAM: *Liberalismus baltischer Literaten. Zur Entstehung der baltischen politischen Presse*, Riga 1931.

<sup>23</sup> GERT VON PISTOHLKORS: *Die Ostseeprovinzen unter russischer Herrschaft (1710/95–1914)*, in: *Die baltischen Länder*, hrsg. v. DEMS., Berlin 1994 (*Deutsche Geschichte im Osten Europas*), S. 266–450, hier S. 365.

<sup>24</sup> Ebenda.

<sup>25</sup> Vgl. FRIEDRICH BIENEMANN: *Der Wechsel unserer politischen Tendenzen und die Baltische Monatsschrift*, in: *Baltische Monatsschrift* 31 (1884), S. 601–611, hier



Weiterhin begann man mit der Herausgabe von immer neuen Ausgaben, welche den Begriff „baltisch“ verwendeten. 1863 etwa wurde die „Baltische Wochenschrift“ gegründet, die zu einer wesentlichen Informationsquelle und einem Forum für die Großgrundbesitzer aller drei Provinzen wurde und somit ebenfalls einen verbindenden Faktor darstellte. Auch in Deutschland und Russland begann man, mit immer größerer Selbstverständlichkeit von den „Balten“ zu sprechen, der Begriff wurde in den 1880er Jahren parallel mit Bezeichnungen wie „Russischbalten“ oder Liv-, Est-, und Kurländern verwandt. In Deutschland meinte man, wenn man von den baltischen Ländern sprach, häufig alle Gebiete rund um die Ostsee; international kam dieses Toponym jedoch in Hinblick auf das Ostbaltikum in Umlauf.<sup>26</sup>

Die Esten und Letten wurden damals allerdings nicht zu den Balten gezählt,<sup>27</sup> und in das Programm des baltischen Liberalismus, der sich die Annäherung der Stände auf seine Fahnen geschrieben hatte, wurden sie nicht einbezogen. Der Gedanke, dass die Rechte der Personen niederen Standes – der Bauernschaft – erweitert werden müssten, lag jedoch in der Luft. Beeinflusst von der Einberufung des finnischen Landtags brachte die „Revalsche Zeitung“, eine für ihre Zeit „ultraliberale“ Zeitung – und die erste politische Tageszeitung in den Ostseegouvernements – 1862 die Idee vor, auch den Vertretern des bauerlichen Stands die Teilnahme an den Landtagen zu ermöglichen. Diesbezügliche Vorschläge wurden in den 1860er Jahren und in den nächsten Jahren wiederholt auch auf den livländischen Landtagen unterbreitet, doch war die Mehrheit aller vier Ritterschaften damals (und auch weiterhin) strikt gegen solche Reformen.

Nebenbei bemerkt, versuchte man die Einheit der Heimat zu Beginn der 1860er Jahre nicht nur durch die Annäherung der Stände, sondern auch durch einen engeren administrativen Zusammenschluss und damit auch durch die Sicherung der Autonomie der Ostseegouvernements zu stärken. Dazu schien die allgemeine reformerische Stimmung in Russland Hoffnung zu geben. 1862 unterbreitete Woldemar von Bock den Vorschlag, einen gemeinsamen Landtag aller vier Ritterschaften zu gründen;<sup>28</sup> gleichzeitig stand die Gründung einer gemeinsamen höheren Gerichtsinstantz auf der Tagesordnung. Es liegen jedoch keine Angaben vor, dass man den recht aussichtslosen Landtagsplan überhaupt ernsthaft zu verwirklichen versucht hätte. Man befasste sich zu Beginn der 1860er Jahre zwar aktiv mit der Vorbereitung der Gerichtsreform, so dass im Kontext der Modernisierung des Gerichtswesens die Liberalen auch die Gründung eines gemeinsamen obersten Gerichtorgans, des Justizkolle-

---

S. 603.

<sup>26</sup> BERKHOLZ, Geschichte des Wortes „baltisch“ (wie Anm. 6), S. 523.

<sup>27</sup> PISTOHLKORS, Ostseeprovinzen (wie Anm. 23), S. 365.

<sup>28</sup> Siehe auch WITTRAM (wie Anm. 22), Beilage III, S. 108-116.

giums planen konnten. Doch besaß auch dieser Gedanke keine Perspektive und die Gerichtsreform zog sich ohnehin in die Länge.<sup>29</sup>

Georg Berkholz, ein Bannerträger des frühen baltischen Liberalismus, der später unter dem Einfluss von Carl Schirren konservativ wurde, untersuchte auch die Frage, wie der Begriff „baltisch“ im 19. Jahrhundert überhaupt in Umlauf gekommen war, und ab wann er in der Literatur über die Ostseeprovinzen oder in der dort veröffentlichten Literatur aufzutauchen begann. Interessanterweise scheint dieser Begriff von der Engländerin Elizabeth Rigby (Eastlake), aus deren Feder einige Reisebeschreibungen stammen, eingeführt worden zu sein. 1841 veröffentlichte sie ihre „Letters of the shore of the Baltic“, deren deutsche Ausgabe 1846 unter dem Titel „Baltische Briefe“ erschien. Im darauf folgenden Jahr erschien ein von Aurelius Buddeus verfasster Bericht über seine Reise durch die Ostseeprovinzen nach St. Petersburg unter dem allgemeinen Titel „Halbrussisches“, während seine einzelnen Teile jedoch als „Baltische Trümmer“ firmierten.<sup>30</sup> Zu Beginn der 1880er Jahre war diese neue Terminologie Berkholz zufolge „auf allen Gebieten durchgedrungen, so gut in der Sprache der Literatur und des gewöhnlichen Lebens als in der der Kanzleien und Behörden“.<sup>31</sup> Berkholz war jedoch deswegen besorgt, dass die Begriffe „Baltenland“ bzw. „Baltien“ nicht gut klängen und man daher wohl die „Baltischen Provinzen“ bzw. die „Baltischen Lande“ nicht loswerde: „Noch zwar antworten wir, z.B. im Auslande reisend, auf die Frage nach unserer Landesangehörigkeit nicht gern: „ich bin ein Balte“, sondern lieber mehr particularistischer Weise: ein Est- oder Liv- oder Kurländer.“<sup>32</sup>

Von den Letten wurde ab den 1870er Jahren der Begriff „Baltija“ benutzt, und auch in der estnischen Presse der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts findet sich zuweilen die Bezeichnung „Baltia“.<sup>33</sup> Jedoch war „Baltia“ auch unter den Deutschen in Gebrauch: So fand sich auf dem zweiten deutschbaltischen Sängerfest in Reval 1866 zwischen den Blumengirlanden ein Transparent mit der folgenden Aufschrift: „Heil dem Tag, wo fern und nah / im Lied vereinet Baltia“.<sup>34</sup> „Baltia“ sollte also alle Deutschen Russlands vereinigen, da auf dem Fest viele Chöre aus verschiedenen Orten Russlands auftraten.

Unter den ersten, die den Begriff „baltisch“ verwendeten, war übrigens auch der Literat und Estophile Georg von Schultz-Bertram mit seinem

<sup>29</sup> Vgl. z.B. PISTOHLKORS: Ostseeprovinzen (wie Anm. 23), S. 372f.

<sup>30</sup> BERKHOLZ, Geschichte des Wortes „baltisch“ (wie Anm. 6), S. 519-522.

<sup>31</sup> Ebenda, S. 522.

<sup>32</sup> Ebenda, S. 529.

<sup>33</sup> Siehe z.B. den Leitartikel: Saksa ja Vene võim ja vaim Baltias [Die Macht und der Geist Deutschlands und Russlands in Baltia], in: Virulane, 22.2.1883.

<sup>34</sup> Zu diesem Sängerfest als einer Demonstration des Gemeinschaftsgefühls der Deutschen vgl.: EA JANSEN: Baltisaksa laulupeod Tallinnas [Deutschbaltische Sängerfeste in Reval], in: Teater. Muusika. Kino 1994, Nr. 11, S. 48-54, hier S. 52f.

Werk „Baltische Skizzen“ (1853–1855). Zu Beginn der 1860er Jahre finden wir „baltisch“ aber auch in den Titeln kritischer Bücher der Protagonisten der lettischen nationalen Bewegung Kaspars Biezbārdis und Krišjānis Valdemārs. Im Allgemeinen zeigen aber sowohl die Bibliografie verschiedener historischer und publizistischer Werke<sup>35</sup> als auch die in der Presse verwendeten Begriffe, dass in der zweiten Hälfte des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts parallel von den „baltischen Provinzen“ wie von „Est-, Liv- und Kurland“ gesprochen wurde; beliebt blieb weiterhin auch die Bezeichnung „deutsche Ostseeprovinzen Russlands“.

Verfolgt man die Geburt des „Baltentums“, so ist es jedoch angebracht, auch den national-mental-Aspekt in Betracht zu ziehen – es stellt sich nämlich die Frage, wie stark denn das Bewusstsein des Baltentums war und welche Beziehung es zur deutschen Identität und zum deutschen Nationalgefühl besaß, die während der deutschen Vereinigungsbewegung und der Gründung des Deutschen Reichs auch auf die Deutschbalten einen immer größeren Einfluss ausübten. So konstatierte die damalige „Revalsche Zeitung“ (offensichtlich der Redakteur Leopold Pezold selbst) in einem Artikel über die Feier des 350-jährigen Jubiläums der Revaler Ritter- und Domschule, dass sich auf dieser Feier „der deutsche Geist in der baltischen Heimat“ gezeigt habe.<sup>36</sup> Gustav Keuchel, der Gründer und Redakteur des liberalen Rigaer Blatts „Zeitung für Stadt und Land“ verfolgte demgegenüber den Grundsatz: Wir sind keine Balten, sondern Deutsche.<sup>37</sup> Bei der Betrachtung deutschbaltischer Schriften der Zeit wird ersichtlich, dass das starke und einheitliche deutsche Kaiserreich wie auch die deutsche Geisteskultur – das Genie des Volkes der Poeten und Musiker – ein Objekt der Bewunderung war. Allerdings bemerkte schon Heinrich Schaudinn zurecht, dass eine „Heimkehr ins neue Reich (...) kein Ziel des baltischen Deutschtums“ gewesen sei: „Ein Schutzwall Europas gegen Osten und Träger der Europäisierung des Ostens zu sein, war alles, was das baltische Deutschtum zu erfüllen wünschte.“<sup>38</sup> Auch die zahlreichen deutschbaltischen höheren Beamten im eigentlichen Russland fühlten sich als Teil dieser Mission. Die feste Überzeugung von der Mission – Schutzwall bzw. Vorposten – entwickelte sich zu einem charakteristischen Zug der deutschbaltischen öffentlichen Meinung. In der neuen Zeit und unter den neuen Verhältnissen zu Beginn des 20. Jahrhunderts tauchte diese Formulierung unter anderem auch in den Beiträgen Hermann von Keyserlings auf, des „letzten Balten“, wie ihn Jaan Undusk genannt hat. Keyserling konstatierte:

---

<sup>35</sup> Grundlage dieser Behauptung sind die Kataloge der Baltica-Abteilung in der Akademischen Bibliothek der Universität Tallinn.

<sup>36</sup> Revalsche Zeitung, 20.6.1869.

<sup>37</sup> GUSTAV KEUCHEL: Kalender für die deutsche Vereine in Liv-, Est- und Kurland auf das Jahr 1911, Riga o.J., S. 72.

<sup>38</sup> HEINRICH SCHAUDINN: Das baltische Deutschtum und Bismarcks Reichsgründung, Leipzig 1932, S. 42f.

„Von den uralten Zeiten an ist das Baltikum ein Vorposten des Westens auf dem Weg nach dem sarmatischen Osten gewesen. Während der sieben langen Jahrhunderte verteidigten die Balten heldenhaft den Geist des Abendlandes gegen die slawische Oberherrschaft.“<sup>39</sup>

In der deutschbaltischen Belletristik und den Memoiren sowie in der historischen Literatur wird immer wieder betont, dass die Deutschbalten große Zuneigung zu ihrer Heimat empfunden hätten und der Begriff „Balte“ genau dies symbolisiert habe.<sup>40</sup> Otto von Taube erzählt von seinem Vater, der irritiert und verstört angesichts des aggressiven russischen Nationalismus nach Deutschland emigriert sei. Dort habe er sich aber überhaupt nicht heimisch gefühlt, sondern sich nur nach der ehemaligen Heimat, dem estnischen Volk und dessen schöner Sprache gesehnt. Schließlich begann der alte Adlige sogar auf Estnisch zu dichten.<sup>41</sup> In Deutschland aber wurden die Deutschbalten häufig als Fremde angesehen und für „Russen“ gehalten.

Die Position der Deutschbalten zwischen den drei Polen – Deutschland, Russland und der alteingesessenen Bevölkerung des Baltikums – war tatsächlich kompliziert und führte zu erheblichen Schwierigkeiten bei der Selbstbestimmung und einer „schwankenden Identität“, welche durch die einigermaßen vage Konzeption des „Baltentums“ sowie das Bewusstsein seiner Mission als Vorposten nicht ausgeglichen werden konnte. Die „Fremdheit“ der Unter- und Oberschichten, die sich sowohl in der Öffentlichkeit als auch im Alltagsleben zeigte und früher als selbstverständlich angesehen worden war, begann allmählich zu einem Problem zu werden; in der unruhigen und sich wandelnden Gesellschaft der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts mutete die scharfe Trennungslinie nicht mehr natürlich an. Dies spiegelt sich auch in der deutschbaltischen Belletristik der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts: Johanna Conradi etwa schrieb, dass sie sich verirrt zwischen mehreren Welten fühle, und verglich sich mit der alteingesessenen Bevölkerung, für die es ihrer Meinung nach ebenfalls schwierig sei, eine eigene Identität zu finden: „Wie der Lette Nationalgefühl haben möchte, und doch keiner eigentlichen Nation angehört [sic!], so möchten wir baltische Deutsche Vaterlandsgefühl haben und schwanken zwischen der Scholle, die wir als Colonisten erworben haben und dem großen Staate, dem wir angehören.“<sup>42</sup> Die emotionale Schriftstellerin, deren Seelenschmerz weit-

---

<sup>39</sup> Zit. n. JAAN UNDUSK: *Eesti kui Belgia. Viimne baltlane Hermann Keyserling [Estland als Belgien. Der letzte Balte Hermann Keyserling]*, in: *Tuna* 2003, Nr. 2, S. 48-78, hier S. 73. Eine deutsche Fassung dieses Beitrags erscheint in: *Hier ist Woanders. Das baltische Welterlebnis der Keyserlings*, hrsg. von LIINA LUKAS, MICHAEL SCHWIDTAL, JAAN UNDUSK, Heidelberg (im Druck).

<sup>40</sup> Vgl. z.B. HANS VON RIMSCHA: *Die Balten und ihre Heimat*, in: *Baltische Hefte* 4 (1958), Nr. 2, S. 76f.

<sup>41</sup> OTTO VON TAUBE: *Mein Vater und das Estentum*, Darmstadt 1969, S. 13-17.

<sup>42</sup> JOHANNA CONRADI: *Georg Stein oder Deutsche und Letten*, Riga 1864, S. 152.

gehend dadurch verursacht wurde, dass die Jungletten in ihren Beiträgen die Deutschbalten als „Fremde“ anzusehen begonnen hatten, legte ihrerseits die Idee vor, dass die Kinder des gleichen Erdbodens zu einem Volk verschmelzen sollten.

Das eine und einheitliche baltische Volk war jedoch nicht nur ein Traum der Schriftsteller; am Ende der 1870er Jahre schlossen sich auch die liberal gesinnten Politiker und Publizisten, die aus der Mitte des livländischen Adels hervorgegangen waren, dieser Idee an. Alexander von Tobien zufolge war zu dieser Zeit eine neue Generation hervorgetreten, für welche „die Abgeschlossenheit der verschiedenen Nationalitäten des Landes“ nicht mehr nur nicht natürlich gewesen sei, sondern sogar unheilvoll gewirkt habe.<sup>43</sup> Dieser Ausdruck stammt aus der Feder Edmund von Heykings, eines Adligen, der als Journalist tätig war und 1879 als Redakteur der „Baltischen Monatsschrift“ fungierte. Jetzt kam es also nicht mehr nur auf die Annäherung der deutschen Stände an; Heyking schrieb, dass die „Räçenprivilegien“ aufzuheben seien, und verkündete als Ziel die Schaffung des „eines einigen Volkes“.<sup>44</sup>

Die Notwendigkeit einer Annäherung an die alteingesessene Bevölkerung und der Schaffung eines „einheitlichen Volkes“ wurde auch durch die von der zarischen Regierung betriebene Unifizierungspolitik bestätigt, die ja recht bald, in der zweiten Hälfte der 1880er Jahre, eine drohende Gestalt anzunehmen begann. Pistohlkors weist auf die Worte Woldemar von Bocks von 1887 hin, dass „der russische Staat die unverhüllte Absicht“ habe, die Esten und Letten „in jenen sarmatischen Topf“ einzustampfen, „in welchem aus Orthodoxie, Nihilismus, Tschinownikthum, Papierrubeln, Brantwein und Dynamit die ‚große russische Idee‘ gebaut wird.“<sup>45</sup> Von der Angst vor dem „sarmatischen Topf“ wurden die Esten in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts noch nicht heimgesucht, auch ungeachtet des Beginns der Russifizierung. Dies war erst ein Problem des nächsten Jahrhunderts.

Somit war man in der deutschbaltischen Öffentlichkeit von dem Gedanken der Annäherung der deutschen Stände zum Gedanken der Annäherung aller ethnischen und sozialen Gruppen gelangt sowie zu der Auffassung, dass alle Einwohner der Ostseeprovinzen als Balten anzusehen seien. Das umschloss alle Einwohner des Gebiets, dessen wirtschaftlich-soziale Ordnung und Kultur sich vom übrigen Russland deutlich unterschied.

Die Idee des „einen und einheitlichen Volkes“ war allerdings recht vage, selbst Heyking brachte im Grunde nur schöne Worte hervor: „Auf dem Boden der Allen gemeinsamen Cultur soll eine Einheit entstehen,

<sup>43</sup> ALEXANDER VON TOBIEN: Die livländische Ritterschaft in ihrem Verhältnis zum Zarismus und russischen Nationalismus, Riga 1925, S. 392.

<sup>44</sup> EDMUND VON HEYKING: Zur livländischen Landespolitik, in: Baltische Monatschrift 26 (1879), S. 304-326, hier S. 312.

<sup>45</sup> PISTOHLKORS, Ostseeprovinzen (wie Anm. 23), S. 365.

die den Besonderheiten jeder Nationalität gleichmäßig Rechnung trägt, die aber keine ererbte Herrschaft bestimmter Gesellschaftsclassen und einer Raçe, sondern nur die natürliche Führerschaft der Intelligenz und politischen Reife kennt.<sup>46</sup> Somit hätte das baltische Volk eine vielseitige Zusammenarbeit zwischen ungleichen Partnern bedeutet. Theoretisch war eine solche Zusammengehörigkeit zwar möglich, doch war sie unter den damaligen Bedingungen nicht in die Wirklichkeit umzusetzen. Zu einem wesentlichen Hindernis wurde die Tatsache, dass die Teilung der Rechte mit der alteingesessenen Bevölkerung, die ja zwangsläufig einer der Eckpfeiler eines „einheitlichen Volkes“ hätte sein müssen, nicht nur für reaktionäre Kreise, sondern auch für die breite deutschbaltische Öffentlichkeit kaum vorstellbar war. Die ritterschaftlichen Konservativen waren der Ansicht, dass jegliche Form von Zugeständnissen für die Existenz des Adels und des ganzen Deutschtums verhängnisvoll seien, doch bekamen indes auch liberal gesinnte Kreise bei der Vorstellung, die ungeschliffenen estnischen oder lettischen Bauern fänden sich tatsächlich in den eleganten Sälen des Landtages ein, ihre Zweifel. Zudem war der Anteil der „Partei der Liberalen“ – wie die Gruppierung der liberalen Gutsbesitzer damals genannt wurde – in Livland nicht besonders groß. Ihre Stimme war eigentlich deutlicher in der Presse zu vernehmen als auf den Landtagen, wo nur verschiedene Vorschläge unterbreitet wurden, etwa zur Einführung von „Kreistagen“ oder Wirtschaftsräten unter Beteiligung der Bauern, die allerdings kaum hinreichend umgesetzt wurden. Der radikale Heyking, dem vorgeworfen wurde, seine eigene adelige Grundlage zu untergraben, begann den Plan zu unterstützen, neben dem politischen Landtag ein Wirtschaftsorgan zu gründen, das etwa dieselben Aufgaben wie das russische *Zemstvo* hätte, in dem die Bauern die Zusammenarbeit mit dem Adel „üben“ könnten.<sup>47</sup> Die Beteiligung der Bauern bzw. der Esten und Letten am politischen Landtag mutete wegen der angeblichen politischen Unreife der Bevölkerungsmehrheit riskant an, und selbst Heyking nahm Rücksicht auf die Entfaltung nationaler Leidenschaften. Es sei daran erinnert, dass zu dem Zuständigkeitsbereich der Landtage auch die Initiierung der regionalen Gesetze sowie die Wahl der verantwortlichen Gerichts-, Polizei- und Kirchenbeamten gehörten. Schon allein angesichts des Bildungsunterschieds war es kaum vorstellbar, dass die Bauern in solchen Fällen an der Abstimmung teilnehmen würden.

Im Übrigen emigrierte der Hauptideologe Heyking selbst schon recht bald, noch im selben Jahr 1879, nach Deutschland.

Die Unfähigkeit der Ritterschaften, sich für Reformen zu begeistern, führte zwangsläufig zu einem Konflikt mit der estnischen und lettischen

---

<sup>46</sup> HEYKING, Zur livländischen Landespolitik (wie Anm. 44), S. 312.

<sup>47</sup> DERS.: Zur Widerlegung einiger Einwände gegen die Einführung der Landwirtschaftsinstitutionen, in: Baltische Monatsschrift 26 (1879), S. 621-641.

Öffentlichkeit, die sich schon eindeutig als Fürsprecherin der Interessen der Mehrheit des Volkes positioniert hatte und sowohl Zugeständnisse im Agrarbereich als auch die Beteiligung von Personen niederen Standes an den lokalen Selbstverwaltungen forderte. Es wurden jedoch keine Konzessionen gemacht, und anstelle einer Annäherung begann – wenn auch in einer primitiven Form – ein offener Machtkampf, der die Kultivierung der „Fremdheit“ mit sich brachte. Letztere wurde damals von der Zensur offensichtlich nicht „hinreichend“ gedrosselt, waren doch die letzten Jahre der Regierungszeit Alexanders II. durch eine allgemeine freudige Erregung und durch liberale Tendenzen in der russischen Öffentlichkeit gekennzeichnet. Die Esten hingegen warteten auf für sie günstige Reformen von ganz oben aus St. Petersburg.

Der Beginn des Machtkampfs in der Öffentlichkeit strahlte auch in die Privatsphäre zurück, das Alltagsleben wiederum beeinflusste das öffentliche Leben. Die Wurzeln dieser Kluft steckten sowohl in der wirtschaftlichen Ungleichheit als auch in den im Laufe von Jahrhunderten eingewurzelten Traditionen und Bräuchen, die immer noch das Gefühl vermittelten, dass man einander fremd war, wenn auch zur gleichen Zeit eine vielseitige Kommunikation auf der Ebene der Gemeinde oder des Kirchspiels stattfand. Das Volk achtete humane Gutsbesitzer, insbesondere diejenigen, die ihren Boden zu einem mäßigen Preis verkauften und zur Förderung der Schulen beitrugen. Aber sie blieben die „Herren“. Und diese Trennung wurde weder von den Deutschen noch von den Esten bzw. Letten mehr als natürlich angesehen.

In der russischen Öffentlichkeit, die mehrheitlich nationalistisch gesinnt war, nahm der Begriff „Baltentum“ wiederum eine ganz eigene Bedeutung an. Um 1880 setzten in der russischen Presse wieder scharfe Angriffe gegen die Adelsautonomie, den angeblichen Separatismus und die kulturelle Dominanz der Deutschen in den Ostseeprovinzen ein. In der russischen Presse wurde das Baltentum sowohl mit Separatismus als auch mit einer anachronistischen Gesellschaftsordnung, die auf ständischen Privilegien beruhe, gleichgesetzt. Man warf den Deutschbalten vor, dass sie immer noch von ihrem „baltischen Vaterland“ und von der „baltischen Zusammengehörigkeit“ fantasierten, aber die Verwirklichung der aus staatlicher Sicht notwendigen Reformen und die Verwandlung der Esten und Letten in Bürger des russischen Reiches zu verhindern versuchten.<sup>48</sup> Besonders viel hatte die deutsche Presse damals mit der von den russischen Liberalen herausgegebenen Zeitung „Голос“ (Stimme) zu tun, welche die Verhältnisse im Baltikum als Musterbeispiel für feudale Rückständigkeit ansah. Die „Neue Dörptsche Zeitung“ klagte Ende 1880: „Die Deutschenhetze in der russischen Presse wird mit so zügellosem Fanatismus fortgesetzt, daß eine weitere Steigerung derselben in

---

<sup>48</sup> Revalsche Zeitung, 23.9.1880.

Worten fast unmöglich erscheint.<sup>49</sup> Außerdem tauchte in den Spalten der russischen Presse nun auch der unglückliche „Baltische Russe“ auf, der weder zu den Russen noch den Deutschen zähle, äußerlich jedoch eher an einen Deutschen erinnere.<sup>50</sup>

### *Die Baltentum-Polemik in der estnischen Presse*

Allerdings war die Idee eines einheitlichen Volks in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts auch der estnischen Öffentlichkeit, die erst im Entstehen begriffen war, nicht fremd. Schon in den ersten diesbezüglichen Beiträgen wurde sie mit der Anforderung verbunden, Esten und Deutschen gleiche Rechte einzuräumen. Johann Woldemar Jannsen träumte sowohl von der Emanzipation der Esten wie von einem schönen, freundlichen Zusammenleben der Völker und Stände in der Heimat. Er rief die „Städte und Güter“ auf, dazu beizutragen, dass „das freie Volk“, womit er die von der Leibeigenschaft befreiten Esten meinte, „tatsächlich glücklich in seinem Lande leben könnte (...). Auf seine Rechte müsste niemand verzichten, aber niemand dürfte einen Anspruch darauf geltend machen, vor dem Gesetz Vorrechte zu genießen. Niemand müsste seine größere Vernunft oder geistige Bildung verleugnen, (...) aber niemandem dürfte der Weg zur Bildung versperrt werden, sondern man müsste wie ein Volk zu einem Volk werden.“<sup>51</sup>

In Jannsens Worten spiegelt sich der Traum, dass Esten und Deutsche in jeder Hinsicht gleichzustellen seien, was eine kulturelle Angleichung bedeutet hätte, aber selbstverständlich keine Assimilation. Der Begriff „Volk“ bedeutete für Jannsen nicht das „einfache Volk“, sondern die ganze Bevölkerung des Landes, und seiner Ansicht nach sollte das Ideal eines jeden Politikers „das Volk als ein reines, fruchtbares Feld“ sein, „auf dem die Stände als kerniges Getreide wurzeln und blühen“. Diesen Zustand könne man erreichen, indem man das Volk mithilfe von Schulen, aber auch mithilfe der „Behörden der vernünftigen Politik“ auf die „Anforderungen der Zukunft“ vorbereite, nicht aber indem man „unvernünftige Zerstörung betreibt“.<sup>52</sup> Unschwer erkennt man hier, dass Jannsen es liebte, seine Gedanken in Gleichnissen auszudrücken, die für ein Agrarland charakteristisch waren. Dies kam auch in einem 1878 im „Eesti Postimees“ veröffentlichten Leitartikel unter dem Titel „Kolm välja, neli sugu vilja“ (Drei Felder, vier Arten Getreide) zum Ausdruck. Die Felder waren die baltischen Gouvernements, das Getreide die darin ansässigen

---

<sup>49</sup> Neue Dörptsche Zeitung, 25.11.1880.

<sup>50</sup> Ebenda, 1.8.1880.

<sup>51</sup> Eesti Postimees, 18.3.1870.

<sup>52</sup> Ebenda, 22.3.1878.



Völker – die Esten, Letten, Deutschen und Russen. Sie alle seien gewillt, schrieb Jannsen, auf legalem Weg vorwärts zu schreiten, und würden in gleicher Weise die vom „Staatsoberhaupt“ erlassenen Gesetze beachten.<sup>53</sup> Hier klingt wieder der Gedanke der Gleichheit der Stände an, jetzt aber im Angesicht der Gesetze einer Großmacht und des Zaren.

Solche Gedanken wurden von Jannsen 1878 dargelegt, als auch eine konkurrierende estnischsprachige Zeitung – die von Carl Robert Jakobson herausgegebene „Sakala“ – zu erscheinen begann. Und obwohl Jannsen, der von „unvernünftiger Zerstörung“ sprach, damit auf „Sakala“ hindeutete, verfolgten beide Zeitungen ähnliche Ziele, zumal auch Jannsen scharf gegen die Oberherrschaft des Adels war und als Ideal die allseitige Emanzipation der Esten anstrebte.<sup>54</sup> Jakobson erklärte zumindest verbal, dass auch er (lediglich) das Ziel „gleicher Rechte“ verfolge; erreichten die Esten dieses Ziel, so sei es schließlich auch möglich, „zu einem baltischen Volk“ zu verschmelzen.<sup>55</sup> Doch ließen Jakobsons Texte bald seine wirklichen Gedanken erkennen – mit den deutschen Oberschichten müsse ein Machtkampf begonnen werden, damit die „Stimme der Esten“ in der Öffentlichkeit nicht mehr nur bittend, sondern fordernd vernehmbar wird.<sup>56</sup> Jakobsons Ton war somit durchaus anders als der im „Eesti Postimees“ angeschlagene, der immer noch von der alten, durch die Volksaufklärung geprägten Phraseologie Gebrauch machte. Jakobson war bestrebt, eine breite, gegen den Adel gerichtete Opposition unter den Esten zu bilden und ging in der Art eines modernen Journalisten und Politikers agitierend und aufhetzend voran. Seiner Ansicht nach war es hoffnungslos, „ohne Streit, durch die ruhige Arbeit des Lehrens, Leitens und Aufbauens“<sup>57</sup> voranzukommen, wie es noch „Papa“ Jannsen gehofft hatte.

1879 trat Harry Jannsen, der eben das Universitätsstudium abgeschlossen hatte, neben seinem Vater den Posten eines Mitredakteurs beim „Eesti Postimees“ an. Er war es auch, der in der estnischen Presse die selbstverständliche Verwendung der Begriffe *Baltimaad* (Baltische Lande) und *baltlased* (Balten) eingeführt hat. Gleichzeitig kamen auch die Begriffe *Baltia*, *baltialased* und *baltialasteus* in Umlauf („Sakala“). Seine Gedanken und Hoffnungen hinsichtlich der baltischen Heimat

<sup>53</sup> Ebenda, 12.7.1878.

<sup>54</sup> Interessantes Material zur Charakterisierung Jannsens bei MALLE SALUPERE: Jannseni tähendus ja tegevus tema ajas [Die Bedeutung und Tätigkeit Jannsens in seiner Zeit], in: Keel ja Kirjandus 2001, Nr. 11, S. 765-777; Nr. 12, S. 853-865. In diesem Aufsatz, der sich zum Ziel setzt, eine Übersicht über Jannsens Wirken zu geben, wird das Hauptgewicht auf die in seinen Privatbriefen geäußerten Ansichten gelegt, der eigentliche Inhalt und die Ziele seiner Publizistik im „Eesti Postimees“ werden dagegen nur wenig berücksichtigt.

<sup>55</sup> Antwort an „Eesti Postimees“ und Erklärung, in: Sakala, 19.4.1880.

<sup>56</sup> Zu möglichen weiteren politischen Zielen Jakobsons siehe auch EA JANSEN: C. R. Jakobsoni Sakala [C. R. Jakobsons Sakala], Tallinn 1971, S. 234-258.

<sup>57</sup> Eesti Postimees, 1.4.1879.

formulierte Harry Jannsen in einem im Frühjahr 1879 im „Eesti Postimees“ erschienenen Leitartikel unter dem Titel „Kodused mõtted“ (Heimische Gedanken).<sup>58</sup> Hier betonte er, die bisherige Politik der „Stände“ in „unserer *Baltia*“ sei partikularistisch gewesen. Dabei seien das Erwachen des „volkstümlichen Lebens“ [das nationale Leben – E. J.] und der Auftritt von Männern, die erklärten, dass „die Lebensrechte des Volks“ in jeder normalen politischen Gesellschaft an erster Stelle stehen müssten, lange verhindert worden. Somit war die Grundposition des jungen Autors eigentlich recht demokratisch, denn er vertrat wie auch Jakobson offensichtlich die Idee der Souveränität des Volks, womit die Adelsprivilegien und Herrenherrschaft negiert wurden. Tatsächlich erhob Jannsen gegen den Adel scharfe Vorwürfe wegen dessen parteiischer und egoistischer Politik, ironisierte dessen „historisches Recht“ und erinnerte die Leser an die durch die Leibeigenschaft geprägte Vergangenheit, als man sich nicht einmal die Mühe gemacht habe, die Esten zu beachten. Zugleich war er ein Optimist und glaubte, dass eine neue Zeit käme, da „unser volkstümlicher Gedanke“ groß geworden und „die Flammen des neuen Lebens“ aufgelodert seien. Demgegenüber habe ein Teil „unserer Stände“, also der deutschen Elite, heute begriffen, dass ihr bisheriger politischer Katechismus untauglich sei. Jannsen spielte hier auf die Reformbereitschaft der liberalen Adligen in Livland an. Der junge Redakteur zitierte Edmund von Heyking, der ja geschrieben hatte, dass althergebrachte ständische Privilegien aufzuheben seien, und setzte sich zum Ziel, „die Fremdheit zwischen den baltischen Völkern völlig abzuschaffen“. Allerdings war Jannsens Begeisterung über die ritterschaftlichen Liberalen nicht absolut, er erinnerte sie an ihre Verpflichtung, die Esten besser kennen und verstehen zu lernen und dafür etwa auch fleißiger estnische Literatur zu lesen. Gewissermaßen in der Art seines Vaters mahnte Harry Jannsen, dass Fremdheit und Kälte verschwinden müssten und niemand dem anderen ein Unrecht antun dürfe – die Esten seien wie die Deutschen „Söhne des Vaterlandes“ und „älter noch als diese“. Auch die Knechtschaft der Esten fand Erwähnung.<sup>59</sup> Bei der Betrachtung des „Programms der livländischen Liberalen“ lobte Harry Jannsen im Herbst 1879 den neuen Geist, der sich darin zeige, doch war er unzufrieden mit dem Versprechen, den „nationalen Bestrebungen der Esten und Letten“ nicht entgegenwirken zu wollen: Es sei für das allgemeine Gedeihen der Heimat schlicht zu wenig, auf das „Entgegenwirken“ zu verzichten, man müsse vielmehr die Bestrebungen der alteingesessenen Bevölkerung aktiv unterstützen und sich daran beteiligen.<sup>60</sup> Das Natio-

---

<sup>58</sup> Ebenda, 1.3.1879.

<sup>59</sup> Ebenda, 1.3.1879

<sup>60</sup> Ebenda, 5.9.1879.

nalgefühl hindere niemanden daran, ein Balte zu sein und im Sinne eines gemeinsamen Vaterlands zu wirken.<sup>61</sup>

Die „Revalsche Zeitung“ veröffentlichte als Reaktion auf das journalistische Debüt von Harry Jannsen eine Notiz mit der Bemerkung, der junge Redakteur verehere wohl die livländische „Reformpartei“, doch trage sein Beitrag („Heimische Gedanken“) den unverkennbaren Stempel des Geistes der „Sakala“.<sup>62</sup> Dies war im Grunde nicht ganz falsch. Allerdings antwortete Jannsen mit einem längeren offenen Brief, in dem er der „Revalschen Zeitung“ vorwarf, sie versuche ihn vor der deutschen Öffentlichkeit zu diskreditieren, indem sie ihn mit der „Sakala“ in Verbindung bringe. Darauf reagierte die „Revalsche Zeitung“ ihrerseits mit einem längeren offenen Brief, in dem Jannsen beschuldigt wurde, er habe es an Objektivität und Sachlichkeit fehlen lassen: Seine „durch ‚Sakala‘ geprägte“ Einstellung der herrschenden Klasse gegenüber stifte Zwietracht, keinen Frieden. Die deutsche Zeitung gab in jeder Hinsicht zu verstehen, dass das estnische Volk für die Ausübung politischer Rechte, darunter die Beteiligung an den provinziellen Selbstverwaltungen, noch nicht reif sei. Zugleich wurde die Förderung der Volksbildung durch die Gutsbesitzer hervorgehoben, die der junge Jannsen offenbar nicht schätze, aber auch die Erinnerung an die 700-jährige Knechtschaft kritisiert und vieles mehr. Der Empfehlung, estnische Literatur zu lesen, brachte man nur Verachtung und nicht mehr als Ironie entgegen.<sup>63</sup>

Harry Jannsen bemühte sich in einer weiteren Antwort, die Beschuldigung der deutschen Zeitung zu widerlegen, er würde Zwietracht, nicht Frieden stiften. Er erklärte, dass er von politischen Angelegenheiten, nicht aber vom Bildungsleben gesprochen habe, und wie groß die Verdienste der Deutschen in diesem Bereich auch sein mögen, werde er dennoch seine Meinung über den konservativen Adel nicht ändern. Die Esten wünschten nichts anderes, als dass ihre Stimme bei allen Entscheidungen über das Schicksal der Heimat gleichberechtigt mitreden könne. Sei es denn als unzulässig anzusehen, wenn das Volk selbstbewusster wird und sich daher an der „neueren Reformpolitik“ zu beteiligen wünscht? Jannsen schloss seinen als Antwort gedachten Text mit dem Aufruf, dass sich die im Lande lebenden verschiedenen Völker in erster Linie als Balten fühlen müssten, die schließlich am Ende ihrer Bestrebungen alle in gleicher Weise der humanen Kultur der Menschheit teilhaftig werden wollten.<sup>64</sup> Somit war das „Baltentum“ für den jungen Redakteur des „Eesti Postimees“ ein Symbol für die Emanzipation der Esten wie auch für eine europäisch ausgerichtete Bildung. In einem

<sup>61</sup> Ebenda, 26.9.1879.

<sup>62</sup> Revalsche Zeitung, 13.3.1879.

<sup>63</sup> Ebenda, 20.3.1879.

<sup>64</sup> Ebenda, 18.4.1879.

estnischsprachigen Beitrag aus demselben Jahr erklärte Jannsen, dass er ein Este sei, sein Volk liebe und bestrebt sei, sich an dessen Entwicklung zu beteiligen. Er tue dies aber zugleich als „Balte“ (*baltlane*) und „Bürger unseres Baltia-Landes“ (*meie Baltiamaa kodanik*).<sup>65</sup>

Die von der „Revalschen Zeitung“ vorgetragene Ansicht war charakteristisch auch für die anderen deutschbaltischen Zeitungen und die ganze deutsche Öffentlichkeit. Harry Jannsen klagte, dass seinen „Heimischen Gedanken“ von allen deutschen Zeitungen eine einmütige Abfuhr erteilt worden sei.<sup>66</sup> Etwas nachsichtiger reagierte allein der „Revaler Beobachter“ unter der Redaktion von Eugen Heubel. Deutsche Kreise waren in immer stärkerem Maße bestrebt, die alte Macht der Ritterschaften auch in estnischsprachigen, von ihnen selbst lancierten Auftritten zu rechtfertigen. Der „Eesti Postimees“ selbst veröffentlichte in demselben Jahr 1879 einen Beitrag, der ihm von einer Person mit den Initialen P. A. S. als Reaktion auf die Veröffentlichung der „Heimischen Gedanken“ zugesandt worden war und der den gleichen konservativen und am Hergebrachten festhaltenden Geist ausstrahlte wie die Reaktionen der deutschsprachigen Zeitungen. Der Artikel versuchte den estnischen Lesern beizubringen, dass die vorhandenen Institutionen und Gesetze ausreichend seien, um eine normale Entwicklung des estnischen Landes und das Vorwärtkommen der Esten zu gewährleisten. Außerdem ging der Autor mit Jannsen scharf ins Gericht, da dessen Gedanken ihn an den „Wahnsinn“ erinnert hätten, der gleichzeitig im Russischen Reich einige junge Männer zum Kampf gegen die gesetzlichen Würdenträger und sogar zu Bluttaten aufhetze.<sup>67</sup>

Hieran zeigte sich ein Zug, der damals für die „Innenpolitik“ der baltischen Ritterschaften charakteristisch wurde: Man suchte die Zarenregierung, die von den Terrorakten der Narodniki in Angst und Schrecken versetzt worden war, zu veranlassen, auch gegen Persönlichkeiten des estnischen und lettischen öffentlichen Lebens, die als Aufwiegler des Volks denunziert wurden, ernsthaft einzuschreiten.

Was die Anschuldigung angeht, Harry Jannsen sei vom „Sakala“-Geist geprägt, so können in der Tat keine wesentlichen Unterschiede zwischen seinen Zielen und jenen der „Sakala“ festgestellt werden. Differenzen bestanden demgegenüber in erster Linie im journalistischen Stil. Harry Jannsen wollte den „historischen Zustand“, in dem sich *Baltia* befand, dahingehend ändern, dass die Regierungsgewalt, d.h. die provinzielle Selbstverwaltung, die zu seinen Lebzeiten nur einem Stand gehört hatte, „vom ganzen Land“ übernommen und eine „Regierung aller vier Stände bzw. von deren Abgesandten“ eingerichtet wurde.<sup>68</sup> Auch Jakobson for-

---

<sup>65</sup> Eesti Postimees, 23.5.1879.

<sup>66</sup> Ebenda, 16.5.1879.

<sup>67</sup> Ebenda, 2.5.1879.

<sup>68</sup> Ebenda, 16.5.1879.

derte in der „Sakala“ Ende 1878 „lediglich“ die Teilnahme von Bauernvertretern an den Adelslandtagen: „was wir wollen, ist, dass dem Bürger- und Bauernstand die gleichen Rechte in der Selbstverwaltung zugestanden werden und dass sie auf dem Landtag das gleiche Stimmrecht haben wie die Gutsbesitzer“. Dabei war Jakobson im Gegensatz zur deutschen öffentlichen Meinung davon überzeugt, dass die estnische Bauernschaft reif dafür sei.<sup>69</sup> Auch beurteilte er Harry Jannsens „Heimische Gedanken“ zunächst recht nachsichtig, obwohl er diesen ermahnte, ernsthaft darüber nachzudenken, welche Wege denn tatsächlich zu einer „ehrlichen Vereinigung der Völker“ führen könnten – die Waage der Gerechtigkeit müsse schließlich ins Gleichgewicht gebracht werden. Und von Anfang an kritisierte Jakobson den jungen Redakteur für dessen vergebliche Hoffnungen auf die liberalen Gutsbesitzer, von denen er sich habe verleiten lassen, denn gerade die Liberalen seien die größten Feinde der nationalen Aspirationen der Esten, wobei er insbesondere auf deren Widerstand gegen die Idee der Alexanderschule anspielte.<sup>70</sup>

Im Jahre 1880 jedoch entbrannte eine scharfe Auseinandersetzung, ja ein handfester Streit zwischen der „Sakala“ und dem „Eesti Postimees“, bei dem es hauptsächlich um das Baltentum ging.

Den Hintergrund dieses heute sinnlos erscheinenden Wortgefechts muss man wohl im Jahr 1879 suchen. Hohe Würdenträger, darunter der Generalgouverneur von Warschau und estländische Gutsbesitzer Pavel Kotzebue, waren aufgrund der Beschwerdebriefe des Adels „zu der Überzeugung gelangt“, dass Jakobsons Zeitung eine sozialdemokratische Richtung eingeschlagen habe, so dass sie aufgrund einer Empfehlung der III. Abteilung der kaiserlichen Kanzlei an den Innenminister im Mai 1879 für acht Monate geschlossen wurde. Ende des Jahres gab es erneut Aktionen der Ritterschaften, um das Wiedererscheinen der Zeitung zu verhindern. Dass die „Sakala“ 1880 jedoch erneut erscheinen durfte, lässt sich in erster Linie mit einem Prestigeverlust der Deutschbalten in St. Petersburg erklären, wo neben der ohnehin nationalistischen Öffentlichkeit auch ein Teil der hohen Beamten mittlerweile dem baltischen Adel gegenüber feindlich oder zumindest skeptisch eingestellt war. Eine weitere Rolle spielte der Umstand, dass die dem Innenministerium unterstellte Hauptverwaltung für Presseangelegenheiten eine Behörde war, die streng nach den Paragraphen des Gesetzes und den Zensurvorschriften handelte. So fanden die Zensoren in den Spalten der „Sakala“ zwar durchaus unzulässige Ausdrücke, die „im Widerspruch zu den Zensur-

<sup>69</sup> Sakala, 9.12.1878.

<sup>70</sup> Ebenda, 13.3.1879. Jakobson meint hierbei offensichtlich in erster Linie Hermann Samson von Himmelstierna, den Gutsbesitzer von Urbs, der damals mit seinen kritischen Beiträgen über die Politik der Ritterschaften seine Standesgefährten ärgerte, zugleich aber auch das Vorhaben der Gründung der „Alexanderschule“ angriff.

verordnungen standen“, doch es überwog die Meinung, dass die „Schuld der Zeitung noch nicht nachgewiesen“ worden sei.<sup>71</sup>

Natürlich wurde Jakobson 1880 vorsichtiger und manifestierte als Gegengewicht zu den Aktionen der Ritterschaften wiederholt seine Staatstreue. Vom Adel hatte er tatsächlich nichts Gutes zu erwarten: Dieser war auch weiterhin bestrebt, ihn zum Schweigen zu bringen, wobei sich die Livländische Ritterschaft durch besondere Aktivität auszeichnete. Wahrscheinlich empfand Jakobson auch deswegen eine wachsende Abneigung gegen die Idee eines einheitlichen Baltentums und dies umso mehr, als man in der russischen Presse, wie schon erwähnt, das Baltentum mit Separatismus und Konservatismus gleichzusetzen begann.

Anfang 1880 begann Jakobson in einem Überblick über die estnische Presse mit der kritischen Beurteilung der von Harry Jannsen vertretenen Baltentums-Idee und verurteilte dessen Thesen scharf: Zuerst komme bei Jannsen der Balte, dann der Este. Die Parole der „Sakala“ sei ihrem Redakteur zufolge hingegen genau umgekehrt: „Zuerst der Este, dann der Ausländer“. In dieser Hinsicht würden sich „Sakala“ und „Eesti Postimees“ voneinander unterscheiden wie „Feuer und Wasser“.<sup>72</sup> Im weiteren Verlauf der Debatte erklärte Jakobson, dass man erst durch das Estentum „Balte“ werden könne und den Esten allein dann eine hohe Ehre zuteil werde, wenn „alle Nationen gleiche Rechte haben (...)“. Er beschuldigte Harry Jannsen erneut, unter dem Banner der liberalen Gutsbesitzer zu kämpfen; diese aber stünden „hitzig und parteiisch auf der Seite der deutschen Nation“ und hielten die nationalen Bestrebungen der Esten und Letten für Gift. Demagogisch war die von Jakobson vorgebrachte Andeutung, dass Harry Jannsen mit den Gutsbesitzern eventuell „eine Abmachung getroffen“ habe, denn dies war eine Anspielung auf die finanzielle Unterstützung „Papa“ Jannsens seitens der Ritterschaften, die in der estnischen Öffentlichkeit damals diskutiert wurde.<sup>73</sup>

Harry Jannsen wendete seinerseits ein, dass Jakobson den von ihm verwendeten Balten-Begriff missverstanden habe und die Wahrheit missachte, zumal die Anschuldigung, er kämpfe „unter dem Banner“ der liberalen Gutsbesitzer, durchaus verfehlt sei. Schon im vorjährigen „Eesti Postimees“ habe er eine recht kritische Einstellung gegenüber den deutschen Liberalen vertreten, indem er auf deren mangelnden Willen verwiesen hätte, mit den Esten zusammenzuarbeiten und der alteingesessenen Bevölkerung des Landes Zugeständnisse zu machen. Es dürfte einleuchtend sein, schrieb Harry Jannsen, dass auch er das Ziel der Gleichberech-

---

<sup>71</sup> Näher dazu siehe SERGEI ISSAKOV, EA JANSEN: Vöitlus C. R. Jakobsoni „Sakala“ ümber uute andmete valguses [Der Kampf um C.R. Jakobsons „Sakala“ im Lichte neuer Informationen], in: Keel ja Kirjandus 1967, Nr. 1, S. 8-13.

<sup>72</sup> Sakala, 3.1.1880.

<sup>73</sup> Ebenda, 19.4.1880. Damaligen Gerüchten zufolge sollen aber die finanziellen Zuwendungen seitens der Ritterschaften an den „Eesti Postimees“ eben gerade wegen der von Harry Jannsen verfassten Beiträge 1880 aufgehört haben.

tigung verfolge. Sein Ton wurde nun aggressiver und er charakterisierte Jakobson als einen krankhaften Nationalisten, aber auch als einen verlogenen Mann, der andere verleumde und wohl einen Kontrakt mit dem Bösen geschlossen habe.<sup>74</sup> Bei der deutschbaltischen Presse erregte die Lebhaftigkeit und Intensität der in den estnischen Zeitungen im Herbst 1880 entfachten Polemik geradezu Verwunderung.<sup>75</sup> Das Wortgefecht in den Spalten des „Eesti Postimees“ und der „Sakala“ gewann immer mehr an Schärfe, es häuften sich gegenseitige Beschuldigungen, persönliche Beleidigungen und sarkastische Bemerkungen, wobei sogar ordinäre Epigramme verfasst wurden. Dies zeugte selbstverständlich von der durchaus noch niedrigen politischen Kultur der Esten.<sup>76</sup>

Der sinnlos erscheinende Streit zwischen Jakobson und Jannsen, die ja eigentlich dieselben Ideale verfolgten, hatte jedoch einen ideell-sozialen Kern, obwohl es sich dabei auf der anderen Seite zweifellos auch um die Konkurrenz zwischen den Zeitungen und ihren Redakteuren handelte, welche die Szene beherrschen wollten. Eines bleibt aber festzuhalten: In der damaligen gesellschaftlichen Situation hatte die Losung des Estentums eine stark mobilisierende Wirkung wie sie die des Baltentums nicht haben konnte. Das Baltentum konnte die Gleichheit symbolisieren, aber zugleich stand es auch dafür, dass den Deutschen im Land der Esten doch irgendwelche Rechte zustanden. Den neuen sozialen Kräften, die aus der Urbewölkerung hervortraten, kam es aber darauf an, eben die eigene Bedeutung im Land der Väter zu betonen, um für sich einen neuen Platz an der Sonne zu gewinnen. Thomas Jaanverk, ein Mitarbeiter der „Sakala“ aus dem Volk, erklärte sich die Bedeutung der Bezeichnung „estnisch“ wie folgt: Alles außer seinem Namen sei dem Esten weggenommen worden; aber mit dem Namen eines Esten könne „er sich vom Joch eines fremden Volkes befreien und wieder Erbeigentum an Grund und Boden erwerben“.<sup>77</sup>

Beschäftigt man sich etwas näher mit Jakobsons tatsächlichen politischen Plänen und seinen Zielen im Machtkampf, die er nicht so leicht offenbarte, so muss man feststellen, dass diese weiter reichten als „lediglich“ bis zu einer Gleichberechtigung. Licht auf Jakobsons Gedanken werfen einige Briefe an Johan Köler, in denen er klarstellte, dass „gleiche politische Rechte“ und die Anerkennung in den Augen der (deutschen) Öffentlichkeit für ihn nur eine vorbereitende Rolle dabei spielten, „Herr zu werden“. Es war also nur die Anfangsphase der Kämpfe, in deren Verlauf nach Ansicht Jakobsons eine „öffentliche Opposition“ zustande kommen sollte. Die Esten müssten so klug und clever geführt werden,

<sup>74</sup> Eesti Postimees, 27.5.1880. Natürlich stritten die Redakteure nicht nur über das Baltentum, sondern es gab auch mehrere andere Streitfragen, die im vorliegenden Kontext jedoch außer Betracht bleiben müssen.

<sup>75</sup> Siehe z.B. Neue Dörptsche Zeitung, 29.9.1880; 18.10.1880, u.a.

<sup>76</sup> Näher dazu siehe JANSEN, C. R. Jakobsoni Sakala (wie Anm. 56), S. 226-231.

<sup>77</sup> Ebenda, S. 230.

wie Bismarck dies in Deutschland getan hatte – und auf einmal sei aus Deutschland ein Staat geworden.<sup>78</sup>

Im Sommer 1880 griff Jakobson in einem Leitartikel unter dem Titel „Eesti Postimehe Baltialasteus“ (Das Baltentum des Eesti Postimees) Harry Jannsen erneut an. Dieser singe das schädlichste Wiegenlied für das estnische Volk just zu der Zeit, in der die Deutschen im Lande der Esten mit größtem Eifer für ihre „deutschen Privatrechte (Sonderrechte) und die deutsche Sprache“ kämpften.<sup>79</sup> Ende Juli hielt Jannsen es seinerseits für notwendig, seine Standpunkte darzulegen, und man kann beim besten Willen nicht sagen, dass sich seine Einstellung zum baltischen Adel wesentlich von Jakobson unterschieden hätte. In seinen Leitartikeln unter dem Titel „Eestlased ja sakslased“ (Esten und Deutsche) finden wir nicht mehr die Begeisterung über die livländischen Liberalen, vielmehr wird der konservative wie auch der liberale Adel beschuldigt, von den nationalen Bestrebungen der Esten nichts wissen zu wollen – es gebe nur einzelne Personen, die anders gesinnt seien. Jannsen sah den Grund dafür in der Gegensätzlichkeit der Interessen. Das alleinige Bestreben des Adels sei es, seine Macht und seine „eigenartige deutsche Wesensart“ zu bewahren, und daher könne man nicht einmal hoffen, dass er auf die Interessen des Volks Rücksicht nehme – des Volks, das „als ein Waisenkind zu lange in einer dunklen Ecke gestanden, gelitten und sich einem fremden Willen gebeugt“ hätte. Bei der Verwendung der Bezeichnung „Baltia“ überschreite man die zulässigen Grenzen und verfolge das Ziel, in den drei „Baltia-Gouvernements“ das deutsche Gemüt und die deutsche Sprache walten zu lassen. Jannsen stellte demgegenüber eine geradezu aufrührerische These auf: Man habe zwar drei Gouvernements, doch nur zwei Länder und Völker – das estnische Land und Volk sowie das lettische Land und Volk. Das deutsche Land und Volk hingegen müsse man im deutschen Kaiserreich suchen. Die Deutschen der Ostseeprovinzen müssten Verpflichtungen gegenüber dem estnischen und lettischen Land und Volk eingehen. Nur auf diesem Wege könne man „mit dem Volk eins werden“.<sup>80</sup> Und schließlich schlug Harry Jannsen einen recht kriegerischen und drohenden Ton an, der für die estnische Presse bisher unbekannt gewesen war: Er behauptete, wenn die Deutschen „ihren Willen zur Vorherrschaft“ nicht zurückdrängten, so könne ein „öffentlicher Krieg“ zwischen den Völkern der Heimat und den Deutschen aufflammen. Jannsen zufolge trat die volkstümliche bzw. nationale Gesinnung immer deutlicher und sicherer hervor und niemand könne das Gedeihen eines lebensfähigen Volkes aufhalten. Ein Blinder sehe doch, dass man schon eine „tüchtige Volkspartei und Kraft“

---

<sup>78</sup> Carl Robert Jakobson an Johan Köler, 4.10.1877, in: Eesti Kirjandus 1912, S. 291.

<sup>79</sup> Sakala, 19.7.1880.

<sup>80</sup> Eesti Postimees, 30.7.1880.



darstelle, in deren Händen die Zukunft liege. Natürlich hatte Harry Jannsen keinen illegalen Kampf im Auge, wenn er lediglich noch einmal den Gedanken in Worte fasste, von dem sich damals die im Entstehen begriffene estnische Öffentlichkeit leiten ließ: Die Esten seien bereit zu einem politischen Leben und wollten ihre bisher verdrängte Stellung nicht mehr hinnehmen.<sup>81</sup>

Die zitierten Passagen zeigen, dass sich Harry Jannsen eigentlich vom dem Baltentum, das er früher beschrieben hatte, losgesagt hatte. Das Verständnis, auf das noch sein Vater gehofft hatte, fand er auf Seiten der Deutschen nicht vor, auch nicht bei den livländischen Liberalen, und sein Ton wurde daraufhin immer schärfer. Den Zensoren wiederum dürfte dabei entgangen sein, dass Harry Jannsens Sätze der Denkweise, die einem Untertanen eines autokratischen Staates gebührt, widersprachen. Aber vielleicht nahm auch der Verfasser selbst, der zarentreu war wie alle damaligen Persönlichkeiten des estnischen öffentlichen Lebens, nicht wahr, dass er wie ein Bürger eines demokratischen Staates sprach. Alle damaligen Persönlichkeiten des estnischen öffentlichen Lebens neigten vor der Zeit der Russifizierung dazu zu glauben, die Emanzipation der Esten stehe im Einklang mit der als gerecht angesehenen Politik der Zentralregierung, welche die nationalen Minderheiten des Reichs toleriere.

Bei Jakobson fand aber auch der neue radikale Ton Jannsens keine Zustimmung. Der Redakteur der „Sakala“ konnte zwar weitreichende politische Pläne schmieden, ging jedoch in Wirklichkeit schon aufgrund der Feindseligkeit der allmächtigen Ritterschaften vorsichtig vor – ungeachtet seines Glaubens an die Gerechtigkeit der Zarenregierung. War es nun Aufrichtigkeit oder kühle Berechnung, doch bezeichnete er allein, um die Position des „Eesti Postimees“ ins Wanken zu bringen, Harry Jannsens Auftritt als Provokation. Dies wird schon im Titel seiner Antwort in der „Sakala“ deutlich: „Mis üks Sakslane ‚Eesti Postimehes‘ kirjutab“ (Was ein Deutscher im „Eesti Postimees“ schreibt). Der Text erklärte dann ganz offen, dass es sich um das Schreiben „eines jesuitischen Deutschen handle“. Jakobson zufolge sei es zwar richtig, dass eine estnische Volkspartei schon vorhanden sei, doch sei es nicht richtig zu behaupten, dass diese Partei „über eine große Kraft“ verfüge. Zurzeit, da die Rechte des estnischen Volkes erst in den Kinderschuhen steckten, käme die Behauptung, dass diese Partei „die ganze Zukunft an sich reißen wolle“ der „Aufwiegelung unserer Völker“ gleich, da die Esten als die Schwächeren immer größere Not erleiden würden. Der „Eesti Postimees“ hetze daher zu einem Kampf auf, in dem es um „Leben und Tod“ gehe. Gewissermaßen in der Art des alten Jannsen hieß es bei Jakobson nun: „Wir, die Esten, wollen zwar die gleichen Rechte haben wie andere Nationen, und hoffen, dass wir sie allmählich auch erlangen, aber

<sup>81</sup> Ebenda, 6.8.1880.

die ganze Macht an sich zu reißen und die Deutschen zu Esten werden zu lassen – solche Gedanken kann zurzeit nur ein Wahnsinniger bzw. ein Feind unseres Volkes haben“.<sup>82</sup> Harry Janssen, der keineswegs propagiert hatte, dass die Deutschen zu Esten werden sollten, hatte nun allen Grund, seinerseits zu ironisieren, dass die „Sakala“ zum „Anwalt der Herren“ geworden sei.<sup>83</sup>

Die deutschbaltische Presse war von diesem – in ihren Worten – „eigenartigen Schauspiel“ in den estnischen Zeitungen überrascht. Die Polemik wurde recht deutlich von der „Neuen Dörptschen Zeitung“ charakterisiert, indem sie feststellte, dass die „Sakala“ nun den Gedanken der Versöhnung der estnischen und deutschen Nationalitäten gegen die nationalistischen Angriffe des „Eesti Postimees“ verteidige. Die letztgenannte Zeitung habe ihre politischen Anschauungen „etwas unerwarteter Weise“ definiert, indem sie behauptete, dass es in den baltischen Provinzen zwei gegensätzliche Lager gebe: die Deutschen auf der einen sowie die Esten und Letten als die alteingesessene Bevölkerung auf der anderen Seite. Es wurden auch Janssens Ausführungen zitiert, denen zufolge es „ein deutsches Land und Volk (...) hier im estnischen und lettischen, mit einem Worte im baltischen, Lande“ nicht gebe, und dass das Leben erst zeigen werde, wem die Zukunft gehöre. Die „Sakala“ aber habe nun den im „Eesti Postimees“ veröffentlichten Aufruf, auf Leben und Tod zu kämpfen, verurteilt. Die Dorpater deutsche Zeitung ironisierte: „Wir fühlen weder Beruf noch Neigung, von uns aus in diese interessanten politisch-nationalen Discussionen mit einzugreifen; vielmehr ziehen wir es vor, mit Geduld und Ruhe abzuwarten, was dem ‚Eesti Postimees‘ und der ‚Sakala‘ beliebt sollte über uns arme, aus der Gemeinschaft der Balten hinausgestoßene Deutsche zu entscheiden.“<sup>84</sup>

Die Auseinandersetzungen zwischen der deutschbaltischen und der estnischen Presse waren zum Ende der 1870er und zu Beginn der 1880er Jahre üblich geworden, nachdem die „Sakala“ zu erscheinen begonnen hatte. Doch hatte die deutsche Öffentlichkeit damals größere Sorgen, als wegen der „kindischen“ politischen Erklärungen der estnischen oder lettischen Presse in Aufregung zu geraten: Einen weitaus gefährlicheren Eindruck erweckten erneute Angriffe der russischen nationalistischen Zeitungen, von denen weiter oben kurz die Rede war. Ab 1881, als sich die öffentliche Aktivität der Esten in Vereinen und ihr Zeitungswesen noch mehr belebte, kam die Kritik an der estnischen Presse wieder stärker auf die Tagesordnung.

In den Jahren 1879–1880 verringerte sich die Leserschaft, d.h. die Auflagenhöhe und die Anzahl der Abonnenten des „Eesti Postimees“ stark,

---

<sup>82</sup> Sakala, 30.8.1880.

<sup>83</sup> Eesti Postimees, 24.9.1880; 19.10.1880.

<sup>84</sup> Neue Dörptsche Zeitung, 3.9.1880.

während sich die Anhängerschaft der „Sakala“ vergrößerte.<sup>85</sup> Dies mag einer der Faktoren gewesen sein, der Harry Jannsens Eifer dämpfte, sich als Redakteur zu betätigen. Die Idee des Baltentums hatte zwischenzeitlich übrigens auch den Redakteur des „Perno Postimees“ (Pernauer Postbote), Jaan Lipp, fasziniert, der sich davon jedoch ebenfalls wieder lossagte.<sup>86</sup> Im November 1880 erlitt „Papa“ Jannsen einen Schlaganfall, seiner Tätigkeit als Journalist wurde damit ein Ende gesetzt, und auch Harry Jannsen gab seine Arbeit als Redakteur des „Eesti Postimees“ auf. Von ihm und seinem Bruder Eugen wurde Ado Grenzstein 1881 zum Redakteur des „Eesti Postimees“ bestellt. Über ihn hieß es in der deutschen Presse, er sei ohne reizende Schärfe aufgetreten – was man über den vorigen Redakteur nicht habe sagen können.<sup>87</sup>

Jakobson, der sich lang und breit mit dem „Eesti Postimees“ auseinandergesetzt hatte, hielt es für notwendig, in einer der letzten Ausgaben der „Sakala“ des Jahres 1880 einen Leitartikel zu veröffentlichen, in dem er kurz und bündig das Streben der Esten formulierte, die Gleichheit zu erreichen. Wie es mit „unseren politischen Rechten“ zur Zeit bestellt sei, dass wisse jedermann – dieser „Zustand ist für uns, die Esten, schmäherlich, und jeder ehrlicher Este ist bestrebt, diesem Zustand zu entkommen“. Jakobson fügte seine wohlbekannten Worte hinzu: „Wir verstehen nicht, warum wir, die Esten, die wir in unserem eigenen Lande leben, nicht ebenso viele politische Rechte haben, wie die Deutschen, die sich hier später niedergelassen haben.“ Die Deutschen hatten die Erlaubnis bekommen, im Lande der Esten ruhig zu leben, da „aber die Esten fast wie Sklaven unterdrückt worden sind, hat in unserem Lande siebenhundert Jahre lang ein Kampf angedauert und wird nicht früher enden, bis die Waage der Gerechtigkeit zwischen den Esten und Deutschen wieder ins Gleichgewicht gebracht worden ist.“ Hätten aber ehemals „rohe Kräfte“ gewaltet, so kämpften jetzt „die Geister“, schrieb der Redakteur der „Sakala“.<sup>88</sup>

Dies eignet sich wohl gut als Zusammenfassung der Bestrebungen des ganzen estnischen nationalen Lagers in der Anfangsphase seines politischen Lebens. Es ist vielleicht interessant, dass Jakobson hierbei offensichtlich die Theorie des Gesellschaftsvertrags heranzog, die er von Garlieb Merkel geborgt hatte: Die Deutschen hätten den Vertrag zum Zusammenleben gebrochen und seien nicht gewillt, dies wieder gutzu-

---

<sup>85</sup> Vgl. die Tabelle in: *Eesti ajakirjanduse teed ja risteed* [Die Wege und Scheidewege der estnischen Presse], hrsg. von JUHAN PEEGEL, Tartu, Tallinn 1994, S. 327; MEELIK KAHU: C. R. Jakobsoni „Sakala“ levikust [Über die Verbreitung von C. R. Jakobsons „Sakala“], in: *Keel ja Kirjandus* 1964, Nr. 3, S. 138-143, hier S. 140f. Es fällt schwer, die genauen Auflagenhöhen festzustellen; bei der „Sakala“ sind aber zumindest die Bestellbücher erhalten geblieben.

<sup>86</sup> *Eesti ajakirjanduse teed ja risteed* (wie Anm. 85), S. 155.

<sup>87</sup> *Neue Dörptsche Zeitung*, 29.9.1880 u.a.

<sup>88</sup> *Sakala*, 29.11.1880.

machen. Dies war aufgrund der theoretischen Überlegungen von Jakobson auch der Umstand, der das Zustandekommen „eines einheitlichen baltischen Volkes“ verhindere.

Die letzten Konflikte der estnischen führenden Zeitungen 1880 beweisen wiederum, dass es zwischen den von Jakobson und Harry Jansen vorgebrachten Standpunkten eigentlich keinen besonderen inhaltlichen Unterschied gab. Es fällt auf, dass der junge Jansen lange Sätze, häufige Wiederholungen und Umschreibungen nutzte. Sein Stil glich damit demjenigen der damaligen deutschbaltischen Zeitungen. Auch Jakobson machte gern von wortreichen Erklärungen Gebrauch, doch konnte er sich, wie aus dem gerade zitierten „Manifest“ ersichtlich ist, als richtiger Publizist und Agitator artikulieren.

### *„Die Heimath“*

Harry Jansen zog sich jedoch nicht aus den öffentlichen „Kämpfen der Geister“ zurück und ist für einen Historiker vielleicht sogar in erster Linie deswegen interessant, weil er 1882 in Reval das deutschsprachige Tageblatt „Die Heimath“ gegründet hat.

Die Geschichte der Gründung dieses Blattes muss erst vom pressegeschichtlichen Aspekt her behandelt werden, anschließend soll cursorisch auf seinen Inhalt eingegangen werden. Da die Lebensdauer der „Heimath“ kurz war, kann sie hinsichtlich ihres sozialen Einflusses nicht mit dem Großteil der anderen estnischen oder deutschen Zeitungen verglichen werden. Harry Janssens Vorhaben war jedoch äußerst beherzt: Es hieß ja, mit den für ihre Zeit umfangreichen deutschen Tageblättern dieser Stadt, die in einer Reihe mit den deutschen Zeitungen von Dorpat, Riga und St. Petersburg standen, in Konkurrenz – und wie es sich herausstellen sollte, auch in Auseinandersetzungen – zu treten. Die „Heimath“ stellte ein neues Phänomen für die erst im Entstehen begriffene estnische Öffentlichkeit dar. Von den estnischen Pressehistorikern wird Harry Janssens Zeitung nur flüchtig erwähnt und als eine „deutschsprachige, aber estnisch gesinnte“ Publikation charakterisiert.<sup>89</sup> Der Verfasser einer großen allgemeinen Darstellung der estnischen Kulturgeschichte Ilmar Talve gewann hingegen den Eindruck, dass Harry Jansen eben in der „Heimath“ die Ideologie des Baltentums, von der „die verschiedenen Nationalitäten vereint“ werden sollten, propagiert hätte.<sup>90</sup> Wie stand es damit in Wirklichkeit?

---

<sup>89</sup> Vgl. Eesti biograafiline leksikon [Estnisches biografisches Lexikon], Tartu 1926–1929, S. 167; Eesti ajakirjanduse teed ja ristteed (wie Anm. 85), S. 136.

<sup>90</sup> ILMAR TALVE: Eesti kultuurilugu keskaja algusest iseseisvuseni [Die estnische Kulturgeschichte vom Beginn des Mittelalters bis zur Unabhängigkeit], Tartu 2004, S. 440.

Der junge Journalist trat mit seinem Blatt in eine unruhige Zeit. Als die deutschbaltischen Blätter die estnische nationale Presse beschuldigten, „das Volk aufzuwiegeln“, war dies ja nicht ganz verfehlt – es fragt sich nur, wofür agitiert wurde und was eigentlich hinter dem Ganzen steckte.

Die Entwicklung der estnischen Gesellschaft hatte dazu geführt, dass die neuen gesellschaftlichen Kräfte die Notwendigkeit empfanden, sich zu verwirklichen, indem sie mit wachsendem Mut Reformen zur Linderung ihrer Not zu fordern begannen. Zum Leitfaden der öffentlichen Aktivität wurden Gleichberechtigung und Nationalismus. Besonders große Entrüstung rief in der deutschbaltischen Öffentlichkeit die erste selbstständige, bewusst politische Aktion der Esten hervor – die Reise einer Delegation estnischer Vereine zu Zar Alexander III. zu Beginn des Sommers 1881 und das an die Regierung gerichtete Memorandum, in dem Reformen gefordert wurden, um eine Neuordnung der Agrarverhältnisse und eine Erweiterung der estnischen Rechte zu erreichen. Nun wurden auch die nationale Agitation der Esten und die Aktivität des Volkes für die deutschbaltische Öffentlichkeit zu einem Problem an sich und muteten schon deshalb gefährlich an, weil man dies als Ergebnis hinterlistiger Agitation der russischen Nihilisten oder gar der Regierung selbst ansah. Die Situation spitzte sich damals aufgrund von spontanen Versammlungen der „Flurstücke“ fordernden Kleinbauern und städtischen Arbeiter weiter zu, aber auch aufgrund von Brandstiftungen in Guttscheunen, die ebenso wenig zur Beruhigung beitrugen wie ein von Unbekannten verübtes Attentat auf Pastor Holst in Kannapäh. Die Straftaten und Ausschreitungen – obwohl noch fraglich ist, ob solche Vorkommnisse 1881–1882 wirklich häufiger vorkamen als in früheren oder späteren Jahren – wurden sowohl in den an die Regierung adressierten Beschwerdebriefen des baltischen Adels<sup>91</sup> als auch in den deutschbaltischen Zeitungen als Ergebnis der Hetze der „Jungsten“ – wie die Protagonisten der estnischen nationalen Bewegung in der deutschen Öffentlichkeit zumeist genannt wurden – angesehen. Von Friedebert Tuglas wurden solche Zwischenfälle seinerzeit ohne weiteres als deutsche Provokation bezeichnet.<sup>92</sup>

Zur wesentlichen Aufgabe von Harry Jannsens Zeitung wurde 1882 der öffentliche Verteidigungskrieg zum Schutz der Würde und der Rechte des estnischen Volks gegen „die Verleumdungen, mit welchen die baltische

---

<sup>91</sup> Näheres dazu bei HANS KRUIIS: Liivimaa rüütelkonna võitlus eesti rahvusliku trükisõna vastu aastail 1879–1883 [Der Kampf der Livländischen Ritterschaft gegen estnische nationale Publikationen 1879–1883], in Eesti ajaloost XIX sajandi teisel poolel. 1860–80-ndad aastad [Zur estnischen Geschichte in der zweiten Hälfte des XIX. Jahrhunderts. Die 1860er bis 1880er Jahre], Tallinn 1957, S. 183–195.

<sup>92</sup> FRIEDEBERT TUGLAS: Eesti Kirjameeste Selts [Die Estnische Literarische Gesellschaft], 2. Aufl., Tallinn 1957, S. 165–169.

Presse alles Nationale in unseren Provinzen überschüttet“, wodurch nur nationale Feindschaft geschürt werde.<sup>93</sup> Schwerere Verleumdungen und schlimmere Beschuldigungen könne man sich gar nicht vorstellen als diejenigen, welche die deutschbaltische Presse gegen die Esten vorbringe, schrieb Harry Jannsen. Man entnehme den nationalen Zeitungen beliebige Auszüge in falscher Übersetzung, um damit das rebellische Verhalten der Esten zu beweisen. Die Brandstiftungen, das Attentat auf Holst und alles Mögliche, etwa der Zwischenfall, als die Kaleschen einer studentischen Korporation, die unterwegs zu einem Kommers war, in der Nähe von Dorpat mit Steinen beworfen wurden, werde den estnischen Nationalisten zur Last gelegt, die man ohne einen einzigen Beweis anzuführen der Sozialdemokratie und des Nihilismus beschuldige.<sup>94</sup> Jannsen zufolge handelte es sich dabei um eine bewusste „Verdächtigungspolitik“. Von den Ostseeprovinzen werde ein schreckliches Bild gemalt: „Der rothe Hahn fliegt von Dach zu Dach, wenigstens von Zeitung zu Zeitung“, die Ordnung und das Eigentum seien in Gefahr geraten – doch bliebe man dabei jegliche konkreten Angaben über verübte Straf- oder Gewalttaten schuldig.<sup>95</sup> Es liege kein offizielles Material vor, das die Zunahme der Brände beweise und dadurch zeige, dass die baltischen Provinzen in einen „Nothstand“ geraten seien, schrieb Harry Jannsen in einem Rückblick auf das Jahr 1883. Zu dieser Zeit war die deutschbaltische Presse schon etwas nüchterner geworden und der Redakteur der „Heimath“ führte dies darauf zurück, dass die deutschen Blätter vor der eigenen Agitation zurückgeschreckt seien, derzufolge unter dem Schild des Nationalismus Anarchie, Sozialismus und Revolution herrschten.<sup>96</sup> Es war ja auch widersprüchlich, wenn man einerseits die Gesetzgebung und die Agrarverhältnisse des Baltikums vor der Regierung und der russischen Öffentlichkeit als ideal darstellte, andererseits jedoch zugleich darüber klagte, dass das Volk sich geradezu rebellisch verhalte.

Zur gleichen Zeit wurde in Liv- und Kurland eine Senatsrevision unter der Leitung von Nikolaj Manasein durchgeführt – eine Prüfung der deutschbaltischen Behörden und Gesetze, die weitgehend durch die vom baltischen Adel selbst vorgebrachten Verdächtigungen veranlasst worden war, denen zufolge es im Volk gäre. In den Gemeinden wurden den Senatsbeamten zahllose kollektive Bittschriften sowie Anträge von Einzelpersonen überreicht. All dies ging jedoch auf legalem Weg und ruhig vor sich. Die Revision weckte sowohl bei der Bevölkerung als auch bei allen Persönlichkeiten des estnischen öffentlichen Lebens ungeachtet ihrer jeweiligen Interessen und Gruppenzugehörigkeit sowie der gegenseitigen Reibereien die Hoffnung, dass die Staatsregierung nun in der

---

<sup>93</sup> Die Heimath, 9.9.1882.

<sup>94</sup> Ebenda, 13.8.1882.

<sup>95</sup> Ebenda, 2.11.1882.

<sup>96</sup> Ebenda, 6.8.1883.

Tat Reformen einleite, die sich für die unteren Schichten des estnischen Volkes vorteilhaft auswirken würden. Dieser Hoffnung schloss sich auch Harry Jannsen an.

Die „Neue Dörptsche Zeitung“ warf Harry Jannsen schnell vor, er habe sich von seiner früheren Position eines Balten losgesagt.<sup>97</sup> Wie es um diese Wandlung auch gestanden haben mag, so fällt in jedem Fall auf, dass Jannsen in den Spalten seiner neuen Zeitung die Bezeichnung „Balte“ tatsächlich nur in der Bedeutung „Deutschalte“ verwendete. Diejenigen, deren Konservatismus besonders auffallend war, bezeichnete er als „Altbalten“ bzw. „Ultrabalten“, die seiner Ansicht nach bloß Kolonisatoren geblieben waren<sup>98</sup>: „Ein frostiges Kolonistenthum freilich ist uns ganz und gar widerwärtig.“<sup>99</sup> Jannsen war der Ansicht, dass die deutschbaltische Elite immer noch gewillt war, als führende Kraft des Landes zu fungieren. Sie sei jetzt aber in Not geraten und man zolle ihr nicht mehr genügend Respekt. Als Führer und Verantwortlicher müsse man aber deutlich die Entwicklungsaufgaben des Landes sehen und imstande sein, andere zu unterweisen. Diejenigen, die man unterweise, müsse man aber auch kennen und respektieren, doch hätten die Deutschbalten das estnische Volk nie geachtet und in ihm bis heute nur die Bauern<sup>100</sup> oder (Hegel zufolge) einen Volkssplitter gesehen, der keine Zukunft habe.<sup>101</sup> Über seinen ehemaligen Favoriten, den adeligen Liberalismus, formulierte Harry Jannsen nun seine endgültige Einschätzung, derzufolge sich diese Strömung nicht von den Traditionen der Privilegierten habe lossagen können.<sup>102</sup>

Harry Jannsen, der im deutschen Geist erzogen worden war, ein überzeugter Lutheraner, für den der Protestantismus mit Geistesfreiheit gleichzusetzen war, stand der baltischen lutherischen Kirche als Institution, die unter dem Einfluss des Adels stand, sehr kritisch gegenüber. Er kritisierte wiederholt das Patronatsrecht der Gutsbesitzer und war der Meinung, dass man Kirche und Politik in den Ostseeprovinzen nicht auseinander halte. Von den Kanzeln werde gegen die „Jüngsten“ gepredigt sowie die estnische und lettische Presse in den schwärzesten Farben beschrieben. Sei das etwa die Aufgabe der Geistlichen? Beim jetzigen Verhältnis zwischen den Gemeinden und den Pastoren ginge man einer Krise entgegen, schrieb „Die Heimath“. Die Gegenwart ähnele der Zeit, in der die Päpste mit Gewalt gegen die Reformation kämpften.<sup>103</sup> Die Aufmerksamkeit der estnisch- und deutschsprachigen Presse fesselte damals die 1883 in Leal einsetzende spontane Konversionsbewegung zur

<sup>97</sup> Zit. n. ebenda, 8.1.1882.

<sup>98</sup> Ebenda, 4.11.1882.

<sup>99</sup> Ebenda, 5.1.1882.

<sup>100</sup> Ebenda, 11.2.1882.

<sup>101</sup> Ebenda, 15.1.1883.

<sup>102</sup> Ebenda, 9.2.1882.

<sup>103</sup> Ebenda, 5.2.1883.

Orthodoxie; nach der in der „Heimath“ abgedruckten Meinung eines Korrespondenten lag dies in erster Linie an der Einstellung der Pastoren zu ihren Gemeinden.<sup>104</sup>

Tatsächlich hätte die lutherische Kirche ein verbindender Faktor zwischen alteingesessenen Einwohnern und den Deutschbalten sein können, und in gewissem Maße ist sie dieser Rolle auch gerecht geworden. Doch als eine säkulare Struktur, die zum ständischen System gehörte, war auch sie nicht imstande, die Formierung eines einheitlichen baltischen Volkes voranzutreiben. Daher brachen in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts in den Gemeinden, die sich geistig emanzipiert hatten, Patronatsstreitigkeiten aus, und mit der Zeit begann auch der Kampf um die Änderung der gesamten Kirchenordnung und für die Gründung der so genannten freien estnischen Volkskirche.<sup>105</sup>

Schon die erste Ausgabe der „Heimath“ ärgerte die anderen deutschen Zeitungen damit, dass die Rubrik Lokalnachrichten nach „Estland“ und „Lettland“ unterschieden wurde anstelle von Est-, Liv- und Kurland. Hier manifestierte sich die in der „Sakala“ und im Memorandum von 1881 erhobene Forderung, die estnisch und lettisch bewohnten Gebiete zu eigenen ethnischen Gouvernements zu vereinen. Selbstverständlich war dieser gegen das alte ritterschaftliche Herrschaftssystem gerichtete Reformvorschlag für deutschbaltische Würdenträger und die öffentliche Meinung unannehmbar, zumal (und dies zu Recht) angenommen wurde, dahinter verberge sich die von der autochthonen Bevölkerung eingeschlagene Richtung, mehr Selbstständigkeit zu erringen. Auch der „Revaler Beobachter“, der sonst maßvoller war, beschuldigte Harry Janssen, dieser habe die Idee von zwei nationalen Gouvernements von den „Jungsten“ übernommen.<sup>106</sup> Der Inhalt der „Heimath“ beweist, dass Harry Janssen in der Tat ein „Jungeste“ war. Er schloss sich den populären Forderungen nach Reformen an, die im Memorandum von 1881 gestellt und in den zahllosen Anträgen und Bittschriften, die Manasein während seiner Revision 1882–1883 erhalten hatte, formuliert worden waren. Im Gegensatz zur Vorstellung der deutschen Presse von den Leuten, die diese „Bittschriften fabriziert“ hätten, durchzieht Harry Janssens Texte der Gedanke, dass all diese Schriftstücke die Unzufriedenheit des Volks widerspiegeln und nicht nur auf die Hetze einzelner Jungsten zurückzuführen seien. Die Gegenwart sei bedrückend und die Gesellschaft empfinde die Notwendigkeit sich umzuorganisieren.<sup>107</sup> Die Mana-

---

<sup>104</sup> Ebenda, 17.3.1884.

<sup>105</sup> Siehe dazu RIHO SAARD: *Eesti rahvusest luterliku pastorkonna väljakujunemine ja vaba rahvakiriku projekti loomine 1870–1917* [Die Herausbildung der lutherischen Pastorenschaft estnischer Nationalität und die Gründung des Projekts der freien Volkskirche. 1870–1917], Helsinki 2000, S. 137–238.

<sup>106</sup> Zit. n. Die Heimath, 7.1.1882.

<sup>107</sup> Ebenda, 8.2.1882.



sein überreichten Beschwerden und Vorschläge seien eben durch diese Notwendigkeit veranlasst worden.

Auch erklärte sich die „Heimath“ solidarisch mit den estnischsprachigen Zeitungen und behauptete, dass sie trotz der gegenseitigen Anfeindungen auf ein und demselben nationalen Pfad wandelten – mit Ausnahme des „Tallinna Söber“ (Tallinner Freund), einer Publikation der Estländischen Ritterschaft und für Harry Jannsen das estnischsprachige Organ der Ultrabalten, sowie des „Ristirahva Pühapäeva Leht“ (Sonntagsblatt der Christen), einer Zeitung des estländischen Konsistoriums. Vor dem Beginn der aktiven Russifizierung in der zweiten Hälfte der 1880er Jahre resümierte Jannsen trotz der damaligen Konflikte zwischen den national gesinnten Kreisen, dass es in den baltischen Provinzen nur zwei Lager gebe. Das eine könne man als ein nationales, das andere aber als ein baltisches Lager bezeichnen: Es gebe „kaum Einen noch unter uns, der den tiefen Gegensatz der Gemüther leugnen möchte (...). Und inzwischen vergrößert sich von Tag zu Tage die Kluft in der provinziellen Familie.“<sup>108</sup>

Von den anderen nationalen Zeitungen wurde die „Heimath“ freundlich angenommen. Auch Jakobson, der hitzigste „Jungeste“ und bisherige Opponent Jannsens, begrüßte die neue deutschsprachige Zeitung in Reval „mit Freude“ – sie sei „so geschrieben, dass wir nichts besseres wollen dürfen“. Dass die anderen deutschsprachigen Zeitungen „in unserem Land gleich wie Habichte über die ‚Heimath‘ hergefallen sind“, sei die größte Anerkennung für die neue Zeitung, ließ die „Sakala“ verlauten.<sup>109</sup> Harry Jannsen stimmte zwar nicht völlig dem Lob zu, das „Sakala“ zu seiner „Sinnesänderung“ anstimmte, und behauptete, dass er seine Prinzipien eigentlich gar nicht geändert habe. Sein grundsätzliches Ziel, die Gleichberechtigung, war tatsächlich dasselbe geblieben, das Ideal eines einheitlichen baltischen Volkes hatte er hingegen schon 1880 aufgegeben. Die Konflikte und gegenseitigen Verleumdungen der damaligen Periode wurden von beiden Männern nun begraben. Als Jakobson im Frühling 1882 unerwartet starb, schrieb Jannsen in seinem Nekrolog: „Es würde seinen Landsleuten schlecht anstehen, wer sie auch sind, wenn wir heute (...) auf Mängel und Irrthümer hinweisen würden, die mit seiner wie mit jeder menschlichen Natur verbunden sind (...). Wir haben alle von ihm gelernt und sein Eifer hat uns alle zur Entschlossenheit gemahnt.“<sup>110</sup>

Der Redakteur der „Heimath“ nahm auch die Zeitung „Virulane“ (Der Wierländer) von Jaak Järv, die wegen der Behandlung der Arbeiterfrage verurteilt worden war,<sup>111</sup> in dem Moment in Schutz, als die „Rigasche Zeitung“, die „Neue Dörptsche Zeitung“, die „Revalsche Zeitung“ und

<sup>108</sup> Ebenda.

<sup>109</sup> Sakala, 6.2.1882.

<sup>110</sup> Die Heimath, 9.3.1882.

<sup>111</sup> Ebenda, 25.9.1882.

die „St. Petersburger Zeitung“ sich zu einem „Kreuzzug“ zusammenschlossen und in den Spalten von Järvs Blatt einen noch gefährlicheren Sozialismus aufspürten als in Deutschland. Janssen erinnerte nun die genannten Zeitungen an Bismarck, der ja doch auch in der Arbeiterschaft Anhänger habe und sich der Rücksichtslosigkeit des Liberalismus und Kapitalismus widersetze.<sup>112</sup> Ähnlich wie der „Virulane“ widmete auch die „Heimath“ ihre Aufmerksamkeit der Lage der landlosen Bauern, die tatsächlich ein heikles Problem in der baltischen Agrargesellschaft darstellten.<sup>113</sup>

Nach Abschluss der Manasein-Revision kam die Frage auf, was die Zentralregierung denn nun tatsächlich unternehmen würde, und zusammen mit der übrigen estnischen Öffentlichkeit war Harry Janssen voller Hoffnung. Er behauptete, dass das estnische Volk die Adelskorporationen nicht als staatliche Organe und gesetzliche Vorgesetzte ansehe, sondern allein die Staatsregierung anerkenne.<sup>114</sup> Die „Heimath“ stand, indem sie die Interessen der Regierung mit denen der Ritterschaften konfrontierte, immer auf der Seite der Regierung. Anfang 1884 zitierte sie das russische Blatt „Новость“ (Nachricht): Der Rapport von Manasein sei fertig und es sei zu hoffen, das die „baltische Frage“ nun endgültig im Geist der Regierungsprinzipien, d.h. durch Vereinheitlichung und Verschmelzung, gelöst werden könne, obwohl es aufgrund der Unterschiede zwischen dem Reich und den Ostseeprovinzen in der Rechtsordnung und im sozialen System wohl recht schwierig sei.<sup>115</sup> Harry Janssen wiederum, der die Integrationspolitik St. Petersburgs unterstützte, war der Ansicht, dass die Regierung aufgrund praktischer politischer Interessen wie der ihr eigenen Gerechtigkeit gezwungen sei, auch die Wünsche der estnischen national gesinnten Kreise zu berücksichtigen.<sup>116</sup> Die Unifizierungspolitik wurde nicht als Assimilationspolitik angesehen. Diese Hoffnungen Janssens ließen sich durch die russischen liberalen Zeitungen, die er fleißig las und häufig in den Spalten seiner Zeitung referierte, bestätigen.

Es gab jedoch auch unheilvolle Zeichen. 1883 musste Harry Janssen einen Konflikt mit der Rigaer russischen Zeitung „Рижский вестник“ (Rigaer Bote) austragen, welche begonnen hatte, die Russifizierung zu unterstützen. Diese schrieb, die Esten und Letten seien nur gewillt, die „Lokalverwaltung“ an sich zu reißen, während die Staatsregierung ihre eigenen Interessen habe und nicht daran denke, den Esten und Letten Wohltaten zu erweisen. Janssen beschuldigte die russische Zeitung, Esten und Letten in böser Absicht angegriffen zu haben, und nannte die Ziele der Urbevölkerung zurückhaltend; man habe sich stets „für die

---

<sup>112</sup> Ebenda, 21.9.1882.

<sup>113</sup> Siehe z.B. ebenda, 21.1.1884.

<sup>114</sup> Ebenda, 4.6.1883.

<sup>115</sup> Ebenda, 31.3.1884.

<sup>116</sup> Ebenda, 26.2.1882.

Betheiligung der Autochthonen an der lokalen Selbstverwaltung ausgesprochen“.<sup>117</sup> Der Redakteur der „Heimath“ erkannte die Vorherrschaft der russischen Sprache als Staatssprache an, hoffte jedoch gleichzeitig, dass auch der estnischen und lettischen Sprache ihre jeweiligen Rechte vorbehalten bleiben sollten. Er machte 1883 wiederholt darauf aufmerksam, dass der Staatsrat erst vor kurzem beschlossen habe, die Staats- und Justizbehörden der baltischen Provinzen zu verpflichten, auch in den Lokalsprachen abgefasste Beschwerden anzunehmen, was auch vom Kaiser bestätigt worden sei. Tatsächlich habe sich Jannsen zufolge in den baltischen Ländern bereits die Verwendung der „drei lokalen Sprachen“ durchgesetzt.<sup>118</sup>

Die sprachliche Russifizierung in einer Form, wie sie mit den berückichtigten provisorischen Verordnungen von 1887 eingeleitet werden sollte, die u.a. die Einführung des russischsprachigen Unterrichts in den Volksschulen vorsahen, konnte sich damals wohl keine Persönlichkeit des estnischen öffentlichen Lebens vorstellen.<sup>119</sup> Zugleich glaubte Harry Jannsen nicht, dass in den Gymnasien Estnisch verwendet werden könnte; seiner Ansicht nach war es unvermeidlich, dort in Zukunft russischsprachigen Unterricht einzuführen, was sich für die baltischen Provinzen nur vorteilhaft auswirken würde.<sup>120</sup>

Über die Rezeption von Jannsens Zeitung liegen nur wenige Angaben vor. Anton Tõnis Jürgenstein hat einen Boykott vermutet,<sup>121</sup> was jedoch noch zu belegen wäre. Offensichtlich wurde die „Heimath“ jedoch von Esten wie von Deutschen, von Freunden wie von Feinden gelesen. In welchem Umfang sie gelesen wurde und an welches Publikum Jannsen genau appellierte, ist hingegen nicht klar – wie auch das, was er eigentlich zu erreichen suchte, wo er doch selbst, wie gesehen, von der fehlenden Reformbereitschaft der deutschen Elite enttäuscht war. Der Redakteur der „Heimath“ drückte wiederholt aus, dass er ein ehrliches, offenes Gespräch anstrebe, welches die Menschen anrege, „selbst zu denken“. Offensichtlich meinte er, eine solche Diskussion könne sich positiv auf gewisse Schichten der Deutschen auswirken – er schrieb über eine Schicht der „Gleichgültigen“, worunter er in erster Linie deutsche Stadtbürger meinte. Auch hob er in seinen Beiträgen immer wieder – wie übrigens alle estnischen Redakteure – liberale und edelmütige, beim Volk beliebte Gutsbesitzer oder Pastoren hervor, was darauf hinweist, dass er seine Hoffnungen auf aufgeklärt-humanistische Personen setzte, die sich von den für Privilegierte charakteristischen Vorurteilen befreit hatten. Gleichzeitig äußerte sich Jannsen den erwähnten „Gleichgültigen“ gegenüber recht ironisch: „Sie fühlen sich von der Welt befrie-

<sup>117</sup> Ebenda, 15.10.1883

<sup>118</sup> Ebenda, 15.10.1883.

<sup>119</sup> Siehe z.B. das Zitat aus dem „Virulane“, in: Ebenda, 7.4.1884.

<sup>120</sup> Ebenda, 4.2.1884.

<sup>121</sup> Estnisches biografisches Lexikon (wie Anm. 39), S. 167.

digt, wenn sie gut gefrühstückt oder ein vortheilhaftes Geschäft abgeschlossen haben“ – alles andere sei für sie jedoch uninteressant.<sup>122</sup> Aber vielleicht nahm jemand neben der Kaffeetasse oder dem Punschglas, das damals in deutschen Klubs groß in Mode war, auch die „Heimath“ in die Hand? In Bezug auf die liberalen deutschbaltischen Literaten war hingegen die Reaktion von Eugen Heubel, dem Redakteur des „Revaler Beobachters“, charakteristisch: Dieser empfand für Harry Janssen trotz dessen negativer Einstellung zum Adel keinerlei Sympathie, was vor allem an dessen deutlich deklarierten Estentum lag.<sup>123</sup> Dabei handelte es sich bei Heubel um den Redakteur des Blattes, das unter den deutschen Zeitungen die größte Reformbereitschaft zeigte und gegenüber den Esten durchaus freundlich eingestellt war.

Die Verhältnisse waren für Harry Janssen, diesen begabten und klugen jungen Journalisten, nicht gerade günstig. 1884 konnte er in Reval noch 20 Ausgaben der „Heimath“ herausgeben, zog dann aber nach Riga, wo Friedrich Grosswald 1885 eine gleichnamige Zeitung herauszugeben begann. Es ist vielleicht etwas überraschend, dass Harry Janssen mittlerweile in Riga in den Redaktionen der Zeitungen der „Altbalten“, der „Düna-Zeitung“ und der „Rigaschen Zeitung“ angestellt war. Danach wurde er, was eigentlich als eine logische Konsequenz erscheint, Staatsbeamter, zunächst übrigens als stellvertretender Leiter der Kanzlei des Gouverneurs Michail Zinov'ev, der zur Durchsetzung der Russifizierungsmaßnahmen nach Livland geschickt worden war.

\* \* \*

Abschließend sei das Schicksal der Begriffe „baltisch“, „Balte“ und „Baltentum“ noch einmal kurz zusammengefasst. Das Ethno- und Toponym, dessen Genese unklar ist, wurde in den an der Ostküste des „Mare Balticum“ liegenden russischen Provinzen im 19. Jahrhundert, in der Zeit, als die alte Ordnung Veränderungen ausgesetzt war, zum Symbol für eine Reihe gesellschaftlich-politischer Erscheinungen. Dieser Begriff bezog sich zunächst auf liberale Ideen und bezeichnete die Gleichheit der Stände, aber auch die Gleichheit aller Völker. Darin spiegelte sich der Traum von der Zusammenarbeit und der Integration verschiedener Schichten und Volksgruppen, damit sie an der Entwicklung dieses besonderen Kulturraums am Rande des russischen Imperiums gleichwertig teilhaben könnten. Schöne Ideen stießen jedoch auf eine harte Wirklichkeit und auf unterschiedliche Gruppeninteressen. Davon zeugen die in der baltischen Öffentlichkeit ausgetragenen Debatten, die in diesem Beitrag dargelegt wurden. Dass als Lösung der Esten jedoch das Esten-

---

<sup>122</sup> Die Heimath, 9.2.1882.

<sup>123</sup> Revaler Beobachter, 4.1.1882.

tum, nicht das Baltentum fungierte, war eine historische Zwangsläufigkeit: Um ein friedliches Zusammenleben und eine echte Partnerschaft mit anderen Volksgruppen auf verschiedenen Ebenen der Gesellschaft zu ermöglichen, mussten die Esten als neue Nation zunächst ihre eigene Emanzipation anstreben. Es ist interessant, dass die Esten zwar bis zum Ende des Zarenreichs nicht die gleichen Rechte wie die Deutschbalten erlangten, sie aber dennoch 1918 – wenn man den Ausdruck von Jakobson verwenden will – zum „Herrn des Landes“ wurden.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts bezeichnete der Begriff „Balte“ nach wie vor nur die einstigen deutschen Oberschichten Estlands und Lettlands. Der Schwede Carl Mothander etwa verwendet in seinen bekannten Memoiren, in denen die Zeit der ersten Unabhängigkeit Estlands geschildert wird, diese Bezeichnung ganz selbstverständlich in Bezug auf die Deutschbalten, wobei er ihr unschätzbares (kulturelle) Erbe betont, das den Esten und Letten hinterlassen worden sei und das sie vor der Russifizierung bewahrt habe.<sup>124</sup> Ähnliche Gedanken finden wir bei Hermann von Keyserling. Allerdings seien die Esten nach Aussage Mothanders noch weit davon entfernt gewesen, diese verantwortungsvolle Aufgabe anzuerkennen; zudem sei die mentale Kluft mit ihren sozialen Wurzeln in der ersten Unabhängigkeitszeit noch deutlich bemerkbar gewesen, selbst wenn die Baronessen Meyendorff nun wie gewöhnliche Bäuerinnen Erzeugnisse der Bauernwirtschaften auf dem Markt feilboten.<sup>125</sup> Die estnische Öffentlichkeit konnte noch nicht vergessen, dass die Ritterschaften genau in der Zeit, als die Esten und Letten sich zur Gründung ihrer Nationalstaaten anschickten, ihren eigenen *baltischen* Staat aufzurichten versucht hatten – mit Hilfe der deutschen Armee. Später ermöglichte das estnische Kulturautonomiegesetz eine freundliche, normale Zusammenarbeit. Damit bildeten sich Voraussetzungen für eine fortschreitende Integration heraus. Diese Entwicklung wurde allerdings abrupt durch den Zweiten Weltkrieg unterbrochen.

Will man ernsthaft von der Zusammengehörigkeit der Völker der drei russischen Ostseeprovinzen, von der eigentlichen baltischen Einheit sprechen, so bestand sie vor allem in den gegenseitigen kulturellen Einflüssen der Esten, Letten und Deutschbalten und auch kleinerer ethnischer Gruppen. Die heutige Kultur der Esten entstand aus dem Zusammenspiel ihrer alten ethnischen Kultur und den durch die Deutschbalten vermittelten Institutionen und Ideen, welche der europäischen Schriftkultur eigen waren. Aufgrund vieler komplizierter historischer Umstände konnte die Entwicklung dieser Kultur durch den Vormarsch der Russifizierung ab der zweiten Hälfte der 1880er Jahre weder gestoppt noch die

---

<sup>124</sup> CARL MOTHANDER: *Parunid, eestlased ja enamlased* [Barone, Esten und Bolschewiki], Tallinn 1998, S. 47 (jüngst erschien eine deutsche Ausgabe: *Barone, Bauern und Bolschewiken in Estland*, Weissenhorn 2005).

<sup>125</sup> Ebenda, S. 130f.

wirtschaftlich-gesellschaftliche und sprachlich-kulturelle Eigenart der ganzen baltischen Region vernichtet werden, auch wenn diese Einheit „von innen gesehen“ mehrschichtig und konfliktreich war.

---

SUMMARY

---

*“Being Baltic”, Baltic-Germans, and Estonians*

The ethnic term and simultaneously toponym “Baltic”/“Baltics” is quite common today, and the Baltic states or peoples located on the eastern shore of the Baltic Sea tend to be seen in the western world as an entity. The origin of the name, however, is not unambiguously clear. The well-known Baltic-German writer Georg Berkholtz was the first to publish an article on the term “Baltic” back in 1882, after it had begun to be used in a new context. The main aim of this article is to explain the reasons for the rebirth of this term that suddenly spread in mid-19<sup>th</sup> century.

It seems that the Russian central government began treating the Baltic provinces as an administrative and cultural whole before the local Germans started to do so. Terms such as *Ostzeiskii krai* or even *Pribaltiiskii krai* were used officially, and all three provinces were subordinated in 1801 to one governor general. The attitude of the central government, however, remained divided. On the one hand the region was seen as belonging together, but on the other hand, from the aspect of unification policy, separate administrative units were seen to be useful. The more the czarist government interfered into the affairs of the Baltic provinces, the more the local aristocracy looked to its own interests, and there was a growing desire to protect the region’s autonomy, special identity and culture. This started to become particularly apparent in the 1860s, when a large proportion of the Russian nationalist public began to portray itself as a vehement enemy of the supposedly separatist German-like provinces.

The position of the Baltic Germans between the three forces of Germany, Russia and the native peoples of the region was complicated. The somewhat indistinct concept of “being Baltic” could not entirely solve identity problems. In itself, the concept of a one and unified Baltic people was not merely a dream of writers, because it was also supported by Livland based liberal politicians and publicists at the end of the 1870s. Theoretically such a unity was possible, but practically it was not feasible. Sharing rights with the native peoples turned out to be just too difficult a task for the whole of the Baltic-German public.

After becoming co-editor of “Eesti Postimees” in 1879 it was actually Harry Jannsen who introduced the concept of the Baltic countries and the Balts in the Estonian media. In doing this he also adopted the idea of

national sovereignty. Jannsen also hoped that the Livonian liberal gentry were prepared for reform. However, his statements brought about criticism in the “Revalsche Zeitung”. The German newspaper hinted that the Estonian people were not yet ready for political rights. In the early 1880s the prestige of the Baltic Germans in the eyes of St Petersburg diminished. Carl Robert Jakobson’s writings became more pointed and he criticized the “being Baltic” thesis formulated by Jannsen – “first a Balt, and then an Estonian”. Simultaneously Jannsen’s own attitude towards Baltic Germans had become more critical. Now he claimed that the term “Baltia” was being misused because it was seen as dominated both by German language and mentality. Eventually, he founded a German-language newspaper in Tallinn in 1882 called “Die Heimath” which was unfortunately short-lived. By 1883, however, the Baltic German press had become somewhat more restrained.

# Veränderungen der Schwerpunkte in der französischen Baltikumpolitik

1918–1927

---

VON KALERVO HOVI

Die Vereinigung Deutschlands 1871 hatte einen schweren Schlag für die sicherheitspolitische Lage Frankreichs bedeutet.<sup>1</sup> Als führende Macht auf dem europäischen Festland war es bis dahin nur mit längerfristigen, vereinigten Anstrengungen anderer Staaten zu besiegen gewesen. Nun war in seiner unmittelbaren Nähe ein neuer, feindlich gesinnter Staat entstanden, der schon auf sich gestellt mächtiger war als Frankreich selbst. Damit löste sich die gesamte Grundlage des bisherigen sicherheitspolitischen Denkens gleichsam in Luft auf. Hinzu kam noch, dass Deutschland seine Übermacht mit allen möglichen Mitteln ständig vergrößerte. Obwohl es Frankreich mit großen Anstrengungen gelang, diese Übermacht im Laufe der Zeit zu verringern und schließlich auch Verbündete fand – was zumindest scheinbar seinen Rückstand auf Deutschland wiedergutmachte –, zermürbte die längerfristige Unterlegenheit die Stimmung im Lande. Selbst nachdem Frankreich mit Hilfe der Alliierten den Ersten Weltkrieg gewonnen hatte, entwickelten die Franzosen keineswegs eine Siegermentalität. Immer noch fürchteten sie sich vor Deutschland und blickten mit Schrecken auf eine womöglich in der Zukunft von ihm ausgehende Gefahr, weshalb sie mit allen Mitteln versuchten, zusätzliche Garantien für die eigene Sicherheit zu erlangen. Zu diesem Zweck war Frankreich bereit, auch die kleinsten Möglichkeiten auszunutzen.

---

<sup>1</sup> Die folgenden Abschnitte über das deutsche Problem und die Gefahr seitens Sowjet-Russlands beruhen auf meiner Dissertation: KALERVO HOVI: *Cordon sanitaire or barrière de l'est? The Emergence of the New French Eastern European Alliance Policy, 1917–1919*, Turku 1975 (*Annales Universitatis Turkuensis*, B 135) sowie auf deren Fortsetzung DERS.: *Alliance de revers. Stabilization of France's Alliance politics in East Central Europe, 1919–1921*, Turku 1984 (*Annales Universitatis Turkuensis*, B 163). Eine zeitlich längere Periode wird behandelt in DERS.: *Security before Disarmament or Hegemony? The French Alliance Policy 1917–1927*, in: *The Quest for Stability. Problems of West European Security 1918–1957*, hrsg. von ROLF AHMANN, ADOLF M. BIRKE, MICHAEL HOWARD, Oxford 1993, S. 115–126; siehe schließlich auch noch DERS.: *Tulevaisuuden vanki. Ranskan varautuminen Saksan hyökkäykseen 1870–1940* [Gefangener der Zukunft. Die Vorbereitungen Frankreichs auf einen deutschen Angriff 1870–1940], in: *Futura* 2003, Nr. 2, S. 27–34.



Die bolschewistische Revolution in Russland brachte in dieser Hinsicht keine wesentlichen Änderungen. Größer als die mögliche ideologische Gefahr empfand man die drohende Aussicht, dass Deutschland die sowjet-russischen Ressourcen für seine Zwecke einsetzen könnte. Das schlimmste Szenario ließ befürchten, dass aufgrund einer Kooperation zwischen Deutschland und Sowjet-Russland das Reich aus seiner Niederlage noch mächtiger als zuvor emporsteigen könnte. So waren alle Schritte Frankreichs gegenüber Russland von der antizipierten deutschen Gefahr überschattet. Betrachtet man die französische Politik gegenüber Sowjet-Russland aus dem Blickwinkel des Antibolschewismus, findet man einige Widersprüche. Aus der Perspektive der deutschen Gefahr wiederum lösen sich alle problematischen Fragen wie von selbst.

Die Geschichte der Russischen Revolution steckt voller Widersprüche. Einer der erstaunlicheren unter ihnen ist das französische Hilfsangebot an die sowjetische Regierung im Februar 1918. Nachdem Kriegskommissar Lev Trockij die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk abgebrochen hatte, bot die französische Regierung den Sowjets jedwede Hilfe an, unter der Bedingung, dass der Krieg gegen Deutschland fortgesetzt werde. Dies geschah zudem genau in dem Moment, als die bolschewistische Regierung mit ihrer Nationalisierungspolitik anfang, von der die französische Investitions- und Handelsaktivität besonders hart getroffen wurde. Die große französische Militärmission half nach dem Abschluss des Friedens von Brest-Litowsk weiter beim Aufbau der Roten Armee und beendete ihr Engagement erst, als das Verbot alle Offiziere erreicht hatte.<sup>2</sup>

Auch die Extremmaßnahme der militärischen Intervention erklärt sich eher durch die Angst vor Deutschland als durch das Problem des Bolschewismus. Zum Jahreswechsel 1918/19 war das Baltikum die einzige Region, in der die Rote Armee Richtung Westen vorrückte. Wenn die französische Regierung sich also tatsächlich Sorgen um die Verbreitung des Bolschewismus gemacht hätte, dann wäre eine Intervention im Baltikum ein adäquates Mittel gewesen. Premierminister Georges Clemenceau jedoch verbot eine solche Expedition, da er sie explizit als zu gefährlich ansah und meinte, sie würde den französischen Interessen widersprechen.<sup>3</sup> Gemeinsam mit den anderen Großmächten griff man hingegen an der ukrainischen Schwarzmeerküste mit starken Kräften ein. Dabei wurde kein Versuch unternommen, nach Moskau zu marschieren, um die sowjetische Regierung zu stürzen, auch lagen zwischen den Franzosen und der Roten Armee die weiße russische Freiwilligen-

<sup>2</sup> Siehe näher Hovi, *Cordon sanitaire or barrière de l'est?*, S. 89-93.

<sup>3</sup> Clemenceaus Antwort auf eine Anfrage Balfours, 3.12.1918; Pichon an Balfour, 19.12.1918. Archives du Ministère des Affaires Étrangères (künftig: AMAE), Paris. Série Europe 1918-1940, Russie 271; dasselbe auch in einem Memorandum des Ministeriums „Situation en Esthonie et Lettonie“, 18.1.1918. AMAE, Esthonie 2.

armee, ukrainische Truppen und die Deutschen. Dass die Ukraine mit-  
samt ihren natürlichen Reichtümern in deutsche Hände fiel, erschien als  
die entscheidende Gefahr – dies geht nicht nur aus den Instruktionen  
hervor, die der Interventionsarmee mitgegeben worden waren, sondern  
entsprach auch der realen Situation. Als die Deutschen im März 1919  
ihre letzten Truppen aus der Ukraine abzogen, beendete auch Frankreich  
Anfang April seine Intervention.<sup>4</sup>

Im Frühjahr 1918 schien ganz Osteuropa unter deutscher Herrschaft  
zu stehen. Eine Ausnahme stellte hier der Widerstand der estnischen  
Unabhängigkeitsbewegung dar. Estland hatte sich am 24. Februar 1918,  
einen Tag vor dem Einmarsch der deutschen Truppen, für unabhängig  
erklärt.<sup>5</sup> Die Unbeugsamkeit der deutschen Militärverwaltung verstärkte  
die traditionelle antideutsche Gesinnung der Esten nur. Schon vor der  
Unabhängigkeitserklärung hatte sich der Estnische Landesrat (*Eesti  
Maanõukogu*) Ende 1917 zum Träger der höchsten Gewalt erklärt und  
trotz seiner Auflösung durch die Bolschewiki seine Tätigkeit im Unter-  
grund fortgesetzt. Es gelang den Esten, eine Auslandsdelegation aufzu-  
stellen, um die Welt von den estnischen Unabhängigkeitsbemühungen  
zu informieren. Gleichzeitig liefen die Vorbereitungen für die Wahl zu  
einer Estnischen Verfassungsgebenden Versammlung Ende Januar 1918,  
die aber in dem Moment von den Bolschewiki sistiert wurde, als sich  
abzeichnete, dass sie keine Mehrheit erhalten würden.<sup>6</sup>

Die Mitglieder der Auslandsdelegation brachen dennoch auf und  
informierten die Vertreter der Entente-Staaten von St. Petersburg aus  
über ihre Ziele. In einem Ende Januar 1918 verfassten Telegramm an den  
Quai d'Orsay vertrat der französische Botschafter in Stockholm Eugène  
Thiébaud die Auffassung, dass es von Nutzen sein könne, mit der Est-  
nischen Verfassungsgebenden Versammlung gleich nach deren Eröffnung  
Beziehungen anzuknüpfen. So könnte Frankreich versuchen, Deutsch-  
land auf dieselbe Weise zu „überholen“, wie Berlin es bei der Anerken-  
nung Finnlands probiert habe. Dieser Schritt würde Frankreich zudem  
Sympathie und Einfluss in Estland sichern. Als der Leiter der estnischen  
Auslandsdelegation Jaan Tõnisson – noch vor seinen Kollegen – in Stock-  
holm angekommen war, hatte er die Vertreter der Entente darüber infor-  
miert, dass Estland in Verbindung mit einem deutschen Angriff plane,  
unverzüglich seine Unabhängigkeit zu deklarieren und eine Verfassungs-  
gebende Versammlung einzuberufen. Die Anerkennung der Unabhän-

<sup>4</sup> Siehe näher HOVI, *Cordon sanitaire or barrière de l'est?*, S. 147-152, 188-189.

<sup>5</sup> Siehe AGO PAJUR: *Die Geburt des estnischen Unabhängigkeitsmanifests 1918*,  
in: *Forschungen zur baltischen Geschichte* 1 (2006), S. 136-163. (Anm. der Re-  
daktion.)

<sup>6</sup> Zuletzt in deutscher Sprache hierzu KARSTEN BRÜGGEMANN: *Die Gründung der  
Republik Estland und das Ende des „Einen und unteilbaren Rußland“*. Die Pe-  
trograder Front des Russischen Bürgerkriegs 1918-1920, Wiesbaden 2002 (For-  
schungen zur Geschichte des Ostseeraums, 6), S. 64-67. (Anm. der Redaktion.)

gigkeit durch die Staaten der Entente, so Tönisson weiter, würde den Widerstand gegen die Deutschen in jedem Fall stärken.

Thiébaut unterstützte Tönissons Bitte am 23. Februar, und drei Tage später entschied die französische Regierung, die Unabhängigkeit Estlands *de facto* anzuerkennen. Die Anerkennung wurde auf den 1. März 1918 datiert und drei Wochen später folgte Großbritannien dem Vorbild Frankreichs. Der Begriff der De-facto-Anerkennung war während des Ersten Weltkrieges eingeführt worden. Er sollte helfen, das Objekt der Anerkennung zu ermutigen, ohne sich selbst durch endgültige Entscheidungen zu binden. Da die russische Frage immer noch offen war, wurde im Falle der russischen Randgebiete ihre endgültige De-jure-Anerkennung verschoben, bis eine zukünftige Friedenskonferenz das Schicksal Russlands würde entschieden haben.

Diese diplomatische Ermutigung enthielt jedoch eine Einschränkung, die in der früheren estnischen Forschung für Verwirrung und in der sowjet-estnischen Forschung für reichlich Schadenfreude gesorgt hat. Mit der Verfassunggebenden Versammlung erkannte Paris eine Institution an, die zu diesem Zeitpunkt keine Möglichkeit hatte, tatsächlich zusammenzutreten. Es handelte sich dabei allerdings keineswegs um einen absichtlichen Fehler, geschweige denn um eine List der Kapitalisten. Nach den ihr zur Verfügung stehenden Informationen hatte die französische Regierung allen Grund anzunehmen, dass eine estnische Verfassunggebende Versammlung bald zusammentreten und ihre Anerkennung die Esten in der gewünschten Weise zum antideutschen Widerstand ermutigen werde.

Auch die anderen nach Westen entsandten Mitglieder der Auslandsdelegation kamen im März in Stockholm an und setzten von dort aus ihre Reise in ihre jeweiligen Zielorte fort. Anfang April begab sich Ants Piip nach London und Kaarel Robert Pusta nach Paris. Der Widerstand der Esten unterschied sich deutlich von den anderen, eher pro-deutsch gesinnten Völkern Osteuropas. Deshalb erteilten die Entente-Regierungen Estland eine wiederholte De facto-Anerkennung: Großbritannien am 3. und Frankreich am 13. Mai 1918. Diesmal war die zum Widerstand ermutigende Geste an den Estnischen Landesrat gerichtet. Piip und Pusta hatten zwar in der Tat ihre Vollmachten noch von Landesrat erhalten, doch war seine öffentliche Wirksamkeit bereits im November 1917 von den Bolschewiki gewaltsam beendet worden. Von Bedeutung war hier jedoch der Wille in Paris und London, mithilfe einer Anerkennung der Institution, die das Land ja in den Staaten der Entente vertrat, den estnischen Widerstand zu ermuntern.<sup>7</sup>

Im November 1918 erkannte Paris Estland erneut *de facto* an; diesmal galt diese Geste der Estnischen Provisorischen Regierung. Solch eine Ermutigung wurde Lettland während des Ersten Weltkrieges nicht

<sup>7</sup> Siehe näher Hovi, *Cordon sanitaire or barrière de l'est?*, S. 113-118.

zuteil, wahrscheinlich, weil das Land von den Deutschen besetzt war und von seinen Unabhängigkeitsbemühungen nichts bis nach Paris durchdrang. Für Litauen kamen derartige diplomatische Ermunterungen seitens der Franzosen schon gar nicht in Frage, weil hier die Unabhängigkeit nur in einer im Rahmen gegenseitiger Absprachen mit Deutschland ausgehandelt werden konnte.<sup>8</sup> Das Ziel der französischen Regierung war die diplomatische Unterstützung der Esten in ihrem Antagonismus den Deutschen gegenüber, bis die Pariser Friedenskonferenz in der russischen Frage eine endgültige Entscheidung getroffen haben würde.

Gleich nach dem Abschluss des Waffenstillstands in Compiègne zogen sich die deutschen Truppen aus Estland zurück, die letzte Etappe des Estnischen Freiheitskriegs endete an der Ostfront gegen Sowjet-Russland mit dem Frieden von Tartu Anfang 1920. In Lettland und Litauen hielten sich die deutschen Truppen zwar noch länger, doch zogen sie sich Ende 1919 aus dem ganzen Baltikum zurück. Auch die Rote Armee verließ die Region im Frühjahr und Sommer 1920. Den baltischen Staaten gelang es damals, günstige Friedensverträge mit Sowjet-Russland zu schließen; Lettland erreichte auch einen Friedensschluss mit Deutschland. Riga hatte seine Unabhängigkeit am 18. November 1918 erklärt, doch hatte es die Pariser Regierung nicht eilig mit der Anerkennung des Landes. Für sie war es immer noch am wichtigsten, das „Eine und Unteilbare Russland“ für den Fall abzusichern, dass die weißen Russen siegen und die früheren Beziehungen zwischen den Kriegsverbündeten wiederhergestellt werden würden. Allerdings mussten zunächst zahlreiche praktische Fragen gelöst werden. Die Regierung Frankreichs erteilte daher Lettland und Litauen am 28. April bzw. 11. Mai 1919 eine De facto-Anerkennung.<sup>9</sup>

Die baltischen Staaten hatten somit zwar endlich Frieden, aber ihr anderes großes Ziel blieb unerreicht: die De jure-Anerkennung seitens der Entente. Sie hatten sich gegenseitig anerkannt, auch hatte Finnland Estland am 7. Juni 1920 anerkannt, doch blieb die erhoffte Geste seitens der Siegermächte aus. Die britische Regierung erwog zwar im Frühjahr 1920 die Anerkennung Litauens, um das Land gegen Polen und das hinter Warschaws Rücken um seinen Einfluss bemühte Frankreich zu unterstützen, zog sich aber letzten Endes doch zurück. Die Briten fürchteten eine mögliche Kettenreaktion, die nach der Anerkennung eintreten könnte. Ein diplomatisch anerkannter Kleinstaat hätte in den Völkerbund aufgenommen werden müssen, womit freilich auch die Verantwortung für seine Verteidigung verbunden gewesen wäre. Italien äußerte

<sup>8</sup> Zu Litauen vgl. JOACHIM TAUBER: *Stubborn Collaborators: the Politics of the Lithuanian Taryba, 1917–1918*, in: *Journal of Baltic Studies* 37 (2006), S. 194–209. (Anm. der Redaktion.)

<sup>9</sup> JULIEN GUESLIN: *La France et les pays baltes de 1918 à 1923. Mémoire de maîtrise*. Université de Paris I., Sorbonne 1996, S. 138.

ebenfalls seine Bereitschaft, alle baltischen Staaten anzuerkennen, doch wollte Rom nicht allein handeln.

Doch dann änderte Frankreich seine Position plötzlich und setzte auf der Entente-Konferenz am 26. Januar 1921 die gemeinsame De jure-Anerkennung der Unabhängigkeit Lettlands, Estlands und Georgiens durch. Dieses auf den ersten Blick überraschende Engagement Frankreichs hat in der Forschung durchaus Aufmerksamkeit erregt. Alle bekannteren Kommentatoren haben nach einer Erklärung für den Wandel in der französischen Russlandpolitik gesucht. General Wrangels Niederlage im Russischen Bürgerkrieg im Spätsommer 1920 ist in der Tat ein einleuchtender Grund gewesen. Mit ihm hatte der letzte nennenswerte General unter den weißen Russen das Spiel verloren. Spätestens Ende November wurde der französischen Regierung dann klar, dass es von nun an nicht mehr lohnte, auf einen Sieg der Weißen zu setzen.<sup>10</sup> Schon allein dies war Grund genug, um in altbewährter Weise eine radikale Entscheidung zu treffen, wobei es auch sein kann, dass die französische Regierung entschieden hatte, die Konferenz der Entente-Regierungen vom 24. bis 29. Januar 1921 abzuwarten, zumal auch ein Regierungswechsel bevorstand.

Es gab allerdings auch andere Gründe. Frankreich hatte angefangen, die Front seiner Verbündeten enger zusammenzuschließen. Am 7. September 1920 wurde ein Verteidigungsvertrag mit Belgien geschlossen. Seitdem Polen im Krieg gegen Sowjet-Russland zur Freude der französischen Regierung endlich seine Stärke gezeigt hatte, fing Paris an, ein Bündnis mit Polen zu erwägen. Ein vielfältiges Bündnispaket wurde ab Februar 1921 fertig gestellt. Dazu gehörten ein politischer Vertrag vom 19. Februar, ein Verteidigungsvertrag vom 21. Februar 1921 und schließlich ein Handelsvertrag vom 20. Juni 1922. Es war charakteristisch für das Defensivbündnis, dass für den Fall eines Konflikts mit dem Deutschen Reich die Vertragsbedingungen automatisch eine Kooperation vorsahen. Im Falle eines Konflikts mit Sowjet-Russland hingegen war Frankreich nur zu prophylaktischen Unterstützungsmaßnahmen gegenüber Polen verpflichtet.<sup>11</sup> Diese neu entstandenen Bündnisbeziehungen setzten zugleich voraus, dass Polen die Reihen der französischen Verbündeten dadurch ergänzen sollte, dass es Bündnisverträge einerseits mit den baltischen Staaten und Finnland und andererseits mit der Tschechoslowakei und Rumänien abschließen sollte. Tatsächlich wurde schon am 3. März 1921 ein Verteidigungsvertrag zwischen Polen und Rumänien unterzeichnet.

Nördlich von Polen war bereits auf eigene Initiative eine Zusammenarbeit zwischen den Grenzstaaten in Gang gekommen, der sich nun auch Polen anschloss. Warschaus Ziele hierbei trugen jedoch einen anderen

<sup>10</sup> Rundtelegramme von Leygues, 8. und 22.11.1920. Service Historique d'Armée de Terre (künftig: SHAT), Vincennes. Série 6 N 292.

<sup>11</sup> Siehe näher Hovi, *Alliance de revers*, S. 102-110.

Charakter als die ins Auge gefasste Kooperation der übrigen Grenzstaaten. Polen strebte eine Konföderation mit Litauen auf der Grundlage der gemeinsamen historischen Erfahrung als Großmacht an. Es versuchte, die litauische Regierung mit durchaus unterschiedlichen Strategien zu gewinnen, mal mit Lockungen, mal mit Zwang. Schließlich besetzte der polnische General Żeligowski sogar Litauens historische Hauptstadt Vilnius (poln. Wilno), um es dadurch in eine gemeinsame Konföderation zu zwingen. Das nationale Erwachen Litauens war seinerseits jedoch hauptsächlich gegen den historischen Konföderationspartner Polen gerichtet gewesen, und es erwies sich als unmöglich, seinen Widerstand zu brechen und es zur Anerkennung der polnischen Übermacht zu zwingen. Die Reaktion Litauens auf die Besetzung des Wilna-Gebiets war der Abbruch jeglicher Beziehungen mit Warschau. Litauen sah sich im Kriegszustand mit Polen und nahm an den Konferenzen der Grenzstaaten nicht teil, wenn auch eine polnische Delegation anwesend war.

Um Litauen zu umgehen und es auf andere Weise für eine Zusammenarbeit zu gewinnen, näherte sich Warschau den Staaten weiter im Norden an, darunter besonders an Lettland. Die guten Beziehungen Rigas zu den Litauern waren allgemein bekannt. Trotzdem gelang es auch mit Hilfe Lettlands und der anderen Grenzstaaten nicht, Litauen auf solch eine Weise in eine Zusammenarbeit einzubinden, wie Polen es geplant hatte. Obwohl Warschau den lettischen Wünschen entgegenkam und die Rigaer Regierung am 6. Oktober 1919 *de facto* anerkannte, und es beim Zurückdrängen der Roten Armee aus Lettland mitgeholfen hatte, gelang es ihm nicht, seine Hegemonieansprüche den Letten gegenüber zu verheimlichen.

Lettgallen, der südwestliche Teil Lettlands, hatte in der Vergangenheit dem polnischen Großreich angehört. Dessen Erbe bestand in einer zahlreichen polnischen Minderheit, die zumeist aus Großgrundbesitzern und Angehörigen der lokalen Eliten bestand. Die polnische Regierung begann, für diese Gruppe Sonderrechte zu verlangen, besonders in Bezug auf eine Befreiung von der allgemeinen Bodenreform. Außerdem benötigte Polen sichere Häfen. Denn während des Sowjetisch-Polnischen Krieges war deutlich geworden, dass die deutsche Bevölkerung von Danzig (poln. Gdańsk) in der Lage war, im Falle eines Konflikts den einzigen Zugang Polens zur Ostsee zu sperren. Das in Warschau als ein Verbündeter angesehenes Lettland dagegen besaß mit Riga und Liepāja gute Häfen, die auch über eine geeignete Bahnverbindung verfügten. Die polnische Regierung verlangte nun den Hafen von Liepāja für 99 Jahre als exterritoriales Gebiet, gesichert durch eine polnische Garnison.

Dies wiederum ließ die lettische Regierung das Schlimmste befürchten, zumal General Żeligowski, der im Spätherbst 1920 das Wilna-Gebiet besetzt hatte, nun begann, seinen Eroberungszug in Richtung der lettischen Grenze auszuweiten. Außerdem stellte sich heraus, dass die pol-

nische Regierung versucht hatte, Konzessionen zu erpressen, indem sie die Aufnahme Lettlands in den Völkerbund verhindert und die De jure-Anerkennung Rigas verzögert hatte. Als jedoch die Siegermächte sich 1921 endlich anschickten, Lettland die Anerkennung zu erteilen, hatte es der polnische Gesandte plötzlich eilig. Die zerknitterte Anerkennungs-urkunde war, wie sich nun herausstellte, bereits im Sommer 1920 mit Jahreszahl ausgestellt worden. Es blieb dem Gesandten nichts anderes übrig, als den letzten Tag des Jahres als Datum einzutragen, was peinlicher-weise natürlich sofort herauskam.

Aufgrund der kaum verhüllten imperialistischen Intentionen Warschaus und der Trickserei mit der diplomatischen Anerkennung wies Lettland alle von ihm verlangten Zugeständnisse bezüglich der lettischen Häfen zurück und begann, Litauen in der Wilna-Frage öffentlich zu unterstützen. Weil Riga auch die Pariser Regierung dafür verantwortlich machte, dass es nicht in den Völkerbund aufgenommen wurde, mussten die Franzosen die Letten mehrfach beruhigen, um von dem Bündnisprojekt mit Polen zu retten, was noch zu retten war. Konsequenz setzte Frankreich schließlich die De jure-Anerkennung Lettlands durch; Estland wurde dann aufgrund seiner ähnlichen internationalen Position gleich miteinbezogen.<sup>12</sup> Die zur selben Zeit beabsichtigte Anerkennung Georgiens wurde hingegen nur bedingt erteilt; man verlangte von den georgischen Vertretern in erster Linie zu erfahren, ob ihr Staat überhaupt gewillt und fähig sei, die diplomatische Anerkennung entgegenzunehmen.<sup>13</sup>

Die Entscheidung Frankreichs, Lettland und Estland diplomatisch anzuerkennen, war verbunden mit der Ära der französischen Großmacht-politik. Nachdem Paris die gewünschten Friedensbedingungen nicht hatte erreichen können, baute es seine Zukunft auf die eigene Groß-machttrolle, auf die wortwörtliche Interpretation des Friedensvertrages und auf die stabilen Beziehungen mit seinen übrig gebliebenen Ver-bündeten. Paris wachte streng über den Friedensvertrag und erwiderte seine Verletzung mit Sanktionen, indem es immer wichtigere Gebiete Deutschlands besetzte. Ausdruck dieser Machtpolitik war auch die Tat-sache, dass Frankreich bereit war, in Reaktion auf eine besonders dras-tische Verletzung des Vertragswerks mit 60–90 Divisionen auf Berlin zu marschieren.<sup>14</sup>

---

<sup>12</sup> Ebenda, S. 115–119; KALERVO HOVI: Interessensphären im Baltikum. Finnland im Rahmen der Ostpolitik Polens 1919–1922, Helsinki 1984 (Studia Historica, 13), S. 75–80, 114–120.

<sup>13</sup> Rundtelegramm von Peretti, 26.1.1921. SHAT 292.

<sup>14</sup> CLEMENS A. WURM: Die französische Sicherheitspolitik in der Phase der Umo-rierung 1924–1927, Frankfurt am Main 1979 (Europäische Hochschulschriften, R III. B 115), S. 311–315, siehe auch JEAN DOISE/MAURICE VAÏSSE: Diplomatie et outil militaire 1871–1991, Paris 1992, S. 328–340.

Nach der Besetzung des Ruhrgebiets kam diese Form der Machtpolitik jedoch zu ihrem zwingenden Ende. Die Anwendung von Gewalt wurde von der Weltöffentlichkeit scharf verurteilt. Deutschland antwortete auf die Besetzung mit passivem Widerstand und entfesselte so die seit dem Ende des Ersten Weltkriegs verborgen gehaltene Inflation. Die Besetzung des Ruhrgebiets überspannte aber auch die wirtschaftlichen Möglichkeiten Frankreichs. Auch hier nahm die Inflation zu, so dass Paris 1924 nicht mehr in der Lage war, seine Bündnispflichten zu erfüllen, vor allem in Bezug auf die Kredite für die Aufrüstung der Länder Osteuropas.

Auch die zahlenmäßige Stärke der Armee wurde nun gesenkt und die Unterhaltskosten verringert. Der mit großen Nachschubproblemen kämpfende General Duval merkte verbittert an, dass allein die Pferde der französischen Armee mehr Futterten als es die Vorsorge des Staates eigentlich erlaubte.<sup>15</sup> Die Armee hatte Angst, ihre Sonderstellung als wichtigstes Mittel der französischen Außenpolitik zu verlieren. Allerdings verringerte der sich im Lande ausbreitende Pazifismus den Einfluss des Militärs ebenfalls.

Am bedeutsamsten war allerdings die Tatsache, dass auch die verteidigungspolitische Doktrin Frankreichs in Gefahr geriet. Das Land unterhielt nach dem Ersten Weltkrieg eine riesige Armee, und der Generalstab konnte noch 1922 damit rechnen, dass ihm zum Niederhalten Deutschlands bei Bedarf jene erwähnten 60-90 Divisionen zur Verfügung stünden. Im Laufe des Jahres 1925 erhielt aber schließlich die Überzeugung die Oberhand bei der militärischen Planung, dass Frankreich nicht in der Lage war, mit Hilfe seiner Waffen Deutschland im Zaum zu halten. Im Falle eines Kriegsausbruchs könne es höchstens 45 Divisionen in den Kampf schicken, wobei nur 30-35 von ihnen ordentlich ausgerüstet werden könnten. Man ging gleichzeitig davon aus, dass die deutsche Reichswehr trotz der Entmilitarisierung fast dieselbe Stärke aufzubieten in der Lage sei und nach einer allgemeinen Mobilisation sogar noch mehr. Aufgrund seiner kraftvolleren Industrie könnte es dann den Krieg auch gewinnen.

Die französische Regierung zog daraus den Schluss, dass nun die Diplomatie wichtiger sei denn je. Um seine Sicherheit zu gewährleisten, musste Frankreich auf den Völkerbund, auf Großbritannien und Italien setzen.<sup>16</sup> Das Ergebnis dieser Neuausrichtung der Außenpolitik war der Bau der Marginot-Linie an der Ostgrenze Frankreichs. Damit sollte den französischen Truppen im Falle eines Krieges die Möglichkeit gegeben werden, sich dahinter zurückzuziehen, um die Hilfe Englands oder anderer Verbündeter abzuwarten.

---

<sup>15</sup> Le Matin, 21.10.1920.

<sup>16</sup> Siehe näher WURM, Die französische Sicherheitspolitik (wie Anm. 14), S. 298-315.



Da Frankreichs Außenpolitik auf dem Völkerbund basierte, benötigte es auch dort treue Verbündete. Schon Anfang 1924, noch unter der Rechtsregierung, die ansonsten eher traditionelle Großmachtpolitik betrieb, fing Paris an, eine solche *groupe homologue* zu bilden. Man setzte sich zum Ziel, die Grundsätze der Defensivbündnisse abzumildern, d.h. sie nicht mehr auf den Konflikt mit einem bestimmten Staat hin zu formulieren, und nur noch solche Bündnis- und Freundschaftsverträge zu schließen, die in den friedlichen Kooperationsrahmen passten, den der Völkerbund vorgab.

Beim Abschluss des ersten neuartigen Vertrags war die Komponente des Zwangs für Frankreich jedoch noch deutlich zu erkennen. Im Nachklang der Ruhrgebietsbesetzung versuchte Paris einen Verteidigungsvertrag nach polnischem Vorbild auch mit der Tschechoslowakei abzuschließen. Die Tschechen jedoch waren nicht gewillt, ein gegen Deutschland gerichtetes Bündnis einzugehen; von der Sowjetunion war im Vorschlag der Franzosen schon keine Rede mehr. Allerdings spürte die französische Regierung nun, welche Vorteile ein unverbindlicher Kooperations- und Freundschaftsvertrag bringen könnte, und akzeptierte den Vorschlag Prags, das Bündnis nicht gegen Dritte zu richten. Schließlich wurde am 25. Januar 1924 ein französisch-tschechischer Bündnis- und Freundschaftsvertrag unterzeichnet. Für alle Fälle wurde dem Vertrag ein geheimer Notenwechsel beigefügt, der für den Ernstfall eine Kooperation der Generalstäbe vorsah.

Frankreich schloss ähnliche Verträge auch mit Rumänien und Jugoslawien ab. Obwohl diese erst etwas später unterschrieben wurden, waren auch sie schon in ihren Grundzügen im Januar und Februar 1924 festgelegt worden. So ergab sich die Wende in der französischen Außenpolitik nicht erst aus den Wahlen im Mai 1924, sondern hatte tiefere mentale Gründe. Der Vertragsabschluss mit Rumänien verzögerte sich, weil Frankreich strikt gegen dessen Forderung war, Bessarabien Garantien für den Fall eines sowjetischen Angriffs zu geben. In den Vertragsabschluss mit Jugoslawien mischte sich Italien ein, das sich wiederholt als dritten Vertragspartner ins Spiel brachte. Trotz der Konkurrenz um das Donaugebiet war Italien für Frankreich aber doch so wichtig, dass Paris in erster Linie bestrebt war, auf die italienische Karte zu setzen. Der Bündnis- und Freundschaftsvertrag zwischen Frankreich und Rumänien wurde am 10. Juni 1926 abgeschlossen, der Vertrag mit Jugoslawien folgte am 11. November 1927. Beide Verträge wurden ergänzt durch einen geheimen Notenwechsel über die Kooperation der Generalstäbe im Bedarfsfall.

Da sich der Charakter der französischen Außenpolitik im Vergleich zu den vom Geist der Großmachtpläne gekennzeichneten Jahren in der Tat verändert hatte, wäre eigentlich auch eine Lockerung der französisch-polnischen Vertragsbestimmungen infrage gekommen. 1924 bemühte sich Paris auch darum, indem es Polen an die Kleine Entente anzunäh-

ern versuchte. Im Sommer nahm der französische Generalstab dann Verhandlungen auf, um die bindenden Klauseln des Bündnisvertrags aufzuheben. Man wollte vor allem jeden Hinweis darauf streichen, dass der Vertrag gegen Deutschland und die Sowjetunion gerichtet sei; Paris wollte auch seine Beziehungen mit Warschau auf die Grundlage eines allgemeinen Kooperationsvertrags stellen.<sup>17</sup> Damit waren die Polen allerdings nicht einverstanden und wollten alle militärischen Verpflichtungen so belassen. Das alte Vertragspaket blieb dann tatsächlich bis zum Herbst 1939 gültig. Zwar haben die Grenzverträge von Locarno die Bündnisverträge Polens nicht direkt geschwächt, doch wurden die Beziehungen aufgrund der eindeutigen Bindung Frankreichs an das Vertragsystem des Völkerbunds gestört. Im Mai 1926 riss schließlich Marschall Piłsudski die Macht an sich und führte die polnische Außenpolitik ohnehin in mehr und mehr eigenständige Gewässer.

In der Ära seiner Großmachtspolitik hatte sich Frankreich stark an Warschau gebunden und die Vereinigung Litauens mit Polen unterstützt. Als es sich in seiner Außenpolitik aber am Völkerbund auszurichten begann, war Polens Macht nicht mehr so wichtig für Frankreich, schon weil auf den Völkerbundversammlungen nicht gruppenweise abgestimmt wurde, sondern jeder Staat seine eigene Stimme hatte. Somit wuchs die Bedeutung Litauens, weil es die Gruppe der Länder hätte verstärken können, die entsprechend den Pariser Interessen abstimmten. Schon früher hatte man ja die Hoffnung gehegt, dass Polen das Pariser Bündnisssystem durch Vertragsbeziehungen im Norden und Süden erweitern möge. Bis dahin hatte Frankreich seine *groupe homologue* aus der Kleinen Entente und Polen zusammengestellt. Es stellt sich die Frage, ob es in der Pariser Politik auch Platz für ähnliche Tendenzen in Baltikum gab, also für eine baltische Parallele?

Auf der Ebene von manchen Wunschvorstellungen und bloßer Rhetorik gab es im französischen außenpolitischen Apparat gewiss Anhaltspunkte für die Relevanz einer solchen baltischen Parallele. Die Ministerpräsidenten Raymond Poincaré und (seit Mai 1924) Edouard Herriot, der Leiter der politischen Abteilung Emanuel Peretti de la Rocca, der Leiter der Europaabteilung Jules Laroche und die entsprechenden Botschafter diskutierten regelmäßig die Möglichkeit, ein Bündnis mit Finnland, den baltischen Ländern und Polen zu organisieren. Eine direkte Initiative für ein solches Bündnis ging von den Franzosen allerdings nicht aus, obgleich einige kleinere Schritte in diese Richtung zu verzeichnen waren. Um alte Konflikte zu bereinigen, wurde ein Zugeständnis von Polen erreicht: 1922 tauschte es seinen Botschafter in Riga aus, der eini-

<sup>17</sup> KALERVO HOVI: Der Umbruch der französischen Allianzpolitik in Ostmitteleuropa 1924–1927. Eine Wende der Mentalität?, in: Internationale Beziehungen im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift für Winfried Baumgart zum 65. Geburtstag, hrsg. von WOLFGANG ELZ, SÖNKE NEITZEL, Paderborn 2003, S. 286–289.

gen Unmut erregt hatte, woraufhin sich die Beziehungen zwischen beiden Ländern entspannten.<sup>18</sup>

Estland und Lettland haben schließlich am 1. November 1923 ein Verteidigungsbündnis abgeschlossen. Es war zwar nicht das Verdienst Frankreichs, entsprach jedoch völlig den Pariser Zielen. Eine engere sicherheitspolitische Zusammenarbeit der beiden Nachbarstaaten kam Frankreich zugute. Im Mai 1923 reiste der estnische Außenminister Aleksander Hellat mit Unterstützung des lettischen Außenministers Zigfrīds Anna Meierovics' in die litauische Hauptstadt Kaunas, um die dortige Regierung „zur Vernunft zu bringen“. Er gab bekannt, dass Estland und Lettland ihre guten Beziehungen zu Litauen wahren wollten, dies jedoch nicht auf Kosten der vortrefflichen Beziehungen mit Polen: Das Bündnis der Grenzstaaten dürfe nicht gegen Polen gerichtet sein. Angesichts der potentiellen Gefahren für die Region rief Hellat seine die litauische Politik zur Zusammenarbeit mit ihren nördlichen und südlichen Nachbarn auf.<sup>19</sup>

Das war in französischen Augen eine willkommene Initiative, die im Außenministerium freudig begrüßt wurde. Man hatte sich ernsthaft Sorgen wegen der komplett abgebrochenen Beziehungen zwischen Polen und Litauen gemacht. Paris hatte beiden Ländern schon immer empfohlen, sich zu versöhnen, dieser Rat blieb jedoch ohne Resultat, solange Frankreich öffentlich eine Vereinigung Litauens mit Polen befürwortete. Ebenso wenig Erfolg hatten Mahnungen an Polen. Im Sommer 1922 stellte die französische Regierung schließlich fest, dass es keinen Fortschritt geben werde, solange man Litauen die De jure-Anerkennung verweigert und Kaunas nicht dazu bringt, Warschau gegenüber eine tolerantere Haltung einzunehmen. Tatsächlich erreichte Paris am 20. Dezember 1922 die Zustimmung der übrigen Siegermächte für eine gemeinsame Anerkennung Litauens.<sup>20</sup>

Die Aufrufe zur Versöhnung setzten sich in den folgenden Jahren fort. Der litauische Botschafter in Paris, Oscar Vladislas de Lubicz Milosz (Oskaras Milašius), erfuhr aus den regelmäßigen Besprechungen mit dem Beamten des Quai d'Orsay, dass Frankreich seine *groupe homologue* in Baltikum stärken wollte. Die unmittelbare Voraussetzung hierfür war die Versöhnung zwischen Polen und Litauen. Die Franzosen versuchten Milosz davon zu überzeugen, dass die Besetzung des Wilna-Gebiets nicht unbedingt heißen müsse, dass Litauen und Polen keine pragmatischen Beziehungen miteinander pflegen. Denn auch Paris habe ja während der 50 Jahre währenden Besetzung von Elsass-Lothringen

<sup>18</sup> Martel aus Riga an Poincaré, 14.1.1922. AMAE Lettonie 5.

<sup>19</sup> Padovani aus Kaunas, 22.5.1923. AMAE Lituanie 26.

<sup>20</sup> Poincaré an Panafieu nach Warschau, 28.7.1922. AMAE Pologne 73; Rundtelegramm von Poincaré, 20.12.1922. AMAE Lituanie 26.

die Beziehungen mit Berlin nicht abgebrochen.<sup>21</sup> Diese Argumentation hatte zwar die Logik auf ihrer Seite, doch war sie vor dem Hintergrund der litauischen Ressentiments aussichtslos.

Dieser diplomatische Doppelknoten schien sich schließlich mithilfe der Memel-Frage lösen zu lassen: Frankreich akzeptierte die Besetzung des Memellands durch Litauen Anfang 1923 und protestierte nur in recht zurückhaltender Form. In Paris hoffte man jetzt, die *polnische* Besetzung des Wilna-Gebiets gegen die *litauische* Besetzung des Memel-Gebiets aufrechnen zu können. Die Franzosen gingen davon aus, dass sich Litauen mit dem Memelstatut zufrieden geben würde, womit die Region im Frühjahr 1924 zum litauischen Territorium erklärt wurde. Ein Jahr später erklärte Kaunas sich auch bereit, zusammen mit Polen an einer „technischen“ Beratung teilzunehmen, in der das Flößen auf der Memel besprochen werden sollte. In seiner Freude darüber, dass Polen und Litauer sich nun an einem Verhandlungstisch gegenübermaßen, schrieb der französische Außenminister Aristide Briand der litauischen Regierung am 31. August 1925 einen Brief, in dem er den Wusch äußerte, dass Litauen und Polen nun in „eine neue Epoche eintreten“ und normale Beziehungen knüpfen könnten.<sup>22</sup>

Trotz des Optimismus nach den Locarno-Verträgen gelang es der französischen Regierung allerdings nicht, Litauen zum Beitritt in die *groupe homologue* zu bewegen. 1926/27 fand in Litauen ein Staatsstreich statt und das Land neigte nun deutlicher als zuvor einem Ausgleich mit Deutschland und der Sowjetunion zu. Allerdings brachte der Staatsstreich in Litauen eine gewisse Klarheit in die polnisch-litauischen Beziehungen. Marschall Pilsudski nahm im Dezember 1927 persönlich an einer Völkerbundsitzung teil und stellte mit Nachdruck die Frage, ob zwischen Polen und Litauen Krieg oder Frieden sei. Daraufhin war der litauische Vertreter gezwungen zu antworten, dass Frieden herrsche.<sup>23</sup>

Solange die litauische Position kompromisslos blieb, richtete Frankreich seinen Blick wiederum auf andere Grenzstaaten. Schon der gemeinsame Versuch Estlands und Lettlands, Litauen „zur Vernunft zu bringen“ war mit Freude begrüßt worden. Besonders große Hoffnungen knüpften sich an die Ernennung von Kaarel Robert Pusta zum Außenminister Estlands 1924. Pusta war in Frankreich *persona gratissima*, weil er es war, der 1918 die Bitte Estlands um Anerkennung eingereicht hatte und danach als estnischer Gesandter in Paris akkreditiert war. Man hoffte, dass er

<sup>21</sup> Milosz-Milasius aus Paris an Galvanauskas, 23.4 und 9.6.1924. Lietuvos Centrinis Valstybės Archyvas, Vilnius. Paryžius 1924. Die Berichte des international erfahrenen Lubec-Milosz-Milasius, der längere Zeit in Paris studiert hatte, sind leicht zugänglich, weil er auf Französisch schrieb.

<sup>22</sup> Siehe ALFRED ERICH SENN: *The Great Powers, Lithuania and the Vilna Question 1920–1928*, Leiden 1966 (Studies in East Central Europe, XI), S. 122–129, 140, 146.

<sup>23</sup> Ebenda, S. 196–197.

dabei behilflich sein könnte, eine auf Frankreich orientierte Außenpolitik in den Grenzstaaten mit zu gestalten. Aus demselben Grund setzte man auch große Hoffnungen in die Grenzstaatenkonferenz im Januar 1925 in Helsinki. Von Finnland, Estland, Lettland und Polen wurden konkrete Ergebnisse erwartet, d.h. internationale Schiedsabkommen und Vereinbarungen über die Kooperation der Generalstäbe. Zum Teil haben sich diese Hoffnungen auch realisieren lassen.<sup>24</sup>

Allerdings beließ es Frankreich auch diesmal bei moralischer Unterstützung, es erweckte bestimmte Hoffnungen und spornte die Verhandlungspartner an. Mehr war allerdings im Grunde auch nicht nötig, da Finnland, Estland, Lettland und Polen das von Frankreich vorgeschlagene kollektive Sicherheitssystem und Schiedsverfahren bei der Abstimmung im Völkerbund unterstützten. Andererseits hat man in Frankreich die Situation in Osteuropa wohl nicht immer ganz verstanden und wohl auch die Mentalität der politischen Partner nicht so ganz einschätzen können. Die Franzosen scheinen zuweilen einfach erwartet zu haben, dass die Osteuropäer auf genau die Art und Weise ihre eigenen Interessen umsetzen würden, wie man es in Paris voraussetzte.<sup>25</sup>

---

#### SUMMARY

---

### *The Shift of the Emphasis in French Baltic Policy during the 1920's*

In early spring 1918 the only sign of a possible resistance to German occupation and expansion in the vast area of the former Russian borderlands was the Estonian movement of independence. The French government was ready to recognize Estonian independence *de facto* in order to encourage the Estonians in their resistance to the German occupation. So the first *de facto* recognition was given to the Estonian Constituent Assembly on 1<sup>st</sup> of March 1918. When it was realized that the Constituent Assembly could not meet, a new recognition was given to the Estonian Diet on the 13<sup>th</sup> of May. On the 6<sup>th</sup> November the French government once more corrected the *de facto* recognition that concerned this time the Estonian Provisional Government.

France did not consent to *de jure* recognition until January 1921. By then the Soviet government seemed to be victorious in the Russian civil war

---

<sup>24</sup> Rundtelegramm von Laroche, 24.2.1925. AMAE Esthonie 5.

<sup>25</sup> Siehe näher KALERVO HOVI: Ranska ja Itä-Euroopan toiseus 1917–1927. [Frankreich und das osteuropäische „Andere“], in: Mielikuvien maanosat [Die Kontinente der Imagination]. Festschrift für Olavi K. Fält, hrsg. von KARI ALENUS, SEIJA JALAGIN, MARKKU MÄKIVUOTI, SINIKKA WUNSCH, Oulu 2006, S. 123–130.

and there was no actual possibility for a Russia led by White politicians whatsoever. Furthermore, France was building her alliance policy on the Polish pillar. A Franco-Polish political and military treaty was signed in February 1921, and the French government expected that Poland would extend the system of alliances by her own treaties.

At the end of 1920, however, Poland encountered difficulties with her northern neighbours, not only with Lithuania but also with Latvia. The biggest obstacles were Polish demands of extraterritorial rights in Latvian harbours, above all in Liepāja, which fostered Latvian fears of Polish imperialism that had been showing itself in the Vilnius area a few months before. In the French perspective it was necessary that Poland would build her alliances with the Baltic countries through giving encouragement to the Latvians. So the French took the initiative to recognize Latvia on the 27<sup>th</sup> of January 1921 *de jure*. Basically because of the analogous international situation the recognition was extended to Estonia, too.

In 1922 the French government decided that it was time to settle the crucial differences between Poland and Lithuania. Thus Paris took the initiative to recognize Lithuania *de jure* in December 1922. It wanted to dispel Lithuanian misgivings about the Vilnius-case and continued her efforts until 1927 but in vain. However, Estonian and Latvian efforts in the same direction were approved, and a Polish-Latvian-Estonian-Finnish treaty on arbitration signed in 1925 was interpreted as fulfilment of the French policy.

# Frauen in den Parlamentswahlen der Republik Lettland 1920–1934

VON INETA LIPŠA

Ihre politischen Rechte erhielten die weiblichen Bürger der Republik Lettland am 18. November 1918. In der Gründungsdeklaration des unabhängigen Staats hatte der Volksrat erklärt, dass die Verfassunggebende Versammlung „auf Grundlage des allgemeinen, direkten, gleichen, geheimen und proportionalen Wahlrechts beider Geschlechter“ einberufen werden sollte.<sup>1</sup> Diese Tatsache wurde dann durch das „Gesetz über die Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung Lettlands“ vom 19. August 1919 und schließlich in der am 15. Februar 1920 verabschiedeten Verfassung bestätigt. Im ersten legislativen Organ der Republik Lettland, der Verfassunggebenden Versammlung, saßen 1920 sechs Abgeordnete weiblichen Geschlechts. Das Prozedere der Wahlen zur Saeima, dem lettischen Parlament, wurde von der Konstituante allerdings am 14. Juli 1922 dahingehend modifiziert, dass nun Wahllisten vorgesehen waren, auf denen die Wähler unerwünschte Kandidaten durchstreichen und andere aus demselben Wahlbezirk hineinschreiben konnten. Dabei konnten die Wähler auch die Reihenfolge der Kandidaten auf der Liste ändern, indem die einen nach oben, die anderen nach unten verschoben werden konnten. Nach diesem Verfahren wurde weder in die 1. Saeima von 1922 noch in die 2. (1925) oder 3. Saeima (1928) eine Frau gewählt; erst in die 4. Saeima von 1931 zog wieder eine Abgeordnete ein. Dabei war als Hauptargument für die Einführung der veränderbaren Wahllisten die größtmögliche Freiheit der Wähler bei der Auswahl der Kandidaten vorgebracht worden. Die Stenogramme der Verfassunggebenden Versammlung<sup>2</sup> zeigen, dass während der diesbezüglichen Debatte keiner

---

Dieser Text basiert auf dem lettischen Artikel: Sievietes Latvijas Republikas parlamentārājās vēlēšanās (1920–1934), in: Latvijas Vēsture 2005, Nr. 4, S. 17–23.

<sup>1</sup> Latvijas valsts pasludināšana 1918. gada 18. novembrī [Erklärung über die Gründung des Lettischen Staates am 18. November 1918], Rīga 1998, S. 100.

<sup>2</sup> Die Konstituante erörterte zu dieser Zeit auch die Einführung der veränderbaren Wahllisten nicht nur bei den Parlamentswahlen, sondern auch bei den Wahlen der Gemeinde- und Stadträte. Siehe Latvijas Satversmes sapulces stenogrammas [Stenogramme der Verfassunggebenden Versammlung Lettlands], Heft 21, [Riga] 1921, S. 1907–1922: Verfassungsgebende Versammlung, IV. Session, 23. Sitzung (15.11.1921) u. 24. Sitzung (16.11.1921); ebd., Heft 22, S. 2014, 2021, 2023–2024, 2026, 2029: 27. Sitzung (22.11.1921); ebd., Heft 23, S. 2130–2138: 31. Sitzung (30.11.1921); ebd., Heft 25, S. 2304–2312, 2313–2322, 2361–2380: 36. Sitzung (13.12.1921); 37. Sitzung (14.12.1921); 38. Sitzung (16.12.1921); ebd., Heft 12, [Riga] 1922, S. 1749, 1772–1778: V. Session, 50. Sitzung (9.6.1922); ebd., Heft

der Abgeordneten, unter denen ja auch sechs Frauen waren, erkannte, wie krass das neue Prinzip die Wahlsituation der weiblichen Kandidaten beeinflussen sollte.

Das Anliegen des vorliegenden Artikels ist eine Analyse der programmatischen Angebote der politisch aktiven Frauen, ihrer Taktik und der erzielten Ergebnisse bei den Wahlen, um so zu einer Antwort auf die Frage zu gelangen, warum so lange keine Frauen in die Saeima gewählt wurden, und inwieweit die lettische Politik dieser Zeit vielleicht aufgrund von traditionellen Gesetzmäßigkeiten innerhalb der Gesellschaft eine männliche Domäne geblieben ist.

Politische Aktivitäten von Frauen gab es in allen Parteien. Die Vertreterinnen der Zentristen und der Rechten wurden als bürgerliche Frauen bezeichnet. Sie arbeiteten in denselben gesellschaftlichen Organisationen und veranstalteten gemeinsame Konferenzen oder Kongresse. Von den Zeitgenossen und von ihnen selbst wurden ihre Aktivitäten zunehmend mit der Frauenbewegung assoziiert. Zum Zentrum der bürgerlichen Frauen wurde die Nationalliga der lettischen Frauen (*Latvju sieviešu nacionālā liga*)<sup>3</sup>, später der Rat der Frauenorganisationen Lettlands (*Latvijas Sieviešu organizāciju padome*)<sup>4</sup>, dessen führende Vertreterinnen aus in der Presse präsent waren. Ihre Artikel erschienen in den „Jaunākās Ziņas“ (Neueste Nachrichten) und seit 1926 in Abstimmung mit der Redaktion auch in der Zeitschrift „Zeltene“ (Das Mädchen). Von 1934 an publizierten sie Beiträge in ihrer eigenen Zeitschrift „Latviete“

15, S. 2345-2346: 67. Sitzung (5.7.1922); ebd., Heft 17, S. 2557-2562: 73. Sitzung (11.7.1922); ebd., Heft 18, S. 2706-2707: 78. Sitzung (14.7.1922).

<sup>3</sup> Die Nationalliga wurde 1917 in St. Petersburg gegründet, ihre Wiedergründung fand 1922 statt. *Latvju sieviešu nacionālās ligas desmit gadu darbības pārskats* [Bericht über zehn Jahre Tätigkeit der Nationalliga der lettischen Frauen], Rīga 1932.

<sup>4</sup> Die Idee der Vereinigung von elf Frauenorganisationen wurde während der 1. Frauenkonferenz Lettlands im September 1925 geäußert. Aber die Ausarbeitung der Statuten zog sich bis 1929 hin. Bis dahin arbeitete diese zentrale Vereinigung inoffiziell als provisorischer Rat der Frauenorganisationen Lettlands, obwohl auch diese Vereinigung „Rat“ genannt wurde. 1931 gehörten ihr 14 Frauenorganisationen an. Nach dem Misserfolg bei den Wahlen zur 4. Saeima spaltete sie sich vor den Wahlen zur 5. Saeima 1933. In ihr verblieben zehn Organisationen, die eine eigene Frauenliste für die Wahlen abgelehnt hatten und auf den Parteienlisten kandidieren wollten. Die übrigen 13 Organisationen mit Emīlija Lazdiņa an der Spitze gründeten die „Frauengenosenschaft Lettlands“ und stellten sich mit einer eigenen Liste zur Wahl. Lazdiņa war bis zum Ende der 1920er Jahre, d.h. bis zu ihrem Einstieg in die Frauenbewegung, als eine der wenigen Frauen bekannt, die zu den Führern des „aktiven Nationalismus“ gehörte und im November 1926 sogar für ihre Beteiligung daran verhaftet worden war. Siehe EMĪLIJA LAZDIŅA: *Sieviete sabiedriskā dzīvē un darbā* [Die Frau im gesellschaftlichen Leben und bei der Arbeit], in: *Sieviete* [Die Frau] 1931, Nr. 1, S. 3f.; *Paskaidrojums* [Erklärung], in: *Sievietes Balss* [Stimme der Frau], 15.4.1934. Weitere Informationen über die Beziehung Lazdiņas zum „aktiven Nationalismus“ bei ULDIS KRĒSLIŅŠ: *Aktīvais nacionālisms Latvijā* [Der aktive Nationalismus in Lettland] 1922–1934, Rīga 2005, S. 117-122, 129, 131, 262, 264.



(Die Lettin). Unabhängig von ihnen arbeiteten die politisch links einzuordnenden Frauen, die ihre wichtigste Organisation im Frauenzentrum der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Lettlands hatten, das mit der „Darba Sieviete“ (Die arbeitende Frau) auch eine eigene Zeitschrift herausgab, die von 1923–1930 erschienen ist.

Obwohl sich die Ansichten der sozialdemokratischen und der bürgerlichen Frauen zum Teil deutlich unterschieden, hatten beide Gruppen ein gemeinsames strategisches Ziel – Frauen ins Parlament zu wählen. Man wollte in der Gesetzgebung die Gleichberechtigung der Geschlechter im Arbeitsrecht verankern, die Zivilrechte der Frauen stärken und die Rechte von Müttern und Kinder schützen. Nuancen gab es nur in den Prioritäten: die sozialdemokratischen Frauen forderten vor allen Dingen Gleichberechtigung im Arbeitsrecht, während Änderungen im Zivilrecht bei ihnen erst an letzter Stelle standen; die Prioritäten der bürgerlichen Frauen wiederum waren genau entgegengesetzt.<sup>5</sup> Beide Gruppen argumentierten, dass die Gleichberechtigung aufgrund der sozioökonomischen Umstände notwendig sei, da die Frauen sich nicht mehr allein der Familie widmen könnten.

Die größte Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit gewann die Forderung nach Änderungen im Zivilrecht. Obwohl das von der Verfassungsgebenden Versammlung verabschiedete Gesetz „Über die Ehe“ (1921) die gegenseitigen Beziehungen der Geschlechter auf moderne Weise geregelt hatte, indem konfessionelle Einschränkungen für die Eheschließung aufgehoben und Scheidungen vor staatlichen Gerichten ermöglicht worden waren,<sup>6</sup> standen die Eigentumsrechte der Ehegatten weiterhin im Einklang mit dem in den Ostseeprovinzen des Zarenreichs gültigen zivilrechtlichen Bestimmungen: Bei Streitigkeiten hatte die Frau ihre Rechte auf das gemeinsame Vermögen zu beweisen, und konnte ohne Zustimmung des Mannes nicht einmal über ihr eigenes Vermögen verfügen. Auch im Familienrecht war die Meinung des Vaters entscheidend, z.B. bei der Kindererziehung. Arbeiten zu gehen war der Frau nur mit

---

<sup>5</sup> Ko mēs gribam! [Was wollen wir!], in: Darba Sieviete [Die arbeitende Frau] 1923, Nr. 1, S. 2f.; BERTA PĪPIŅA: Sieviešu kustība Latvijā [Die Frauenbewegung in Lettland], in: Latvijas Republika desmit pastāvēšanas gados [Die Republik Lettland während der ersten zehn Jahre ihres Bestehens], hrsg. von ALFRĒDS BĪLMANIS, Rīga 1928, S. 514.

<sup>6</sup> Latvijas tiesību vēsture (1914–2000): Mācību grāmata juridiskajām augstskolām un fakultātēm [Geschichte des lettischen Rechts (1914–2000): Lehrbuch für juristische Hochschulen und Fakultäten], hrsg. von DIETRICH ANDRÉ LOEBER, Rīga 2000, S. 201.

der Erlaubnis des Mannes gestattet.<sup>7</sup> Für politisch aktive Frauen waren dies Gesetze, die eindeutig vom „Männeregoismus“ geprägt waren.<sup>8</sup>

Eines der populärsten Ziele der bürgerlichen Frauen lautete: „Frauen dürfen gleich den Männern bedeutende, verantwortungsvolle Posten besetzen“.<sup>9</sup> Aber Frauen waren meistens im Sozial-, Gesundheits- und Ausbildungsbereich tätig, welche traditionell als die für sie geeigneten Sphären betrachtet wurden. Beförderungen in ein höheres Amt waren kaum möglich, wovon auch die Erfahrungen aus dem diplomatischen Dienst zeugten. So waren Frauen von Herbst 1919 bis 1920 zum ersten und zum letzten Mal als Botschaftsrätinnen angestellt: Anna Rūmane-Ķeniņa als Leiterin des lettischen Pressebüros in Paris und Austra Ozoliņa-Krauze als Leiterin der entsprechenden Einrichtung in Berlin. 1920 löste das Außenministerium die Pressebüros der Botschaften allerdings auf, woraufhin den beiden genannten Frauen ihre Weiterbeschäftigung im diplomatischen Dienst aufgrund ihres Geschlechts verboten wurde. Während eines Gesprächs soll Außenminister Zigfrīds Meierovics zu Anna Rūmane-Ķeniņa gesagt haben, ihre Arbeit sei zwar „nicht mit Gold zu bezahlen“, doch wünsche man „keine Frauen im diplomatischen Dienst.“<sup>10</sup>

Typischerweise wurde auch der Frau, die als einzige eine Zeitlang in der Regierung mitgearbeitet hat, der Bereich Ausbildung zugeteilt: Die Abgeordnete der Konstituante Valerija Seile war vom 2. Juli 1921 bis 30. November 1922 stellvertretende Ministerin ohne Stimmrecht. Die weiblichen Mitglieder der Parteien hatten traditionell die Aufgabe, Finanzmittel zu beschaffen. Die folgende Feststellung von Milda Salnā, einer Sozialdemokratin aus der menschwistisch orientierten Parteiorganisation, stammt aus dem Jahr 1925 und zeugt von dem Wunsch, wichtigere

<sup>7</sup> Vgl. VĪTA ZELČE: Nezināmā: Latvijas sievietes 19. gadsimta otrajā pusē [Die Unbekannten: Frauen Lettlands in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts], Rīga 2002, S. 21-24.

<sup>8</sup> Hierzu äußerte sich auch Milda Salnais, die bei den Wahlen in die 2. und 3. Saeima auf der Liste der Sozialdemokraten (Menschewiki), bei den Wahlen zur 4. Saeima auf der Liste der Progressiven Vereinigung kandidierte hatte: „Nach diesen Gesetzen ist die Frau eine Sklavin des Mannes, die nur so eine Beschäftigung wählen darf, die ihr der Mann erlaubt. Unsere Frau und Mutter ist ein rechtloses Wesen, [...] der Vater hat das Wort über das Schicksal des Kindes! Die Frau ist in ihren Eigentumsrechten den Minderjährigen und Geistesschwachen gleich: Wenn sie keinen Mann hat, der über ihr Vermögen verfügen könnte, dann bekommt sie einen Vormund; ihre Unterschrift hat erst dann Bedeutung, wenn daneben die Unterschrift eines Mannes steht.“ Siehe MĪLDA SALNAIS: Uz Saeimas vēlēšanām [Zu den Wahlen in die Saeima], in: Latvju sieviešu nacionālās ligas gada grāmata ar kalendāriju 1925. gadam [Jahrbuch der Nationalliga der lettischen Frauen samt Kalender für das Jahr 1925], Rīga 1925, S. 31.

<sup>9</sup> Demokrātiskā centra darbības programma [Arbeitsprogramm des Demokratischen Zentrums], Rīga 1931, S. 15.

<sup>10</sup> ASTRA SILVIJA: Par ko rināja sieviešu kongresā? [Worüber wurde während des Frauenkongresses gesprochen?], in: Sievietes Pasaule [Welt der Frau] 1934, Nr. 4, S. 10.

Pflichten zu erfüllen: „[...] vorläufig vertraut die Mehrheit unserer politischen Parteien ihren weiblichen Mitgliedern nur die Rollen von Geldsammlerinnen und Marktorganisatorinnen an.“<sup>11</sup>

Die Aktivistinnen hofften auf eine Änderung der Situation, wenn sie als gewählte Abgeordnete im Parlament und in den Selbstverwaltungen säßen. Schon bei den Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung benutzten sie verschiedene Strategien, um dieses Ziel zu erreichen. So war eine eigene Frauenliste aufgestellt worden, um an das Geschlecht der Wähler zu appellieren, obgleich sich die Kandidatinnen parallel auf den Listen ihrer Parteien zur Wahl stellten. Vor den Wahlen zur Konstituante gab es in drei Parteien Frauenabteilungen: bei der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Lettlands, der Arbeitspartei Lettlands und dem Verband der lettischen Demokraten; die beiden letztgenannten Parteien vereinigten sich später zum Demokratischen Zentrum.<sup>12</sup>

### *Teilnahme an den Wahlen auf Frauenlisten*

Je eine Frauenliste beteiligte sich an den Wahlen zur Konstituante und an denen zur 3. und 4. Saeima, doch gewann keine von ihnen ausreichend Unterstützung seitens der Wähler, um in die Parlamente einzuziehen. Dabei ist es denkbar, dass die Vorsicht der Wähler in Bezug auf die Frauenlisten mit den misslichen Erfahrungen des „Verbands der lettischen Frauen“ (*Latviešu sieviešu savienība*) in der Verfassungsgebenden Versammlung zusammenhängen mochte. Dessen Ausgangsposition war dabei eigentlich ausgesprochen günstig gewesen: Die Gründungsinitiative war von einer damals sehr populären Organisation, dem „Hilfskorps der lettischen Frauen“ (*Latviešu sieviešu palīdzības korpuss*) unterstützt worden, das während des lettischen Unabhängigkeitskriegs der Armee geholfen hatte.<sup>13</sup> Aber Ministerpräsident Kārlis Ulmanis hatte es noch vor dem ersten Sitzungstag geschafft, die neue Partei zu spalten,<sup>14</sup> nachdem er die populärsten Frauen der neuen Partei überredet hatte, im Rah-

<sup>11</sup> SALNAIS: Uz Saeimas vēlēšanām (wie Anm. 8), S. 29.

<sup>12</sup> Siehe: LILIJA BRANTE: *Latviešu sievietes* [Die lettische Frau], Riga 1931, S. 189.

<sup>13</sup> Unter den Gründerinnen des Verbands waren auch die Leiterin des „Hilfskorps der lettischen Frauen“ und Frau des Volksratsvorsitzenden Jānis Čakste, Janīna Čakste, sowie die Schriftstellerin Ivande Kaija.

<sup>14</sup> Im Verband blieben unter der Leitung von Dr. Anastasija Čikste-Rūtenfelde nur diejenigen, die die Tätigkeit des Volksrats und des Ministerkabinetts nach 1919 skeptisch beurteilten. Ihre Kritikpunkte: Erstens hatte der Juristische Ausschuss des Volksrats den Beschluss gefasst, dass Frauen nicht als vereidigte Richter arbeiten durften. Zweitens standen die Namen der Frauen in den Parteilisten während der Wahlen zum Rigaer Stadtrat am Ende der Listen. Drittens habe der neue Staat den Frauen nur „Brosamen“ in Form der neuen Reglementierung der Prostitution hingeworfen. Siehe [L.:] *Sieviešu tiesības teorijā un praktikā* [Frauenrechte in der Theorie und in der Praxis], in: *Jaunākās Ziņas* [Neueste Nachrichten], 8.3.1920.

men der von ihm selbst aufgestellten<sup>15</sup> Liste<sup>16</sup> zu kandidieren. Auf der Liste des „Verbands der lettischen Frauen“<sup>17</sup> verblieben schließlich nur zwei in der Öffentlichkeit bekannte Frauen – aber Popularität war für die Wähler ein nicht zu unterschätzendes Gut.<sup>18</sup> Hinzu kam, dass der Verband der breiten Öffentlichkeit erst anderthalb Monate vor den Wahlen vorgestellt wurde und über kein Presseorgan verfügte, in dem er seine Ideen hätte präsentieren können. Journalisten aus allen Bereichen des politischen Spektrums ignorierten die Liste als unwichtig für den lettischen Wähler<sup>19</sup>: „Das Programm der Vereinigung ist nett, aber der Wunsch, sich mit einer eigenen Liste an den Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung zu beteiligen, wurde von der ganzen Öffentlichkeit Lettlands einstimmig abgelehnt“.<sup>20</sup> Die Verbandsliste mit den Namen von 16 Kandidatinnen stellte sich nur im Wahlbezirk Riga zur Wahl und erhielt 436 Stimmen.

Wahlen waren ein neuer sozialer Prozess, für den Frauen noch keinerlei Erfahrungen mitbrachten. So wurde die jeweilige Taktik in Abhängigkeit von den Ergebnissen der letzten Wahl geändert. Nach dem enttäuschenden Resultat, das die Frauenliste bei den Wahlen zur Konstituante erzielt hatte, wurde die Aufstellung von eigenen Wahllisten als ineffizient abgelehnt. Aber die Ergebnisse der Wahlen zur 1. und 2. Saeima zeigten, dass auch eine Kandidatur im Rahmen von Parteilisten das Ziel verfehlte. Bei den Wahlen zur 3. Saeima ging die „Vereinigung der lettischen Frauen“<sup>21</sup> (*Latvju sieviešu apvienība*) mit 20 Kandidatinnen an

<sup>15</sup> Diese Liste der „Gruppe parteiloser Bürger“ kandidierte nur im Wahlbezirk Riga. Oben auf der Liste von 22 Kandidaten standen die Namen des Innenministers Arveds Bergs, des Außenministers Zigfrīds Anna Meierovics, des Präsidenten des Volksrates Jānis Čakste und des Ministerpräsidenten Kārlis Ulmanis. An siebter Stelle stand Zelma Cēsniņe-Freidenfelde, an zehnter Anna Brigadere, an zwölfter Ivande Kaija und an siebzehnter Frīda Olava.

<sup>16</sup> IVANDE KAIJA: *Kopoti raksti* [Gesammelte Werke], hrsg. von EIŽENIJA OZOLA-TĀLMANE, 10. Ausgabe, Riga 1931, S. 101-103.

<sup>17</sup> Die „Jaunākās Ziņas“ nannten diese Liste in einem Feuilleton ironisch „Doktorenliste“, weil mindestens sieben der 16 Frauen auf dieser Liste Ärztinnen waren. Siehe SUKUBURS [JĀNIS VAINOVSKIS]: *Visu zemju sievietes, savienojieties!* [Frauen aller Länder, vereinigt euch!], in: *Jaunākās Ziņas*, 16.3.1920.

<sup>18</sup> *Vēlētājiem* [An die Wähler], in: *Latvijas Sargs* [Wächter Lettlands], 7.4.1920.

<sup>19</sup> Riga, am 9. April 1920, in: *Jaunākās Ziņas*, 9.4.1920. Zu diesen Presseorganen gehörten neben den „Jaunākās Ziņas“ der „Latvijas Sargs“ und der „Sozialdemokrāts“ (Der Sozialdemokrat).

<sup>20</sup> *Vēlētājiem* [An die Wähler], in: *Latvijas Sargs*, 7.4.1920.

<sup>21</sup> Die Gründungsversammlung fand am 2. März 1924 aufgrund einer Initiative der Redakteurin der „Nākotnes Sieviete“ (Die Frau der Zukunft), Emilija Jurēvics, statt. 1929 erhöhte sich die Zahl der Anhänger der Vereinigung – und nicht ihrer Mitglieder – auf 7 000-8 000 Personen. Die Vereinigung war im Rat der Frauenorganisationen Lettlands präsent und beteiligte sich nach der Niederlage bei den Wahlen in die 3. Saeima an den Wahlen zur 4. Saeima auf der gemeinsamen Liste der Frauenorganisationen. Siehe *Latvju sieviešu apvienības mērķis* [Ziel der Vereinigung der lettischen Frauen], in: *Nākotnes Sieviete* 1924, Nr. 5, S. 78; EMILĪJA

den Start. Ihr politischer Wortschatz war durch eine antisemitische und antikommunistische Rhetorik im Stil des „aktiven Nationalismus“ charakterisiert, die mit Hilfe der Zeitschrift „Nākotnes Sieviete“ (Die Frau der Zukunft, 1923–1929) der Öffentlichkeit vermittelt wurde.<sup>22</sup> Im Unterschied zum „Verband der lettischen Frauen“ trat die Vereinigung bei den Wahlen in allen Bezirken außer Lettgallens an und erhielt 6 443 Stimmen. Vor den Wahlen zur 4. Saeima stellte das seriöse und hoch geachtete Wahlkomitee des „Rats der Frauenorganisationen Lettlands“<sup>23</sup> eine Liste mit 20 Kandidatinnen auf, für die 10 634 Menschen stimmten. Auch diese Liste verzichtete auf eine Kandidatur in Lettgallen, womit hier nur angedeutet werden soll, dass sich die Situation in dieser Region von der in anderen Teilen Lettlands tatsächlich unterschied.

Die politischen Programme dieser Listen wiederholten die Ausführungen der Parteien. Die „Vereinigung der lettischen Frauen“ verstand den Nationalismus im Geist der national-konservativen Parteien. Sie forderte, dass der Strom von Fremden nach Lettland gestoppt werden müsse, dass die Beamten der Staatsinstitutionen und größeren Unternehmen nur „lettischer Nationalität“ sein und dass nicht-lettische Unternehmer keine Kredite bekommen dürften. Sie forderte eine Priorität für die Landwirtschaft, „weil unser Staat auf der Landwirtschaft basiert“.<sup>24</sup> Ihr zufolge war die neue Mode ein Impuls für den Nationalismus, „der die Frauen aufruft, wichtige Staatsposten in die eigenen Hände zu nehmen“, um den Staat von den „internationalen Männern zu reinigen“.<sup>25</sup> Sogar

---

JURĒVITCS: Pēdējās Saeimas vēlēšanas [Die letzten Wahlen in die Saeima], in: ebenda 1929, Nr. 1, S. 1f.

<sup>22</sup> Redaktionsmitglied und faktisch Redakteur dieser Zeitschrift war einer der Führer des „aktiven Nationalismus“, Jēkabs Jurēvits. Auch die ideologische Richtung der Zeitschrift erlaubt, die „Vereinigung der lettischen Frauen“ mit dem „aktiven Nationalismus“ zu verbinden. Ihre Gründung scheint durch die Tatsache beeinflusst worden zu sein, dass über die Präsenz der Frauen in den Organisationen des „aktiven Nationalismus“ erst kurz vor den Wahlen zur 2. Saeima im Herbst 1925 entschieden worden ist. Tatsächlich war die praktische Beteiligung der Frauen in solchen Organisationen in jedem Fall mit größeren oder kleineren Einschränkungen verbunden. Siehe zur Frauenfrage im „aktiven Nationalismus“ KRĒSLIŅŠ (wie Anm. 4), S. 234, 267.

<sup>23</sup> Ins Präsidium des Komitees wurden die Sekretärin des Rates der Frauenorganisationen Lettlands, Emīlija Lazdiņa, die Journalistin und Schriftstellerin Anna Rūmane-Ķeniņa, die Vorsitzende der Lettischen Gesellschaft für Bekämpfung der Tuberkulose, Elza Klaustiņa, die Gymnasiallehrerin und Vorstandsmitglied bei der Vereinigung der Akademikerinnen Lettlands, Helēna Jakobsona, die Gymnasiallehrerin Zenta Brauere, das Vorstandsmitglied des Christlichen Verbands junger Frauen, Milda Liepiņa, sowie die Redakteurin und Referentin des Konservatoriums, Dr. phil. Milda Paļēviča, gewählt. Siehe Zeltene [Mädchen] 1931, Nr. 6, S. 18.

<sup>24</sup> Latvju Sieviešu Apvienības programma [Programm der Vereinigung der lettischen Frauen], in: Nākotnes Sieviete 1928, Nr. 5, S. 70.

<sup>25</sup> EMĪLIJA JURĒVITCS: Uz ko jāgatavojas sievietēm! [Worauf sich die Frauen vorbereiten müssen!], in Nākotnes Sieviete 1924, Nr. 11, S. 163.

der vermeintliche Unterschied zu den Parteiprogrammen in Fragen einer strengeren Moral – Einschränkung von Prostitution und Tanzabenden, Reglementierung oder gar Verbot des Alkoholverkaufs, Verbot „unanständiger“ Veranstaltungen und der Pornographie, Einführung einer Zensur für erotische Literatur<sup>26</sup> – war nur ein Schein. Auf diesem Gebiet konnten die Frauenlisten mit den christlichen Parteien nicht konkurrieren,<sup>27</sup> was auch die Zeitgenossen selbstverständlich registrierten.<sup>28</sup>

Die bei den Wahlen zur 4. Saeima aufgestellte Liste der Frauenorganisationen versuchte, die links orientierten Wählerinnen zu locken, indem sie an vorderster Stelle in ihrem Programm nicht nur versprach, für die ehrliche Entlohnung von Frauenarbeit zu kämpfen, sondern auch arbeitslose Frauen zu beschützen, für sie Arbeit zu finden und sich um eine Verbesserung der Lage armer und unglücklicher Frauen zu kümmern.<sup>29</sup> In dieser Hinsicht war allerdings die Sozialdemokratie konkurrenzlos.<sup>30</sup>

Einer der charakteristischen Züge der Programme von Frauenlisten war eine eigenartige Interpretation der modernen Idee von der Gleichberechtigung der Geschlechter. Die „Vereinigung der lettischen Frauen“ positionierte sich nicht nur durch die Forderung, die Frau zum Haupt der Familie zu machen, da sie ja „die wichtigsten natürlichen Pflichten zu erfüllen“ habe, sondern auch durch den Aufruf, die Frauen sollten die Macht in der staatlichen Administration durch die Wahrnehmung ihrer demokratischen Rechte in die eigenen Hände nehmen.<sup>31</sup> Der „Verband der lettischen Frauen“ sah die Hauptaufgabe der Frau darin, „die nächste Generation auszutragen“ und betonte in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit von Gesetzen, die dem Familienvater einen Vorteil in allen Ämtern versprachen und eine entsprechende Belohnung für den Unterhalt der Familie garantierten, damit sich die Frau allein ihren min-

<sup>26</sup> Sievietes! Balsojiet par Sieviešu savienības listi Nr. 12 [Frauen! Stimmt für die Liste der Frauenvereinigung Nr. 12], in: Jaunākās Ziņas, 12.4.1920; Latvju Sieviešu Apvienības programma (wie Anm. 24), S. 69-71; EMĪLIJA LAZDIŅA: Mesti ir kauliņi [Die Würfel sind gefallen], in: Sieviete 1931, Nr. 2, S. 19.

<sup>27</sup> Zum Beispiel mit der Partei der christlichen Bauern und Katholiken in Lettgallen oder mit der Partei der christlichen Nationalisten, die sich vor den Wahlen zur Konstituante speziell an die Frauen gewandt hatte: „Mütter, Frauen, Mädchen! Ihr leidet am meisten unter der Last des Alkohols. Deshalb kämpft zusammen mit der Partei der christlichen Nationalisten, die dem König Alkohol den Krieg erklärt hat.“ Siehe IMANTS MEDNIS: Politiskās partijas Latvijas Republikā [Politische Parteien in der Republik Lettland], in: Latvijas Arhīvi 1995, Nr. 3, S. 17-24, hier S. 17; Sievietes! (wie Anm. 26).

<sup>28</sup> HERBERTS PĀRNA: Sieviete vēlēšanu cīņā pret sievieti [Die Frau im Wahlkampf gegen die Frau], in: Jaunākās Ziņas, 9.10.1925.

<sup>29</sup> LAZDIŅA, Mesti (wie Anm. 26), S. 19.

<sup>30</sup> Latvijas Sociāldemokrātiskās strādnieku partijas programma un statūti [Programm und Satzung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Lettlands], Rīga 1926, S. 4f.

<sup>31</sup> EMĪLIJA JURĒVITCS: Sieviešu kustība un viņas nozīme [Die Frauenbewegung und deren Bedeutung], in: Nākotnes Sieviete (1925), Nr. 2, S. 19.

derjährigen Kindern widmen könne.<sup>32</sup> All dies erinnert zwar sehr an das traditionelle Verständnis der Rolle der Frau in der Familie und an ihre besondere Verbindung mit der Moral.<sup>33</sup> Doch waren die alten Ideale inhaltlich durchaus verändert worden. Die Kandidatinnen der Frauenliste vertraten eine konservative Richtung des Feminismus und wollten, dass Frauen die häuslich-private Sphäre als etwas Eigenes verstehen, in der nur sie bestimmen durften. Dabei sollte das Prestige des privaten Familienlebens erhöht werden. Insgesamt wollten sie an den traditionellen Rollen der Geschlechter nichts verändern, doch darauf hinwirken, dass diese Rollen die gleiche Wertschätzung erfuhren.<sup>34</sup>

Der Anspruch, die Spielregeln der Politik zu ändern,<sup>35</sup> war nicht nur für die Frauenlisten charakteristisch, sondern auch für Frauen, die Parteimitglieder waren und eine stärkere Unterstützung seitens der Wähler genossen.<sup>36</sup> Die Abgeordnete der 4. Saeima Berta Pīpiņa von der Partei des Demokratischen Zentrums versagte 1932 in der Selbstverwaltungskommission einem Projekt ihres Fraktionskollegen, des Finanzministers Gustavs Zemgals, ihre Unterstützung. Dieses Projekt, das die Regierung im Rahmen des 81. Artikels der Verfassung<sup>37</sup> annahm, sah vor,

<sup>32</sup> [IVANDE KAIJA:] „Sociāldemokrāts“ un Latvijas sieviešu savienība [Der „Sozialdemokrat“ und der Verband der lettischen Frauen], in: Jaunākās Ziņas, 27.2.1920; Sievietes! (wie Anm. 26).

<sup>33</sup> Zum Verhältnis von Moral und Frau siehe: GERTRUDE HIMMELFARB: The Demoralization of Society. From Victorian Virtues to Modern Values, New York 1995, S. 53-87; LEWIS ERENBERG: Steppin' Out. New York Night Life and the Transformation of American Culture 1890-1930, Westport, Conn. 1981, S. 60-91.

<sup>34</sup> Sieviešu tiesību kustības vakar un šodien [Die Bewegungen für Frauenrechte gestern und heute], hrsg. von Latvijas Cilvēktiesību un etnisko studiju centrs [Lettisches Zentrum für ethnische und Menschenrechtsstudien], Rīga 1997, S. 17f.

<sup>35</sup> Die „Vereinigung der lettischen Frauen“ versprach, gegen jede politische Gruppe zu kämpfen und jeder politischen Partei die Tätigkeit zu verbieten, die gegen die demokratische Staatsordnung verstießen. Auch die Kandidatinnen aus der Liste der Frauenorganisationen erklärten, dass sie sich bemühen würden, den „Geist der Clique“ und der Korruption zu vernichten.

<sup>36</sup> ANNA RŪMANE-ĶEŅIŅA: Sieviete un politika [Frau und Politik], in: Jahrbuch der Frau für das Jahr 1927, hrsg. von ANDINA [EMMA PRŪSE], Rīga 1925, S. 59-61; ASPAZIJA: Galvas inteliģence un sirds inteliģence (Vēlreiz par sieviešu jautājumu) [Die Intelligenz des Kopfs und die Intelligenz des Herzens (Noch einmal zur Frauenfrage)], in: Jaunākās Ziņas, 12.3.1932; DIES.: Sievietes sirds nesīs pasaulē sociālo taisnību [Das Herz der Frau bringt der Welt die soziale Wahrheit], in: ebenda, 16.3.1932; DIES.: Kāpēc tik daudz pašnāvību un greizsirdības drāmu [Warum gibt es so viele Selbstmorde und Eifersuchtsdramen], in: ebenda, 23.7.1932.

<sup>37</sup> Der Artikel 81 der Verfassung (Satversme) Republik Lettland besagte, wann und wie das Ministerkabinett ein Sonderrecht im Bezug auf die Gesetzgebung geltend machen durfte. Es handelte sich um einen Ausnahmefall, in welchem das Kabinett unter dringlichen Umständen das Recht nutzt, die Bestimmungen mit Gesetzeskraft zu verabschieden. Dieses Sonderrecht durfte nicht auf Bereiche wie das Wahlgesetz von Saeima und die Gesetze übertragen, die die Finanzordnung, das Gerichtswesen, Verfahrensrecht und die Amnestie betreffen. Wenn das Ministerkabinett diese Bestimmungen innerhalb von drei Tagen nach der letzten Parla-

dass Alkoholläden an der Grenze ohne Zustimmung der lokalen Selbstverwaltungen eröffnet werden dürften. Pīpiņa erklärte, dass im Bereich der Alkohol- und Frauenfragen das Demokratische Zentrum ihr „freie Hand“ gelassen habe: „Es scheint doch vollkommen selbstverständlich zu sein, dass eine Abgeordnete schon aus Taktgefühl einen Gesetzentwurf nicht verteidigen kann, der den Alkoholverbrauch erhöhen wird“, obgleich auch Pīpiņa erkannte, dass es für den Staat eigentlich notwendig war und sie sich mit ihrer Ablehnung gegen die eigene Partei stellte.<sup>38</sup> Die Abgeordneten der bürgerlichen Parteien wiederum bezeichneten die Aussagen ihrer linken Kollegen über Pīpiņa als „pharisäische Vorwürfe“. Im politischen Alltag trat zwar zuweilen das besondere moralische Verständnis der Frau hervor, doch wurde weder die Politik noch das Abstimmungsverhalten der Fraktionen davon beeinflusst, weil sich nur die weiblichen Abgeordneten zuweilen von diesem Verständnis leiten ließen.

### *Teilnahme an den Wahlen auf Parteilisten*

Während reine Frauenlisten nur für drei Parlamentswahlen aufgestellt wurden, beteiligten sich Frauen an allen fünf Saeima-Wahlen auf den Listen ihrer jeweiligen Parteien. Von diesen Parteien, die Frauen auf ihren Listen führten und in die Parlamente einzogen, gehörten vier dem linken Flügel<sup>39</sup>, sechs dem rechten Flügel<sup>40</sup>, vier dem Zentrum<sup>41</sup> und zwei den Minderheiten<sup>42</sup> an. Einige Parteien hatten spezifische Frauenforderungen auch in ihre Programme aufgenommen. So enthielt z.B. der Abschnitt „Frauenrechte“ im Programm des Demokra-

---

mentsatzung der Saeima zur Bestätigung nicht vorgelegt hat, dann traten sie ausser Kraft. Siehe LOEBER (wie Anm. 6), S. 173.

<sup>38</sup> Varizejiski pārmetumi deputātei Bertai Pīpiņai [Pharisäische Vorwürfe gegenüber der Abgeordneten Berta Pīpiņa], in: Jaunākās Ziņas, 6.2.1932.

<sup>39</sup> Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Lettlands, die Linke Partei der Arbeiter und Bauern, die Partei der unabhängigen Sozialisten sowie die Arbeiterpartei der Sozialdemokraten (Menschewiki) Lettlands.

<sup>40</sup> Die „Gruppe der parteilosen Bürger“ (später: Nationale Vereinigung), die Christliche Nationalpartei (in der 2. Saeima: Liste des Christlichen Nationalverbands, in der 4. Saeima: Liste der Christlichen Vereinigung und der Arbeiter), die Partei der Bauern Lettgallens (in der 3. Saeima: Vereinigung der demokratischen Bauern Lettgallens, in der 4. Saeima: Vereinigung der progressiven Bauern Lettgallens), die Partei der christlichen Bauern und Katholiken, der Arbeitsverband Lettlands sowie die Liste der Deutschbalten Lettlands. Siehe IMANTS MEDNIS: Labēja spārna politiskās partijas Latvijas republikas parlamentārā periodā (1920–1934) [Politische Parteien des rechten Flügels in der parlamentarischen Periode der Republik Lettland (1920–1934)], in: Latvijas Arhīvi 1995, Nr. 1, S. 21–26, hier S. 23.

<sup>41</sup> Die Arbeitspartei Lettlands und der Demokratische Verband Lettlands, die sich später zur Partei des Demokratischen Zentrums vereinigten, die Progressive Vereinigung sowie die Partei der Neusiedler und Kleingrundbesitzer.

<sup>42</sup> Die Gesamtliste der russischen Kandidaten in der 1. Saeima sowie der Verband der Polen Lettlands in der 1. und 3. Saeima.



tischen Zentrums sieben Punkte.<sup>43</sup> Hierzu zählten die Verabschiedung eines unter Berücksichtigung der Gleichberechtigung erarbeiteten Zivilgesetzbuchs und eines von der Saeima vorgeschlagenen Gesetzentwurfs über die Alimente, der vorsah, dass die vom Gericht bestimmten Unterhaltszahlungen im Arbeitsbuch oder im Pass eingetragen werden sollten. Des Weiteren erklärte man, sich um arme Mütter kümmern und in der Arbeitsgesetzgebung die Prinzipien der Gleichberechtigung anwenden zu wollen. Auch das Programm der Lettischen Nationalvereinigung beinhaltete einen Abschnitt „Frauenfragen“, in dem dieselben Postulate zu lesen waren, allerdings in einem recht allgemein gehaltenen Ton. Hier hieß es z.B. über die Gleichberechtigung im Arbeitsrecht: „Die Beschränkungen in den Gesetzen, die die Frau stören, ihre geistigen und intellektuellen Fähigkeiten zu verwenden, sind aufzuheben.“<sup>44</sup> Die Programme der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der Arbeiterpartei der Sozialdemokraten (Menschewiki) unterschieden sich in diesem Bereich nicht – beide Parteien forderten ein Verbot, Frauen zu solchen Arbeiten heranzuziehen, die ihren Organismus schädigen, einen sechswöchigen Urlaub vor und nach der Entbindung sowie gesetzlich geregelte Pausen für das Stillen.<sup>45</sup>

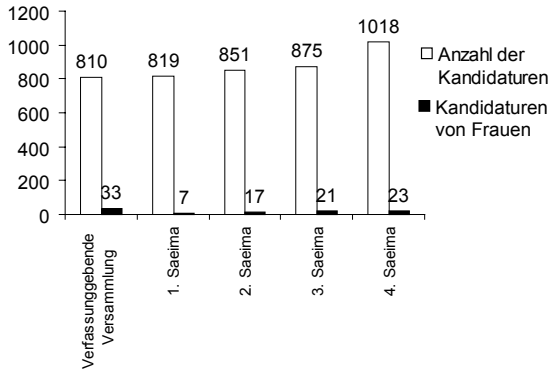
Analysiert man nun die Listen der ins Parlament gewählten Parteien im Hinblick auf die Kandidatinnen, gelangt man zu folgenden Ergebnissen. Erstens bilden auf diesen Listen die weiblichen Kandidaturen – eine Person, die in zwei Bezirken kandidiert, wird als zwei „Kandidaturen“ verstanden – nur eine Minderheit (siehe Abb. 1<sup>46</sup>). Eine quantitativ rela-

<sup>43</sup> Demokrātiskā centra darbības programma [Arbeitsprogramm des Demokratischen Zentrums], Rīga 1931, S. 14f.

<sup>44</sup> Latviešu nacionālās apvienības programma [Programm der Lettischen Nationalvereinigung], Rīga 1931, S. 7.

<sup>45</sup> Latvijas Sociāldemokrātiskās strādnieku partijas programma un statūti [Programm und Satzung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Lettlands], Rīga 1926, S. 4; Latvijas Strādnieku sociāldemokrātu un maziņu partijas programma [Programm der Arbeiterpartei der Sozialdemokraten und Menschewiken Lettlands], Rīga 1921.

<sup>46</sup> Die Diagramme sind auf der Grundlage folgender Quellen konzipiert worden: Latvijas Satversmes sapulces vēlēšanu rezultāti [Ergebnisse der Wahlen zur Lettischen Verfassungsgebenden Versammlung], Rīga 1920; Latvijas Satversmes sapulces vēlēšanu kandidātu saraksti Rīgas vēlēšanu apgabalā [Kandidatenlisten des Rigaer Wahlbezirks bei den Wahlen zur lettischen Verfassungsgebenden Versammlung], in: Valdības Vēstnesis [Informationsblatt der Regierung], 21.3.1920; Kandidātu saraksti uz Satversmes sapulci [Kandidatenlisten für die Verfassungsgebende Versammlung], in: Zemgalietis [Der Semgaller], 17.3.1920; Latvijas Satversmes sapulces Kurzemes apgabala vēlēšanu komisijai iesniegto kandidātu saraksti [Kandidatenlisten für die Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung bei der Wahlkommission des Bezirks Kurzeme]; Latvijas Satversmes sapulces Latgales vēlēšanu apgabala kandidātu saraksti [Kandidatenlisten für die Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung bei der Wahlkommission des Bezirks Latgale]; Latvijas Satversmes sapulces Vidzemes apgabala vēlēšanu komisijai iesniegto kandidātu saraksti [Kandidatenlisten für die Wahlen zur Verfassungsgebenden Versamm-



– Abb. 1. Kandidaturen von Frauen auf den Listen der gewählten Parteien.

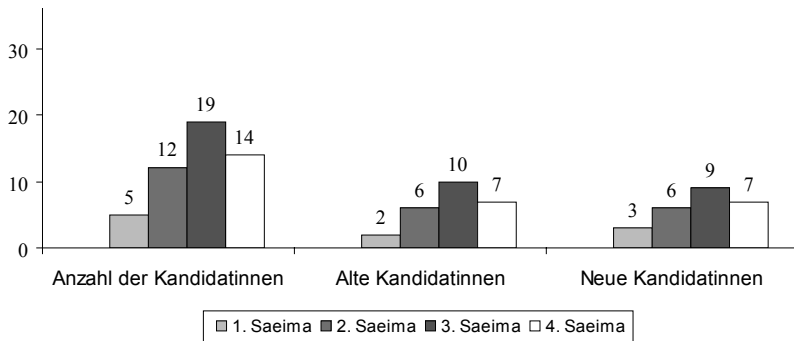
tiv große Zahl stellten Frauen aber auf den Listen der in die Konstituante gewählten Parteien, in der ja auch sechs Frauen Abgeordnetenstatus erhielten. Bei den Wahlen zur 1. Saeima wiederum war die Zahl der weiblichen Kandidaten bedeutend niedriger. Diese Verringerung von 33 Kandidaturen bei den Wahlen zur Konstituante auf sieben Kandidaturen für die 1. Saeima ist damit zu erklären, dass die politische Aktivität der Frauen immer dann zunimmt, wenn ein dringender Handlungsbedarf verspürt wird,<sup>47</sup> der bei den Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung mit Sicherheit gegeben war. Zudem dienten die Männer während dieser Wahlen noch in der Armee oder waren evakuiert, weshalb sich auch die Presse dafür einsetzte, Frauen zur Teilnahme an den Wahlen zu bewegen. Die geringe Frauenquote unter den Kandidaten bei den Wahlen zur 1. Saeima resultierte demgegenüber aus der allgemein nachlassenden Anspannung und dem verbreiteten Gefühl, lassen wir doch die Männer ihre Arbeit machen und kehren zu unserer zurück.

Bei allen Wahlen kandidierte ein quantitativ schmaler Kreis, der nur bei den Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung die Zahl von 50 Frauen

lung bei der Wahlkommission des Bezirks Vidzeme]; Latvijas Republikas Saeimas vēlēšanu iznākumi [Endergebnisse der Wahlen zur Saeima der Republik Lettland], Rīga 1923; Latvijas Republikas Saeimas vēlēšanas 1925. gadā [Wahlen zur Saeima der Republik Lettland im Jahre 1925], Rīga 1926; Latvijas Republikas Saeimas vēlēšanas 1928. gadā [Wahlen zur Saeima der Republik Lettland im Jahre 1928], Rīga 1929; Latvijas Republikas Saeimas vēlēšanas 1931. gadā [Wahlen zur Saeima der Republik Lettland im Jahre 1931], Rīga 1933.

<sup>47</sup> Auch in der Republik Litauen war die Aktivität der Frauen bei den Wahlen zur 1. Saeimas niedriger als bei den Wahlen in die Verfassunggebende Versammlung. Siehe VIRGINIJA JURENIENE: Lithuanian women movement in the end of the XIX and the first part of the XX centuries: Summary of doctoral dissertation, Vilnius 2004; АНАСТАСИЯ МИТРОФАНОВА, ЮЛИЯ ГРАДСКОВА: Гендерные аспекты политики [Genderaspekte in der Politik], in: Введение в гендерные исследования [Einführung in die Genderforschung], hrsg. von Ирина Костицова, Москва 2005, S. 156-168, hier S. 164.

## Frauen in den Parlamentswahlen der Republik Lettland



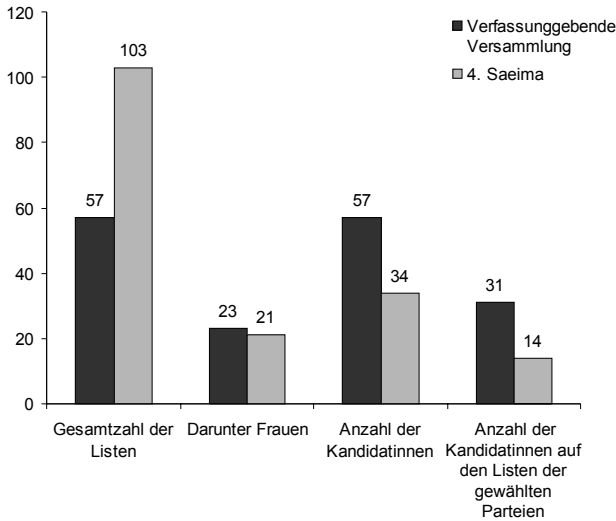
– Abb. 2. Alte und neue Kandidatinnen auf den Listen der gewählten Parteien (die Angaben zur 1. Saeima verstehen sich im Vergleich zu den Wahlen zur Verfassungebenden Versammlung).

übertraf<sup>48</sup> (siehe die Abb. 2 und 3), aber es handelte sich bei ihnen keineswegs jedes Mal um dieselben – mindestens die Hälfte der Kandidatinnen war immer neu (siehe Abb. 3<sup>49</sup>). Natürlich waren stets auch die Veteranen dabei<sup>50</sup>, die sich bereits in 1890er Jahren als Schriftstellerinnen oder Gym-

<sup>48</sup> Insgesamt war die Elite der politisch aktiven Frauen viel breiter, zumal wenn wir die Kandidatinnen bei den Wahlen der lokalen Selbstverwaltungsorgane berücksichtigen – vor allem beim Rigaer Stadtrat. So kandidierten bei den Wahlen zum Stadtrat z.B. 1928 52 Frauen, 1931 waren es bereits 142. Hinzu kommt, dass bei diesen Wahlen auch der Verband der Bauern Lettlands auf seiner Liste Frauen aufgestellt hatte. Politisch aktiv waren Frauen auch in anderen Städten – bei den Wahlen 1925 wurde je eine Frau in die Selbstverwaltungen in Riga, Sigulda, Jēkabpils und Aizpute gewählt (Dzidra Ozoliņa zufolge auch in Talsi und Ventspils), im Jahre 1931 gab es je zwei Frauen in Riga, Jelgava und Liepāja (Ozoliņa führt zwei Frauen auch in Lejasciems und je eine in Jēkabpils, Madona und Salacgrīva an). Siehe Rigas pilsētas domnieku vēlēšanas 18./19. februārī 1928. g. [Wahlen in den Rigaer Stadtrat am 18./19. Februar 1928], Rīga 1928; Rigas pilsētas domnieku vēlēšanas 28./29. martā 1931. g. [Wahlen in den Rigaer Stadtrat am 28./29. März 1931], Rīga 1931; BERTA PĪPIŅA: Sieviešu kustība Latvijā [Die Frauenbewegung in Lettland], in: Latvijas Republika desmit pastavešanas gados (wie Anm. 5), S. 513; DIES.: Latvju sieviete pilsētu pašvaldības darbā [Die lettische Frau bei der Arbeit in den städtischen Selbstverwaltungen], in: Zeltene 1931, Nr. 13, S. 21; DZIDRA OZOLIŅA: 1918.–1934. gads Latvijas pilsētu pašvaldību dzīvē (No vēlēšanu prakses) [Die Jahre 1918–1934 im Leben der städtischen Selbstverwaltungen Lettlands (aus der Praxis der Wahlen)], in: Latvijas Vēstures Institūta Žurnāls 2001, Nr. 1, S. 84–107, hier S. 98.

<sup>49</sup> Hier werden nur die Angaben zur Konstituante und zur 4. Saeima verglichen, weil das staatliche statistische Büro die Ergebnisse aller bei den Wahlen angetretenen Listen erst nach der 4. Saeima zu veröffentlichen begann. Zwar waren vor den Wahlen zur Konstituante die Listen aller Kandidaten in der Presse veröffentlicht worden, doch geschah dies bei den Wahlen zur 1.-3. Saeima nicht mehr. Deshalb ist es auch noch nicht gelungen, ausreichende Daten über die an diesen drei Wahlen beteiligten Kandidaten zu ermitteln. Der Vergleich des ersten mit dem letzten Wahlgang ist nichtsdestotrotz interessant, da er quantitative Aussagen über die Anfangs- und Endphase der Entwicklung bietet.

<sup>50</sup> ZELČE, Nezināmā (wie Anm. 7), S. 135f.



– Abb. 3. Kandidaturen von Frauen bei den Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung und zur 4. Saeima.

nasiastinnen an der Frauenbewegung beteiligt hatten.<sup>51</sup> Daneben gab es Frauen, die in den Jahren 1917–1919 in die Politik gekommen waren.<sup>52</sup>

Zweitens änderte sich die Anzahl der Listen, auf denen Frauen kandidierten, nicht wesentlich (abgesehen von der 1. Saeima: siehe Abb. 4).

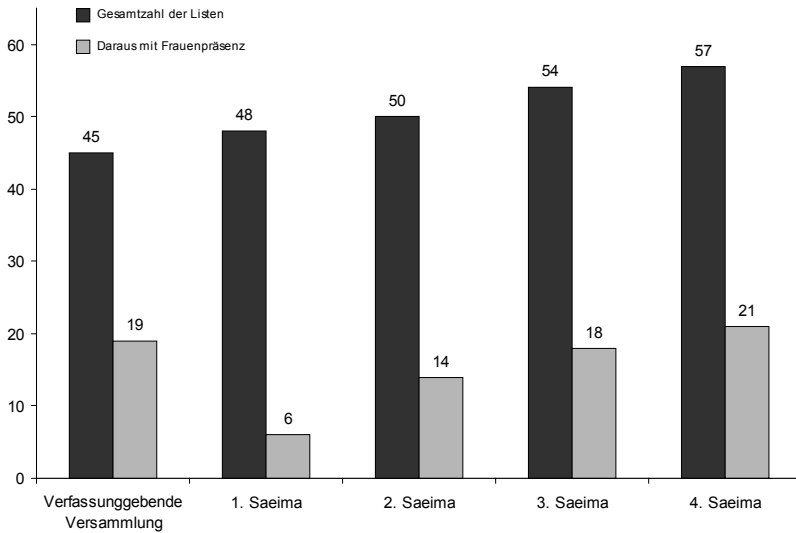
Drittens stieg bei jeder Wahl die Zahl der weiblichen Kandidaturen, die von den Wählern auf die unteren Zeilen der Listen verschoben wurden, sodass ihre Chancen gewählt zu werden gegen Null sanken (siehe Abb. 5).<sup>53</sup>

<sup>51</sup> Einige Beispiele: Die Schriftstellerin und Dichterin Aspazija kandidierte auf den Listen der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei bei den Wahlen zur Konstituante und wurde gewählt; sie trat auch bei den Wahlen zur 1., 2. und 3. Saeima an. Dr. Anastasija Čikste-Rūtenfelde kandidierte bei den Wahlen zur Konstituante auf der Parteiliste des 1920 gegründeten Lettischen Frauenverbands. Klāra Kalniņa kandidierte auf den Listen der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei bei den Wahlen zur Konstituante und wurde gewählt. Sie war auch Mitglied des Zentralkomitees der Partei und trat ebenso bei den Wahlen zur 2. und 3. Saeima an. Dr. Klāra Hibšmane kandidierte auf der Liste der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei bei den Wahlen zur Konstituante und bei den Wahlen zur 2. Saeima auf der Liste der Arbeiterpartei der Sozialdemokraten-Menschewiki. Dr. Verēna Treigūte-Akermane kandidierte auf den Listen der Arbeitspartei Lettlands bei den Wahlen zur Konstituante.

<sup>52</sup> Z.B. kandidierten Berta Pīpiņa und Emma Albertiņa auf der Liste der Arbeitspartei Lettlands, Anna Rūmane-Čeniņa und Otilija Riekstiņa auf der Liste des Verbands der lettischen Demokraten (wobei Riekstiņa auch Mitglied des Zentralkomitees des Verbands war), Dr. Zelma Cēsniēce-Freidenfelde auf der Liste der parteilosen Bürger und Valērija Seile auf der Liste der Bauern Lettlands – die beiden Letztgenannten wurden gewählt.

<sup>53</sup> Als Beispiel seien die Ergebnisse der Schriftstellerin Aspazija bei den Parlamentswahlen angeführt. Bei den Wahlen zur 1. Saeima war sie auf der Liste der

## Frauen in den Parlamentswahlen der Republik Lettland



– Abb. 4. Präsenz der Frauen auf den Listen der gewählten Parteien.

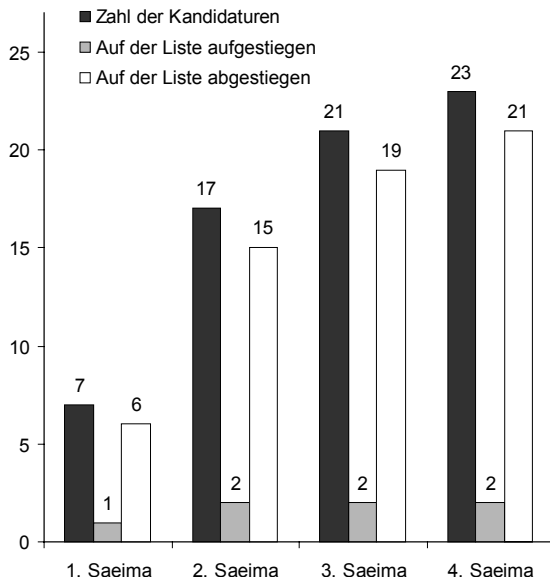
### *Ursachen des Misserfolgs*

Warum haben nun die meisten Frauen ihre politischen Rechte nur am Wahltag für sich in Anspruch genommen und haben sich weder aktiv in den Parteien engagiert noch sich als Kandidatinnen auf den Parteilisten aufstellen lassen? Zum einen war ihnen das Wahlrecht quasi in den Schoß gefallen, hatten sie sich doch vor der Ausrufung der Republik meist um die Familie und den Haushalt gekümmert.<sup>54</sup> Das war aber nicht der Hauptgrund, weil sich dasselbe auch über einen großen Teil der Männer in der Politik sagen ließe, von denen auch kaum jemand von 1918 politisch tätig war. Daher kommt einer zweiten Ursache mehr Gewicht zu, nämlich dem „seit der Kindheit anezogenen gesellschaftlichen Vor-

---

Sozialdemokratischen Arbeiterpartei für den Wahlbezirk Vidzeme an 6. Stelle platziert. Die Wähler hingegen verschoben sie auf den letzten, den 25. Platz. In ihrem Hausbezirk Zengale war sie ebenfalls an Position 6, wurde aber auf die 14. Stelle geschoben und nicht gewählt. Bei den Wahlen zur 2. Saeima kandidierte sie im Rigaer Wahlbezirk als zweite von 19 Kandidaten, wurde aber auf die 18. Stelle durchgereicht. Auch im Wahlbezirk Vidzeme begann sie als zweite von 23 Kandidaten, landete schließlich an Position 22. Im Wahlbezirk Zengale kandidierte sie ebenfalls als zweite von 15 Kandidaten und wurde wieder von den Wählern an die vorletzte Stelle verschoben. Bei den Wahlen zur 3. Saeima kandidierte sie nur im Wahlbezirk Zengale und wurde erneut vom zweiten Platz auf den letzten Platz unter 16 Kandidaten zurückgeworfen. Für die 4. Saeima kandidierte Aspazija nicht mehr.

<sup>54</sup> [Ž.:] Dzīvo un mācies [Lebe und lerne], in: Sieviete 1924, Nr. 3, S. 71; VALDA PLĀVĒJS: Sievietes vēlēšanu tiesības [Das Wahlrecht der Frauen], in: ebenda 1931, Nr. 2, S. 23.



– Abb. 5. *Dynamik der Frauenkandidaturen auf den Listen der gewählten Parteien. Die Zahl der Kandidaturen.*

urteil“, dem zufolge jeder Mann in der politischen Arena selbstverständlich nützlicher sei „als die klügste Frau“.<sup>55</sup> Und schließlich hielten soziale und wirtschaftliche Umstände – die Doppelbelastung im Beruf und zu Hause – die Frauen von der Parteiarbeit ab, da ihnen ohnehin kaum Freizeit blieb.<sup>56</sup>

Politisch aktive Frauen hielten es für falsch einfach davon auszugehen, „dass die Frauen irgendwann im Parlament die Oberhand gewinnen“,<sup>57</sup> doch konnten sie die Tatsache, dass keine einzige Frau ins Parlament gewählt wurde, auch nicht als normal verbuchen. Ihrer Ansicht nach waren die Frauen bei den Wahlen in die 1. Saeima deswegen durchgefallen, weil ihre potentiellen Wählerinnen das Prinzip der veränderbaren Listen nicht verstanden hatten, aber sie wurden auch damit konfrontiert, dass die lettischen Frauen in politischen Dingen „größtenteils eine blinde, nicht bewusste Masse“ bildeten, die leicht „auf billige Demago-

<sup>55</sup> KLĀRA KALNIŅA: Vaj sievietēm vajadzīgs organizēties? [Ob die Frauen sich organisieren müssen?], in: Darba Sieviete 1923, Nr. 1, S. 6; DIES.: Par grozīgām listēm [Über die veränderbaren Listen], in: ebenda 1928, Nr. 2, S. 4; DIES.: Vēlēšanām tuvojoties [In Erwartung der Wahlen], in: ebenda 1925, Nr. 1, S. 5; EMĪLIJA JURĒVITCS: Sieviete un valsts [Die Frau und der Staat], in: Nākotnes Sieviete 1925, Nr. 7, S. 99.

<sup>56</sup> Ko mēs gribam! [Was wollen wir!], in: Darba Sieviete 1923, Nr. 1, S. 2.

<sup>57</sup> ZELMA ČĒSŅIEK: Latvju sieviete un Satversmes sapulce [Die lettische Frau und die Verfassungsgebende Versammlung], in: Latvju sieviešu nacionālās ligas gada grāmata ar kalendāriju 1925. gadam (wie Anm. 8), S. 25.

gie“ hereinfließen.<sup>58</sup> Vor den Wahlen zur 2. Saeima hieß es, dass wenn die anstehende Abstimmung die Situation nicht ändere, man einen Grund hätte, den Lettinnen vorzuwerfen, „für das politische Leben ungenügend entwickelt“ zu sein.<sup>59</sup> Diese Äußerungen stammen aber wie gesagt aus der Zeit vor den Wahlen zur 2. Saeima. Dieser Wahlgang diene aber dazu, das Wahlverhalten besonders der Frauen genauer zu untersuchen, wobei man zu recht interessanten Ergebnissen kam.

Es war der Völkerbund von dem die Initiative ausging, genauere Informationen über die Beteiligung der Frauen bei den Wahlen in Lettland zu ermitteln.<sup>60</sup> Daraufhin erteilte die Zentrale Wahlkommission der 2. Saeima am 19. September 1925 eine geheime Anordnung an die Kommissionsvorsitzenden der Wahlkreise im Rigaer Bezirk, nach der getrennte Wahlurnen für Wähler und Wählerinnen aufgestellt werden sollten. Die Ergebnisse waren allerdings recht unerfreulich aus weiblicher Perspektive – drei Viertel der Wähler strichen die Namen der Frauen auf den Listen heraus, was auch die Hälfte der Wählerinnen tat.<sup>61</sup> Andererseits zeigen diese Ergebnisse, wie unangebracht das damals vorherrschende Stereotyp war, die Frauen seien selbst schuld an der Niederlage „ihrer“ Kandidatinnen gewesen.<sup>62</sup> Tatsächlich ist auch die Schlussfolgerung, dass die Wähler sich im allgemeinen nach den patriarchalischen Vorstellungen von der Rolle der Frau in der Gesellschaft haben leiten lassen, voreilig, genauso wie die Auffassung, dass alle Männer weibliche Kandidaturen abgelehnt hätten. Man kann auch nur spekulieren, was diejenigen unter den Wählern über das Thema Frauen in der Politik gedacht haben, die ihre Stimme reinen Männerlisten gaben, die ohnehin quantitativ dominierten (Abb. 3 und 4). Denn in diesem Fall war ja niemand gezwungen, seine Ansicht zu diesem Thema über seine Wahlentscheidung zu äußern.

Es lässt sich darüber hinaus zeigen, dass nur eine Minderheit der Wähler Kandidaturen auf den Wahllisten herausgestrichen hat. Durch solche Streichungen veränderte Listen gaben bei den Wahlen zur 1. Saeima

<sup>58</sup> OLGA ZNOTIŅA: Res publica un sievietes [Die res publica und die Frauen], in: Latvis [Der Lette], 29.9.1925.

<sup>59</sup> CĒSNIĒK, Latvju sieviete (wie Anm. 57), S. 25.

<sup>60</sup> Wahrscheinlich wurde dieses Interesse des Völkerbundes von den Aktivitäten der Nationalliga der lettischen Frauen im Internationalen Frauenverband erweckt. Siehe PĀRNA, Sieviete velēšanu ciņā (wie Anm. 28); PĪPIŅA, Sieviešu kustība Latvijā (wie Anm. 5), S. 515.

<sup>61</sup> PĪPIŅA, Sieviešu kustība Latvijā (wie Anm. 5), S. 513.; BERTA SALTAIS: Par ko jābalso darba sievietēm [Für wen sollen arbeitende Frauen stimmen], in: Darba Sieviete 1928, Februar [Nr. 1], S. 10.

<sup>62</sup> Dieses Stereotyp schuf der Leiter des Statistischen Büros des Rigaer Stadtrates Herberts Pārna (siehe Anm. 65), der nur die Angaben über die Wählerinnen publiziert hatte. Später wurde auch das Wahlverhalten der Männer analysiert, wobei sich herausstellte, dass relativ mehr Männer die Kandidatinnen herausgestrichen haben als Frauen; trotzdem bleibt das Stereotyp „selbst schuld“ im Bewusstsein der Menschen virulent.

19,97 % der Wähler ab, bei den Wahlen zur 2. Saeima waren es 26,03 %, bei den zur 3. Saeima 32,44 % und bei denen zur 4. Saeima 35,47 %.<sup>63</sup> Auch haben, wie gezeigt, nicht alle Wähler gezielt weibliche Kandidaten herausgestrichen. Aber aufgrund der veränderbaren Listen hat eben diese Minderheit der Wähler die Reihenfolge der Kandidaten auf der Liste bestimmt und (nicht nur) die Frauen „zugrunde gerichtet“. Genauer gesagt bestand diese entscheidende Minderheit bei den großen Parteien wie zum Beispiel der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei aus einigen tausend Stimmen, während sie im Falle kleinerer Parteien nur aus einigen hundert bestand. Parallel existierte eine „schweigende Mehrheit“ der Wähler, die die Listen überhaupt nicht änderten. Da die Wähler die Möglichkeit nicht nutzten, die Wahllisten zugunsten der Frauen zu verändern, lässt sich zwar vermuten, dass ihnen der Ausschluss der Frauen aus der Politik als nicht unvernünftig erschien. Sicher scheint demgegenüber jedenfalls zu sein, dass eine Stimmabgabe für populäre Politiker mit einer größeren Garantie dafür verbunden war, die eigenen Ziele mit Hilfe der eigenen Wahlentscheidung zu erreichen. Allerdings waren damals in Lettland nur wenige Politikerinnen wirklich in der Öffentlichkeit bekannt.

Die Frauen waren Anfängerinnen in der Politik und als solche konnten sie nicht von den veränderbaren Listen profitieren, da diese die Wahl populärer Persönlichkeiten begünstigten. Unveränderbare Listen hätten jedoch die Situation aller Wahrscheinlichkeit nach verändert. Angesichts der Listenplätze der Kandidatinnen und der Zahl der Mandate, die die gewählten Parteien errungen haben, wären in die 1., 2. und 3. Saeima je eine Abgeordnete, in die 4. Saeima sogar zwei gewählt worden, alleamt Abgeordnete der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Lettlands.<sup>64</sup> Ebenso wenig ist die Annahme der Zeitgenossen, die Wählerinnen seien eine politisch unbewusste Masse, als eindeutig zu bezeichnen. Einerseits beteiligten sich Frauen sehr engagiert an den Wahlen, indem sie statt der ausgestrichenen Kandidaten Kandidatinnen aus anderen Listen eintrugen. Deshalb bekam die kandidierende Frau, egal auf welcher Liste sie stand, „viele Kupons von anderen Parteien“.<sup>65</sup> Aber andererseits redu-

<sup>63</sup> ĀDOLFS ŠILDE: *Latvijas vēsture, 1914–1940: Valsts tapšana un suverēnā valsts* [Geschichte Lettlands, 1914–1940: Die Geburtsjahre des Staates und der souveräne Staat], Stockholm 1976, S. 389.

<sup>64</sup> Interessanterweise behandelten die beiden größten Fraktionen, die Sozialdemokratische Arbeiterpartei und der Bauernverband, die Frage der Kandidatur von Frauen bei den Parlamentwahlen extrem unterschiedlich. Im Unterschied zu den Sozialdemokraten, auf deren Listen bei jeder Wahl Frauen kandidiert hatten, stellte der Bauernverband keine Frauen auf. Als Ausnahme von der Regel können die Wahlen zur Konstituante gelten, als im Wahlbezirk Kurzeme Alise Runnes kandidierte – als 24. unter 26 Kandidaten.

<sup>65</sup> Siehe hierzu HERBERTS PĀRNA: *Kas slēpjas aiz vēlēšanu iznākumiem Rīgā* [Was steckt sich hinter den Ergebnissen der Wahlen in Riga], in: *Jaunākās Ziņas*, 13.10.1925.



zierte natürlich auch die relativ niedrige Zahl der Kandidatinnen ihre Aussichten, überhaupt gewählt zu werden.

Die Niederlage der Frauenlisten bei den Wahlen belegt somit nicht, dass die Wählerinnen „eine blinde und unbewusste Masse“ waren, sondern zeugt eher vom politischen Denken der Frauen, die bei der Wahl soziale Kriterien anlegten und nicht geschlechtsspezifische. Im Lettland der 1920er und 1930er Jahre war es in verschiedenen sozialen Gruppen durchaus üblich, die Realität nach einem unterschiedlich definierten Klassenbewusstsein zu erfassen und zu bewerten.<sup>66</sup> So empörte sich z.B. Konstantīns Mežulis von der Fraktion der Arbeiter und Bauern während der Parlamentsdebatte der 4. Saeima über die Abschaffung von staatlichen Zuwendungen für die Familien von Angestellten und Beamten darüber, dass die Abgeordnete Berta Pīpiņa sich nicht auf alle Frauen Lettlands berufen dürfe, weil sie „die Interessen der arbeitenden Frauen“ verraten habe.<sup>67</sup> Nach der vorherrschenden Auffassung der Zeitgenossen gab es ohnehin keine spezielle Frauen- oder Männerpolitik, sondern nur lettische Politik. Daher hielt man auch Frauenparteien nicht für sinnvoll, da man befürchtete, auf diese Weise nur die Kräfte der entsprechenden sozialen Gruppe zu zersplittern.<sup>68</sup> Genau diese Ansicht spiegelt sich auch in der im Zusammenhang mit der Niederlage der Frauenlisten bei

---

<sup>66</sup> AIVARS STRANGA: LSDSP un 1934. gada 15. maija apvērsums. Demokrātijas likteņi Latvijā [Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Lettlands und der Umsturz vom 15. Mai 1934. Das Schicksal der Demokratie in Lettland], Rīga 1994, S. 8.

<sup>67</sup> „Es gibt Frauen aus verschiedenen Klassen. Es gibt Frauen aus dem Frauenkorps, es gibt Frauen aus der Frauenliga. Sie verteidigen eben diese Frauen, aber diese Frauen sind in der Minderheit.“ (Latvijas Republikas IV Saeimas stenogrammas. I un ārkārtējā sesija. 1931. gads [Stenogramme der 4. Saeima Republik Lettland. Erste un ausserordentliche Session 1931], Rīga 1931, Sp. 132-133: 6. Sitzung der 1. Session der 4. Saeima der Republik Lettland, am 20. November 1931. In diesem Kontext muss auch das folgende Zitat gesehen werden: „B. Pīpiņa hat die Rechte der Frauen Lettlands aktiv verteidigt, unabhängig von ihrer Nationalität und ihrem sozialen Status.“ Zit. n. 20. gadsimta Latvijas vēsture. 2. daļa. Neatkarīgā valsts [Geschichte Lettlands im 20. Jahrhundert. 2. Teil. Der unabhängige Staat], 1918–1940, Rīga 2003, S. 150.

<sup>68</sup> OTĪLIJA RIEKSTIŅA: Demokrātu savienības biedreņu komiteja [Das Komitee der Genossinnen des Demokratischen Verbands], in: Jaunā Latvija [Das Neue Lettland], 3.3.1920. Diese Meinung teilte auch die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Lettlands. Fricis Mendērs betonte: „Es darf nicht vergessen werden, dass die Gegenüberstellung von Frau und Mann eine Erscheinung der bürgerlichen Gesellschaft ist, und man sollte dieser künstlich geschaffenen Gegenüberstellung nicht erlauben, die richtige Gegenüberstellung zwischen der Arbeiterin und einer wohlhabenden Frau sowie die Gemeinsamkeit der Interessen von Arbeiterinnen und Arbeitern zu verdecken.“ Zit n. [FRICIS MENDERS:] „Peļu un varžu karš“ [Krieg der Mäuse und der Frösche], in: Sociāldemokrāts, 25.2.1920.; Ko Sieviešu savienība domā un spēj izvest dzīvē [Was denkt sich der Frauenverband und was kann er verwirklichen], in: ebenda, 2.3.1920; Kā sievietes strādnieces skatās uz „sieviešu savienību“ [Wie die Arbeiterinnen auf den „Frauenverband“ schauen], in: ebenda, 6.3.1920.

den Wahlen zur 4. Saeima gefallenen Behauptung „10 634 Stimmen der Bürger sind verloren gegangen“.<sup>69</sup> Andererseits ist nicht auszuschließen, dass die Frauen ihre Stimme der einen oder anderen Partei nur deshalb gaben, weil sie darin dem Beispiel ihrer Männer oder Väter folgten.<sup>70</sup> Aber wahrscheinlich wurde die Wahl der Frauen von beiden Faktoren, der Familie wie der sozialen Gruppe, beeinflusst, die sich selbstverständlich auch überlappen konnten.

Die Niederlage der Frauen bei den Parlamentswahlen bedeutete nicht, dass sie nicht versucht hätten, die Gesetzgebung zu beeinflussen. Hierum bemühten sich sowohl die Linken – durch die Fraktion der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei – als auch die Bürgerlichen – durch die zu diesem Zweck 1923 gegründete Juristische Abteilung der Nationalliga der lettischen Frauen.<sup>71</sup>

### *Schlussfolgerungen*

Die Versuche der Frauen, in die Saeima zu gelangen, blieben aufgrund des Verfahrens mit den veränderbaren Wahllisten erfolglos. Gleichzeitig konnten die Frauen politische Erfahrungen sammeln und ihre Fähigkeiten beweisen. Keinesfalls waren sie selbst an ihrer Niederlage schuld. Nur eine Minderheit strich weibliche Namen auf den Wahllisten aus, mehrheitlich waren dies jedoch Männer. Gleichzeitig kann man nicht behaupten, dass sich die Männer insgesamt gegenüber den Kandidatinnen ablehnend verhalten hätten.

Die besten Ergebnisse haben Frauen erreicht, wenn sie auf Parteilisten kandidierten und nicht auf besonderen Frauenlisten. Die schlechten Ergebnisse dieser Frauenlisten waren nicht nur damit zu erklären, dass sie programmatisch nur die Aussagen der übrigen Parteien wiederholten, sondern auch damit, dass die Bevölkerung manchmal eine leicht ironische Einstellung den Frauen gegenüber an den Tag legte. Entscheidend für die Beantwortung der Frage, warum die Frauen außerhalb des Parlaments blieben, war jedoch die standhafte Ansicht, das ihr Platz in der Familie sei und keinesfalls in der Politik, sowie eine deutliche Skepsis

<sup>69</sup> OSVALDS FREIVALDS: *Latvijas politiskās partijas 60 gadus* [Die politischen Parteien Lettlands in 60 Jahren], Kopenhagen 1961, S. 124.

<sup>70</sup> Der französische Historiker Teodor Zeldin verweist auf eine in Frankreich durchgeführte Untersuchung, wo die Frauen das Wahlrecht erst 1944 erhielten, die zeigt, dass 85% der Frauen wie ihre Männer stimmen. Im Unterschied dazu stimmen die Witwen und nicht verheirateten Frauen ganz anders. ТЕОДОР ЗЕЛДИН: *Франция, 1848–1945. Честолюбие, любовь и политика* [Frankreich, 1848–1945. Ehrgeiz, Liebe und Politik], Екатеринбург 2004, S. 311.

<sup>71</sup> Hier arbeiteten Berta Pīpiņa, die erste Rechtsanwältin Lettlands Otilija Ķempele (Frauen hatten ungeachtet der Tatsache, dass sie dieselbe Ausbildung wie Männer genossen, bis 1929 nur als Rechtsanwaltsgehilfen arbeiten dürfen) sowie die Notarinnen Emma Albertiņa, Milda Salnā, Anna Rūmane-Ķeniņa, Dr. Marija Mežance, Angelika Gailite und Olga Znotiņa.

in der Gesellschaft gegenüber dem Anspruch der Frauen auf eine Beteiligung am politischen Leben. Angesichts der Dominanz solcher Weltbilder war die Niederlage der Frauen bei den Wahlen wohl fast schon als gesetzmäßig zu betrachten. Allerdings begann sich die Situation bereits Anfang der 1930-er Jahre, d.h. keine 10 Jahre, nachdem die Parlamentswahlen erstmals mit veränderbaren Listen stattgefunden hatten, zu ändern. Davon zeugt das Beispiel der Abgeordneten der 4. Saeima Berta Pīpiņa, die immerhin das sechstbeste persönliche Ergebnis aller lettischen Politiker erzielt hatte,<sup>72</sup> und dies bei Wahlen, bei denen die größte Zahl an veränderten Listen seit ihrer Einführung zu verzeichnen und die Konkurrenz am härtesten war. Das weist darauf hin, dass die kontinuierliche Arbeit der Frauen vor allem auf dem Gebiet der Sozialpolitik die Vorstellungen zumindest eines Teils der Wähler über ihre politische Rolle verändert hatte. Die zielgerichtete Vorbereitung politisch aktiver Frauen für die Wahlen zur 5. Saeima 1934 erlaubt die Prognose, dass ihre Erfolge bei diesen Wahlen noch deutlicher ausgefallen wären. Dem kam jedoch die Auflösung der parlamentarischen Republik in Lettland durch Ministerpräsident Kārlis Ulmanis am 15. Mai 1934 zuvor. Welches Bild sein autoritäres Regime von der Rolle der Frauen in der Politik bevorzugte, wird vom folgenden Zitat charakterisiert: „die Distanz von der Politik war für die lettischen Frauen nur von Nutzen. Sie haben damit begonnen, sich mit den tieferen Grundlagen zu beschäftigen.“<sup>73</sup> Diese Worte wären als Gipfel des Zynismus zu bewerten, wenn sie nicht von Anna Rumane-Ķeniņa stammten, einer der aktivsten Kämpferinnen für die Beteiligung der Frauen am politischen Leben Lettlands in der für diesen Beitrag untersuchten Zeit.

---

#### SUMMARY

---

### *Women and the Parliamentary Elections in the Republic of Latvia, 1920–1934*

The Republic of Latvia gave women the active and passive right to vote in 1920. As a result six women were represented in the first elected legislative body of the young Latvian state – the Constitutional Assembly. However, the Assembly changed the voting system by amending the Law of

---

<sup>72</sup> FREIVALDS: Latvijas politiskās partijas 60 gados (wie Anm. 69), S. 100. Die sechstpopulärste Politikerin war sie auch im Wahlbezirk Riga, in dem Kārlis Ulmanis nur 35. wurde: Latvijas Republikas Saeimas vēlēšanas 1931. gadā (wie Anm. 46), S. 12.

<sup>73</sup> Ko latvju sievietēm devis jaunais laiks? [Was hat die neue Zeit den lettischen Frauen gegeben?], in: Jaunākās Ziņas, 12.12.1935.

Elections to the *Saeima* (Parliament) on 14 July 1922. These amendments introduced changeable election lists where the voters could change the order of the candidates by crossing them out, raising them to the top or lowering them to the bottom, thus essentially increasing or diminishing their respective chances to be elected. This voting system obviously had an impact also on the chances of women to become a member of parliament: There were no women at all in the First (1922), Second (1925) and Third *Saeima* (1928), and only one woman succeeded during the elections to the Fourth *Saeima* in 1931.

This article analyses the women's political programmes, their tactics and results in the election campaigns in order to understand why their aspirations were not met with success and they failed to be elected into the *Saeima* for such a long period. It can be shown that the voting system with the changeable lists indeed had a negative effect on women's chances to become parliamentarians, but it should be also acknowledged that they had not enough time to acquire the necessary political experience and prove their capacities and knowledge in the political arena. The statement, popular at that time, that a female candidate failed because other women crossed her out, is not true, of course. The small number of female candidates was one of the reasons why they did not succeed. The opposite idea that especially men were crossing them out and generally had negative attitudes to female politicians is hard to prove exactly because of the small number of female candidates.

One of the main reasons for female failure in the election campaigns during the 1920s was the common conviction that a woman should serve the family, not politics. As long as this view was widespread in Latvian society, female failure as such was no surprise. Already during the early 1930s there was at least a gradual shift of attitude concerning women in society and politics. The example of Berta Pīpiņa, who eventually was elected to the Fourth *Saeima*, when in fact the number of changed voting lists reached the highest numbers during the period under examination, proves that a woman persistently active in public life and known for her goals and values was ultimately able to succeed. Unfortunately, we cannot know how the situation might have developed later on because of the coup d'état by Kārlis Ulmanis in March 1934 that marked an end to the parliamentary period in Latvia.

# Auswirkungen der autoritären Ideologie von Kārlis Ulmanis auf die lettische Geschichtsschreibung

VON ILGVARS BUTULIS

Im System der autoritären Ideologie von Kārlis Ulmanis (1877–1942) nahm die lettische Geschichte bzw. ihre Deutung einen festen Platz ein – ein Thema, mit dem sich bislang die Historiker Ludwig Karstens (alias Jürgen von Hehn) und Inesis Feldmanis beschäftigt haben.<sup>1</sup> Karstens stellt den unwissenschaftlichen und historisch unsachgemäßen Charakter der lettischen Historiographie der 1930er Jahre der „wissenschaftlich begründeten und auf Quellen gestützten Geschichtsschreibung der Deutschbalten“ gegenüber. Nichtsdestotrotz sind einige Erkenntnisse von Karstens noch bis heute von Interesse und haben nicht an Aktualität eingebüßt. Feldmanis beschreibt kurz die vom Staat forcierte Geschichtsschreibung und hebt deren enorme Leistung hervor. Mit dem vorliegenden Artikel wird nicht das Ziel verfolgt, eine umfassende Analyse der lettischen Historiographie von 1934–1940 oder der Geschichtsbücher jener Zeit zu leisten. Vielmehr sollen hier die Auswirkungen der autoritären Ideologie auf das Geschichtsverständnis aufgezeigt werden, indem die Grundthesen, die Klischees in der Deutung der Geschichte und die Ansätze dieser Ideologie dargestellt werden.

Zweifellos sind die Jahre des autoritären Regimes von Kārlis Ulmanis im gewissen Sinne auch als Blütezeit der lettischen Geschichtsforschung zu sehen. 1936 wurde das Institut für lettische Geschichte gegründet. Ende der 1930er zählte es 23 Mitarbeiter, von denen nicht wenige zu den renommierten Historikern ihrer Zeit zählten. Das Institut gab fünf Quellenpublikationen heraus. Seit 1937 erschien vier Mal im Jahr die Zeitschrift „Latvijas Vēstures Institūta žurnāls“ (Zeitschrift des Instituts für lettische Geschichte).<sup>2</sup> Unterschiedliche Themen der Geschichte behan-

---

Die lettische Originalfassung dieses Artikels ist erschienen unter dem Titel: Kārlis Ulmaņa autoritārās ideoloģijas ietekme uz Latvijas vēstures pētišanu, in: *Latvijas Vēsture* 2001, Nr. 2, S. 59–63.

<sup>1</sup> LUDWIG KARSTENS: Die Entwicklung der lettischen Geschichtswissenschaft, in: *Jomsburg* 3 (1939), S. 45–72; INESIS FELDMANIS: Die lettische Historiographie, in: *Zwischen Konfrontation und Kompromiß. Oldenburger Symposium: „Interethnische Beziehungen in Ostmitteleuropa als historiographisches Problem der 1930er/1940er Jahre“*, hrsg. von MICHAEL GARLEFF, München 1995 (Schriften des Bundesinstituts für ostdeutsche Kultur und Geschichte, 8), S. 133–138.

<sup>2</sup> Die Herausgabe der Zeitschrift wurde 1940, gleich nach der Okkupation und Annexion Lettlands durch die UdSSR, eingestellt. (Anm. der Redaktion.)

delten auch die Periodika „Senatne un Māksla“ (Altertum und Kunst), „Sējējs“ (Der Säher)<sup>3</sup> sowie auch die Tagespresse und einzelne Artikel im Lettischen Konversationslexikon.<sup>4</sup>

Die Verbreitung historischer Kenntnisse hatte eine große Bedeutung zu dieser Zeit. In Riga wie in vielen anderen Städten wurden Geschichtsvereine gegründet, und der Staat organisierte Seminare und Kurse für Geschichtslehrer und Beamte. Die lettische Geschichte bildete einen wichtigen Schwerpunkt im Lehrplan der Schulen. Schon 1933 wurden auf einem Kongress der Partei des Bauernbunds die vorhandenen Lehrbücher zur lettischen Geschichte kritisiert und die Abfassung von neuen, national ausgerichteten Werken gefordert.<sup>5</sup> Es ist Feldmanis beizustimmen, dass in dieser Zeit die Grundlagen für die weitere Erforschung der lettischen Geschichte gelegt wurden und dass die Historiker entscheidend zur Stärkung des nationalen Selbstbewusstseins beigetragen haben.<sup>6</sup>

Nach dem Staatsstreich von Ulmanis am 15. Mai 1935 wurden von der Regierung auch im Bereich der lettischen Geschichte neue Schwerpunkte gesetzt, die sich auf mehrere Grundannahmen stützten:

1. Die lettische Geschichte stand im Zentrum der Aufmerksamkeit und stellte eine privilegierte und durch die Regierung favorisierte historische Disziplin dar, zu deren Leitspruch Ulmanis' Worte wurden: „Höret auf die Schritte der Geschichte“.<sup>7</sup>
2. Die lettische Geschichte wurde ein fester Bestandteil der autoritären Ideologie. Sie wurde als ein wichtiges Mittel der Erziehung bzw. als ein Instrument zur „Entwicklung des nationalen Bewusstseins der Letten“<sup>8</sup> etabliert. In diesem Zusammenhang wurde immer wieder Ulmanis zitiert: „Lasst uns die Worte ‚kleines Volk‘ und ‚kleiner Staat‘ vergessen!“ Oder: „Das lettische Volk ist vom Objekt zum Subjekt der Geschichte geworden“.<sup>9</sup> Man kann durchaus sagen, dass die Geschichte verstaatlicht wurde.

<sup>3</sup> Die Zeitschrift „Senatne un Māksla“ erschien viermal im Jahr, „Sējējs“ – jeden Monat von 1936 bis 1940. (Anm. der Redaktion.)

<sup>4</sup> „Latviešu konversācijas vārdnīca“ wurde von Arveds Švābe, Alfreds Būmanis und Kārlis Dišlārs unter Mitwirkung zahlreicher Mitarbeiter in 21 Bänden von 1927/28 bis 1940, leider nicht im geplanten Umfang, herausgegeben. (Anm. der Redaktion.)

<sup>5</sup> Zemieķines Latvijas nākotni [Die Bauern tragen die Zukunft Lettlands], Rīga 1933.

<sup>6</sup> FELDMANIS, Die lettische Historiographie (wie Anm. 1), S. 138.

<sup>7</sup> KĀRLIS ULMANIS: Klausaities vēstures soļos [Höret auf die Schritte der Geschichte], in: Latvijas Vēstures Institūta žurnāls 1937, Nr. 2, S. 163.

<sup>8</sup> ARTURS KRODERS: Mēneša apskats [Monatsumschau], in: Aizsargs [Der Schutzkorpsmann] 1936, Nr. 2, S. 126.

<sup>9</sup> DERS.: Kārļa Ulmaņa runu fragmenti [Der Feueiferer. Fragmente aus den Reden von Kārlis Ulmanis], Rīga 1938, S. 157, 214.

3. Die Geschichte trug wesentlich zur Legitimation des Ulmanis-Regimes und der drei Säulen seiner Herrschaft bei – lettisches Lettland, Einheit und Führertum.
4. Die lettische Geschichte wurde ausschließlich als Geschichte der Letten verstanden und interpretiert. Als symptomatisch ist hier die folgende Erkenntnis Ulmanis' aus dem Jahre 1936 anzusehen: „Fremde sind immer wieder zu uns gekommen, aber auch immer wieder gegangen. Nur wir Letten sind geblieben.“<sup>10</sup> Auch Arturs Kroders, Publizist und Ideologe des autoritären Regimes, wies darauf hin, dass nur die Nation den Sinn eines jeden Lebens rechtfertige und dass die wichtigste Aufgabe jeder Geschichtsschreibung die Erforschung der Nationalgeschichte sei.<sup>11</sup> Diesbezüglich noch direkter war Alfrēds Goba, indem er dazu aufforderte, die Geschichte mit den Augen und dem Herzen eines Letten zu betrachten, wobei eine dem Letten fremde Vorstellung von der Geschichte sowie die Legenden der deutschbaltischen Historiker auszumerzen seien.<sup>12</sup>
5. Unter Beachtung der ideologischen Grundprinzipien des Regimes hatten die Historiker die lettische Geschichte im Geiste der Wahrheit und des Nationalismus zu erforschen. Augusts Tentelis, ein prominenter Historiker des Regimes, erklärte, dass es neben der faktischen auch eine nationale Wahrheit gäbe, wobei man bei der Verkündung dieser Wahrheit durchaus subjektiv sein dürfte.<sup>13</sup> Eine Kritik der Geschichte war jedenfalls ausgeschlossen und die Vergangenheit musste zwecks Stärkung des nationalen Bewusstseins möglichst positiv geschildert werden.
6. Auch Ulmanis' persönlicher Einfluss auf die Deutung der Geschichte war recht groß. Er mischte sich höchstpersönlich in die Forschung ein und fasste autoritative Beschlüsse auf diesem Gebiet.<sup>14</sup> Nicht ohne sein Zutun wurde die Bedeutung seiner eigenen Aktivitäten so aufgebauscht, dass er quasi zur wichtigsten Figur in der Geschichte avancierte.

In Übereinstimmung mit diesen Grundthesen sprach man in Bezug auf die lettische Geschichte nicht mehr von der Zeit der russischen, polnischen, schwedischen oder deutschen Herrschaft, sondern von der alten,

<sup>10</sup> ROBERTS MALVESS: Pirmā Baltijas vēsturnieku konference [Die erste Baltische historische Konferenz], in: Aizsargs 1927, Nr. 10, S. 646.

<sup>11</sup> ARTURS KRODERS: Atziņas, ko māca vēsture [Erkenntnisse, die die Geschichte lehrt], in: Latvijas preses biedrības gadagrāmata [Jahrbuch des lettischen Pressevereins], Rīga 1936, S. 28.

<sup>12</sup> ALFRĒDS GOBA: Latvju tautas gods [Die Ehre des lettischen Volkes], Rīga 1935, S. 56.

<sup>13</sup> AUGUSTS TENTELIS: Runa vēstures skolotāju kursos Rīgā, 1936. g. 29. jūnijā [Rede anlässlich der Kurse für Geschichtslehrer in Riga am 29. Juni 1936], in: Trešais gads [Das dritte Jahr], Rīga 1937, S. 152.

<sup>14</sup> KARSTENS, Die Entwicklung (wie Anm. 1), S. 52.

älteren und neueren Geschichte. Die lettischen Historiker bestritten die Ansicht, dass das von den altlettischen Stämmen besiedelte Gebiet im 12. Jahrhundert von den Deutschen „aufgesegelt“ worden und dies als Beginn der lettischen Geschichte schlechthin anzusehen sei. Ins Zentrum der Aufmerksamkeit rückte die Zeit vor der Ankunft der Deutschen – die alte Geschichte. Eine große Bedeutung kam nun den archäologischen Ausgrabungen zu. Zwar trug die vom Regime praktizierte zielorientierte Geschichtsforschung wesentlich zum Aufschwung der lettischen Geschichtsschreibung bei, die ideologischen Vorstellungen schufen jedoch eine unhistorische, idealisierte und verschönerte Vorstellung von der Vergangenheit. So sprach beispielsweise einer der führenden Historiker der alten Geschichte von einem „geistigen, mächtigen und in kultureller Hinsicht ganz hoch oben stehenden freien alten Lettland, das als Vorbild für das neue, auferstandene Lettland und als Wegweiser für alle Letten“ zu gelten habe.<sup>15</sup> Die kulturelle Entwicklung der altlettischen Stämme wurde zweifellos überschätzt, wenn man von den Letten als einem alten Kulturvolk sprach, deren Kultur derjenigen der Nachbarvölker oder gar der Deutschen gleichgestellt wurde, oder wenn sie bisweilen sogar als ein „klassisches Volk“ neben die Altgriechen gestellt wurden.<sup>16</sup>

Entsprechend der These von der besonderen Rolle des Bauerntums, die das Regime offensiv vertrat, wurde das Bild des lettischen Bauern (gern ‚Pflüger‘ genannt) ebenso wie die gesamte Landwirtschaft stark idealisiert. Die Publizisten des Regimes bezeichneten Altlettland als Wiege der europäischen Getreidekultur, wo schon in der Zeit der Griechen die besten Getreidesorten und Kulturpflanzen bekannt waren.<sup>17</sup> Arveds Švābe, einer der führenden lettischen Historiker, behauptete sogar, dass es bereits vor dem 12. Jahrhundert blühende lettische Städte und hoch organisierte lettische Nationalstaaten gegeben habe.<sup>18</sup> Aleksandrs Grīns, ein populärer Schriftsteller und Publizist sowie einer der Ideologen des autoritären Regimes, wies auf die Existenz lettischer Staaten schon vor 1 500 bis 2 000 Jahren hin.<sup>19</sup>

Ein besonders beliebtes Thema waren die lettischen Stammesführer und Herrscher im 12. und 13. Jahrhundert. Die altlettischen Herrscher wurden zwecks Propaganda des Führerprinzips instrumentalisiert. Die alte lettische Geschichte wurde so dargestellt, als ob das Endziel ihrer Entwicklung immer und obligatorisch die Vorherrschaft eines

---

<sup>15</sup> ARTURS KRODERS: Tautas vienības idejas pamatojums [Die Begründung der Volkseinheit], in: Brīvības pieminekļa gadagrāmata [Jahrbuch des Freiheitsdenkmals], Rīga 1936, S. 124.

<sup>16</sup> EDVARTS VIRZA: Laikmeta dokmenti [Dokumente der Zeit], Rīga 1936, S. 375.

<sup>17</sup> KARSTENS, Die Entwicklung (wie Anm. 1), S. 70.

<sup>18</sup> ARVEDS ŠVĀBE: Straumes un avoti [Ströme und Quellen], Bd. 1, Rīga 1940, S. 109.

<sup>19</sup> ALEKSANDRS GRĪNS: Latvijas vienības doma senos un nesenos laikos [Die lettische Einheitsidee in älterer und jüngerer Zeit], in: Aizsargs 1936, Nr. 4, S. 248.



Führers gewesen sei. Um das Regime Ulmanis' zu rechtfertigen, musste der Stammbaum des Herrschers so weit wie möglich in die Geschichte zurückverfolgt werden. Als Ahnen Ulmanis' wurden somit die semgallischen Stammesführer Viesturs und Namejs identifiziert.<sup>20</sup> Der Tatsache, dass Ulmanis aus Semgallen stammte, wurde eine mystisch-symbolische Bedeutung zugemessen. Gerade die Stammesführer aus Semgallen wurden in historischer Hinsicht unsachgemäß als die ersten Kämpfer für die Freiheit und Einheit Lettlands dargestellt, während Semgallen als der erste lettische Nationalstaat heraufbeschworen wurde. Grīns schlussfolgerte diesbezüglich, es sei bezeichnend, dass der erste lettische Nationalstaat vor 1500 Jahren in Semgallen gegründet wurde, und dass der Gründer des neuen lettischen Staates eben von dort stamme.<sup>21</sup>

Auf den Porträts der altlettischen Stammesführer von Ludolfs Liberts sind diese in roten Königsroben dargestellt, mit vergoldeten Herrscherkronen majestätisch und prachtvoll ausgestattet. Publizisten wie Historiker bewunderten die männlichen Gesichtszüge der Könige. Die Phantasie des Malers wurde als Spiegelung der Realität, gar als historische Quelle dargeboten. Diese Sichtweise sollte zum einen die Kontinuität der autoritären Staatsmacht beweisen und zum anderen die nicht vorhandene Tradition des „lettischen Cäsarismus“ pflegen und stärken. Die schöngestaltigen literarischen Phantasien Grīns' über den Ring und das Testament von Namejs ließen den Eindruck entstehen, dass Ulmanis tatsächlich Erbe dieses nicht existenten Testaments sei. Auch in historischen Großaufführungen brachten altlettische Kriegsschiffe Namejs zum Präsidentenschloss, um Ulmanis eine Königskrone mit einem Getreidekranz mit den Worten zu übergeben: „Für dich, mein Herrscher, der mir im Geiste und in Taten weit voraus ist“<sup>22</sup>. In Übereinstimmung mit der autoritären Ideologie sollte die alte lettische Geschichte als Kampf des Volkes um die nationale Einheit unter der Führung eines Stammesführers aus Semgallen verstanden werden.

Die Niederlagen der lettischen Stämme in den Kämpfen gegen die Schwertbrüder und später gegen den Deutschen Orden entsprachen nicht ganz dem Bild der autoritären Geschichtsschreibung. Dennoch musste man diese eingestehen – allerdings tendierte man dazu, in ihnen nur ein Beispiel dafür zu sehen, dass es ohne einen starken Führer und ohne die Einheit des Volkes keinen Erfolg im nationalen Sinne geben könne.

Auch die bis 1934 verbreitete These von den 700 Jahren der lettischen Sklaverei ließ die eigene Geschichte nicht unbedingt in einem positiven

<sup>20</sup> EDVARTS VIRZA: Ne verdzibas, bet slavas gadu simti [Nicht Jahrhunderte der Sklaverei, sondern des Ruhms], in: Tēvzemei un brīvībai [Für Vaterland und Freiheit], Rīga 1936, S. 67.

<sup>21</sup> ALEKSANDRS GRĪNS: Latviešu brīvības cīņa [Der Freiheitskampf der Letten], in: Brīvības pieminekļa gadagrāmata (wie Anm. 15), S. 87.

<sup>22</sup> RIHARDS DĒLIŅŠ: III latvju zemnieku plaujas svētki Jelgavā [Das III. Erntefest der Bauern in Mitau], in: Seņejs [Der Säher] 1937, Nr. 10, S. 1097.

Licht erstrahlen. Grīns nannte diese Auffassung eine Legende, ein sentimentales Märchen, eine Selbstverleugnung, ja einen Selbstbetrug.<sup>23</sup> Edvarts Virza, ein weiterer Ideologe des Regimes, behauptete diesbezüglich ganz einfach, dass diese Ära für das lettische Volk keineswegs Jahrhunderte der Sklaverei, sondern die Zeit großen Ruhms gewesen sei.<sup>24</sup> Um die Spanne der Sklaverei zu verringern, wurde der Anfang dieser Epoche eigenwillig auf das 15. oder gar das 18. Jahrhundert verlegt.<sup>25</sup> Mehrere Historiker behaupteten, dass die Letten sich im 13. Jahrhundert nicht ergeben hätten und auch nicht besiegt worden seien. Andere wiederum wollten die 700 Jahre als einen ununterbrochenen Kampf für die Freiheit interpretieren, was eine Idealisierung des lettischen Soldaten – des Freiheitskämpfers – zur Folge hatte. Im Zentrum der lettischen Geschichte habe immer ein Soldat gestanden, ein freier Mann mit seinem Schwert, auf den der Patriotismus und der kämpferische Geist der vorangegangenen Generationen übergegangen seien.<sup>26</sup> Einigen Publizisten und Historikern darf sogar ein gewisser Größenwahnsinn attestiert werden, denn sie ließen sich u.a. zu folgenden Behauptungen hinreißen: „Die bewundernswerten Heldentaten der Letten lassen uns die Heldentaten der Kämpfer von Sparta als nichtig erscheinen. Die Niederlagen sind die Niederlagen der Politiker und nicht der lettischen Kämpfer.“<sup>27</sup> Um die wahre Rolle der Letten in der Geschichte zu begründen und sich zugleich von den Deutungsansätzen der Deutschbalten zu distanzieren, kam es mitunter gar zu Aussagen, in denen die Existenz eines lettischen Stadtbürgertums, einer Klasse von lettischen Gutsherren sowie allgemein freier Letten vorausgesetzt wurde.<sup>28</sup>

Kennzeichnend für die Historiographie der 1930er Jahre ist das Bild, was man sich vom Herzogtum Kurland machte. Wie wir wissen, stand es unter polnischer Hoheit, hatte einen deutschen Herzog und wurde von deutschen Gutsherren verwaltet. Die Letten hatten dort keinerlei politische Rechte, sie spielten nur als Arbeitskraft in der Landwirtschaft eine Rolle. Ulmanis selber aber sprach von einem freien, lettischen Kurland, das er als einen blühenden Staat mit eigenem Heer, Kolonien und einer entwickelten Ökonomie schilderte. Auch auf der europäischen poli-

<sup>23</sup> ALEKSANDRS GRĪNS: Daudzinātie 700 gadi [Die vielgerühmten 700 Jahre], in: Raksti par jauno valsti [Schriften über den Neuen Staat], Rīga, 1935, S. 36.

<sup>24</sup> VIRZA, *Ne verdzības* (wie Anm. 20), S. 66.

<sup>25</sup> GRĪNS, *Daudzinātie* (wie Anm. 23), S. 38.

<sup>26</sup> KĀRLIS RABĀCS: *Lepnā cilts* [Der stolze Stamm], in: *Tēvzemei un brīvībai* (wie Anm. 20), S. 47, 48; KRĀDERS, *Tautas vienības* (wie Anm. 15), S. 124; GRĪNS, *Daudzinātie* (wie Anm. 23), S. 38.

<sup>27</sup> GRĪNS, *Latviešu* (wie Anm. 21), S. 89; KRĪŠJĀNIS BERKĪS: *Latvietis kā karavīrs* [Der Lette als Soldat], in: *Zemnieku grāmata* [Das Bauernbuch], Rīga [o.J.], S. 104.

<sup>28</sup> GRĪNS, *Daudzinātie* (wie Anm. 23), S. 38-40.

tischen Bühne habe er Bedeutendes geleistet.<sup>29</sup> In der Reihe der autoritären Vorgänger von Ulmanis maß man Herzog Jakob und seiner Herrschaft (1642–1682) eine besondere Bedeutung bei. Dieser deutsche Herzog wurde zum lang gesuchten wahren Herrscher in der lettischen Geschichte. Man stilisierte ihn zum Begründer des lettischen Lettlands, der den genialen Herrscher darstellte, der sich der Idee der Einheit des lettischen Volkes verschrieben habe.<sup>30</sup>

In der neueren lettischen Geschichte richtete sich das Interesse der autoritären Ideologie vor allem auf die Zeit des nationalen Erwachens zu Beginn des 19. Jahrhunderts, die lettischen Schützen im Ersten Weltkrieg, die Ausrufung der Republik Lettland am 18. November 1918, die Freiheitskämpfe und den Staatsstreich von Ulmanis am 15. Mai 1935. Das „nationale Erwachen“ wurde dabei sehr idealistisch dargestellt. Dessen ideologische Hauptfigur, Krišjānis Valdemārs, wurde zum Ahnen von Kārlis Ulmanis verklärt. Die lettischen Schützen wiederum verkörperten das lettische Heldentum schlechthin.<sup>31</sup> Dennoch haben vor allem die umfangreichen Quellensammlungen und manche Publikationen über das nationale Erwachen und die lettischen Schützen bis heute nicht an Bedeutung eingebüßt. Alle geschichtlichen Ereignisse von 1918–1934 wurden aber so dargestellt, dass sie den 15. Mai als zwangsläufig sowie historisch rechtmäßig und bedeutsam erscheinen ließen. Ohne jede Berechtigung wies das Regime auf einen Zusammenhang zwischen dem 18. November und dem 15. Mai hin, denn es wurde absolut ignoriert, dass am 18. November eine demokratische Republik proklamiert wurde, während am 15. Mai ein autoritäres Regime ins Leben gerufen wurde. Der 15. Mai und der 18. November wurden auch insofern miteinander in Verbindung gebracht, als der „Geist des 15. Mai“ derselbe sei wie der des 18. November, „denn in beiden Fällen wurde den Letten Mut, Heldentum und eine staatliche Einstellung abverlangt“.<sup>32</sup> Die Ideologen von Ulmanis verbreiteten gerne ihre Auffassung, derzufolge am 18. November ein unabhängiges Lettland gegründet wurde, das erst am 15. Mai zu einem wirklich unabhängigen Staat, einem Staat der Einheit geworden sei.<sup>33</sup> Sie wurden nicht müde zu wiederholen: „Seinen Führern folgend nahm das lettische Volk aktiv sowohl an den Ereignissen des 18. November wie

<sup>29</sup> KĀRLIS ULMANIS: Runa Pļaviņu ģimnāzijas izlaiduma aktā 1936. g. 18. jūlijā [Rede auf dem Festakt anlässlich des Abiturs im Gymnasium von Pļaviņas am 18. Juli 1936], in: Trešais gads (wie Anm. 13), S. 146.

<sup>30</sup> ALEKSANDRS GRĪNS: Latviešu valsts un latviešu vienības doma vieno gadu simteņus [Die Idee des lettischen Staates und der lettischen Einheit vereint Jahrhunderte], in: Sējējs 1937, Nr. 2, S. 120.

<sup>31</sup> GRĪNS, Latviešu valsts (wie Anm. 30), S. 247–253; DERS.: Latviešu (wie Anm. 21), S. 91.

<sup>32</sup> ARTURS KRODERS: Viņi to nevar izpirkt [Sie können es nicht bezahlen], in: Raksti par jauno valsti (wie Anm. 23), S. 62.

<sup>33</sup> KRODERS, Mēneša apskats (wie Anm. 8), in: Aizsargs 1938, Nr. 1, S. 63.

auch an denen des 15. Mai teil.<sup>34</sup> Diese Behauptungen entbehren dabei jeglicher historischer Grundlage, da die Rolle der Bevölkerung bei beiden so bedeutenden Ereignissen doch eher als passiv zu betrachten ist.

Die Schilderung der Freiheitskämpfe sollte zudem die Erklärung liefern, warum der Staatsstreich ausgerechnet vom Ministerpräsidenten Kārlis Ulmanis und dem Kriegsminister Jānis Balodis durchgeführt wurde. Die Tatsache, dass beide diese Posten auch in der Zeit der Freiheitskämpfe bekleidet hatten, eignete sich hervorragend zur Glorifizierung dieser Staatsmänner: „Als das Vaterland aufgrund der parlamentarischen Ausschweifung bis an den Rand des Abgrundes geführt wurde, da kamen die Gründer des Staates, der erste Ministerpräsident K[ārlis] Ulmanis und der Oberbefehlshaber während der Freiheitskämpfe J[ānis] Balodis, und retteten Lettland [...]“.<sup>35</sup> In diesem Kontext blieben Veranstaltungen wie z.B. öffentliche Bekenntnisse alter Kampffreunde bzw. der Jugend oder organisierte Umzüge zum Hauptfriedhof der im Krieg Gefallenen nicht ohne Wirkung. Auch bei solchen Gelegenheiten wurde viel von der „Wiedervereinigung des alten und des neuen Heldengeistes“ und der Notwendigkeit, das Vertrauen in den Geist des 18. November wieder herzustellen, gesprochen.<sup>36</sup>

Bei der Schilderung der Situation in Lettland in den 1920er und zu Beginn der 1930er Jahre wurden die Schattenseiten der Demokratie hervorgehoben und die sozialökonomische wie auch die politische Situation stark dramatisiert. Lettland wurde als ein Staat beschrieben, der aufgrund der Zersplitterung, Desorganisation und Korruption am Abgrund gestanden habe.<sup>37</sup> Das Feindbild, das die autoritäre Propaganda schuf, war auf die vorangegangene Epoche der Demokratie ausgerichtet, wobei man eigentlich von mehreren einzelnen „Feinden“ sprechen muss. Einen Feind stellte die Verfassung von 1922 dar, die dem Geist des lettischen Volks nicht entsprochen habe.<sup>38</sup> Die Saeima, das lettische Parlament, war ein weiterer Feind – ein Drachen mit 100 Häuptern, der Urgrund des Chaos in Lettland schlechthin.<sup>39</sup> Auch die Sozialdemokraten wurden als Feinde betrachtet – der rote Drache, der Internationalismus und Marxismus propagierte, den lettischen Staat nicht anerkannte, in der Saeima seine Vorherrschaft ausübte und für die Beteiligung des Pöbels an der Macht sorgte.<sup>40</sup> Zuletzt wurden auch die starke wirtschaftliche Position

<sup>34</sup> JĀNIS LAPINŠ: *Atdzimšana* [Wiedergeburt], Rīga 1935, S. 28.

<sup>35</sup> ARTURS KRODERS: *Vadonis un vienotā tauta* [Der Führer und das vereinte Volk], in: *Tēvzeme un brīvība* [Vaterland und Freiheit], Rīga 1937, S. 279.

<sup>36</sup> KRODERS, *Mēneša apskats* (wie Anm. 8), in: *Aizsargs* 1936, Nr. 12, S. 860.

<sup>37</sup> JĀNIS AKURATERS: *Lai top latviska Latvija* [Es werde ein lettisches Lettland], in: *Raksti par jauno valsti* (wie Anm. 23), S. 50.

<sup>38</sup> ARTURS KRODERS: *Latvijā pagājušā mēnesī* [In Lettland im vergangenen Monat], in: *Aizsargs* 1935, Nr. 5, S. 325.

<sup>39</sup> [Redakcija/Redaktion]: *Jauna laikmeta ausma* [Der Aufgang des neuen Zeitalters], in: *Aizsargs* 1934, Nr. 6, S. 253.

<sup>40</sup> KRODERS, *Viņi to nevar* (wie Anm. 32), S. 62.

und die vermeintlich unbegründeten Privilegien der Fremden, der nationalen Minderheiten, zum Feindbild erklärt. Alles in allem jedoch stellte die Demokratie den Hauptfeind des Regimes dar, die – wie die autoritäre Propaganda unermüdlich wiederholte – das lettische Volk entehrt habe. Der 15. Mai wiederum sei als Datum anzusehen, an dem das Volk die verlorene Ehre zurückerhalten habe.<sup>41</sup>

Der 15. Mai stellte somit die Kulmination und den Wendepunkt der lettischen Geschichte dar. Die autoritäre Propaganda nannte diesen Tag einen „neuen Morgen“, der von der neuen Sonne des 15. Mai angestrahlt wurde; den „Morgen der Freiheit“, an dessen Vorabend „wir noch unter der Last der Sorgen eingeschlafen“ seine, doch als wir aufwachten, waren wir wieder glücklich, „denn nun hatten wir wieder einen Führer.“<sup>42</sup>

---

SUMMARY

---

*The Influence of Kārlis Ulmanis'  
Authoritarian Ideology on the  
Historiography of Latvian History*

In analysing the works of Latvian historians, publicists and ideologists of Ulmanis' authoritarian regime during the 1930s the author shows the influence of the regime's ideology on the formative periods of Latvian history. Thus, for instance, the period before the Germans conquered Latvian territory in the 13<sup>th</sup> century was presented as a time of flourishing independent Latvian statehood. The notorious 700 years of servitude were also now understood as a legend, for according to history books written during the Ulmanis years there were in fact Latvian landlords and free peasants during the Early Modern period. Moreover, the article presents some of the attempts by the regime to utilise Latvian history in order to legitimize authoritarian rule and the political and ideological principles introduced by Ulmanis, who became a leading figure in the country's history himself. In fact, Latvian history proved in the eyes of the ideologists the efficiency of the strong ruler. Only he could unite the people and lead them to peace and happiness. Thus

---

<sup>41</sup> ARTURS KRODERS: Pa jaunās ideoloģijas ceļiem [Auf den Wegen der neuen Ideologie], Rīga 1937.

<sup>42</sup> ALFRĒDS BĒRZIŅŠ: Runa tautas vienības svētku aktā Nacionālajā operā 1936. gada 15. maijā [Rede auf dem Festakt anlässlich des Festes der Volkseinheit in der Nationaloper am 15. Mai 1936], in: Latvju radošā gara atdzimšana [Die Wiedergeburt des schöpferischen Geistes der Letten], Rīga 1936, S. 13.

the article shows the methods of fabricating Latvian history under the influence of authoritarian ideology and emphasises those issues that had the particular attention of those who worked for the propaganda of the regime.

# Die ersten sowjetischen Zeitdokumente der Nachkriegszeit: Kalender für das Jahr 1945

VON VITA ZELČE

In lettischen Buchhandlungen tauchten 1945 die ersten Kalender der Nachkriegszeit auf – in vier verschiedenen Varianten. Von ihnen hatte ein Kalender eher allgemeinen Inhalts, der „Kalender für das Jahr 1945“ (*Kalendārs 1945. gadam*), mit 25 000 Exemplaren die höchste Auflage. Die Nachfrage nach ihm war offenbar sogar so stark, dass im Frühling 1945 5 000 zusätzliche Exemplare gedruckt wurden.<sup>1</sup> Zum Kauf standen aber auch drei speziellere Kalender: das „Literarische Jahrbuch 1945“ (*Literatūras gada grāmata 1945*) in einer Auflage von 20 000 Exemplaren, der „Lehrerkalender für das Jahr 1945“ (*Skolotāju kalendārs 1945. gadam*), dessen Auflage 8 000 Exemplare erreichte, sowie das „Landwirtschaftliche Jahrbuch für das Jahr 1945“ (*Zemkopja gada grāmata 1945*) in einer Auflage von 15 000 Exemplaren.<sup>2</sup> Diese wurden allerdings nicht pünktlich zum Beginn des neuen Jahres, sondern erst einige Monate später gedruckt.<sup>3</sup> Das „Landwirtschaftliche Jahrbuch“ kostete vier Rubel, der „Lehrerkalender“ fünf Rubel, der „Kalender für das Jahr 1945“ sie-

---

Dieser Text basiert auf dem in lettischer Sprache erschienenen Artikel: Pirmās pēckara padomju laikgrāmatas: 1945. gadā izdotie kalendāri, in: Latvijas Arhīvi 2004, Nr. 4, S. 107-121.

<sup>1</sup> Kalendārs 1945. gadam [Kalender für das Jahr 1945], hrsg. von ALEKSANDRS SAKSS, Rīga 1945. Dem Impressum des Kalenders ist zu entnehmen, das die Auflage am 2. März 1945 in den Druck gegangen ist.

<sup>2</sup> Latvijas PSR iznākušo grāmatu rādītājs 1944/1945. g. [Verzeichnis der in der Lettischen SSR veröffentlichten Bücher 1944/1945], Rīga 1948, S. 79, 80; Latvijas PSR iznākušo grāmatu rādītāja 1944/1945. g. papildinājums [Ergänzung zum Verzeichnis der in der Lettischen SSR veröffentlichten Bücher 1944/1945]. Rīga 1949, S. 16. Die Historikerin Irēne Šneidere verweist in ihrer Arbeit über die öffentliche Meinung in den ersten Nachkriegsjahren darauf, dass in der Zeit vom 1. November 1944 bis zum 1. Februar 1945 acht Kalender gedruckt worden seien, wobei sie sich auf Dokumente des Russländischen Staatsarchivs der sozialpolitischen Geschichte (*Российский государственный архив социально-политической истории*) stützt. IRĒNE ŠNEIDERE: Sabiedriskā doma Latvijā: ieskats pirmajos pēckara gados [Die öffentliche Meinung in Lettland: Ein Überblick über die ersten Nachkriegsjahre], in: Latvijas Vēstures Institūta Žurnāls 2003, Nr. 2, S. 97-115, hier S. 105. In den oben genannten Quellen über die 1944–1945 in der Lettischen SSR erschienenen Bücher sind nur vier Kalender verzeichnet.

<sup>3</sup> Das „Literarische Jahrbuch 1945“ wurde am 19. Januar 1945, der „Lehrerkalender für das Jahr 1945“ am 25. Januar 1945 und das „Landwirtschaftliche Jahrbuch für das Jahr 1945“ erst am 8. April 1945 in den Druck gegeben.

ben Rubel und das „Literarische Jahrbuch“, das die aufwändigste Gestaltung und den größten Umfang aufwies, war mit 14 Rubeln 50 Kopeken auch der teuerste der vier Kalender – zum Vergleich: der Versand eines einfachen Briefs kostete damals 15 Kopeken.<sup>4</sup> Für ein paar Rubel konnte man auch die ersten sowjetischen Bücher der Nachkriegszeit sowie eine Zeittafel (*Hronos*) kaufen.

Zu Beginn des neuen Jahres war das Ende des Krieges bereits absehbar. Die neue sowjetische Lebensweise mit der ihr eigenen Ordnung und ihren neuen Bedingungen begann sich in Lettland seit Juli 1944 abzuzeichnen, als die Truppen der Roten Armee die Grenze des Landes überschritten. 1945 war ein Jahr der bangen Ungewissheit und der Sorgen; man fragte sich, wie das Leben weiter gehen soll und in welcher Form das sowjetische Okkupationsregime wiederhergestellt werden wird.<sup>5</sup>

Kalendern haftet stets eine besondere Faszination an. Sie versprechen ein neues Jahr – und dies in einer sehr genauen Form. Kalender registrieren Tage, die noch kommen werden, Feste und Jubiläen, die man noch feiern wird. Die Kalender offenbaren die nahe, bereits überschaubare Zukunft und gewähren eine gewisse Stabilität; der Besitzer eines Kalenders hat den Eindruck, dass ihm ein ganzes Jahr zur Verfügung steht. Der „Kalender für das Jahr 1945“ bot ein neues Zeitregister an, das in Lettland allerdings schon in den Jahren 1940 und 1941 aufgetreten war, doch während der nächsten drei Jahre mehr oder weniger in Vergessenheit geriet. Aber anscheinend war das Hauptprinzip des sowjetischen Lebensrhythmus ein strenger Rahmen, den einzuhalten eine wichtige Voraussetzung für das Überleben war.

Für den Kulturwissenschaftler Evgeny Dobrenko besteht die Hauptbotschaft eines Kalenders darin, dass im neuen Jahr das passieren wird, was schon im vorangegangenen Jahr „in Form von Jubiläen, Jahrestagen, Festen“ passiert war. In dieser „Botschaft“ sei die Realität nicht mehr relevant, da ja in jedem neuen Jahr sich nicht nur Jubiläen und Jahrestage wiederholen, sondern auch etwas Neues passiert, das sogar zum Hauptinhalt des neuen Jahres werden kann, aber im Kalender natürlich nicht auftaucht. „Mit anderen Worten ist der Kalender ein Botschafter der Geschichte für die Zukunft.“<sup>6</sup> Die in Lettland für 1945 gedruckten Kalender konnten nicht einfach das vorangegangene Jahr kopieren: Sie

<sup>4</sup> Die Kalenderpreise sind jeweils auf dem letzten Umschlagblatt angegeben. Zu den Tarifen für die Postdienstleistungen siehe Zemkopja gada grāmata 1945 [Landwirtschaftliches Jahrbuch für das Jahr 1945], hrsg. von FRICIS GALENIEKS, Rīga 1945, S. 164.

<sup>5</sup> Hierzu siehe ŠNEIDERE, Sabiedriskā doma Latvijā (wie Anm. 2), S. 99-115.

<sup>6</sup> ЕВГЕНИЙ ДОБРЕНКО: Красный день календаря: Советский человек между временем и историей [Feiertage im Kalender: Der Sowjetmensch zwischen der Zeit und der Geschichte], in: Советское богатство: Статьи о культуре, литературе и кино [Der sowjetischer Reichtum: Beiträge zur Kultur, Literatur und Filmkunst], hrsg. von МАРИНА БАЛИНА, ЕВГЕНИЙ ДОБРЕНКО, ЮРИЙ МУРАШКОВ, Санкт-Петербург 2002, S. 97-123, hier S. 98.





– Abb. 1. Die Umschläge der „Landwirtschaftlichen Jahrbücher“ für die Jahre 1945 und 1948.

sollten für Lettland die neue Zeit gestalten und ihr – und damit auch der zurückgekehrten Sowjetmacht – Legitimität verleihen. In den Worten von Elias Canetti: „Eine wesentliche Rolle bei allen großen politischen Formationen bekommt die *Ordnung*. Ordnung der *Zeit* regelt alle gemeinsamen Aktivitäten der Menschen. Man kann sagen, dass die Ordnung der *Zeit* das wichtigste Attribut der Herrschaft ist. Eine Macht, die eben erschienen ist und festen Fuß fassen will, muss die Ordnung der neuen *Zeit* einführen.“<sup>7</sup>

1944/45 haben die sowjetischen Ordnungsstrukturen auf allen Gebieten ihre Arbeit mit voller Kraft aufgenommen für die Etablierung der neuen *Zeit* in Lettland. Irēne Šneidere verweist darauf, dass im Zentrum der Aufmerksamkeit dieser Strukturen drei Hauptaufgaben standen: die Stärkung der Macht, der Wiederaufbau der Volkswirtschaft und die ideologische Arbeit, die nicht nur Propaganda und Agitation, sondern auch die Bereiche Bildung, Kultur und Kunst sowie die Massenmedien und Verlage beinhaltete.<sup>8</sup> Die Herstellung der Kalender war nur ein winziges Element des groß angelegten Mechanismus' dieser neuen *Zeit* und ihres Legitimierungsprozesses. Aber die Kalender gaben den lettischen Sowjetbürgern präzise und detaillierte Informationen zur Ordnung und zu den Normen des Lebens. Sie waren einfach offiziell richtig und deshalb sicher. Die Anwendung dieser Kenntnisse gab der sowjetischen Ordnung Legitimation und delegitimierte die alte Ordnung. Insofern war diese Legitimierung ein sozialer und politischer Akt. Teun

<sup>7</sup> ELIAS CANETTI: *Masa un vara* [Die Masse und die Macht], Rīga 1999, S. 336.

<sup>8</sup> ŠNEIDERE, Sabiedriskā doma Latvijā (wie Anm. 2), S. 100.

van Dijk verweist darauf, dass Strategien der Legitimierung und Delegitimierung auf gleiche Weise diskursiv und an einer positiven Selbstdarstellung sowie negativen Fremddarstellung interessiert sind.<sup>9</sup> Die Aufgabe der sowjetischen Ideologen war nicht nur die Kreierung eines absolut positiven Bildes der eigenen Ordnung und des absolut negativen der anderen, sondern auch die Umwandlung des unannehmbaren Wissens in die „richtigen“ Kenntnisse bzw. deren Ausschluss aus dem dominierenden Diskurs. Ein Diskurs leistet eine besondere Funktion für die Propagierung, Umsetzung und Reproduktion von Ideologien. Denn nur durch den Einsatz der Sprache, des Diskurses, der Kommunikation oder anderer semiotischer Praktiken kommen Ideologien zum Ausdruck.<sup>10</sup>

Kalender besitzen gewöhnlich einen hohen Kredit an sozialem Vertrauen, denn sie gehören zu den ältesten Erfindungen der Menschheit und existierten überall da, wo es Schrift gab.<sup>11</sup> Lettische Kalender wurden seit der Mitte des 18. Jahrhunderts veröffentlicht, wobei die populärsten sogar in sehr hohen Auflagen gedruckt wurden.<sup>12</sup> Der Kauf eines Kalenders, seine Präsenz zu Hause, seine Benutzung für die Jahres-, Monats-, Wochen- oder Tagesplanung, für die Arbeiten des Alltags oder für Festtage ist zu einer festen Gewohnheit geworden. Es ist ein Ritual, das sich jedes Jahr wiederholt und von Generation zu Generation vererbt wird. Kalender sind das ganze Jahr hindurch dabei, verstreicht ihre Zeit, dann kommen sie in die Büchertruhen oder auf den Dachböden. Manchmal werden sie auf der Toilette oder im Ofen als Brennmaterial weiterverwendet.

### *Moskauer Zeit*

Kalender registrieren die Zeit – in Abhängigkeit von dem Moment, in dem wir sie lesen, geht es jeweils um Vergangenheit, Gegenwart oder Zukunft. Die Erfassung und das Verständnis der Zeit gehören zu den

<sup>9</sup> TEUN VAN DIJK: *Ideology. A Multidisciplinary Approach*, London, Thousand Oaks, New Delhi 1998, S. 260.

<sup>10</sup> Ebenda, S. 316f.

<sup>11</sup> ИРИНА САВЕЛЬЕВА, АНДРЕЙ ПОЛЕТАЕВ: *История и время в поисках утраченного* [Die Geschichte und die Zeit auf der Suche nach dem Verlorenen], Москва 1997, S. 159-178.

<sup>12</sup> Ende des 19. Jahrhunderts wurde z.B. der „Livländische Kalender“ (*Vidzemes kalendārs*) in einer Auflage von 25 000-30 000 Exemplaren gedruckt, das „Buch der alten und der neuen Zeit“ (*Veca un jauna laika grāmata*) in einer Auflage von 50 000 Exemplaren. Detaillierte Informationen bei ALEKSEJS APĪNIS: *Latviešu grāmatniecība no pirmsākumiem līdz 19. gadsimta beigām* [Lettische Bücher von den Anfängen bis zum Ende des 19. Jahrhunderts], Rīga 1977, S. 100, 101, 124, 125, 299ff.; [TEODORS ZEIFERTS]: *Atskats uz latviešu kalendārniecību* [Übersicht über die lettischen Kalender], in: *Drava* 1913, Nr. 10, S. 1137-1148; *Latviešu kalendāru rādītājs: 1758–1919* [Verzeichnis der lettischen Kalender], hrsg. von LĪGA KRŪMIŅA, Rīga 2004.

*Decembris*

Nr.	Dienstag	Wochentag	Lohn		Stamm		Mittelwert
			in %	in %	in %	in %	
1	Arbeitslos, Arbeitslos	100	100	100	100	100	100
2	Arbeitslos, Arbeitslos	100	100	100	100	100	100
3	Arbeitslos, Arbeitslos	100	100	100	100	100	100
4	Arbeitslos, Arbeitslos	100	100	100	100	100	100
5	Arbeitslos, Arbeitslos	100	100	100	100	100	100
6	Arbeitslos, Arbeitslos	100	100	100	100	100	100
7	Arbeitslos, Arbeitslos	100	100	100	100	100	100
8	Arbeitslos, Arbeitslos	100	100	100	100	100	100
9	Arbeitslos, Arbeitslos	100	100	100	100	100	100
10	Arbeitslos, Arbeitslos	100	100	100	100	100	100
11	Arbeitslos, Arbeitslos	100	100	100	100	100	100
12	Arbeitslos, Arbeitslos	100	100	100	100	100	100
13	Arbeitslos, Arbeitslos	100	100	100	100	100	100
14	Arbeitslos, Arbeitslos	100	100	100	100	100	100
15	Arbeitslos, Arbeitslos	100	100	100	100	100	100
16	Arbeitslos, Arbeitslos	100	100	100	100	100	100
17	Arbeitslos, Arbeitslos	100	100	100	100	100	100
18	Arbeitslos, Arbeitslos	100	100	100	100	100	100
19	Arbeitslos, Arbeitslos	100	100	100	100	100	100
20	Arbeitslos, Arbeitslos	100	100	100	100	100	100
21	Arbeitslos, Arbeitslos	100	100	100	100	100	100
22	Arbeitslos, Arbeitslos	100	100	100	100	100	100
23	Arbeitslos, Arbeitslos	100	100	100	100	100	100
24	Arbeitslos, Arbeitslos	100	100	100	100	100	100
25	Arbeitslos, Arbeitslos	100	100	100	100	100	100
26	Arbeitslos, Arbeitslos	100	100	100	100	100	100
27	Arbeitslos, Arbeitslos	100	100	100	100	100	100
28	Arbeitslos, Arbeitslos	100	100	100	100	100	100
29	Arbeitslos, Arbeitslos	100	100	100	100	100	100
30	Arbeitslos, Arbeitslos	100	100	100	100	100	100
31	Arbeitslos, Arbeitslos	100	100	100	100	100	100

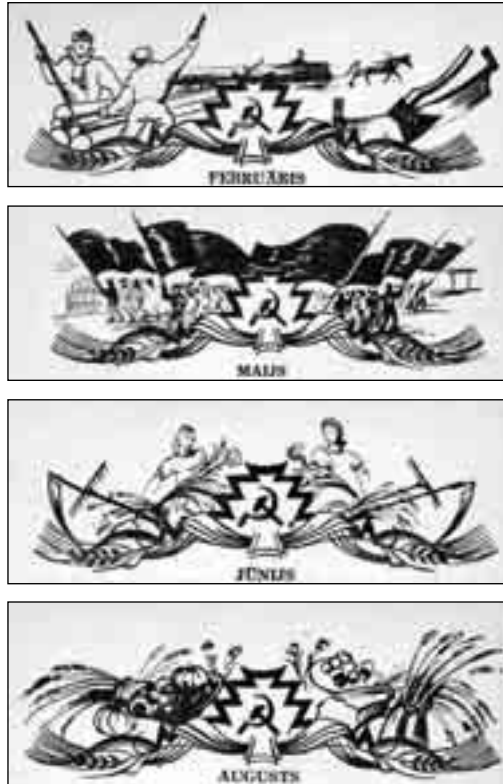
*1545 rubel*

– Abb. 2. Kalenderblatt für Dezember 1948 aus dem „Landwirtschaftlichen Jahrbuch“. Am Rande eine Kalkulation der Lebensmittelausgaben für diesen Monat.

universellen Erfahrungen der Menschheit. Jede Epoche hat ihr eigenes Zeitprofil, das aus charakteristischen Symbolen, Werten, Normen und dem jeweiligen Verhältnis zur Zeit besteht. Dem Soziologen Piotr Sztompka zufolge gibt es mehrere Funktionen der sozialen Zeit: 1) die Synchronisierung der Tätigkeit; 2) ihre Koordination; 3) die Schaffung einer laufenden Reihenfolge; 4) die Zeitmessung und 5) das Vermessen von Dauer. Die Zeit ist eigentlich der Hauptregler, Koordinator und Organisator der menschlichen Tätigkeit.<sup>13</sup> Ein Jahreskalender notiert die soziale Zeit, indem seine Seiten alle ihre Funktionen widerspiegeln.

Die lettischen Kalender des Jahres 1945 sind imperativisch. In der Form von Imperativen reorganisieren sie das alte soziale und das Zeitsystem: „Die Lettische SSR verwendet die auf dem Gebiet der europäischen Sowjetunion gültige Moskauer Zeit, die 3 Stunden vor der Greenwich-

<sup>13</sup> PIOTR SZTOMPKA: *The Sociology of Social Change*, Oxford, Cambridge 1993. S. 46, 50-53.



– Abb. 3. Vignetten aus dem „Kalender für das Jahr 1945“.

Zeit (westeuropäische Zeit) und 1 Stunde 24 Minuten vor der Rigaer Ortszeit liegt. Alle Zeitangaben im vorliegenden Kalender beziehen sich auf die Moskauer Zeit“ – heißt es auf der sechsten Seite des „Kalenders für das Jahr 1945“.<sup>14</sup> 1945 hatte der frühere Zeitrhythmus auf den Seiten der Kalender aufgehört zu bestehen. Die Moskauer Zeit prägt jede Seite des Kalenders. Sie diktiert und reflektiert die Umkodierung der lettischen Zeit, die aus Europa und dem Raum eines unabhängigen Staats herausgerissen wurde, um in den Rahmen des sowjetischen Zeitraums eingefasst zu werden, der ein Rahmen der Abhängigkeit war.

Die Zeit des Kalenders wird durch Fest- und Gedenktage sowie Jubiläen eingeteilt, die Bestandteil des neuen historischen Diskurses sind. 1945 galten gemäß dem Beschluss des Präsidiums des Obersten Sowjets der Lettischen SSR folgende Tage als „Feiertage“: Neujahr (1. Januar); Gedenktag für Lenin (22. Januar); der Erste Mai (1./2. Mai); Ligo bzw.

<sup>14</sup> Kalendārs 1945. gadam (wie Anm. 1), S. 6. Dieselbe Mitteilung auch in Skolotāju kalendārs 1945 [Lehrerkalender für das Jahr 1945], Rīga 1944; Zemkopja gada grāmata 1945 (wie Anm. 4), S. 4; Literatūras gada grāmata 1945 [Literarisches Jahrbuch 1945], hrsg. von EDGARS DAMBURS, Rīga 1945, S. 28.

der Johannistag (24. Juni); der Gründungstag Sowjet-Lettlands (21. Juli); der Tag der Oktoberrevolution (7./8. November) sowie der Tag der Stalinschen Konstitution (5. Dezember).<sup>15</sup> Diese Tage sind auch im „Literarischen Jahrbuch 1945“ durch roten Fettdruck hervorgehoben. Fett gedruckt finden sich auch weitere Jubiläen, die allerdings nicht zu den offiziellen Feiertagen gehören: 21. Januar (Todestag von Vladimir Il'ič Lenin); 23. Februar (Tag der Roten Armee); 8. März (Internationaler Frauentag); 18. März (Tag der Pariser Kommune); 22. April (Geburtstag von Vladimir Lenin); 5. Mai (Tag der Presse); 15. Juli (Tag der Sportler); 22. Juli (Tag der sowjetischen Kriegsmarine); 5. August (Tag des Eisenbahntransports); 18. August (Tag der Luftflotte); 2. September (Internationaler Tag der Jugend); 12. September (Tag der Gründung der Lettischen Regimenter der Roten Armee); 19. November (Tag der Artillerie) sowie 21. Dezember (Geburtstag Iosif Stalins).<sup>16</sup> Feier- und Gedenktage bilden eine rituelle Praxis. Sowohl Individuen als auch Institutionen erfinden unermüdlich Rituale und Traditionen oder ritualisieren besondere Dinge und Prozesse. Aber Rituale haben ihren eigenen Beginn, ihre eigene Herkunft, die gewöhnlich mit den Menschen, Orten und Zeiten verbunden sind, und die für die Anhänger dieser Rituale von besonderer Bedeutung sind.<sup>17</sup> Die Sowjetmacht bot der lettischen Gesellschaft mit Hilfe der Kalender ihre eigene Struktur öffentlicher Feiertage, von denen nur einige wenige ihre Wurzeln in der lokalen Kultur und Geschichte hatten. Die gemeinsam begangenen sowjetischen Rituale sollten auch in Lettland die Normen und Werte der schon Jahrzehnte existierenden totalitären Lebensweise und damit den Rhythmus der Moskauer Zeit einführen. Die Einbeziehung in diesen Standard sollte die Einwohner Lettlands zu Sowjetbürgern machen, vereinigt durch den Staat, die einheitliche Lebensweise und die sowjetische Tradition.

### *Die lettische historische Zeit*

Die Kalender des Jahres 1945 skizzierten auch die Weichenstellungen in der lettischen Geschichte getreu der sowjetischen Konzeption. Hiernach war für Sowjet-Lettland wesentlich die Kreation eines negativen Bilds der unabhängigen Republik, die erbarmungslose Kritik an den Deutschen, ihrer Kultur und dem deutschen Faktor im Baltikum überhaupt sowie die Betonung der historischen Verbindungen der Letten und Russen, in deren Licht die russische Anwesenheit im Lande positiv gedeutet wurde. Die sowjetische Version der Geschichte hob des Weiteren die lettischen revolutionären Traditionen hervor und stellte die Tätig-

<sup>15</sup> Kalendārs 1945. gadam (wie Anm. 1), S. 6.

<sup>16</sup> Ebenda, S. 8-31.

<sup>17</sup> ERIC W. ROTHENBUHLER: Ritual Communication. From Everyday Conversation to Mediated Ceremony, Thousand Oaks u.a. 1998, S. 50f.

keit der Kommunistischen Partei als Dienerin des Volkes dar. Aufgrund einer entsprechenden Selektion von historischen Ereignissen enthalten die Kalender auch Gedenktage aus der Vergangenheit Lettlands und Geburtstage hervorragender lettischer Persönlichkeiten. Allerdings gab es hiervon nicht allzu viele.

Das sowjetische Verständnis der Geschichte Lettlands betrachtete besonders positiv das Revolutionsjahr 1905, die lettische Sowjetmacht 1919 sowie die sowjetische Phase 1940/41. Die Palette auf 1905 bezogenen Ereignisse ist im „Kalender für das Jahr 1945“ sehr breit: 1. Januar – Demonstration der Arbeiter in Riga neben der Gertrudkirche, 26. Januar – Erschießung der Arbeiter an der Eisenbrücke in Riga, 11. Dezember – Kämpfe der Revolutionäre gegen das Militär in Tukums sowie am 14. Dezember in Talsi. Auf 1919 bezieht sich der 3. Januar – der Einmarsch der Roten Armee in Riga.

Das Zeitraster der Gedenktage für das Jahr 1940 konstruiert das Bild einer legitimen Umwandlung der Republik Lettland in die Lettischen SSR infolge der Realisierung des Volkswillens. Zum 17. Juni heißt es hier, die Rote Armee sei in Riga unter dem Jubel der Bevölkerung eingezogen, der 20. Juni gilt als „Tag der Bildung der Volksregierung“, der 21. Juni erinnert an die von der Volksregierung erklärte Amnestie der politischen Gefangenen und die „grandiosen Volksdemonstrationen in Riga und der Provinz“, der 14. und der 15. Juli an die Wahlen zum Volksparlament Lettlands; der 21. Juli fungiert als „Gründungstag Sowjet-Lettlands“, der 5. August markiert den Beitritt der Lettischen SSR zur UdSSR und am 25. August verabschiedet das Parlament schließlich die Stalin-Verfassung und wählt das Präsidium des Obersten Rates und den Rat der Volkskommissare. Dem Andenken an den Zweiten Weltkrieg gelten vorläufig nur zwei Gedenktage: der 12. September als Tag der Gründung der lettischen Einheiten der Roten Armee und der 13. Oktober 1944 als Tag der Befreiung Rigas durch die Rote Armee.

Den revolutionären Traditionen Lettlands wird zunächst nur am 1. März gedacht – an diesem Tag ist 1904 die erste Nummer der illegalen Zeitung „Cīņa“ (Kampf) herausgegeben worden. Dank der antideutschen Konjunktur haben auch zwei Ereignisse der älteren Geschichte überlebt: der 15. Juli 1410, der Tag der Niederlage des Deutschen Ordens bei Tannenberg, und der 22. September 1236, als die „vereinigten Truppen der Letten und Litauer“ den Schwertbrüderorden in der Schlacht von Saule besiegten. Recht kurz ist auch das Verzeichnis lettischer Jubilare und ihrer Geburtstage: der Revolutionär und Publizist Fricis Roziņš-Āzis (19. März), der Abgeordnete des Obersten Sowjet der Lettischen SSR und Vorsitzende des Rates der Volkskommissare Vilis Lācis (11. Mai), der Revolutionär und Schriftsteller Leons Paegle (10. Juni), der Schriftsteller Rainis (11. September), der Erste Sekretär des Zentralkomitees der Lettischen Kommunistischen Partei (Bolschewiki) Jānis Kalnberziņš

(17. September), der Vorsitzende des Präsidiums des Obersten Sowjets der Lettischen SSR und stellvertretender Vorsitzende des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR Professor Augusts Kirhenšteins (18. September) und schließlich der stellvertretende Vorsitzende des Präsidiums des Obersten Sowjets der Lettischen SSR und Volksschriftsteller Andrejs Upīts (4. Dezember).<sup>18</sup> Das „Landwirtschaftliche Jahrbuch für das Jahr 1945“ bietet eine nahezu identische Palette an Gedenktagen aus der lettischen Geschichte. Nur werden hier zusätzlich die „Befreiungstage“ verschiedener Städte aus dem Jahr 1944 genannt: Daugavpils und Rēzekne am 27. Juli, Jelgava am 31. Juli sowie Valka am 19. September.<sup>19</sup> Der „Lehrerkalender“ verzeichnet wiederum nur die in der ganzen UdSSR gültigen Fest- und Gedenktage.

Das „Literarische Jahrbuch 1945“ unterscheidet sich in dieser Hinsicht deutlich von den anderen Kalendern, denn hier werden auch die Geburts- und Todesdaten vieler lettischer, russischer und Schriftsteller aus anderen Ländern genannt. Es handelt sich dabei um eine erste Selektion unter den lettischen Autoren im Sinne der Kanonbildung einer sowjet-lettischen Literaturgeschichte. Das Jahrbuch repräsentiert ziemlich ausführlich die Anfänge der lettischen Literatur, nennt aber auch deutschbaltische Schriftsteller wie August Bielenstein, Matthias Stobbe, Garlieb Merkel, den Alten Stender, Georg Manzel und Ernst Glück. Als unbestrittene Größen der lettischen Literatur bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts sind hier folgende Autoren einbezogen worden: Rūdolfs Blaumanis, Doku Atis, Ernests Dinsberģis, Neredzīgais [Blinder] Indriķis, Fricis Bārda, Māteru Juris, Auseklis, Rieteklis, Kronvaldu Atis, Pērsietis, Krišjānis Barons, Juris Neikeins, Juris Alunāns, Ansis Leitāns, Eduards Veidenbaums, Apsīšu Jēkabs, Anna Brigadere, Jānis Cimze, Julijs Dievkociņš, Reinis Kaudzīte, Jānis Ruģēns, Ansis Lerhs-Puškaitis, Andrejs Pumpurs, Ādolfs Alunāns, Jānis Poruks, Fallijs, Eduards Treimanis-Zvārgulis, Fricis Brīvzemnieks, Matīss Kaudzīte, Jānis Purapuķe, Jēkabs Velme, Krišjānis Valdemārs, Kristaps Biezbārdis, Eduards Vulfs und Antons Salums. Die Auswahl der Literaten des 20. Jahrhunderts wurde jedoch nach einem strengen Prinzip vollzogen: Aufgenommen wurden offenbar nur solche Schriftsteller und Dichter, die der Strömung des Realismus zuzuzählen sind und bereits tot waren oder deren Werke als „revolutionär“ im Sinne der Ideologie gelten konnten. So lesen wir im Jahrbuch die folgenden Namen: Antons Austriņš, Jēkabs Jaņševskis, Zeibotu Jēkabs, Jānis Ezeriņš, Leons Paegle, Antons Arājs-Bērce, Jānis Ziemeļnieks, Atis Kēniņš, Augusts Deglavs, Sudrabu Edžus, Jānis Rāinis, Pāvils Rozītis.

Schwieriger gestaltete sich die Auswahl der zeitgenössischen Schriftsteller. Das „Literarische Jahrbuch 1945“ enthält keinen einzigen Namen

<sup>18</sup> Kalendārs 1945. gadam (wie Anm. 1), S. 8-31.

<sup>19</sup> Zemkopja gada grāmata 1945 (wie Anm. 4), S. 19 u. 23.

eines Autoren, der etwa der Illoyalität zur Sowjetunion hätte verdächtigt werden können oder der in den Westen emigriert war. Genannt werden die Geburtstage folgender Personen: Anna Sakse, Jānis Grots, Indriķis Lēmanis, Kārlis Krauliņš, Andrejs Balodis, Ernests Birznieks-Upītis, Meinhards Rudzītis, Vilis Lācis, Jānis Sudrabkalns, Jānis Niedre, Jānis Grants, Valdis Lukss, Jūlijs Vanags, Valdis Grēviņš, Fricis Rokpelnis Arvīds Grigulis, Aleksandrs Čaks und Andrejs Upīts. Daneben finden wir auch die Namen der Kulturhistoriker und Literaturkritiker Pēteris Birkerts, Teodors Zeiferts, Antons Birkerts, Jānis Misiņš und Rūdolfs Egle sowie der Sprachwissenschaftler Kārlis Milenbahs und Jānis Endzelīns.

Im kulturhistorischen Kontext der im sowjetischen Sinne wichtigen lettischen Vergangenheit verzeichnet das Jahrbuch auch einige Ereignisse. Erwähnt werden das Festival der lettischen Kunst in Moskau (18.–25. April 1943), die Konferenz der sowjetischen Schriftsteller Lettlands in Moskau (11. Juni 1942), der erste Schriftstellerkongress der Lettischen SSR in Riga (15.–17. Juni 1941), aber auch „die schonungslosen Artillerieangriffe der deutschen Banden“, die Ende Juni 1941 die „Rigaer Altstadt mit der Petrikirche, dem historischen Schwarzhäupterhaus und dem Rathaus vernichtet“ hätten, wobei „dabei auch die reiche wissenschaftliche Bibliothek des Rathauses in Flammen“ aufgegangen sei; außerdem wurde der am 14. Juli 1862 (nach altem Stil) erschienenen ersten Nummer der „Petersburger Zeitung“ (*Pēterburgas avīzes*) und der am 10. September 1824 gegründeten „Gesellschaft der Lettenfreunde“ (*Latviešu Draugu biedrība*), „zu deren Verdienst die Entwicklung der aufgeklärten lettischen Literatur“ zähle, gedacht.<sup>20</sup>

Diese Kalender und Jahrbücher zum Jahr 1945 stellten eine erste offizielle Version der Geschichte Lettlands dar, in der sich ein Kreis von historisch wichtigen Persönlichkeiten und Werten abzeichnete, der in den nächsten Jahren noch korrigiert werden sollte. Diese Literaturgattung prägte aber zweifellos die Richtlinien für eine systemkonforme Erzählung der lettischen Geschichte.

### *Reiseführer in die sowjetische Welt*

Diese Kalender der Nachkriegszeit verfügten vor allem über verschiedene Texte, die sich als „Reiseführer in die sowjetische Welt“ subsumieren lassen und die sozusagen (Un)kenntnisse über den Raum verbreiteten, in den die Letten geraten waren. Im „Kalender für das Jahr 1945“ finden sich Kurzbiographien von Marx, Engels, Lenin und Stalin. Der Kalender machte seine Leser mit der Geschichte der Kommunistischen Partei und des Komsomol sowie mit der laufenden Arbeit dieser Organisationen bekannt. Er bot grundsätzliche Informationen über die UdSSR:

<sup>20</sup> Literatūras gada grāmata 1945 (wie Anm. 14), S. 4–27.



ihre Verfassung, ihre Republiken und die offizielle Nationalitätenpolitik, aber auch zur Geschichte des „Großen Vaterländischen Kriegs“. In diesem Kontext finden sich Zitate von Lenin und Stalin über die Begriffe Organisation und Disziplin sowie zu den Verpflichtungen des Bürgers vor der Heimat. Der Kalender erzählt vom „wahren Gesicht des Faschismus“, vom Sowjetvolk, von der sowjetischen Heimatfront, von der sowjetischen Frau und von der sowjetischen Jugend während des Kriegs sowie vom Wiederaufbau der befreiten Regionen. Stalins Rede Stalins zum 27. Jahrestag der Großen sozialistischen Oktoberrevolution präsentierte die neuen Errungenschaften der Sowjetunion.<sup>21</sup> All diese Texte bildeten eine fiktive Realität ab, die als Basis der Legitimität der Sowjetmacht diente. Der Politologe Philippe Béneton verweist darauf, dass Stalins Lügen den Höhepunkt der Kollision von Ideologie und Realität gebildet hätten, und er betont, dass die Realität nicht nur im ideologischen Sinne umgewandelt worden sei. Der Diskurs des Stalinismus war ihm zufolge ein Diskurs des Triumphs zur Lobpreisung des nicht existierenden Sozialismus. Die Ideologie war der Teil des totalitären Systems, der das Bewusstsein und den Verstand der Menschen erobern sollte.<sup>22</sup>

Die in den lettischen Kalendern präsentierten ideologischen Botschaften betrafen die wichtigsten Elemente der „großen Erzählungen“ des Stalinismus: das Versprechen der lichten Zukunft, das Ziel der Liquidierung der Rückständigkeit, das oft mit Hilfe der Dichotomie „früher“/„heute“ formuliert wurde, und die Stärke des Militärs.<sup>23</sup> Sie sollten die Einwohner der neuen Sowjetrepublik in das Konstrukt des gemeinsamen Lebens der Sowjetbürger einbeziehen. Das Motiv der Stärke der Roten Armee erhielt dabei eine besondere Bedeutung im Diskurs des Jahres 1945 und des Endes des Zweiten Weltkriegs. Dabei wurden dem Führer, seiner Rolle im Staat und in der Armee sowie bei der Bekämpfung des Nationalsozialismus die wichtigsten Attribute beigemessen. Zum Beispiel verkündete der „Kalender für das Jahr 1945“: „Mit dem Namen Stalins verbindet das Sowjetvolk seine Gegenwart und Zukunft, alle seine Errungenschaften und Erfolge. Schon am Anfang des Vaterländischen Kriegs der UdSSR hat das stalinsche Genie einen für den ganzen Krieg entscheidenden strategischen Plan gegen den Angriff der deutschen Faschisten erarbeitet. Von Stalin entflammt und geführt, hat das Sowjetvolk alle seine Kräfte und Ressourcen mobilisiert, alle seine militärischen Fähigkeiten entwickelt, um den Feind endgültig zu besiegen und vom Territorium unserer Heimat zu verjagen. Der Name des Genossen Stalin

<sup>21</sup> Kalendārs 1945. gadam (wie Anm. 1), S. 32-147. Dasselbe Material wurde auch im Kalender für die Landwirte publiziert. Siehe Zemkopja gada grāmata 1945 (wie Anm. 4), S. 47-88.

<sup>22</sup> Филипп Бенетон: Введение в политическую науку [Einführung in die Politikwissenschaft], Москва 2002, S. 212-233.

<sup>23</sup> Vgl. SHEILA FITZPATRICK: *Everyday Stalinism. Ordinary Life in Extraordinary Times: Soviet Russia in the 1930s*, New York, Oxford 1999, S. 8-11.

ist das Symbol der großen Siege des Sowjetvolks.<sup>24</sup> Solche Erklärungen vermittelten dem Leser den einzig gültigen öffentlichen Diskurs der Sowjetmacht, sein Vokabular und möglichst auch die Fertigkeit, damit umzugehen. Das Erlernen dieses Diskurses bildete auf der einen Seite einen wichtigen Bestandteil des Einbezugs Lettlands in die Sphäre des sowjetischen Totalitarismus, auf der anderen Seite diente es dem Überleben des Individuums.

Ein Kapitel des „Kalenders für das Jahr 1945“ wurde der Lettischen SSR gewidmet, wobei in fünf Abschnitten die notwendigen Kenntnisse zur Orientierung in der Geschichte, zur Unterscheidung von Freunden und Feinden sowie zum Verständnis von Gegenwart und Zukunft formuliert wurden. Demnach zählten zu den Feinden des lettischen Volks die „lettische Bourgeoisie“, der „deutsche räuberische Ritter“, der „deutsche Großgrundbesitzer und der Zarismus“, die „plutokratische Gesellschaftsordnung von Ulmanis“ sowie die „deutschen Faschisten“. Die Freunde des lettischen Volks sind dagegen Russland, das russische Volk sowie die anderen Sowjetvölker. Hierzu merkt der Kalender an: „Das Leben des lettischen Volks war von der frühen Vergangenheit bis zu unserer Zeit aufs engste mit dem russischen Volk verbunden. [...] Die Freundschaft der Sowjetvölker ist eine unerschöpfliche und belebende Kraft unseres Volkes in seinem Kampf gegen die ausländischen Eindringlinge. Das lettische Volk hat in der brüderlichen Zusammenarbeit mit den anderen Sowjetvölkern den Feind vom sowjetischen Territorium verjagt, es wird bald alle durch den deutschen Angriff entstandenen Wunden heilen und unter der Führung des Großen Stalin den Aufbau des Sozialismus in Lettland erfolgreich fortsetzen.“<sup>25</sup> Lettische Geschichte zu verstehen heißt, als ihren Rahmen die Freundschaft und Verwandtschaft mit dem russischen Volk sowie die immerwährenden Unterstützung durch Russland zu akzeptieren: das russische Volk spiele „eine große Rolle in der Geschichte des lettischen Volks, bei der Entwicklung seiner Kultur“ und bei seiner „Rettung vor der Vernichtung“.<sup>26</sup> Als bedeutendste Gabe der Sowjetmacht an das lettische Volk werden die Befreiung „vom bestialisches Joch der deutschen Okkupanten“ und die „Rückgabe des von den deutschen Okkupanten geraubten Territoriums“ bezeichnet.<sup>27</sup>

Die Lektüre dieser Kalender war nichts anderes als die Interpretation eines Monologs der Sowjetmacht. Im Totalitarismus wurde der Mensch sein ganzes Leben lang ideologisch erzogen, dafür sorgten Lernanstalten, Arbeitsstellen, Medien und andere Institutionen. Die Ideologie prägte die öffentliche Sphäre und durchdrang auch mehr oder weniger

<sup>24</sup> Iosif Vissarionovič Stalin, in: Kalendārs 1945. gadam (wie Anm. 1), S. 50.

<sup>25</sup> Latviesu un krievu tautas kopīgie vēstures ceļi [Die gemeinsamen historische Wege des lettischen und des russischen Volks], in: Kalendārs 1945. gadam (wie Anm. 1), S. 149, 152, 153.

<sup>26</sup> Ebenda, S. 149.

<sup>27</sup> Ebenda, S. 153-164.

den privaten Raum. Die Routine des Sowjetalltags beinhaltete Beweise für die Zuversichtlichkeit der Menschen und ihre Hochachtung für die Fiktion des Sozialismus. Diese Praxis war allerdings im ersten Nachkriegsjahr noch ziemlich fremd für die Lettische SSR, sie musste erst erlernt werden. Die Kalender erfüllten die Funktion eines kurzen Reiseführers durch die sowjetische (Nicht-)Realität, indem sie das narrative Konzentrat des Stalinismus vorstellten. Zweifellos gehörten Kenntnisse im „Soviet speaking“ zu den dringendsten Bedürfnissen im realen Leben während der Nachkriegsjahre.

\* \* \*

Auch in den nächsten Jahren bekamen die lettischen Leser Kalender angeboten. Der Kalender für das Jahr 1946 (*Kalendārs 1946. gadam*) wurde in 40 000 Exemplaren veröffentlicht, die Auflage seines Nachfolgers für 1947 betrug 50 000 Exemplare.<sup>28</sup> Wie ihre Vorgänger fassten sie wichtige ideologische Botschaften zusammen: Feier- und Gedenktage, vom „Führer der Völker“ und seinen Mitstreitern verfasste Texte, Aufzählungen der sowjetischen Errungenschaften, Versprechen für die Zukunft. Die Menschen griffen jedoch zu diesen Kalendern, in denen ihr reales Leben mit der (Nicht-)Realität des Sozialismus eine bestimmte Koexistenz einging.

---

#### SUMMARY

---

### *The First Soviet Time Documents after the War: the Calendars of 1945*

Already in 1945 book shops offered the first soviet-style calendars after the war. There were even four different types of calendars, one for teachers, one for peasants, one for those interested in literature, and a more general one for mass use. The new year that finally saw the end of the war was a year of uncertainty and of worries about the future. How would the Soviet regime be re-introduced? Would the waves of mass terror come back?

The calendars analysed for this article were written imperatively: Latvian time became Moscow time. Soviet time took Latvia out of the European space and subjugated her. These developments are mirrored in the calendars that served as a set of instructions for the daily routine.

---

<sup>28</sup> Latvijas PSR iznākušo grāmatu rādītājs 1946. g. [Verzeichnis der in der Lettischen SSR veröffentlichten Bücher im Jahre 1946], Rīga 1949, S. 92.

The time frame given here in form of holidays, anniversaries and days to commemorate those people who represented the history and values of the new order showed the political changes in a particular way. Official and informal state holidays were part of the new discourse of history and a major element in structuring the time of every citizen.

The calendars for 1945 presented a sketch of the Soviet conceptions of Latvia's history and future. They thus represented a unique opportunity to learn the new vocabulary and to get used to the political campaigns of the day. In some sense they were a kind of special "Baedeker" for Soviet "reality", because they showed reality as it should have been in victorious Stalinist Russia. As this virtual reality used to be at least essential in relations with the official sphere, the calendars could be even understood as being of immense importance in learning how to survive in the regime.

# Der Kreml und die baltische Frage 1956

---

---

VON TÖNU TANNBERG

Das Jahr 1956 stellt aufgrund des 20. Parteitags der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) zweifellos einen der Wendepunkte der sowjetischen Nachkriegsgeschichte dar. Den Vorschlag für die Einberufung dieses Kongresses hatte im April 1955 Nikita S. Chruščev formuliert, der zwei Jahre zuvor zum Parteichef aufgestiegen war. Er hat damals gewiss selbst noch nicht geahnt, dass dieses Parteiforum zu einem der zentralen Ereignisse während seiner vergleichsweise langen Regierungszeit (1953–1964) werden und es dem Jahr 1956 gleichsam einen magischen Anstrich verleihen würde. Heute ist es unvorstellbar über Chruščev als sowjetischen Führer zu sprechen, ohne dabei den 20. Parteitag und das Jahr 1956 zu erwähnen.

Obwohl Chruščev selbst es als seinen größten Verdienst erachtete, 1953 Lavrentij Berija beseitigt zu haben – so hat er es wenigstens später mehrmals bekannt<sup>1</sup> –, ist er vor allem als der Generalsekretär in die Geschichte eingegangen, der auf einer geschlossenen Sitzung des Parteitags einen Vortrag „Über den Personenkult und dessen Folgen“ hielt, in dem er Stalins Verbrechen erstmals öffentlich zur Sprache brachte. Es ist tatsächlich schwer, die Bedeutung dieser Rede zu überschätzen, da sie unerwartet weitreichende Folgen für die innenpolitische Entwicklung der Sowjetunion hatte. Und nicht nur das: Chruščevs Referat wurde auch zu einer wichtigen Wegsscheide für die von Moskau kontrollierten Ostblockstaaten, da seine Auswirkungen in den Ereignissen in Polen und Ungarn im Oktober und November 1956 gipfelten.<sup>2</sup>

Der Aufsatz ist im Rahmen des vom „Eesti Teadusfond“ unterstützten Forschungsprojekts Nr. 5715 verfasst worden. Eine erweiterte russischsprachige Version erscheint in der Zeitschrift *Ab Imperio* 8 (2007), Nr. 2. Dr. Karsten Brüggemann sei für wichtige Bemerkungen und Ergänzungen herzlich gedankt.

<sup>1</sup> Ю. В. Аксютин: Хрущевская «оттепель» и общественные настроения в СССР в 1953–1964 гг. [Chruščevs „Taufwetter“ und die Stimmung in der sowjetischen Gesellschaft 1953–1964], Москва 2004, S. 171.

<sup>2</sup> Zu den Ereignissen des Jahres 1956 sind in den letzten Jahren zahlreiche wichtige Studien erschienen. Hier beschränken wir uns auf die Nennung einiger wesentlicher Abhandlungen und Quellensammlungen: *The 1956 Hungarian Revolution: A History in Documents*, hrsg. von CSABA BEKES, MALCOM BYRNE, JÁNOS RAINER, New York 2002; *Satelliten nach Stalins Tod. Der „Neue Kurs“*. 17. Juni 1953 in der DDR. *Ungarische Revolution 1956*, hrsg. von ANDRÁS B. HEGEDÜS, MANFRED WILKE, Berlin 2000; *Das internationale Krisenjahr 1956: Polen, Ungarn, Suez*, hrsg. von WINFRIED HEINEMANN, NORBERT WIGGERSHAUS, München 1999; *Entstalinisierungskrise in Ostmitteleuropa 1953–1956. Vom 17. Juni bis zum ungarischen*

Es kann nicht Ziel dieses Aufsatzes sein, die Hintergründe des 20. Parteitags oder die genannten außenpolitischen Ereignisse näher zu analysieren, dies würde den gegebenen Rahmen sprengen. Vor dem Hintergrund dieser umwälzenden Ereignisse soll hier in erster Linie darauf eingegangen werden, wie die baltische Frage in den Korridoren des Kreml rezipiert worden ist. Zugrunde liegen diesem Beitrag Dokumente einer zentralen Struktureinheit des ZK der KPdSU, der Abteilung für die Parteiorganisationen der Sowjetrepubliken, die im Russländischen Staatsarchiv der Neuesten Geschichte (*Российский государственный архив новейшей истории*) in Moskau aufbewahrt werden. Neben verschiedenen in letzter Zeit publizierten Quellensammlungen und Spezialstudien wurden ergänzend einschlägige Materialien des ZK der Kommunistischen Partei Estlands (KPE) herangezogen, die im Estnischen Staatsarchiv (*Eesti Riigiarhiiv*) zugänglich sind.

### *Nach dem 20. Parteitag: verschärfte Kontrolle der Gesellschaft*

Noch Anfang 1956, als vor dem ordentlichen Allunions-Parteikongress die Parteitage in den Republiken abzuhalten waren, schien alles unter Kontrolle zu sein. So auch in den baltischen Republiken, in denen die Parteiforen im Januar stattfanden und von einer rundweg friedlichen Stimmung gekennzeichnet waren. Die Moskauer Zentrale hatte somit keinen besonderen Grund zur Besorgnis,<sup>3</sup> und auch die Parteiführer der Sowjetrepubliken konnten nicht ahnen, mit welchen Überraschungen der für den 14.-25. Februar nach Moskau einberufene 20. Parteitag aufwarten würde. So schlug am letzten Kongresstag, dem 25. Februar, Chruščevs hinter verschlossenen Türen verlesener Bericht über den Personenkult Stalins wie ein Blitz im Kreml ein.

Sehr bald schon kursierten Gerüchte über Chruščevs Rede in der Gesellschaft. In Unkenntnis der Einzelheiten gab es zahlreiche Variationen über ihren Inhalt. Aber dass der Generalsekretär den „größten Freund der Völker“ praktisch zum „Volksfeind“ erklärt haben sollte,

---

schen Volksaufstand, hrsg. von JAN FOITZIK, Paderborn 2001; Aufstände im Ostblock. Zur Krisengeschichte des realen Sozialismus, hrsg. von HENRIK BISPINCK, JÜRGEN DANYEL, HANS-HERMANN HERTLE, HERMANN WENTKER, Berlin 2004; А.С. СТЫКАЛИН: Венгерский кризис 1956 года и политика Москвы [Die ungarische Krise 1956 und die Politik Moskaus], Москва 2003; Советский Союз и венгерский кризис 1956 года. Документы [Die Sowjetunion und die ungarische Krise 1956. Dokumente], Москва 1998; А. М. ОРЕХОВ: Советский Союз и Польша в годы «оттепели»: Из истории советско-польских отношений [Die Sowjetunion und Polen in den Jahren des „Tauwetters“: Aus der Geschichte der sowjetisch-polnischen Beziehungen], Москва 2005.

<sup>3</sup> Zu den Parteitag in den baltischen Sowjetrepubliken siehe TÕNU TANNBERG: 1956. aasta Baltikumis Moskvast vaadatuna [Das Baltikum im Jahre 1956 aus Moskauer Perspektive], in: Tuna 2006, Nr. 3, S. 57-60.

schockierte viele, vor allem natürlich die ältere Generation der Kommunisten, für die Stalin noch den Grundpfeiler ihrer Weltanschauung bildete. Chrusčevs Bericht den 7 Millionen Kommunisten und 18 Millionen Komsomolzen sowie dem großen „Aktiv der Parteiloseren“ in allen Details zur Kenntnis zu bringen hätte mit Sicherheit unangenehme Reaktionen für den Kreml hervorgerufen. Nicht überall in der Sowjetunion wurden diese „Entlarvungen“ einhellig begrüßt.

Am meisten gespannt war die Situation in der Georgischen SSR, wo Stalins „Entlarvung“ als nationale Erniedrigung durch die Moskauer Zentrale empfunden wurde. Es kam zu zahlreichen Protestaktionen, die am 4. und 5. März in Tiflis, Gori, Suchumi und Batumi einsetzten und bis zum 10. und 11. März andauerten. Die größten Kundgebungen fanden in Tiflis statt, wo die „Verräter“ mit Chrusčev an der Spitze heftig kritisiert und Losungen wie z.B. „Es lebe die neue Regierung unter der Leitung des Genossen Molotov“ präsentiert wurden. Am 8. März versammelten sich vor dem Gebäude des ZK der KP Georgiens 8 000–10 000 Menschen, welche forderten Fahnen zu hissen, Stalin Portraits zu präsentieren und Artikel über ihn in der Presse zu veröffentlichen.

Der Führung Georgiens blieb nichts anderes übrig, als diesen Forderungen entgegenzukommen. Am nächsten Tag jedoch versammelten sich schon fast 80 000 Demonstranten auf dem zentralen Platz in Tiflis, die diesmal eine Revision der Beschlüsse des 20. Parteitags und den Rücktritt Chrusčevs verlangten. Berija wurde mit herzlichen Worten bedacht – und der Austritt Georgiens aus der Sowjetunion gefordert. Moskau entsandte schließlich Truppen gegen die Demonstranten und schlug die Kundgebungen blutig nieder.<sup>4</sup> Diese Ereignisse gaben dem Kreml zu denken: Nach einer Debatte über die Situation in der Georgischen SSR und ihrer Parteiorganisation fasste das Präsidium des ZK der KPdSU im Juli 1956 einen Beschluss, in dem die Ereignisse „parteigemäß“ beurteilt wurden.<sup>5</sup>

<sup>4</sup> Zu den Ereignissen in Georgien im März 1953 siehe B. A. Козлов: *Неизвестный СССР. Противостояние народа и власти 1953–1985 гг.* [Die unbekannte Sowjetunion. Die Konfrontation von Volk und Regierung 1953–1985], Москва 2006, S. 234–264; Ю.В. Аксютин: *Хрущевская «оттепель»* (wie Anm. 1), S. 171. Nach einigen Angaben wurden 20 Menschen getötet und über 60 verletzt. In der Nacht vom 10. März wurden 381 Menschen, vor allem Studenten und Schüler, vom georgischen KGB verhaftet. In anderen Orten der Republik trugen die Kundgebungen aber eher einen zurückhaltenden Charakter.

<sup>5</sup> Постановление ЦК КПСС „Об ошибках и недостатках в работе Центрального Комитета Коммунистической партии Грузии“ [Der Beschluss des Präsidiums des ZK der KPdSU „Über die Fehler und Mängel in der Arbeit des Zentralkomitees der Georgischen Kommunistischen Partei“], 10.7.1956, in: Доклад Н.С. Хрущева о культуре личности Сталина на XX съезде КПСС: Документы [Der Vortrag von N.S. Chrusčev über den Personenkult Stalins auf dem 20. Kongress der KPdSU. Dokumente]. Москва 2002, S. 369–376. Die „Mängel“ in der Arbeit der KP Georgiens wurden im Präsidium des ZK der KPdSU auch schon früher, am 21. Juni und am 5./6. Juli 1956, besprochen (ebenda, S. 376). Die Formulierung des ge-

In Estland, Lettland und Litauen wurde die Geheimrede Chruščëvs viel gelassener aufgenommen. Hier konnte die „Entlarvung“ Stalins ja auch nicht als nationale Erniedrigung eingestuft werden. Allerdings hatten alle Sowjetrepubliken inklusive der baltischen Diskussionsveranstaltungen über die vom Parteitag vorgegebenen Richtlinien zu organisieren.

In der Estnischen SSR fanden diese Veranstaltungen in vier Städten und 21 Landkreisen statt, wobei auf 14 Besprechungen Delegierte des 20. Parteitags auftraten. Aus den Informationen, die Ivan Käbin, der Erste Sekretär des ZK der KPE, an das ZK der KPdSU weiterleitete, geht hervor, dass die Beschlüsse des 20. Parteitags über die Liquidierung des Personenkults mit „großer Zustimmung“ angenommen worden waren. In diesem für Moskau abgefassten Bericht ging es aber auch um die recht grundsätzlichen Fragen, die auf den Diskussionsveranstaltungen zur Sprache gekommen waren. So interessierte man sich in Estland z.B. für die Situation in den Ostblockstaaten, man fragte nach Jugoslawien oder nach den Repressionen in den osteuropäischen Staaten; gleichzeitig wollte man aber auch erörtern, ob es nicht an der Zeit wäre, Stalin aus dem Lenin-Mausoleum zu entfernen. Der Darstellung Käbins zufolge waren alle Fragen im Sinne der Geheimrede Chruščëvs beantwortet worden.<sup>6</sup>

Auch der litauische Parteichef Antanas Sniečkus schickte Anfang Juni 1956 einen längeren Bericht nach Moskau, in dem er die Lage in der Litauischen SSR nach dem 20. Parteikongress beschrieb.<sup>7</sup> Wie sein estnischer Kollege hob auch er hervor, dass Chruščëvs Rede in seiner Republik auf allgemeine Zustimmung getroffen sei. Gleichzeitig brachte Sniečkus' Bericht einige wichtige Fragen zur Sprache, die Käbin nicht berührt hatte. So war in Litauen offensichtliche die Sprachenfrage von großer Bedeutung. In vielen Instanzen sei immer noch das Russische Amtssprache, während das Litauische in den Hintergrund gedrängt werde. Dabei betonte der litauische Parteichef, dass zur Lösung dieses Problems die „autoritative Hilfe“ des ZK der KPdSU „dringend notwendig“ sei. In deutlichen Worten kritisierte er die überhebliche Einstellung der aus dem Inneren der Sowjetunion Zugereisten zur litauischen Sprache, die ihrer Meinung nach zu nichts nütze sei. Darüber hinaus berichtete auch Sniečkus von der Belebung der Aktivitäten „bürgerlicher

---

nannten Beschlusses war ziemlich schablonenhaft, doch wurde bemerkenswerterweise betont, dass den Kaderfragen in Zukunft mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden solle. Hierbei ging es um die Heranziehung lokaler Kader, darunter Osseten, Abchassen u.a., und ihre Beförderung auf Führungspositionen in den Bezirken, in denen sie eine Mehrheit bildeten. Als Hauptverantwortlicher für die Ereignisse im März 1956 präsentierte dieser Beschluss aber den „gemeinen Feind“ Lavrentij Berija.

<sup>6</sup> Käbins Information an das ZK der KPdSU, 19.3.1956, in: Доклад Н. С. Хрущева (wie Anm. 5), S. 408f.

<sup>7</sup> Sniečkus an das ZK der KPdSU, 6.6.1956, in: ebenda, S. 484-488.



Nationalisten“, vom Einfluss ausländischer Radiostationen sowie von der Notwendigkeit einer effektiveren Propaganda um den „Kult“ des unabhängigen litauischen Staats in der Gesellschaft auszurotten. Im Großen und Ganzen waren seine Angaben jedoch deutlich gehaltvoller als der recht allgemein gehaltene Text Kåbins.

Neben den Tifliser Ereignissen vom März 1956 stellten allgemein zu verzeichnende Liberalisierungstendenzen in der Gesellschaft in den Augen des Komitees für Staatssicherheit (KGB) eindeutige Warnsignale dar, durch die sich dessen Leiter Ivan Serov zu prophylaktischen Maßnahmen veranlasst sah. Im April 1956 schickte er dem ZK der KPdSU ein Memorandum, in dem er einen Überblick über die Resultate der Nachforschungen präsentierte, die in seinen Regionalabteilungen auf Gebiets-, Bezirks- sowie Republiksebene durchgeführt worden waren. Hiernach gingen die Sicherheitsorgane vor Ort mit mangelnder Entschlossenheit gegen „feindliche Elemente“ vor, die die Beschlüsse des 20. Parteitag zu diskreditieren und Jugendliche in die antisowjetische Tätigkeit hineinziehen bestrebt waren. Gleichzeitig beschied der KGB-Chef, dass viele seiner Mitarbeiter es in ihrer Arbeit an „politischer Schärfe“ vermissen ließen, sich in erster Linie mit der Anwendung vorbeugender Methoden begnügten und zu selten jemanden strafrechtlich zur Verantwortung zögen.<sup>8</sup>

Zweifellos zeigten die Serov zur Verfügung stehenden Informationen einen Wandel in der innenpolitischen Lage in der Sowjetunion an. Zu ihren charakteristischen Elementen gehörte tatsächlich wohl auch eine gewisse Kopfllosigkeit bei den Sicherheitsorganen, deren Mitarbeiter sich zum Teil scheuten, repressive Methoden anzuwenden, weil das unter Umständen für sie selbst traurige Folgen haben konnte. Serovs Memorandum wurde nicht nur von der gesamten Führungsspitze des Kreml, sondern auch von den Parteichefs auf der Gebiets-, Bezirks- und Republiksebene diskutiert; konkrete Maßnahmen hatte es zunächst aber nicht zur Folge.

Auch Chruščev hatte nicht ahnen können, dass seine Kritik am Personenkult eine so breite Resonanz in der Gesellschaft finden würde. Völerorts wurde sie als eine Richtschnur für eine tatsächliche Entlarvung des Stalin-Regimes verstanden. So kam es nach dem 20. Parteitag wiederholt dazu, dass Stalinportraits in aller Öffentlichkeit heruntergerissen und Denkmåler des einstigen „Führers der Völkler“ zerstört wurden. Ein baltisches Beispiel für dieses „öfentliche Rowdytum“ war das Verhalten des Parteisekretårs im Tallinner Fernmeldeamt. Nachdem er den Text von Chruščevs Geheimrede gelesen hatte, ging er nach Hause und ver-

---

<sup>8</sup> НИКИТА ПЕТРОВ: Первый председатель КГБ Иван Серов [Der erste Vorsitzende des KGB Ivan Serov], Москва 2005, S. 168f.

brannte kurzerhand den „Kurzen Lehrgang“ der Geschichte der Partei sowie Stalins Buch „Über den Großen Vaterländischen Krieg“.<sup>9</sup>

Diese Tendenz wie auch der unerwartete Ausbruch von oppositionellem Denken war für die Kreml-Führung unannehmbar. Bereits von April 1956 an wurde damit begonnen, diese Entwicklung nach Möglichkeit einzudämmen. Chruščev hatte den Personenkult nicht auf die Tagesordnung gesetzt, um den Stalinismus gerecht und neutral zu beurteilen, seine Ziele waren letztlich viel eigennütziger. Denn die „Entlarvungen“ waren unter anderem auch eine wirkungsvolle Waffe in den Machtkämpfen des Kreml, die schließlich wesentlich dazu beitrugen, die „alte Garde“ zu vernichten und Chruščevs Alleinherrschaft abzusichern.

Zur „richtigen“ Bewertung des Personenkults verabschiedete das ZK der KPdSU am 30. Juni 1956 den Beschluss „Über den Personenkult und die Überwindung seiner Folgen“, der sofort in der Presse veröffentlicht wurde.<sup>10</sup> Ohne hier ausführlicher auf dieses Dokument einzugehen, sei darauf hingewiesen, dass es inhaltlich viel zurückhaltender als Chruščevs Geheimrede war. Sein Text sollte als Richtlinie für alle dienen, die sich über das Thema des Personenkults äußern wollten; abweichende Interpretationen waren fortan unzulässig.

*Moskaus Richtlinien für Estland: mehr  
Aufmerksamkeit für die estnische Sprache und  
für die Beförderung der einheimischen Kader*

Nach dem 20. Parteitag befasste man sich im Apparat des ZK der KPdSU auch mit der ideologischen Arbeit in der Estnischen SSR. Eine Gruppe von Inspektoren, die sich vor Ort umgesehen hatte,<sup>11</sup> fasste ihre Arbeitsergebnisse im Juni 1956 unter dem Titel „Über einige Mängel der ideologischen Arbeit in der Parteiorganisation Estlands“ zusammen.<sup>12</sup> Der

<sup>9</sup> Записка отдела партийных органов ЦК КПСС по союзным республикам „О ходе ознакомления коммунистов, комсомольцев и беспартийного актива с докладом Н. С. Хрущева“ [Notiz der Abteilung der Parteiorganisationen der Sowjetrepubliken des ZK der KPdSU „Über das Verfahren der Bekanntmachung der Kommunisten, Komsomolzen und des Parteilosensaktivs mit dem Vortrag von N. S. Chruščev], 13.4.1956, in: Доклад Н. С. Хрущева (wie Anm. 5), S. 502.

<sup>10</sup> Siehe z.B.: Isikukultuse küsimusest [Über die Frage des Personenkults], Tallinn 1953, S. 3-23. Bemerkenswerterweise wurde diese Broschüre schon am 21. Juni in Druck gegeben, d.h. neun Tage bevor der entsprechende ZK-Beschluss überhaupt gefasst wurde.

<sup>11</sup> Flüchtig wird ihre Tätigkeit von Olaf Kuuli berührt. OLAF KUULI: Sulad ja hal-lad Eesti NSV-s. Kultuuripoliitika aastail 1953–1969 [Taufwetter und Raureif in der Estnischen SSR. Über die Kulturpolitik in den Jahren 1953–1969], Tallinn 2002, S. 70f.

<sup>12</sup> Т. Калиников (u.a.): О некоторых недостатках идеологической работы в эстонской партийной организации [Über einige Mängel der ideologischen Arbeit in der estnischen Parteiorganisation], 16.7.1956, in: Российский государственный

Leiter der Abteilung für die Parteiorganisationen der Sowjetrepubliken beim ZK der KPdSU, Evgenij Gromov, verschickte diesen Bericht an die Mitglieder des ZK-Präsidiums und wies in einem Begleitschreiben darauf hin, dass in der Estnischen SSR auf dem Gebiet der ideologischen Arbeit noch ernsthafte Mängel zu verzeichnen seien und die Lage sich auch nach dem Parteitag nicht verbessert habe. Er schlug vor, diese Fragen auf einem Sonderplenium des ZK der KPE zu besprechen.<sup>13</sup>

Im Vorwort des Memorandums wird zwar auf die Fortschritte der Estnischen SSR auf den Gebieten der Industrie und der Landwirtschaft hingewiesen, doch wird gleichzeitig kritisiert, dass die Beschlüsse des 20. Parteitags nur in unzureichendem Maße Umsetzung fänden und große Mängel bei der „gründlichen Reorganisation der ideologischen Arbeit“ zu verzeichnen seien. Anschließend folgen die in vergleichbaren Texten weithin üblichen Kritikpunkte – die Propaganda habe eine zu geringe Verankerung im realen Leben, die Führung kommuniziere viel zu selten mit dem Volk, die Parteiorganisation lasse es an Wachsamkeit bei der ideologischen Arbeit mangeln und dergleichen mehr.

Parallel zu den allgemeinen Formulierungen dieses Textes werden aber auch inhaltliche Vorwürfe an die estnische Führung erhoben. Nach Auffassung der Inspektoren kümmere sich die Tallinner Zentrale zu wenig um die Landbevölkerung, die daher zum großen Teil dem Einfluss der Parteiorganisation entzogen sei. Deshalb seien auf dem Lande Gerüchte verbreitet, denen zufolge die Kolchosen nur provisorisch seien und der einzelne Bauer gut daran täte, für den eigenen Haushalt zu sorgen und die Kollektivwirtschaft zu vernachlässigen. Auch die niedrige Arbeitsproduktivität der Kolchosen sowie das Unvermögen die landwirtschaftliche Produktion auszuweiten werden in diesem Text kritisch angemerkt.

Bemerkenswerterweise fanden es die Inspektoren ebenfalls kritikwürdig, dass in der Estnischen SSR den „nationalen Eigenarten der Sowjetrepublik“ zu wenig Aufmerksamkeit gewidmet wurde. In erster Linie war dies als Hinweis darauf zu verstehen, dass in Unternehmen und Behörden grundlos häufig Russisch Verkehrssprache sei. Ausdrücklich wurden in diesem Zusammenhang die Probleme in Narva erwähnt. Die Autoren des Memorandums hielten es offenbar nicht für „richtig“, dass in Narva bereits seit drei Jahren keine lokalen, d.h. aus Tallinn übertragenen Radiosendungen mehr zu empfangen waren, sondern nur solche aus Leningrad und Moskau. Zugleich wurde dem Narvaer Parteikomitee

---

архив новейшей истории (Russländisches Staatsarchiv der Neusten Geschichte, im Folgenden: РГАНИ), Bestand 5, Findbuch 31, Akte 59, Bl. 182-190.

<sup>13</sup> Schreiben Gromovs an das ZK der KPdSU, 16.7.1956, in: РГАНИ, 5-31-59, Bl. 181. Ziel der Inspektion war, dem ZK der KPE in „Fragen der ideologischen Arbeit“ sowie bei der „Umsetzung der Beschlüsse des 20. Parteitags praktische Hilfe“ zu leisten.

zur Last gelegt, keine politische Aufklärungsarbeit in estnischer Sprache für die dort ansässigen Esten entwickelt zu haben.

Die Hauptvorwürfe dieses Memorandums richteten sich gegen die schwache Position des Estnischen sowie die zu selten erfolgenden Beförderungen einheimischer Kader auf führende Positionen. Dass das Estnische kaum genutzt wird, rufe unter der einheimischen Bevölkerung eine „berechtigte Unzufriedenheit“ hervor, heißt es hier, welche das Aufleben „bürgerlich-nationalistischer Stimmungen“ begünstige und die Bindung des Volkes an die Partei schwäche. Als Beweis hierfür galt den ZK- Inspektoren die Tatsache, dass nur wenige estnische Arbeiter in die Reihen der Partei bzw. des Komsomol eintraten.

In Moskau erkannte man einen direkten Zusammenhang zwischen den Schwächen in der ideologischen Arbeit und den Unzulänglichkeiten bei der Wahl und der Verwendung der Kader in der Estnischen SSR. Obwohl zahlreiche Esten in den letzten Jahren nicht nur höhere Parteischulen absolviert, sondern auch Erfahrungen in der praktischen Arbeit gesammelt hätten, werden sie vom Tallinner ZK nicht auf führende Posten im Propagandaapparat eingesetzt, obwohl nicht nur im ZK-Apparat, sondern auch in den regionalen Komitees, im Kulturministerium der Republik und in vielen anderen Behörden zahlreiche Personen arbeiten, die weder ihren Aufgaben gewachsen noch ideologische Fragen vernünftig zu lösen imstande waren. Das Memorandum machte keinen Hehl daraus, dass es nicht „weiter zu dulden“ sei, wenn zahlreiche führende Kräfte in der Partei, in den Sowjets und in der Wirtschaft Estnisch nicht beherrschten.

Darüber hinaus beschäftigten sich die Inspektoren in ihrem Bericht mit der schwachen Jugendarbeit des Tallinner ZK sowie den Mängeln der Komsomolführung. Letztere finde ihren Ausdruck in der geringen Arbeitsquote der Jugend, der wachsenden Kriminalität, den zunehmenden Fluchtversuchen<sup>14</sup> sowie der antisowjetischen Tätigkeit von Schülern – in Viljandi und Nõo waren nämlich „Geheimorganisationen“ von Jugendlichen entdeckt worden. Das ZK der KPE habe es offensichtlich versäumt, entscheidende Maßnahmen zur Verstärkung der politischen Erziehungsarbeit in den Schulen zu treffen.

Die Inspektoren aus Moskau kritisierten auch die Arbeit der Tallinner Genossen mit den Intellektuellen als „systemlos und uneffektiv“, da man eine ganz bestimmte Eigenart der Estnischen SSR unberücksichtigt lasse: viele Lehrer, Schriftsteller, Künstler, Schauspieler und andere Ver-

---

<sup>14</sup> Hier wird erwähnt, dass Enno Hubel, ein Student des Tallinner Polytechnischen Instituts, 1955 nach Schweden geflohen und Heino Halling, ein Matrose der Handelsmarine, in Norwegen geblieben seien. Zu diesen beiden Flüchtlingen siehe auch: JAAK PIHLAU: Maapõgenemised okupeeritud Eestist [Die Flucht über Land aus dem besetzten Estland], in: Tuna 2001, Nr. 3, S. 58; JAAK PIHLAU: Eestlaste põgenemised Läände: ärahüppajad I. [Die Flucht der Esten nach Westen: Überläufer I.], in: Tuna 2003, Nr. 1, S. 88.

treter der Intelligenz hätten ihre Ausbildung noch „unter dem bürgerlichen Regime“ erhalten. In diesem Zusammenhang wurde auf die sporadischen Treffen der Parteispitze mit Vertretern der Intelligenz sowie die in der Gesellschaft verbreitete „nihilistische“ Einstellung zum kulturellen Leben in der Vorkriegsrepublik verwiesen. Allerdings ging der Bericht nicht so weit zu behaupten, dass das historische Kulturerbe in der Estnischen SSR völlig abgelehnt werde. Immerhin seien in den letzten fünf Jahren ca. 70 Werke der klassischen estnischen Literatur in einer Gesamtauflage von 1,2 Millionen Exemplaren von den Verlagen der Republik veröffentlicht worden.

Gleichzeitig wurde das ZK der KPE dafür kritisiert, zu wenig Einsatz bei der Entlarvung des „bürgerlichen Nationalismus“ bzw. der bürgerlichen Ideologie an den Tag gelegt zu haben. Dies zeige sich vor allem darin, dass „das volksfeindliche Wesen der estnischen Bourgeoisie“ in den Jahren 1918-1940 in nicht ausreichendem Maße von der Presse entlarvt und „die historische Bedeutung“ der „Wiederherstellung der Sowjetmacht 1940“ für das „Schicksal des estnischen Volkes“ zu selten erklärt werde.

Bemerkenswert waren auch die Schlussfolgerungen der Moskauer Inspektoren. Man empfahl dem estnischen ZK, ideologische Fragen auf einem Sonderplenium zu erörtern, für dessen Vorbereitung die Hilfe des ZK der KPdSU natürlich als unverzichtbar angesehen wurde. Darüber hinaus sollten die Kader im Ideologiebereich sorgfältig überprüft werden, wobei die eigenen Reihen nur mit solchen Personen zu ergänzen waren, die Estnisch beherrschten und sich in Kultur und Alltag der Esten gut auskannten. Schließlich wurde angeregt, Estnischkurse für all diejenigen Parteivertreter, Sowjetmitarbeiter und Wirtschaftsfachleute zu organisieren, die beruflich in die Estnische SSR kommandiert wurden; auch dieser Bereich unterlag im notwendigen Rahmen der Kontrolle.

Der hier referierte Bericht der Inspektoren des Moskauer ZK ist zweifellos ein recht bemerkenswertes Dokument, denn er zeigt, dass die Grundlagen der „neuen Nationalitätenpolitik“, welche nach Stalins Tod 1953 auf die Tagesordnung gesetzt worden war, um die Beförderung einheimischer Kader auf Führungspositionen voranzubringen,<sup>15</sup> auch drei

<sup>15</sup> Zum „neuen Kurs“ Lavrentij Berijas im Baltikum siehe Tõnu TANNBERG: Die Pläne Moskaus für Estland im Sommer 1953, in: Vom Hitler-Stalin-Pakt bis zu Stalins Tod. Estland 1939–1953, hrsg. von OLAF MERTELSMANN, Hamburg 2005, S. 282-295; DERS: Die unbekannte Amnestie. Berijas Rehabilitierungspläne 1953 am Beispiel der Estnischen SSR, in: Estland und Russland. Aspekte der Beziehungen beider Länder, hrsg. von OLAF MERTELSMANN, Hamburg 2005, S. 249-273; ТЫНУ ТАННБЕРГ: Новый курс Л. Берия по подавлению движения сопротивления в Прибалтике и Западной Украине весной 1953 года [L. Berijas neuer Kurs bei der Unterdrückung der Widerstandsbewegungen im Baltikum und in der Westukraine im Frühjahr 1953], in: Tuna. Спецвыпуск по истории Эстонии с 17 по 20 век [Eine Sonderausgabe zur estnischen Geschichte vom 17. bis 20. Jh.], Tartu/Tallinn 2006, S. 192-210. Siehe auch: Рудольф Пихоя: Москва. Кремль. Власть:

Jahre später noch aktuell waren. Zwar hütete man sich nun, Lavrentij Berija als den Initiator dieser Politik zu benennen, doch bleibt es durchaus von Bedeutung, dass es im Falle Estlands die Moskauer Zentrale war, die eine stärkere Berücksichtigung lokaler Kader forderte und mehr Aufmerksamkeit für die estnische Sprache in der Verwaltung der Sowjetrepublik einklagte.

Die Führung der Estnischen SSR unter Ivan Käbin legte hingegen in diesen von Moskau aufgeworfenen Fragen deutliche Zurückhaltung an den Tag. Käbins Einstellung demonstriert ein Dokument, das unter dem Titel „Notizen zu den Fragen der Nationalitätenpolitik“ im April 1956 nach Moskau geschickt wurde.<sup>16</sup> Hierin vermeldete er, dass „die Umsetzung der Leninschen Nationalitätenpolitik in die Praxis die Völkerfreundschaft befestigt“ habe, „kleine ungelöste praktische Fragen und unnormale Erscheinungen“ jedoch weiterhin die Aktivitäten „bürgerlich-nationalistischer Elemente“ unterstützten.<sup>17</sup>

Aber auch Käbin hatte etwas zu kritisieren. Er wies auf die Regelung hin, derzufolge Spezialisten, die in der Estnischen SSR eine Hochschule absolviert hatten, häufig zur Arbeit in andere Regionen der Sowjetunion kommandiert wurden. Demgegenüber wäre es seiner Ansicht nach sinnvoll, des Estnischen kundige Fachleute auch in der Estnischen SSR zu beschäftigen, da sie in einer fremden sprachlichen Umgebung Schwierigkeiten haben könnten. Überdies verwies der estnische Parteichef auf den Umstand, dass Wirtschaftsfachleute auf der mittleren Entscheidungsebene (Ingenieure, Zechenleiter, Meister) in zahlreichen Industriebetrieben zumeist Ausländer seien, was die Kommunikation der Führung mit den Arbeitern oft erschwere. Gleichzeitig zeigte er sich besorgt, weil die Errungenschaften der estnischen Nationalkultur unter den sowjetischen „Brudervölkern“ bislang kaum popularisiert worden seien. In erster Linie zeigte sich dies Käbin zufolge daran, dass Werke von sowjet-estnischen Autoren kaum in die Sprachen anderer Sowjetvölker übersetzt worden waren, doch betreffe es auch die Musik, die Kunst, das Theater und andere Kulturbereiche.<sup>18</sup>

Ein ernsthaftes Problem stellte für Käbin das Verhalten der in der Estnischen SSR stationierten Soldaten der Roten Armee der einheimi-

---

Сорок лет после войны. 1945–1985 [Moskau. Der Kreml. Die Macht: Vierzig Jahre nach dem Krieg. 1945–1985], Москва 2007, S. 241–246.

<sup>16</sup> Käbins Information an das ZK der KPdSU, 26.4.1956, in: Eesti Riigiarhiiv: endine Parteiarhiiv [Estnisches Staatsarchiv: Abteilung des ehemaligen Parteiarchivs, im Folgenden: ERAF], Bestand 1, Findbuch 163, Akte 2, Bl. 2–6. In seinem Begleitbrief erwähnte Käbin, dass er seine „Notizen über die Fragen der Nationalitätenpolitik und die Maßnahmen zur Befestigung der Freundschaft unter den Völkern der Sowjetunion“ auf Anfrage von F. Konstantinov, wohl einem Moskauer ZK-Funktionär, verfasst habe (ebenda, Bl. 1).

<sup>17</sup> Käbins Information (wie Anm. 16), Bl. 2.

<sup>18</sup> Käbin zufolge stelle die Lettische SSR in diesem Zusammenhang eine Ausnahme dar: dort führe man sogar estnische Opern auf.

schen Bevölkerung gegenüber dar. Er beklagte, dass einige Soldaten mit ihrem rowdyhaften Benehmen „die nationalen Gefühle der Einheimischen“ verletzen. Die Soldaten legten ihm zufolge eine gewisse Überheblichkeit gegenüber der nationalen Kultur und Sprache der Esten an den Tag, organisierten im angetrunkenen Zustand Schlägereien in aller Öffentlichkeit, verhielten sich Mädchen und Frauen gegenüber taktlos, randalierten auf Märkten und in Geschäften usw. Demgegenüber werde die nationale Würde der Esten sofort mit „bürgerlichem Nationalismus“ gleichgesetzt. Käbin führte diese unnormale Situation zum großen Teil auf die schwache Erziehungsarbeit der Politorgane in den Truppenteilen zurück, denn den Soldaten werde nicht erklärt, „wie Militärpersonen sich unter den Einheimischen zu benehmen haben“. Der estnische Parteichef empfahl, die Leiter der Truppenteile zu verpflichten, die politische Erziehungsarbeit zu verbessern, und versprach seinerseits, auf lokaler Ebene mehr Aufklärung zu leisten, um „Vertrauen und Achtung“ der örtlichen Einwohner für die Soldaten der Roten Armee und Flotte zu steigern.

Abschließend brachte Käbin seinen Unmut darüber zum Ausdruck, dass die Durchsetzung verschiedener Standards mit dem Verschwinden von Konsumgütern mit estnischen Bezeichnungen vom Markt einhergehe, selbst wenn sie in Estland hergestellt werden. So könne man in der Estnischen SSR weder Bier noch Zigaretten mit estnischen Namen kaufen – dafür gäbe es nun Papirossy der Marken „Kazbek“ und „Belomorkanal“. Auch der estnische Parteichef wusste offenbar, dass das estnische Bier der Marke „Moskau“ völlig anders schmeckte als das aus Moskau. All dies, so schloss er, führe nur zu Missverständnissen in der Bevölkerung, weshalb es sinnvoll sei, den Sowjetrepubliken die Produktion von Waren mit eigenen Namen zu gestatten.

Das von den Moskauer Inspektoren empfohlene Sonderplenum des ZK der KPE fand im Oktober 1956 statt.<sup>19</sup> Auf der Grundlage eines Referats des 2. Sekretärs Leonid Lentsmann wurde hier die ideologische Arbeit besprochen. Käbin und seinen engsten Mitstreitern gelang es, die zurückhaltende Linie fortzusetzen und den Kritikern „zu trotzen“.<sup>20</sup> Der von Käbin für Moskau verfasste Bericht über den Verlauf des Plenums war allerdings in ziemlich allgemeinen Tönen gehalten.<sup>21</sup>

---

<sup>19</sup> Die Materialien dieses Plenums sind einsehbar in: ERAF, 1-4-1939. Ein Überblick über seine wichtigsten Aspekte bietet KUULI, Sulad ja hallad Eesti NSV-s (wie Anm. 11), S. 70-73.

<sup>20</sup> Ebenda, S. 73.

<sup>21</sup> Käbins Information an das ZK der KPdSU, 30.10.1956, in: ERAF, 1-211-5, Bl. 121-127.

## *Die Frage der lokalen Kader in Litauen und Lettland*

Das Problem der Beförderung einheimischer Kader auf führende Positionen und die Sprachenfrage waren 1956 auch in der Lettischen und Litauischen SSR aktuell. Die Kaderfrage in Litauen stand sogar mehrmals auf der Tagesordnung des ZK der KPdSU, dem im September ein Memorandum unter dem Titel „Über Mängel der Kadererziehung in der litauischen Parteiorganisation“ vorlag.<sup>22</sup> Im Begleitschreiben zu diesem Dokument, das der bereits erwähnte Abteilungsleiter Gromov an die ZK-Mitglieder richtete, hieß es, dass dieses Thema schon mehrfach im ZK-Apparat erörtert und die litauische Parteiführung auf die Probleme hingewiesen worden sei. Trotzdem habe sich die Lage nicht verbessert, so dass es sinnvoll sein könnte, die Mitglieder des ZK-Büros der litauischen KP oder wenigstens zwei seiner Mitglieder vor das ZK nach Moskau einzubestellen. Gromov zufolge habe dies unbedingt vor dem Plenum des ZK der Litauischen KP zu geschehen, das für November 1956 geplant war.<sup>23</sup>

Im Memorandum wird darauf hingewiesen, dass die Führung der Litauischen KP sich zu wenig mit den Fragen der Kadererziehung beschäftige, wobei die Situation in der Landwirtschaft besonders kritisch sei. Außerdem vertrete sie eine zu „liberale“ Einstellung den Beamten gegenüber, die ihren Aufgaben nicht gewachsen seien, und bekämpfe weder den Einfluss der Kirche noch die „feindliche Propaganda“ oder den „bürgerlichen Nationalismus“. Des Weiteren wird betont, dass es vor allem unter den Intellektuellen noch zahlreiche „Irrige“ gebe.<sup>24</sup> Höchstwahrscheinlich wurde die litauische Parteiführung tatsächlich nach Moskau zu einem Gespräch vorgeladen, doch war das Problem damit auf der Ebene des Moskauer ZK-Apparats noch nicht von der Tagesordnung.<sup>25</sup>

Ende 1956 verfasste Antanas Sniečkus einen weiteren Lagebericht aus Litauen für die Moskauer Zentrale, in dem er abermals ziemlich ausführlich auf das Problem der lokalen Kader und die Sprachenfrage einging und vermeldete, dass in der näheren Zukunft eine „umfassende Beförderung der lokalen nationalen Kader“ nicht nur in den Landkreisen, sondern auch in Republiksorganen – Ministerrat und ZK-Apparat – erfolgen werde. Darüber hinaus machte der litauische Parteiführer keinen Hehl daraus, dass eines der Hindernisse bei der Beförderung

<sup>22</sup> А. ЩЕГОЛЕВ, М. КАРПОВ: О недостатках воспитания кадров в Литовской партийной организации [Über die Mängel bei der Erziehung der Kader in der litauischen Parteiorganisation], 14.9.1956, in: РГАНИ, 5-31-59, Bl. 98-107.

<sup>23</sup> Gromov an das ZK der KPdSU, 14.9.1956, in: РГАНИ, 5-31-59, Bl. 97.

<sup>24</sup> ЩЕГОЛЕВ/КАРПОВ, О недостатках (wie Anm. 22).

<sup>25</sup> Gromov an Michail Suslov, Sekretär des ZK der KPdSU, 7.12.1965, in: РГАНИ, 5-31-59, Bl. 108.



der lokalen Kader das Desinteresse der Zugereisten daran sei, weshalb er das Präsidium des ZK der KPdSR in dieser Frage um Beistand bat.<sup>26</sup> Dies war ein recht deutlicher Hinweis auf das Jahr 1953, als das ZK-Präsidium entsprechende Beschlüsse zur Nationalitätenpolitik gefasst hatte, deren Umsetzung in Litauen auf keinen besonderen Widerstand gestoßen waren.

In der Lettischen SSR wiederum ging man deutlich darüber hinaus, wobei zum Teil die Lage in Estland als Vergleich diene. Auf dem Plenum des ZK der KPE im Oktober 1956 war nämlich auch der Stellvertretende Vorsitzende des Ministerrats der Lettischen SSR, Vilis Krūmiņš, zugegen gewesen. Am 12. November konnte er daher auf einer Sitzung des ZK-Büros der Lettischen KP über die Entwicklungen in Estland berichten. Nach Angaben des lettischen Parteichefs Jānis Kalnberziņš habe Krūmiņš die Beförderung der lokalen Kader in Lettland und Estland miteinander verglichen und sei dabei zu dem Schluss gekommen, dass es in Lettland erheblich mehr Mängel gebe. Hierauf folgten dann auch Taten.<sup>27</sup> Am 19. November verabschiedete das ZK der Lettischen KP den Beschluss „Über einige Mängel bei der Durchsetzung der Leninischen Nationalitätenpolitik in der Republik“, dem am 6. Dezember ein Beschluss „Über das Erlernen des Lettischen und Russischen der Mitarbeiter in der Partei, den Sowjets und in der Wirtschaft“ folgte.<sup>28</sup>

Ende November fasste das Büro des Rigaer Stadtkomitees einen Beschluss „Über das Erlernen des Lettischen und Russischen seitens der Werktätigen, die breite Bevölkerungsschichten betreuen“.<sup>29</sup> All diese Beschlüsse hatten eine prinzipielle Genehmigung von Chruščev. Im Dezember 1956 empfing dieser den lettischen Parteichef Kalnberziņš, den Regierungschef Vilis Lācis und den Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets Kārlis Ozoliņš. Chruščev bekam einen Überblick über die wirtschaftlichen Entwicklungsperspektiven der Sowjetrepublik, wobei man ihm gegenüber erklärte, dass die Einwanderung und die Entwicklung von Großbetrieben einzuschränken seien. Gleichzeitig wurde auch die Notwendigkeit der Beförderung der einheimischen Kader angesprochen.<sup>30</sup>

<sup>26</sup> Sniečkus an das ZK der KPdSU, 6.12.1956, in: Военные Архивы России. Вып. 1 [Militärarchive Russlands. H. 1], Москва 1993, S. 261.

<sup>27</sup> Kalnberziņš an das ZK der KPdSU, 23.11.1956, in: ПГАНИ, 5-31-59, Bl. 59-60.

<sup>28</sup> Kalnberziņš versuchte in seinem Bericht, sich von diesen Beschlüssen zu distanzieren und den Eindruck zu erwecken, dass er sie nicht mitträgt. Aufgrund dieser Informationen von Kalnberziņš berichtete Gromov dem ZK, dass viele lettische Führungspersonen auf dem Plenum falsche Standpunkte geäußert und mehrere Personen mit leitenden Funktionen bereits den Wunsch geäußert hätten, aus der Lettischen SSR abkommandiert zu werden, da sie des Lettischen nicht mächtig waren (ПГАНИ, 5-31-59, Bl. 58).

<sup>29</sup> KUULI, Sulad ja hallad Eesti NSV-s (wie Anm. 11), S. 73.

<sup>30</sup> ДАЙНА БЛЕЙЕРЕ, ИЛГВАРС БУТУЛИС, АНТОНИЙС ЗУНДА (u.a.): История Латвии. XX век [Geschichte Lettlands. 20. Jahrhundert], Riga 2005, S. 370.

## *Der Kreml und die baltische Frage nach den Ereignissen in Polen und Ungarn*

Die aus Moskauer Sicht beunruhigenden Ereignisse in Osteuropa, von allem in Polen und Ungarn, fanden eine unerwartet starke Resonanz in Litauen, Estland und Lettland. In diesem Kontext gewann die baltische Problematik wieder an Brisanz. Der Kreml begann nun, sich ernsthaft mit der Lage im Baltikum zu beschäftigen. In der ZK-Abteilung für die Sowjetrepubliken konstatierte man gegen Ende November 1956, dass die „Erscheinungen des Nationalismus“, die in der letzten Zeit in den baltischen Sowjetrepubliken aufgetreten seien, eine gewisse Gefahr darstellten, schon weil ihnen in den Republiken kein Widerstand entgegengesetzt werde. Zudem sei der Kontakt der lokalen Führungsorgane mit der Bevölkerung eher zurückhaltend. Nach Ansicht einiger leitender Personen war der Situation nur durch einen Kaderwechsel beizukommen, d.h. durch den Austausch der ins Baltikum abkommandierten Funktionäre durch Einheimische. Gromov schlug vor, mit jedem der drei Parteichefs (Käbin, Sniečkus und Kalnbērziņš) ein Gespräch im ZK zu führen.<sup>31</sup>

Zur gleichen Zeit – Ende November 1956 – hatte M. Gavrilov, ein Mitarbeiter von Gromov, ein Memorandum unter dem Titel „Über die nationalistischen und antisowjetischen Erscheinungen in den baltischen Sowjetrepubliken“ verfasst, das offensichtlich von den Ereignissen in Polen und Ungarn motiviert worden war.<sup>32</sup> Auf der Grundlage dieses Dokuments sollten wohl die Besprechungen mit den baltischen Parteichefs geführt werden. Gavrilovs Text kann inhaltlich in zwei Teile gegliedert werden. Im ersten Teil wurden die „nationalistischen und antisowjetischen Erscheinungen“ aufgelistet, wobei häufiger von Litauen und Estland die Rede war, während Lettland kaum vorkommt. Der abschließende Teil versucht eine Antwort auf die Frage zu finden, warum sich all dies ereignet hat. Bei den Schilderungen konkreter Vorkommnisse dienten Gavrilov zumeist Stimmungsberichte aus den Republiken als Grundlage, in denen diese „ungesunden Erscheinungen“ zur Sprache gekommen waren.<sup>33</sup>

<sup>31</sup> Gromov an das ZK der KPdSU, 28.11.1956, in: РГАНИ, 5-31-59, Bl. 202.

<sup>32</sup> М. ГАВРИЛОВ: О националистических и антисоветских проявлениях в прибалтийских республиках [Über nationalistische und antisowjetische Erscheinungen in den baltischen Sowjetrepubliken], 27.11.1956, in: РГАНИ, 5-31-59, Bl. 203-212.

<sup>33</sup> Über die Resonanz auf die Ereignisse in Ungarn siehe: MARLIS TIITSAAR: 1956. aasta Ungari sündmused ja Eesti. Bakalaureusetöö. Juhendaja Tõnu Tannberg [Die Ereignisse in Ungarn 1956 und Estland. Bakkalaureusarbeit unter der Leitung von Tõnu Tannberg], Universität Tartu 2005. Das Manuskript befindet sich in der Bibliothek der Historischen Abteilung der Universität Tartu.

Aus Gavrilovs Text geht hervor, dass vor allem litauische und estnische Studenten vom Nationalismus infiziert waren. Ihre „antisowjetische“ Tätigkeit bestand demzufolge vor allem in der Unterstützung der Ereignisse in Polen und Ungarn.<sup>34</sup> Besonders deutlich habe sich dies an der Universität Vilnius gezeigt, an der die Parole „Es lebe die ungarische Revolution“ verbreitet worden sei. Auch auf einem Studentenabend im Tallinner Polytechnischen Institut seien die ungarischen Freiheitsbestrebungen am 28. Oktober ausdrücklich unterstützt worden – mit Losungen wie „Gegrüßt sei Budapest“ oder „Es lebe Ungarn“. Ein Laborant habe die Ansicht geäußert, dass er sofort bereit wäre, den Domberg, den traditionellen estnischen Regierungssitz, zu verteidigen, falls in Estland etwas Ähnliches geschehen sollte.<sup>35</sup> Der Aufmerksamkeit der Behörden waren auch verschiedene Kundgebungen gegen den Russischunterricht und die Russen nicht entgangen. So habe am 28. Oktober an der Universität Vilnius eine Studentenversammlung die Einstellung des Russischunterrichts gefordert und die Losung verbreitet: „Litauen den Litauern“. In der Estnischen SSR wiederum habe man Pläne erörtert, eine Dachorganisation für alle Studenten in Estland zu gründen. Ein entsprechender Vorschlag sei am 26. Oktober von den Studenten des Tallinner Polytechnischen Instituts an die Studenten der Universität Tartu weitergeleitet worden: Mit dieser alle Studenten vereinigenden gesellschaftlichen Organisation solle ein Gegengewicht zum Komsomol gegründet werden. Sowohl an der Universität Tartu als auch an der Estnischen Landwirtschaftsakademie sei dieser Vorschlag begrüßt worden.<sup>36</sup>

Im Folgenden schilderte Gavrilov weitere „antisowjetische Kundgebungen“, wobei vor allem das Polytechnische Institut eine zentrale Rolle gespielt habe. So hätten dessen Studenten, als sie vom Ernteeinsatz in den Kolchosen zurückkehrten, eine Vogelscheuche präsentiert, der sie ein Schild mit der Aufschrift „Ich habe mich aufgehängt, weil die Arbeit in der Kolchose sehr schwer ist“ umgehängt hatten. Im Militärlager wiederum habe ein Student des Polytechnikums auf solch ein Schild geschrieben: „Ich habe mich aufgehängt, weil das Soldatenleben schwierig ist“. Ein weiterer Student schließlich habe statt des üblichen Soldaten-

<sup>34</sup> Siehe ergänzend ЕЛЕНА Ю. ЗУБКОВА: Власть и развитие этноконфликтной ситуации в СССР. 1953–1985 годы [Das Zentrum und die Entwicklung der ethnischen Konfliktsituation in der UdSSR. 1953–1985], in: Отечественная история 2004, Nr. 4, S. 3–32, hier S. 24f.; АЛЕКСАНДР ПЫЖИКОВ: Хрущевская «оттепель» [Chruščëvs „Tauwetter“], Москва 2002, S. 191f.

<sup>35</sup> Zur Stimmung unter den Studenten des Tallinner Polytechnischen Instituts in dieser Zeit siehe: KALJO-OLEV VESKIMÄGI: „Ühe päevaga sai kõik selgeks!“. Tagasipilk 1956. aasta sügisesse [„An einem Tag wurde alles klar!“ Ein Rückblick auf den Herbst 1956], in: Rahva Hääl, 27.10.1992.

<sup>36</sup> Zur Stimmung unter den Studenten der Estnischen Landwirtschaftsakademie in dieser Zeit siehe: VELLO MALKEN: Ungari ülestõus Tartu tudengi silmade läbi [Der ungarische Aufstand gesehen mit den Augen eines Tartuer Studenten], in: Maaleht, 16.11.2000.

grußes seine Hand zum Hitlergruß erhoben. Unterstrichen wird in diesem Papier aber vor allem, dass sowohl die Universitätsleitung als auch das Parteikomitee die genannten Fälle eher als Scherz aufgefasst hätten und die „Schuldigen“ somit ihrer gerechten Strafe entgangen seien.<sup>37</sup>

Neben der Regimefeindlichkeit der Studenten zählte das Memorandum noch einige andere Formen und „Erscheinungen“ des Widerstands auf. So seien am 27. Oktober in Tartu am Grabmal von Julius Kuperjanov<sup>38</sup> Flugblätter mit der Parole „Tod den Okkupanten“ und der Unterschrift „*Kuperjanovlased*“ (Die Kuperjanov-Leute) gefunden worden seien. Des Weiteren habe man in Tartu am 2. November Flugblätter verteilt; in Rapla wiederum habe man fünf Flugblätter entdeckt, die zum bewaffneten Kampf aufriefen. Ebenfalls als „antisowjetisch“ wurden mehrere Absolvententreffen verschiedener Schulen eingestuft, die Ende Oktober 1956 in Restaurants stattgefunden hatten. Explizit genannt wurden das ehemalige Gustav-Adolf-Gymnasium, das Tallinner Russische Gymnasium sowie das Englische College.

Gavrilov erwähnte auch den Brief eines Tallinner Lehrers an das ZK der KPdSU vom Oktober: Estland sei 1940 zwar von den Kapitalisten befreit worden, hieß es hier, doch habe es keine Unabhängigkeit erhalten, weshalb sich viele Esten Sorgen um ihre Zukunft machten. Der Autor hätte vorgeschlagen, die Situation dadurch zu lösen, dass man die Russen abkommandiere und nach Sibirien schicke. Gavrilov zufolge waren solche Ansichten unter den estnischen Intellektuellen gar nicht einmal so selten. Auf einer im August 1956 in Elva abgehaltenen Lehrerversammlung habe einer der Lehrer behauptet, dass sie gezwungen seien, „über das gute Leben in den Kolchosen zu lügen und die nicht existente Freiheit zu preisen“, woraufhin man ihn mit Applaus bedacht habe.

In Litauen wiederum, in Vilnius und Kaunas, sei Anfang November Allerheiligen mit mehr als 20 000 Teilnehmern gefeiert worden, wobei in diesem Kontext mehr „antisowjetische“ Aktionen zu verzeichnen gewesen wären als in den Jahren zuvor. Die Menschen seien unter der Parole „Gebt Litauen Freiheit“ marschiert, hätten auf dem Friedhof die Hymne des unabhängigen Litauens gesungen und am KGB-Gebäude „Nieder mit den Kommunisten“ skandiert. Auch hier hätten die Ereignisse in Polen und die dortigen Reformschritte große Resonanz gefunden. So hatte man auf dem 8. Plenum der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei beschlossen, unrentable Landwirtschaftskooperativen aufzulösen, weshalb auch viele Menschen in Litauen darauf gehofft hätten, dass die Kolchosen bald aufgelöst werden; vielerorts versuche man nun, sein Hab und Gut zu verkaufen und nach Polen zu fliehen.

---

<sup>37</sup> ГАВРИЛОВ: О националистических (wie Anm. 32), Bl. 203-206.

<sup>38</sup> Julius Kuperjanov war einer der Helden des Estnischen Unabhängigkeitskriegs (1918-1920). Sein Grab in Tartu war eine der wenigen Begräbnisstätten von Helden dieses Kriegs, die während der Sowjetzeit nicht zerstört wurden. Der Besuch dieser Grabstätte wurde zu einer Form des Protests gegen das Regime.

Gavrilov zufolge boten viele litauische Kommunisten mit ihrem Verhalten ein schlechtes Beispiel. Konkret benannte er den Sekretär des ZK der Litauischen KP Vladas Niunka, der den Beschluss der Universität Vilnius sanktioniert hatte, Aufnahmeprüfungen nur noch auf Litauisch abzuhalten, was die Weiterbildungsmöglichkeiten für Russen erheblich einschränke. Von den 9 320 Schülern, die 1956 in der Litauischen SSR Abitur gemacht haben, so weiß dieses Memorandum zu berichten, seien immerhin 2 520 Russen oder Polen gewesen.<sup>39</sup>

Die Situation in Lettland wird in diesem Text nur sehr kursorisch angesprochen. Allerdings wird ein konkreter Vorwurf erhoben, der sich aus der bereits erwähnten Sitzung des ZK-Büros der Lettischen KP ergab: Bei der Diskussion um die Frage des Russischunterrichts hätten mehrere leitende Persönlichkeiten der Republik – Eduard Berklavs, Kārlis Ozoliņš u.a. – einen Standpunkt vertreten, der im Widerspruch zur Parteilinie stand.<sup>40</sup> Außerdem sei es in Lettland vorgekommen, dass Personen, denen eine Auslandsreise gewährt worden sei, nach ihrer Rückkehr die kapitalistische Gesellschaftsordnung gelobt hätten.

Abschließend fasste Gavrilov die Gründe zusammen, die seiner Meinung nach dazu beigetragen hätten, „nationalistische und antisowjetische Erscheinungen“ in den baltischen Sowjetrepubliken hervorzurufen. In erster Linie sei dies auf die unentschlossene Haltung der Verantwortlichen in der Partei und in den Sowjets beim Kampf gegen die genannten „Erscheinungen“ zurückzuführen sowie auf ihre Nachgiebigkeit und ihr Versäumnis, die richtigen politischen Urteile zu fällen. Hinzu komme die schwach ausgeprägte politische Aufklärungsarbeit im Volk sowie eine schablonenhafte Propaganda, welche die Eigenarten der baltischen Sowjetrepubliken nicht berücksichtige, d.h. den großen Einfluss der so genannten bürgerlichen Ideologie und den Druck, den ausländische Radiosender ausübten.

Allerdings werden auch die Führungen der jeweiligen Republiken dafür kritisiert, dass sie die nationalen Eigenarten ihrer Machtbereiche nicht in Betracht zögen. Dies betraf vor allem Litauen, wo insgesamt mehr als 300 000 Polen in zehn bis zwölf Landkreisen lebten, in denen kein einziger Parteikomiteevorsitzender polnischer Herkunft war – allerdings gebe es zwei Polen unter den Vorsitzenden der Exekutivkomitees. Nicht besser stünde es mit den Kolchosen dieser Regionen, da hier die Leiter meist entweder Russen oder Litauer seien und die politische Aufklärungsarbeit daher auf Litauisch oder Russisch absolviert werde.

Die Frage der lokalen Kader war aber nicht allein im Zusammenhang mit der polnischen Minderheit von Bedeutung. Die Kreml-Führung kam im November 1956 tatsächlich zu dem Schluss, dass die innenpolitische Situation in den baltischen Sowjetrepubliken auch gerade deshalb ange-

<sup>39</sup> ГАВРИЛОВ: О националистических (wie Anm. 32), Bl. 208.

<sup>40</sup> Ebenda.

spannt war, weil die Bedeutung der Vertreter der Titularnationen in ihrer Administration im Allgemeinen zu gering war. In Gavrilovs Memorandum wird dies mit Zahlen belegt. Danach betrug der Anteil der Litauer in der litauischen Parteioorganisation 46,6%, während der entsprechende Wert für Estland 44,6% und für Lettland sogar nur 32% ausmachte. Als ernsthaftes Manko wurde zudem die geringe Zahl der Parteizellen in Industrie- und Landwirtschaftsbetrieben benannt. Estland verfügte am 1. Oktober 1956 über 863 Kolchosen, aber in 470 von ihnen gab es keine Parteioorganisation. In den 1 818 litauischen bzw. 1 384 lettischen Kolchosen lauteten die entsprechenden Zahlen 810 bzw. 232. Schließlich blieb den Republiken der Vorwurf nicht erspart, sich zu wenig um den Komсомол zu kümmern: In Estland war die Mitgliederzahl der kommunistischen Jugendorganisation um 10% gefallen.

Schließlich sprach das Memorandum noch die Alltagsorgen der Bevölkerung an. Aus Gesprächen mit den Menschen könne man ihre Unzufriedenheit über die viel zu langsame Verbesserung der Lebensverhältnisse heraushören. Viele Arbeiter verdienten zu wenig, während die Kommunalabgaben zu hoch seien. Um diese Probleme aber kümmere man sich in den Republiken weder in den Betrieben noch auf anderen Ebenen.<sup>41</sup>

### *Am Jahresende: die Partei setzt auf begrenzte Repressionen*

Tatsächlich blieb das Memorandum von KGB-Chef Ivan Serov aus dem Frühjahr 1956 nicht gänzlich folgenlos: Anfang November, als die Kreml-Führung auf die Krise in Ungarn reagieren musste, drängte die innenpolitische Lage in der Sowjetunion selbst auf die Tagesordnung. Schon am 3. November hatte Serov dem ZK-Präsidium ein neues Memorandum zugeleitet, in dem er von einer Belebung der „nationalistischen konterrevolutionären Elemente“ in den baltischen Sowjetrepubliken und in der West-Ukraine berichtete. Ausdrücklich betonte er, dass die entlassenen Sträflinge und Verbannten hierbei besonders aktiv hervorträten. Serov stufte die heraufziehende innenpolitische Situation als ziemlich explosiv ein und schlug vor, dem KGB mobile Streitkräfte zur Verfügung zu stellen, die im Bedarfsfall zur Wiederherstellung der Ordnung eingesetzt werden könnten, falls „einzelne antisowjetische Erscheinungen“ aufträten. Der Leiter des KGB hatte vor, diese Truppen von 1 800–2 000 Mann in den baltischen Republiken, im Transkaukasus, der Ukraine und in anderen potentiell gefährlichen Regionen zu stationieren.<sup>42</sup>

Serovs Initiative blieb nicht folgenlos. Am 10. November fasste das Präsidium des ZK der KPdSU einen Beschluss, durch den Serov verpflich-

<sup>41</sup> Ebenda, Bl. 210–211.

<sup>42</sup> ПЕТРОВ, Первый председатель (wie Anm. 8), S. 169.

tet wurde, ein Sonderregiment aufzustellen, das im Baltikum stationiert werden sollte, und gleichzeitig einen Maßnahmenkatalog gegen jedwede Äußerung von „antisowjetischen und feindlichen Elementen“ auszuarbeiten. Dieser Katalog sollte Eingang finden in einen geheimen Rundbrief des ZK an alle Parteiorganisationen. Ein Entwurf dieses Briefes wurde zwar bereits am 21. November vorgelegt, doch konnte er erst nach manchen Verbesserungen und Ergänzungen am 19. Dezember unter dem Titel „Über die Verstärkung der politischen Arbeit der Parteiorganisationen in den Massen und über die Verhinderung von Kundgebungen antisowjetischer feindlicher Elemente“<sup>43</sup> verabschiedet werden. Im zweiten Punkt des Präsidiumsbeschlusses wurde festgelegt, dass der Brief in allen Unterorganisationen der Partei überall in der Sowjetunion zu diskutieren sei.<sup>44</sup>

In der Einleitung wandte sich das ZK der KPdSU an alle Kommunisten, um sie darauf aufmerksam zu machen, die politische Aufklärungsarbeit in den Massen zu verstärken. Hierdurch sollten die in letzter Zeit im Zusammenhang mit der „ein wenig“ angespannten internationalen Lage aktiver gewordenen „antisowjetischen Elemente“ eingedämmt werden.<sup>45</sup> Unter der Chiffre der angespannten internationalen Lage waren natürlich vor allem die Ereignisse in Ungarn zu verstehen.

Der Brief verschweigt auch die „antisowjetischen Elemente“ nicht, von denen die Aktivitäten der litauischen und estnischen Studenten ausgegangen seien. Zur feindseligen Tätigkeit dieser „Elemente“ zählten die Erhebung bürgerlich-nationalistischer Forderungen, das Schüren von Feindschaft zwischen den Völkern, die Zustimmung für die ungarischen „Konterrevolutionäre“, die Aufrufe zur Abschaffung des Komsomol und zur Gründung von nationalen Organisationen an seiner Stelle sowie das Verteilen von antisowjetischen Flugblättern.<sup>46</sup>

Im Kontext dieses ZK-Briefes an die Parteiorganisationen vom 19. Dezember ist zu beachten, dass es sich dabei nicht nur um ein parteiinternes Dokument handelte. Es war tatsächlich eher eine Direktive, die eine neue Welle von Repressionen in der sowjetischen Gesellschaft auslöste; er war gleichsam eine Gebrauchsanweisung für die Justizorgane und den KGB. Bis zum Spätherbst 1956 hatte die Kreml-Führung eine verhältnismäßig milde Innenpolitik betrieben, die ihren Ausdruck auch darin fand, dass es eben keine einheitlichen Richtlinien für die Klassifi-

<sup>43</sup> Письмо ЦК КПСС „Об усилении политической работы партийных организаций в массах и пресечении вылазок антисоветских, враждебных элементов“ [Brief des ZK der KPdSU „Über die Verstärkung der politischen Arbeit der Parteiorganisationen in den Massen und die Verhinderung von Kundgebungen antisowjetischer feindlicher Elemente“], 19.12.1956, in: Доклад Н. С. Хрущева (wie Anm. 5), S. 393–401.

<sup>44</sup> Beschluss des Präsidiums des ZKs der KPdSU, 19.12.1956, in: Доклад Н. С. Хрущева (wie Anm. 5), S. 393.

<sup>45</sup> Письмо ЦК КПСС (wie Anm. 43), S. 393f.

<sup>46</sup> Ebenda, S. 398.

zierung von regimfeindlichen Kundgebungen und für den Umgang mit ihnen gab. Der Rundbrief vom 19. Dezember setzte dieser eher milden Periode der Schwankungen ein Ende – von nun an sollten die Schrauben wieder fester angezogen werden. Zweifellos waren die Ereignisse in Ungarn und Polen, die innerhalb der Sowjetunion einen unerwartet starken Widerhall gefunden hatten, dafür ausschlaggebend. In der Moskauer Zentrale registrierte man dies als klares Anzeichen für Gefahr und entschied sich dafür, die weitere Verbreitung dieses „Freidenkertums“ mit altbewährten repressiven Methoden zu verhindern. Freilich wollte man dabei nicht in die Stalinzeit zurückfallen.

Ende 1956 genehmigte die Partei somit die Anwendung begrenzter Repressivmaßnahmen. Der Brief listete einige recht harte Druckmittel auf, doch wurde gleich daran erinnert, dass nur die „wahren“ Schuldigen zur Verantwortung gezogen werden sollten und nicht zufällige Mitläufer. Tatsächlich benannte der Brief ziemlich konkret die Risikogruppen, denen besondere Aufmerksamkeit zuteil werden sollte. Hierzu zählten die Kulturschaffenden und die Studenten, d.h. genau die Gesellschaftsschichten, die auch während der Ereignisse in Ungarn eine wichtige Rolle gespielt hatten.<sup>47</sup> Auch innerhalb der Sowjetunion war die Resonanz auf die ungarischen Freiheitsbestrebungen gerade in diesen Gruppen besonders kräftig gewesen. Andererseits waren die Behörden daran interessiert, dass das regimfeindliche Denken der Studenten und Gebildeten sich nicht mit der Unzufriedenheit der Arbeiter vereinigte. Bemerkenswerterweise wurde auf dem ZK-Plenum im Dezember 1956 eine Herabsetzung der Arbeitsnormen vereinbart, um den wachsenden Unmut der Arbeiter zu besänftigen, was ihnen im Grunde eine Lohnerhöhung bescherte.<sup>48</sup>

Der Brief war aber, wie erwähnt auch als Richtlinie für den KGB zu lesen. Am 29. Dezember erließ der Sicherheitsdienst eine Anordnung, in der die lokalen Organe dazu verpflichtet wurden, ihre operative Arbeit zu verbessern, um die Organisatoren und Propagandisten der „bürgerlichen Nationalisten, Trockisten, Terroristen und anderer feindlicher Elemente“ zu erfassen und ihre weiteren Aktivitäten zu verhindern.<sup>49</sup> Generalmajor Kazimieras Liaudis, der Leiter des Litauischen KGB, erklärte später,

---

<sup>47</sup> Mehr zu den Veränderungen in der Repressionspolitik dieser Jahre bei Елена Паповьян, Александр Паповьян: Участие Верховного суда в выработке репрессивной политики. 1957–1958 гг. [Der Anteil des Obersten Sowjets an der Ausarbeitung der Repressionspolitik. 1957–1958], in: Корни травы. Сб. статей молодых историков [Graswurzeln. Artikelsammlung von jungen Historikern], Москва 1996, S. 54–72; Крамола: Инакомыслие в СССР при Хрущеве и Брежнев. 1953–1982 гг. Рассекреченные документы Верховного суда и Прокуратуры СССР [Aufruhr: Andersdenken in der UdSSR unter Chrusčev und Brežnev. 1953–1982. Freigegebene Dokumente des Obersten Gerichts und der Staatsanwaltschaft der UdSSR], Москва 2005, S. 36–46.

<sup>48</sup> Козлов, Неизвестный СССР (wie Anm. 4), S. 272.

<sup>49</sup> Петров, Первый председатель (wie Anm. 8), S. 171.



der ZK-Brief vom 19. Dezember habe eine „sehr wichtige Rolle“ dabei gespielt, die Arbeit der Sicherheitsorgane zu verbessern.<sup>50</sup> Dies darf als deutliches Anzeichen dafür gewertet werden, dass Serovs härtere Strategie in den Führungsgremien des Kreml durchaus begrüßt worden ist.<sup>51</sup> Serov hatte dabei dem Vorschlag des Innenministers Nikolaj Durov seine Unterstützung verweigert, den Gulag zu reorganisieren. Durovs Ansicht nach sollten die meisten Strafgefangenen ihre Strafe statt in den Arbeitslagern in Gefängnissen verbüßen. Außerdem hielt er es für angemessen, die Verurteilten ihre Strafe in der Region abbüßen zu lassen, in der sie verurteilt worden waren. Derartige „westliche“ Vorschläge waren für Serov allerdings unannehmbar, worin ihn besonders ein Mitglied der sowjetischen Führung bestärkte, das sich damals mit denselben Fragen beschäftigte: Leonid Brežnev. Aber auch Chruščev stimmte Serov zu. Durovs Gegner waren davon überzeugt, dass mit der Auflösung des Lagersystems auch eine so wirksame Umerziehungsmaßnahme wie die „gesellschaftlich nützliche Arbeit“ verloren gehen würde. Zudem fürchtete man um das Ansehen des sozialistischen Staates, denn wenn die Häftlinge in Gefängnissen untergebracht wären, zeige das nur, dass es in der UdSSR eine Unmenge von Haftanstalten gibt.<sup>52</sup>

In Allgemeinen hatte dieser Kurs eine Verschärfung der Repressionen zur Folge. Ausgerechnet dem „historischen“ Jahr 1956 folgte somit ein Jahr, in dem die meisten Menschen für „konterrevolutionäre“ Straftaten zur Verantwortung gezogen wurden – zumindest in Bezug auf Chruščevs Regierungszeit. Schon in den ersten Monaten des Jahres 1957 war ein deutlicher Zuwachs an repressiven Maßnahmen zu beobachten. Diese Entwicklung wird durch die offiziellen Daten der Sicherheitsorgane aus den 1950er Jahren bestätigt. Diesen Angaben zufolge wurden

---

<sup>50</sup> Siehe den Bericht des Leiters des Litauischen KGB Liaudis an den ersten Sekretär des ZK der Litauischen KP Sniečkus vom 29.4.1957. Publiziert in DAVID WOLF: *The KGB Reports from Lithuania*, in: *Acta Slavica Iaponica* 23 (2006), S. 219-240, hier S. 228 (siehe auch unter der URL: [http://src-h.slav.hokudai.ac.jp/publicn/acta/23/08\\_wolff.pdf](http://src-h.slav.hokudai.ac.jp/publicn/acta/23/08_wolff.pdf) [28.2.2007]).

<sup>51</sup> Serov, der 1954 mit Chruščevs Unterstützung an die Spitze des KGB gelangt war, unterstützte auch in der Außenpolitik einen kompromisslosen Kurs. Besonders gut kam dies während des ungarischen Aufstands zum Ausdruck. Als die dortigen Ereignisse am 1. November 1956 im Präsidium des ZK der KPdSU besprochen wurden, war Serov derjenige, der verlangte „entscheidende Maßnahmen“ zu treffen. Die von ihm vorgeschlagene Lösung war eindeutig: „Dieser Staat muss besetzt werden.“ Siehe Президиум ЦК КПСС. 1954–1964. Т. 1, Черновые протокольные записки заседаний. Стенограммы [Präsidium des ZK der KPdSU. 1954–1964. Bd. 1, Kladden der Protokollnotizen der Sitzungen. Stenogramme], Москва 2003, S. 194.

<sup>52</sup> Vgl. Serovs Memorandum an L.I. Brežnev, 10.5.1956, in: Реабилитация: как это было. т. II., Февраль 1956–начало 80-х. (Россия. XX век. Документы) [Rehabilitierung: wie es war. Bd. 2, Februar 1956 bis Anfang der 1980er. (Russland. 20. Jahrhundert. Dokumente)], Москва 2003, S. 87-89.

vom KGB wegen „konterrevolutionärer“ Vergehen in den Jahren 1954–1959 jeweils die folgende Anzahl von Personen verurteilt:

1954 – 2 142  
1955 – 1 069  
1956 – 623  
1957 – 2 498  
1958 – 1 545  
1959 – 992.<sup>53</sup>

### *Zusammenfassung*

Im Kontext der Ereignisse des Jahres 1956 sind somit folgende Momente hervorzuheben. Im Zusammenhang mit dem 20. Parteitag der KPdSU und der Geheimrede von Nikita Chrusčev über den Personenkult sollte man nicht vergessen, dass sich dahinter keine konkrete Strategie verbarg, mit deren Hilfe ein gerechtes Urteil über den Stalinismus gefällt werden sollte. Für den Initiator dieses Prozesses spielte die Sicherung der eigenen Machtposition eine entscheidende Rolle. Dass Chrusčevs Geheimrede, in der er den Personenkult entlarvte, sowohl innerhalb der Sowjetunion als auch international eine so starke Resonanz gefunden hat, dürfte die Kreml-Führung überrascht haben. Man hatte damit nicht gerechnet und fing sofort damit an, die verlorenen Positionen Schritt für Schritt zurückzuerobern und der Gesellschaft wieder einen Maulkorb anzulegen. Innenpolitisch führte dies dazu, dass die Partei begrenzte Repressivmaßnahmen sanktionierte, während sie außenpolitisch noch weiter ging: die Freiheitsbestrebungen der Ungarn wurden bekanntlich im November 1956 mit Hilfe sowjetischer Panzer erstickt.

Für das Baltikum war das Jahr 1956 vor allem deshalb bemerkenswert, weil das Zentrum die von Lavrentij Berija 1953 initiierte „neue Nationalitätenpolitik“ für die Randgebiete des Imperiums mit ihren Prinzipien überraschenderweise noch nicht ad acta gelegt hatte. Immer noch standen die Förderung der lokalen Sprachen sowie der bevorzugte Einsatz lokaler Kader auf den Führungspositionen der Republiken ganz oben auf der Tagungsordnung. Dies mag als Beleg dafür dienen, dass Chrusčev bereits 1953 einer der Unterstützer der „neuen Nationalitätenpolitik“ war, obwohl er später den Namen Berijas in diesem Kontext niemals erwähnt hat. Im Unterschied zu 1953 wurden aber drei Jahre später keine besonderen Maßnahmen zur Durchsetzung dieser Politik mehr getroffen. In einer längeren zeitlichen Perspektive ging diese politische Strategie mit den Säuberungen in der Führung der Lettischen SSR 1959 zu Ende. Im Kontext des Jahres 1956 kann man zudem definitiv sagen, dass der estnische Parteichef Ivan Kabin in seinem Schriftverkehr mit den Zentral-

---

<sup>53</sup> ПЕТРОВ, Первый председатель (wie Anm. 8), S. 172.

behörden am konservativsten handelte, während die lettischen und litauischen Parteiführer deutlich weniger Zurückhaltung an den Tag legten.

Die Ereignisse in Polen und Ungarn fanden auch in den drei baltischen Sowjetrepubliken, vor allem aber in Litauen und in Estland eine recht starke Resonanz. Die Reaktionen in Baltikum wurden im Kreml als ernsthafte Gefahr aufgefasst und es besteht kein Zweifel, dass die dortigen Vorfälle die Zentralbehörden dazu angeregt haben, wieder einen repressiveren innenpolitischen Kurs einzuschlagen. Insgesamt war 1956 für das Baltikum jedoch kein besonderes Umbruchsjahr. Allerdings war die gewaltsame Unterdrückung des ungarischen Aufstands auch für die Esten, Letten und Litauer ein Zeichen dafür, dass sie bis auf weiteres mit dem Sowjetregime würden vorlieb nehmen müssen.

---

SUMMARY

---

*The Baltic Question in the Kremlin in 1956*

With reference to the 20<sup>th</sup> Congress of the Communist Party of the Soviet Union, the year 1956 is one of the most important signposts in Soviet history after the war. In uncovering the personality cult of Stalin during a closed session of the Congress, Nikita Khrushchev did not seek first and foremost to present an honest evaluation of the Stalin era regime, but rather to secure his own position of power. However, it seems to have come as a surprise to the Kremlin authorities that this speech on Stalin's crimes met with such a great response in Soviet society as well as at the international level. This reaction had obviously not been taken into consideration and thus society was to be muzzled again, at least gradually. This led to an exertion of repressions sanctioned by the party during the latter part of the year in domestic affairs. In foreign politics the Kremlin went even further and in early November sent Soviet tanks to violently crush the Hungarians' pursuit of freedom.

1956 is also significant to the Baltic Soviet republics. Surprisingly enough, the principles of so called "new national politics" that had been in their initial stage in 1953 under Beria's short period of leadership still had not been disavowed. Thus, attention toward the local languages and promotion of national cadres to leading positions in the respective republics were still part of actual domestic policy. This seems to indicate that in 1953 Khrushchev himself had been one of the supporters of the "new national politics", although he never admitted it. Unlike in 1953, however, three years later there were no serious measures taken to implement these guidelines, although in a wider perspective only the purges in the Latvian party leadership during 1959 indicated the end of this more reser-

ved attitude of the centre to the national peripheries. A examination of the correspondence of the local party leaders with Moscow demonstrates that Estonian party leader Ivan Kābin was the most conservative in his attitudes, whereas his colleagues in Latvia and Lithuania, Kalnbērziņš and Sniečkus, had not only a lot more to say but displayed also a greater sense of openness concerning political affairs in their respective republics.

The events in Poland and Hungary elicited a wide response in the three Baltic Republics, especially in Lithuania and Estonia, mostly among students and the cultural elites. Moreover, these reactions in the Soviet Baltic societies were considered a serious threat in the Kremlin and led the party leadership to adopt a note "About nationalist and anti-Soviet phenomena in the Baltic republics". There is moreover no doubt that the Baltic reaction motivated the KPSU to exercise even more repressive methods. All in all, 1956 was definitely not a special revolutionary year for the Baltic. All the same, the suppression of the Hungarian uprising was a clear sign to the Estonians, Latvians, and Lithuanians that Soviet power would remain in force for the time being.

# MITTEILUNGEN

## Die Universität als Musikzentrum der Stadt Dorpat in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts: einige Einblicke in das Forschungsgebiet

---

VON GEIU ROHTLA

Bei der Beschäftigung mit der Entstehung des öffentlichen Musiklebens in Dorpat kommt man nicht umhin festzustellen, dass die Kaiserliche Universität seit ihrer Wiederbegründung 1802 eine entscheidende Rolle in der städtischen frühbürgerlichen Konzertkultur gespielt hat. Denn in diesem Bereich gab es zu Beginn des 19. Jahrhunderts nur in beschränktem Maße private oder gesellschaftliche Aktivität. Geselliger Zeitvertreib war im Wesentlichen mit den im Jahre 1791 gegründeten zwei bürgerlichen Clubs bzw. den „Mussen“ (vgl. dt. „Muße“) verbunden.<sup>1</sup> Heutzutage, wo die professionelle Konzertkultur im Wesentlichen auf Konzertorganisationen oder die größeren Spielstätten, aber auch auf der Initiative der Ensembles oder unabhängigen Kollektive beruht, verwundert die Rolle der Universität als Veranstaltungszentrum und Organisator des Konzertlebens zunächst. Die allgemein zu beobachtende Belebung des Musiklebens in Universitätsstädten im 18. und 19. Jahrhundert ergab sich aufgrund der verschiedenen bürgerlichen Aktivitäten im Bildungsbereich sowie der wachsenden kulturellen Interessen der Gelehrten. Demgegenüber hatten zuvor oft nur die Residenzstädte oder die reichen Handelszentren zu den bekannten Musikstädten gezählt.

---

<sup>1</sup> GEIU ROHTLA: Das Konzertleben in Tartu um die Wende des 18./19. Jahrhunderts, in: Deutsch-baltische musikalische Beziehungen: Geschichte; Gegenwart; Zukunft. Tagungsbericht Vilnius 18.–20. Oktober 2001, hrsg. von AUDRONĒ ŽIŪRAITYTĒ und KLAUS-PETER KOCH, Bonn 2003 (Schriften im Auftrag des Instituts für deutsche Musikkultur im östlichen Europa, I, 11), S. 223–230. Dazu siehe auch EVALD KAMPUS: Geselliges Leben, Zeitvertreib und Unterhaltung der Deutschen im 19. Jahrhundert in Dorpat, in: Festschrift für Vello Helk zum 75. Geburtstag. Beiträge zur Verwaltungs-, Kirchen- und Bildungsgeschichte des Ostseeraumes, hrsg. von ENN KÜNG und HELINA TAMMAN, Tartu 1998, S. 333–368.

In Dorpat fehlte in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts die direkte Notwendigkeit spezieller Musikvereine, die Konzerte veranstaltet oder gar einen eigenen Chor bzw. ein eigenes Orchester aufgestellt hätten. Die Entstehung eigenständiger musikalischer Gesellschaften und Sängervereine war teilweise sogar, anders als es bei ähnlich strukturierten Städten zur gleichen Zeit andernorts üblich war, blockiert. Dafür wurde, wie bereits gesagt, die Universität zum städtischen Musikzentrum. Dieser Befund bedarf allerdings einer genaueren Beschreibung, wobei primär die Frage interessiert, auf welche Weise die Universität das Musikleben beeinflusst hat. Dabei haben wir es mit mehreren verschiedenartigen Strukturen zu tun. Die Universität selbst wird hier einerseits verstanden als Institution und höhere Lehranstalt sowie andererseits als Gesellschaft mit den sie tragenden Personen. Musikhistorisch werden dabei im Allgemeinen die Bereiche der akademischen und der Unterhaltungsmusik unterschieden. Die hier zu Tage tretenden Substrukturen bilden wiederum Themen für sich: die Berufsgeschichte des universitären Musiklehrers, die Repertoirgeschichte der öffentlichen Konzerte in Dorpat, schließlich die Geschichte der Akademischen Musse und des häuslichen Musizierens.

Zu den Hauptproblemen der Musikgeschichte zählt die Verbindung der sozialgeschichtlichen Strukturen mit den kompositions- und ideengeschichtlichen Prozessen. Für diese Methode zeigt Carl Dahlhaus (1928–1989) einen praktischen Weg in seinem Buch „Die Musik des 19. Jahrhunderts“.<sup>2</sup> Seine Methode ermöglicht es, Bereiche der Musikgeschichte zu erforschen, die bisher kaum in das Blickfeld der Wissenschaftler geraten sind. Dazu gehört auch die Gebrauchs- und Unterhaltungsmusik, auf die sich der vorliegende kleine Beitrag konzentriert. Dahlhaus fasst diese unter dem Terminus „Trivialmusik“ zusammen. Lange Zeit in musikästhetischen Urteilen als „Nichtkunst“ bezeichnet, ist sie heute häufig Objekt interdisziplinärer Untersuchungen.

Darstellungen und Quellen über das musikalische Wirken der Universität Dorpat im 19. Jahrhundert finden wir im Estnischen Historischen Archiv (*Eesti Ajalooarhiiv*)<sup>3</sup> und in den Sammlungen der Universitätsbibliothek Tartu.<sup>4</sup> In den Privatsammlungen einiger Professoren aus der

<sup>2</sup> CARL DAHLHAUS: Die Musik des 19. Jahrhunderts, Laaber 1980 (Neues Handbuch der Musikwissenschaft, 6).

<sup>3</sup> Hier sind vor allem folgende zwei Bestände zu erwähnen: die Akten des Conseils und Direktoriums der Kaiserlichen Universität zu Dorpat, betreffend die Universität-Musiklehrer (Bestand 402) sowie die Akten der Akademischen Musse zu Dorpat (Bestand 2669).

<sup>4</sup> Hier findet sich im historischen Teil des Notenbestands die Musikaliensammlung des Dorpater Akademischen Gesangvereins. Das Verzeichnis dieser Sammlung kann auch im Internet über die Seite des Online-Katalogs der estnischen Bibliotheken abgerufen werden. Siehe die URL: [http://merihobu.utlib.ee/ftlist\\*eng](http://merihobu.utlib.ee/ftlist*eng) – hier ist das Verzeichnis „Akademischer Gesangverein'i noodid“ [Die Noten des Akademischen Gesangvereins] anzuklicken.

ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts spiegeln sich die häuslichen Mußestunden. Die wohl wichtigsten Quellen sind aufgrund ihres regelmäßigen Erscheinens und des vielfältigen Inhalts die lokalen Nachrichten in der „Dörptschen Zeitung“, die seit 1789 zweimal und ab 1835 dreimal die Woche erschien.

In der Universität als Institution ist die akademische Musik nicht nur Bestandteil diverser offizieller Veranstaltungen, sondern auch des Unterrichts sowie der aktiven Beteiligung der Studenten im Chor und Orchester. Die funktionale Musik bei den offiziellen akademischen Veranstaltungen stellt ein nahezu undokumentiertes Repertoire dar. Hierzu finden sich in den entsprechenden Quellen nur indirekte Hinweise auf die „passende Musik“ oder die „durch Hrn. Fricke ausgeführte Musik“; oft werden nur „Musik und Gesang“ erwähnt bzw. „Chorgesang“ oder „Choräle“; manchmal gibt es „Trauermusik von hiesigen Studierenden“ oder die Veranstaltung findet schlicht unter „Begleitung der Musik“ statt. Bei größeren Freudenfesten oder Feierlichkeiten von staatlicher Bedeutung verkünden die Quellen „Glockenläuten“, „Trompeten und Pauken“, „Trommeln und Trompeten- und Paukenschall“ oder den „Donner einiger Kanonen und Trompeten- und Paukenschall“. Alle diese Zitate stammen aus der „Dörptschen Zeitung“, die allerdings nur die bedeutendsten Ereignisse registrierte. Man kann aber in Analogie zum heutigen Gebrauch vermuten, dass Musik zu den bedeutendsten Feiern einfach dazugehörte und meist eine feierliche Funktion erfüllte. Die Musikbegleitung und der Chorgesang wurden unter der Leitung von Berufsmusikern aufgeführt. Für einige Instrumente musste die Universität auf die Hilfe von städtischen Dorpater Musikern zurückgreifen, wie z.B. im Falle der „Trompeten“ und „Pauken“.<sup>5</sup>

Seit ihrer Wiedereröffnung im Jahre 1802 war an der Kaiserlichen Universität Dorpat der Musiker Heinrich Wilhelm Fricke leitend im Bereich der Musik tätig. Das Amt des Universitätsmusiklehrers wurde jedoch erst im Jahre 1807 eingerichtet, „theils der geringen Besoldung, theils aber u[nd] hauptsächlich der gegenwärtig hier noch geringen Zahl von Lernenden wegen“.<sup>6</sup> Die Musik gehörte zur Fakultät der Künste und stand auf einer Stufe mit Zeichnen, Reiten, Tanzen und Schwimmen. Die Kandidaten für den Posten des akademischen Musiklehrers mussten eine eigene Komposition bei der Kommission einreichen: „eine Probe von eigener musikalischen Komposition, und zwar einen Fugenmäßig bearbei-

<sup>5</sup> Dazu siehe auch ELMAR ARRO: Die Dorpater Stadt-Musici 1587–1809, in: Sitzungsberichte der Gelehrten Estnischen Gesellschaft 1931, Tartu 1932, S. 91–157.

<sup>6</sup> (Acta des Conseils und Direktoriums der Kaiserlichen Universität zu Dorpat, betreffend Heinrich Wilhelm Fricke 1803–1852. Protokoll des Universitäts-Conseils vom 4.9.1807), in: Eesti Ajalooarhiiv (künftig: EAA, Estnisches Historisches Archiv), Bestand 402, Findbuch 3, Akte 1786, Bl. 16. 1807 hatte die Universität Dorpat ca. 100 Studenten und die Stadt ca. 5000 Einwohner. 1844 gab es schon 500 Studenten und 12400 Einwohner.

teten Choral“.<sup>7</sup> Ein Mitglied der Kommission jedoch, der Theologieprofessor Friedrich Wilhelm Hezel (1754–1842), zweifelte stark an dieser Meßlatte, denn er hielt diese Probe für „sehr unsicher“ und lieferte die Begründung gleich nach: „Wer steht uns dafür, daß die Proben, welche werden eingereicht werden, nicht abgeschrieben, oder von Andren (gegen Erkenntlichkeit) gemachte Arbeiten sind?“ Unter den konkurrierenden Kandidaten vertraute man zu Beginn des 19. Jahrhunderts auf die lokal aktiven Musiker. Professor Hezel nennt die nötigen Voraussetzungen zu diesem Amt: „Wird der Fremde hier subsistiren können? Werden nicht die hier Zurückgesetzten –, die im Besitze so mancher Vortheile sind, alles dazu beytragen, ihm seinen Aufenthalt hier zu verbittern? und werden wir am Ende Dank verdienen? Wird der Fremde, der uns von seinen theoretischen Kenntnissen in der Musik überzeugt, auch so vielerley Instrumente spielen, als viele wünschen werden?“ Hezel schloss: „Meiner jetzigen Ueberzeugung nach, kann, da wir einmal auf große Meister Verzicht thun müssen, bey Besetzung der akademischen Musiklehrerstelle, blos von den *biesigen* Musiklehrern die Rede seyn.“<sup>8</sup>

Zur den Hauptpflichten eines Musiklehrers zählte 1807, zumindest wenn man den Vorschriften des Conseils Glauben schenkt, „bei jeder akademischen Feierlichkeit vor und nach der Rede, eine Symphonie zu geben“ und „am Geburtstage des Monarchen und bei Gelegenheit des Rectoratswechsels die akademische Feierlichkeit mit Musik“ zu begleiten.<sup>9</sup>

Während der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts war die Stelle des Universitätsmusiklehrers von drei Musikern besetzt. Zunächst lehrte von 1807 bis 1815 Heinrich Wilhelm Fricke (1763–1839). Nach seiner Übersiedlung nach St. Petersburg wurde das Amt bis 1839 von Nicolai Thomson (1777–1839), dem Organisten der Dorpater St. Johanniskirche, besetzt. Anschließend wirkte Friedrich Brenner (1815–1898) lange Jahre als Universitätsmusiklehrer (1839–1878). Noch um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert erinnerte man sich an ihn als den „Geist des Musiklebens im alten Dorpat“ und Gründer des Akademischen Gesangvereins (1857). Unter Frickes, Thomsons und Brenners Leitung wurden z.B. mehrere Aufführungen eigener Karfreitagskonzerte durchgeführt. Am Dirigentenpult standen aber auch Professoren der Universität: der Theologe Christian Friedrich Segelbach (1763–1842) und der Philosoph Gottlob Benjamin Jäsche (1762–1839). Ein begabter Pianist war auch der Medizinprofessor Johann Christian Moier (1786–1858).

<sup>7</sup> Protokoll des Universitäts-Conseils vom 21.2.1807, in: EAA, 402-3-1786, Bl. 10. Unter den erwähnten musikalischen Proben stammt, der Notenhandschrift nach zu urteilen, die früheste von Frickes Nachfolger, dem Musiklehrer Nicolai Thomson: „Eine Theme pour Forte Piano“; in polyphonischer Schreibweise „Fugetta a 3 voce per Violon et Violoncello“ (1815). Siehe EAA, 402-3-1687, Bl. 3-4.

<sup>8</sup> EAA, 402-3-1786, Bl. 10 (wie Anm. 7).

<sup>9</sup> Protokoll des Universitäts-Conseils vom 12.9.1807, in: ebenda, Bl. 17.



Die Partituren, Klavierauszüge und Stimmen der aufgeführten Werke sind heute in der historischen Musikaliensammlung des Akademischen Gesangvereins in der Universitätsbibliothek Dorpat einzusehen, so finden sich hier u.a. die Passions-Kantate „Der Tod Jesu“ von Carl Heinrich Graun, deren Uraufführung in Dorpat 1803 bekannt ist, ein „Stabat mater“ von Pergolesi (in Dorpat 1807), „Requiem“ von Mozart (1821), „Messias“ von Händel (1826), „Die Sieben letzten Worte unseres Erlösers am Kreuze“ von Haydn (1834) oder „Paulus“ von Mendelssohn (1838).

Den Quellen zufolge hat das erste Konzert in der Aula – der „akademische Hörsaal“ – 1813 stattgefunden, als der junge Violinist und Pianist Carl Mühlenfeld aus Braunschweig mit Unterstützung der Dorpater Musikliebhaber auftrat; das Hauptgebäude der Universität war 1809 mit der Aula fertig gestellt worden. Später entwickelte sich die Aula rasch zum Mittelpunkt des öffentlichen Musiklebens, die bis heute in ihrem schönen klassizistischen Saal über eine prachtvolle Akustik verfügt. 1842 trat hier während seiner Konzertreise nach St. Petersburg Franz Liszt auf, 1844 Clara Schumann. Diese Art von Gastspielen bedurfte damals der persönlichen oder amtlichen Verbindungen der Professoren, da ein reisender Musiker für Konzerte in einer anderen Stadt meist ein Empfehlungsschreiben benötigte.

Die Musik in den universitären Kreisen der Gesellschaft war eng mit der Tätigkeit der 1814 gegründeten Akademische Musse verbunden. Neben anderen Vergnügungen veranstaltete die Gesellschaft eigene Musik- und Tanzabende, aber es fanden im Saal der Akademischen Musse auch viele öffentliche Konzerte statt. Zum Konzertdirektor der Musse wurde oft einer der Universitätsmusiklehrer gewählt (Fricke, Thomson). Zu ihren Mitgliedern zählten zum großen Teil Professoren, Studenten und Universitätsbeamte. Vermutlich war das Musizieren in den Professorenfamilien stark verbreitet, wovon z.B. die Erinnerungen und die Privatsammlungen von Karl Morgenstern (1770–1852, Professor der Ästhetik, Rhetorik, Kunstgeschichte etc.)<sup>10</sup> und Friedemann Goebel (1794–1851, Chemieprofessor)<sup>11</sup> in der Universitätsbibliothek zeugen.

Die Kaiserliche Universität Dorpat und die an ihr wirkenden Personen spielten eine bedeutende Rolle bei der Entwicklung des öffentlichen Musiklebens der Stadt. Die musikalischen Bedürfnisse der akademischen Feierlichkeiten zu befriedigen, war Aufgabe des Universitätsmusiklehrers. Musik war als Gebrauchsmusik Teil des Kanons der Fächer der Künste; die Kandidaten für den Posten des Musiklehrers mussten eine eigene Komposition bei einer Kommission einreichen. Der Wirkungskreis des Musiklehrers reichte von der akademischen Lehre bis zum

<sup>10</sup> Privatsammlung von KARL MORGENSTERN in der Universitätsbibliothek Tartu, Bestand 3.

<sup>11</sup> Privatsammlung von FRIEDEMANN GOEBEL in der Universitätsbibliothek Tartu, Bestand 24.

Dirigieren der öffentlichen städtischen Konzerte. Neben den musikalischen Qualitäten galten die Bekanntschaft mit den lokalen Gegebenheiten als beste Empfehlungen.

Die Räume der Universität – die Aula und der Saal der Akademischen Musse –, beherbergten die öffentlichen, von der Hochschule oder der Stadt organisierten Konzerte. Die Studenten, Professoren und Universitätsbeamten musizierten selbst und stellten einen wichtigen Teil des Konzertpublikums. Die Musik hat ihren Anteil am Alltag der Universität gehabt, doch finden sich in den Quellen wenige Hinweise darauf, welche Musik bei den feierlichen Anlässen zum Vortrag kam. Dank der „Dörptschen Zeitung“ und der Archivalien des Akademischen Gesangsvereins in der Universitätsbibliothek wissen wir zumindest etwas über das Repertoire der Karfreitagskonzerte.

# Zu den Institutionen der historischen Forschung in Lettland

---

VON GUIDO STRAUBE

Wäre der mittelalterliche Chronist Heinrich von Lettland der erste Historiker im heutigen Sinne gewesen, dann könnte man auch die gegen Ende des 18. und Anfang des 19. Jahrhunderts von den Deutschbalten in Riga und Mitau gegründeten Vereine zur Erforschung des Altertums und der Geschichte als die ersten organisierten Interessen- und Forschungsgemeinschaften betrachten. Diese maßen unter anderem der historischen Forschung und der Verbreitung der gewonnenen Erkenntnisse eine besondere Aufmerksamkeit zu. Nach der Gründung des lettischen Staats 1918 wurde das 1936 von Kārlis Ulmanis gegründete Institut für Geschichte zum wichtigsten Zentrum der professionellen Beschäftigung mit der Vergangenheit. Zweifellos wurden hier viele wichtige Initiativen ins Leben gerufen, doch darf dabei nicht übersehen werden, dass der Staatsführer als Institutsgründer einen ganz bestimmten Auftrag erfüllt sehen wollte: Die herausragende Rolle der Letten in der Geschichte des Landes war nicht nur festzuhalten, sondern auch in der Gesellschaft zu etablieren.

Mit der Annexion Lettlands durch die UdSSR wurde nach dem Zweiten Weltkrieg die Wissenschaft wie auch alle anderen Bereiche des Lebens einer staatlichen Zentralisierung unterzogen und die einzelnen Forschungsinstitutionen in die Akademie der Wissenschaften eingegliedert. So ist das Akademieinstitut für Geschichte bis zur Auflösung der Sowjetunion die führende Institution der historischen Forschung in Lettland gewesen. In diesem Institut wurden alle Fragen der „lettischen“ Geschichte vom Altertum bis zur Gegenwart untersucht.

Daneben existierte mit dem Institut für die Geschichte der Kommunistischen Partei der Lettischen SSR noch eine weitere geschichtswissenschaftliche Einrichtung. Ihrer Kompetenz oblagen, wie der Name schon sagt, alle Fragen zur Geschichte der KP Lettlands. Aufgrund des privilegierten Status dieses Instituts genossen dessen Mitarbeiter wie die Funktionäre der Partei eine ganze Reihe von Vergünstigungen wie z.B. die Stellung einer Wohnung, die bevorzugte Versorgung mit Lebensmitteln und vieles Andere. Die Wissenschaftler beider Institute konnten sich uneingeschränkt ihren Untersuchungen widmen – der Archiv- und Bibliotheksarbeit sowie der Abfassung von Publikationen oder Vorträgen für wissenschaftliche Konferenzen. In einer weniger vorteilhaften Lage befanden sich dagegen Historiker, die ihre wissenschaftliche Karriere mit einer pädagogischen Tätigkeit zu verbinden suchten. Denn die Universitäten erwar-

teten aktive Forschungsleistungen, die sie durchaus auch zu fördern wussten, ohne dass dabei jedoch die relativ hohen Lehrdeputate berücksichtigt wurden. Über die größten wissenschaftlichen Kapazitäten im Fachgebiet Geschichte verfügte die Lettische Universität (damals: Staatliche Lettische Universität) mit der Fakultät für Philosophie und Geschichte. Die anderen Hochschulen und Universitäten blieben diebezüglich deutlich zurück und waren nur in Ausnahmefällen in der Lage, überhaupt historische Untersuchungen eigenständig zu in die Wege zu leiten. Dass die Mehrzahl der historischen Studien ausschließlich die Geschichte Lettlands betraf, sei als Selbstverständlichkeit hier nur am Rande erwähnt.

Die Wiederherstellung der lettischen Unabhängigkeit im August 1991 brachte auch eine Wende im Wissenschaftssystem mit sich. Man nahm eine umfassende Dezentralisierung der wissenschaftlichen Institutionen in Angriff, welche für die einzelnen Institute und Organisationen mit bedeutenden Veränderungen einherging. Rasch nahm die Geschichtsforschung demokratische Züge an, wobei in kürzester Zeit neue Institutionen gegründet wurden, die seither seriöse Quellenpublikationen, Sammelbände, Zeitschriften, Jahrbücher und Monographien herausgeben.<sup>1</sup>

Zum Zeitpunkt der Abfassung dieses kurzen Überblicks Ende 2006 kann folgendes festgehalten werden: Der Fakultät für Philosophie und Geschichte an der Lettischen Universität ist es wohl am besten gelungen, sich vom sowjetischen Dogmatismus zu lösen, um produktiv mit der Forschung fortzufahren. Die Lehrkräfte der Fakultät positionieren sich erfolgreich in der Forschungslandschaft der lettischen Geschichte vom Altertum bis zur Gegenwart. Des Weiteren wird neben vielfältigen archäologischen Ausgrabungen unter Einbindung von Studenten auch die theoretische Archäologie vorangetrieben. Gleichzeitig beschäftigt man sich mit den der Geschichte verwandten Fachgebieten wie der Heraldik und der Genealogie. Ein zunehmendes Interesse ist auf dem Gebiet der mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Geschichte zu beobachten. Traditionsgemäß beschäftigt sich aber eine große Anzahl der Kollegen vorwiegend mit der Neuzeit,<sup>2</sup> wobei die meisten von ihnen zugleich an der von

---

<sup>1</sup> Einen Überblick bieten: ILGVARS MISĀNS: Geschichtswissenschaft in Lettland nach 1990. Zwischen Tradition und Neuorientierung, in: *Klio ohne Fesseln? Historiographie im östlichen Europa nach dem Zusammenbruch des Kommunismus*, hrsg. von ALOJZ IVANIŠEVIĆ, ANDREAS KAPPELER, WALTER LUKAN und ARNOLD SUPPAN, Wien u.a. 2002 (Österreichische Osthefte 44 [2002], H. 1-2), S. 179-194, sowie den Kommentar ULRIKE VON HIRSCHHAUSEN: Die Nationalisierung der Geschichte und ihre Grenzen. Vier Thesen zur postkommunistischen Historiographie Lettlands 1991–2001, in: ebenda, S. 195-200; ANUSCHKA TISCHER: Die akademische Geschichtswissenschaft in Lettland. Ein Erfahrungsbericht, in: *Geistes- und sozialwissenschaftliche Hochschullehre in Osteuropa II. Deutsche und österreichische Impressionen zur Germanistik und Geschichtswissenschaft nach 1999*, hrsg. von THOMAS KEITH, ANDREAS UMLAND, Frankfurt/Main u.a. 2006, S. 125-135. (Anm. der Redaktion.)

<sup>2</sup> DAINA BLEIERE, ILGVARS BUTULIS, ANTONIJS ZUNDA, INESIS FELDMANIS, AIVARS STRANGA: *Latvijas vēsture. 20. gadsimts* [Geschichte Lettlands. 20. Jahr-

der Staatspräsidentin Vaira Vīķe-Freiberga geleiteten Historikerkommission beteiligt sind.<sup>3</sup>

Nachdem das Institut für Geschichte im Zuge der Dezentralisierung den Status eines Akademieinstituts eingebüßt hatte, ist es nun zu einem wissenschaftlichen Organ der Lettischen Universität geworden und trägt den offiziellen Titel „Institut für Geschichte der Lettischen Universität“. Die häufigen Statusänderungen haben sich aber wohl nicht gerade förderlich auf seine wissenschaftliche Leistung ausgewirkt, wofür neben den schmalen Gehältern, die mit der Konkurrenz nicht mithalten können, auch die mangelhafte Institutsführung als konkrete Gründe angeführt seien. Trotzdem sollte man angesichts der langjährigen Tradition des Instituts und der Zusammensetzung des Forscherstabs die Hoffnung auf Beilegung der Krise nicht aufgeben. Eine der bedeutendsten Leistungen der letzten Jahre stellt die in zwei Bänden erschienene „20. gadsimta Latvijas vēsture“ (Geschichte Lettlands im 20. Jahrhundert) dar.<sup>4</sup> Daneben kann als weiteres Zeugnis für die produktive Tätigkeit des Instituts auf die Herausgabe des sehr umfangreichen Werks von Johann Christoph Brotze „Zīmējumi un apraksti“ (Zeichnungen und Beschreibungen)<sup>5</sup> verwiesen werden, dessen vierter Band allerdings aufgrund verschiedener Probleme schon seit Längerem auf sich warten lässt.

Immer mehr machen die regionalen Hochschulen und Universitäten Lettlands auf sich aufmerksam, unter denen im Bereich der Geschichte die Universität Daugavpils besonders hervortritt. Indem sie sich auf die regionale Geschichte spezialisiert, hat sie einen Weg gefunden, nicht nur ein beachtenswertes Forschungszentrum auf nationaler und internationaler Ebene auf die Beine zu stellen, sondern auch zu einem attraktiven regionalen Standort zu werden.

Im Bereich der Forschung treten mittlerweile auch die Museen und Archive hervor, was als absolutes Novum für Lettland zu gelten hat. Ihre Arbeit zeichnet sich durch eine systematische Entwicklung aus. So werden in den großen Museen Rigas – wie z.B. im Lettischen Museum für Geschichte, im Museum für Schifffahrt und Geschichte Rigas, im Lettischen Kriegsmuseum und im Okkupationsmuseum – umfassende Projekte erfolgreich durchgeführt, von denen die Forschung profitiert. Allerdings sind außerhalb Rigas nur die Museen der finanzstärkeren Städte oder Kreise in der Lage, größere Forschungsprojekte zu initiieren, wie

---

hundert], Riga 2005. Dieses Buch ist auch ins Russische, Englische und Französische übersetzt worden. Siehe die Rezension in diesem Band.

<sup>3</sup> Latvijas vēsturnieku komisijas raksti [Schriften des Ausschusses der Historiker Lettlands], 17 Bde., Riga 2000–2006.

<sup>4</sup> 20. gadsimta Latvijas vēsture [Geschichte Lettlands im 20. Jahrhundert], hrsg. von VALDIS BĒRZIŅŠ, Bd. 1, Riga 2000, Bd. 2, Riga 2003.

<sup>5</sup> JOHANS KRISTOFS BROCE: Zīmējumi un apraksti [Zeichnungen und Beschreibungen], Bd. 1, hrsg. von TEODORS ZEIDS, Riga 1992; Bd. 2, hrsg. v. DEMS., Riga 1996; Bd. 3, hrsg. von DEMS., RUTA BRAMBE, GVIDO STRAUPE, Riga 2002.

z.B. das Museum in Ventspils. Aber auch in den städtischen Museen von Cēsis, Jelgava, Tukums und Valmiera konnten in den letzten Jahren einige interessante Projekte vorgestellt werden, wie z.B. die Jahrbücher der Kriegsmuseen oder die „Acta historica Vindaviensia“.<sup>6</sup>

Auch die Archive, deren Hauptaufgabe es ja eigentlich ist, die historische Dokumentation professionell sorgfältig zu verwahren und ihre öffentliche Zugänglichkeit zu gewährleisten, sind an einer ganzen Reihe von Forschungsprojekten beteiligt. Mehrere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Archive haben bereits Doktorarbeiten vorgelegt und erfolgreich ihr Promotionsvorhaben abgeschlossen. Wie bei den Museen haben vor allem die in Riga beheimateten Archive die besten Leistungen aufzuweisen, wie z.B. das Lettische Staatsarchiv für Geschichte, das Lettische Staatsarchiv wie auch das Lettische Archiv für Kino, Ton und Fotografie. Aber auch die regionalen Archive in Jēkabpils, Ventspils und Valmiera sind in der Forschung tätig. Die Generaldirektion der lettischen Staatsarchive, die übergeordnete Verwaltungsstruktur des lettischen Archivwesens, gibt vierteljährlich die Zeitschrift „Latvijas arhīvi“ (Archive Lettlands) heraus, in der regelmäßig sowohl Artikel zu spezifischen Themen des Archivwesens als auch solche Beiträge publiziert werden, in denen Ergebnisse der in den Archiven durchgeführten Forschungsprojekte vorgestellt werden. Besonders wertvoll sind die als Beilage zu dieser Zeitschrift erscheinenden „Vēstures avoti“ (Quellen zur Geschichte). Im Rahmen dieser Reihe sind bereits einige bedeutende Quellentexte wie z.B. die Briefe der Herzogin Dorothea von Kurland,<sup>7</sup> die Protokolle des Windauer Rates und der Kaufmannsgilde aus dem 18. Jahrhundert,<sup>8</sup> die Zeichnungen von Johann Andreas Oesen<sup>9</sup> sowie Protokolle zur Prostitution<sup>10</sup> veröffentlicht worden. Das Archiv für Kino, Ton und Fotografie bereitet zurzeit eine Kinochronik über den Zweiten Weltkrieg und die Stalinzeit vor.<sup>11</sup>

Der Zusammenbruch des totalitären sowjetischen Regimes hat somit wesentlich zur strukturellen Demokratisierung der Geschichtswissenschaft beigetragen. Es hat sich dabei zudem ein breiter Kreis von Interes-

<sup>6</sup> Ventspils muzeja raksti [Schriften des Ventspilsers Museums], 5 Bde., Riga 2001–2006.

<sup>7</sup> Kurzremes hercogienes Dorotejas vēstules / Briefe der Herzogin Dorothea von Kurland, hrsg. von VALDA KVASKOVA, Riga 1999 (Vēstures avoti, 1).

<sup>8</sup> Ventspils rātes un tirgotāju gildes 18. gadsimta protokoli / Protokolle des Windauer Rates und der Kaufmannsgilde im 18. Jahrhundert, hrsg. von VALDA KVASKOVA, Riga 2003 (Vēstures avoti, 2). Siehe die Rezension in diesem Band.

<sup>9</sup> JOHANS ANDREASS ĒZENS: Rīga 18. gadsimtā. Zīmējumi / JOHANN ANDREAS OESEN: Riga im 18. Jahrhundert. Zeichnungen, Riga 2003 (Vēstures avoti, 3).

<sup>10</sup> VĪTA ZELČE, VĪNETA SPRUGAINE: Marginālās jeb 1376. fonds [Die Marginalien oder der Bestand Nr. 1376], Riga 2005 (Vēstures avoti, 4). Siehe die Rezension in diesem Band.

<sup>11</sup> Saglabāt sudrabā. Latvija Otrā pasaules kara laikā [Im Silber erhalten. Lettland während des Zweiten Weltkriegs], Riga 1999; Saglabāt sudrabā. Latvija staļinisma varā [Im Silber erhalten. Lettland unter der Herrschaft Stalins], Riga 2004.

sierten herausgebildet, dem sich der Zugang zur historischen Forschung geöffnet hat. Gleichzeitig kann in den letzten Jahren sowohl ein quantitativer Zuwachs als auch eine bemerkenswerte Vielfalt der Forschungsgebiete beobachtet werden, wodurch für eine gesunde Konkurrenz unter den Historikerinnen und Historikern gesorgt ist.

# Im Fachbereich Geschichte verteidigte Promotions- und Habilitationen in Lettland 1991–2006

---

---

INESIS FELDMANIS

Nach der Wiedererlangung der Unabhängigkeit änderte sich in Lettland die Regelung, nach der akademische und wissenschaftliche Grade erworben werden können. In der Sowjetzeit dauerte das Studium fünf Jahre und wurde mit der Anfertigung einer Diplomarbeit abgeschlossen, ohne dass ein akademischer Grad (Magister Artium oder Bakalaureus) verliehen worden wäre. Nach dem Studium war eine dreijährige Aspiratur zu absolvieren, deren Hauptziel die Abfassung einer Dissertation war, mit der man im Bereich der historischen Wissenschaften den Grad „Kandidat der Geschichtswissenschaften“ erlangen konnte. Der höchste wissenschaftliche Grad, den man in der Sowjetunion erreichen konnte, war der „Doktor der Geschichtswissenschaften“. Ihn erhielt man nach der erfolgreichen Verteidigung einer weiteren Dissertation, deren Abfassung in der Regel etwa zehn Jahre in Anspruch nahm. Daher waren Fälle, in denen jemand, der jünger als 50 Jahre alt war, den Grad „Doktor der Wissenschaften“ erlangt hat, eher selten.

In Lettland wurden die akademischen Grade „Magister Artium“ und „Bakalaureus“ wie auch die neuen wissenschaftlichen Titel „Doktor“ und „habilitierter Doktor“ 1992 eingeführt. Nach kontroversen Diskussionen wurde beschlossen, dass alle, die in der Sowjetzeit einen wissenschaftlichen Grad erlangt hatten, ein Recht auf dessen Anerkennung hätten. Diese Anerkennung wurde in jedem einzelnen Fall von einem je nach der entsprechenden Qualifikation zusammengesetzten wissenschaftlichen Ausschuss ausgesprochen.

Für die Anerkennung der alten wissenschaftlichen Grade im Fachbereich Geschichte wurden 1992 je ein Habilitations- und ein Promotionsausschuss an der Fakultät für Geschichte und Philosophie der Lettischen Universität in Riga und am Institut für lettische Geschichte gebildet. Die Ausschüsse des Instituts bewerteten die in der Sowjetzeit verfassten Arbeiten zur lettischen Geschichte sowie zur Archäologie und Ethnographie, während die Ausschüsse der Fakultät für Geschichte und Philosophie die zur Prüfung eingereichten Arbeiten zu Themen der allgemeinen Geschichte, der Historiographie sowie anderer der Geschichte verwandten Themen bewerteten. In anderthalb Jahren wurden ca. 100



Arbeiten anerkannt. Eine Anerkennung wurde verweigert, wenn die wissenschaftliche Analyse des zu behandelnden Themas als mangelhaft und nicht hinreichend begründet bewertet wurde. Die Anzahl der Arbeiten, die auf diese Weise abgelehnt wurden, war relativ niedrig.

Neben den Anträgen auf Anerkennung nahmen die Ausschüsse auch neue wissenschaftliche Untersuchungen entgegen, deren Autoren je nach Bedeutung der Arbeit entweder den Dokortitel für Geschichte (Dr. hist.) oder den Titel eines habilitierten Doktors (Dr. habil. hist.) erlangen konnten. Promotionsarbeiten konnten Monographien, Publikationsreihen oder eine Dissertation sein, während als Habilitationsarbeit eine zusammenfassende Monographie, eine Reihe wissenschaftlicher Werke, in einzelnen Fällen aber auch eine nicht publizierte Dissertation fungieren konnten.

1995 entschied der Lettische Wissenschaftsausschuss, nicht mehr je zwei Habilitations- und Promotionsausschüsse zu benötigen. Nach langen und kontroversen Diskussionen wurde aus den bisherigen Ausschüssen ein Ausschuss für Geschichte gebildet, der aus 13 Mitgliedern bestand und am 9. Mai vom Lettischen Wissenschaftsausschuss bestätigt wurde. Zum Ausschussvorsitzenden wurde Professor Indulis Ronis gewählt, der 1996 von Professor Inesis Feldmanis abgelöst wurde. Als erste Arbeit wurde vor dem neu gegründeten Ausschuss die Promotion von Kaspars Kļaviņš zum Thema „Die Ideologie und Mentalität des deutschen Ordens im Kontext der geschichtlichen Ereignisse in Livland im 13. und 14. Jahrhundert“ verteidigt.

Weitere Veränderungen für das wissenschaftliche Leben brachte das Jahr 1999, als das Ministerkabinett unter der Leitung von Vilis Kristopāns am 6. April neue Bestimmungen über das Promotionsverfahren verabschiedete, die die Abschaffung der Habilitation vorsahen und somit als erster Schritt auf dem Weg zu einem einstufigen System der wissenschaftlichen Grade gesehen werden können. Dementsprechend wurden die Habilitations- und Promotionsausschüsse zu Promotionsausschüssen umgebildet (den Promotionsausschuss für Geschichte leitet seit Mai 2006 Professor Andrejs Vasks). Viele lettische Wissenschaftler waren erstaunt oder gar schockiert über diese unbedachte Entscheidung, die wohl aufgrund des von der Bürokratie ausgehenden Drucks zustande gekommen war. Ihrer Meinung nach wirke sich dieser Schritt sowohl auf die wissenschaftliche Qualität als auch die wissenschaftliche Aktivität des Nachwuchses negativ aus. Im Laufe der Zeit hat sich gezeigt, dass diese Befürchtungen zum großen Teil zutreffend waren. Eine Vielzahl junger Wissenschaftler fühlt sich nach der Erlangung der Doktorwürde, als ob sie alles erreicht hätten, woraufhin ihre wissenschaftliche Aktivität nachlässt. Dies hindert sie aber keineswegs daran, ihren erreichten Status beizubehalten und sich um eine Stelle als Assoziierter Professor oder gar um eine Professorenstelle an der Universität zu bewerben.

Nach der Wiedererlangung der Unabhängigkeit sind in den Promotions- und Habilitationsausschüssen für Geschichte (seit dem Sommer 1994 – Promotionsausschuss) 12 Habilitationen und 47 Promotionen verteidigt worden. Überwiegend behandeln sie Themen aus dem Bereich der lettischen Geschichte. Fünf Arbeiten, die in Form eines Dissertationsmanuskripts verteidigt wurden, sind anschließend auch publiziert worden.

In den letzten zwei Jahren ist in Lettland keine einzige Promotion in Geschichte verteidigt worden, was aber nicht unbedingt als besonders Besorgnis erregend betrachtet werden sollte. Denn zurzeit sind 20 Doktoranden in einem dreijährigen Promotionsstudiengang unter der Leitung des Verfassers dieser Zeilen immatrikuliert, so dass in zwei bis drei Jahren mit einer erfreulichen Zahl abgeschlossener Doktorarbeiten zu rechnen ist.

## ANHANG:

---

### DIE VERTEIDIGTEN HABILITATIONS- UND PROMOTIONSARBEITEN

#### *I. Habilitationen*

1993

Tālvāldis Vilciņš: Vēstures – socioloģiskie pētījumi (1963–1993) par Latvijas jaunatni un zinātni. Habilitācijas darba kopsavilkums [Sozialgeschichtliche Forschungen über die Jugend Lettlands und die Wissenschaft (1963–1993). Zusammenfassung der Habilitationsarbeit], Rīga 1993.

Aina Alsupe: Latvijas amatniecības vēsture un tautas māksla. Habilitācijas darba kopsavilkums [Lettische Handwerksgeschichte und die Volkskunst. Zusammenfassung der Habilitationsarbeit], Rīga 1993.

Vilnis Pāvulāns: Vēstures un tās palīgdisciplīnu pētījumi (1966–1983) Latvijas un Baltijas reģiona vēsturē. Habilitācijas darba kopsavilkums [Historische und hilfswissenschaftliche Forschungen (1966–1983) zur Geschichte Lettlands und des Baltikums. Zusammenfassung der Habilitationsarbeit], Rīga 1993.

Anna Zariņa: Latvijas teritorijas iedzīvotāju apģērbs (7.–13. gadsimts). Habilitācijas darba kopsavilkums [Die Kleidung der Einwohner Lettlands im 7.–13. Jahrhundert. Zusammenfassung der Habilitationsarbeit], Rīga 1993.

Andris Caune: Rīgas arheoloģija un senākā vēsture. Habilitācijas darba kopsavilkums [Archäologie Rigas und die ältere Geschichte. Zusammenfassung der Habilitationsarbeit], Rīga 1993.

1994

Aivars Stranga: Latvijas Republikas ārpolitika un kaimiņvalstis 20. gs. 20.–30. gados. Habilitācijas darba kopsavilkums [Die Außenpolitik der Republik Lettland und seine Nachbarstaaten in den 1920er bis 1930er Jahren. Zusammenfassung der Habilitationsarbeit], Rīga 1994.

Inesis Feldmanis: Latvijas ārpolitiskā stratēģija Eiropas starptautiskajā situācijā (20. gs. 30. gadi). Habilitācijai izvirzīto darbu kopsavilkums [Die Strategie der lettischen Außenpolitik in der internationalen Situation Europas (1930er Jahre). Zusammenfassung der für die Habilitation zusammengestellten Arbeiten], Rīga 1994.

1995

Andrejs Vasks: Brikuļu nocietinātā apmetne. Lubānas zemiene vēlajā bronzas un dzelzs laikmetā (1000. g. pr. Kr. – 1000. g. pēc Kr.). Habilitācijas darba kopsavilkums [Die befestigte Siedlung von Brikuļi. Die Ebene von Lubāna in der späten Bronze- und in der Eisenzeit (1000 v. Chr. – 1000 n. Chr.). Zusammenfassung der Habilitationsarbeit], Rīga 1995.

Ilze Loze: Neolīts Latvijas teritorijā. Habilitācijas darba kopsavilkums [Das Neolithikum auf dem Territorium Lettlands. Zusammenfassung der Habilitationsarbeit], Rīga 1995.

1997

Jānis Štrauhmanis: Latvijas kartogrāfijas vēsture no XIII gs. līdz XX gs. 90. gadu sākumam. Habilitācijas darba kopsavilkums [Die Geschichte der Kartographie Lettlands vom 13. Jh. bis zum Anfang der 1990er Jahre. Zusammenfassung der Habilitationsarbeit], Rīga 1995.

Jānis Bērziņš: Latvijas rūpniecības strādnieki (1900–1914). Habilitācijai izvirzīto darbu kopsavilkums [Die lettischen Industriearbeiter 1900–1914. Zusammenfassung der für die Habilitation zusammengestellten Arbeiten], Rīga 1997.

1999

Antonijs Zunda: Latvijas un Lielbritānijas attiecības (1930–1940). Habilitācijai izvirzīto darbu kopsavilkums [Die Beziehungen zwischen Lettland und Großbritannien 1930–1940. Zusammenfassung der für die Habilitation zusammengestellten Arbeiten], Rīga 1999.

## II. Promotionen

1992

Ieva Ose: Kurzemes piļu podiņu krāsnis 15. gs. beigās – 18. gs. sākumā. Promocijas darba kopsavilkums [Die Kachelöfen der kurländischen Schlösser vom Ende des 15. Jahrhunderts bis zum Anfang des 18. Jahrhunderts. Zusammenfassung der Promotionsarbeit], Rīga 1992.

1993

- Jānis Apals: Āraišu ezerpils izpēte un rekonstrukcija. Promocijas darba kopsavilkums [Die Erforschung und Restaurierung der Wasserburg von Āraiši. Zusammenfassung der Promotionsarbeit], Rīga 1993.
- Tatjana Feigmane: Krievu sabiedriskā un kultūras dzīve Latvijā (1920–1940). Promocijas darba kopsavilkums [Gesellschaftliches und kulturelles Leben der Russen in Lettland 1920–1940. Zusammenfassung der Promotionsarbeit], Rīga 1993.
- Aivars Straume: Politiskā cīņa pavalstniecības jautājumā Latvijā no 1919. līdz 1940. gadam. Promocijas darba kopsavilkums [Der politische Kampf in Fragen der Staatsangehörigkeit 1919–1940. Zusammenfassung der Promotionsarbeit], Rīga 1993.
- Līga Lapa: Profesionālo organizāciju izveidošana un darbība Vidzemē un Kurzemē (1905–1917). Promocijas darba kopsavilkums [Die Gründung und Tätigkeit von Fachorganisationen in Livland und Kurland (1905–1917). Zusammenfassung der Promotionsarbeit], Rīga 1993.
- Zenta Ķimene: Latvijas Sociāldemokrātijas kultūrizglītības darbs (1904–1914). Promocijas darba kopsavilkums [Die Kultur- und Bildungsarbeit der lettischen Sozialdemokratie 1904–1914. Zusammenfassung der Promotionsarbeit], Rīga 1993.
- Lilita Zemīte: Tautu Savienība un Latvija (1919–1939). Promocijas darba kopsavilkums [Der Völkerbund und Lettland 1919–1939. Zusammenfassung der Promotionsarbeit], Rīga 1993.
- Henriks Soms: Rietumeiropas strādnieku kustības pieredzes izplatīšana Latvijā: periodiskā prese un publicistika (1900–1914). Promocijas darba kopsavilkums [Die Verbreitung von Erkenntnissen der westlichen Arbeiterbewegung in Lettland: Presse und Publizistik 1900–1914. Zusammenfassung der Promotionsarbeit], Rīga 1993.
- Aleksandrs Ivanovs: Padomju nacionālā politika un starpnacionālās attiecības Baltijā 20. gadsimta 40.–80. gadu historiogrāfijā angļu valodā. Promocijas darba kopsavilkums [Die Berücksichtigung der sowjetischen Nationalitätenpolitik und der internationalen Beziehungen im Baltikum in den 1940er bis 1980er Jahren in der englischsprachigen Geschichtsschreibung. Zusammenfassung der Promotionsarbeit], Rīga 1993.

1994

- Gints Apals: Jaunlatviešu kustības raksturs 19. gs. 50.–60. gadi. Promocijas darba kopsavilkums [Das Wesen der junglettischen Bewegung: die 1850er bis 1860er Jahre. Zusammenfassung der Promotionsarbeit], Rīga 1994.
- Vita Zelče: Latviešu avīžniecība: laikraksti savā sabiedrībā un sabiedrība (1822–1865). Promocijas darba kopsavilkums [Das lettische Zeitungswesen: Zeitungen in der Gesellschaft und die Gesellschaft 1822–1865. Zusammenfassung der Promotionsarbeit], Rīga 1994.
- Viktorija Bebre: 11.–16. gs. ādas apavi Latvijā. Promocijas darba kopsavilkums [Das lettische Lederschuhwerk im 11.–16. Jahrhundert. Zusammenfassung der Promotionsarbeit], Rīga 1994.
- Irēna Saleniece: Latvijas Republikas skolu politika (1918–1934). Promocijas darba kopsavilkums [Die Schulpolitik der Republik Lettland 1918–1934. Zusammenfassung der Promotionsarbeit], Rīga 1994.
- Īrisa Priedīte: Latviešu tradicionālie mūzikas instrumenti un spēlmaņi 19.–20. gs. Promocijas darba kopsavilkums [Die traditionellen lettischen Musikinstrumente und die Spielleute im 19. und 20. Jahrhundert. Zusammenfassung der Promotionsarbeit], Rīga 1994.
- Mārtiņš Kuplais: Latvijas iedzīvotāju 18.–19. gs. dzīves veida attainojums Latvijas Etnogrāfiskajā brīvdabas muzejā. Promocijas darba kopsavilkums [Die Darstellung der Lebensformen der Einwohner Lettlands im 18.–19. Jahrhundert im Lettischen Ethnographischen Museum. Zusammenfassung der Promotionsarbeit], Rīga 1994.
- Uģis Niedre: Latvijas XX gs. 20.–30. gadu jaunsaimniecību vēsturiski etnogrāfiskie aspekti. Promocijas darba kopsavilkums [Die historisch-ethnographischen Aspekte der lettischen Jungbauernwirtschaft in den 1920er bis 1930er Jahren. Zusammenfassung der Promotionsarbeit], Rīga 1994.

1995

- Ēriks Jēkabsons: Latvijas un Polijas attiecības (1919–1920). Promocijas darba kopsavilkums [Die lettisch-polnischen Beziehungen 1919–1920. Zusammenfassung der Promotionsarbeit], Rīga 1995.
- Aija Jansone: Tradicionālā latviešu tautas tērpa kreklis 19.–20. gadsimtā. Promocijas darba kopsavilkums [Hemden in der traditionellen lettischen Volkstracht im 19.–20. Jahrhundert. Zusammenfassung der Promotionsarbeit], Rīga 1995.
- Guntars Catlaks: Rīgas strādnieku priekšpilsētas un to iedzīvotāji 19. gs. otrajā pusē un 20. gs. sākumā. Promocijas darba kopsavilkums [Die Arbeitervorstädte Rigas und deren Einwohner in der zwei-

- ten Hälfte des 19. Jahrhunderts und zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Zusammenfassung der Promotionsarbeit], Rīga 1995.
- Ilmārs Mežs: Latvijas iedzīvotāju etniskā sastāva izmaiņas 20. gadsimtā. Promocijas darba kopsavilkums [Die Veränderungen in der ethnischen Zusammensetzung der Einwohner Lettlands im 20. Jahrhundert. Zusammenfassung der Promotionsarbeit], Rīga 1995
- Guntis Zemītis: Latvijas dzelzs laikmeta senlietu ornamenti un tā simbolika. Promocijas darba kopsavilkums [Die lettische Ornamentik der Gegenstände in der Eisenzeit und ihre Symbolik. Zusammenfassung der Promotionsarbeit], Rīga 1995.
- Kaspars Kļaviņš: Vācu ordeņa ideoloģija un mentalitāte 13. un 14. gs. Livonijas vēsturisko notikumu kontekstā. Promocijas darba kopsavilkums [Die Ideologie und Mentalität des Deutschen Ordens im Kontext der geschichtlichen Ereignisse in Livland im 13. und 14. Jahrhundert. Zusammenfassung der Promotionsarbeit], Rīga 1995.

1996

- Harijs Tumans: Tradīcijas arhaisko Atēnu vēsturē (8.–6. gs. p. m. ē.). Promocijas darba kopsavilkums [Traditionen in der Geschichte des archaischen Athen (8.–6. Jahrhundert v. Chr.). Zusammenfassung der Promotionsarbeit], Rīga 1996.
- Josifs Šteimanis: Ebreju tautas vēstures problēmas (Ebreji Latvijā) [Probleme der Geschichte des jüdischen Volkes (Juden in Lettland). Zusammenfassung der Promotionsarbeit], Rīga 1996.

1997

- Tatjana Alekseja: Ebreji Kurzemes hercogistē (1561–1795). Promocijas darba kopsavilkums [Juden im Herzogtum Kurland 1561–1795. Zusammenfassung der Promotionsarbeit], Rīga 1997.

1998

- Valdis Blūzma: Kriesā radikālisma viņā Latvijā (1917. g. marts–1920. g. janvāris) vēstures problēmas un to atspoguļojums historiogrāfijā. Promocijai izvirzīto darbu kopsavilkums [Der linke Radikalismus im ehemaligen Lettland vom März 1917 bis Januar 1920: Geschichtliche Probleme und deren Widerspiegelung in der Geschichtsschreibung. Zusammenfassung der für die Promotion zusammengestellten Arbeiten], Rīga 1998.
- Armands Vijups: Latvijas XIII–XVII gs. pakavsaktas kā arheoloģiskais avots (tipoloģiskā analīze). Promocijai iesniegto darbu kopsavilkums [Lettische Hufenfiebeln des 15.–17. Jahrhunderts als archäologische

- Quelle (Typologische Analyse). Zusammenfassung der für die Promotion zusammengestellten Arbeiten], Rīga 1998.
- Pārsla Pētersone: Vidzemes pasta vēsture 17.–19. gs. Promocijai izvirzīto darbu kopsavilkums [Die Geschichte der livländischen Post im 17.–19. Jahrhundert. Zusammenfassung der für die Promotion zusammengestellten Arbeiten], Rīga 1998.
- Māris Atgāzis: Tuvciņas senie ieroči Latvijā 10.–13. gs. Promocijai izvirzīto darbu kopsavilkums [Alte Nahkampfwaffen in Lettland im 10.–13. Jahrhundert. Zusammenfassung der für die Promotion zusammengestellten Arbeiten], Rīga 1998.
- Arnis Radiņš: 10.–13. gadsimta senkapi Latgaļu apdzīvotajā teritorijā un Austrumlatvijas etniskās, sociālās un politiskās vēstures jautājumi. Promocijas darba kopsavilkums [Gräberfelder des 10.–13. Jahrhunderts in den von Letgallern bewohnten Territorien und die ethnischen und sozialpolitischen Fragen zur Geschichte Ostlettlands. Zusammenfassung der Promotionsarbeit], Rīga 1998.

1999

- Jānis Taurēns: Baltijas virziens Latvijas Republikas ārpolitikā 1934.–1940. gadā. Promocijas darba kopsavilkums [Die baltische Orientierung in der Außenpolitik der Republik Lettland 1934–1940. Zusammenfassung der Promotionsarbeit], Rīga 1999.
- Mārīte Jakovļeva: Kurzemes hercogistes pārvalde, teritorija, robežas un metālieguves manufaktūras (1561–1795). Promocijas darba kopsavilkums [Das Herzogtum Kurland: Verwaltung, Territorium, Grenzen und Manufakturen zur Metallgewinnung (1561–1795). Zusammenfassung der Promotionsarbeit], Rīga 1999.

2001

- Uldis Krēsliņš: Aktīvais nacionālisms Latvijā (1922–1934). Promocijas darba kopsavilkums [Der aktive Nationalismus in Lettland (1922–1934). Zusammenfassung der Promotionsarbeit], Rīga 2001.
- Antonija Vilcāne: Latgaļu kultūras veidošanās dzelzs laikmetā (pēc Dubnas upes baseina arheoloģiskā materiāla). Promocijas darba kopsavilkums [Die Entstehung der letgallischen Kultur in der Eisenzeit (unter Berücksichtigung des archäologischen Materials aus dem Becken der Dubna). Zusammenfassung der Promotionsarbeit], Rīga 2001.

2002

- Ainārs Lerhis: Latvijas Republikas ārlietu dienesta attīstība (1917–1941). Promocijas darba kopsavilkums [Die Entwicklung des let-

- tischen auswärtigen Dienstes (1917–1941). Zusammenfassung der Promotionsarbeit], Rīga 2002.
- Kārlis Kangeris: Latvija un tās iedzīvotāji Trešā reiza plānos un okupācijas varā (1941–1945) [Lettland und seine Einwohner in den Plänen des Dritten Reiches und unter der Besatzungsmacht 1941–1945], Rīga 2002.
- Anete Karlsonē: Mājaustie apģērba audumi Latvijā 19. gs. pēdējā ceturksnī un 20. gadsimtā. Promocijas darba kopsavilkums [Hausgewebte Textilien in Lettland im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts und im 20. Jahrhundert. Zusammenfassung der Promotionsarbeit], Rīga 2002.
- Tatjana Barteļe: Latvieši Maskavā Pilsoņu kara gados (1918–1922). Promocijas darba kopsavilkums [Letten in Moskau in den Jahren des Bürgerkrieges (1918–1922). Zusammenfassung der Promotionsarbeit], Rīga 2002.
- Renāte Blumberga: Etnogrāfiskie materiāli par lībiešiem Somijas avotu krātuvēs. Promocijas darba kopsavilkums [Ethnographisches Material über die Liven in den finnischen Archiven. Zusammenfassung der Promotionsarbeit], Rīga 2002.

2003

- Raimonds Cerūzis: Vācu faktors Latvijā (1918–1939): politiskie un starpnacionālie aspekti. Promocijas darba kopsavilkums [Der deutsche Faktor in Lettland (1918–1939): politische und interethnische Aspekte. Zusammenfassung der Promotionsarbeit], Rīga 2003.
- Gunita Zariņa: Latvijas iedzīvotāju paleodemogrāfija (7.–18. gs.). Promocijas darba kopsavilkums [Paläodemographie der Einwohner Lettlands (7.–18. Jahrhundert). Zusammenfassung der Promotionsarbeit], Rīga 2003.
- Valters Ščerbinskis: Somija Latvijas ārpolitikā 1918–1940. Promocijas darba kopsavilkums [Finnland in der Außenpolitik Lettlands 1918–1940. Zusammenfassung der Promotionsarbeit], Rīga 2003.
- Guntis Gerhards: Latvijas iedzīvotāju ķermeņa garuma vēsturiskā mainība (7. gt. pr. Kr. – 18. gs.). Promocijas darba kopsavilkums [Historische Veränderungen der Körpergröße bei den Einwohnern Lettlands (7. Jahrtausend v. Chr.–18. Jahrhundert). Zusammenfassung der Promotionsarbeit], Rīga 2003.
- Tālis Pumpuriņš: Latvijas valsts karoga veidošanās vēsture (XIX gs. 70. gadi–1923. gads). Promocijas darba kopsavilkums [Die Geschichte der lettischen Fahne (1870er Jahre bis 1923). Zusammenfassung der Promotionsarbeit], Cēsis 2003.
- Dzintars Ērglis: Latvijas Centrālā padome un nacionālā pretošanās kustība (1943–1951). Promocijai iesniegto darbu kopsavilkums [Der Zentralrat Lettlands und die nationale Widerstandsbewegung von



Im Fachbereich Geschichte verteidigte Promotions- und Habilitationsarbeiten

1943–1951. Zusammenfassung der für die Promotion zusammengestellten Arbeiten], Rīga 2003.

Andris Šnē: Sabiedrība un vara: sociālās attiecības Austrumlatvijā 7.–12. gs. Promocijas darba kopsavilkums [Gesellschaft und Macht: Soziale Beziehungen im östlichen Lettland im 7.–12. Jahrhundert. Zusammenfassung der Promotionsarbeit], Rīga 2003.

2004

Margarita Barzdēviča: Rīgas pilsētas un tās apkārtnes teritoriālā attīstība un zemes izmantošana pēc 1621.–1710. gada kartogrāfiskajiem attēliem. Promocijas darba kopsavilkums [Die Entwicklung der Stadt Riga und ihres Umlandes und die Bodennutzung nach kartographischen Darstellungen von 1621–1710. Zusammenfassung der Promotionsarbeit], Rīga 2004.



# BESPRECHUNGEN

*Malev*. [Der Trupp.] Komödie. Estland 2005. Drehbuch und Regie: „Õ-fraktsioon“. Regisseur: KAAREN KAER. Darsteller: OTT SEPP, MIRTEL POHLA, MÄRT AVANDI u.a. 109 min. DVD mit englischen und russischen Untertiteln.

Der Film „Malev“<sup>1</sup> kam in Estland 2005 in die Kinos und hatte dort einen großen Erfolg. In ihm geht es um eine gewissermaßen kanonische Periode der estnischen Geschichte: die Zeit der Kreuzzüge in Liv- und Estland, die 1198 mit dem ersten Kreuzzug einsetzte und bis zum Fall der Inseln Ösel und Moon 1227 dauerte. Genauer gesagt behandelt der Film die Rolle der Kreuzzüge im estnischen Geschichtsbewusstsein, die gemeinhin mit dem Begriff des „frühzeitlichen Freiheitskampfes“ (*Muistne vabadusvõitlus*) beschrieben wird. Er tut dies aber in Form einer Parodie.

Zur Handlung des Films: Am Ende des 12. Jahrhunderts wurde das kleine Fleckchen Estland zum Spielball der Großmächte. Sowohl der Deutsche Orden als auch die Templer streckten ihre Fühler nach dem Ostbaltikum aus. Der Filmheld Uru (Ott Sepp) ist noch ein Junge, als er von den Ordensrittern entführt und in die Klostersgefängenschaft nach Lübeck gebracht wird. Dort genießt er westeuropäische Bildung und kehrt später als Erwachsener nach Estland zurück, um sich an den Rittern zu rächen und sein Land und sein Volk von der Fremdherrschaft zu befreien. Bedauerlicherweise muss er zu Hause allerdings feststellen, dass sich seine Landsleute nur mühsam davon überzeugen lassen, in die Rolle von heldenhaften Widerstandskämpfern zu schlüpfen. Erst in letzter Not reiten sie auf ihren Kühen in den Kampf, um dort jedoch nicht etwa die Waffen zu erheben, sondern um zu singen und die Saiten anzuschlagen. Uru hingegen gibt den ganzen Film hindurch den europäisch geprägten nationalen Erwecker und bemüht sich, freilich ohne Erfolg, die Handlung in die Bahnen der kanonischen nationalen Geschichtsschreibung zu lenken. Nach einigen Rückschlägen gelingt es ihm, die alten Esten immerhin in die Kriegskunst einzuweisen, ja, die letzte Schlacht auf Muhu wird allem Anschein nach sogar gewonnen. Ungeachtet dessen steht Urus Entscheidung aber bereits fest: Bereits tödlich verletzt bitet er darum, dass seine Frau und das ungeborene Kind nach Frankreich

---

<sup>1</sup> *Malev* bedeutet auf Estnisch Heer, Truppe. Im mittelalterlichen Livland wurde das Wort auch in lateinischen und niederdeutschen Texten in der Bedeutung „Heeresaufgebot des Landvolks“ verwendet.

gebracht werden. Uru begreift nun, dass seine Feinde Recht hatten und die Esten noch nicht zu einer Nation gereift sind.

Letzteres ist eine durchaus scharfsinnige Einsicht – eine von mehreren in diesem mit geringem Budget inszenierten Film, deren Autoren keineswegs Filmprofis sind, sondern Politologiestudenten an der Universität Tartu. Sie versuchen auch gar nicht erst, die tradierte Geschichtsauffassung umzu-  
deuten, sondern wollen uns klar machen, dass gerade die Bereitschaft, über sich selbst und die eigenen, tief verwurzelten Urmythen zu lachen, von geistiger Stärke und einem gesunden Geschichtsverständnis zeugt. Die daraus entstandene Parodie erlaubt einen erfrischenden Seitenblick auf das estnische historische Gedächtnis. Dies ist schon deshalb zu begrüßen, weil die estnische Erinnerungskultur bis jetzt in erster Linie eine von Tragik umflorte Opfermentalität auf ihr Schild gehoben hat. In eine dem Film vergleichbare Richtung wirkte vor einiger Zeit aber die von Andrus Kivirähk erschaffene Figur des patriotischen Pensionärs Ivan Orav,<sup>2</sup> dessen bis ins Absurde gesteigerte Sehnsucht nach der guten alten Zeit – die estnische Republik der Zwischenkriegszeit – und seine der Lächerlichkeit preisgegebenen antirussischen Ressentiments in den 1990er Jahren als eine Art Entspannungsmaßnahme im Kontext der damals dominierenden Verherrlichung der 1930er Jahre wirkte. Aber auch eine Parodie der mittelalterlichen Heldengeschichte kann heutzutage viel sagend sein: Die nationale Deutung der während der Kreuzzüge verlorenen Unabhängigkeit ist eines der gängigen Schlüssel-motive für die Interpretation der gesamten späteren Geschichte Estlands. Dieser Auffassung zufolge stellt der „frühzeitliche Freiheitskampf“ den Ausgangspunkt der estnischen Geschichte dar: In dem Moment, als der lichte Tag der Freiheit durch die finstere Nacht der Sklaverei abgelöst wurde, habe der permanente Kampf um die Wiederherstellung der „früheren Freiheit“ (*muistne priius*) begonnen. Alle späteren Aufstände – in der St. Georgsnacht 1343, bei Machters 1858 u.a. – werden als Ausdruck dieses Strebens betrachtet. Erst im Estnischen Freiheitskrieg 1918–1920 und in der Wiedererlangung der staatlichen Unabhängigkeit 1991 habe dieser Kampf sein Ziel und seine Vollendung erreicht. Nicht minder bedeutsam ist hier das Verständnis der rechtlichen Kontinuität und der 1918 gegründeten Republik Estland als Erbe des frühzeitlichen freien Staatsgebildes. Tatsächlich setzt sich der Film vor allem mit diesem nationalromantischen historischen Gedächtnis auseinander, das im Einklang mit den Idealen und Bedürfnissen der Gegenwart die nationale Idee zurück in die Frühzeit projiziert.

Die so genannte große Meistererzählung der estnischen Geschichte wird im Film zum einen mit Hilfe des Begriffs der Freiheit kommentiert.

<sup>2</sup> Erschienen zuerst als Fortsetzungsgeschichte in der Zeitung „Päevaleht“ (1994), danach als Buch ANDRUS KIVIRÄHK: Ivan Orava mälestused ehk Minevik kui hellesinised mäed [Die Erinnerungen von Ivan Orav oder die Vergangenheit als hellblaue Berge], [Tallinn] 1995; 2. Aufl. Tallinn 2001. Die fiktive Person von Ivan Orav trat später auch u.a. im Fernsehen und auf Freilichtbühnen auf.

Im Unterschied zur nationalen Geschichtsschreibung, in der er als zentrales Stichwort des „frühzeitlichen *Freiheitskampfes*“ dient, kennen die mittelalterlichen Esten im Film weder das Wort noch die Idee der Freiheit. In seinem Versuch, sie zur Verteidigung der nationalen und staatlichen Freiheit aufzurufen, steht die Hauptfigur im Film seinen Landsleuten gänzlich unfähig zum Dialog gegenüber. Außerdem scheut Uru nicht davor zurück, verschiedene Losungen aus der Zeit der Wiedererlangung der Unabhängigkeit Ende der 1980er und Anfang der 1990er Jahre zu verwenden („ein freies Volk in einem freien Land“ oder „Herren des eigenen Landes“). In seiner letzten Rede vor der Schlacht bei Muhu zitiert er sogar das estnische Grundgesetz. Hinweise auf die Zeit, die das populäre Geschichtsbild gerne als die „singende Revolution“ verstanden wissen will, erkennt man auch daran, dass die Esten als ein singendes Volk dargestellt werden, dessen Überzeugung zufolge man den Feind nicht tot schlagen, sondern tot singen müsse.

Neben der zurechtgestutzten Freiheitsidee führt der Film zum anderen verschiedene beliebte Motive des nationalen Diskurses ad absurdum. Außer der Liebe der Esten zu Gesang und Tanz (die auf die Bedeutung der Sänger- und Tanzfeste im estnischen Selbstverständnis verweist) wird am meisten ihre unermüdliche Liebe zur Arbeit betont. Auch hier bietet das Ende des Films eine umgekehrte, „revisionistische“ Interpretation der estnischen Geschichte als die der sprichwörtlichen 700 Jahre Sklaverei: Als die Esten in der letzten Schlacht die Deutschen besiegen, beschließen sie, ihre gefangenen Feinde mit einer Jahrhunderte währenden Zeit des Nichtstuns zu bestrafen und errichten einigen von ihnen – um diese zu ärgern – sogar Gutshäuser.

Nicht minder interessant sind die im Film gebotenen Vorstellungen des „Eigenen“ und des „Fremden“. Einerseits wird das Eigene durch die bis ins Extrem gesteigerte „nationale“ Landschaft mit dem unausstehlich blauen Himmel, dem ebenso blauen Meer, dem übergrünen Gras, den heiligen Hainen und den überall blühenden estnischen Nationalblumen – den Kornblumen – dargestellt. Andererseits ist die berühmte Estenburg Lehole (Leole) nichts weiter als ein heruntergekommenes Bretterdorf, in dem sich blonde und blauäugige Wilde in Volkstrachten herumtreiben, die sich sowohl in ihren Gedanken als auch in ihrem Tun nicht gerade durch besondere Spritzigkeit auszeichnen. Erneut wird hier das Image des faulen und einfältigen Barbaren bemüht, das schon aus der Zeit vor der Aufklärung stammt. Und nicht nur das: Die sonst schon barbarischen Sitten werden durch das *ius primae noctis* ergänzt. Dieses Ritual wird sonst im estnischen Geschichtsbild den „baltischen Baronen“ zugeschrieben – in „Malev“ hingegen ist es ausgerechnet der berühmte Estenälteste Lembitu (Ain Mäeots), der als erster mit den Dorfjungfern zu schlafen pflegt. Das Sexualverhalten ist schon immer eines der Merkmale des „Fremden“ gewesen, hier aber wird der erschrockene Blick des

„Europäers“ Uru zugewiesen, der damit zu Estlands ersten Feministen wird und damit auch in diesem Zusammenhang den Zivilisationsprozess anstößt. Denn als er selbst zum Ältesten wird, befreit er die Frauen von diesem Brauch – gegen ihren heftigen Widerstand.

Während in Bezug auf die „Eigenen“ das aus der Zeit der „nationalen Erweckung“ stammende Bild von der goldenen Zeit der Helden ins Negative gedreht wird, verstärkt der Film das von der nationalen Historiographie überlieferte Image der „Fremden“ eher noch. Hier zeigt sich besonders deutlich die Gestalt des deutschen Eroberers, wie sie sich in der Sowjetzeit verfestigt hatte, als sie mit dem Bild der Nazis verschmolz: besessen vom „Drang nach Osten“ und dem Verlangen nach „Lebensraum“. Neben den Ritterorden wird auch die katholische Kirche als eine Feste des Bösen, der Doppelzüngigkeit und der Habgier dargestellt, ein Image, das seine Wurzeln in der Reformationszeit hat. Hingegen kommt die Gestalt des traditionell eher als ein böses Genie dargestellten Rigaer Bischofs Albert (Raivo E. Tamm) im Film mehr als eine milde Karikatur daher.

Der Film illustriert die Ansicht, derzufolge die baltischen Kreuzzüge von der römischen Kurie initiiert und gesteuert worden sind. Wir sehen also, wie sowohl die Ritter des Deutschen Ordens als auch die Templer auf Anweisung des Papstes in die bislang unbekannte Peripherie aufbrechen. Tatsächlich jedoch waren erstere erst nach der Inkorporation des Schwertbrüderordens (1237) nach Livland gelangt und letztere den Kriegszügen dort gänzlich ferngeblieben. Andererseits kann man daraus einen Hinweis auf die in der letzten Zeit äußerst populären Verschwörungstheorien erkennen, auch wenn die Geheimorganisationen diesmal nicht mit dem Ernst eines Dan Brown behandelt werden: Als Ziel der französischen Templer in Estland präsentiert uns der Film – Frösche. Im Unterschied zu den deutschen Ordenrittern werden die Templer also als komische Froschfresser dargestellt, die es einfach nicht schaffen, ihrem harmlosen Laster zu widerstehen. In diesem Zusammenhang gewinnt die Neigung des Films an Bedeutung, neben den Deutschen auf alle anderen Feindbilder zu verzichten. Völlig unerwähnt bleiben die Dänen, die in den baltischen Kreuzzügen eine durchaus wichtige Rolle gespielt haben. Noch gewichtiger ist aber die Tatsache, dass mit den Russen die bedeutend aktuelleren „Fremden“ im Film gar nicht erst vorkommen, obwohl sie sowohl im Laufe der damaligen Ereignisse als auch in der estnischen Erinnerungskultur eine wichtige Rolle spielen. Selbst Dschingis Khan läuft in „Malev“ kurz über die Leinwand – von der Ankunft der Russen hingegen wird nur geredet und sie selbst bleiben für die Zuschauer unsichtbar.

Bei einer Parodie muss man natürlich überlegen, auf welchen Grundtexten sie basiert, d.h. mit welchen Bildern, Szenen und Erinnerungsorten sie außer der nationalen Meistererzählung noch kommuniziert. Der Werbespruch des Films – „Heinrich von Lettland hat gelogen“ – bezieht sich auf die Chronik Heinrichs von Lettland. Historienfilme

haben des Öfteren das Interesse des Publikums durch das Versprechen angeheizt, autoritative Quellen als Lügenmärchen bloßzustellen (eines der besten Beispiele aus der letzten Zeit hierfür ist der Film „The Da Vinci Code – Sakrileg“). Bei „Malev“ wartet der mit der Chronik vertraute Zuschauer jedoch vergebens auf den Hinweis, wo genau Heinrich denn nun eigentlich gelogen hat. Für einen Film, der für sich beansprucht, das estnische Geschichtsbewusstsein zu parodieren, ist so eine Behauptung eigentlich auf ihre Weise ziemlich paradox. Denn die Wahrheit der estnischen Nationalgeschichte ist unzertrennlich mit der These verbunden, dass Heinrich von Lettland gelogen hat. Weil keine „eigenen“ schriftlichen Quellen aus dieser Periode vorhanden sind, basierte die nationale Geschichtsauffassung darauf, das Positive bei Heinrich ins Negative zu verwandeln und umgekehrt. Aus den frommen Kreuzrittern wurden habgierige Räuber und Eroberer, aus den barbarischen Esten tragische Helden, aus dem von der katholischen Kirche eingeführten Licht des Glaubens wurde die finstere Nacht der Sklavenzeit und aus der Dunkelheit des heidnischen Aberglaubens der goldene Glanz der frühzeitlichen Freiheit. So setzt der Film mit diesem Werbespruch seine Unterschrift unter die nationale Geschichtsinterpretation. Wenn man diese hätte parodieren wollen, wäre ein weniger effektvoller, aber in den Kontext des Films passender Spruch vielleicht besser gewesen: „Heinrich von Lettland hat doch nicht gelogen“. Denn schließlich rehabilitiert der Film ja das Bild der Esten als barbarische Heiden.

Nicht ganz uninteressant sind die Szenen, in denen Heinrich von Lettland selbst lebhaft an der Handlung teilnimmt, denn auch er gleicht dem Bild, das sich das estnische historische Gedächtnis von ihm geformt hat. Das Interesse an einer Personifizierung Heinrichs spiegelt einen ziemlich neuen Trend. Früher wurde er nie zu einer konkreten Person entwickelt und trat meist nur als Name eines Chronisten auf. In der letzten Zeit jedoch kommt Heinrichs Figur sogar in mehreren Theaterstücken vor. Andererseits spielt Heinrich auch im Film vor allem die Rolle eines mit dem „frühzeitlichen Freiheitskampf“ verbundenen Markennamens, der durchgehend, jedoch stillschweigend anwesend ist, das Geschehen beobachtet und fleißig aufschreibt. Schon in den Eröffnungsszenen des Films wird ihm der Auftrag dafür erteilt. Als die deutschen Ordensritter die Erlaubnis bekommen, in den Kreuzzug zu ziehen, wird das Gebot verkündet: „Schreib auf, Heinrich von Lettland!“ Am Ende des Films steht er schließlich als Autor da, der an Selbstbewusstsein gewonnen hat, denn er bietet als Gefangener den Esten einen schlaun Tauschhandel an: „Lasst mich am Leben und ich schreibe ein Buch über euch.“ Trotz alldem bleibt der Bezug des Films auf den Chroniktext knapp, außer der permanenten Gegenwart des Chronisten gibt es kaum direkte Hinweise auf ihn, obwohl man natürlich in einem breiteren Kontext die ganze Erzählung der baltischen Kreuzzüge als Heinrichs Werk ansehen kann.

Darüber hinaus stammt auch der Name des Films aus der Chronik: *malvea* ist eines der zahlreichen von ihr erwähnten estnischen und livischen Wörter. Der Filmtitel kann aber auch auf die während der Sowjetzeit populären Sommerlager der Schüler und Studenten – die auf Estnisch ebenfalls *malev* hießen – sowie auf den kürzlich darüber gedrehten Film „Die Revolution der Schweine“<sup>3</sup> verweisen.

Nichtsdestotrotz deckt der Film den Mangel an populärer historischer Kultur in Estland auf. Das estnische Geschichtsbewusstsein ist in beträchtlichem Maße von historischen Romanen geformt worden, die aber wenig an wiedererkennbaren Narrativen und Szenen zu bieten haben. Am Anfang des Films wird die Mehrheit von ihnen benutzt: die Geschichte eines estnischen Jungen, der gefangen genommen wird, das Treffen Urus mit dem berühmtesten aller estnischen Ältesten und Nationalhelden Lembitu, die Schlacht bei Viljandi 1217 und die von Ümera (Ymera) 1210 (wobei letztere in der Endversion des Films nicht mehr vorkommt). An dieser Stelle sei auch der Mangel an aktiven weiblichen Helden in der estnischen Geschichtstradition erwähnt. In einer typischen Weise begleitet das weibliche Ensemble in „Malev“ die männlichen Handlungen und dient als Träger der traditionellen Werte, wobei die Frauen in ihrer Traditionsliebe nicht einmal ihre Objektrolle aufgeben wollen, die ihnen das *ius primae noctis* zuweist. Diese Treue altbewährten Traditionen gegenüber wird in der Figur von Urus Geliebter Ilge<sup>4</sup> (Mirtel Pohla) verkörpert, aber noch mehr in der stärksten Frauenfigur des Films, Lembitus Gattin Lembela (Merle Jääger), die allem Neuen und Fremden misstraut.

Obwohl der Film einige Elemente des banal-Nationalen ganz hübsch ausspielt, muss er gleichzeitig mit der mangelnden Visualität der estnischen Geschichtskultur klarkommen. In Bezug auf das Mittelalter gibt es eben nur wenig Filme, Sketche, Comics, Freilichtspektakel oder Rollenspiele.<sup>5</sup> „Malev“ ist der erste Spielfilm über den „frühzeitlichen Freiheitskampf“,<sup>6</sup> und obwohl der estnische Zuschauer einige Hinweise auf ein paar mittelalterliche Historienfilme<sup>7</sup> erkennt, muss der Stoff für dieses Werk, das als Paraphrase eines historischen Jugendromans beginnt – das Thema des entführten Jungen –, sich aber in seinem Verlauf vor allem auf Populärkultur und Kino bezieht, von außerhalb des estnischen Kontext

<sup>3</sup> „Sigade revolutsioon“ [Die Revolution der Schweine], Regie RENÉ REINUMÄGI, JAAK KILMI, Estland 2004.

<sup>4</sup> Der pseudohistorische Name des hübschen Mädchens ist ein Homonym des estnischen Wortes *ilge* (scheußlich). In den russischen Untertiteln wird der Name als *Ypoda* (Missgeburt) übersetzt.

<sup>5</sup> Mit diesen „Rollenspielen“ verweist die Autorin auf das an Popularität gewinnende Hobby, in nachempfundenen historischen Kostümen und mit historischen Alltagsgegenständen Geschichte zu spielen (Anm. d. Übers.).

<sup>6</sup> Abgesehen von dem Film „Mineviku varjud“ [Die Schatten der Vergangenheit], Regie KONSTANTIN MÄRSKA, Estland 1924, der aber als verloren gilt.

<sup>7</sup> „Viimne reliikvia“ [Die letzte Reliquie], Regie GRIGORI KROMANOV, Estland 1969; „Verekivi“ [Der Blutstein], Regie MADIS OJAMAA, Estland 1972.



entliehen werden. Der Cineast findet hier Zitate von Méliès bis Buñuel, von „Krieg der Sterne“ bis Tarantino, in erster Linie aber Klischees der klassischen Historienfilme, ob aus „Braveheart“ oder aus dem neueren asiatischen Kino, wie z.B. „Hero“. Besonders zahlreich sind die Verweise auf die Trilogie „Der Herr der Ringe“, die gerade zu der Zeit die Kinos der Welt eroberte, als „Malev“ gedreht wurde: das Filmplakat, aber auch die Gegenüberstellung des sorglosen Treibens im estnischen Hobbitdorf mit den schwarzen Reitern, den Ordensrittern, sowie die Tatsache, dass Uru von seinen Freunden begleitet wird usw. Auch der englische Titel des Films „Men at Arms“ gibt einen Hinweis auf die lebensfrohe Komik in der Populärkultur, indem er einem Romantitel von Terry Pratchett aufnimmt – die deutsche Fassung erschien unter dem Titel „Helle Barden“.

Zum Schluss sollte festgehalten werden, dass eine der ergiebigsten Interpretationsvarianten bei „Malev“ darin besteht, in Uru einen Nationalpatrioten des 19. und 20. Jahrhunderts zu erkennen, der im Verlauf des ganzen Films mit übermenschlicher Anstrengung versucht, Handlung und Akteure dem Kanon der Nationalhistoriographie anzupassen, am Ende aber einsehen muss, dass es noch nicht geht – oder genauer, heutzutage nicht mehr geht. „Malev“ veranschaulicht deutlich das Verschwimmen der Grenzen des historischen Diskurses und seine Verwandlung in etwas Spielerisches. Glücklicherweise bestätigt er auch, dass in der heutigen bunten Populärkultur das Projizieren nationaler Symbole und Narrative in die Vergangenheit kaum mehr als eine Parodie zum Ergebnis haben kann.

LINDA KALJUNDI

TIINA KALA, JUHAN KREEM, ANU MÄND: *Kümme keskaegset tallinlast.* [Zehn mittelalterliche Revalenser.] (Tallinna Linnaarhiivi Toimetised, 10.) Verlag Varrak. Tallinn 2006. 326 S. ISBN 9789985313411.

Ende 2006 ist das in Zusammenarbeit dreier estnischer Mediävisten der jüngeren Generation entstandene Buch „Zehn mittelalterliche Revalenser“ erschienen. Kurz gesagt handelt es sich hierbei um Porträts von zehn Personen, die im 15. Jahrhundert und zu Beginn des 16. Jahrhunderts in Reval gelebt haben. Diese Porträts werden umrahmt von einer von Tiina Kala verfassten „Einleitung“ und einer „Zusammenfassung: Die mittelalterlichen Revalenser im Leben und in den Quellen“. Selbstverständlich stützen sich alle Darstellungen auf das reichhaltige Quellenmaterial des Stadtarchivs Reval. In der estnischen historiographischen Landschaft

ist die Veröffentlichung eines solchen Werkes zweifellos ein bemerkenswertes Ereignis. Die Autoren verdienen Anerkennung für ihren Mut, sich an eine derart komplizierte Arbeit zu machen, zumal das Genre der Biografie als solches für den Historiker ohnehin schon eine anspruchsvolle und schwierige Aufgabe darstellt. Noch schwieriger ist es, einen Menschen des Mittelalters auf akademische und nicht auf belletristische Art zu porträtieren. Denn es liegen aus dieser Zeit nur zu einzelnen Menschen in ausreichender Menge biografische Angaben vor, und diejenigen, zu denen die vorhandenen Quellen Informationen liefern, gehören überwiegend den höheren gesellschaftlichen Schichten an. Die Autoren des hier anzuzeigenden Bandes haben die Situation gemeistert, indem sie methodisch mit dem Begriff der „Kollektivbiografie“ operieren, die dazu beitragen soll, die Lücken im überlieferten Wissen zu den betrachteten Personen zu schließen. Es erscheint zunächst einmal durchaus sinnvoll und begründet zu sein, sich auf diese Weise parallel zu den Lebensgeschichten der zehn Revalenser mit einer allgemeinen Beschreibung von Vertretern verschiedener Lebensbereiche und sozialer Schichten des mittelalterlichen Reval sowie der Institutionen und dem Umfeld, in dem sie tätig waren, zu beschäftigen.

Die zehn mittelalterlichen Revalenser, aus deren Lebensgeschichten das Buch schöpft, sind Bürgermeister, Ordenskomtur, Kaufmann, Goldschmied, Stadtschreiber, Gemeindegeistlicher, Dominikaner, Siechenhaus-Vorsteher, Hafenwächter und Söldner. Maßgeblich für die Entscheidung für die eine oder andere Person war zum einen der Umstand, ob zu ihr ausreichende biografische Angaben vorliegen. Zum anderen lässt sich der Wunsch der Autoren erkennen, eine möglichst breite Skala von Einwohnern des mittelalterlichen Reval vom Bürgermeister zum Hafenwächter zu behandeln. Außerdem zeigen sich deutlich auch persönliche Forschungsinteressen jedes einzelnen Autors: So verfasst Juhan Kreem ein Porträt des Komturs von Reval, Tiina Kala beschreibt das Leben der Geistlichen und aus der Feder von Anu Mänd stammen die Beiträge über den Kaufmann und Goldschmied.

Die Autoren des Buches selbst haben ihre Auswahlprinzipien wie folgt begründet: „Bei der Auswahl der betrachteten Personen und Lebensbereiche haben wir uns danach gerichtet, was im Stadtleben tonangebend war, wie etwa die Stadtverwaltung, die Politik oder das Militärwesen, welches die wirtschaftliche Grundlage des Stadtlebens war und wie die praktischen Angelegenheiten des Stadtlebens sowie des religiösen Lebens geregelt waren“ (S. 13). Es wurden Personen ausgewählt, die nach Ansicht der Autoren in der wirtschaftlichen, politischen und geistigen Sphäre des mittelalterlichen Reval eine beträchtliche Rolle gespielt haben. Ein solches Prinzip der Auswahl ist verständlich und berechtigt. Eine andere Frage ist, ob die Autoren es denn auch eingehalten haben. Wenn man sich nämlich zum Ziel setzt, solche Personen und Lebens-

bereiche darzustellen, die im Stadtleben eine maßgebliche Rolle gespielt haben, so stellt sich zwangsläufig die Frage, warum denn kein einziger „Undeutsche“ resp. Este porträtiert wurde. Die Esten machten ja schließlich den überwiegenden Teil der Einwohnerschaft Revals aus. Ihre Vernachlässigung kann auch nicht dadurch gerechtfertigt werden, dass es an Quellen fehlt, da es im Gegenteil genug Undeutsche gibt, über deren Person ebenso viel oder sogar erheblich mehr bekannt ist als etwa über den Dominikanerbruder Lucas – über den nämlich hat Tiina Kala einen der längsten Beiträge des anzuzeigenden Buchs verfasst, auch wenn über sein Leben nur etwa drei Fakten bekannt sind. Daher ist einer der gravierendsten Vorwürfe, den man diesem Buch machen muss, das Fehlen einer undeutschen Biografie, zumal es sich nicht leugnen lässt, dass das Bild vom mittelalterlichen Reval ohne die Esten unvollständig bleibt. Sicherlich hätte es dem Buch darüber hinaus nicht geschadet, wenn auch das Porträt einer Frau aufgenommen worden wäre, was einen Einblick in die Haushaltsführung und das Familienleben der mittelalterlichen Revalenser ermöglicht hätte.

Alle im Buch vorgelegten Biografien sind ähnlich aufgebaut; die Darstellung setzt ein mit der Beschreibung eines Ereignisses im Leben der porträtierten Person, woraufhin die Autoren dann weiter wandeln auf den verschlungenen Pfaden der kollektiven Biografie, wobei jeder bzw. jede von ihnen eine eigene Richtung wählt. Das Verfassen einer Lebensgeschichte auf Grundlage äußerst knapper Angaben ist eine schwierige Aufgabe und bringt sicherlich allein kein befriedigendes Ergebnis. Daher ist es verständlich, dass der Blick der Autoren sich an der Umwelt, in der die porträtierte Person gelebt und gewirkt hat, festhält. Hier läuft man jedoch Gefahr, derart in den Hintergrundinformationen stecken zu bleiben, dass der Porträtierte selbst nicht zur Geltung kommt. Diverse Abschweifungen und Exkurse sind ja an und für sich interessant, doch ist es vom Standpunkt des gewählten Genres aus nicht gerechtfertigt, wenn eine Biografie mehr allgemeine Informationen zu einem Beruf oder Tätigkeitsbereich liefert als zum ausgewählten Vertreter dieses Berufes. So ist es zwar hochinteressant, etwa über die Verehrung der heiligen Anna in Reval zu lesen, doch ist es eine andere Frage, auf welche Weise dies dazu beitragen soll, die Person des Kaufmanns Hans Bower zu charakterisieren, und inwieweit dieser Exkurs Licht auf eine so genannte Kollektivbiografie Revaler Kaufleute wirft. Vielleicht hätte man bei der „Schließung der Lücken“ mutiger die Lebensgeschichten anderer Personen desselben Tätigkeitsbereiches heranziehen können, so wie es Tiina Kala in ihrem Beitrag über den Stadtschreiber gelingt, indem sie neben Reinold Korner auch andere Stadtschreiber einer näheren Betrachtung unterzieht.

Ebenso kompliziert, wenn auch auf eine andere Weise, ist die Geschichte mit Johan Kullert, dem Vorsteher des St. Johannis-Siechenhauses. Es handelte sich um einen Kaufmann, der zum Ratsherrn, spä-

ter auch zum Bürgermeister gewählt wurde, und der im Rat mit der Aufgabe betraut war, als Vorsteher des besagten Siechenhauses zu fungieren. Was wäre in diesem Falle in den Fokus zu nehmen bzw. wessen Kollektivbiografie sollte Kullert repräsentieren? Tiina Kala will mit Hilfe der Person Kullerts die Armenversorgung in Reval und die Lebensumstände der im Siechenhaus untergebrachten Armen beschreiben. Ihr Aufsatz ist an und für sich in jeder Hinsicht seriös, interessant und gehaltvoll, nur wird einem nicht so ganz klar, um wessen Porträt es sich eigentlich handelt bzw. handeln müsste – um dasjenige der Person Kullerts oder um das der Bewohner des Siechenhauses? Johan Kullert wiederum war aber in erster Linie Kaufmann und Bürgermeister. Daher wäre seine Biografie dafür prädestiniert, Kaufleute oder Ratsherrn des mittelalterlichen Reval zu repräsentieren. Wie aber seine Lebensgeschichte eine kollektive Biografie der Bewohner des St. Johannis-Siechenhauses widerspiegeln soll, bleibt etwas undurchsichtig.

Der Fokus erweist sich aber nicht bei allen Beiträgen als Problem. Das Buch weist mehrere Texte auf, die in dieser Hinsicht durchaus ausgewogen sind. Das sicher gelungenste Porträt ist der von Juhan Kreem verfasste Artikel über den Revaler Ordenskomtur Paul von Steinen. Zum Gelingen dieses Porträts haben wohl mehrere Umstände beigetragen: Über Steinen standen zum einen in ausreichender Menge biografische Angaben zur Verfügung und der Autor ist zum anderen ein ausgewiesener Spezialist für die Geschichte des Ordens und hat zudem bereits über „seinen“ Komtur geschrieben, was sich mit Sicherheit vorteilhaft auf den vorliegenden Beitrag ausgewirkt hat.<sup>1</sup>

Im Ergebnis handelt es sich bei den „Zehn mittelalterlichen Revalensern“ jedoch um ein wirklich gutes Buch. Alle Kapitel sind gut lesbar und sind auf einem hohen Niveau verfasst. Aber der Wert dieses Bandes geht noch darüber hinaus: Fasst man die zehn Porträts zusammen, so fallen ein paar Umstände auf, die ihm noch eine weitere Dimension verleihen. Mehr als die Hälfte der präsentierten Personen waren nämlich keine gebürtigen Revalenser, sondern wanderten als Volljährige aus den deutschen Gebieten oder aus den Niederlanden ein. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, gehörten die Porträtierten zur Elite der Stadt. Somit stellen ihre Lebensgeschichten nicht einfach nur Persönlichkeiten des mittelalterlichen Reval dar, sondern fügen sich insgesamt zu einer Kollektivbiografie einer Hansestadt zusammen.

INNA PÖLTSAM-JÜRJO

---

<sup>1</sup> JUHAN KREEM: Paul von Steinen. Ein Gebietiger des Deutschen Ordens in Estland, in: Aus der Geschichte Alt-Livlands. Festschrift für Heinz von zur Mühlen zum 90. Geburtstag, hrsg. von BERNHART JÄHNIG UND KLAUS MILITZER, Münster 2004 (Schriften der Baltischen Historischen Kommission, 12), S. 239-259.

- Latvijas viduslaiku pils.* [Die mittelalterlichen Burgen Lettlands.] Hrsg. von IEVA OSE. Latvijas vēstures institūta apgāds [Verlag des Instituts für Lettische Geschichte],  
 Bd. 1: *Pētījumi par Rīgas arhibīskapijas pilīm.* [Forschungen über die Burgen im Erzbistum Riga.] Riga 1999. 368 S. ISBN 9984601269;  
 Bd. 2: *Latvijas viduslaiku piļu pētniecība 18.–20. gadsimtā.* [Forschungen über die mittelalterlichen Burgen in Lettland im 18.–20. Jahrhundert.] Riga 2001. 384 S. ISBN 9984601390;  
 Bd. 3: *Pētījumi par ordenpilīm Latvijā.* [Forschungen über die Ordensburgen in Lettland.] Riga 2002, 504 S. ISBN 9984602412;  
 Bd. 4: *Latvijas 12. gadsimta beigu – 17. gadsimta vācu piļu leksikons.* [Das Lexikon der deutschen Burgen in Lettland vom ausgehenden 12. bis zum 17. Jahrhundert.] Riga 2004. 592 S. ISBN 9984601072;  
 Bd. 5: *Pētījumi par Kurzemes un Zemgales pilīm.* [Forschungen über die Burgen in Kurland und Semgallen.] Riga 2005. 408 S. ISBN 9984601803.

Die Erforschung der Burgen Alt-Livlands hat eine Tradition, die bis auf die Arbeiten deutschbaltischer Historiker des 19. Jahrhunderts zurückgeht. Die damals erzielten Ergebnisse hat Karl von Löwis of Menar in seinem „Burgenlexikon für Alt-Livland“<sup>1</sup> 1922 zusammengefasst, das trotz seines Alters und den Untersuchungsergebnissen der folgenden achtzig Jahre bis heute noch von Nutzen ist. Den nächsten Markstein der Forschung setzte Armin Tuulse mit seinem Buch „Die Burgen in Estland und Lettland“ aus dem Jahr 1942<sup>2</sup>, womit er zugleich die bislang letzte Arbeit vorlegte, die Burgen des ganzen altlivländischen Territoriums zum Gegenstand hatte. Zwar hat man sich nach dem Zweiten Weltkrieg sowohl in Estland als auch in Lettland mit der weiteren Erforschung der Burgen beschäftigt, doch ist keine Gesamtdarstellung mehr entstanden. Den Überblick von Kalvi Aluve über die mittelalterlichen Burgen auf estnischem Gebiet<sup>3</sup> hat der Autor selbst als einen Zwischenbericht zum Thema bezeichnet, der die Ergebnisse der estnischen Burgenforschung bis zur Mitte der 1980er Jahre auf 90 Seiten zusammenfasst. Nur als Ergänzung behandelte Aluve acht Burgen auf lettischem Gebiet.

Die lettische Mediävistik hat sich in der Nachkriegszeit weitaus ausführlicher mit den „eigenen“ Burgen beschäftigt als die estnische Zunft, wobei jedoch anzumerken bleibt, dass die Ergebnisse zumeist entweder

<sup>1</sup> KARL VON LÖWIS OF MENAR: Burgenlexikon für Alt-Livland, Riga 1922.

<sup>2</sup> ARMIN TUULSE: Die Burgen in Estland und Lettland, Dorpat 1942 (Õpetatud Eesti Seltsi Toimetused, 33).

<sup>3</sup> KALVI ALUVE: Eesti keskaegsed linnused [Die mittelalterlichen Burgen Estlands], Tallinn 1993.

überhaupt nicht oder nur in Fachpublikationen mit kleiner Auflage veröffentlicht worden sind. Diese Umstände haben das Institut für Lettische Geschichte der Lettischen Universität (Riga) nun dazu bewogen, eine Publikationsreihe über die mittelalterlichen Burgen Lettlands zu starten, in der die Ergebnisse der Feld- und Quellenforschungen von mehr als fünfzig Jahren zusammengefasst werden. Die Initiatorin und zugleich die Seele des gesamten Vorhabens war von Beginn an die Archäologin und Kunsthistorikerin Dr. Ieva Ose.

Die Reihe eröffnete 1999 ein Band über die Burgen des Rigaer Erzbistums, der in Zusammenarbeit mit dem Museum-Kulturschutzgebiet Treiden herausgegeben wurde. Daher widmen sich die Autoren hier auch mehr der musealen Seite des Themas. Einleitend bietet Ieva Ose einen Überblick über die Burgen des Rigaer Erzbistums, wobei sie auf ihre Entstehungsgeschichte, die Prinzipien bei der Ortswahl, Datierungsfragen, Besitzverhältnisse und typologische Fragen der Architektur näher eingeht. Die Mehrheit der Aufsätze des ersten Bandes beschäftigt sich mit Treiden als der wichtigsten Burg der Diözese. Immerhin ist sie seit über vierzig Jahren Objekt von Ausgrabungen sowie Konservierungs- und Restaurierungsarbeiten gewesen. Seit den 1970er Jahren stehen die archäologischen Untersuchungen bei Treiden unter der Leitung von Jānis Graudonis, der schon fast das ganze Burggelände umgegraben hat. Mit Graudonis' Archäologen arbeitete der Architekt Gunārs Jansons zusammen, der die räumlichen Dimensionen der Burganlage rekonstruiert und die zu restaurierenden Bauabschnitte projiziert hat. Während ihrer Zusammenarbeit sind die beiden Wissenschaftler allerdings zu durchaus unterschiedlichen Ansichten in Bezug auf die Gründungszeit der Burg, ihre Entwicklung und die Datierung und Rekonstruktion ihrer einzelnen Teile gelangt, die auch im Sammelband dokumentiert werden. Graudonis schreibt hier über „Die archäologische Erforschung der Burg Treiden“ und Jansons über „Die Entwicklung der Fortifikationen der Burg Treiden. Ein Rekonstruktionsversuch“. Beide Autoren analysieren dabei detailliert sowohl den Aufbau als auch die historische Entwicklung der Burg. Aus Jansons' Feder stammt auch ein kurzer Beitrag über einen Einzelfund aus der Burg – einen Backstein mit der Abbildung eines Menschen. Die Ausführungen des Archäologen und des Architekten werden ergänzt (und wohl auch zum Teil ausgeglichen) mit den bislang von der Forschung kaum genutzten Protokollen der Burgrevisitionen von 1582 und 1590, wobei der polnische Originaltext mit einer lettischen Übersetzung versehen ist.

Die langjährige Museumsdirektorin von Treiden, Anna Jurkāne, berichtet von der Gründung des Museum-Kulturschutzgebietes, über die Exposition der Burgarchitektur und die Veranstaltungen des Museums, das zudem über eine bemerkenswerte Sammlung historischer Darstellungen von der Burg und ihrer Umgebung verfügt. Mit einigen alten

Ansichtskarten und Fotos der Burgen Treiden, Segewold und Kremen macht Egīls Jemeljanovs bekannt. Heutzutage haben diese Ansichtskarten allein schon deshalb einen historischen Quellenwert, weil sich das Äußere der Burg in den letzten hundert Jahren zum Teil bis zur Unkenntlichkeit verändert hat, wofür neben dem natürlichen Verfall jedoch auch die Restaurationsarbeiten verantwortlich waren.

In einem zweiten Teil beschäftigt sich dieser Band auch mit den übrigen Burgen des Rigaer Erzbistums. Unter der Leitung des Archäologen Ēvalds Mugurēvičs sind auch in der Burg Holme umfangreiche Ausgrabungen durchgeführt worden; sein Beitrag stellt einige schriftliche Quellen zu ihrer Geschichte vor. Andris Caune, ein Spezialist für die Geschichte, behandelt in seinem Aufsatz die bischöflichen Höfe der Stadt, von denen heute oberhalb des Erdbodens nichts mehr zu erkennen ist. Dabei trägt er die bisherigen Forschungsergebnisse zu den Mauerresten des ersten Bischofshofs in der Nähe der späteren Johanniskirche sowie die zum erzbischöflichen Residenzhof in der Nähe des Doms zusammen und hinterfragt die traditionellen Interpretationen. Die Architektin Tatjana Viitola hat in den Ruinen von zwei ehemaligen erzbischöflichen Burgen in Lemsal und Ronneburg Vermessungen durchgeführt, auf deren Grundlage sie nun eine Rekonstruktion der räumlichen Dimensionen beider Burgen vorschlägt. Schließlich informiert Ieva Ose über die erzbischöfliche Wirtschaftsburg Pebalg, in der allerdings noch keine Untersuchungen durchgeführt worden sind.

Der dritte Teil des Sammelbands hat die Vasallenburgen des Rigaer Erzbistums zum Thema. Die Archäologin Anna Zariņa zeigt aufgrund der archäologischen Daten, dass sich in der Nähe der späteren steinernen Ordensburg von Lennewarden Anfang des 13. Jahrhunderts wohl der erste Wohnsitz des bischöflichen Vasallen Daniel befunden hat. Māris Atgāzis, der auf dem Gebiet der Burg Alt-Dahlen Ausgrabungen durchgeführt und den Grundriss des ehemaligen Festungsbaus bloßgelegt hat, stellt in seinem Aufsatz neue Daten über die dabei freigelegten Baukonstruktionen vor und bringt diese mit den schriftlichen Quellen in Verbindung. Ieva Ose wiederum berichtet über die Vasallenburg Rosenbeck, die in der bisherigen Literatur wenig Aufmerksamkeit gefunden hat.

Beim 2001 veröffentlichten zweiten Band der Reihe handelt es sich um eine Monographie von Ieva Ose über die Erforschung der mittelalterlichen Burgen in Lettland vom 18. bis zum 20. Jahrhundert. Zunächst war dieser Text als Einleitung zu einem Buch über die Burgen auf lettischem Gebiet gedacht, doch sammelte sich schließlich derartig viel Material an, dass die Autorin entschied, es als selbstständige Arbeit zu publizieren. Die Geschichte der einschlägigen Untersuchungen beginnt Ende des 18. Jahrhunderts, als die ersten Freunde des Altertums anfangen, Burgen abzuzeichnen und Informationen über sie zu sammeln. Es

folgt ein Überblick über die Forschungsaktivitäten in der zweiten Hälfte des 19. und zu Anfang des 20. Jahrhunderts, wobei auch die Herausbildung der akademischen Forschungstradition und die Herausgabe der ersten Überblicksdarstellungen angesprochen werden. Ausführlich wird auf die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg eingegangen, da damals der Grundstein für die interdisziplinäre Burgenforschung gelegt wurde, an der sich sowohl Archäologen als auch Architekten und Historiker beteiligten. Die Ergebnisse dieser Arbeiten werden kritisch analysiert, wobei die Autorin auch zahlreiche Hinweise auf Desiderata der Forschung gibt. Ihr Hauptaugenmerk richtet sich dabei jedoch auf Burgen als bauhistorische Denkmäler, denn den archäologischen Funden wird weitaus weniger Aufmerksamkeit gewidmet.

Im zweiten Teil präsentiert Ose die Biographien der fünf wichtigsten Spezialisten auf dem Gebiet der Burgenforschung. Der älteste der hier behandelten Persönlichkeiten ist Julius Döring, ein Künstler und Heimatforscher, der in der Kurländischen Gesellschaft für Literatur und Kunst aktiv war. Er sammelte Informationen über verschiedene historische Bauwerke in Kurland und Semgallen und fertigte Zeichnungen von ihnen sowie ihren Grundrissen an. Des Weiteren wird Wilhelm Neumann vorgestellt, der als erster die Burgen in Lettgallen vermessen hat. Die von ihm angefertigten Grundrisse verschiedener historischer Bauten, seine Fassaden- und Detailzeichnungen sind heute noch in Gebrauch. Die dritte wichtige Persönlichkeit ist der Architekt Reinhold Guleke, dessen 1896 veröffentlichtes Album „Alt-Livland“<sup>4</sup> Fotos und Maßzeichnungen von livländischen Burgen enthält. Über sein Leben und Werk gibt sein persönliches Archiv Auskunft, das von Otto Bong, einem deutschbaltischen Bibliophilen, entdeckt wurde, und sich seit 1995 in der Lettischen Nationalbibliothek in Riga befindet. Anschließend wird das Lebenswerk des bereits angesprochenen Karl von Löwis of Menar gewürdigt. Der fünfte Wissenschaftler, dem in einem längeren Kapitel vorgestellt wird, ist Armin Tuulse. Seine bereits genannte Dissertation über die Burgen Est- und Lettlands dient bis heute als eine Art Handbuch für die Burgenforschung.

Der dritte Teil des Bandes liefert einen Überblick über unveröffentlichte Quellen. Hier geht die Autorin näher auf die Sammlungen des Historischen Staatsarchivs Lettlands ein, aber auch auf Material, das sich außerhalb Lettlands befindet – vor allem im Stockholmer Kriegsarchiv. An visuellen Quellen werden das Album von Marquis Paulucci aus den Jahren 1827–1830, das in der Handschriftenabteilung der Akademischen Bibliothek Lettlands aufbewahrt wird, sowie die Sammlung von Zeichnungen Karl von Ungern-Sternbergs aus dem Estnischen Historischen Museum vorgestellt. Das überaus gründlich gearbeitete Quel-

<sup>4</sup> REINHOLD GULEKE: Alt-Livland. Mittelalterliche Baudenkmäler Liv-, Est-, Kurlands und Oesels. Folge 1-9, Leipzig 1896.



len- und Literaturverzeichnis zum Thema Burg stellt zweifellos denjenigen Teil des Bandes dar, der in Zukunft wohl am meisten gebraucht werden wird.

Das dritte Buch der hier vorgestellten Reihe ist den Burgen des Deutschen Ordens gewidmet (2002). Die Einführung in das Thema stammt wiederum von Ieva Ose, die hier die Entstehung der Ordensburgen und die Entwicklung des Burgennetzwerks sowie die Datierung der Festungsbauten und ihre Typologie näher untersucht. Zahlreiche Aufsätze sind den Ordensburgen Bauske, Riga und Segewold gewidmet. Über die Ordensburg Bauska und die Residenz des kurländischen Herzogs, die Ende des 16. Jahrhunderts im Burgvorhof errichtet wurde, informieren drei Artikel. Der Archäologe Andris Caune verfügt über eine fünfzehnjährige Erfahrung mit Ausgrabungen auf diesem Gelände und analysiert in seinem Text die Hintergründe der Burggründung sowie ihre Bauzeit und kommt zu dem Schluss, dass sich erst im 15. Jahrhundert, als sich die Beziehungen zwischen Litauen und Livland zuspitzten, die Notwendigkeit abzeichnete, in Bauske eine Burg zu errichten. Der Historiker Jānis Grūbe schreibt über die Entwicklung der Erdwälle der Burg Bauske von Ende des 16. bis zum Anfang des 18. Jahrhunderts. Seine Ausführungen beruhen auf Ausgrabungsergebnissen, historischen Landkarten und Plänen sowie auf den wenigen zur Verfügung stehenden schriftlichen Quellen. Aufgrund dieser Angaben arbeitet er ein Modell für die Entwicklung des Rondells, der Bastionen und der Kurtine heraus. Die Kunsthistorikerin Taiga Skane behandelt in ihrer Arbeit die Dekorarbeiten im Putz der Fassaden des Nordostturms sowie des Ostflügels der neuen Burg von Bauske – der Herzogresidenz –, die am Ende des 16. Jahrhunderts gebaut wurde. Sie sind ein Beispiel für die Sgraffito-Technik und stellen damit eine Ausnahme für das ganze Ostbaltikum dar. Darüber hinaus bietet ihr Beitrag einen Überblick über die Restaurierung des Putzes, die in Zusammenarbeit mit tschechischen Restauratoren durchgeführt wurde.

Zwei weitere Aufsätze beschäftigen sich mit der Rigaer Ordensburg. Der Archäologe Jānis Ciglis untersucht in seiner Arbeit die Dokumente der Burgrevision von 1590. Mit ihrer Hilfe, aber auch aufgrund der Grabungsergebnisse von 1994/95 und 2001 sowie einer visuellen Analyse des Burginneren rekonstruiert er die räumliche Dimension aller Stockwerke der Rigaer Burg im 16. Jahrhundert. Der Architekt Ilmārs Dirveiks wiederum beschreibt auf der Grundlage aller an der Vorburg gewonnenen Daten über die Architektur des 14. bis 16. Jahrhunderts erstmals die gotischen Fenster und Portale der Burg. Zudem differenziert er die Datierung verschiedener Abschnitte der Vorburg und fügt eine graphische Rekonstruktion zweier Bauabschnitte hinzu.

Die Beiträge über die Burg von Segewold werden eingeleitet von einem Überblick des Architekten Jānis Apals über die städtebauliche Stra-

tegie des Ordens und des Bischofs im Tal der Livländischen Aa im 13. und 14. Jahrhundert. Für seine Studie hat er vor allem schriftliche Quellen ausgewertet, die er um die archäologischen Daten der Ausgrabungen in Treiden, Arrasch, Wenden, Segewold und Wolmar ergänzt. Tatjana Vitola fasst die von ihr in den Jahren 1968–2000 geleiteten Konservierungs- und Restaurationsarbeiten in Segewold kritisch zusammen. Sie analysiert zudem neue bauhistorische Daten und präsentiert detaillierte Skizzen von den Fassaden und den Baudetails. Der Historiker Normunds Treijs stellt abschließend die Ergebnisse der archäologischen Untersuchungen von 1987/88 kurz vor.

Am Ende dieses Bandes werden die jüngsten Ergebnisse der Fortifikationsforschung zu verschiedenen Burgtypen zusammengefasst. Die Archäologin Tatjana Berga informiert über die Ergebnisse der Ausgrabungen in der Burg Wolmar (1988–1996), beschreibt dabei den Aufbau der bis dahin nicht freigelegten Vorburgkeller sowie die darin entdeckten Funde und ergänzt den Grundriss der Burg um einige neue baulichen Details. Die älteste Steinbefestigung auf lettischem Gebiet war die am Ende des 12. Jahrhunderts errichtete Burg in Üxküll mit ihrer Kirche. Gunārs Jansons widmet sich in seinem Beitrag einem Detail dieser Burgkirche – der fünfblättrigen Rosette. Er weist ihre Verbindungen mit den Zisterziensern und Bernhard zur Lippe nach, der aus Westfalen nach Livland gekommen war, und datiert die Rosette und damit auch die Bauzeit der Kirche mit ihrem viereckigen Chor in das erste Viertel des 13. Jahrhunderts. Dies wiederum hat zur genaueren Bestimmung der Baustapen und Datierungen der Burg beigetragen. Ieva Ose hat aus verschiedenen Quellen Daten über die bislang archäologisch nicht untersuchte Burg in Ascheraden zusammengetragen und daraus eine neue Rekonstruktion ihres Grundrisses im 14. und 15. Jahrhundert abgeleitet, der sich wesentlich von der von Karl Löwis of Menar präsentierten Version unterscheidet. Die Archäologen Ēvalds Mugurēvičs und Roberts Sprīģis geben in ihren jeweiligen Beiträgen einen Überblick über die Geschichte der Brunnen lettischer Burgen vom Ende des 12. bis zum 18. Jahrhundert.

Der Band endet mit einigen Quellenpublikationen. Unter den Quellen zu den Burgvisitationen des Deutschen Ordens von 1488, die der polnische Historiker Marian Biskup veröffentlicht hat, gibt es Angaben über die Lebensmittelversorgung und die Bewaffnung der livländischen Burgen.<sup>5</sup> Die Historikerin Anita Meinarte hat einige Informationen zu Zeichnungen und Aquarellen kurländischer Burgen und Ruinen von Hermann Friedrich Waeber zusammengetragen. Dabei ist es ihr gelun-

<sup>5</sup> Vgl. Visitationen im Deutschen Orden im Mittelalter, hrsg. von MARIAN BISKUP, IRENA JANOSZ-BISKUPOWA, Bd. 1-2, Marburg 2002–2004 (Quellen und Studien zur Geschichte des Deutschen Ordens, 50; Veröffentlichungen der Internationalen Historischen Kommission zur Erforschung des Deutschen Ordens, 10).

gen, deutlich mehr Zeichnungen zu entdecken, als bis jetzt bekannt waren. Da diese Skizzen vor fast zweihundert Jahren entstanden und die Burgen in der Zwischenzeit ziemlich baufällig geworden sind, handelt es sich um kulturhistorisch sehr wertvolle Quellen. Ēvalds Mugurēvičs hat die Hausordnung und die Lebensregeln der ehemaligen Bischofsresidenz im preußischen Heilsberg aus den 1480er Jahren ins Lettische übersetzt. Der Paralleltext auf Lettisch und Latein ist mit einem einleitenden Aufsatz versehen worden. Ieva Ose hat die Skizzen von kurländischen und semgallischen Ordensburgen aus dem Album Pauluccis reproduziert und diese mit kurzen Annotationen versehen. Die Revisionsprotokolle der Burg Segewold aus den Jahren 1582 und 1590 werden hier von Jānis Zemzaris im polnischen Original mit einer lettischen Übersetzung publiziert.

Der vierte Band der Reihe ist ein von Andris Caune und Ieva Ose herausgegebenes Burgenlexikon Lettlands vom Ende des 12. bis zum 17. Jahrhundert (2004). Es bietet eine ausführliche Einleitung, die auch ins Deutsche übersetzt worden ist, während die Lexikonartikel hingegen nur in lettischer Sprache vorliegen. Dieses Werk stellt Informationen über 136 Burgen zusammen, worunter sowohl im Allgemein bekannte Steinburgen als auch hölzerne Befestigungsanlagen sind, über die man zwar Quellenberichte finden kann, die aber zum Teil nicht einmal eindeutig zu lokalisieren sind. Das Lexikon ist alphabetisch aufgebaut und bietet zu jeder Burg folgende Angaben: den historischen Namen (Latein, Deutsch, Polnisch und Russisch), den Standort, einen kurzen historischen Überblick, eine Beschreibung, Angaben zu den durchgeführten Forschungsarbeiten, Hinweise zu Literatur sowie Pläne und Abbildungen. Darüber hinaus finden sich hier Grundrisse, historische Abbildungen und aktuelle Fotos der Burgen.

Das fünfte Band ist den Burgen in Kurland und Semgallen gewidmet (2005). Die Einführung von Ieva Ose gibt einen guten Überblick sowohl über die historischen Ereignisse in diesem Gebiet vom Beginn der deutschen Eroberung bis zur Gründung des Herzogtums Kurland und Semgallen, als auch über das Schicksal der unterschiedlich alten Burgen in jüngster Zeit. Einige der hier präsentierten Artikel sind allerdings bereits vor Jahrzehnten verfasst worden. Ergänzt wird der Band mit Hinweisen zu den einzelnen Personen, die sich mit den Burgen beschäftigt haben, sowie mit einigen Quellen.

Im ersten Teil berichtet Andris Caune über die Bischofsburg in Babat, die nur im 13. Jahrhundert kurz existiert hat. Mārīte Jakovļeva, die wohl beste Kennerin der Geschichte des Herzogtums Kurland und Semgallen, hat Daten über die Burgen von Grobin und Schründen im 17. und 18. Jahrhundert zusammengetragen und zeigt damit, dass noch zahlreiche bislang ungenutzte Quellen zu den mittelalterlichen Burgen zu finden sind. Der Historiker Roberts Malvess (1905–1982) hat sich

seit den 1960er Jahren ausführlich mit der bauhistorischen Burgenforschung beschäftigt, viele seine Arbeiten blieben jedoch zu seinen Lebzeiten unveröffentlicht. Hier werden Ausschnitte aus zwei Untersuchungen über die Burgen in Bauske (1980) und Dondangen (1979) präsentiert, die sowohl durch eine gründliche Kenntnis der schriftlichen Quellen bestehen als auch dadurch, dass sie die Bau- und Nutzungsgeschichte der Burgen in einen breiten historischen Kontext einfließen lassen.

Im zweiten Teil des Bandes finden sich archäologisch ausgerichtete Beiträge. Andris Caune berichtet über den Südostturm der Vorburg von Bauske, der 1982–1987 freigelegt worden ist. Erstmals veröffentlicht er hier die Maßzeichnungen des Turmes und erklärt, wozu er gebraucht wurde. Ēvalds Mugurēvičs beschreibt die Ausgrabungsergebnisse in den Burgruinen von Pilten (1976), wobei wichtige Informationen über die Burgbrücke zu Tage getreten sind. Der Archäologe Guntis Zemītis blickt auf die Ausgrabungen in Mitau 2001 und 2002 zurück, als vor dem Ostflügel des heutigen Barockschlosses überzeugende Beweise für den Standort der Burg im 16. und 17. Jahrhundert entdeckt werden konnten.

Im dritten Teil finden sich zwei Texte von Architekten. Tatjana Vītola beschreibt Untersuchungen in der Burgruine in Doblen in den Jahren 1984–1986 und stellt Restaurierungspläne vor, die bis heute jedoch nicht realisiert worden sind. Schon in den 1930er Jahren beschäftigte sich der Heimatkundler Walfried Fromhold-Treu (1886–1946) mit der Burg Goldingen. Im Buch ist seine Rekonstruktion der Burg in lettischer Übersetzung mit den entsprechenden Bildern zu sehen.

Der nächste Abschnitt des Bandes beschäftigt sich mit den Persönlichkeiten, die sich der Burgenforschung verschrieben haben. Ieva Ose berichtet über den gerade erwähnten Walfried Fromhold-Treu und seinen Beitrag zur Erforschung der kurländischen Altertümer. Die Historikerin Anita Meinarte informiert über die Zeichnungen lettischer Burgen von August Georg Wilhelm Petzold; sie konnte einige der bislang als verloren geltenden Zeichnungen wieder entdecken. Die Historikerin Gunita Baumanē hat aus der umfangreichen Fotosammlung von Oskar Emil Schmidt aus den Jahren 1885–1913 Abbildungen von Burgen und Burgruinen herausgesucht und die Schmidt betreffenden biographischen Angaben ergänzt. Andris Caune wiederum schreibt über den Architekten und Fotografen Teodors Cīparsons, der in den 1960er und 1970er Jahren historische Bauten auf lettischem Gebiet fotografiert hat.

Abschließend folgen noch einige Quellenpublikationen. Anhand der hier im deutschen Original mit einer lettischen Übersetzung publizierten Inventarisierungsprotokolle von 1711 und 1719 kann man sich eine Vorstellung über die Burg Doblen machen. Wiederholt werden einige Zeichnungen aus dem Album des Marquis Paulucci gezeigt. Ieva Ose präsentiert Fotos von Steinfliesen des 16. Jahrhunderts aus der Burg Pilten gemeinsam mit älteren Zeichnungen, die Ēvalds Mugurēvičs im ehe-

maligen Archiv des Denkmalschutzamtes gefunden hat. Diese Quellen sind nicht nur für die Erforschung der kurländischen Bischofsresidenz von Bedeutung, sondern für die lettische Kulturgeschichte allgemein.

Während im ersten Band der Reihe noch Texte von lettischen Wissenschaftlern der älteren Generation den Ton angaben, finden sich in den späteren Bänden auch Arbeiten jüngerer Archäologen und Historiker. Methodisch überwiegt eine eher konservative Herangehensweise, was wiederum verständlich ist, wenn man sich vor Augen führt, vor wie langer Zeit die Artikel verfasst bzw. die ihnen zugrunde liegenden Angaben gesammelt worden sind. Trotzdem ist ihnen durchaus ein hohes professionelles Niveau zu bescheinigen. Die Aufsätze werden ergänzt von zahlreichen schwarz-weißen und farbigen Illustrationen. Englische und deutsche Zusammenfassungen der Beiträge sorgen für eine Verbreitung der Erkenntnisse über die Grenzen der lettischen Fachwelt hinaus.

ANNELI RANDLA

TÕNU RAID: *Eesti teedevõrgu kujunemine*. [Die Herausbildung des Straßennetzes in Estland.] Verlag Punnpaap. Tallinn 2005. 255 S. ISBN 9949132282.

Das historische Straßennetz auf dem Gebiet des heutigen Estlands, seine Herausbildung und Dichte sowie die Kommunikation zwischen verschiedenen Regionen allgemein ist schon seit jeher für Archäologen wie Historiker unter wirtschaftlichen, militärpolitischen oder kommunikativen Aspekten von Interesse gewesen. Dessen ungeachtet ist dieses Thema bis heute in Estland noch keiner konzisen Betrachtung unterzogen worden – im Gegensatz zu den Nachbarländern. Die estnische Forschung musste sich daher mit den in verschiedenen historischen Darstellungen verstreuten Beobachtungen über das Straßennetz begnügen oder sich auf die Arbeiten des lettischen Historikers Vilnis Pāvulāns<sup>1</sup> stützen und seine Forschungsergebnisse von den lettischen auf die estnischen Verhältnisse übertragen. Gleichzeitig sind die Voraussetzungen zur Erforschung der Entwicklung des hiesigen Straßennetzes äußerst günstig, weil sich im Laufe der letzten 300 Jahre in den Archiven eine Vielzahl von Karten und dazugehörigen Begleitwerken angesammelt hat. Der so genannte große schwedische Kataster wie auch andere Karten aus der

---

<sup>1</sup> Siehe beispielsweise VILNIS PĀVULĀNS: *Satiksmes ceļi Latvijā XIII–XVII gs.* [Verkehrswege in Lettland im 13.–17. Jahrhundert], Riga 1971.

schwedischen Großmachtzeit sind bis jetzt vor allem von Bevölkerungs- und Agrarhistorikern herangezogen worden.<sup>2</sup>

Neben den in der ersten Hälfte der 1680er Jahre im Zusammenhang mit der Güterreduktion entstandenen Katasterkarten werden in den Zentralarchiven Estlands,<sup>3</sup> Lettlands<sup>4</sup> und Schwedens zahlreiche andere geometrische Karten aus der schwedischen Großmachtzeit aufbewahrt, darunter auch solche, auf denen die Lage der Wege verzeichnet ist. 2001 veröffentlichte Ulla Ehrensvärd einen Katalog der in den schwedischen Archiven – überwiegend im Kriegsarchiv – befindlichen Karten von Estland.<sup>5</sup> Vielen Historikern wurde dieser Katalog im wahrsten Sinne des Wortes zu einem Wegweiser zu den Reichtümern der schwedischen Archive, und er war bestimmt auch für Tõnu Raid beim Verfassen des vorliegenden Bande eine große Hilfe. Einleitend sei vorausgeschickt, dass Raid ein professioneller Geodät ist und deshalb die kartographischen Quellen auf solche Informationen hin auszuwerten weiß, die ein Historiker vielleicht übersehen könnte.

Man kann ohne Zögern behaupten, dass Raid ein wichtiges Thema aufgenommen hat und dass sein Buch einen festen Platz in der estnischen Geschichtsschreibung einnehmen wird. Das Ziel seiner Arbeit hat Raid sowohl in der Einleitung als auch in einigen Unterkapiteln zu erläutern versucht: Er wolle aufgrund der Karten die Entstehung und Entwicklung des Straßennetzes in Est- und Livland vom Beginn des Mittelalters bis zur Veröffentlichung der ersten Karten in den Überseeprovinzen des schwedischen Reiches und von dort bis zum Jahr 1940 verfolgen (S. 6). Darüber hinaus beabsichtigte der Verfasser einen vorläufigen Überblick über den Einfluss von Naturbedingungen auf die Entwicklung der Straßen zumindest für die historische Zeit zu geben (S. 9). Schließlich prä-

<sup>2</sup> Einige Beispiele für die Auswertung des großen schwedischen Katasters sowie des übrigen Kartenmaterials im Kontext der Agrargeschichte seien hier genannt: HERBERT LIG: Põllumajanduslik maakasutus Eestis XVI-XII sajandil [Landwirtschaftliche Bodennutzung in Estland im 16.-17. Jahrhundert], Tallinn 1963, S. 6 ff.; ÜLLE LIITOJA-TARKIAINEN: Hajatalud ja külad Põhja-Liivimaal 17. sajandil [Streuhöfe und Dörfer in Nordlivland im 17. Jahrhundert], Tartu 2000, S. 40 ff.; ÜLLE TARKIAINEN: Geometriska kartor från Estland och norra Livland som källor för bosättningshistorisk forskning [Geometrische Karten aus Estland und Nordlivland als Quellen der bevölkerungshistorischen Forschung], in: Nationalutgåva av de äldre geometriska kartorna: konferens i Stockholm 27-28 november 2003 [Nationaledition der älteren geometrischen Karten: Konferenz in Stockholm 27.-28. November 2003], Stockholm 2005, S. 61-80.

<sup>3</sup> Das Register der historischen Karten im Estnischen Historischen Archiv (künftig: EAA, Eesti Ajalooarhiiv): <http://www.eha.ee/kaardidreg/kaardid/kaardid.php?p?module=85&op=1&lang=ee>

<sup>4</sup> Lettisches Historisches Staatsarchiv, Bestände Nr. 7404 und 6828.

<sup>5</sup> ULLA EHRENSVÄRD: Topographica Estoniæ: handritade kartor och ritningar över Estland i svenska offentliga samlingar / Handgezeichnete Karten und Zeichnungen von Estland in schwedischen öffentlichen Sammlungen, in: Eesti Teadusliku Seltsi Rootsis Aastaraamat [Jahrbuch der Estnischen wissenschaftlichen Gesellschaft in Schweden] XII (1991-1999), Stockholm 2001, S. 5-289.

zisiert Raid in der Mitte seines Buches seine Absicht noch einmal: Hier heißt es nun, dass er mithilfe der Karten beweisen wolle, dass die Hauptstraßen Estlands während der fast 300 Jahre von 1680–1940 ihren Verlauf nicht geändert haben (S. 61, 74). Zudem versucht Raid anhand einer retrospektiven kartographischen Analyse zu zeigen, dass die Haupttrassen wenigstens seit der Mitte des 13. Jahrhunderts bis zum 17. Jahrhundert durch dieselben Gegenden verlaufen sind. Diese Hypothese, dies sei vorausgeschickt, wird im Buch auch bestätigt. Raid vergleicht die kartographischen Quellen des 17. Jahrhunderts, die Karten der estnischen Streitkräfte aus den 1920er und 1930er Jahren, die so genannten Ein-Werst-Karten vom Ende des 19. Jahrhunderts und die Drei-Werst-Karten aus den Jahren 1856–1866 miteinander und stellt fest, dass das Straßennetz – zumindest die Hauptstraßen – seit dem Ende des 17. Jahrhunderts mehr als 300 Jahre lang stabil geblieben ist (S. 74f.). Etwas problematischer wird es mit der Zeit vor dem 17. Jahrhundert, weil wir aus dieser Periode keine Karten besitzen und uns bei der Suche nach Vergleichsmaterial mit den Ortsnamen und solchen Angaben begnügen müssen, die aus anderen Quellen überliefert sind (S. 72).

Bevor wir uns den inhaltlichen Problemen zuwenden, seien zunächst einige Bemerkungen über den Aufbau des Werks gestattet. Beim Lesen gewinnt man den Eindruck, dass das Buch aus mehreren, zu verschiedenen Zeiten verfassten Artikeln zusammengestellt ist, worunter der bei einem wissenschaftlichen Werk zu erwartende logische und einheitliche Aufbau offensichtlich gelitten hat. Es wurde schon angemerkt, dass Raid seine Leser in verschiedenen Kapiteln mit den Zielen des Buchs bekannt macht. Etwas komplizierter wird es noch mit dem historiographischen Überblick. Anspruch auf diesen Titel könnte z.B. das Kapitel „Die Erforschung der Geschichte der Landstraßen bei uns und in den Nachbarländern“ (S. 50–53) erheben; Bemerkungen zur Historiographie kommen aber auch anderswo vor, beispielsweise im Kapitel „Methoden der Landstraßenforschung“ (S. 61–67). Wünschenswert wäre demgegenüber ein zusammenfassender historiographischer Überblick am Anfang des Buches gewesen. Zu ergänzen wäre Raids Bibliographie mit Werken über Skandinavien, wie z.B. die gemeinsame Ausgabe der Postmuseen von Dänemark, Norwegen, Schweden und Finnland über die ältesten Postwege des Nordens, die 2004 in fünf Sprachen (neben den Nationalsprachen auch in Englisch) erschienen ist<sup>6</sup> und Angaben über die wichtigsten Postwege des Nordens im 17. Jahrhundert enthält. Darüber hinaus veröffentlichte das schwedische Postmuseum im selben Jahr in Schwedisch, Finnisch und Englisch einen Band mit dem Titel „Der Postweg

<sup>6</sup> Im Schwedischen lautet der Titel des Buches: *Längs Nordens äldsta postvägar: de nordiska postvägarna under 1600-talet* [Entlang den ältesten Postwegen des Nordens: Die nordischen Postwege im 17. Jahrhundert], hrsg. von HANS RUNGE KRISTOFFERSEN, København 2004.

über Land und Meer“.<sup>7</sup> Unverständlich bleibt, warum unter den genannten lettischen Autoren neben Pāvulāns nur noch Adolfs Karnups und Georg Jenšs auftauchen, deren Arbeiten schon aus den 1930er Jahren stammen, während die Publikationen von Pārsla Pētersone, die sich in den letzten zehn Jahren als bedeutende Posthistorikerin erwiesen und auf der Grundlage von Archivquellen die Entwicklung des Poststraßennetzes in ganz Livland untersucht hat, unberücksichtigt bleiben.<sup>8</sup>

Die Arbeiten estnischer Historiker werden in Raids historiographischen Bemerkungen zudem deutlich unterschätzt. Zwar werden die Archäologen Ain Lavi und Evald Tõnisson erwähnt, doch hätte man auch die Beiträge von Julius Bleyer, Otto Liiv, Arnold Soom, Kalvi Aluve, Erik Selli, Elmar Ojaste, Ago Loko u.a. für die Erforschung der Straßengeschichte hervorheben können. Obwohl das Straßennetz in den Schriften der genannten Autoren nur eine untergeordnete Rolle spielt, kann man ihnen durchaus interessante Informationen entnehmen. Soom beispielsweise erörtert in seiner 1940 veröffentlichten Dissertation die Problematik des Wasserwegs von Pernau über Fellin und Dorpat nach Pleskau.<sup>9</sup> Dieser Verkehrsweg wird in Raids Buch zwar behandelt (S. 10), doch bleiben die Standpunkte von Soom unberücksichtigt. Auch der Rezensent hat in seinen Artikeln über die Postgeschichte des 17. Jahrhunderts neue, aus den Archivquellen gewonnene Angaben zum Verlauf der Postwege und zu deren Entwicklung herangezogen. Raid hat diese Angaben benutzt, ohne jedoch immer auf die Quelle hinzuweisen. Darüber hinaus hätte das Buch bestimmt von den einschlägigen Artikeln Arvo Terings<sup>10</sup> und Kalev Koppels<sup>11</sup> profitieren können. Alles in allem

<sup>7</sup> BO ANDERSSON u.a.: *Postvägen över land och hav: Stockholm - Åland - Åbo: en historisk resehandbok genom tre regioner* [Der Postweg über Land und Meer: Stockholm - Åland - Åbo: Ein historisches Reisehandbuch durch drei Regionen], Stockholm 2004 (Meddelanden från Postmuseum, 52).

<sup>8</sup> PÄRSLA PĒTERSONE: Entstehung und Modernisierung der Post- und Verkehrsverbindungen im Baltikum im 17. Jahrhundert, in: *Acta Baltica* 35 (1997), S. 199-216; DIES.: Riga als bedeutender Knotenpunkt im schwedischen Post- und Verkehrssystem des 17. Jahrhunderts, in: *Symposium zur Postgeschichte Lettlands*. Riga 11. August 2001, S. 3-11; DIES.: Riga als ein Knotenpunkt im schwedischen Post- und Verkehrssystem um die Ostsee im 17. Jahrhundert, in: *Der Westfälische Frieden von 1648 – Wende in der Geschichte des Ostseeraums*. Für Prof. Dr. Dr. h. c. Herbert Ewe zum 80. Geburtstag, hrsg. von HORST WERNICKE, HANS-JÜRGEN HACKER, Hamburg 2001 (Greifswalder Historische Studien, 3), S. 401-415.

<sup>9</sup> ARNOLD SOOM: Die Politik Schwedens bezüglich des Russischen Transithandels über die estnischen Städte in den Jahren 1636–1656, in: *Õpetatud Eesti Seltsi Toimetused* [Verhandlungen der Gelehrten Estnischen Gesellschaft], Bd. 32, Tartu 1940, S. 235-237.

<sup>10</sup> ARVO TERING: Ülikoolidesse sõitvate eesti- ja liivimaalaste reisiolud 17.–18. sajandil [Über die Reisebedingungen der in die Universitäten reisenden Est- und Livländer im 17.–18. Jahrhundert], in: *Kultuuriloolised ekskursid* [Kulturhistorische Exkurse], Tartu 2000 (Eesti Ajalooarhiivi toimetised, 6 [13]), S. 67-117.

<sup>11</sup> KALEV KOPPEL: Kuidas kaardid kõnelesid: 17.–19. sajandi katastriplaanide esitumudel [Wie Karten sprachen: Ein Modell zur Präsentation von Katasterplänen



kann man also nicht völlig mit Raids Behauptung übereinstimmen, dass sich bis jetzt in Estland noch niemand mit seinem Thema beschäftigt habe (S. 50 und 64). Obwohl es tatsächlich keine speziellen Untersuchungen gibt, ist das Thema doch nicht völlig unerforscht geblieben.

Eine Frage für sich ist die Vorstellung der Archivquellen. Raids Hauptquelle sind die historischen Karten. Deren Informationsgehalt, Auswertungsmöglichkeiten sowie die damit verbundenen methodischen Fragen hat Raid zwar sehr ausführlich behandelt, doch finden sich auch diese Informationen verstreut in verschiedenen Teilen des Buches wieder. Darüber hinaus hätte man einige Quellen mehr heranziehen können, die auf den ersten Blick vielleicht zweitrangig erscheinen. Als Beispiel sei hier auf die Plakate der schwedischen Zentralmacht sowie ihrer lokalen Vertretungen hingewiesen. Zwar erwähnt Raid, dass während der 48 Jahre von 1661 bis 1709 im Gouvernement Estland 31 Plakate mit Anordnungen zum Wege- und Brückenbau, deren Reparatur und Instandhaltung erlassen worden seien – ohne dass sie freilich zur Verbesserung der Lage Maßgebliches beigetragen hätten (S. 30) –, doch wäre aus diesen und aus den analogen Plakaten des livländischen Generalgouverneurs zu ersehen gewesen, welchen bautechnischen Anforderungen die Straßendämme und die Brücken damals zu entsprechen hatten. Unverständlich bleibt auch, warum Raid die detaillierten Beschreibungen der von Reval ausgehenden Hauptlandstraßen aus dem Ende des 17. Jahrhunderts nicht benutzt hat. Diese Quellen befinden sich im Estnischen Historischen Archiv (*Eesti Ajalooarhiiv*) in den Beständen der Estländischen Ritterschaft (Bestand Nr. 854) und des Generalgouverneurs von Estland unter schwedischer Herrschaft (Bestand Nr. 1); einige von ihnen werden auch in der Livonica-Sammlung des schwedischen Reichsarchivs aufbewahrt. Aus diesen Beschreibungen geht hervor, welche geographischen Punkte die Trasse durchquerte, welche natürlichen Hindernisse sie überwand und vieles mehr. Vieles spricht im Übrigen dafür, dass diese Beschreibungen nicht mit der Verpflichtung des Adels verbunden waren, die Wege instand zu halten, sondern vielmehr in den Kontext der von Raid publizierten Straßenkarten-Skizzen aus den Jahren 1698–1700 gehören. Wahrscheinlich wurden diese Skizzen zur Grundlage der Karten, die der Armee ausgehändigt wurden. Hierauf weist auch der Name des Bestands hin, in dem sie sich im schwedischen Kriegsarchiv befinden – *Sveriges krig*.<sup>12</sup>

Schwierigkeiten bereitet auch das Verweissystem des Buches. Aus der Leserperspektive betrachtet, wären zunächst einmal häufigere Verweise wünschenswert gewesen, um die Quellen des Verfassers zu verfolgen. Mit den vorhandenen Verweisen ist aber darüber hinaus nicht einmal

des 17.–19. Jahrhunderts], in: Artiklite kogumik [Artikelsammlung], Tartu 2002 (*Eesti Ajalooarhiivi toimetised*, 9 [16]), S. 13–32.

<sup>12</sup> <http://www.ra.se/KRA/0425.html>

folgerichtig verfahren worden: mal wird nur auf Autorennamen hingewiesen, mal auf Autoren und einen Buchtitel. Oft fehlen die genauen Seitenangaben. Einige Archivsignaturen sind irreführend, beispielsweise im Fall des Straßenatlas' des Dorpater Kreises von 1695.<sup>13</sup>

Um nun wieder zum Inhalt des Buches zurückzukehren sei der große geschichtswissenschaftliche Wert der von Raid publizierten Karten des 17. Jahrhunderts hervorgehoben. Die schlechte Qualität der erwähnten Straßenkarten-Skizzen kann man ihm nicht zum Vorwurf machen. Es handelt sich um großdimensionale Planchetten, deren Text schon im Original schwer zu lesen ist, geschweige denn nach dem Verkleinern auf das Buchformat. Aus diesem Grund hätte man sich die Unterteilung der Wege in Abschnitte, deren Vergrößerung und eventuell sogar Retuschierung überlegen können, weil hier die Namen der Orte wichtig sind, die an der Landstraße lagen. Darüber hinausgehende landschaftliche Beobachtungen kann man aufgrund dieser Karten allerdings nicht machen.

Ebenso hoch zu bewerten ist die Veröffentlichung der wichtigsten Karten aus dem im EAA aufbewahrten Bestand der Zeichenkammer des Gouvernements Livland. In diesem Bestand befinden sich wahrscheinlich die bekanntesten Karten des EAA – der Atlas der Wege und Brücken des Dorpater Kreises von 1695. Dieser Atlas ähnelt in Vielem dem von Johan Abram von Ulrich angefertigten Wegeatlas des Rigaer Kreises. Vom Inhalt her bilden diese zwei Atlanten ein Ganzes. Anlass für die Herstellung der beiden Kartensammlungen war die Anordnung des Rigaer Gouverneurs Erik Soop von 1694, die livländischen Landstraßen zu inspizieren. Im Rahmen dieser Revision wurden die Landstraßen auch vermessen.<sup>14</sup>

Aufgrund der kartographischen Quellen hat Raid drei retrospektive Karten rekonstruiert:

- 1) Die Haupt- und Nebenstraßen im 17. Jahrhundert (S. 219);
- 2) Wege in der Mitte des 16. Jahrhunderts (S. 220);
- 3) Wege in der Mitte des 13. Jahrhunderts (S. 222).

Neben dem Kartenmaterial und den hieraus entnommenen Informationen dürfte das dritte Kapitel über die Herausbildung und Entwicklung des Straßennetzes von größerem Interesse sein. Hier werden die natürlichen und kulturellen Faktoren, welche die Herausbildung des Straßennetzes beeinflussten, die Entwicklung des europäischen Straßennetzes, die Herausbildung des Straßennetzes in Alt-Livland sowie die Fernverkehrsstraßen, die Entwicklung der lokalen Wege, die Straßennamen und Trassen behandelt. Hier wären auch Angaben zu den Binnenwasserstraßen und den Winterwegen besser platziert gewesen, die sich aus

<sup>13</sup> EAA Bestand 308, Findbuch 2, Akte 70 (Raid nennt die Akte Nr. 346, d.h. die alte Signatur aus der Zeit vor der Umgestaltung des Bestandes 1984).

<sup>14</sup> Siehe das Geleitwort von Pärsla Pētersone zum Kalender des Staatlichen Historischen Archivs Lettlands von 1995. Dort, S. 13, sind die wichtigsten Abschnitte des Rigaer Wegeatlas' von Ulrich veröffentlicht worden.

irgendeinem Grund nun in der Einleitung befinden. Bei der Behandlung des Wasserwegs von Pernau über Fellin und Dorpat nach Pleskau äußert der Verfasser den recht logischen Gedanken (Anm. 24, 25), dass die Zugehörigkeit all dieser Städte zur Hanse als indirekter Beweis für das Vorhandensein des Handelswegs Pernau – Fellin – Pleskau dienen könne, und dass diese Verbindung wegen des ansteigenden Geländes außer Gebrauch gekommen sein könnte. Es ist jedoch zu bedenken, dass dieser Weg zwar durchaus zum Warentransport genutzt worden ist; einen vollständigen Wasserweg aus Pernau über Fellin nach Pleskau hat es wahrscheinlich aber schon zu Hansezeiten nicht gegeben. Parallelen lassen sich zum Wasserstraßensystem von Nordwest- und Nordrussland ziehen, das trotz der Vielzahl von Flüssen ebenfalls kein einheitliches Ganzes bildete. Um dort von einem Gewässer zum anderen zu gelangen, die Untiefen, Stromschnellen und versumpften Gebiete zu passieren, war man gezwungen, die Waren hin und wieder, manchmal sogar über Meilen, auf dem Landweg zu befördern. Gleichzeitig darf man vermuten, dass gerade die schwedischen Wirtschaftspolitiker des 17. Jahrhunderts, beispielsweise die im Kommerzkollegium in Stockholm, die Möglichkeit der Wiederherstellung des Wasserwegs von Pernau über Fellin nach Dorpat überschätzt haben: Sie hofften ja, dass die Waren aus Nordwestrussland massenweise durch die schwedischen Gebiete nach Westeuropa befördert werden könnten. Ein fast ebenso utopischer Plan wurde im 18. und auch noch im 19. Jahrhundert präsentiert, als man einen Kanal anlegen wollte, der den Peipussee mit der Ostsee verbinden sollte.

Von wesentlicher Bedeutung sind auch die Beschreibungen der wichtigsten Wege auf estnischem Gebiet, die im vierten Kapitel des Buches gegeben werden. Insgesamt kommen hier zehn Landstraßen zur Darstellung, hierunter u.a. die Strecken Reval – Pernau – Salis – Riga, Riga – Walk – Dorpat – Narva, Reval – Jaggowal – St. Johannis – Waimastfer – Dorpat, Reval – Kahhala – Wesenberg – Pühhajöggi – Türsel – Narva. Raid hat hier alle Informationen, die ihm auf Karten, in Primärquellen oder in der Sekundärliteratur zum 13.–17. Jahrhundert zugänglich waren, zusammengestellt.

Im Folgenden sei etwas ausführlicher auf die Geschichte der Wege im 17. Jahrhundert und auf die Fragen eingegangen, die Raid im ersten Kapitel seines Buches („Historischer Überblick“) behandelt. Hierfür gibt es zwei Gründe: Erstens nehmen die Straßenkarten des 17. Jahrhunderts in Raids Werk eine zentrale Stellung ein – aufgrund dieser Karten blickt er sowohl in die Zukunft als auch in die Vergangenheit. Zweitens hat sich der Rezensent mit den einschlägigen Quellen des EAA beschäftigt und kann daher aus eigener Kenntnis schöpfen. Alt-Livland wird in dieser Besprechung daher auch nicht weiter behandelt.

Bekanntlich sind sowohl Archäologen als auch Historiker der Meinung, dass sich das Straßennetz des heutigen Staaten Est- und Lettland

schon während der Urzeit herausgebildet hat. Aus dieser früheren Periode sind jedoch keine entsprechenden Quellen überliefert, vor allem fehlen kartenähnliche Darstellungen. Informationen kann man einzelnen Hinweisen in den schriftlichen Quellen entnehmen, beispielsweise dann, wenn Reiserouten von Gesandtschaften beschrieben werden. Darüber hinaus ist es möglich, mithilfe der Datumsvermerke auf den Umschlägen der aus der Ordenszeit stammenden Briefe ihren Weg zu verfolgen. Seit dem 16. Jahrhundert begegnen uns auch in dieser Region Itinerarien mit ihren Angaben zu einer bestimmten Reise sowie erste Entfernungstabellen.

Raids Behauptung, dass wir bis heute keinen Überblick über die Reisebeschreibungen, Itinerarien und Reiseführer besitzen, die das Gebiet Est- und Livlands thematisieren, trifft zu. In seinem Buch findet sich eine kurze Übersicht über die bekanntesten ihrer Art (S. 16-23). Selbstverständlich gibt es noch mehr solcher Quellen. Zweifellos ist der größte Teil der einschlägigen Reisebeschreibungen noch in den Archiven verborgen. Es handelt sich dabei vor allem um Reisebeschreibungen von Westeuropäern, die durch Est- und Livland nach Russland reisten. Auch in Verbindung mit diplomatischen Missionen entstand stets eine Vielzahl von Dokumenten. Dies sei bei dieser Gelegenheit anhand von Dokumenten illustriert, die in Zusammenhang mit schwedischen Russland-Gesandtschaften entstanden sind. In den Tagebüchern dieser diplomatischen Missionen wurde der Verlauf der ganzen Reise festgehalten. Während der Reise wurde genau Buch geführt über die Länge der täglich zurückgelegten Strecke und alle markanten Stellen, die man durchquerte; festgehalten wurden die Orte, in denen man speiste, die Leute, die man traf, und selbstverständlich auch alle sonstigen bemerkenswerten Einzelheiten. Die Berichte der schwedischen Diplomaten sind im schwedischen Reichsarchiv zugänglich und warten noch darauf, dass man sie nicht nur in Hinblick auf die zwischenstaatlichen Beziehungen liest, sondern sich auch einmal mit all dem beschäftigt, wovon sie sonst noch zu berichten wissen – z.B. die Reiserouten. Darüber hinaus haben auch mehrere königliche Beamte, die über ihre Dienstreisen Rechenschaft ablegten, ihren Berichten Reisebeschreibungen hinzugefügt, so auch über die Überseeprovinzen. Von den jüngst erschienenen Reisetagebüchern sei das 2002 von Ulla Birgegård veröffentlichte Reisetagebuch des schwedischen Linguisten Johann Gabriel Sparwenfeld erwähnt, in dem er seine Reise nach Russland in den Jahren 1684–1687 beschrieben hat und dabei recht gründlich auf Narva, sein Hinterland und die Zugangswege eingegangen ist.<sup>15</sup> Diese Reisebeschreibungen sagen aber nicht immer etwas über den Verlauf der Landstraßen aus. Zuweilen fuhr

---

<sup>15</sup> J. G. Sparwenfeld's diary of a journey to Russia 1684–87, edited, translated and with a commentary by ULLA BIRGEGÅRD, Stockholm 2002.

man einfach querfeldein von einem Gutshof oder Pastorat zum anderen, welche natürlich nicht immer an den wichtigsten Straßen lagen.

Erst die Landvermessung und die Ingebrauchnahme von detaillierten und nach einheitlichen Prinzipien hergestellten Karten macht es möglich, die Lage der Wege in ihrem Verhältnis zu verschiedenen geographischen Punkten zu beobachten. In Schweden wurde mit den umfangreichen Landvermessungen in den 1630er und 1640er Jahren begonnen. Was die Kartierungsarbeiten betrifft, stand Schweden im zweiten Drittel des 17. Jahrhunderts in Europa in der vordersten Reihe. Erstaunlicherweise meint Raid hierzu, dass es fast unmöglich sei, mit Bestimmtheit zu erklären, warum diese Arbeiten ausgerechnet in Schweden durchgeführt wurden – dabei lässt sich diese Frage ganz leicht beantworten. Am 4. April 1628 erließ Gustav II. Adolf eine Instruktion, die das Ziel verkündete, mithilfe umfangreicher Landvermessungen das Territorium des ganzen Staates zu kartieren, um der Zentralregierung eine bessere Verwaltung zu ermöglichen. Es sollten geographische Regionalkarten gezeichnet werden, die man zu einer das ganzen Staatsgebiet umfassenden Gesamtkarte zusammenstellen wollte. Dabei wurde auch an Dorf- und Güterkarten gedacht, um einen Überblick über ihr wirtschaftliches Potential zu erhalten, das bei der Besteuerung eine Rolle spielte. Im Nachhinein wissen wir, dass dieses Ziel im 17. Jahrhundert nicht im vollen Umfang erreicht werden konnte, aber dessen ungeachtet ist gerade aus dieser Periode sehr gutes Kartenmaterial überliefert.<sup>16</sup> Gleichzeitig waren die Landvermessung und die Einsetzung eines Landvermessers in jedem *Län* ein Teil der Reformen von Gustav II. Adolf und Reichskanzler Axel Oxenstierna. Im Rahmen dieser Reformen wurde ein neuer bürokratischer Staatsapparat geschaffen, das Gerichtssystem reorganisiert, ein umfassendes Postbeförderungssystem eingerichtet, der Armee eine neue Grundlage gegeben und damit angefangen, nach einem einheitlichen Programm Gymnasien zu gründen; schließlich wurden neue Städte gegründet und mit allen Mitteln die Binnenkolonisation gefördert.

Das Territorium des schwedischen Staates hatte sich aufgrund der Eroberungen im ersten Drittel des 17. Jahrhunderts gewaltig ausgedehnt; die neu eroberten Provinzen waren für Schweden jedoch Terra incognita. Ein gutes Beispiel stellt Ingermanland nach dem Frieden von Stolbovo (1617) dar. Nach der Eingliederung der neuen Provinz hatte die Zentralregierung in Stockholm einige Zeit lang keine genaue Vorstellung davon, wie weit sich ihre Gebiete im Norden tatsächlich ausdehnten. Es folgten umfangreiche Landrevisionen, und Anfang der 1640er Jahre wurden Kartierungen vorgenommen, die selbstverständlich auch dem Besteu-

<sup>16</sup> CLAS TOLLIN: Den svenska storskaliga karteringen 1633 till 1655 [Die umfangreiche Kartierung Schwedens 1633 bis 1655], in: Nationalutgåva av de äldre geometriska kartorna (wie Anm. 2), Stockholm 2005, S. 6-21.

erungszweck dienten. Infolgedessen war das historische Ingermanland eines der am besten kartierten Provinzen im schwedischen Reich.<sup>17</sup>

Demselben Schema folgten auch die Vermessungsarbeiten, die in den 1640er Jahren in den Ostseeprovinzen ihren Anfang nahmen. Dabei sollten auch die Landstraßen und Winterwege berücksichtigt werden. Dass es dann auch tatsächlich so kam, wird deutlich anhand einer wohl in den 1640er Jahren erstellten Kartenskizze vom *Län* Narva und Ivangorod, die im EAA aufbewahrt wird.

Die Kartierung von Wegen, Dörfern und Krügen wurde von militärischen Bedürfnissen diktiert. Raid betont, dass man aufgrund des ständigen Kriegszustands in Livland der Aufsicht über die Landstraßen und deren Renovierung ziemlich viel Aufmerksamkeit geschenkt habe. Er geht ausführlich auf die Aufsichtsfunktion der Ordnungsgerichte über die Landstraßen und Brücken sowie auf die einschlägigen Gesetze ein. Obwohl es in Livland tatsächlich so war, vermisst man hier die Hakenrichter, die im 17. Jahrhundert in Estland dieselben Funktionen innehatten und ebenfalls für die Kontrolle über die Straßenbauverpflichtungen der Bauern und Adligen zuständig waren. Darüber hinaus bleibt bei Raid die Tatsache unberücksichtigt, dass der Bau und die Instandhaltung von Straßen und Brücken sowohl in Est- als auch in Livland auf Kosten der Ritterschaften erfolgte, obwohl die allgemeine Aufsicht hierüber nach den Instruktionen eigentlich zum Zuständigkeitsbereich des (General)gouverneurs gehörte. Die Vernachlässigung dieser Pflicht wurde bestraft.<sup>18</sup> Dass beispielsweise der estländische Generalgouverneur gezwungen war, Plakate über die Instandhaltung der Wege zu erlassen, weist einerseits auf den schlechten Zustand der Wege hin, andererseits aber auf das Unvermögen und vielleicht sogar auf den fehlenden Willen der Ritterschaft, ihre Pflichten zu erfüllen.

Während das in Verbindung mit den Landvermessungen und Kartierungen in Est- und Livland in der Mitte des 17. Jahrhunderts entstandene Kartenmaterial nur spärlich überliefert ist (und meist in Schweden aufbewahrt wird), sind zahlreiche Katasterkarten aus den Jahren 1681–1684 im EAA vorhanden. Eine weitere Landvermessung wurde von 1687 bis zum Großen Nordischen Krieg durchgeführt. Raid weist darauf hin, dass nach Angaben von Edgars Dunsdorfs in den Jahren 1681–1699 in Südlivland 44 Landvermesser tätig waren. Nach Raids eigenen Anga-

<sup>17</sup> УЛЛА ЭРЕНСВЕРД: Шведское картографирование Ингерманландии [Die Kartierung Ingermanlands durch Schweden], in: Шведы на берегах Невы. Сборник статей [Die Schweden an den Ufern der Neva. Artikelsammlung], Стокгольм 1998, S. 18–25.

<sup>18</sup> ADOLF PERANDI: Die Aufgaben und Funktionen der estländischen Generalgouvernementsregierung während der schwedischen Zeit, in: Eestima rootsiaegse kindrakuberneri arhiivi kataloog I [Katalog des Archivs des estländischen Generalgouverneurs zur Schwedenzeit I], Tartu 1935 (Eesti Riigi Keskarhiivi Toimetised nr. 3, I:2), S. 66–69.

ben haben an den Landvermessungsarbeiten in Est- und Livland nicht mehr als 70 Landvermesser verschiedener Dienststufen teilgenommen, dazu kommen noch sechs oder sieben Personen, von denen die Güterkarten stammen, die heute im Staatlichen Historischen Archiv Lettlands aufbewahrt werden (S. 32). Allerdings stimmen die Ergebnisse von Ülle Liitoja-Tarkiainen hiermit nicht überein, denn sie hat allein für Nordlivland insgesamt 38 Landmesser ermittelt, denen aus der Rigaer Garnison noch 30 Unteroffiziere zur Hilfe kamen. Die zwölf jüngeren dieser Landvermesser waren übrigens Studenten der Universität Uppsala. Darüber hinaus hat Liitoja-Tarkiainen die Namen der Landvermesser, die in den Kreisen Dorpat und Pernau tätig gewesen waren, ermitteln können.<sup>19</sup> Wahrscheinlich wäre es sogar möglich, aus den Rechnungsbüchern der est- und livländischen Generalgouverneure alle Namen der Landvermesser sowie möglicherweise auch ihre jeweiligen Aufgaben aus den Beilagen der Rechnungsbücher zu herauszufinden.

Soweit das auf den Katasterkarten dargestellte begrenzte Territorium es zuließ, wurden dort auch Straßenabschnitte abgebildet. Die so genannten richtigen Straßenkarten stellt Raid, wie bereits erwähnt, sehr sachkundig vor – von der bekanntlich ersten Karte der Kreise Südostlands und Nordlivlands von 1686 bis zu den Kartenskizzen von 1698–1700 (S. 32–41). Die Informationen aus diesen Karten hat er bei der Beschreibung der wichtigsten Wege genutzt (S. 149–207). Zusätzlich werden hier auch die Karten selbst veröffentlicht.

Einige Bedenken ruft aber die zentrale Behauptung in Raids Buch hervor. Wie stabil waren eigentlich die Trassen im Gelände? Blieben die einmal gebauten Wege tatsächlich für Jahrhunderte, unter günstigen Bedingungen sogar für Jahrtausende an demselben Ort (S. 71)? Mit dem Hinweis auf die „günstigen Bedingungen“ spricht Raid selbst bereits einen gewissen Vorbehalt aus. Der Rezensent hat seinerseits bei seinen Arbeiten zur Post- und Kommunikationsgeschichte beobachtet, dass Ende der 1620er Jahre, als die Eroberung Livlands abgeschlossen worden war und die Bevölkerungsdichte stark abgenommen hatte, die Postwege immer wieder verändert wurden. Die Postboten, die zu Fuß oder zu Pferde unterwegs waren, brauchten ja eine gewisse Infrastruktur, d.h. Orte, wo sie ihre Posttasche zurücklassen und eine neue mitnehmen, die Pferde wechseln, sich stärken und erholen konnten. Dieselben Anforderungen an die Infrastruktur stellten auch die reisenden Staatsbeamten und Kaufleute, ganz zu schweigen von den Truppen, die auf den Landstraßen unterwegs waren. Aus den Quellen geht hervor, dass beispielsweise auch die Pferdewechselstellen zuweilen an andere Orte zogen. Somit könnte man behaupten, dass sich die Trassen in den 1620er–1630er Jahren durchaus verändern konnten. Das von Raid angeführte Beispiel, der Weg über Warbus und das Tal Tilleorg, der seinen Verlauf über Jahr-

<sup>19</sup> LIITOJA-TARKIAINEN, Hajatalud ja külad (wie Anm. 2), S. 40.

hunderte nicht verändert hat (S. 71-72), bezieht sich auf Quellen, die erst aus dem Ende des 17. Jahrhunderts überliefert sind.

Eine weitere Frage bezieht sich auf die Winterwege. Es steht außer Zweifel, dass sie vorhanden waren. Aber wurden sie auch von den so genannten amtlichen Reisenden, beispielsweise den Postreitern, benutzt? Anhand der Quellen lässt sich feststellen, dass die staatliche Post in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts sowohl im Sommer als auch im Winter ohne Abweichungen auf denselben Trassen befördert wurde. Nur so konnten Zufälle vermieden und eine gewisse Regelmäßigkeit der Postbeförderung gewährleistet werden. Darüber hinaus sind keinerlei Regelungen in Bezug auf die Postwege überliefert, die Winter- und Sommerwege voneinander unterschieden hätten.

Zum Schluss noch einige Kleinigkeiten – kommen wir zuerst zu den Längenangaben. Die Länge der livländischen Meile beträgt bei Raid mal 7,24 km (S. 17), mal 7,31 km (S. 90). Dabei können beide Angaben richtig sein, weil dieses Maß in verschiedenen Regionen und zu verschiedenen Zeiten schwankte. Darauf hat auch Jānis Zemzaris hingewiesen, der wohl beste Kenner der historischen Metrologie des Baltikums.<sup>20</sup> Die schwedische Meile hingegen entsprach 10,6–10,7 km. In den Quellen des 17. Jahrhunderts entsprechen drei livländische Meilen meistens zwei schwedischen Meilen. Weiter schreibt Raid, dass den Gesandtschaften und den Wagenzügen der Kaufleute, denen gestattet war, nach Russland zu kommen, ein Führer mitgegeben wurde, der unter anderem ein Auge auf die Tätigkeiten der Fremden haben sollte (S. 28). Das ist zwar richtig, doch wurde so auch in anderen Staaten mit ausländischen Gesandtschaften verfahren. Der Behauptung, die großen zwischenstaatlichen Delegationen seien meistens im Winter unterwegs gewesen (S. 11), kann jedoch keinesfalls zugestimmt werden. So reisten Gesandtschaften zwischen Schweden und Russland zu verschiedenen Jahreszeiten, allein im Spätherbst verzichtete man aufgrund der schlechten Wegeverhältnisse auf das Reisen. Schließlich vermisst man bei Raid eine Darstellung der Verbindungen zwischen dem estnischen Straßennetz und den Nachbarländern. Weder werden die Wege von Est- und Livland nach Russland, Kurland, Polen, Deutschland und anderswo behandelt noch die Routen, die direkt über das Meer oder durch Finnland nach Schweden führten.

Trotz der aufgezählten Mängel sei abschließend nochmals betont, dass Raids Werk einen wichtigen Beitrag zur Erforschung der Geschichte des Straßennetzes im heutigen Estland leistet und zweifellos einen gelungenen Ausgangspunkt für zukünftige Arbeiten zu diesem spannenden Thema bietet.

ENN KÜNG

---

<sup>20</sup> JĀNIS ZEMZARIS: *Mērs un svars Latvijā 13.–19. gs.* [Maße und Gewichte in Lettland im 13.–19. Jahrhundert], Riga 1981, S. 64–66.



*Protokolle des Windauer Rates und der Kaufmannsgilde im 18. Jahrhundert / Ventspils rātes un tirgotāju gildes 18. gadsimta protokoli.* Hrsg. von VALDA KVASKOVA. (Beilage zur Zeitschrift „Latvijas Arhīvi“, Serie „Vēstures avoti“, Bd. 2). Riga 2003. 432 S., 32 S. mit Illustrationen. ISBN 9984961923.

Mittelalterliche und frühneuzeitliche historische Quellen, die in den Regalen der Archive aufbewahrt werden, sind nur für Wissenschaftler mit speziellen Kenntnissen und Fertigkeiten zugänglich. Die Veröffentlichung solcher Dokumente, versehen mit einem wissenschaftlichen Kommentar, ist daher einer der unabdingbaren Bestandteile der Arbeit eines Historikers. Dieses Axiom haben die lettischen Historiker in den 1920er und 1930er Jahren berücksichtigt, und ihre qualitativ hochwertigen Veröffentlichungen in der Reihe „Latvijas vēstures avoti“ (Quellen zur Geschichte Lettlands) haben ihre Bedeutung bis heute nicht verloren. Während der Sowjetzeit wurde diese Tradition der Quellenedition aus dem Mittelalter und der Frühen Neuzeit jedoch praktisch abgebrochen.

Erst in den 1990er Jahren verbesserte sich die Situation. Mittlerweile haben auch die Archive damit begonnen, historische Quellen systematisch zu veröffentlichen. So finden sich verschiedene Dokumente regelmäßig in der Zeitschrift „Latvijas Arhīvi“ (Archive Lettlands), deren Redaktion gemeinsam mit der Generaldirektion des Lettischen Staatsarchivs und des Staatsarchivs der lettischen Geschichte 1999 eine Beilage zu diesem Periodikum ins Leben gerufen hat – die Serie „Vēstures avoti“ (Historische Quellen). Aufgrund dieser in wissenschaftlicher, redaktioneller und auch drucktechnischer Hinsicht hochwertig gestalteten Reihe ist die Zeitschrift „Latvijas Arhīvi“ die einzige der drei historisch-wissenschaftlichen Periodika Lettlands, die auf eine so solide Beilage verweisen kann. Der erste Band, der sowohl in den Fachorganen als auch in der Tagespresse positive Rezensionen erhalten hat, präsentierte „Briefe der Herzogin Dorothea von Kurland“ – Briefe aus der Jugendzeit der letzten Herzogin von Kurland an ihren Vater und ihre Stiefmutter aus den Jahren 1783–1784.<sup>1</sup> 2003 wurde der zweite Band der Reihe veröffentlicht, mit dem wir uns in dieser Rezension detaillierter auseinandersetzen wollen. Er bietet zwei wichtige historische Quellen aus Windau, der zweitgrößten Hafenstadt Kurlands: das „Protokollbuch der Ältesten (1744–1788)“ und die „Protokolle der gemeinsamen Versammlungen des Rats und der Bürger (1753–1787)“.

---

<sup>1</sup> Briefe der Herzogin Dorothea von Kurland / Kurzemes hercogienes Dorotejas vēstules, hrsg. von VALDA KVASKOVA, Riga 1999 (Beilage zur Zeitschrift „Latvijas Arhīvi“, Serie „Vēstures avoti“, Bd. 1), 163 S.

Im Hinblick auf die Gestaltung und die Struktur der Reihe sind im zweiten Band die Prinzipien des ersten Bands wieder berücksichtigt worden. Ein umfangreicher Überblick aus der Feder von Valda Kvaskova über „Windau im 18. Jahrhundert: Stadt und Leute“ führt in das Thema ein. Daran anschließend wird eine archäographische Übersicht geboten, in der die beiden Protokolle aus der Sicht der Quellenforschung charakterisiert und die dem Band zugrunde liegenden Publikationsprinzipien erklärt werden. Zentral sind natürlich die Texte der beiden Quellen, die ein Personenregister am Ende ergänzt.

Die Einführung von Valda Kvaskova über Windau und seine Einwohner basiert hauptsächlich auf Dokumenten des Staatlichen Historischen Archivs Lettlands und hat einen eigenen wissenschaftlichen Wert, insbesondere weil die mittelalterliche und spätere Geschichte Windaus, wie der Kleinstädte überhaupt, bis jetzt kaum erforscht ist. Die Autorin stellt sich dabei keineswegs das Ziel, eine allumfassende Geschichte der Stadt zu bieten, sie konzentriert sich in erster Linie auf die Themen, die dem Leser dabei helfen, den Inhalt der beiden Protokollbücher sowie die Probleme besser zu verstehen, mit denen die Einwohner Windaus im 18. Jahrhundert konfrontiert waren. Deshalb befasst sich die Autorin ausführlich mit dem Rechtsstatus Windaus im Rahmen des Herzogtums Kurland, der in hohem Maße durch die Privilegien bestimmt wurde, die der Stadt von den Landmeistern des livländischen Zweigs des Deutschen Ordens am Ende des 15. und in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts verliehen worden waren. Auch das städtische Wirtschaftsleben wird gebührend gewürdigt, wobei der Handel eine besondere Stellung einnahm, da von ihm nicht nur der materielle Wohlstand der Einwohner, sondern auch die Einnahmen der Stadt abhingen.

Jeder interessierte Leser wird der Autorin dankbar sein dafür, dass er sich mit ihrer Hilfe in die Welt einer typischen Kleinstadt vor über 200 Jahren einfühlen kann. Vor diesem Hintergrund ist die Verwendung statistischer Angaben zu sehen, so z.B. der Hinweis, dass im 18. Jahrhundert nur ca. 100 Vollbürgerfamilien in Windau lebten, von denen ungefähr die Hälfte oder zumindest ein Drittel ihr Einkommen aus dem Handel erwirtschaftete. Derartige Information in Zahlen vorgesetzt zu bekommen – obwohl aufgrund mangelnder Dokumentation keine exakten Angaben vorliegen –, hilft dem Leser, eine reale Vorstellung über das Leben der Stadt zu entwickeln. Deutlich wird gleichzeitig – auch in Hinsicht auf die weitere Erforschung der Stadtgeschichte –, dass nicht nur offizielle Beziehungen im Rahmen der sozialen Hierarchie für die Einwohner von Bedeutung waren, sondern auch und gerade das persönliche Netzwerk, die verwandtschaftlichen Beziehungen, der Kontakt zu Freunden und Nachbarn. Ungeachtet der nicht besonders hohen Einwohnerzahl standen den Bürgern der Stadt zahlreiche Ämter sowohl im Stadtrat als auch in den Gilden der Händler und Handwerker zur Ver-

fügung. Valda Kraskova beschreibt den Kampf um diese Ämter sowie die Formen der sozialen Organisation der Einwohner und ihre Alltagskultur, ohne dabei die niedrigere Gesellschaftsschicht zu übersehen, die hauptsächlich von Letten gestellt wurde.

Aus Kraskovas Darstellung erfahren wir, dass die Entwicklung der Stadt von Widersprüchen im Rat, Konflikten mit der Kaufmannsgilde in Zusammenhang mit Besteuerungsproblemen und anderen Geldfragen beeinflusst wurde; all dies wird in beiden Protokollbüchern oft thematisiert. Wertvoll ist auch Kraskovas Charakteristik der Ämter und ihrer Funktionen sowie ihre Analyse der Politik des Stadtrates im Hinblick auf das Gerichts- und Schulwesen sowie auf die Kirche. Auch in diesen Bereichen erfährt der Leser zahlreiche weniger bekannte Details aus dem Leben der Einwohner Windaus.

In den Protokollbüchern des Windauer Rats und der Kaufmannsgilde spiegelt sich die Gesamtheit aller Probleme, mit deren Lösung sich die Institutionen der Stadt zu beschäftigen hatten. Hauptsächlich waren dies allerdings kleinere Fragen mit lokaler Bedeutung. So sind diese Quellen ein Zeugnis dafür, dass der Alltag der Windauer Bevölkerung in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts völlig provinziell war – die Menschen hielten nicht nur Pferde und Kühe in der Stadt, die gemeinsam weideten, sondern auch Ziegen, Schafe und Schweine. Während einer Sitzung der Ältesten der Kaufmannsgilde wurde 1765 sogar bemerkt, dass „die Schweine ständig in der Stadt herumlaufen und Schäden an den Häusern, Gärten oder Lagerräumen der Einwohner und der Fremden, die in der Stadt wohnen“, verursachten (S. 112). Gleichzeitig bezeugt dies für Windau einen ständigen Kontakt mit der äußeren Welt – beide Protokollbücher zeigen, dass es in der Stadt viele Ausländer gab: Italiener, Böhmen, Russen, Juden und Litauer. Ein englischer Seemann wollte sogar die Bürgerschaft Windaus erwerben. Indirekt spiegelt sich in den Protokollen auch der in den letzten Jahrzehnten des Bestehens des Herzogtums immer stärker werdende Einfluss Russlands, was sich 1782 zum Beispiel in der Unfähigkeit der Vertreter Windaus äußerte, sich bei der Beschränkung der wirtschaftlichen Aktivitäten eines russischen Kaufmanns der Unterstützung des Herzogs zu versichern.

Die vorliegende Edition der Protokolle wird dabei helfen, die Geschichte Windaus im 18. Jahrhundert neu zu interpretieren; allerdings kann man bei der Erörterung einiger Fragen mit Kraskova trefflich streiten. So stellt sie mit Recht fest, dass das Leben der Einwohner Windaus im 18. Jahrhundert noch in hohem Maße von mittelalterlichen Traditionen geprägt war (S. 9). Aber liegt nicht ein gewisser Widerspruch zu dieser These in ihrer Behauptung (S. 44), dass „die Konflikte der Bürger mit dem Rat im Kampf um die Bewahrung eigener Rechte und Freiheiten [...] vom wachsenden Selbstbewusstsein dieser Gesellschaftsschicht in der Epoche der Aufklärung“ zeugten? Denn es ist hierbei zu

berücksichtigen, dass Konflikte zwischen den mittleren Schichten der städtischen Bevölkerung und den im Rat vertretenen Oligarchen vielerorts schon im Mittelalter vorkamen, weshalb die bloße Existenz solcher Konflikte im 18. Jahrhundert nicht gerade das Anwachsen der sozialen Aktivität der Bürger unter dem Einfluss der Aufklärung beweist. Präzisere Informationen darüber, welche Ideen der Aufklärung und des Rationalismus in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts in Windau rezipiert wurden, sucht man in der Einführung zudem vergebens – wenn es hierzu keine konkreten Informationen gibt, könnte man Windau ja mit anderen Kleinstädten des Ostseeraums vergleichen. Im Protokollbuch der Ältesten gibt es Angaben, die eher deutlich machen, dass zumindest in der Mitte des 18. Jahrhunderts korporative Interessen einiger Einwohnergruppen und ihr Wunsch, sich an die alte Ordnung zu halten, gegenüber den Anzeichen bürgerlicher Solidarität noch dominierten, und dass es keinen Grund gibt, die Opposition der Kaufleute gegenüber dem Rat als Kampf für eine moderne bürgerliche Ordnung zu interpretieren. Es gibt auch keine konkrete Begründung für die Behauptung der Autorin – die aber auch in der deutschbaltischen historischen Literatur zu finden ist –, dass Windau als Hansestadt im 14.-15. Jahrhundert eine Blütezeit erlebt hätte. Woran erkennt man denn eine solche Blüte? Da es in den Quellen aus jener Zeit nur selten als Hansestadt bezeichnet wird, haben wir zu wenig Anhaltspunkte, um zu erkennen, welche Vorteile Windau aus seiner Zugehörigkeit zur Hanse zog, gerade im Vergleich zu Hasenpoth zum Beispiel, das dem Bund nicht angehörte.

Die Quellen sind wie schon im ersten Band sowohl im deutschen Original als auch in lettischer Übersetzung veröffentlicht, gleiches gilt für die Einführung. Im Unterschied zu den Briefen der Herzogin Dorothea jedoch, bei denen Original und Übersetzung eng beieinander stehen, wurde beim vorliegenden Band anders vorgegangen: hier sind der deutsche und der lettische Text streng voneinander getrennt worden. Welche Vorteile diese Form der Präsentation haben soll, ist nicht leicht nachzuvollziehen. Wer mit beiden Texten arbeiten möchte, wird ständig hin- und herblättern müssen. Wenn tatsächlich gewisse Gründe, die jedoch leider nicht erklärt werden, für eine getrennte Publikation sprechen sollten, hätte man die beiden Quellen besser gleich samt Kommentar und Register in zwei Büchern herausgegeben. Hierfür spricht auch der Umstand, dass die beiden Varianten der Einführung nicht identisch sind. Nun befinden sich aber beide Texte in einem Buch, weshalb im Zweifelsfall kaum zu entscheiden ist, welcher denn nun, der deutsche oder der lettische, als Primärtext zu gelten hat. Ähnliches gilt auch für die zweisprachigen Kommentare zu den Quellen.

Der insgesamt sehr positive Eindruck, den diese hochwertige Edition hinterlässt, kann jedoch durch einzelne Ungenauigkeiten nicht beschädigt werden. Sie wird sicher sowohl beim lettischen als auch beim inter-

nationalen Publikum auf reges Interesse stoßen. Abschließend sei noch der Hoffnung Ausdruck verliehen, dass die Publikation der Windauer Rats- und Gildenprotokolle motivierend wirken möge für die weitere Erforschung der Regionalgeschichte Lettlands wie auch der neueren Geschichte im breitesten Sinne des Wortes.

ILGVARS MISĀNS

INDREK JÜRJO: *Aufklärung im Baltikum. Leben und Werk des livländischen Gelehrten August Wilhelm Hupel (1737–1819)*. (Quellen und Studien zur baltischen Geschichte, 19.) Böhlau Verlag. Köln, Weimar, Wien 2006. 466 S. ISBN 3412308056.

In den letzten beiden Jahrzehnten hat sich die historische Forschung verstärkt mit der Aufklärung im Baltikum beschäftigt, wie sich an mehreren, zum Teil umfangreichen Veröffentlichungen ablesen lässt. 1989 fand in Reval eine Tagung statt zu dem Thema „Aufklärung in den baltischen Provinzen Russlands. Ideologie und soziale Wirklichkeit“. 1996 erschien dann der Tagungsband unter demselben Titel.<sup>1</sup> Bereits in dem 1994 in der Reihe „Deutsche Geschichte im Osten Europas“ erschienenen Band „Baltische Länder“ hatte der Bandherausgeber Gert von Pistoohlkors der Epoche der Aufklärung eine Überblicksdarstellung gewidmet.<sup>2</sup> 2004 erschien das Buch von Christina Kupffer über den livländischen Historiker und Juristen Friedrich Konrad Gadebusch. Wie Kupffer in der Einleitung hervorhebt, bildet „das Paradigma der ‚Aufklärung‘“ den „geistesgeschichtlichen Rahmen“ ihrer Arbeit.<sup>3</sup> 2006 schließlich hat Indrek Jürjo sein lange erwartetes Buch über Hupel vorgelegt.

Wenn Jürjo, der sich schon im genannten Tagungsband mit Hupels philosophischen und theologischen Anschauungen beschäftigt hatte, seinem Buch den Titel gibt: „Aufklärung im Baltikum“, lässt er damit erkennen, dass er „Leben und Werk des livländischen Gelehrten August

---

<sup>1</sup> Aufklärung in den baltischen Provinzen Russlands. Ideologie und soziale Wirklichkeit, hrsg. von OTTO H. ELIAS u.a., Köln u.a. 1996 (Quellen und Studien zur baltischen Geschichte, 15).

<sup>2</sup> Deutsche Geschichte im Osten Europas. Baltische Länder, hrsg. von GERT VON PISTOHLKORS, Berlin 1994, S. 266–310.

<sup>3</sup> CHRISTINA KUPFFER: Geschichte als Gedächtnis. Der livländische Historiker und Jurist Friedrich Konrad Gadebusch (1719–1788), Köln u.a. 2004 (Quellen und Studien zur baltischen Geschichte, 18), S. 1. Auf weitere Veröffentlichungen zur Aufklärung im Baltikum verweist Jürjo in der Einleitung seines Hupelbuches.

Wilhelm Hupel (1737–1819)“ – so der Untertitel – exemplarische Bedeutung zuspricht. Anhand der Person Hupels werden, wie Jürjo schreibt, „die wesentlichen Wirkungsbereiche der baltischen Aufklärung ins Blickfeld gezogen“ (S. 1). Interesse verdiene der livländische Pastor und Gelehrte allerdings nicht als herausragender Vertreter innovativer Ideen, wie beispielsweise Johann Georg Hamann oder Johann Gottfried Herder. Vielmehr mache ihn gerade seine ‚aufgeklärte Durchschnittlichkeit‘ als Informationsquelle für seine Zeit besonders interessant.

Der Oberpahlener Pastor August Wilhelm Hupel, der von seinen Zeitgenossen auch das „livländische Orakel“ genannt wurde, war an der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert ein anerkannter und bekannter Gelehrter, und dies nicht nur im Baltikum, sondern auch in Deutschland. Er stand mit Johann Gottfried Herder in Kontakt, für den er baltische Volkslieder sammelte, und er war viele Jahre Mitarbeiter der „Allgemeinen Deutschen Bibliothek“ des Berliner Verlegers und Schriftstellers Friedrich Nicolai.

Der 1737 im Herzogtum Sachsen-Weimar geborene Pastorensohn war nach einem Theologiestudium in Jena zunächst als Hofmeister in Nordlivland tätig, wurde dann 1760 in Riga zum Pastor ordiniert und bekleidete ab 1764 vierzig Jahre lang das Pastorenamt in dem florierenden Kirchspiel Oberpahlen. Diese Kontinuität sowie ein sehr gutes Einkommen waren die Grundlage für Hupels zum Teil sehr umfangreiche und auf viele Jahre angelegte literarische Projekte. Familiäres Glück war ihm nur in geringem Maß beschieden; Frau und Kind aus erster Ehe starben früh, und das Kind aus der zweiten, von Zeitgenossen als unerfreulich beschriebenen Ehe mit einer sehr viel älteren Frau wurde nur wenige Monate alt. Hupels enorme literarische Arbeitsleistung verdankte sich keineswegs einer Vernachlässigung der Amtspflichten. Der Pastor, der auch den Lebenswandel seiner Gemeindeglieder zu beaufsichtigen hatte, galt, wie es in einem Brief der Zeit heißt, als „ein wahres Ideal eines guten Predigers“.

Dass sich Hupel in der Abgeschlossenheit seines livländischen Wirkungskreises mit der europäischen Aufklärungsbewegung verbunden fühlte, zeigt beispielsweise seine 1771 anonym erschienene Stellungnahme zu dem damals in Deutschland heftig diskutierten Versuch Johann Kaspar Lavaters, den jüdischen Philosophen Moses Mendelssohn zum Christentum zu bekehren. Hupel stellte sich an die Seite Mendelssohns und plädierte grundsätzlich für religiöse Toleranz. Weiterhin beteiligte er sich an einer Debatte, die am Ende des 18. Jahrhunderts viele Gemüter bewegte. Es ging darum, wie der Kindsmord zu verhüten sei, der als eines der schwersten Verbrechen galt. Hupel empfahl einen nachsichtigen Umgang mit den allein stehenden Müttern. Für seine Zeit erstaunlich neutral und vorurteilslos, nachgerade mit ethnologischem Blick behandelte er die Sexualität betreffende Themen, beispielsweise

in dem Artikel „Ueber den Werth der Jungfrauschaft unter Ehsten und Letten“ (S. 231).

Auch die von Hupel gegründete und viele Jahre organisierte Oberpahlener Lesegesellschaft, in der Bücher und Zeitschriften von Mitgliedern jeweils gekauft und weiter verliehen wurden, entsprang dem Geist der Aufklärung. Mit seinem Hauptwerk „Topographische Nachrichten von Lief- und Ehistland“ (1774–82) hat sich Hupel einen Platz in der baltischen Kulturgeschichte gesichert. Unterstützt von über neunzig Mitarbeitern, erarbeitete er eine Landeskunde auf hohem Niveau. Mit den „Nordischen Miscellaneen“, gefolgt von den „Neuen Nordischen Miscellaneen“, gab Hupel dann über einen langen Zeitraum die bedeutendste regionale Zeitschrift heraus (1781–1798). Große Verdienste erwarb sich Hupel auch um die Erforschung der estnischen Sprache. Wenig bekannt ist, dass Hupel der baltische Gelehrte war, der in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts in Aufsätzen und Büchern das deutschsprachige Publikum am gründlichsten und durchaus loyal über Russland informierte, unter dessen Herrschaft Est- und Livland damals standen.

Das Bild des Aufklärers Hupel bliebe unvollständig, würde nicht seine Stellungnahme zu der so genannten Bauernfrage, gewissermaßen der Gretchenfrage der baltischen Aufklärung, einbezogen werden. Die Liberalität und Humanität Hupels kommt hier an ihre Grenze. Angesichts der Situation der leibeigenen Bauern, die von ihrem Herrn geächtet und verkauft werden konnten, findet das „livländische Orakel“ keine starken, zukunftsweisenden Worte, sondern vertritt eine sehr gemäßigte, den Status quo kaum antastende Position. Dies geht beispielsweise aus einer Preisfrage hervor, die Hupel 1778 formulierte und deren Lösung, wie Jürjo treffend anmerkt, der Erfindung des Perpetuum mobile gleichgekommen wäre: „Ist kein Mittel, des liefl. Bauern Zustand zu verbessern, ohne dass er frei wird, und ohne dass des Herrn Einkünfte verringert werden?“ (S. 400). Wie die meisten livländischen Aufklärer der älteren Generation wusste er zwar, dass der wirtschaftliche Fortschritt durch die Leibeigenschaft behindert wurde, scheute aber angesichts möglicher sozialer Folgen vor ihrer Aufhebung zurück.

Jürjo hat mit seiner Studie Leben und Werk Hupels nachgerade erschöpfend behandelt, soweit dies nach dem derzeitigen Wissensstand möglich ist. Er hat eine Fülle ungedruckter Quellen und entlegener Schriften herangezogen, und es ist ihm gelungen, exemplarisch das Bild eines Aufklärers zu zeichnen, der, unter den besonderen Bedingungen, die damals im Baltikum herrschten, als Geistlicher, Gelehrter und Erzieher eine enorme Wirksamkeit entfaltete. Hupel fühlte sich seiner selbst gewählten livländischen Heimat verbunden und verstand sich zugleich als Weltbürger, zumal als Mitglied der deutschen Gelehrtenrepublik. Im religiösen Bereich zeigt er sich als entschiedener Vertreter der Toleranzidee, im politischen Bereich als Reformers, der seine Hoffnungen auf den

aufgeklärten Absolutismus in Gestalt Katharinas II. gesetzt hatte und der deshalb, fern jeglichen baltischen Autonomiestrebens, die gesamt-russischen Reformmaßnahmen bejahte. Hupel hielt, wie Jürjo schreibt, „die historische Legitimation der politischen Macht der Ritterschaften und der städtischen Oberschicht für irrelevant und begrüßte die Einführung der Statthalterschaft in den baltischen Provinzen mit ihrer Demokratisierung des Bürgerrechts und Beschränkung der Adelsprivilegien“ (S. 411). Wie viele andere baltische Aufklärer trat er für eine Modernisierung der Gesellschaft ein und favorisierte dabei den Kameralismus.

In seinem Schlusskapitel meint Jürjo, im Glauben der baltischen Aufklärer „an die Reformierbarkeit der Gesellschaft auf der Basis der Vernunft und des Wissens“ käme eine „heutzutage kaum nachvollziehbare optimistische Grundhaltung und Zukunftszuversicht“ zum Ausdruck (S. 410). Aber auch wenn uns heute angesichts der bedrängenden Gegenwarts- und Zukunftsfragen der Optimismus abhanden gekommen ist, bleibt uns, wenn überhaupt, nur die Hoffnung auf die Fortschritte der Vernunft und des Wissens. Dies weiß natürlich auch Indrek Jürjo, und deshalb läßt er sein Buch mit dem Hinweis enden, dass die „Ideen und Leitvorstellungen“ der Aufklärung „vielfach auch heute noch aktuell sind“ (S. 417).

ULRICH KRONAUER

*Vene aeg Eestis. Uurimusi 16. sajandi keskpaigast kuni 20. sajandi alguseni.* [Die russische Zeit in Estland. Studien von der Mitte des 16. Jahrhunderts bis zu Beginn des 20. Jahrhunderts.] (Eesti Ajalooarhiivi Toimetised / Acta et commentationes archivi historici Estoniae, 14 [21].) Hrsg. von TÕNU TANNBERG. Verlag Eesti Ajalooarhiiv. Tartu 2006. 388 S. ISBN-13: 9789985858509.

In den „Abhandlungen des Estnischen Historischen Archivs“ (*Eesti Ajalooarhiivi Toimetised*) sind 2006 zwei Sammelbände zur estnischen Geschichte erschienen, von denen einer die schwedische Zeit in Estland untersucht<sup>1</sup>, während der andere unter dem Titel „Die russische Zeit in Estland“ zwölf Beiträge umfasst, die überwiegend von Wissenschaftlern

<sup>1</sup> Läänemere provintside arenguperspektiivid Rootsi suuriigis 16/17. sajandil [Entwicklungsperspektiven der Ostseeprovinzen im schwedischen Großreich im 16. und 17. Jahrhundert], Bd. 2, hrsg. von ENN KÜNG, Tartu 2006 (Eesti Ajalooarhiivi Toimetised / Acta et commentationes archivi historici Estoniae, 12 [19]).



aus der Universität Tartu stammen. Dabei sei nach den Worten des Herausgebers Tõnu Tannberg die „russische Zeit“ etwas breiter interpretiert worden, als es bisher üblich war.

Und tatsächlich wird der Band eingeleitet mit einem Beitrag von Anti Selart über die „russische Zeit“ der im Livländischen Krieg von den Russen besetzten Stadt Dorpat (1558–1582). Diese damals größte livländische Stadt war nicht nur administratives und militärisches Zentrum, sondern auch Sitz des orthodoxen Bischofs. Mithilfe der Inschriften zweier 1570 für das in Dorpat errichtete orthodoxe Kloster der Auferstehung Christi gegossenen Kirchenglocken, die heute im Museum von Pskov aufbewahrt werden, liefert Selart ein Bild von den Grenzen der russischen Macht im damaligen Dorpat, wobei er detailliert auf die Position der orthodoxen Kirche auf dem eroberten Gebiet eingeht.

Die zwei anschließenden Aufsätze sind der Rechtsordnung der russischen Ostseeprovinzen gewidmet. Marju Luts macht in ihrem Beitrag „Wenn es diese Kapitulationen nicht gegeben hätte...? Oder Hindernisse auf dem Weg der Modernisierung des Rechts in den Ostseeprovinzen des russischen Imperiums im 19. Jahrhundert“ auf die Formulierung der im Nordischen Krieg 1710 mit den Ritterschaften abgeschlossenen Kapitulationen aufmerksam, mit der die historische Rechtsordnung der Provinzen bewahrt und konserviert werden sollte. Auch die Rechtsgelehrten der 1802 wiedereröffneten Universität Dorpat, besonders der Professor für Provinzialrecht Friedrich Georg von Bunge (1802–1897), sahen ihre Aufgabe gerade in der möglichst exakten Kodifizierung der geltenden Rechtsordnung und nicht etwa in deren Modernisierung. Daher wurde mit der Zusammenstellung des Provinzialrechts der Ostseeprovinzen (Bd. I-II 1845; Bd. III 1864) vor allem die Beibehaltung des geltenden Rechts beabsichtigt, indem man, wie Luts bemerkt, geradezu mit „Sammelleidenschaft“ bemüht war, möglichst viele lokale Eigentümlichkeiten zusammenzutragen, und nicht etwas Ganzes in territorialer und ständeübergreifender Hinsicht. Die baltische Rechtsordnung hat sich erst mit der Einführung der einheitlichen russischen Städteordnung (1877) sowie der Polizei- (1888) und Justizgesetzgebung (1889) in den baltischen Gouvernements geändert. Obwohl diese Schritte der Zentralregierung eher als Russifizierung und nicht als Modernisierung gedeutet worden sind, entsprachen sie doch in weiten Teilen den noch in den 1860er Jahren im Baltikum gescheiterten Reformversuchen. Toomas Anepaio führt im Beitrag zur Justizreform von 1889 diese Überlegungen weiter und behauptet, dass sich gerade mit der besagten Reform der grundsätzliche Übergang von einer nichtstaatlichen auf eine staatliche Rechtsprechung im Baltikum vollzogen habe. Wie er hervorhebt, handelte es sich dabei um die ersten gesetzlichen Vorschriften in der Rechtsgeschichte Estlands, mit denen zahlreiche Prinzipien der Rechtstaatlichkeit wie

Gewaltentrennung, Staatlichkeit der Rechtsprechung und die formelle Gleichbehandlung der Bürger umfassend eingeführt wurden.

Die drei folgenden Aufsätze des Sammelbandes lassen sich wohl am besten unter dem Schlagwort der „Wissenschaftlerbiographie“ zusammenfassen. Indrek Jürjo beleuchtet die Studienjahre des früh verstorbenen livländischen Orientalisten Otto Friedrich von Richter (1791–1816) in Moskau, Heidelberg und Wien. Dabei stützt er sich auf Richters eigenen Briefwechsel, doch zieht er v.a. für die Behandlung der Moskauer Zeit auch den Schriftverkehr von Gustav Ewers, dem späteren Rektor der Dorpater Universität heran, der bei den Richters als Hofmeister tätig gewesen war. So gewährt Jürjo einerseits einen Blick auf die Studienwege des baltischen Adels zu Beginn des 19. Jahrhunderts, als die wiedereröffnete Universität Dorpat sich im Bewusstsein der Deutschbalten noch nicht als Heimatuniversität etabliert hatte und ein grosser Teil von ihnen – besonders die Kurländer – weiterhin die berühmteren deutschen Universitäten bevorzugte. Andererseits präsentiert er dem Leser aus dem hier ausgewerteten Briefwechsel auch eine längere Beschreibung der Vorlesungen von Friedrich Schlegel (1772–1829) an der Universität Wien und lässt ihn mit den Augen eines in Wien eingeschlossenen Deutschbalten den Russlandfeldzug Napoleons 1812 verfolgen.

Erki Tammiksaar widmet sich den Verbindungen des namhaften deutschbaltischen Geographen Alexander Theodor von Middendorff (1815–1894) mit der estnischen Nationalbewegung. Middendorffs extremer Pragmatismus habe ihn zu einer „ungewöhnlichen Erscheinung“ in Livland der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gemacht, betont Tammiksaar, der ihn als eine der radikalsten Figuren im deutschbaltischen öffentlichen Leben sieht. Middendorffs Bemühungen, bereits in den 1860er Jahren Esten und Letten in die Aktivitäten der livländischen Ritterschaft einzubeziehen, führten zwar zur resignierten Einsicht, dass der Landtag für die Realisierung solcher „fundamentalen Ideen“ bei weitem noch nicht bereit war. Nicht selten aber standen laut Tammiksaar die Esten selbst hinter den Misserfolgen, die sich ohnehin „nur mit Hingabe zoffen wollten“, und die aufgrund ihres grenzenlosen Misstrauens gegenüber den Deutschbalten so manch ein von Middendorff unterstütztes Projekt auf Grund laufen liessen.

Ljudmila Dubjeva betrachtet das Wirken von Jevgenij Tarle (1874–1955), der zu den angesehensten russischen Historikern des 20. Jahrhunderts zählt, als Professor für Allgemeine Geschichte an der Universität Dorpat, wo er von 1913 bis 1918 tätig war. Tarle, der zuvor als Privatdozent an der Universität St. Petersburg gelehrt hatte, erhielt in Dorpat seine erste ordentliche Professur. Mit St. Petersburg blieb Tarle aber auch während seiner Dorpater Zeit verbunden, indem er seinen Aufenthalt in Dorpat auf ein paar Tage in der Woche beschränkte.

Die drei anschließenden Beiträge des Bandes begleiten den Leser in den Bereich der Agrargeschichte. Ülle Tarkiainen untersucht in ihrem Aufsatz die Größe und Struktur des landwirtschaftlich genutzten Bauernlandes im nördlichen Teil des Kreises Dorpat (Vooremaa) während zweier Jahrhunderte, von den 1680er bis zu den 1880er Jahren. Tarkiainen verfolgt die Dynamik der Landnutzung und die Veränderungen in Bezug auf Fläche und Struktur des bebauten Landes in dieser Region, die sich durch eine eigenartige Landschaft auszeichnet. Der Beitrag von Kersti Lust „Über Zwangsräumungen von Bauernhöfen auf den Kronsgütern des estnischen Gebiets Livlands im 19. Jahrhundert“ beweist anhand zahlreicher Beispiele und Berechnungen, dass sich auf den Kronsgütern die Vertreibung der Erbpächter und der späteren Erbbesitzer als äußerst kompliziert erwies. Auf den Rittergütern mussten im Gegensatz dazu viele Bauernwirte im Laufe des Bauernlandverkaufs auf ihre Bauernstellen verzichten, da sie entweder nicht imstande waren, den Hof freizukaufen, oder die Ratenzahlungen nicht rechtzeitig leisten konnten. Tiit Rosenberg behandelt das Kirchenland, das zur Zeit der Bodenreform von 1919 1,29 % des gesamten estnischen Landbesitzes ausmachte. Neben den 108 Kirchengütern bzw. Pastoraten der evangelischen Kirche untersucht Rosenberg auch den Landbesitz der orthodoxen Kirche, wobei der Text durch zahlreiche Tabellen ergänzt wird.

In seinem quantifizierenden Beitrag „Die Kaderoffiziere estnischer Nationalität in der russischen Armee 1870–1917“ kommt Mati Krõnström für den Beginn des 20. Jahrhundert auf eine Anzahl von mindestens dreihundert Personen. Als eine der wichtigsten Ausbildungsstätten der estnischen Offiziere erweist sich Militärschule von Wilna. So setzte sich aus den Absolventen der Wilnaer Kaderschmiede auch das höhere Offizierskorps des estnischen Freiheitskriegs zusammen, angefangen vom Oberkommandierenden General Johan Laidoner, seinem Stabschef Jaan Soots bis hin zu einer Reihe von Divisions- und Regimentskommandeuren. Allerdings zeigt Kroonström, dass keiner der Offiziere, die am Freiheitskrieg teilgenommen haben, Führungserfahrung besaß, die über die Stabsarbeit in einer Division hinausging. Seinen Aufsatz ergänzt eine ausführliche Tabelle, anhand der sich Angaben zur Herkunft, zum Bildungsweg und dem Dienstverlauf von 285 „sicher“ estnischen und 54 „wahrscheinlich“ estnischen Kaderoffizieren in der Zarenarmee nachvollziehen lassen.

Bradley Woodworth leistet in seinem Beitrag einen instruktiven Überblick über die estnischen Staatsbeamten im Gouvernement Estland von 1870 bis 1914. Seiner Auffassung nach zeichnete sich eine rasante Zunahme des estnischen Beamtentums gerade in den 1890er Jahren ab, als die erste Generation von Esten herangewachsen war, die eine russischsprachige Oberschulbildung und immer häufiger auch eine russischsprachige Universitätsbildung erworben hatte. Während es nach

den Angaben der Volkszählung von 1871 in Tallinn nur vier estnische Beamte gab (1,7 % aller Beamten), dann waren es 1897 bereits 442 (51,3 %). Aber abgesehen vom gestiegenen Bildungsniveau war nach Woodworth vor allem auch die Bereitschaft der Zentralregierung wesentlich, gebildete Esten überhaupt als Beamte zu beschäftigen. Dabei war der Anteil der orthodoxen Esten unter den Staatsbeamten proportional wesentlich höher als der der Lutheraner. Die quantitative Zunahme estnischer Beamten brachte auch Veränderungen in der Mentalität der Esten mit sich: In ihren Augen waren Beamte estnischer Herkunft nicht mehr einfach nur Vertreter einer fremden Macht, sondern in erster Linie Esten – die „eigenen“ Leute.

Im abschließenden Beitrag „Selbstbestimmung im Kinderzimmer? Das russische Estlandbild zur Zeit der Revolution und des Bürgerkrieges“ stellt Karsten Brüggemann fest, dass einer der Gründe für die Niederlage der russischen Weißen im Bürgerkrieg mit den Bolschewiki in ihrem hartnäckigen Beharren auf den Vorkriegsgrenzen des Zarenreichs lag und sie Ausnahmen lediglich im Falle Polens und – unter Vorbehalt – Finnlands zu dulden bereit waren. Der um jeden Preis erhobene Anspruch auf eine sehr konservativ verstandene Gesetzmäßigkeit (*законность*) bedingte, dass sie die Abtrennung des Baltikums nicht einmal in Erwägung ziehen wollten. Ausführlich behandelt Brüggemann die Ereignisse an der Petrograder Front des russischen Bürgerkrieges. Er weist darauf hin, dass der erste Feldzug der Weissen gegen Petrograd im Mai/Juni 1919 in erster Linie der estnischen Strategie des Freiheitskrieges entsprang, zu der die Verteidigung der Grenzen auf dem Gebiet des Gegners gehörte. Der meist in diesem Zusammenhang genannte General Nikolaj Judenič leitete erst die zweite Offensive auf Petrograd im Oktober 1919, als die Weißen in Anbetracht ihres anfänglichen Erfolgs verkündeten, dass sie sich zu den „separatistischen“ Regierungen in Reval und Riga genauso verhalten würden wie zu den bolschewistischen Usurpatoren. Die Wiedervereinigung Estlands mit dem russischen Imperium – ob weiß oder rot, war egal – sei aber an der Petrograder Front des russischen Bürgerkriegs gescheitert. Als einen nicht unwesentlichen Faktor hebt Brüggemann das taktische Geschick der estnischen Führung bei der Umsetzung der eigenen politischen und militärischen Chancen sowie die Befolgung demokratischer Spielregeln trotz aller Schwierigkeiten hervor.

Alle Beiträge des Sammelbandes sind mit englischsprachigen Zusammenfassungen versehen, wobei als Ausnahme von der Regel Toomas Anepaios Aufsatz in deutscher Sprache resümiert wird.

MATI LAUR

СЕРГЕЙ Г. ИСАКОВ: *Очерки истории русской культуры в Эстонии*. [Beiträge zur Geschichte der russischen Kultur in Estland.] Verlag Aleksandra. Tallinn 2005. 448 S. ISBN 9985827732.

Dieser Band besteht aus 22 einzelnen Aufsätzen des Verfassers, die zum größten Teil – zuweilen in deutscher, meist in russischer oder in estnischer Sprache bereits publiziert worden sind. Dies geschah aber oft an entlegener Stelle, so dass die gemeinsame Veröffentlichung in einem Buch ohne Einschränkung gerechtfertigt ist; in Zukunft wären vielleicht eine estnischsprachige und eine deutschsprachige Übersetzung von Interesse. Da durch die stalinsche Repressionspolitik einerseits jegliche regional eigenständige russische Kulturpflege nach 1945 beseitigt, andererseits aber die russische Gemeinschaft in Estland in der Sowjetzeit hauptsächlich durch Immigranten zahlenmäßig künstlich aufgebläht wurde, durch Menschen also, die weder eine eigene Kultur anstreben noch die Nationalkultur der Esten kennen sollten, ist heute die Erforschung der Kulturgeschichte der Russen in Estland ein echtes historisches Desiderat.

Hierzu ist der Verfasser als Literaturwissenschaftler und Philologe (emeritierter Professor der estnischen Universität Tartu), der umfassende Kenntnisse der russischen, estnischen und deutschbaltischen Kulturgeschichte besitzt, bestens geeignet. Die Tatsache, dass er auch politisch im estnischen Parlament (*Riigikogu*) als Abgeordneter der russischen Minderheit tätig war, ist bei der Lektüre des Bandes kaum merkbar. Er ist stets bemüht, bei seinen Ausführungen Sachlichkeit walten zu lassen.

Hier sollen nur einige Beiträge vorgestellt werden, die geeignet sind, grundlegende Kenntnisse zur russischen Kulturgeschichte in Estland zu vermitteln. Im ersten, übrigens zuerst in deutscher Sprache erschienenen Aufsatz: „Основные этапы истории русской общины в Эстонии“ (Grundlegende Etappen der Geschichte der russischen Gemeinschaft in Estland; S. 5-33)<sup>1</sup> nimmt der Autor eine Periodisierung vor, wobei er sieben Etappen unterscheidet. In der ersten vom 10. bis zum Beginn des 13. Jahrhunderts tauchen russische Kaufleute in Reval und Dorpat auf. Die russische Kaufmannschaft bestand auch in der zweiten Periode – vom 13. bis zum 17. Jahrhundert – weiter, wovon die Existenz der „russischen“ Straßen (dt. Ruß-, estn. Vene) in diesen beiden Hansestädten zeugt. Am Ende des 17. Jahrhunderts entstanden am westlichen Ufer des Peipus-sees die Kolonien der russischen Altgläubigen. Die russische Oberherrschaft bis zum Ersten Weltkrieg unterteilt Isakov in zwei Perioden: a) von 1710 bis zu den 1880er Jahren und b) in das Zeitalter der Russifizierung vom Ende des 19. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg. Es folgt die Periode der unabhängigen Republik Estland 1918–1940, in der

<sup>1</sup> SERGEJ G. ISAKOV: Die russische nationale Minderheit in Estland: Vergangenheit, Gegenwart, Zukunft, in: Estland – Partner im Ostseeraum, hrsg. von JÖRG HACKMANN, Travemünde 1998, S. 116-138.

neben den einheimischen Russen auch politische Emigranten aus dem untergegangenen Zarenreich eine Rolle spielten. Die historisch gewachsene russische Regionalkultur wurde in der sowjetischen Periode (1940–1991) radikal zerstört. Während 1934 8,2% der Gesamtbevölkerung Russen (92 656 Personen) waren, betrug ihr Anteil 1989 bereits 30,3% (474 834 Personen). Dabei ist zu beachten, dass die Republik Estland zwei Regionen mit russischer Bevölkerungsmehrheit besaß – das Transnarva- und das Petschurgebiet (*Petserimaa*) –, die während des Zweiten Weltkriegs von der Russischen Föderativen Sowjetrepublik einverleibt wurden. In der heute andauernden siebten Periode seit 1991 geht es darum, der russischen Minderheit – im Jahre 2000 lebten in Estland 404 000 Russen (28% der Gesamtbevölkerung) – eine eigene regionale Identität wiederzugeben, was außer dem Peipusgebiet sowohl in Nordostestland als auch in der Hauptstadt auf unermessliche Schwierigkeiten stößt.

Erwähnt sei hier auch der kurze Essay „Плач о реке Нарове – древнейший памятник русской литературы в Эстонии“ (Die „Klage um den Fluss Narwe“ – das älteste Denkmal der russischen Literatur in Estland; S. 46-53). Diese besteht aus Bittschriften der russischen Bewohner Narvas an den schwedischen König und dessen Antworten und stammt aus dem Jahr 1665, als nach dem Russisch-Schwedischen Krieg von 1656 bis 1658 die russischen Einwohner aus den Vorstädten Narvas als politisch unzuverlässiges Element vertrieben werden sollten.

Von den weiteren gehaltvollen Aufsätzen des Sammelbandes seien hier nur genannt: „Русская периодическая печать в Эстонии в XIX в.“ (Die russische periodische Presse in Estland im 19. Jahrhundert; S. 136-165), „Русская литература Эстонии 1920–1930-х гг. как историко-культурный феномен“ (Die russische Literatur Estlands in den 1920–1930er Jahren als kulturhistorisches Phänomen; S. 166-177), „Нарвские русские газеты 1920–1930-х гг.“ (Narvaer russische Zeitungen der 1920–1930er Jahre; S. 219-246), „Из истории русской общины в эстонском сланцевом бассейне в 1920–1930-е гг.“ (Aus der Geschichte der russischen Gemeinschaft im estnischen Ölschiefergebiet in den 1920–1930er Jahren; S. 246-262), „Союз русских просветительных и благотворительных обществ в Эстонии (1923–1940)“ (Der Verband der Russischen Bildungs- und Wohltätigkeitsvereine in Estland; S. 263-295) und „Конец одной литературы. Русская литература Эстонии и события 1939–1945 гг.“ (Das Ende einer Literatur. Die russische Literatur Estlands und die Ereignisse der Jahre 1939–1945; S. 390-402).

Von den fünf Aufsätzen, in denen Biographien einzelner Personen geschildert werden, sei nur „Судьба певицы“ (Das Schicksal einer Sängerin; S. 378-389) herausgegriffen. Hier versucht der Verfasser, den Lebenslauf von Militsa Korjus (~1908–1980) zu rekonstruieren. Dabei werden die engen Beziehungen der Hauptdarstellerin des großen amerikanischen Musikfilms „Der große Walzer“ (1938) zur russischen Kul-

turszene herausgestellt, ebenso jedoch auch die estnische Herkunft und die multinationalen, beinahe kosmopolitischen Neigungen der gefeierten Sängerin.

Zusammenfassend kann man den Band jedem empfehlen, der sich über die Kulturgeschichte der Russen in Estland informieren möchte. In diesem Zusammenhang möchte der Rezensent seinen oben erwähnten Wunsch nach Übersetzungen – wohl auch ins Englische – wiederholen.

CSABA JÁNOS KENÉZ

Юрий В. АЛЕКСЕЕВ, Андрей Г. МАНАКОВ: *Народ сету: между Россией и Эстонией*. [Das Volk Setu zwischen Russland und Estland.] Verlag Европа. Moskau 2005. 104 S. ISBN 5973900274.

Oft leben in Grenzgebieten Volksgruppen, die in dieser Region schon eine lange Zeit ansässig sind und zum Teil länger dort leben, als die Staaten, unter deren Verwaltung sie stehen, existieren. Ist dieser Staat ihnen ethnisch fremd, dann können sie sich in kultureller Hinsicht erhalten, wenn ausreichende Kontakte mit den Landsleuten jenseits der Grenze bestehen bleiben. Eine weniger günstige Situation hinsichtlich der Beibehaltung der ethnischen Substanz ergibt sich, wenn die Grenze aufgrund von Streitigkeiten oder gar Feindseligkeiten zwischen den Nachbarländern hermetisch geschlossen ist. In einem solchen Fall beginnen ethnische und kulturelle Prozesse beiderseits der Grenze in unterschiedlichen Richtungen zu verlaufen und die von der Grenze abgetrennte Volksgruppe nimmt Züge an, die ihr bisher fremd waren, die oft auf die dominierende Ethnie des Staates, unter dessen Verwaltung sie steht, zurückgehen. Solchen in Grenzgebieten lebenden Völkern könnte eine bedeutende Rolle beim Erhalt der ethnischen Vielfalt zukommen, zumal die heutige Welt nicht nur durch die Globalisierung, sondern auch durch eine Regionalisierung charakterisiert ist. Um diese Prozesse zu untersuchen, müssen neben der theoretischen Auseinandersetzung mit ihnen auch Feldforschungen betrieben werden, bei denen sich die Wissenschaftler unmittelbar am Leben der untersuchten Menschen beteiligen. Um diese Arbeit zu einem Erfolg werden zu lassen ist es notwendig, Forscher von beiden Seiten der Grenze zu beteiligen.

An den Grenzen Estlands haben sich zwei solche Gebiete herausgebildet – zum einen Ingermanland im Nordosten, das von ostseefinnischen Völkern besiedelt war, die sich jedoch nicht bis heute gehalten haben,

und zum anderen Setumaa im Südosten, deren alteingesessene Einwohner die Setus sind. Ihre Vorfahren waren südeestnische Stämme, die im 13. Jahrhundert auf dem Gebiet des Fürstentums Pleskau lebten und auf diese Weise in die kulturelle Einflussphäre der orthodoxen Kirche und der Ostslawen gerieten.<sup>1</sup> Zu Beginn der 1990er Jahre haben sich Kontakte zwischen dem Rezensenten und Andrej Manakov ergeben, der heute Professor an der Pädagogischen Hochschule Pleskau ist. Von letzterem ging vor einiger Zeit der Vorschlag aus, eine gemeinsame Expedition im estnischen Teil von Setumaa zu unternehmen, die jedoch aufgrund von Zeitmangel und finanziellen Schwierigkeiten nicht zustande kam. Dies ist natürlich zu bedauern, zumal sich die russischen Kollegen im Laufe der Expedition sicherlich ein wahrheitsgetreueres Bild von den in Estland ansässigen Setus hätten verschaffen können als sie es offensichtlich heute haben, wenn man nach dem anzuzeigenden Buch urteilt.

Was diese Publikation betrifft, so sei gleich bemerkt, dass es sich dabei um ein recht schmales Bändchen in recht kleinem Format handelt, wobei noch etwa zwanzig Seiten am Ende für die Vorstellung der anderen Publikationen des Verlags abzuziehen sind. Die Veröffentlichungen des Verlags *Eepona* (Europa), soviel ist hieraus immerhin zu entnehmen, richten sich an diejenigen, die sich auf die eine oder andere Weise mit aktueller Politik beschäftigen. In der Einleitung werden die Setus als ein Volk bezeichnet, das mit den Esten nahe verwandt sei und schon lange vor dem Auftauchen der slawischen Stämme im 5. Jahrhundert in Setumaa gelebt habe. Die Slawen hätten es unterlassen, die alteingesessenen finnisch-ugrischen Stämme zu vertreiben, und demgegenüber begonnen, mit ihnen im selben Gebiet zusammenzuleben. Es wird auch erwähnt, dass die Setus bis zur Mitte des 16. Jahrhunderts heidnisch gewesen seien.

Hinsichtlich der weiteren hier vorgebrachten Behauptungen stellt sich jedoch eine Reihe von Fragen. Nach den Angaben der Volkszählung von 1903 lebten innerhalb der Grenzen des Landkreises Pleskau etwa 22 000 Setus, welche über die nötigen Voraussetzungen verfügt hätten, eine eigene Kulturautonomie einzurichten, was jedoch der Tartuer Friedensvertrag von 1920 zunichte gemacht hätte, der russischerseits von den „Hochstaplern internationaler Reichweite“ (!) Adol'f Ioffe und Isidor Gukovskij abgeschlossen worden sei. Die estnische Wissenschaft hätte die Setus als Nachfahren der Esten, die im 16. Jahrhundert vor der erzwungenen Konversion zum lutherischen Glauben über die russische Grenze geflohen waren, angesehen. Nun waren Ende der 1930er Jahre tatsächlich manche estnische Ethnologen und Historiker der Meinung, dass die Setus Nachfahren der Südesten gewesen seien, die „in der his-

---

<sup>1</sup> SILVIA LAUL: Eesti kagupiir ja Setumaa kujunemine [Die südöstliche Grenze Estlands und die Herausbildung von Setumaa], in: *Annales Litterarum Societatis Esthonicae* 1988–1993, Tartu 1995, S. 142–151.



torischen Zeit“ nach Russland gezogen waren. Seriöse Forscher haben in den Setus jedoch immer den östlichsten Stamm der Südesten gesehen. Wohl aber hat zur Erhaltung der Setus die spätere Einwanderung aus den estnischen Gebieten beigetragen.

Im Ergebnis des zwischen der Republik Estland und Sowjet-Russland 1920 geschlossenen Friedensvertrags kam Setumaa an Estland. Hier wurde der Landkreis Petseri (russ. Pečory) gebildet, dessen westlicher Teil von Setus besiedelt war, während an seinem östlichen und südlichen Rand Russen lebten. Dem Buch zufolge hätte der estnische Staat bereits in den 1920er Jahren mit der Estonisierung der Setus begonnen, womit wohl auf die Einführung estnischer Familiennamen angespielt wird. Dabei wird übersehen, dass die Setus zuvor überhaupt keine Familiennamen hatten. Zugleich wird die Einführung des estnischsprachigen Schulunterrichts verurteilt, wobei wiederum die Tatsache übersehen wird, dass die Setus früher überwiegend Analphabeten waren. Zur Abschaffung des Analphabetismus wurde schon im Schuljahr 1919/20 die allgemeine Schulpflicht eingeführt, in deren Rahmen die Russen in Setumaa in Russisch, die Setus hingegen in Estnisch unterrichtet wurden. Speziell hierfür wurde aber auch eine im Setu-Dialekt verfasste Fibel publiziert.<sup>2</sup>

Die Einleitung des Büchleins ist nicht frei von Mitteln aus dem Bereich der politischen Propaganda, wenn sie z.B. für die Zeit nach der Wiedererlangung der estnischen Unabhängigkeit 1991 von einer Estonisierung der ethnischen Minderheit der Setus spricht. Des Weiteren werden in diesem Kontext das Programm zur Übersiedlung der innerhalb der Grenzen Russlands verbliebenen Setus nach Estland (1995–2000), die Unterdrückung der „russischsprachigen Bevölkerung“ sowie von Estland erhobene territoriale Ansprüche an Russland thematisiert. Im alten sowjetischen Stil wird sogar behauptet, dass die Vereinigten Staaten Polen, Lettland, Litauen und Estland als „Trojanisches Pferd“ der Europäischen Union benutzten, um Druck auf Russland auszuüben (S. 5). Wer der Autor dieser Einleitung ist, wird im Buch allerdings nicht verraten.

Der Verfasser des ersten Kapitels („Das Volk der Setu in Vergangenheit und Gegenwart“) ist der erwähnte Andrej Manakov. Er behandelt die Herkunft der Setus und analysiert auf der Grundlage der Ergebnisse seiner zwei Expeditionen die ethnisch-demographischen Prozesse unter ihnen. Für seine historische Übersicht hat er außer seinen eigenen Arbeiten und denjenigen seiner Mitautoren, die in den 1990er Jahren publiziert worden sind, auch Aufsätze herangezogen, die in der sowjetischen Zeit in Russland und in Estland veröffentlicht worden waren. In gewissem Maße stützt er sich auch auf die ältere estnischsprachige Literatur. Allerdings ist Manakov nicht mit den einschlägigen Publikationen estnischer Auto-

<sup>2</sup> Seto lugõmik [Setu Lesebuch], Teil 1, Tartoh 1922 (Akadeemilise Emakeele Seltsi toimetused, 6).

ren aus der jüngsten Zeit vertraut.<sup>3</sup> Manakov führte 1999 eine Expedition zur Erforschung der im Bezirk Pečory ansässigen Setus durch. Dafür verschaffte er sich bei dem in Russland tätigen Verein für ethnische Kultur der Setus (*Этнокультурное общество сету*, EKOS) ein Verzeichnis der in den Verwaltungsbezirken Panikoviči, Pečory und Novoizborsk ansässigen Setus mit Stand vom 1. Dezember 1998 und sammelte ergänzende Angaben zu den in den Bezirken Izborsk und Krupp lebenden Setus.<sup>4</sup> So erhielt er vorläufige Angaben zu 390 Setus, die auf dem Lande wohnten. Nachdem er noch die 110 Setus, die in der Stadt Pečory wohnhaft waren, hinzu gezählt hatte, ergab sich die verhältnismäßig geringe Zahl von 500 Personen.

Dabei stellte sich nun Folgendes heraus: Während die Setus im Sommer 1993 in 78 Ortschaften des Bezirks Pečory ansässig gewesen waren, lebten sie sechs Jahre später nur noch in 50 Orten. Neben dem allgemeinen Rückgang der Anzahl der Setus waren sie auch in andere Gebiete außerhalb ihres traditionellen Siedlungsgebiets im Bezirk Pečory verstreut worden. Im stärksten Maße hatten sich die Setus in dem am Pleskauer See gelegenen Bezirk Krupp russifiziert, wo mehr als die Hälfte von ihnen im häuslichen Alltag zum Russischen übergegangen war. Manakov zufolge wird dieses Niveau der Russifizierung auch in den anderen Setu-Gemeinden in den nächsten 5-10 Jahren erreicht werden. Die Sprache der Vorfahren bleibe nur bei den alten Leuten auf den Dörfern erhalten. Die jüngeren Setus haben sich in den städtischen Siedlungen Novoizborsk und Podles'e niedergelassen, die völlig russischsprachig geworden sind. Von 1945-1999 habe sich die Anzahl der Setus im Bezirk Pečory um mehr als das Elffache verringert: von 5 700 Personen auf 500. 4 600 Menschen waren (hauptsächlich nach Estland) umgesiedelt. Von den zurzeit im Bezirk Pečory lebenden Setus sind 61 % über 50 Jahre und 47 % über 60 Jahre alt, so dass die Sterberate die Geburtenrate um das Sechs- bis Achtfache übersteigt.

Nach den von Manakov durchgeführten Berechnungen sind von 1945-1959 jährlich durchschnittlich 100, in den 1960er Jahren 200, in den 1970er Jahren 60, in den 1980er Jahren 40 und in den Jahren 1989-1996 zehn Setus nach Estland gezogen. Das durchschnittliche Alter der im Bezirk Pečory ansässigen Setus beträgt 54 Jahre, bei den Frauen 60 Jahre und bei den Männern 47 Jahre. Die Personen, die über 60 Jahre alt sind, machen 47 % aus, drei Viertel davon sind Frauen. Die Männer sind in der Altersgruppe von 30-59 Jahren in der Überzahl, dabei übersteigt die Zahl der Männer im Alter von 35-54 Jahren die Zahl der gleichaltrigen Frauen um mehr als das Zwei- bis Dreifache. Die Setus im Bezirk Pečory haben 100 Kinder und 120 Enkel, die in Estland leben. Ein Großteil der Kinder hat sich

<sup>3</sup> Siehe z.B. INDREK JÄÄTS: Ethnic identity of the Setus and Estonian-Russian border dispute, in: Nationalities Papers 28 (2000), S. 651-670.

<sup>4</sup> Im Buch werden nur die offiziellen russischen Ortsnamen verwendet.

in Tartu (ca. 25 %) und Tallinn (ca. 10 %) niedergelassen. Nur ein Viertel der Befragten trägt einen estnischen Vornamen, während die Hälfte der in Estland ansässigen Kinder und drei Viertel der Enkel einen estnischen Vornamen hat. Als Träger der Setu-Kultur könnten daher nur Personen über 40 Jahre bezeichnet werden. Wer sich im Bezirk Pečory mit den Esten identifiziert habe, sei bereits zum größten Teil nach Estland gezogen. Die Setus, die das 30. Lebensjahr noch nicht erreicht haben, und besonders die unter 20-Jährigen haben eine gespaltene setu-russische Identität, die wiederum im Endeffekt ihre Assimilation stärkt. Am Ende seines Kapitels betont Manakov, dass auf russischem Gebiet das letzte Stadium der Depopulation der Setus begonnen habe, das bald abgeschlossen sein werde.

Was die Identität der im Bezirk Pečory ansässigen Setus betrifft, so hielten sich 83 % für Setus (*seto*), 11% für *полуверцы*, 3 % für Russen, 2 % für Esten, während sich 1 % für den Begriff „Pleskauer Esten“ (*псковский эстонец*) entschied. 75 % der Befragten sprachen zu Hause Setu-Dialekt, 7 % den Setu-Dialekt und Russisch bzw. Estnisch, 13 % Estnisch und 5 % Russisch. 5 % der Befragten waren nicht der estnischen Sprache und 4 % nicht der russischen Sprache kundig. Die Mehrzahl der Befragten hatte eine siebenjährige Schule beendet, ein Viertel der Frauen jedoch nur eine vierjährige Schule. Viele hatten in einer estnischsprachigen Schule gelernt. 90 % der Befragten hielten sich für religiös. Religiöse Feiertage begingen zwar alle, doch gingen nur zwei Drittel der befragten Setus regelmäßig in die Kirche. Als maßgebliche Unterschiede zwischen den Setus und den Esten gelten (nach der Häufigkeit der Nennungen) Sprache, Glaube, Sitten und Gebräuche sowie die Kleidung.

Im Sommer 2005 hat der Lehrstuhl für Geographie der Pädagogischen Universität Pleskau mit Unterstützung der Nachrichtenagentur „Regnum“ eine erneute Umfrage durchgeführt, die das Ziel verfolgte, die sozialdemographischen Veränderungen der vorangegangenen sechs Jahre im russischen Teil von Setumaa zu untersuchen. Hauptsächlich auf der Grundlage der vorigen Umfrage wurden 72 Setus befragt. Nach Angaben der russischen Volkszählung von 2002 lebten im Bezirk Pečory nur noch 170 Setus, 139 davon auf dem Lande, 31 in der Stadt Pečory. Zugleich waren im Bezirk Pečory 494 Esten wohnhaft, davon 317 auf dem Lande. Manakov zufolge sei dies die einzige nach dem Zweiten Weltkrieg in Russland durchgeführte Volkszählung gewesen, in der die Setus als ein gesondertes Volk behandelt worden seien.<sup>5</sup> Auf Grundlage der Angaben dieser zwei Umfragen stellt der Autor eine vergleichende Bevölkerungspyramide für die Setus 1999/ 2005 auf. Da es immer weniger Frauen im fertilen Alter gibt, ist die Geburtenrate der Setus im Vergleich zu früheren Jahren noch weiter gesunken. Der in den dazwischen liegenden Jahren erfolgte Rückgang der Zahl der Setus sei in gleichem Maße durch die Übersiedlung

<sup>5</sup> Eigentlich dürfte auch die Mehrzahl der im Bezirk Pečory lebenden Esten zu den Setus gehören.

nach Estland wie durch Todesfälle bedingt. Berücksichtigt man diese zwei Faktoren sowie die Assimilation, so dürften im Bezirk Pečory 2010 weniger als 100 und im Jahre 2015 nur noch einzelne Setus leben.

Das zweite Kapitel des Büchleins besteht aus Interviews und Dokumenten, die von Jurij Alekseev, dem Korrespondenten von „Regnum“ in der Pleskauer *oblast*, zusammengestellt worden sind. Eingangs wird das Mitglied des Ältestenrates des Setu-Kongresses und Chefredakteurs des Monatsblatts „Setomaa“, Ilmar Vananurm, befragt (Juni 2005). Der Titel dieses Gesprächs – „Die jetzige estnisch-russische Grenze ist für uns künstlich“ – verweist sogleich auf die Einstellung Vananurms zur territorialen Frage der Setus. Ihm zufolge sei für die Erhaltung einer Volksgruppe ein kompaktes Territorium nötig, das den Setus gegenwärtig jedoch fehle. Es sei den Setus, die innerhalb der Grenzen Estlands und Russlands ansässig sind, nicht mehr möglich, gemeinsame Sängerfeste zu veranstalten, religiöse Feiertage zu begehen oder andere Veranstaltungen durchzuführen, da man für die Überschreitung der Grenze ein Visum benötigt. Vananurm wird hier mit dem Wunsch zitiert, die Regierung in Tallinn möge den Setus, die in Russland verblieben sind, mehr Hilfe leisten.

Das Interview mit der Vorsitzenden der EKOS im Bezirk Pečory, Helju Majak, trägt hingegen den Titel „Würde man die Grenze öffnen, so würden viele Setus nach Russland zurückkehren“. Nachdem infolge der Einführung des Grenzregimes 1993 der Umgang zwischen den in Russland und Estland ansässigen Setus abgebrochen worden sei, habe man 1995 im Bezirk Pečory die Organisation EKOS gegründet, die sich die Wiederbelebung der alten Traditionen der Setus zum Ziel gesetzt habe. So sei der bereits vor 30 Jahren gegründete Chor wiederbelebt worden und man begehe wieder die orthodoxen Feiertage, die in der sowjetischen Zeit verpönt waren. Außerdem sei ein Museum für Kultur der Setus sowie ein Kinderchor begründet worden. Zugleich zeigt sich Majak darüber informiert, dass es in Estland sogar 17 Setu-Chöre gebe. Große Aufmerksamkeit widme man im Bezirk Pečory der Versorgung der Alten. Als Hauptproblem gilt Majak jedoch der Umstand, dass fast alle Familien durch die Staatsgrenze voneinander getrennt seien und die Besorgung eines Visums viel Geld und Nerven koste. Zwar gebe es einen vereinfachten Umgang mit den in Estland lebenden Landsleuten, der sich jedoch nur auf diejenigen erstrecke, die in den Landkreisen Võru und Põlva leben. Allerdings komme auch die Kommunikation zwischen den wenigen Setus, die im Bezirk Pečory verblieben sind, nur sehr mühsam zustande. Da die Mehrheit von ihnen einen estnischen Pass besitzt, sei es ihnen jedoch theoretisch möglich, die Grenze zu passieren. Doch würden nur wenige eine Reise nach Estland unternehmen.

Nach Ansicht des Rezensenten liegt dieser Umstand am hohen Alter und an den begrenzten Bewegungsmöglichkeiten dieser Menschen.

Gleichzeitig ist es für die Setus, die in den weiter entfernt liegenden Landkreisen in Estland ansässig sind, schwierig, nach Pečory zu reisen. Frau Majak zufolge dürften sich die Setus nicht völlig von den Russen isolieren, mit denen sie im Bezirks Pečory stets gemeinsam gelebt hätten. Zugleich äußert sie den Wunsch, dass die Kultur der Setus erhalten bleibe. Sie ist der Ansicht, dass die einzige estnischsprachige Schule in der Stadt Pečory erhalten bleiben müsse, zumal sie die Kenntnis des Estnischen für notwendig hält. Ihrer Meinung nach hat sich die „richtige“ Kultur der Setus nur im Bezirk Pečory erhalten, wo sie mit großem Enthusiasmus aufrechterhalten werde. Es stellt sich jedoch die Frage hinsichtlich des Titels des hier referierten Gesprächs, der wohl vom Interviewer bzw. vom Verlag formuliert worden ist: Unter welchen Bedingungen würden die Setus, die aus dem Bezirk Pečory nach Estland gezogen sind, denn nach Russland zurückkehren?

Das Büchlein wird abgeschlossen mit einer Auswahl von Dokumenten der Setu-Organisationen aus den Jahren 1995–1999 sowie mit einem Auszug aus dem Text des Tartuer Friedensvertrags von 1920.

Abschließend lässt sich sagen, dass die Autoren des anzuzeigenden Bändchens einen eindrucklichen Beitrag zur Erforschung einer Volksgruppe geleistet haben, die auf beiden Seiten einer Staatsgrenze lebt. Dabei ist jedoch nicht zu verkennen, dass sie als Bürger der Russischen Föderation auf die Interessen und offiziellen Standpunkte ihres Staates Rücksicht nehmen mussten.<sup>6</sup>

ОТТ КУРС

---

<sup>6</sup> Es sei darauf hingewiesen, dass in anderen Publikationen dieses kremlnahen Verlages „Europa“, der sich überraschend häufig baltischen Themen widmet, „Wissenschaft“ und Propaganda weitaus weniger voneinander getrennt sind. Die politische Ausrichtung dieser bemerkenswert oft anonym publizierten Bücher ist zumeist anhand der Titel ersichtlich: Россия и „санитарный кордон“. Сборник информационного агентства РЕГНУМ [Russland und der „Cordon sanitaire“. Sammelband der Informationsagentur REGNUM], Москва 2005; А. И. ПЕТРЕНКО: Прибалтика против фашизма. Советские прибалтийские дивизии в Великой Отечественной войне [Das Baltikum gegen den Faschismus. Die sowjetischen baltischen Divisionen im Großen Vaterländischen Krieg], Москва 2005; Эстония: Кровавый след нацизма 1941–1944. Сборник архивных документов о преступлениях эстонских коллаборационистов в годы Второй мировой войны [Estland: Die blutige Spur des Nazismus 1941–1944. Sammelband mit Archivadokumenten zu den Verbrechen der estnischen Kollaborationisten in den Jahren des Zweiten Weltkriegs], Москва 2006; Латвия под игом нацизма. Сборник архивных документов [Lettland unter dem Joch des Nazismus. Sammelband mit Archivadokumenten], Москва 2006; Трагедия Литвы: 1941–1944 годы. Сборник архивных документов о преступлениях литовских коллаборационистов в годы Второй мировой войны [Die Tragödie Litauens. 1941–1944. Sammelband mit Archivadokumenten über die Verbrechen der litauischen Kollaborateure in den Jahren des Zweiten Weltkriegs], Москва 2006 (Anm. der Redaktion).

KERSTI LUST: *Pärisorjast pärisakohamanikuks. Talurahva emantsipatsioon eestikeelse Liiwimaa kroonukülas 1819–1915.* [Vom Leibeigener zum Erbeigentümer eines Bauernhofs. Die Bauernbefreiung auf den Domänengütern des estnischen Teils Livlands 1819–1915.] Verlag Eesti Ajalooarhiiv. Tartu 2005. 375 S. ISBN 998585845X.

In der europäischen Agrargesellschaft des 18. und 19. Jahrhunderts erfolgten tief greifende Veränderungen und Umgestaltungen. Sie manifestierten sich in erster Linie in der technologischen Entwicklung der Landwirtschaft, einer größeren Anpassung der landwirtschaftlichen Produktion an die Anforderungen des Marktes, den Reformen der Bodenordnung, der Befreiung der Bauern von den feudalen Fesseln sowie in der zunehmenden sozialen Differenzierung der Dorfgesellschaft. Die von Kersti Lust vorgelegte Doktorarbeit<sup>1</sup> über die Lage der Bauern in Livland stellt somit nicht nur eine Studie von lokaler Bedeutung dar, sondern knüpft vielmehr ihr Thema unmittelbar an die oben erwähnten gesamteuropäischen historischen Prozesse, wodurch sie auch einen Beitrag zur Erforschung der internationalen Agrargeschichte leistet.

Die Autorin liefert eine überblicksartige Darstellung der Entwicklung in Europa, d.h. in erster Linie in Deutschland, wo die Probleme weitgehend denjenigen im Baltikum glichen. Dabei wird ersichtlich, dass Lust einerseits mit den neuesten Studien zur Agrargeschichte gut vertraut ist, andererseits auch die Literatur über die Agrarentwicklung auf dem von Esten bewohnten Gebiet im 19. Jahrhundert gründlich und sachkundig zu präsentieren weiß. Ausgehend vom Thema ihrer Dissertation konstatiert sie, dass die auf den Privatgütern geltenden Bauerngesetze, die auf Anregung der Ritterschaften ausgearbeitet worden waren, recht gründlich erforscht sind. Im Vergleich hierzu seien bislang allerdings die Politik der Staatsregierung hinsichtlich der Domänen und die Lage der Kronsbauern zu wenig untersucht worden, und wenn, dann hauptsächlich von der normativen Seite her. Die Autorin polemisiert dabei mit der tendenziösen Herangehensweise der älteren deutschbaltischen Studien, die noch von der ständischen Position ausgehend urteilten.

Unstrittig sollte die Fragestellung einer Monographie, wie sie z.B. eine Dissertation darstellt, zwei Ansatzpunkte haben: zum einen die theoretische Konzeption und zum anderen die Basis der Historiographie, d.h. die Lücke im Forschungsstand. In der Einleitung der vorliegenden Studie wird eine theoretische Konzeption weder explizit formuliert noch erörtert. Immerhin fließen die in der Arbeit immer wieder berücksichtigten Einzelfragen ein in eine allgemeine theoretische Darstellung der Entwicklung kapitalistischer Verhältnisse und deren Durchsetzung in

---

<sup>1</sup> Die Dissertation wurde am 19. Dezember 2005 vor dem Promotionsrat des Fachbereichs Geschichte der Philosophischen Fakultät der Universität Tartu verteidigt.

der estnischen Agrargesellschaft. In der Einleitung werden allgemeine Ziele formuliert; konkrete Fragen an das Quellenmaterial finden sich im laufenden Text in den entsprechenden Kapiteln an präzise formuliert.

Das Hauptziel der Dissertation ist es, die Änderungen der bäuerlichen Bodennutzung und ihrer Bedingungen während der wichtigsten Etappen der Bauernbefreiung zu untersuchen: die Befreiung von der Leibeigenschaft, die Ablösung der Fron, die Landteilung sowie die Entstehung des bäuerlichen Kleinbesitzes. Die Autorin hat sich darüber hinaus zum Ziel gesetzt, auf die Einstellung der Bauernschaft gegenüber den Agrarreformen einzugehen. Den thematisch-geographischen Rahmen der Studie bilden die Kronsbauern im estnischen Teil Livlands, den zeitlichen Rahmen die Jahre 1819–1915, d.h. die Befreiung der Bauern von der Leibeigenschaft und die tatsächliche Vollendung der Regulierungsmaßnahmen während des Ersten Weltkrieges.

Die Dissertation basiert auf sehr umfangreichen Primärquellen aus den staatlichen historischen Archiven Estlands, Lettlands und Russlands. Es sind zwei Arten von Quellen zu unterscheiden, zum einen die Legislativakten, welche die normativen Grundlagen und den Rahmen der Agrarverhältnisse fixieren, zum anderen solche Dokumente, die Aufschluss über die reale Lage infolge der Umsetzung der gesetzlichen Bestimmungen geben können. Der Großteil davon ist von der Forschung zuvor nicht herangezogen worden; hier werden sie kritisch und zuverlässig ausgewertet.

Der Aufbau der Dissertation ist einfach und konsequent, indem er streng die in der Einleitung formulierten Ziele verfolgt. Die Darstellung wird strukturiert durch eine Reihe konkreter Fragen, die sich auf die in verschiedenen Kapiteln behandelten Themen beziehen. Mit sicherer Hand werden verschiedene Situationen, die Herausbildung der Gesetzgebung und die Umsetzung der Vorschriften geschildert sowie quantitatives Quellenmaterial ausgewertet – dies zeugt von der guten handwerklichen Fertigkeit der Historikerin. Die Analysen sind sachgerecht und deren Ergebnisse überzeugend. Bei der Behandlung einiger Einzelfragen polemisiert die Autorin zuweilen gegen die in der Historiographie gängigen Standpunkte und führt neue, durchaus akzeptable Interpretationen vor. An manchen Stellen hätte man im Interesse einer besseren Übersichtlichkeit den im laufenden Text vorkommenden Detailreichtum durch vereinfachte Zusammenfassungen, Diagramme und Tabellen ausgleichen können, etwa bei der Darstellung der Beziehungen zahlreicher staatlicher Einrichtungen und Kommissionen untereinander sowie bei detaillierten quantitativen Angaben.

Im Mittelpunkt der Studie stehen die Aspekte der Bauernbefreiung, welche die Auflösung des traditionellen gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisses ausmachten: die Befreiung von der Leibeigenschaft, die Übergang zur Geldpacht, der Erwerb von Erbeigentum an Bauernhöfen (der Bauerlandverkauf) sowie die Gründung von Parzellenwirtschaften auf

den Domänenländereien. All dies wird in verschiedenen Kapiteln behandelt, in denen sowohl die Gesetzgebung als auch deren Umsetzung und schließlich die Ergebnisse beschrieben und analysiert werden.

In den Domänengütern war die Lage der Bauern besser als in den Rittergütern, dies sowohl in rechtlicher, wirtschaftlicher als auch sozialer Hinsicht. Bis zu den 1760er Jahren waren keine merklichen Eingriffe der Staatsregierung in die Situation der Bauern zu verzeichnen. Erst danach begann die Regierung Interesse für die Agrarfragen der Ostseeprovinzen zu zeigen. Zur Triebkraft der Umgestaltungen wurden die finanziellen Interessen des Staates, während als Voraussetzung für die Durchführung von Änderungen eine starke Zentralgewalt zu gelten hat.

Eine neue Periode in der Agrargesetzgebung Livlands begann mit dem Regulativ von 1804, das weitgehend auf den so genannten „Bauernschutz“ zielte. Die hierin festgehaltenen Vorschriften der Bodenbewertung und der Lastenberechnung erhielten sich bis zum Ende der 1850er Jahre. In einem gesonderten Kapitel behandelt die Autorin das livländische Befreiungsgesetz von 1819 und dessen Umsetzung. Die Bauern wurden damals zwar von der persönlichen Abhängigkeit befreit, doch wurde der Grund und Boden zum Alleineigentum der Gutsbesitzer bzw. des Staates erklärt. Die Bauernwirte wurden nun gezwungen, ihre Höfe auf der Grundlage eines kurzfristigen Fronpachtvertrags zu bewirtschaften, was zu tiefer Unzufriedenheit und zu zahlreichen Bauernunruhen führte. Hinsichtlich der unmittelbaren Ursachen der Unruhen hat es unter den Historikern Meinungsverschiedenheiten gegeben. Lust neigt der Ansicht zu, ungerechtfertigt erhöhte Lasten und unbegründete Strafen als Hauptursache der Unruhen anzusehen, weniger die allgemeine wirtschaftliche Not auf dem Land.

Die livländischen Bauerngesetze von 1804 und 1819 wurden in gleicher Weise sowohl auf den Krons- als auch auf den Privatgütern eingeführt. Die Umsetzung der Bestimmungen von 1819 erfolgte jedoch tatsächlich auf unterschiedliche Weise. Auf den Privatgütern wurde die Höhe des Pachtzinses durch eine gegenseitige freiwillige Vereinbarung zwischen den Gutsherren und den Bauern festgesetzt, während auf den Kronsgütern die Normen der Wackenbücher weiterhin in Kraft blieben. Auf den Privatgütern setzte die Ausführung einer Flurbereinigung die Initiative und Genehmigung des Gutsbesitzers voraus; die Inhaber der Kronsgüter hatten weitaus geringere Möglichkeiten, über eine solche Maßnahme zu entscheiden. Auf den Privatgütern besaß der Gutsbesitzer auf der Grundlage des freien Vertrags die alleinige Entscheidungsbefugnis darüber, ob er die Geldpacht einführt und ob die Bauern Erbeigentum an ihren Bauernhöfen erwerben konnten – und wenn ja, dann unter welchen Bedingungen. Auf den Kronsgütern wurden der Übergang zur Geldpacht und der Erwerb von Erbeigentum an Bauernhöfen sowie die Höhe der Pacht



und der Loskaufsumme durch offizielle Instruktionen und Gesetze geregelt.

Im Hinblick auf die Regulierung der Kronsdorfer spielte es eine wichtige Rolle, ob eine Flurbereinigung durchgeführt werden oder die bisherige Gemengelage beibehalten werden sollte. Hinsichtlich der Notwendigkeit einer Flurbereinigung bestanden unter den Bauern Meinungsverschiedenheiten und ihre Durchführung führte zu zahlreichen Protesten. Im Allgemeinen setzte sich immer mehr die Auffassung durch, dass die Förderung des Ackerbaus durch die Gemengelage gehemmt werde. Zu dieser von den Bauern vertretenen Ansicht trug auch die Presse bei, welche ihren Lesern suggerierte, dass die erbärmliche wirtschaftliche Lage der Bauernschaft eben durch das überholte System der Flureinteilung verursacht worden sei. Zum besseren Verständnis der Einstellung der Bauernschaft wäre es angebracht gewesen, am Anfang des Kapitels die normative Regelung einer Flurbereinigung im Kronsdorf zu klären: Wer traf die Entscheidung über die Flurbereinigung, und wer konnte diese Entscheidung ändern, wenn jemand Protest erhob? Es wäre auch interessant gewesen, zu erfahren, was mit den Dörfern passierte, in denen eine Flurbereinigung durchgeführt worden ist. Das Dorf und das Dorfleben wurden hiervon zweifellos beeinflusst. In diesem Zusammenhang präsentiert die Autorin einen interessanten Gedanken über die Funktion des Dorfes sowie die positive Seite der Gemengelage: Letztere habe die Zusammenarbeit der Dorfgemeinschaft vorausgesetzt und diese zugleich gefördert, aber auch den Bauern einen gewissen sozialen Schutz geboten.

Auch hinsichtlich des Übergangs zur Geldpacht gab es unter den Bauern gegensätzliche Meinungen. Die Mehrheit war zwar dafür; als Problem erwies sich jedoch der Umstand, dass es den Bauernhöfen, die nach wie vor unter den Bedingungen der Naturalwirtschaft bewirtschaftet wurden, schwer fiel, das erforderliche Pachtgeld aufzutreiben. Diejenigen aber, die zur Geldpacht übergegangen waren, entrichteten die Pacht für ihren Bauernhof direkt an die Kreisrente und hatten sich dadurch vom Gut vollständig befreit.

Ab dem Ende der 1850er Jahre konnte man Bauernland loskaufen und mit einem Ukas des Senats wurde 1869 der Erwerb von Erbeigentum an Bauernhöfen geregelt. Mit dem Gesetz von 1886 wurde die Zwangsablösung in Kraft gesetzt. Während das Tempo des Übergangs zur Geldpacht von Landkreis zu Landkreis relativ einheitlich war, so bestanden in der Kaufintensität doch erhebliche Unterschiede. Das höchste Maß an Unternehmungsgeist zeigten die Hofbesitzer in den Landkreisen Fellin und Dorpat, wo bis 1886 an mehr als der Hälfte der Bauernhöfe Erbeigentum erworben worden war.

Die letzte Etappe der Agrargesetzgebung des Zarenreichs hinsichtlich der Ostseeprovinzen bildete die zu Beginn der 20. Jahrhunderts erfolgte Parzellierung der Domänenländereien. Infolge der großen Landlosig-

keit wurden von der revolutionären Bewegung des Jahres 1905 Forderungen aktualisiert, das Land an die landlosen Bauern zu verteilen. 1907 wurde schließlich ein staatlicher Fonds für Pachtland eingerichtet, der Kleinstellen zu verpachten begann. Tatsächlich hatte die Staatsregierung kein Interesse daran, die verpachteten Kleinstellen zu selbstständigen Bauernwirtschaften zu entwickeln. Vielmehr sollte die Einrichtung des erwähnten Fonds für die Beruhigung des revolutionären Landproletariats sorgen.

Die von Kersti Lust vorgelegte Doktorarbeit behandelt einen klar begrenzten agrargeschichtlichen Prozess in einem Zeitraum von 100 Jahren. Zeitlich stimmte dieser Prozess weitgehend mit vielen anderen gesellschaftlichen Entwicklungen überein, die nicht nur zeitlich, sondern vielmehr auch ursächlich miteinander verbunden waren. Man kann von der Autorin angesichts ihrer Fragestellung nicht verlangen, sich auch noch mit diesem breiteren Kontext zu beschäftigen. Da aber eine Dissertation ihrer Natur nach die Untersuchung eines Prozesses darstellt, hätte man gerne auch eine zumindest flüchtige Erörterung der betreffenden Problematik gelesen – keine umfangreichen empirischen Untersuchungen oder Spekulationen, sondern eben eine wissenschaftliche Erörterung. Dadurch hätten die Forschungsergebnisse eventuell noch mehr Tiefe erlangen können. An dieser Stelle seien einige Fragen formuliert, um die weitere Diskussion anzuregen:

Sprechen wir zunächst die Agrargesetzgebung des Zarenreichs hinsichtlich der Ostseeprovinzen an, mit der sich die vorliegende Studie sehr detailliert auseinandersetzt. Es wäre darüber hinaus interessant gewesen, zu erfahren, ob diese Gesetzgebung während der ganzen untersuchten Periode von 1819 bis 1915 oder auch in irgendeiner besonderen Phase durch eine bestimmte Ausrichtung oder ein bestimmtes Ziel gekennzeichnet war; hier wären beispielsweise folgende potentielle Zielvorstellungen zu berücksichtigen:

- die Vereinheitlichung der Agrarverhältnisse der Ostseeprovinzen mit denjenigen im übrigen Russland;
- die finanziellen Interessen des Staates: die maximale Rentabilität der Kronsgüter;
- die volkswirtschaftlichen Interessen: die Förderung der landwirtschaftlichen Entwicklung;
- die Befreiung der Bauern von der Vormundschaft der Gutsbesitzer bzw. des Guts;
- die sozialen Pflichten: der Schutz der schwächeren Schichten der Bauernschaft.

Als eine der klassischen Fragen der internationalen Rechts- und Agrargeschichte gilt, inwieweit gewisse Reformen und Gesetze als innovativ bzw. reaktionär gelten können. Dieselbe Frage kann man hinsichtlich der zarischen Agrargesetzgebung in den Ostseeprovinzen stellen: War

sie im Wesentlichen innovativer Art, d.h. auf die Änderung der herrschenden Situation bzw. zumindest die Beschleunigung innovativer Entwicklung gerichtet, oder handelte es sich um eine notdürftige Anpassung überholter Regelungen an die realiter bereits erfolgten spontanen sozialwirtschaftlichen Veränderungen? Mit anderen Worten: War die Gesetzgebung die Triebkraft der Entwicklung oder hinkte sie dem tatsächlichen Wandel hinterher?

Kommen wir zum sozialen Aufbau der Dorfgesellschaft. Die Arbeitsorganisation der Gutswirtschaft könnte in der hier behandelten Periode vereinbarungsgemäß in drei Phasen eingeteilt werden: 1) Der den Bauernhöfen auferlegte Frondienst auf dem Gut; 2) Nach dem Übergang zur Geldpacht vorwiegend die Arbeitskraft der Häusler; 3) Nach dem allmählichen Verschwinden der Schicht der Häusler, der Übergang zur Verwendung der Arbeitskraft von Landarbeitern und Knechten gegen Geldlohn. Die Studie begleitet die 1819 befreiten Bauernwirte und deren Nachkommen über die Stationen der Flurbereinigung, des Übergangs zur Geldpacht und des Erwerbs von Erbeigentum an Bauernhöfen bis zur sich entwickelnden Schicht der selbstständigen landwirtschaftlichen Kleinproduzenten. Nicht alle Nachkommen der im Jahre 1819 befreiten Bauern hatten gleichermaßen Glück, sondern ein Teil von ihnen – um wie viele Menschen mag es sich dabei wohl gehandelt haben? – wurde im Laufe der Entwicklung zum Landproletariat deklassiert. Von irgendwoher musste diese neue Klasse ja stammen, und die soziale Mobilität im 19. Jahrhundert war keineswegs nur aufwärts gerichtet. Das ist aber eine andere Geschichte – „vom leibeigenen Hofbesitzer zum freien Landarbeiter“. Von ihr war zwar schon oft die Rede, doch wäre noch einiges über sie zu sagen.

Wie sah die Emanzipation der Bauernschaft nun aus? Schon im Untertitel der Arbeit wird festgelegt, dass sich die Autorin diesem Prozess der bäuerlichen Emanzipation widmen wird. In Wirklichkeit konzentriert sie sich jedoch auf die Aspekte der legalen und insbesondere der wirtschaftlichen Befreiung. Parallel zu dieser Emanzipation gab es aber Befreiungsversuche auch in anderen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens.

Und schließlich sei noch die Entwicklung vom Feudalismus zum Kapitalismus angesprochen. Solch ein umfangreiches Thema wird in der vorliegenden Arbeit selbstverständlich nicht behandelt, doch wird aus den hier behandelten Einzelfragen deutlich, was bereits aus der internationalen Literatur bekannt ist – nämlich die Ablösung feudaler Verhältnisse sowie die Entwicklung und Durchsetzung kapitalistischer Strukturen. Hierzu zählen die persönliche Befreiung der Bauern, der Ersatz der auf dem Gut abgeleisteten Fron durch Lohnarbeit, die Anpassung der Produktion der Bauernwirtschaften an die Marktanforderungen, die rasche Ausbreitung der Geldwirtschaft an Stelle der Naturalwirtschaft, die Verwandlung des Bodens in Ware (übrigens auch bei Auf-

nahme eines Realkredits), die Investitionen in landwirtschaftliche Technik und schließlich die Umverteilung der zusätzlichen Produktion an die Bauern. In einem Punkt hat die Autorin selbst eine Frage aufgeworfen, die sich unmittelbar auf den Übergang zum Kapitalismus bezieht: „War der Hofbesitzer, der Erbeigentum an seinem Bauernhof erworben hatte, ein Kapitalist?“ – so lautet die Überschrift des Kapitels 6.3 (S. 152). Leider referiert die Autorin hier nur einige Forschungsmeinungen ohne selbst eine klare Stellungnahme abzugeben; ihrer Aufforderung, diese Frage einmal gründlich zu untersuchen, ist nur zuzustimmen.

Immerhin, die Frage ist gestellt worden und bedarf zumindest einer kurzen Erörterung. Wenn die Hofbesitzer, die Erbeigentum an ihren Bauernhöfen erworben hatten, keine gesonderte Schicht im kapitalistischen System bildeten, zu welcher gesellschaftlichen Formation gehörten sie denn? Mit dieser Frage hat sich schon Karl Marx auseinandergesetzt, dessen grundlegendem Standpunkt zufolge selbstständige landwirtschaftliche Kleinproduzenten nur eine un stabile gesellschaftliche Übergangserscheinung zwischen dem Feudalismus und Kapitalismus gewesen seien. Später hat sich eine Reihe von Wissenschaftlern der Marx'schen Auffassung angeschlossen, während andere diese Interpretation auch kritisiert, ergänzt und nuanciert haben.

Ein interessanter Wissenschaftler, der sich mit eben dieser Frage befasst hat, war der russische Landwirtschaftsökonom Aleksandr Čajanov (1888–1939). Er war bereits vor der Russischen Revolution als Wissenschaftler tätig, war in den 1920er Jahren Professor an verschiedenen Lehranstalten in der Sowjetunion, fiel in den 1930er Jahren als Volksfeind in Ungnade, wurde Repressalien unterworfen und im Jahre 1939 hingerichtet – und 1987 rehabilitiert. Die von Čajanov veröffentlichten Studien lagerten in der sowjetischen Zeit sicher in den Giftschränken der Bibliotheken, weshalb er in Russland nicht besonders bekannt ist. Im Westen wurde er aber in den 1960er Jahren von den Agrarhistorikern entdeckt, wo auch sein Hauptwerk „On the Theory of Peasant Economy“ publiziert wurde (1966).<sup>2</sup>

Hinsichtlich der Bauernwirtschaft kritisierte Čajanov, dass die selbstständigen Familienhöfe weitaus stabiler seien als Marx es angenommen hatte. Diese Stabilität basiere darauf, dass die selbstständigen Bauern im Unterschied zu Feudalbauern selbst Kontrolle über ihren Grund und Boden ausübten und die zusätzliche Produktion ihrer Arbeit niemandem entrichten müssten. Im Vergleich zu kapitalistischen Bauern sei ihre Produktion auf Existenz und Reproduktion, nicht jedoch auf Gewinn ausgerichtet, was sie von den Marktbedingungen abhängig mache. Die Stabilität der Bauernwirtschaften wurde darüber hinaus noch von einem

---

<sup>2</sup> ALEKSANDR V. CHAYANOV: *On the Theory of Peasant Economy*, hrsg. von DANIEL THORNER, Homewood, Ill. 1966; dt. als *Die Lehre von der bäuerlichen Wirtschaft*, Berlin 1923.

weiteren, von Čajanov betonten Phänomen gestärkt, nämlich durch die Selbstausschöpfung. Je nach Bedarf könne der Arbeitseinsatz des Bauernhofes erhöht und der Verbrauch verringert werden. Auf der Grundlage dieser Erörterung kam Čajanov zu dem Schluss, dass die Bauernwirtschaft (*peasant economy*) eine eigenständige gesellschaftlich-wirtschaftliche Formation neben dem Feudalismus und Kapitalismus darstelle – und nicht irgendwo dazwischen anzusiedeln sei.

Besteht also Grund zur Annahme, dass die estnischen Bauern, die Erbeigentum an ihren Bauernhöfen erworben hatten, zu der von Čajanov definierten Formation der Bauernwirtschaft gehörten, vielleicht sogar bis in die Zeit der Republik Estland nach der Bodenreform hinein? Diese Frage hat außerdem auch im heutigen Estland nicht an Aktualität eingebüßt, denn hier müssen die wiederhergestellten individuellen Bauernwirtschaften, die ihr bisheriges Überleben ausschließlich umfangreichen staatlichen Subventionen verdanken, gegen die großen internationalen Lebensmittel-Vertriebsgesellschaften um ihre Existenz kämpfen und stehen zugleich mit anderen Bauernwirtschaften aus Europa und den USA im Wettbewerb.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die in der Einleitung der Studie gestellten Aufgaben von Kersti Lust in vollem Umfang gelöst worden sind. Die Herausbildung der normativen Agrargesetzgebung wird in engem Zusammenhang mit der tatsächlichen Entwicklung der bäuerlichen Lage betrachtet, wobei die Autorin bestrebt ist, auch die subjektive Einstellung der Bauern gegenüber der staatlichen Agrarpolitik zu erfassen. Die Dissertation zeichnet sich zudem durch einen systematischen Ansatz aus. Die Einzelfragen – die Bodenregulierung, der Übergang zur Geldpacht, der Erwerb von Erbeigentum an Bauernhöfen sowie die Bildung des landwirtschaftlichen Kleinbesitzes – werden als ein zusammenhängender Emanzipationsprozess der Kronsbauern interpretiert. Die der Arbeit beigefügten Dokumente und Tabellen stellen eine wertvolle Datenbank für weitere Forschungen dar.

Das Hauptergebnis der Dissertation sind eine detaillierte Beschreibung und Analyse der staatlichen Agrargesetzgebung und der dadurch bedingten Änderungen für die Bauern. Die Ergebnisse sind vorwiegend neu; durch die getroffenen Verallgemeinerungen, aus denen neuartige Interpretationen entwickelt werden, kann die bisherige Forschung zum Teil bestätigt, zum Teil kritisiert werden. Die Studie behandelt zentrale Fragen einer wichtigen Periode in der Geschichte der Esten, und ihre Ergebnisse leisten einen wesentlichen Beitrag zur Ergänzung der in der Forschung dominierenden Vorstellungen von der Lage der estnischen Bauernschaft im 19. Jahrhundert.

ALEKSANDER LOIT

DAINA BLEIERE, ILGVARS BUTULIS, ANTONIJS ZUNDA, INESIS FELDMANIS, AIVARS STRANGA: *Latvijas vēsture. 20. gadsimts*. [Geschichte Lettlands. 20. Jahrhundert.] Verlag Jumava. Rīga 2005. 444 S. ISBN: 9984058654.

Die Autoren dieses Anfang 2005 erschienenen Buches, das unter der wissenschaftlichen Betreuung von Inesis Feldmanis entstanden ist, sind allesamt anerkannte Spezialisten auf dem Gebiet der lettischen Geschichte des 20. Jahrhunderts. Hierbei handelt es sich zudem um ein Projekt, das auf höchster staatlicher Ebene unterstützt wurde, wovon die Geleitworte der Präsidentin der Republik Lettland Vaira Vīķe-Freiberga und des Außenministers Artis Pabriks zeugen.

Weder die Autoren des Buchs noch der Verlag, in dem es erschienen ist, haben wohl voraussehen können, was für eine Aufmerksamkeit ihm zuteil werden würde. Als Schirmherrin der Publikation hat die energische Präsidentin auf gelungene Weise Werbung für diese „Lettische Geschichte“ gemacht, indem sie die parallel erschienene russische Übersetzung unter anderem auch dem Präsidenten der Russischen Föderation Vladimir Putin schenkte. Auf diese Fassung des Buches hat das russische Außenministerium sogar mit einer offiziellen Stellungnahme reagiert, worin den Autoren nicht nur eine tendenziöse Herangehensweise, sondern auch eine nazistische Gesinnung bescheinigt und eine verzerrte Darstellung der sowjetischen Okkupationszeit kritisiert wurde.<sup>1</sup> In den russischen Medien erschienen binnen kurzer Zeit Dutzende Artikel und im Internet Tausende Kommentare, in denen den Autoren nachgewiesen wurde, welche „Fehler“ sie gemacht haben, und wo gezeigt wurde, „wie es in Wirklichkeit gewesen“ sei. Die russischen Medien waren sich nicht zu schade, dieses Buch kurzerhand mit dem berühmigten „Kurzen Lehrgang“ der Geschichte der KPdSU zu vergleichen, um so darauf hinzuweisen, dass es als Ergebnis eines politischen Auftrags entstanden sei. Die stellvertretende Vorsitzende der Kommission für auswärtige Angelegenheiten der Staatsduma der Russischen Föderation, Natalja Naročnickaja, hat sogar extra ein Buch verfasst, um grundlegende Fakten der lettischen Geschichte im 20. Jahrhundert zu widerlegen und zu beweisen, dass es in den baltischen Ländern keine Okkupation seitens der UdSSR gegeben hat.<sup>2</sup> Es ging sogar so weit, dass Aivars Stranga, einer der Autoren des Buches, nicht zu der von der lettischen Botschaft in Moskau ausgerichteten Präsentation zugelassen wurde. Natürlich sind all diese Anschuldigen aus Moskau, es handle sich um eine verzerrte und

<sup>1</sup> Siehe näher Комментарий Департамента информации и печати МИД России в связи с презентацией книги „История Латвии: XX век“. ([http://www.mid.ru/Brp\\_4.nsf/arh/996d82bd7ee21b5c3256f9c00325f58?OpenDocument](http://www.mid.ru/Brp_4.nsf/arh/996d82bd7ee21b5c3256f9c00325f58?OpenDocument)) [27.3.2007]

<sup>2</sup> Siehe näher Н. А. Нарочницкая: За что и с кем мы воевали [Wofür und mit wem haben wir Krieg geführt], Москва 2005.

in der Tendenz nazistische Darstellung, nicht ernst zu nehmen. Hier hat die politische Rhetorik jegliche wissenschaftliche Argumentation aufs Kreuz gelegt.

Was wird denn nun in diesem Buch, das in den Medien einen so großen Wirbel erregt hat, tatsächlich erzählt? Es ist in sieben Kapitel eingeteilt, die in chronologischer Reihenfolge das Thema beleuchten. Das erste Kapitel (Ilgvars Butulis) gibt eine knappe Übersicht über die lettische Geschichte bis zum 20. Jahrhundert. Dieser einleitende und tatsächlich sehr übersichtliche Abschnitt soll zum besseren Verständnis der Ereignisse im 20. Jahrhundert beitragen, die anschließend im Hauptteil des Buches geschildert werden. Im zweiten Kapitel (Ilgvars Butulis) geht es dann um die Jahre 1900–1918, d.h. um die sozialökonomische, innenpolitische und kulturelle Entwicklung dieser Zeit auf lettischem Gebiet. Recht ausführlich behandelt Butulis vor allem die umwälzenden Ereignisse wie die Revolution von 1905 und den Ersten Weltkrieg sowie deren Folgen für die lettische Gesellschaft.

Das dritte Kapitel ist der Zeit der ersten lettischen Eigenstaatlichkeit gewidmet, d.h. der Republik Lettland in der Zwischenkriegszeit (Inesis Feldmanis und Aivars Stranga). Selbstverständlich handelt es sich dabei um das umfangreichste Kapitel des ganzen Buches, in dem die Autoren zunächst einen umfassenden Überblick über die Erlangung der Unabhängigkeit und den Aufbau des eigenen Staatswesens geben. Anschließend untersuchen sie, wie der junge Staat sich im innenpolitischen Alltag bewährte und welche Rolle er auf der außenpolitischen Bühne gespielt hat. Auch der Staatsstreich von Kārlis Ulmanis im Frühjahr 1934 und das daraufhin errichtete Regime finden eine ausführliche Darstellung. Die Autoren bezeichnen letzteres als „nationalkonservative Diktatur“, welche ihrer Ansicht nach autoritärere Formen aufwies als in Estland und Litauen.

Das vierte Kapitel (Aivars Stranga) behandelt die zwar zeitlich relativ kurze, aber von ihrer Bedeutung her überaus wesentliche Periode – die Okkupation Lettlands und die Inkorporation des Staats in die Sowjetunion (1940/41). Hier wird auf engstem Raum, aber durchaus mit Sachkenntnis geschildert, wie der Staat verloren ging, und wie das Okkupationsregime im ersten sowjetischen Jahr funktionierte. Daran anschließend behandelt das fünfte Kapitel (Aivars Stranga) verschiedene Aspekte der Phase der deutschen Besatzung: die Etablierung der Okkupationsverwaltung, die Aktivitäten der nationallettischen Kräfte und der Widerstand gegen das nazistische Regime. Angesprochen werden auch die Repressionspolitik der Nazis sowie die Teilnahme der Letten am Krieg in deutschen Uniformen. Natürlich bleibt auch die von den NS-Besatzungsbehörden während des Kriegs in Lettland verfolgte Wirtschafts- und Kulturpolitik nicht außen vor.

Im sechsten Kapitel (Daina Bleiere) steht die Geschichte der Lettischen SSR im Zentrum. Hervorzuheben ist, dass die Autorin neben den zu erwartenden Themen – die Sowjetisierung der lettischen Gesellschaft nach 1944, die von Moskau durchgeführten Repressalien und die Widerstandsbewegung, das sowjetische Wirtschafts- und Kulturleben – auch die Rolle der Nationalkommunisten und das demographische Erbe der sowjetischen Zeit behandelt. Sie schließt dieses Kapitel mit einer Übersicht über den Prozess der Wiedererlangung der Unabhängigkeit ab, d.h. mit der Zeit der Perestroika. Schließlich betrachtet das siebte Kapitel (Daina Bleiere) die Entwicklung im wieder unabhängigen Lettland nach 1991.

Das Buch ist zwar mit interessanten Fotos illustriert, doch verfügt es lediglich über recht schematische Karten, die zudem nur das Territorium des heutigen lettischen Staats vom 13. bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts zeigen. Es fehlen Karten zum 20. Jahrhundert, obwohl dies ja das eigentliche Thema des Buchs ist. Kartographische Darstellungen der in dieser Zeit erfolgten Änderungen der administrativen Gliederung, der militärischen Ereignisse von 1918–1920 sowie derjenigen 1941 und 1944, aber auch der Grenzverschiebungen von 1944/45 hätten den Text wesentlich anschaulicher gemacht und ihn zweifellos bereichert. Immerhin wird die Nutzung des Buches durch ein Personenregister erleichtert. Am Ende eines jeden Kapitels findet sich auch eine Liste mit ergänzenden Literaturhinweisen.

Von wesentlicher Bedeutung ist die Übersetzung des Buches in viele Sprachen, um auf diese Weise auch der übrigen Welt von den verschlungenen Wegen und Zielen der lettischen Geschichte im 20. Jahrhundert zu berichten. Zum Zeitpunkt des Erscheinens dieser Ausgabe der „Forschungen zur baltischen Geschichte“ müsste diese groß angelegte Übersetzungsarbeit eigentlich bereits die Zielgerade erreicht haben. Der Band wurde wie erwähnt bereits 2005 parallel in russischer Sprache herausgegeben (*История Латвии. XX век*). 2006 lagen in den Buchhandlungen auch eine englische (*History of Latvia. XX Century*) und eine französische Ausgabe (*Histoire de la Lettonie au 20eme siecle*). 2007 sollte auch eine deutsche Übersetzung erscheinen. Im gegebenen Kontext ist es recht wesentlich, dass es sich um einen Blick der Letten auf ihre eigene Geschichte handelt, der dankenswerterweise in verschiedenen Sprachen zugänglich ist und hoffentlich dazu beiträgt, dass in der Welt nicht nur der lettischen Geschichte, sondern auch den Ereignissen in den anderen baltischen Ländern im wechselvollen 20. Jahrhundert Aufmerksamkeit zuteil wird.

Inesis Feldmanis schrieb einleitend, dass die Autoren sich zum Ziel gesetzt hätten, die lettische Geschichte im 20. Jahrhundert „objektiv“, d.h. frei von Vorurteilen und Stereotypen zu behandeln. Außerdem habe man den widersprüchlichen historischen Ereignissen und Problemen eine



„klare konzeptionelle Auslegung“ geben und die lettische Geschichte in einem gesamteuropäischen Kontext behandeln wollen, wobei man jedoch in erster Linie vom Gesichtspunkt „des lettischen Staates und Volkes“ ausgegangen sei. Es lässt sich durchaus konstatieren, dass die gesteckten Ziele weitgehend erreicht wurden.

Natürlich erscheinen wie bei jeder anderen historischen Abhandlung manche der hier vertretenen Standpunkte als nicht hinreichend begründet. Hierzu zählt etwa die Behauptung, dass die Sowjetunion eine zweite große Deportation gleich für den Juli 1941 geplant hätte, wofür es allerdings bis jetzt keine Quellenbelege gibt. Einigen spezielleren Themen wurde vielleicht zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt bzw. man hat sie völlig außer Acht gelassen: die Geschichte der Auslandsletten, die Frage der Repatriierung, die Tätigkeit des lettischen Büros des Zentralkomitees der KPR(b) in den Jahren 1944–1947 u.ä. Sicherlich hätten sich manche übersichtlich gestaltete statistische Tabellen etwa zu der Bevölkerungszahl und der nationalen Zusammensetzung auf das Buch vorteilhaft ausgewirkt.

Im Ergebnis gibt es jedoch keinen Zweifel – die Veröffentlichung dieser Überblicksdarstellung sollte für die anderen baltischen Länder als Vorbild dienen.

TÖNU TANNBERG

*Eesti ajalugu VI: Vabadussõjast taasiseseisvumiseni.* [Estnische Geschichte, Bd. VI: Vom Estnischen Freiheitskrieg bis zur Wiedererlangung der Unabhängigkeit.] Hrsg. von SULEV VAHTRE, verantwortlich für diesen Band AGO PAJUR und TÖNU TANNBERG. Verlag Ilmamaa. Tartu 2005. 463 S. ISBN 9985771427.

Die Veröffentlichung des sechsten Bandes der *Eesti ajalugu* ist zweifellos ein wichtiges Ereignis für die estnische Geschichtsschreibung. Man kann sagen, dass die Historiker damit die Erfüllung des gesellschaftlichen Auftrags fortsetzen, eine an einen breiten Leserkreis gerichtete allgemeine Darstellung der Geschichte der Heimat zu verfassen, die sich jedoch einem hohen akademischen Niveau verpflichtet weiß. Dem Inhalt nach handelt es sich um den dritten Band der Reihe zur estnischen Geschichte,<sup>1</sup> deren Publikation vor drei Jahren gestartet wurde

<sup>1</sup> MATI LAUR, TÖNU TANNBERG, HELMUT PIIRIMÄE: *Eesti ajalugu IV: Põhjasõjast pärisorjuse kaotamiseni* [Estnische Geschichte IV: Vom Nordischen Krieg bis

und deren Beziehung zu der von Hans Kruus verantworteten *Eesti ajalugu*, die in den 1930er Jahren herausgegeben wurde, eher symbolisch ist. Vom Hörensagen ist bekannt, dass zurzeit Kräfte mobilisiert werden, um in derselben Reihe auch die Bände zur Archäologie, zum Mittelalter und zur Frühen Neuzeit neu zu verfassen, damit das veraltete Werk von Kruus endgültig ausgewechselt werden könnte.

Der sechste Band der *Eesti ajalugu* gibt einen Überblick über die grundlegenden Ereignisse des 20. Jahrhunderts, angefangen mit der Errichtung der Staatlichkeit Estlands nach dem Ersten Weltkrieg bis zur Wiedererlangung der Unabhängigkeit im Jahre 1991. Der Schwerpunkt des Werks liegt in der Behandlung der politischen und militärischen Geschichte, was vor dem Hintergrund der Kriege und Okkupationen, welche die Zeitgeschichte Estlands weitgehend geprägt haben, durchaus verständlich ist. Zwangsläufig müssen bei einer solchen Betrachtungsweise, die Ereignisse der politischen Geschichte in den Mittelpunkt stellt, gewisse Verluste auf Kosten anderer Auslegungs- und Herangehensweisen in Kauf genommen werden. Während der Wirtschaftsgeschichte noch relativ viel Aufmerksamkeit zuteil wird, kommt der sozialgeschichtliche Aspekt – eine nähere Analyse unterschiedlicher Formationen der estnischen Gesellschaft, deren Veränderungen und Entwicklungsperspektiven – zu kurz. Dies ist jedoch nicht als Vorwurf gemeint, sondern lediglich als Feststellung.

Das Werk beschränkt sich nicht auf die estnische Innenpolitik, sondern stellt mithilfe der von Kaido Jaanson und Mart Nutt verfassten Übersichten über die internationale Lage estnische Entwicklungen in den breiteren Kontext der Weltgeschichte. Die so genannte estnische Zeit wird von Ago Pajur geschildert, einem Spezialisten für diese Periode. Aus seiner Feder stammen die inhaltsreichen Kapitel über den Estnischen Freiheitskrieg und die grundlegenden Etappen der Entwicklung der estnischen Staatlichkeit in der Zeit zwischen den zwei Weltkriegen. Pajur kann sich dabei auf eine recht umfangreiche Historiographie stützen, deren unterschiedliche Deutungsmöglichkeiten und Einschätzungen dem Leser vermittelt werden. Sein Text ist analytisch und gibt z.B. in Hinsicht auf die Person von Konstantin Päts, der zuletzt Gegenstand zahlreicher Spekulationen war, nicht allzu viele Einschätzungen ab, doch liefern die von ihm vorgelegten Fakten und Schlussfolgerungen ein recht vernichtendes Bild vom autoritären Zeitalter unter seiner Regie und von der von Ministerpräsident Kaarel Eenpalu „gelenkten Demokratie“.

Ausführlich wird der in den Jahren 1939–1944 erfolgte Verlust der Eigenstaatlichkeit behandelt. Ein auf hohem Niveau gehaltener Überblick über den Molotow-Ribbentrop-Pakt, die Phase der Errichtung sowjetischer Militärbasen auf estnischem Territorium sowie das erste

---

zur Aufhebung der Leibeigenschaft], hrsg. von SULEV VAHTRE, verantwortlich für diesen Band MATI LAUR, Tartu 2003. (Anm. der Redaktion)

Jahr der sowjetischen Okkupation gibt Jüri Ant. Man könnte hier nur an einigen Details etwas aussetzen. So beschreibt Ant mit einigen Sätzen zwar die Umsiedlung der Deutschbalten im Herbst 1939, doch wird das Thema der im Jahre 1941 erfolgten Nachumsiedlung der Deutschbalten, die zurzeit politisch hochaktuell ist, völlig außer Acht gelassen. Andres Kasekamp analysiert das deutsche Okkupationsregime mitsamt seiner Machtstruktur, die Repressionsmaßnahmen während dieser Phase sowie die ökonomische Lage und andere Aspekte. Er kommt dabei zu dem Schluss, dass die deutsche Okkupation ihrem Wesen nach widersprüchlich, doch im Vergleich zur sowjetischen Besatzungszeit weniger streng war.

In dem von Mart Laar verfassten Kapitel über die Kriegführung 1944 kann der Rezensent im Unterschied zu Rein Ruutsoo<sup>2</sup> keineswegs eine nazistische Gesinnung feststellen. Es ist zwar in einem nationalen Ton verfasst und schildert die Kriegereignisse im Stil einer traditionellen Militärgeschichte, doch wird die deutsche Besatzungsmacht recht kritisch betrachtet. Als rhetorische Übertreibung erscheint lediglich die abschließende Passage des Kapitels, die voller Pathos steckt. Hier wird den Lesern von Laar der Eindruck vermittelt, als ob die Esten, die in deutscher Uniform gekämpft hatten, anschließend reibungslos in den Reihen der Waldbrüder Aufnahme fanden, die den Kampf fast bis zum Abzug der russischen Truppen aus Estland 1994 fortgesetzt haben. Dabei fällt auf, dass Laar mit Zahlen äußerst „souverän“ umgeht: Während er die Verluste der Rotarmisten während der Operation von Dorpat penibel aufzählt, begnügt er sich in Bezug auf die bei Sinimäe, gut 20 km westlich von Narva gefallenen Rotarmisten mit der reichlich ungenauen Angabe von 100 000 bis 200 000 Opfern (S. 220). Auch hinsichtlich der Bombardierung von Reval im März 1944 liefert Laar übertriebene und widersprüchliche Zahlen (S. 216), die sich erheblich von den Angaben unterscheiden, die in einer von Lea Kõiv und Jüri Kivimäe verfassten seriösen Quellenpublikation dargelegt worden sind.<sup>3</sup> Auch im Falle des von Laar verfassten Kapitels über die Widerstandsbewegung der Nachkriegszeit trifft man am Rande der im Allgemeinen sachlichen Darstellung auch auf fragwürdige Zahlenangaben und Behauptungen.

In Bezug auf die Kapitel, die vom annektierten Estland 1944–1991 handeln, sind die von Tõnu Tannberg verfassten Kapitel hervorzuheben. Der Autor legt sein Augenmerk in erster Linie auf die Beschreibung und Analyse der Machtstrukturen und -mechanismen im sowjetischen Estland. Seine Darstellung stützt sich auf Fakten und zum Teil auf eigene Archivforschungen, zudem bietet er eine komprimierte und

<sup>2</sup> REIN RUUTSOO: Kõiki ajaloolasi ei tohigi kritiseerida? [Darf man denn Historiker nicht kritisieren?], in: Eesti Päevaleht, 27.1.2006.

<sup>3</sup> Tallinn tules. Tallinna pommitamisest 9./10. märtsil 1944 [Tallinn im Feuer. Die Bombenangriffe auf Reval am 9./10. März 1944], hrsg. von JÜRI KIVIMÄE und LEA KÕIV, Tallinn 1997 (Tallinna Linnaarhiivi Toimetised, 2).

klare Übersicht über die sowjetischen Massenrepressionen in der Nachkriegszeit. Ebenfalls aus der Feder von Tannberg stammt das Kapitel, welches in ausgewogener Weise die Wiedererlangung der Unabhängigkeit beschreibt, indem es zwischen der Volksfront (*Rahvarinne*) und dem Estnischen Kongress (*Eesti Kongress*) wie zwischen Scylla und Charybdis laviert, ohne dabei einen der beiden Akteure zu bevorzugen. Die Esten im Exil behandelt Raimo Raag, der sich vor allem auf das kulturelle Leben der Auslandsesten konzentriert.

Der Schwerpunkt der Historiographie zur Sowjetzeit lag bislang in der Untersuchung der Repressionsmaßnahmen, der Widerstandsbewegung und des Machtapparats, während weniger dramatische Aspekte dieser Ära, wie etwa die so genannte „Tauwetterperiode“ unter Chruščev und die Stagnationsphase unter Brežnev noch kaum erforscht sind. Dies zeigt sich in den entsprechenden Kapiteln, die aus der Feder von Lauri Vahtra stammen, und ihrem Genre nach eher auf die Meinungsseite einer Tageszeitung gehören bzw. an Memoiren erinnern und wenig mit akademischer Geschichtsschreibung zu tun haben. Dabei präsentiert Vahtra in seinen Ausführungen durchaus zahlreiche interessante Gedankengänge, und man kann einer Reihe von Einschätzungen nur zustimmen, doch quält den Historiker dabei stets die Frage, auf welche Quellen und Untersuchungen sich der Autor stützt – etwa bei der Schilderung der Stimmung unter den Menschen in der Tauwetterperiode.

Lauri Vahtra hat im vorliegenden Buch auch alle Kapitel über die Kulturgeschichte und den Alltag verfasst. Hier hätte man allerdings eine synthetischere Darstellung erwartet, in der Kultur als einheitlicher Prozess gesehen wird. Vahtra hat sich demgegenüber für einen recht traditionellen Aufbau entschieden, bei dem die Kulturgeschichte in engere Bereiche wie Bildung, Wissenschaft, Literatur, Kunst, Architektur, Sport usw. eingeteilt wird. An und für sich sind die vorgelegten Fakten und Standpunkte ja nicht falsch (mit Ausnahme des unrichtigen Todesjahrs von Heiti Talvik, S. 123), doch ist die Herangehensweise oberflächlich und erinnert an ein Schulbuch. Einen besonders „impressionistischen“ Eindruck hinterlassen die Unterkapitel, in denen die Lebensumstände der Menschen geschildert werden: hier fehlt es völlig an einer modernen ethnologischen Herangehensweise. Offenbar kennt Vahtra nicht einmal die von Kalervo Hovi verfasste Monographie über die Revaler Gaststättenkultur in der Zwischenkriegszeit,<sup>4</sup> so dass er schlicht behaupten kann, „zünftige Saufgelage“ hätte man in Estland erst während der deutschen Okkupation zu feiern begonnen (S. 211). Zuweilen stört auch der zum Teil recht lasche Umgang mit der Sprache.

---

<sup>4</sup> KALERVO HOVI: *Kuld Lõvi ja Kultase ajal. Tallinna restoranikultuuri ajalugu 1918–1940* [In der Zeit des „Goldenen Löwen“ und des „Kultas“. Eine Geschichte der Gaststättenkultur in Reval 1918–1940], Tallinn 2003.

In Bezug auf die Nachkriegszeit fällt zudem auf, dass die demographischen Prozesse in Sowjet-Estland – in erster Linie im Zusammenhang mit dem Zustrom russischsprachiger Migranten – nur sehr flüchtig angesprochen werden. Im Hinblick auf die Zielsetzung des Buches hätte man sicherlich eine systematischere Behandlung dieser Prozesse erwarten können. Allerdings wird man nicht vermeiden können, dass derartige allgemeine Darstellungen aufgrund ihres zwangsläufig komprimierten Umfangs stets immer genau das Thema zu oberflächlich behandeln, das den einen oder anderen Zeitgenossen besonders interessiert. Hinsichtlich der politischen Geschichte des 20. Jahrhunderts hat man mit dem sechsten Band der *Eesti ajalugu* aber ein durchaus repräsentatives Werk zur Hand, in der über weite Strecken der aktuelle Stand der Forschung erfasst worden ist, und das mit Sicherheit schon jetzt zur Pflichtlektüre für Studenten geworden ist.

INDREK JÜRJO

REIGO ROSENTHAL: *Loodearmee*. [Die Nordwest-Armee.] Verlag Argo. Tallinn 2006. 720 S., CD-Rom. ISBN 9949415454.

Es ist schon erstaunlich: 15 Jahre lang mied die estnische Historikergunft das Thema des estnischen Unabhängigkeitskriegs von 1918–1920 wie der Teufel das Weihwasser. Dabei hätte man 1991 darauf wetten wollen, dass im Schatten der Dokumentation des sowjetischen Terrors der 1940er Jahre auch das eine oder andere Werk über *das* prägende Ereignis in der Geschichte des Landes, wie sie bis 1940 interpretiert wurde, erscheinen würde. Typisch für die Verlagstätigkeit der ersten Jahre der wiedererlangten Unabhängigkeit war aber, dass man sich mit der Neuauflage von Arbeiten und Erinnerungen aus der Zeit vor 1940 begnügte. Immerhin wurde auch der populärwissenschaftliche, zweibändige Sammelband „Eesti Vabadussõda“ (Estnischer Freiheitskrieg) aus den 1930er Jahren, der nach dem Zweiten Weltkrieg bereits im deutschen Exil einen Nachdruck erlebt hatte, und dessen antiquarischer Preis in immer größere Höhen stieg, in einer soliden Ausgabe wieder veröffentlicht und erhielt mit einem von Hannes Walter verfassten Nachwort sogar ein kleines wissenschaftliches „update“.<sup>1</sup> Und nun dies: 70 Jahre nach dem

<sup>1</sup> Eesti Vabadussõda 1918–1920. Vabadussõja Ajaloo Komitee populaarteaduslik väljaanne [Der estnische Freiheitskrieg 1918–1920. Eine populärwissenschaftliche Publikation des Komitees für die Geschichte des Freiheitskriegs], 2 Bde., Tallinn 1937–1939; Reprint Heidenheim 1951; Neuauflage Tallinn 1996–1997.

Erscheinen von „Eesti Vabadussõda“ publiziert ein junger Historiker an der Universität Tartu seine von Ago Pajur betreute Diplomarbeit mit sage und schreibe 700 Seiten und gibt ihr den Titel „Loodearmee“ (Nordwest-Armee). Wie bitte? Was für eine Armee? Eine russische? Was haben denn Russen mit dem estnischen Unabhängigkeitskrieg zu tun? Nun, Reigo Rosenthal gibt die richtige Antwort: recht viel.

Trotzdem umgeht auch Rosenthal damit das eigentliche Thema, das für estnische Historikerinnen und Historiker – wie anders sähe eine Geschichte des Krieges aus der Feder von Frauen aus?! – offenbar immer noch eine Art Tabu darstellt. Man kennt natürlich den Verlauf des Krieges, die militärischen Handlungen, man weiß einiges über die diplomatischen Anstrengungen der maßgeblichen estnischen Politiker, die schließlich in den Frieden von Tartu im Februar 1920 mündeten. Doch weiß man viel zu wenig über Estland im Krieg. Der Staat war noch nicht einmal richtig gegründet, da musste er sich im November 1918 verteidigen, und kaum war das Land befreit, wurden bereits im April 1919 Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung durchgeführt. Wer wählte eigentlich? Warum wählte die Mehrheit sozialdemokratisch? Wie kann man überhaupt die Wende in der Haltung der Gesellschaft zum eigenen Staat deuten? Nach Aussage des Premierministers der Provisorischen Regierung Konstantin Päts wollte im Dezember 1918 der Bauer dem Städter nicht zur Hilfe kommen – daher das Scheitern der Zwangsmobilisation. Aber wieso wählte derselbe Bauer nur ein gutes Vierteljahr später eine national ausgerichtete Arbeiterpartei, die den unabhängigen Staat unterstützte? In relativ kurzer Zeit wurde das Elitenprojekt „Estland“ zu einer Sache des Volkes, die sich spätestens nach dem Sieg bei Wendlen über den „Erbfeind“, die deutschbaltische Landeswehr, durchgesetzt hatte. Oder doch nicht? Was passierte im estnischen Hinterland in dieser Zeit? Ohne Unterstützung des Hinterlandes werden keine Schlachten gewonnen. Wie sah das Leben der Menschen in den Kriegsmonaten aus, wie gingen sie mit der Tatsache um, nun in einem unabhängigen Staat zu leben? Gab es Unterschiede zwischen Stadt und Land? Wie erlebten Frauen die Jahre 1918–1920? Wir wissen zu wenig über diese Zeit und vor allem über ihre maßgeblichen Akteure, als dass wir ein gültiges Urteil fällen könnten. Wer waren diejenigen, die Staat und Armee in die Hände nahmen? Wo bleiben die Biographien dieser Persönlichkeiten? Woher kam z.B. Johan Laidoner, der wie ein Deus ex Machina am 23. Dezember 1918 plötzlich zum Oberkommandierenden der noch in den Geburtswehen liegenden Armee ernannt wurde – mit 34 Jahren? Wer waren die Minister der Provisorischen Regierung? Welche Erfahrungen prädestinierten ausgerechnet diese Männer, Estland in die Unabhängigkeit zu führen?

All diese Fragen machen es eigentlich notwendig, eine neue Geschichte der Staatsgründung und auch des Unabhängigkeitskriegs zu schreiben. Dieser Krieg war mitnichten ein Unternehmen, das mit einem est-

nischen Siegen enden musste, wie es die in dieser Hinsicht teleologische und bis heute für das estnische historische Narrativ kanonische Darstellung von Eduard Laaman über die Geburt der estnischen Unabhängigkeit nahe legt.<sup>2</sup> Über einige der recht pragmatischen Gründe, warum die Esten (und die Bolschewiki!) tatsächlich siegten, und den friedlichen Aufbau eines demokratischen Staats beginnen konnten, hat der Autor dieser Zeilen in seiner 2002 auf deutsch veröffentlichten Dissertation seine Überlegungen angestellt.<sup>3</sup> Eine Gesellschaftsgeschichte des Kriegs ist sein Buch aber dennoch nicht geworden. Vieles an dieser estnischen Erfolgsgeschichte blieb auch ihm unklar. Vor dem Hintergrund dieser drängenden Fragen ist es schade, dass Rosenthal einen anderen Ansatz gewählt hat. In seinem Buch geht es nicht um solche Fragen, die aber hoffentlich irgendwann einmal estnische Historiker an den Prozess der Etablierung der estnischen Republik stellen werden.

Trotzdem durchbricht Rosenthal wenigstens eines der merkwürdigen Tabus in Bezug auf den Krieg, indem er nämlich einen bislang in der estnischsprachigen Literatur zum Thema sehr unterrepräsentierten Aspekt untersucht. Dass die erste echte Forschungsarbeit zum „Freiheitskrieg“ nach 1991 sich ausgerechnet mit der russischen Nordwest-Armee beschäftigt, kann sowohl als „Füllen der weißen Flecke“ der eigenen Geschichte als auch als wesentlicher Beitrag zur Aufarbeitung der estnisch-russischen Beziehungsgeschichte gewertet werden. In jedem Fall ist es ein wichtiger Schritt für die Entwicklung der estnischen Historikerkunft, selbst wenn Rosenthals Ansatz auf eine stark an den militärischen Fakten orientierte Darstellung beschränkt bleibt. Was für eine Aufgabe stellt sich der Autor? Seiner (durchaus anfechtbaren) Ansicht nach sei über die politische Seite der russischen weißen Bewegung im Nordwesten genug geschrieben worden, aber nicht über die Armee selber, „ihre Kämpfe, ihre Organisation, ihre Zusammensetzung, ihren Nachschub“. Genau diese Lücke will Rosenthal mit seiner Arbeit füllen (S. 7). Damit ist das Genre der Arbeit benannt, es geht um reine Militärgeschichte in ihrer klassischen Form, die man heute als „Operationsgeschichte“ bezeichnet: Generäle, Soldaten und Schlachten. Diesem Ansatz entspricht auch die Gliederung der Arbeit: „Die Geburt der Armee. Die Kämpfe in Estland“. „Der Maiangriff und seine Folgen“. „Der Herbstangriff auf Petrograd. Der Untergang der Armee“. Im Anhang finden sich zahlreiche Tabellen über die Stärke und Bewaffnung der Armee und ihrer Unterabteilungen sowie über die Zusammensetzung der Stäbe, aber auch sehr informative Kurzbiographien der führenden Offiziere, soweit sie aus unterschied-

<sup>2</sup> EDUARD LAAMAN: *Eesti iseseisvuse sünn* [Die Geburt der estnischen Selbständigkeit], Tartu 1936/37; 2. Aufl., Stockholm 1964; Reprint in 8 Heften, Tallinn 1990–1997.

<sup>3</sup> KARSTEN BRÜGGEMANN: *Die Gründung der Republik Estland und das Ende des „Einen und Unteilbaren Rußland“*. Die Petrograder Front des Russischen Bürgerkriegs 1918–1920, Wiesbaden 2002 (Reihe Forschungen zum Ostseeraum, 6).

lichsten Quellen zusammenzustellen waren. Eine beigelegte CD bietet im bequemen pdf-Format 42 Karten über die Aktionen der Nordwest-Armee in einer Genauigkeit, wie sie bisher nicht zu haben war.

Über 2500 Anmerkungen legen Zeugnis ab über die Akribie, mit der Rosenthal im estnischen Staatsarchiv gearbeitet hat. Hier ist ihm wohl kaum etwas entgangen, nicht einmal das seinerzeit noch von Laaman benutzte Tagebuch von Infanteriegeneral Nikolai Judenič, des letzten Oberbefehlshabers der Nordwest-Armee, aus dem September 1919. Längere Zitate aus einer späteren, offenbar unveröffentlichten Darstellung General Laidoners bieten sozusagen die „offizielle“ Position der Armeeführung. Außerdem hat Rosenthal zahlreiche Erinnerungen von estnischen Soldaten benutzt, um Einzelheiten der militärischen Aktionen darzustellen. Seine Quellenbasis wird durch umfangreiches Studium der relevanten russischsprachigen Literatur erweitert, so dass höchstens noch Materialien aus amerikanischen oder russischen Archiven weitere Details liefern könnten. Es sei jedoch angemerkt, dass die Sucht, immer weitere Quellen finden zu wollen, auch irgendwo ihre Grenzen haben muss. Die möglichst detaillierte Rekonstruktion eines Krieges kann in simpler Prosa ohnehin nicht gelingen (es sei denn man versucht sich an einer mentalitätsgeschichtlichen Arbeit im Sinne von Peter Englunds Studie über Poltava<sup>4</sup>) und die lange Aneinanderreihung von Truppenbewegungen hierhin und dorthin ist nur für einen kleinen Leserkreis wirklich interessant.

Damit hat sich der Rezensent schon bloßgestellt als jemand, der nicht so sehr interessiert ist an Details des militärischen Hergangs, wie Rosenthal auch mit Recht bemerkt (S. 11). In dieser Besprechung geht es daher auch weniger um die Details, wo es Rosenthal gelungen ist, meine eigene Arbeit in chronologischer Hinsicht oder in Bezug auf die inhaltliche Auslegung von Quellen kritisch zu hinterfragen. Ob die Nordwest-Armee bzw. das Russische Nordkorps, wie die Truppe damals noch hieß, ihren Angriff nach dem 23. Mai 1919 noch fortgesetzt hat oder eben nicht, wie Rosenthal auf der Grundlage der Dokumente des weißen Stabs annimmt (S. 169), ist letztlich wenig entscheidend. Eine größere Ortschaft hat sie jedenfalls in der Zeit nicht in ihren Besitz genommen, von Petrograd ganz zu schweigen. Womöglich wäre aber eine große Zahl von Forschern der weißen Bewegung stark interessiert an solchen Informationen über den „боевой путь Северо-западной армии“ (militärischen Weg der Nordwest-Armee), so dass eine Übersetzung ins Russische nur zu empfehlen ist.

Aber es bleiben Fragen. So erfahren wir nichts über die gegenseitigen Beziehungen der Hauptakteure General Laidoner und General Judenič. Laidoners hier zitierte Meinung, der alte russische Infanteriegeneral habe nicht mehr genug „Willen und Entscheidungskraft gehabt, um die Karrieristen um ihn herum abzuweisen“ (S. 403), entspricht in etwa der unver-

---

<sup>4</sup> PETER ENGLUND: Poltava: Berättelsen om en armés undergång [Poltava: Erzählung über den Untergang einer Armee], Stockholm 1988.



hohlenen Kritik des finnischen Regenten Mannerheim, er habe nach seiner ersten Begegnung mit Judenič begriffen, dass dieser auch bei den Esten keine besondere Autorität genieße.<sup>5</sup> Dass es für Judenič persönlich alles andere als leicht gewesen sein musste, von einem ihm noch 1917 untergebenen Offizier existenziell abhängig zu sein, spielt in Rosenthals Erzählung vom Krieg keine Rolle.<sup>6</sup> Auch der Person Nikolaj Ivanovs, eines Peterburger Rechtsanwalts, der sich aktiv für eine Zusammenarbeit der weißen Russen mit den Esten einsetzte, und dafür eine Zeit lang von der estnischen Regierung protegiert wurde, wird nicht weiter vorgestellt. Personen interessieren in diesem Buch offenbar nur mit ihrem militärischen Rang. Dabei war es Ivanov, der einen immer noch unerforschten Plan im Rahmen des Unabhängigkeitskriegs initiierte: Die Gründung einer „Pskover Republik“ als Buffer zwischen der estnischen Grenze und Russland. Es ist klar, dass an diesem Plan die Esten einen nicht geringen Anteil hatten. Aber wie war diese „russisch-estnische Militärgruppe“ in den höchsten politischen Kreisen Tallinns abgesichert? Zur genannten Gruppe gehörte der berüchtigte „Ataman“ Stanislav Bulak-Balachovič, der gemeinsam mit Ivanov in Pskov herrschte (oder soll man sagen: wütete?), sowie der Chef der 2. Estnischen Division Oberst Puskar und weitere estnische Offiziere (S. 342). Zwar scheiterte dieser Plan zunächst einmal schon daran, dass die Anfang August in Tallinn gegründete russische Nordwest-Regierung Ivanov nur als Minister ohne Portefeuille akzeptierte und der Sitz dieser Lokalregierung nicht wie ursprünglich beabsichtigt nach Pskov verlegt werden konnte. Aber wie verhielt sich Laidoner zu diesen weitreichenden Plänen, wie die Regierung von Ministerpräsident Otto Strandman? War nicht die Einschätzung von Konstantin Päts, Ivanov sei eine Art willenloses Werkzeug, etwas leichtsinnig?<sup>7</sup> Wer protegierte diesen „bösen Genius“ der Petrograder Front des Russischen Bürgerkriegs<sup>8</sup> bis in den Sommer hinein? Immerhin wurde im Kontext der Pläne, eine Pskover Republik zu gründen, damit begonnen spezielle militärische Abteilungen zu formieren, die „Truppen der Pskover Republik“ (S. 352). Wusste die Alliierte Militärmission von

<sup>5</sup> Zit. n. BRÜGGEMANN, Die Gründung (wie Anm. 2), S. 186.

<sup>6</sup> Interessante Informationen über den Mensch Judenič bietet das von N. N. Rutyč-Ručenko herausgegebene Tagebuch seines Vertrauten, des späteren Marineministers der Nordwest-Regierung, Admiral Vladimir Pilkin: Адмирал В. К. Пилкин: В Белой борьбе на Северо-Западе. Дневник 1918–1920 [Admiral V. K. Pilkin. Im Weißen Kampf im Nordwesten Russlands. Tagebuch 1918–1920], Москва 2005.

<sup>7</sup> SEPPO ZETTERBERG: Suomi ja Viro 1917–1919. Poliittiset suhteet syksystä 1917 reunavaltiosuhteiden alkuaan [Finland und Estland 1917–1919. Politische Beziehungen vom Herbst 1917 bis zum Beginn der Randstaatenpolitik], Helsinki 1977 (Historiallisia tutkimuksia. Suomen historiallinen seura, 102), S. 227.

<sup>8</sup> НИКОЛАЙ КОРНАТОВСКИЙ: О литературе по истории гражданской войны на северо-западе России в 1919 г. (краткий библиографический обзор) [Über die Literatur zur Geschichte des Bürgerkriegs im Nordwesten Russlands 1919 (kurzer bibliographischer Abriss)], in: Красная летопись 1929, 5 (32), S. 292.

dieser Idee eines estnischen „cordon sanitaire“ im Osten? Da Rosenthal hierzu nichts Neues sagt, ist seine Behauptung, es sei schon genug über den politischen Kontext, in dem die Nordwest-Armee existierte, vielleicht doch etwas übertrieben. Auch hier wissen wir in manchen Fällen noch zu wenig über Pläne und Absichten der estnischen Regierung und Militärführung mit der russischen Armee.

Trotz all dieser kritischen Bemerkungen, die vor allem einer unterschiedlichen Auffassung von Sinn und Zweck der (Militär-)Geschichtsschreibung geschuldet ist, setzt Rosenthals Arbeit wichtige Akzente in der Interpretation des Unabhängigkeitskriegs. So wird deutlich, dass die Esten diese russische Armee in erster Linie im eigenen Interesse zu benutzen verstanden, d.h. um ihre eigenen Grenzen zu schützen. Dass dazu ein gewisses diplomatisches Geschick gehörte, wird vom Autor zwar ausgeblendet. Immerhin betont er aber, warum der estnischen Militärführung nichts anderes übrig blieb, denn die eigenen Soldaten wollten ja nicht auf russischem Boden und schon gar nicht Seite an Seite mit den weißen Russen kämpfen. Mit Recht stellt Rosenthal hier einen Umstand fest, der den klassischen estnischen Darstellungen bislang so nicht zu entnehmen war: Die Nordwest-Armee war für die Verteidigung der estnischen Unabhängigkeit von entscheidendem Wert. Von Beginn an war die Zusammenarbeit mit den Russen ungeachtet der potentiellen politischen Konflikte unter den gegebenen Bedingungen militärisch erfolgreich. Man kann Rosenthal auch nur zustimmen, wenn er den Mai-Angriff der Nordwest-Armee als Voraussetzung für die Schwächung der Roten Armee an der estnischen Südfront und somit für den Sieg im Landeswehrkrieg interpretiert, denn „ohne die russischen Truppen wäre es für die estnische Armeeführung wahrscheinlich schwierig, wenn nicht unmöglich gewesen, die Kriegshandlungen außerhalb der Grenzen Estlands zu führen“ (S. 609). Es darf dabei betont werden, dass genau dies, die Verlagerung des Kriegsgeschehens auf fremdes Gebiet, das entscheidende Element in Laidoners Strategie des „aktiven Verteidigungskriegs“ war. Und noch im November 1919, nach der eigenen Niederlage, sei der Einsatzwille der russischen Soldaten unter estnischem Oberbefehl zum Teil durchaus bemerkenswert gewesen, zumindest nicht schlechter als der der estnischen Soldaten. Hier sei vor allem die Bedeutung der weißen Artillerie für die Verteidigung der Narva-Linie gegen die Rote Armee in estnischen Darstellungen meist unterschätzt worden (S. 552, 613). Erst im Dezember nahmen die Desertionen zu und die Zahl der Soldaten wurde durch die im russisch-estnischen Grenzgebiet ausgebrochene Typhusepidemie weiter dezimiert. An dieser Epidemie starben bekanntlich ca. 8500 Soldaten der Nordwest-Armee, sicher mehr als in Folge der Kriegshandlungen.<sup>9</sup>

---

<sup>9</sup> KARSTEN BRÜGGEMANN: Der Tod von Narva. Die Typhusepidemie im estnisch-russischen Grenzgebiet von 1919/20 in Augenzeugenberichten, in: Kollekt-

Die Gründe für die Niederlage der Nordwest-Armee sieht Rosenthal realistisch in der Überzahl der Roten Armee an Menschen und ihrem Vorsprung an Material (S. 501f., 612). Weiter nennt er als Gründe die Unfähigkeit der Weißen ihr Hinterland zu organisieren, Befehlsmissachtungen während des Angriffs – weshalb die Nikolaj-Eisenbahn Moskau-Petrograd nicht unterbrochen wurde und Kriegskommissar Lev Trockij ungestört Verstärkung in die „Wiege der Revolution“ schicken konnte – , sowie die verzögerte Fortsetzung des Angriffs, nachdem am 16. Oktober Gatčina erobert worden war (S. 612). Allerdings behauptet der Autor an anderer Stelle, dass gerade diese Verzögerung mit der Erschöpfung der Soldaten zu begründen sei, denn „Erholung war offenbar äußerst notwendig“ (S. 443). Tatsächlich waren es die fehlenden Reserven, die den entscheidenden Nachteil der Nordwest-Armee ausmachten und den Angriff zu einem wohl aussichtslosen Unterfangen werden ließen. Allerdings merkte schon die frühe sowjetische Militärhistoriographie an, dass Judenič keine andere Chance gehabt hätte als in einer Art Blitzkrieg Petrograd zu erobern, wofür er sogar einen äußerst günstigen Moment gewählt habe.<sup>10</sup> Aber auch der alte General musste wissen, dass mit seiner Armee nicht daran zu denken war, die Stadt an der Neva nach einer Eroberung zu halten, selbst wenn die mit ihm in Kontakt stehenden Verschwörer vor Ort die Macht hätten rechtzeitig an sich reißen können.

Dass neben diesen Problemen, die lokalen Charakter trugen, die politische Großwetterlage einem Sieg der Weißen im russischen Bürgerkrieg immer skeptischer gegenüber zu stehen begann, die anderen weißen Fronten weit davon entfernt waren, die bolschewistischen Zentren zu gefährden, und nicht zuletzt die ehemaligen westlichen Provinzen Russlands wie Finnland und Estland ihre Unabhängigkeit auf demokratischem Wege bereits gesichert hatten, während in Russland noch blutiges Chaos herrschte, all dies spielt in Rosenthals Darstellung keine wirkliche Rolle. Sein Buch beleuchtet sehr ausführlich eine entscheidende militärische Episode des estnischen Unabhängigkeitskriegs (wie des Russischen Bürgerkriegs), nicht mehr und nicht weniger. Es ist eine andere Frage, was moderne Militärgeschichte eigentlich will, wie sie aussehen sollte. In diesem Kontext wirkt Rosenthals quellentreue Arbeit recht konservativ. Aber natürlich kommt eine „moderne“ Analyse nicht ohne „klassische“ Rekonstruktion aus. Also es sei noch einmal betont, dass in der Nacherzählung

---

tivität und Individualität. Der Mensch im östlichen Europa. Festschrift für Prof. Dr. Norbert Angermann zum 65. Geburtstag, hrsg. von KARSTEN BRÜGGEMANN, THOMAS M. BOHN, KONRAD MAIER, Hamburg 2001 (Studien zur Geschichtsforschung der Neuzeit, 23), S. 355-373.

<sup>10</sup> А. А. ГЕРОНИМУС: Поход Юденича на Петроград осенью 1919 год. Доклад в исторической подсекции 27 декабря 1929 года [Der Feldzug Judeničs nach Petrograd im Herbst 1919. Vortrag vor der historischen Untersektion 27. Dezember 1929], in: Записки Коммунистической академии. Секция по изучению проблем войны [Schriften der Kommunistischen Akademie. Sektion Kriegsgeschichte], т. [Bd.] 1, Москва 1930, S. 84.

der Quellen Rosenthals Stärke liegt, wenn auch mit Sicherheit der Laie durch endlose Aneinanderreihungen von Bajonetten und Kanonen, Unterabteilungen und unbekanntem Ortsnamen etc. eher gelangweilt wird. Für den Spezialisten ist diese Arbeit hingegen ein unerschöpflicher Fundus an Details, die sonst für immer in den Archiven geschlummert hätten.

In diesem Zusammenhang sei dem Werk durch eine Übersetzung ins Russische eine weite Verbreitung gewünscht, schon weil die russische Literatur zum Thema Nordwest-Armee mit Verständnis der estnischen Position traditionell nicht gerade glänzt und sich gern mit Dolchstoß-Legenden aus der Affäre zieht. Haben die Esten Judenič – und damit ganz Russland – nicht böse „verraten“, um mit den noch böseren Roten zu paktieren? Dass Judenič ohne estnische, d.h. vor allem ohne Laidoners Hilfe kaum jemals bis vor die Tore Petrograds gekommen wäre, wird in dieser Art „Vergangenheitsbewältigung“ von russischer Seite natürlich gern verschwiegen. Für eine eher die sowjetische Tradition vorziehende russische Geschichtsschreibung hingegen ist gerade die Hilfe, die Estland der Nordwest-Armee gewährte, wiederum Grund genug, um die Abhängigkeit der estnischen Regierung von London und Paris, d.h. den bösen Imperialisten zu betonen. Recht machen konnten es die Esten den Russen ohnehin nicht. Am besten hätten sie sich gar nicht erst für unabhängig erklärt. Dass ausgerechnet eine russische Armee den Esten dabei half, diese Unabhängigkeit zu verteidigen, ist aber für jedes russische historische Narrativ ein schwerer Schlag. Rosenthals Arbeit zeigt, wie es dazu kommen konnte.

KARSTEN BRÜGGEMANN

VITA ZELČE, VINETA SPRUGAINE: *Marginālās jeb 1376. fonds*. [Die Marginalen oder der Bestand Nr. 1376.] (Vēstures avoti [Historische Quellen], 4.) Valsts arhīvu ģenerāldirekcija; Latvijas Valsts vēstures arhīvs. [Generaldirektion der Staatsarchive Lettlands; Lettisches Historisches Staatsarchiv.] Riga 2005. 254 S. ISBN 9984986608.

Das vorliegende Werk setzt die von der Generaldirektion der Staatsarchive Lettlands und dem Lettischen Historischen Staatsarchiv herausgegebene Reihe „Historische Quellen“ mit einem Thema fort, das von der Forschung zur lettischen Geschichte bislang kaum beachtet worden ist: Die Geschichte der Prostituierten als einer sozialen Randgruppe im Riga der Zwischenkriegszeit. Den Text illustrieren zahlreiche Bilder, darunter

einige Dutzend Fotos von Prostituierten; allerdings sucht man z.T. vergeblich nach präzisen Quellenangaben für diese Bilder.

Das Buch besteht aus vier Teilen. Der erste Teil schildert den geschichtlichen Hintergrund anhand von Texten und Dokumenten, die insbesondere darauf verweisen, wie sehr Prostitution „in der Zeit, im Raum und in der gesellschaftlichen Wirklichkeit verwurzelt“ ist, aber auch auf „die besondere Härte, die diese soziale Erscheinung auszeichnet“ (S. 12). Die Autorinnen möchten diesen Teil ihrer Arbeit als „Schilderung der sozialgesellschaftlichen Bedingungen in der Zwischenkriegszeit“ verstanden wissen, wobei nur solche Beobachtungen und Gedanken Eingang gefunden hätten, die ihrer Meinung nach „die soziale Empfindlichkeit und die Härte des Themas besonders treffend widerspiegeln“ (S. 13). Ihre Methode, mithilfe von Zitaten aus Erinnerungen an diese Zeit sowie von Auszügen aus der zeitgenössischen Publizistik beim Leser ein Gefühl des Miterlebens zu evozieren und ihn in die damalige soziale Realität eintauchen zu lassen, stellt sich als recht effektiv heraus. Ergänzend werden auch Zitate aus literarischen Werken der Zeit herangezogen. So werden Auszüge aus dem Roman „Putni bez spārniem“ (Vögel ohne Flügel) (1931/32) von Vilis Lācis eingefügt, um die Härte des Prostituiertenlebens zu schildern. Die Nutzung von Literatur als historische Quelle rechtfertigen die Autorinnen mit den Aussagen von Lācis, die Figuren seiner Romane stets auf der Grundlage von Beobachtungen aus dem wirklichen Leben gestaltet zu haben. Zudem fanden sich zahlreiche Archivadokumente, die diese Beobachtungen des Schriftstellers stützten.

Des Weiteren enthält dieser einführende Abschnitt Hinweise auf die Stellung der Frau in der Gesellschaft, aber auch auf ihr Äußeres sowie den Wechsel des Lebensstils, der sich bereits während des Ersten Weltkriegs abgezeichnet hatte. Darüber hinaus werden hier wesentliche Züge der sexuellen Emanzipation beschrieben. Belegt wird die damalige Entwicklung auch anhand der zu dieser Zeit in der Sowjetunion erschienenen Bücher zu Fragen des Sexuallebens und der Verhütung, doch darf man dabei nicht davon ausgehen, dass diese Bücher in Lettland stets frei zugänglich waren (sie waren es praktisch nur bis 1928). Später wurden derartige Schriften in die Liste „minderwertiger und anzüglicher Literatur“ aufgenommen. Den Autorinnen gelingt es im Allgemeinen gut und detailliert, die „sozialen Bedingungen“ der 1920er Jahre zu schildern, während die Entwicklungen in den 1930er Jahren bei weitem nicht so ausführlich dargelegt werden – auch auf diesem Gebiet hatte sich infolge des autoritären Staatsstreichs vom 15. Mai 1934 einiges geändert. So gab es in Lettland zwischen 1934 und 1940 drei Mal kontroverse Diskussionen in der Gesellschaft über die Rechte der Frau auf Arbeit und Bildung, welche ihr mal zuerkannt, mal wieder aberkannt wurden. Im Großen und Ganzen ging es dabei aber um den Versuch, die Frau wieder auf den Kreis der Familie zu beschränken.

Im zweiten Teil werden in Tabellen und Diagrammen Informationen präsentiert, die anhand von 472 Akten des polizeilichen Prostituiertenregisters Rigas sowie von 655 Personalakten bzw. -fragebögen gewonnen werden konnten. Hieraus leiten sich verschiedene Kriterien ab, die die Prostituierten als eine soziale Gruppe charakterisieren, und die anschließend einer Analyse unterzogen werden.

Der dritte Teil bietet Dokumente bezüglich von Prostituierten, die unter der Kontrolle und Aufsicht der Gesundheitsbehörde der Rigaer Präfektur standen. Diese Protokolle und Informationen verschiedener Art dienen als Grundlage dafür, die Lebenswege von einigen dieser Frauen zu schildern. Leider erfahren wir nicht, warum von den 655 Personalakten ausgerechnet diese 26 verwendet werden. Außerdem nimmt man sich bei der Beschränkung auf die Personalakten, die höchstens die Existenz dieser Gruppe bestätigen, die weitaus interessantere Möglichkeit, sie im Netzwerk ihrer Beziehungen zu zeigen, aber auch ihren Einfallsreichtum, wenn es z.B. darum ging, Schlupflöcher in der Gesetzgebung zu finden. Solche Quellen, in denen sich sozusagen die kreativen Seiten der Frauen zeigen, gibt es im hier benutzten Bestand Nr. 1376 durchaus: beispielsweise die Biographie einer Bordellbesitzerin,<sup>1</sup> Berichte von verdeckt operierenden Ermittlern<sup>2</sup> oder Informationen über das Verhalten der Prostituierten im Krankenhaus.<sup>3</sup> Die Stellungnahme des Gesundheitsdepartements im Innenministerium vom 25. November 1919 zum Beispiel, in der ein vom Leiter der Militärpolizei der Stadt Riga unterschriebener Gesetzesentwurf zur „Öffnung und Führung öffentlicher Häuser und geheimer Lokale zum Zweck der Prostitution“ heftig kritisiert wurde, da er nicht der Gleichstellung der Geschlechter entspreche,<sup>4</sup> könnte die Einstellung der Gesellschaft zur Prostitution deutlich zum Ausdruck bringen. Zudem böte es sich an, dieses Dokument in einer weiteren, wohl von einer höheren Instanz bearbeiteten Version heranzuziehen, in der neben Korrekturen und Ergänzungen die nicht akzeptablen Stellen gestrichen wurden.<sup>5</sup> In Bezug auf die geschilderten Lebenswege, von denen elf in die Zeit nach 1934 fallen, wäre ein Kommentar zu den Auswirkungen, die die Politik des Ulmanis-Regimes auf den Alltag der Prostituierten hatte, hilfreich gewesen.

Im Mittelpunkt des vierten Teils steht das Rigaer Stadtviertel um die Gravju Straße, die seit 1924 Valguma Straße hieß, an der sich zu Beginn der 1920er Jahre die offiziellen Bordelle befanden. In Interviews mit den heutigen Bewohnern dieses Viertels wurde der Frage nachgegangen, wie die Einstellung der Gesellschaft zu den Prostituierten zwischen

---

<sup>1</sup> Latvijas Valsts vēstures arhīvs (künftig: LVVA, Lettisches Historisches Staatliches Archiv, Riga), Bestand 1376, Findbuch 2, Akte 5428.

<sup>2</sup> Ebenda.

<sup>3</sup> LVVA, 1376-2-5380.

<sup>4</sup> LVVA, 1376-2-5368, Bl. 16-18.

<sup>5</sup> LVVA, 1376-2-5368, Bl. 19.

den Kriegen war. Die hierdurch gewonnenen Informationen werden mit den Fakten aus dem Archiv unterlegt bzw. ergänzt, wodurch die strenge Reglementierung der Prostitution deutlich wird. Da diese Frage jedoch größtenteils schon im ersten Teil behandelt wurde, sind Wiederholungen unvermeidbar, woran gewisse Strukturmängel der vorliegenden Untersuchung erkennbar sind.

Der Titel *Marginālās jeb 1376. fonds* erweckt den Eindruck, als ob der Studie sehr umfangreiches Quellenmaterial zugrunde liegt. Leider bieten die Autorinnen weder einen ausformulierten Literaturbericht noch eine Liste der von ihnen verwendeten Quellen, wodurch diese falsche Vorstellung hätte ausgeräumt werden können. Tatsächlich finden sich im Bestand Nr. 1376 des Lettischen Historischen Staatsarchivs 5 Findbücher. Dabei machen die Personalakten der Prostituierten nur einen Teil des zweiten Findbuchs aus. Man hätte durchaus auch erwähnen können, dass für die Darstellung auch Dokumente anderer Bestände verwendet worden sind: so z. B. die Bestände Nr. 2927 (Stadtverwaltung Riga) und Nr. 2761 (Bauamt der Stadt Riga). Am Ende des Buches findet sich lediglich ein Literaturverzeichnis, das zwischen den beiden Kriegen erschienene publizistische Beiträge, schöngeistige Literatur und später erschienene Memoiren enthält, die durchaus als veröffentlichte Quellen gelten können.

Auch inhaltlich hat das Buch einige Mängel aufzuweisen. Es ist z.B. keineswegs neutral. Außerdem würde man sich wünschen, dass der Text sich weniger auf Beobachtungen, denn auf belegte Tatsachen stützt. Dabei ist es keine Frage, dass die Geschichtsschreibung über die Prostitution wesentlich vom Feminismus initiiert worden ist. Dies bedeutet aber auch, in den Worten der Autorinnen, dass „die Ungleichheit in der Ressourcenverteilung“ in Bezug auf Macht und Ökonomie nicht nur geschlechtsbedingt gewesen sei, sondern sich auch „auf die Entwicklung der käuflichen Liebe fördernd“ ausgewirkt habe (S. 12). Der feministische Ansatz, der sich auf die Verwendung der Kategorie des Geschlechts stützt, ist durchaus effektiv, dennoch gibt es zwei Geschlechter. Erlaubt die Bewertung sozialer Probleme allein aus der Sicht der Frau, die Versuche, diese Probleme zu bekämpfen, einfach zu ignorieren? Dabei soll nicht von dem Aspekt der Prostitution die Rede sein, der die zeitgenössischen Vorstellungen von Lebensfreude und der Rolle der Prostitution darin zeigt, sondern von der Idee, dass beide Geschlechter die gleiche Verantwortung tragen. Zwar betonen die Autorinnen, dass das Gesundheitsdepartement des Innenministeriums die bereits erwähnte Verordnung Nr. 2 vom 25. November 1919 zur „Öffnung und Führung öffentlicher Häuser und geheimer Lokale zum Zweck der Prostitution“ als geschlechtliche Diskriminierung scharf kritisierte, da den Frauen hierdurch „ein Teil ihrer Rechte – die Unantastbarkeit der Person – zugunsten der Männer“ entwendet worden sei (S. 37f.). Doch darf man nicht vergessen, dass dieses Dokument nur ein Entwurf und keine gültige Ver-

ordnung war.<sup>6</sup> Dass dieses Gesetz nicht verabschiedet wurde, darf zugebenermaßen nicht als Sieg der Gleichberechtigung der Geschlechter gelten, denn der Entwurf dieses Gesetzes floss in wesentlichen Punkten in die „Vorschriften zur Bekämpfung von Geschlechtskrankheiten“<sup>7</sup> ein, die am 31. Januar 1920, also noch während des lettischen Unabhängigkeitskriegs, von General Jānis Balodis, dem Oberbefehlshaber der Armee, bestätigt wurden. Sie sollten den Charakter einer vorläufigen Vorschrift bis zur Verabschiedung eines entsprechenden Gesetzes durch das Parlament haben, an dem das Departement für Gesundheit schon seit Ende des Jahres 1919 arbeitete und das eine Aufhebung der Registrierung von Prostituierten vorsah.<sup>8</sup> Auch wenn die Bemühungen des Departements, das Prinzip der Gleichberechtigung der Geschlechter in die Politik zur Bekämpfung von Geschlechtskrankheiten zu implementieren, im Wesentlichen erfolglos blieben, würde eine Darstellung dieses interessanten Aspekts zeigen, dass die einseitige Markierung des einen Geschlechts ein wesentliches Detail im Verborgenen lässt – die Beamten, die eine Politik ausarbeiteten, der die Gleichberechtigung der Geschlechter zugrunde liegen sollte, waren Männer. Dass die Prostituierten eine Minderheit waren, bedeutet nicht, dass es sie nicht gab, und wenn wir das Tabu der Geschichte einer an den Rand gedrängten sozialen Gruppe brechen möchten, dann wäre es nur korrekt, die in diesem Fall eng damit verbundene Geschichte des Gesundheitsdepartements aufzudecken.

Es seien noch einige Anmerkungen zum zweiten genannten Problem gestattet, der Dominanz von Beobachtungen gegenüber belegbaren Fakten. Die Autorinnen weisen darauf hin, dass die Einstellung zur Prostitution sowohl die Gesellschaft selbst als auch ihre Kultur charakterisiert, wobei diese Einstellung vor allem durch die praktische Politik, das administrative Handeln, die Einschränkungen, Repressionen und Vorschriften sowie deren Umsetzung zum Ausdruck gebracht wird. Doch gerade die Umsetzung dieser Politik der Reglementierung der Prostitution in Riga, die eigentlich ein obligatorischer Aspekt des historischen Kontexts sein müsste, wird im Buch überhaupt nicht analysiert, sondern nur fragmentarisch beschrieben. So entwickeln sich inhaltliche Widersprüche im Text z.B. einfach daraus, weil nicht eindeutig erklärt wird, wann es sich um legale und wann um illegale Prostitution handelt.

<sup>6</sup> Die Autorinnen lassen einen Fehler zu, wenn sie hier auf diese Bestimmung hinweisen, denn so eine Bestimmung wurde nicht erlassen. Mit dieser Nummer veröffentlichte Bestimmung bezieht sich auf die Besitzer von Vieh in Pārdaugava und nicht auf die Führung öffentlicher Häuser. Siehe „Latvijas Sargs“ [Lettlands Verteidiger], 28.11.1919.

<sup>7</sup> Valdības Vēstnesis [Der Regierungsbote], 18.10.1921.

<sup>8</sup> JĀNIS BRANTS: Cīņa ar venēriskajām slimībām Eiropā [Kampf gegen Geschlechtskrankheiten in Europa], in: Latvijas ārstu žurnāls [Lettisches Ärzteblatt] 1928, Nr. 5/6, S. 145.



Wertlos ist diese fesselnd geschriebene und gut lesbare Studie damit natürlich nicht, im Gegenteil. Abgesehen von den erwähnten Kritikpunkten zeichnet sie sich durch handwerkliche Professionalität und vor allem durch ihre thematische Novität aus. Sie markiert damit nicht nur den Auftakt der lettischen Historiographie zur Erforschung der Geschichte der Prostitution, sondern thematisiert gleichzeitig eine ganze Reihe von Problemen der Sozialgeschichte, deren genauere Betrachtung sich sehr lohnen würde.

INETA LIPŠA

RUTH BETTINA BIRN: *Die Sicherheitspolizei in Estland 1941–1944. Eine Studie zur Kollaboration im Osten.* (Sammlung Schönigh zur Geschichte und Gegenwart.) Ferdinand Schönigh Verlag. Paderborn 2006. 286 S. ISBN 9783506756145.

ESTONIA 1940–1945. Reports of the Estonian International Commission for the Investigation of Crimes Against Humanity. Hrsg. von TOOMAS HIIO, MEELIS MARIPUU, INDREK PAAVLE. Estonian Foundation for the Investigation of Crimes Against Humanity. Tallinn 2006. XXX+1358 S. ISBN 99491304009.

Beide zu besprechenden Bücher sind wichtige Publikationen zur Geschichte Estlands während des Zweiten Weltkriegs, erschließen eine Vielzahl bis dahin ungenutzter Quellen, die bis zum Ende der Sowjetzeit praktisch unter Verschluss gehalten worden waren, und erweitern unseren Kenntnisstand besonders zur deutschen Okkupation in erheblichem Maße. Während Ruth Bettina Birn eine Fallstudie zur Sicherheitspolizei vorlegt, umfasst der Sammelband „Estonia 1940–1945“ zwei Berichte der Estnischen Internationalen Kommission zur Untersuchung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit sowie 69 thematische Aufsätze. Mit über vier Kilogramm und mehr als 1300 Seiten im Format A4 handelt es sich in der Tat um ein gewichtiges Werk. Ruth Bettina Birn ist eine international ausgewiesene Historikerin des Holocaust, die von 1991 bis 2005 als *Chief Historian* der Abteilung für Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit des kanadischen Justizministeriums gearbeitet hat. Der Sammelband ist das Ergebnis der langjährigen Forschungsarbeit einer Gruppe estnischer Nachwuchshistoriker im Auftrag der von Lennart Meri, dem damaligen Präsidenten Estlands, ini-

tierten Internationalen Kommission, die 1999 ihre Tätigkeit aufnahm. Ein Folgeband über die Phase der sowjetischen Herrschaft in Estland nach dem Ende der deutschen Okkupation ist in den nächsten Jahren zu erwarten.

Birns Studie stehen ein persönliches und ein methodologisches Vorwort voran, sie schließt mit einem Kapitel über die juristische Ahndung und historische Aufarbeitung der Verbrechen sowie einer klugen Zusammenfassung. Diese Vorgehensweise erlaubt der Autorin ihre Fallstudie in einen abwägenden und differenzierten Rahmen einzuordnen. Sie kommt nicht zu vorschnellen Urteilen und ihr gelingt es, das heikle Thema der Kollaboration in Estland am Beispiel der Sicherheitspolizei angemessen und auf wissenschaftlich sehr hohem Niveau zu untersuchen. Besonderen Respekt verdient, dass sie es vermag, auch ohne Estnisch-Kenntnisse dieses wichtige Kapitel der estnischen Zeitgeschichte zu erforschen, auch wenn sie selbst ihre Arbeit als einen Bestandteil der deutschen Geschichte sieht.

Im Vorwort macht Birn deutlich, dass die deutsche Okkupation der Jahre 1941–1944 in den Zusammenhang des ersten sowjetischen Jahres 1940/41 und der sich daran anschließenden Jahrzehnte der sowjetischen Herrschaft im Baltikum einzuordnen ist. Die kommunistischen Machthaber haben das Bild der Vergangenheit lange manipuliert und dabei der estnischen Bevölkerungsgruppe „die Täterseite“ und der russischen die Rolle der Unterdrückten (S. 7) zugewiesen. Vehement tritt die Autorin gegen eine Tendenz aus der jüngsten Zeit ein: Auch Estland sei „von der jüngsten Manifestation eines Kulturimperialismus betroffen worden, derzufolge post-kommunistische Länder, besonders Beitrittskandidaten zur EU oder Nato, zur Aufarbeitung ihrer Geschichte unter dem Gesichtspunkt des Holocaust angehalten werden, ungeachtet, wie die Geschichte des jeweiligen Landes tatsächlich aussieht“ (S. 8). Der von ihr eingeforderten Historisierung ohne moralischen Zeigefinger kommt sie in ihrer Studie dann überzeugend nach, die im Wesentlichen auf Revaler Archivbeständen der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdiensts (SD) beruht. Insgesamt hat Birn in 22 Archiven gearbeitet und die nicht sehr umfangreiche Literatur gründlich rezipiert. Da die deutsche Seite in dieser mit deutschen und estnischen Mitarbeitern besetzten Institution dominierte, ist ihre Vorgehensweise, sich weitgehend auf die deutschsprachige Dokumentation zu stützen und nur einige Dokumente aus dem Estnischen übersetzen zu lassen, durchaus statthaft.

In der etwas zu kurzen Einleitung gibt sie dem Leser einen historischen Überblick und geht auf die organisatorische Struktur des deutschen Besatzungsapparates und der Estnischen Selbstverwaltung ein. Im Hauptteil behandelt Birn zuerst Geschichte und Aufbau der Sicherheitspolizei in Estland, um anschließend die Strafpraxis anhand der unterschiedlichen Opfergruppen zu untersuchen. Die mobilen Einheiten der

Sicherheitspolizei und des SD, die eng mit der Wehrmacht zusammenarbeiteten und direkt hinter der kämpfenden Truppe einmarschierten, wurden für den deutschen Überfall auf die Sowjetunion aufgestellt. Für das Baltikum, Weißrussland und Russland-Nord war die Einsatzgruppe A zuständig, dessen Einsatzkommando 1a unter Leitung von Dr. Martin Sandberger für Estland vorgesehen war. Diese Einsatzgruppen setzten sich aus Mitarbeitern der Gestapo, der Kriminalpolizei, des SD und Angehörigen der Waffen-SS zusammen. Sie sollten das besetzte Gebiet „säubern“, Kommunisten und Juden verhaften, versprengte Rotarmisten aufspüren und einheimische Hilfskräfte für den Polizeidienst rekrutieren. Damit verbunden waren erste Massenexekutionen und der Aufbau von Lagern für die Gefangenen. Aus den mobilen Kommandos wurden stationäre Dienststellen, die für „politische Strafsachen“ zuständig waren. Der Bereich der „politischen Verwaltung“ konnte sich allerdings auch auf ökonomische oder bevölkerungspolitische Maßnahmen erstrecken. Wie Birn betont, legte der NS-Staat Wert auf eine „präventive“ Verbrechensbekämpfung, ging also offensiv gegen tatsächliche oder vermeintliche Gegner seiner Politik vor. Bis zum 30. Juni 1942 nahm die Sicherheitspolizei in Estland 18 893 Personen fest, darunter 17 692 des Kommunismus Verdächtige, 5 634 Menschen wurden exekutiert und 5 623 zur Haft in einem Konzentrationslager verurteilt. Insgesamt lassen sich 7 798 Exekutierte für den Zeitraum von 1941 bis 1944 namentlich nachweisen, die meisten Exekutionen erfolgten demnach im ersten Jahr der Okkupation (S. 27).

Da das Einsatzkommando 1a zahlenmäßig sehr klein war und nur etwas mehr als 100 Mitarbeiter umfasste, war es auf einheimische Hilfskräfte angewiesen. Anfangs wurden Einheiten des sich formierenden Selbstschutzes (*Omakaitse*), eingesetzt, beispielsweise um Erschießungen vorzunehmen oder Gefangene zu bewachen. Doch Sandberger ging noch erheblich darüber hinaus: Er baute einen eigenen estnischen Teil der Sicherheitspolizei mit 873 Mitarbeitern auf. Weiterhin beschäftigte seine Dienststelle am 1. Juli 1942 139 Deutsche und 102 estnische Hilfskräfte in den deutschen Dienststellen sowie 259 Esten in anderen Formationen (S. 31). Somit befanden sich die Deutschen in einer zahlenmäßigen Minderheit und in der Position einer Aufsichtsverwaltung gegenüber den estnischen Mitarbeitern. Ausführlich geht die Verfasserin auf die Rekrutierung der deutschen wie der estnischen Polizisten ein, wobei sie betont, dass die Deutschen keineswegs für den „Weltanschauungskrieg“ besonders ausgewählt wurden, und der Kern der estnischen Mitarbeiter aus der Polizei der Republik Estland hervorging. Die Esten teilten Birn zufolge den Rassenantisemitismus der Deutschen nicht, waren aber deutlich antirussisch eingestellt. Die Vorbedingung für ihre Zusammenarbeit sei die Zerschlagung der estnischen Staatlichkeit 1940 gewesen. Der Autorin ist zuzustimmen, dass die Inkorporierung von Nichtdeutschen in das Zentrum des deutschen Unterdrückungsapparats

erstaunlich weit ging. Selbst einzelne Konzentrations- und Arbeitserziehungslager (AEL) verfügten über estnisches Personal und eine estnische Leitung.

Am ausführlichsten untersucht Birn die Strafpraxis gegenüber Kommunisten, Juden, „Zigeunern“, Kriminellen und „Asozialen“, wobei sie der Frage der Kommunisten aufgrund des zahlenmäßigen Anteils unter den Opfern den größten Raum widmet. Detailliert vermag sie einzelne Fälle nachzuzeichnen, einen Wandel in der Verfolgungspraxis zu belegen und zu erklären. Rund 1.000 in Estland verbliebene Juden wurden getötet sowie ein beträchtlicher Anteil der „Zigeuner“. Hinsichtlich von Kriminellen und Prostituierten weist Birn berechtigterweise auf die Ähnlichkeit sowjetischer und nationalsozialistischer „Säuberungen“ hin (S. 133).

Das Kapitel zur rechtlichen Ahndung der Verbrechen der Sicherheitspolizei in Estland liefert eine wichtige Ergänzung zur Darstellung. Martin Sandberger, der „ideologische Motor“ der Sicherheitspolizei in Estland und eindeutig ein „Scharfmacher“, wurde in Nürnberg zwar zum Tode verurteilt, aber 1955 aus der Haft entlassen. Sowjetische NS-Verfahren wiesen „ein komplexes Gemisch aus historischer Wahrheit und politischer Verformung“ auf (S. 229). Der Rechtshilfeverkehr der bundesdeutschen Strafverfolgung mit den sowjetischen Behörden verlief schleppend (S. 239). Dabei wäre, wie die Autorin darlegt, mit Hilfe der Tallinner Akten die Ermittlung und Anklage weiterer Schuldiger in der Bundesrepublik möglich gewesen. Doch die Bonner Behörden hatten bis 1991 keinen Zugang zu den einschlägigen Dokumenten.

Im Schlussteil geht Birn noch einmal auf die Frage der Kollaboration ein, die ihrer Ansicht nach im Falle der estnischen Mitarbeiter der Sicherheitspolizei neutral als Zusammenarbeit aufzufassen sei. Schließlich hätten sie als estnische Staatsbürger keinen Vaterlandsverrat an der Sowjetunion begehen können. Relevant sei einzig die Frage der Beteiligung an Verbrechen. Zwar sind auch aus der Ukraine oder Serbien Beispiele für den umfangreichen Einsatz einheimischer Kräfte bekannt, aber Sandbergers Projekt war ein Novum in der nationalsozialistischen Besatzungspraxis in Osteuropa. Mit Recht stellt Birn fest, dass die Forschung sich bisher kaum kritisch mit dem sowjetischen Material befasst hat und deshalb zahlreiche Fehlinformationen in der Forschungsliteratur zu finden sind, und selbst Gedenksteine mit falschen Zahlen versehen werden. Das Buch schließt mit der wichtigen Frage, wer denn die Deutungshoheit über estnische Geschichte habe. Bekannt sind die Kampagnen des Jerusalemer Wiesenthal-Zentrums gegen Estland oder die US-amerikanischen „Hinweise“ zum politisch korrekten Umgang mit der eigenen Geschichte. Leider geht die Autorin nicht auf die wiederholten Medienkampagnen von russischer Seite ein.

Die wenigen Fehler, die sich eingeschlichen haben, schmälern nicht den Wert der Arbeit. Einzig die parallele Verwendung von deutschen

Dienststellenbezeichnungen (Reval, Dorpat, Pleskau) sowie estnischen und russischen Ortsnamen (Tallinn, Tartu, Pskov) erschwert an mancher Stelle die Lesbarkeit. Insgesamt handelt es sich um eine überzeugende, gut geschriebene und wichtige Studie, der eine weite Verbreitung zu wünschen ist. Besonders Ruth Bettina Birns abwägende und differenzierte Darstellungsweise dieses sensiblen Themas gefällt an ihrer detaillierten Untersuchung.

Der Sammelband „Estonia 1940–1945“ erreicht bedauerlicherweise nicht das Niveau von Birns Buch, auch wenn er zahlreiche wichtige Aufsätze umfasst. Am Anfang stehen einleitende Worte Lennart Meris, ein Statement und zwei Berichte der Estnischen Internationalen Kommission zur Untersuchung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit über die sowjetische Okkupation 1940–1941 sowie die deutsche Okkupation 1941–1944. Es folgen 69 Aufsätze von den Historikern und den Fachleuten, die der Kommission zugearbeitet haben, sowie ein umfangreicher Anhang. Die Aufsätze werden in fünf Teile geordnet: Sowjetische Okkupation 1940–1941, Kampfhandlungen in Estland 1941, Deutsche Okkupation 1941–1944, Estnische militärische Einheiten in den deutschen und sowjetischen Streitkräften, Kampfhandlungen in Estland und der Versuch der Wiederherstellung der Unabhängigkeit 1944. An dieser Stelle kann nicht detailliert auf die einzelnen Aufsätze der 16 beteiligten Autoren eingegangen werden, die das Herzstück des umfangreichen Sammelwerks bilden, doch sollte ein Gesamteindruck konstatiert werden. Die Kommission beauftragte zwei Arbeitsgruppen von Historikern, um die verfügbaren Dokumente zu sammeln, mögliche Zeugen zu befragen und eine Zusammenfassung der historischen Zusammenhänge der zu untersuchenden Vorgänge vorzubereiten (S. III). Ziel war also eine faktenge-sättigte Grundlage für die Arbeit der Kommission zu liefern, von der wiederum Schlussfolgerungen erwartet wurden.

Unter den Verfassern finden sich offenbar nur zwei Promovierte; ein gewisser Mangel an methodischer Vorgehensweise kann zudem durchaus festgestellt werden. Auch zeichnen sich nicht alle Beiträge durch einen flüssigen Stil aus. Die Historiker sollten der Kommission Tatsachen liefern, weshalb die meisten Autoren wohl einen rein deskriptiven Zugang gewählt haben, der für den Leser zunehmend ermüdend wird, weil er in der Fülle der Beschreibung, die kaum in einen Kontext ein-geordnet wird, allmählich ertrinkt. Mitunter werden seitenlang einfach Quellen nacherzählt. Es kommt zu zahlreichen Wiederholungen, die aber wohl dem Konzept des Buches geschuldet sind. Wie so oft bei Sammelwerken sind die Aufsätze von höchst unterschiedlicher Qualität. Einige erfüllen die Funktion eines reinen Lückenbüßers und bieten kaum einmal etwas Neues. Die schwächsten Beiträge liegen intellektuell auf dem Niveau einer Proseminarsarbeit. Andere Texte hingegen entfalten bisher unerforschte und wichtige Archivquellen zu relevanten The-

men. Eine Straffung wäre sehr wünschenswert gewesen. Auch ist nicht immer klar ersichtlich, welchen Bezug einzelne Beiträge zum Leitthema der Verbrechen gegen die Menschlichkeit haben oder ob sie für den historischen Zusammenhang wichtig sind. Irgendwie möchten die Verfasser alle möglichen Themen erschöpfend behandeln und verzetteln sich. Dabei geraten größere Zusammenhänge oftmals aus dem Blick. So hilfreich die Organisationsgeschichte im Einzelfall sein kann, wurde nach Auffassung des Rezensenten in diesem Band doch zuviel des Guten getan. Hinter der detaillierten Beschreibung des Aufbaus von Institutionen oder militärischen Einheiten bleiben viele wirklich relevante Vorgänge merkwürdig blass. Fragwürdig erscheint auch die teilweise viel zu sehr ins Detail gehende Darstellung militärischer Operationen. Wer will das alles denn so genau wissen? Wirtschaftsgeschichte wird hingegen kaum behandelt, dabei stand die ökonomische Ausbeutung der besetzten Baltischen Staaten im Mittelpunkt der Politik beider Okkupationsregime. Auch über mögliche Veränderungen in der Gesellschaft und den Alltag der Menschen erfahren wir wenig.

Während die Quellenbasis für die Darstellung der deutschen Okkupation sehr gut ausgeschöpft ist, wurden Dokumente aus russischen Archiven bezüglich der sowjetischen Periode nicht sehr intensiv berücksichtigt. Es ist dem Rezensenten nicht ersichtlich, warum im Rahmen eines derart groß angelegten Projekts mit zahlreichen Mitarbeitern und einem wohl recht umfangreichen Etat nicht auch gründlicher in Moskau geforscht werden konnte. Ein weiterer Kritikpunkt ist die mitunter schmerzlich vermisste Rezeption der internationalen Forschungsliteratur. Einige Beiträge basieren praktisch nur auf Archivalien. Die Autoren kennen sich anscheinend in einem recht unterschiedlichen Maße in der Forschung aus. Offensichtlich wurden wegen des langen Entstehungsprozesses des Sammelbands und der zeitaufwendigen Übersetzungsarbeit viele Aufsätze nicht noch einmal überarbeitet und auf den neuesten Forschungsstand gebracht, weshalb viele Publikationen jüngerer Datums unberücksichtigt blieben.

Es ist sehr lobenswert, dieses Werk auf Englisch vorzulegen, um ein internationales Publikum zu erreichen. Dass sich angesichts der Materialfülle einzelne Druckfehler oder faktische Ungenauigkeiten einschleichen, erscheint noch nicht problematisch. Stellenweise ist der Text aber doch recht holprig übersetzt worden, was die Lektüre erschwert. Das mitunter auftretende Weglassen von Artikeln und estnische Konstruktionen im Englischen sind ebenfalls störend. An der Übersetzung der Fachterminologie hätte noch gründlicher gefeilt werden müssen. Unverständlich ist, warum zur Transliteration der russischen Namen und Ortsbezeichnungen nicht ein gängiges System wie das der Library of Congress genutzt wurde, sondern das des Instituts für Estnische Sprache; zuwei-

len ist den Texten anzumerken, dass es an einer gründlichen Redaktion gefehlt hat.

Positiv hervorzuheben sind die zahlreichen Abbildungen und Fotos, von denen viele erstmals veröffentlicht wurden. Kurzbiographien wichtiger Akteure, ein umfangreiches Personen- und Ortsregister, eine Bibliographie sowie zehn Karten erleichtern die Orientierung. Besonders wichtig erscheinen jene Aufsätze, die sich wirklich mit der Leitfrage der Publikation auseinandersetzen – den Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Auf eine Beteiligung von Esten oder estnischen Einheiten hieran wird gründlich eingegangen. Lobenswert sind auch die Darstellung der Maßnahmen, die von den sowjetischen Justizbehörden zur Ahndung von Verbrechen während der deutschen Okkupation eingeleitet worden sind, sowie einige wichtige Hinweise zum quellenkritischen Umgang mit den Dokumenten.

Als Zusammenfassung mag eine typische Floskel direkt einmal angebracht sein: weniger wäre mehr gewesen. Eine ganze Reihe von Aufsätzen hätte weggelassen und an ihre Stelle einige wenige Überblicksdarstellungen eingefügt werden können. Einige Beiträge hätten dringend der Kürzung bedurft. Ein Teil des Fließtextes hätte gestrafft in den Anhang oder auf die Homepage der Kommission gehört. Anstelle der epischen Präsentation aller mit Mühe erarbeiteter Fakten und des Nacherzählens von Quellen wäre weitaus mehr Gewicht auf Interpretation und historische Einordnung zu legen gewesen. Der Versuch, Aspekte der Geschichte nahezu „total“ zu erfassen, ist nach Auffassung des Rezensenten gescheitert.

Dennoch finden sich einzelne bedeutsame Beiträge unter den Aufsätzen besonders aus der Feder von Meelis Maripuu, Lauri Mälksoo und Indrek Paavle. Trotz aller Kritik wird dieser umfangreiche Band in Zukunft sicherlich als „Steinbruch“ für weitere Forschungen dienen können, da er zahlreiche, bisher unbekannte Quellen erschließt. Wer die Arbeit Ruth Bettina Birns mit den entsprechenden Kapiteln des Sammelbandes vergleicht, bemerkt freilich den Qualitätsunterschied zwischen fakten gesättigter Beschreibung und historischer Analyse. Deutsche Unternehmen haben zur Aufarbeitung ihrer Geschichte während des Nationalsozialismus namhafte Historiker – auch aus dem Ausland – berufen und bezahlt, Estland hat dem Nachwuchs eine Chance gegeben. Eventuell hätten estnische Steuergelder besser angelegt werden können, wenn Historiker vom Format Birns beteiligt gewesen wären.

OLAF MERTELSMANN

HENNING VON WISTINGHAUSEN: *Im freien Estland. Erinnerungen des ersten deutschen Botschafters 1991–1995*. Böhlau Verlag. Köln, Weimar, Wien 2004. 694 S. ISBN: 3412114049.

Estland, die nördlichste Region des Baltikums, ist im europäischen Maßstab ein kleines Land mit wenig mehr als 1 Mio. Einwohnern und einer Fläche kaum größer als Dänemark oder die Schweiz. Weder militärisch noch ökonomisch ein Schwergewicht, war und ist das Land an der Ostsee jedoch immer ein Grenzland gewesen, bisweilen auch eine Brücke zwischen West und Ost. Aufgrund der wechselvollen Geschichte des Baltikums war und ist Estland vor allem ein dem europäischen christlichen Kulturkreis eng verbundenes Land, in dem gerade der Einfluss des deutschen sozialen und kulturellen Milieus bzw. der Deutschbalten lange Jahrhunderte dominant war. Aus diesem Grund erscheint es verständlich, wenn Henning von Wistinghausen, der erste Botschafter Deutschlands in Estland nach 1991, seine über 600 Seiten starken Erinnerungen an die wichtigen Jahre nach der Wiedererlangung der estnischen Selbständigkeit vorlegt.

Der Autor, „Angehöriger einer deutschbaltischen [Adels-]Familie, die jahrhundertlang mit dem Schicksal Estlands verbunden war“ (S. XIV), gliedert sein Werk in chronologische Abschnitte, die immer wieder mit persönlich-subjektiven Erlebnissen angereichert werden. Hier zeigt sich eine der Stärken des Buches, wenn emotional bewegende Ereignisse unvermittelt den Leser überraschen. Da der Verfasser täglich mit der politischen und geistig-kulturellen Elite des Landes zusammentraf, werden Persönlichkeiten Estlands wie Lennart Meri, Mart Laar, Tiit Vähi, Jaan Kross und viele andere durch kleine Novellen lebendig, von denen man in den Geschichtsbüchern nur selten etwas vernehmen kann. Das umfangreiche Personenregister (S. 677–687) belegt dies eindrucksvoll; Nichteingeweihte dürften Kurzbiogramme zu den wichtigen Personen der estnischen Gegenwart jedoch schmerzlich vermissen.

Das Buch ist in zwei Teile aufgebaut, wobei der zweite in fünf Jahresabschnitte zerfällt (1991–1995). In einem „Vorspiel“ (Teil I) berichtet von Wistinghausen von den Monaten, die er 1990/91 als deutscher Generalkonsul – als „gewöhnlicher Karrierediplomat“ (S. 1) – in Leningrad verbrachte. Durch häufig eingeschaltete Vorgriffe auf die Jahre und Jahrzehnte vor den entscheidenden Perestrojka-Jahren der Gorbatschow-Ära zurück in die Phase der „neuen deutschen Ostpolitik“ der Brandt-Regierung wird der Leser bisweilen etwas verwirrt, da doch die Stringenz des Dargestellten darunter leidet. Doch gelingt es dem Verfasser immer wieder durch seine spannenden Beschreibungen zu fesseln, vor allem was die krisenhaften Monate des Winters 1990/91 betrifft. Dass er sich dabei vereinzelt recht theatralischer Formulierungen bedient – Die „Bonner Ablehnungsfront war mehr oder weniger [...] sturmreif geschos-



sen“ (S. 15); „Das Imperium schlägt zurück“ (S. 50); „Sternstunden der Menschheit“ (S. 97) –, ist der persönlichen Betroffenheit angesichts dramatischer Ereignisse vor allem im August 1991 während der Ungewissheit um den Ausgang des Moskauer Putschversuchs geschuldet, die wohl niemanden, der diese Zeit miterlebte, unbeteiligt ließ. Bekanntlich erklärte Estland am 20. August 1991 die Wiedererlangung der Unabhängigkeit, die dem Land den Weg „zurück nach Europa“ bereitete und Henning von Wistinghausen den Weg „zurück nach Estland“ – als erster bundesdeutscher Botschafter in Tallinn.

Die erste Phase der Botschaftertätigkeit (1991: S. 124–204) war notgedrungen geprägt vom Aufbau der diplomatischen Vertretung und der Suche nach einer geeigneten Immobilie für die deutsche Auslandsvertretung. Dass ein Diplomat auch Rückschläge hinnehmen bzw. einen langen Atem beweisen muss, macht die Lektüre überdeutlich. In amüsanten Insider-Geschichten berichtet der Verfasser aber nicht nur von Schwierigkeiten, sondern auch von menschlicher Nähe und freundschaftlichen Diskussionen mit den neuen Mächtigen in Tallinn. In erster Linie ist es wohl der ungemein intensiven Gesprächsbereitschaft des estnischen Außenministers und seit 1992 Staatspräsidenten Lennart Meri, dem der Autor „angenehme, geradezu verführerische Umgangsformen“ bescheinigt (S. 62), zu verdanken, dass dem Leser im vorliegenden Buch sehr detail- und äußerst aufschlussreiche Informationen geboten werden, welche die estnische Innen- und Außenpolitik der 1990er Jahre verständlicher machen. Ausführlich wird der Besuch des deutschen Außenministers Hans-Dietrich Genscher gewürdigt und auch weitere Hilfsmaßnahmen Deutschlands für die junge baltische Republik angesprochen, so z.B. die Beratertätigkeit in Verfassungsfragen durch Roman Herzog, die Unterstützung bei der Privatisierung durch Herbert B. Schmidt u.a. Dennoch macht von Wistinghausen verstärkt deutlich, dass die deutsche Wirtschafts- und Finanz-, aber auch rein die politische Hilfe für die estnische Regierung und den estnischen Staat seit 1991 immer wieder hinter dem Möglichen zurückgeblieben ist, und der Botschafter den „Kampf gegen die Windmühlen bundesrepublikanischer Bürokratie“ häufig nicht als Sieger beendete. Demgegenüber war er bei der Restaurierung der Wappenepitaphe von Familien der deutschbaltischen Ritterschaften in der Tallinner Domkirche mehr vom Erfolg verwöhnt; dies wurde zunehmend zu einer Herzensangelegenheit für den Verfasser.

Mit dem Jahr 1992 (S. 205–342) verändern sich die Rahmenbedingungen in Estland. Die Regierung Edgar Savisaar wird beendet, Außenminister Meri tritt zurück, es stehen Wahlen zum Parlament und zum Staatspräsidenten an, die Probleme mit dem östlichen Nachbarn beginnen sich zu verstetigen – Energieprobleme, die Behandlung der russischsprachigen Minderheit, der russische Truppenabzug, Grenzfragen – und bleiben für die gesamte Dauer der Amtszeit von Wistinghausens in Tal-

linn bestimmend. Die Schilderungen der ersten Wahlen im unabhängigen Estland 1992, die außen- und innenpolitischen Weichenstellungen unter der neuen Regierung von Mart Laar, die Verteidigungspolitik der neuen Militärführung, die Kommunalwahlen, Regierungskrisen, Staatsbesuche und die wiederholten Versuche Russlands, Einfluss auf Estlands Politik zu nehmen, lesen sich informativ, stellenweise spannend und überraschen immer wieder durch unbekannt Details.

Auch 1993 (S. 343-465) ist die Darstellung von Wistinghausens geprägt von den immer gleichen, nichtsdestotrotz nie ermüdenden Themen: die deutsch-estnische Zusammenarbeit, die Minderheitenproblematik und die KSZE, das Ausländergesetz und der „runde Tisch“, die Verhandlungen über den russischen Truppenabzug, Besuche deutscher Politiker (Richard von Weizsäcker und Klaus Kinkel) sowie Fragen der baltischen Kooperation. Das diplomatische Tagesgeschäft muss bisweilen anstrengend bis desillusionierend sein – diese Erkenntnis gewinnt man bei der Lektüre angesichts des offensichtlich verbreitete Desinteresse einer schwerfälligen Bürokratie, die die Vor-Ort-Einschätzungen ihrer Auslandsvertretung nur selten, wenn überhaupt aufgreift und für außenpolitische Impulse nutzt.

Mit dem Jahr 1994 (S. 466-567) erlebt Estland erstmalig einen Verfassungskonflikt, eine Regierungskrise und ein nie da gewesenes Wirtschaftswachstum. Henning von Wistinghausen berichtet aus erster Hand von den deutschen Hilfsaktionen für den Grenzschutz und die Sicherheitsorgane Estlands, ja auch von seinen Impulsen als „Anwalt der Esten“ bei Vladimir Putin in St. Petersburg (S. 489). Breiten Platz nimmt die Schilderung der Verhandlungen mit Moskau über den Truppenabzug, die Frage der Behandlung der ehemaligen Sowjetoffiziere in Estland und die Lösung der Grenzstreitigkeiten ein. Bekanntlich konnte Lennart Meri den ersten Problempunkt quasi „im Alleingang“ mit dem russischen Präsidenten Boris El'cin beseitigen – ein Katz-und-Maus-Spiel, das der Autor in aller Deutlichkeit dem Leser vor Augen führt. Das Jahr ist für den Botschafter auch persönlich von Erfolg gekrönt: die neue Residenz auf dem Domberg, in einem geschichtsträchtigen und in der Familiengeschichte der von Wistinghausens bedeutsamen Domizil kann bezogen werden. Die persönlichen Erlebnisse des Verfassers werden – wie bereits in den Kapiteln zu den vorangegangenen Jahren – in die Schilderung einer Sommerreise über Land eingeflochten, wobei Todesfälle im Familien- und Bekanntenkreis dem Leser Zugang zu einem sehr privaten Bereich des Botschafters ermöglichen. Dass der Tod auch für die estnische Bevölkerung 1994 an plötzlicher Aktualität gewann, macht der Untergang der „Estonia“ am 28. September 1994 deutlich; von Wistinghausen wird der Tragödie in der Ostsee würdevoll gerecht.

Das darauf folgende Jahr (S. 568-645) steht ganz im Zeichen des Endes der Botschaftertätigkeit von Wistinghausens. Gute Hintergrundinfor-

mationen bietet er hier zum Tschetschenienkrieg, zu den estnischen Parlamentswahlen von 1995 und der Regierung unter Tiit Vähi, zum Kinkel-Besuch sowie den Feierlichkeiten zum 50. Jahrestags des Kriegsendes – und schließlich zu den Verhandlungen über einen Grenzvertrag mit Russland, der bekanntlich erst Jahre später von estnischer Seite ratifiziert, aber bis heute (2007) noch nicht von russischer Seite gegengezeichnet wurde bzw. eine schon geleistete Unterschrift im September 2005 vom Außenministerium wieder zurückgezogen wurde. Wehmütiges und Bewegendes hat der Autor zu vermelden, zuweilen auch Humorvolles wie die Ordensverleihung für Jaan Kross, den Nestor der estnischen Gegenwartsliteratur. Abrupt beendet der Verfasser nun seine Erinnerungen; der knappe Hinweis auf seine weitere Verwendung als deutscher Botschafter in Almaty lässt den Leser spüren, wie schwer dem Botschafter der Abschied von „seinem“ Estland gefallen sein muss.

Die Erinnerungen des deutschen Botschafters in Tallinn bilden zweifellos eine fast unerschöpfliche Fundgrube an interessanten Details, aber auch weiträumigen Einschätzungen und Erkenntnissen aus einem „Wetterwinkel europäischer Politik“ nach dem Zusammenbruch der alten Machtssysteme. Aufgrund der relativ großen Nähe zu den wichtigen Politikerinnen und Politikern Estlands kann von Wistinghausen unschätzbare Informationen vermitteln, die in dieser gedrängten Dichte kaum eine Frage offen lassen dürften – allerdings immer mit der Einschränkung, dass es sich hierbei um die Eigensicht des Autors handelt. Aber wer wollte ihm das verdenken? Es gehört schließlich zu den Eigenheiten von Memoiren, die eigene Sicht vom Lauf der Dinge weiterzugeben – und hier hat von Wistinghausen eine verdienstvolle Arbeit geleistet. Selten nur lässt der Autor Antipathien durchklingen, es überwiegt der sachlich-diplomatische Ton. Nur bei wenigen Personen wie Edgar Savisaar, dem russischen Außenminister Andrej Kozyrev – „mir fiel sein unsteter Blick auf“ (S. 513) – oder dem Minister Endel Lippmaa – dem „demagogische Brillanz“ bescheinigt wird (S. 607) – wird dem Leser „durch die Blume“ zu verstehen gegeben, was von der Person zu halten sei. Mehrfach nimmt der Autor schließlich die Unfähigkeit von „Tausenden von Ostforschern“, sich als Auguren der sowjetischen Perspektiven 1989/90 zu betätigen, ins Visier.

Dass der diplomatische Ton in seinem Bestreben nach Ausgewogenheit und umfassender Beschreibung von Sachverhalten allerdings bisweilen viele verschiedene Gedankengänge in einen Satz zu pressen versucht, auch dafür finden sich Beispiele im vorliegenden Buch. Hier hätte sich ein Verlagsredakteur oder Lektor einige Meriten verdienen können, wenn er etwas mutiger in Satzungetüme eingegriffen hätte. Möglicherweise hat der renommierte Böhlau-Verlag auch ganz auf einen Lektor verzichtet, denn im formalen Bereich liegt einiges im Argen: z.B. bei der Beachtung der Zeitenfolge (S. 376, 379, 381, 384, 388 usw.) und der Kom-

maregeln (S. 368, 371, 375, 380, 393, 400, 410, 422, 433 usw.). Wer sich die alte deutsche Rechtschreibung auf die Fahnen schreibt, sollte bei so sensiblen Bereichen nicht der Willkür Tür und Tor öffnen. Schließlich gilt es auch, bei der Verwendung der indirekten Rede im Deutschen einige Regeln einzuhalten, die in der vorliegenden Publikation wohl eher ignoriert wurden, den Lesefluss jedoch ungemein behindern.

Erklärungsbedürftig ist die – zudem nicht immer durchgängig angewandte – Praxis, die Ortsnamen auf Deutsch zu präsentieren, während die estnischen Namensformen kursiv gesetzt werden. An vielen Stellen bleibt der Autor auch bei der Verwendung nur deutscher Namensformen. Dies wirkt bisweilen anachronistisch, wenn Ereignisse in Reval, Dorpat oder auf Oesel nach 1991 beschrieben werden (S. 95, 97, 200, 223, 381, 388, 405, 408, 412, 415, 426 u.ö.).

Der Zeittafel im Anhang hätte der eine oder andere Hinweis auf Ereignisse der Geschichte Estlands bzw. des Baltikums seit der Missionierung und Unterwerfung der Region seit der Mitte des 12. Jahrhunderts sicherlich nicht geschadet, denn das Geschichtsverständnis der Esten gründete und gründet auf vielfältigen, nicht nur positiven Nachrichten über das Mit-, Neben-, aber häufig auch Gegeneinander von deutschbaltischer Oberschicht und autochthoner Landbevölkerung, die sich erst im 19. Jahrhundert ihrer eigenen Identität bewusst zu werden begann. Diese Geschichte von Krisen, Unruhen, Aufständen und Revolution wird im Buch kaum angedeutet; nur bei der Erwähnung des „Landeswehrkrieges“ (S. 534) erscheinen dunkle Wolken am Himmel der deutschbaltisch-estnischen gemeinsamen Geschichte. Der vom Verfasser erwähnte „baltische Sündenfall“<sup>1</sup> war jedoch mitnichten eine unglückliche militärische Auseinandersetzung, die „auf lange Zeit die Atmosphäre zwischen Deutschen und Esten vergiftete“, sondern bildete nach den Bauernunruhen des 18. und 19. Jahrhunderts, nach den Pressekämpfen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und nach dem Debakel der Russischen Revolution von 1905 einen blutigen Höhepunkt in der Auseinandersetzung um die Dominanz im neu gegründeten estnischen Nationalstaat.

Die in den Text eingepassten Verweise auf die mannigfaltigen Verästelungen deutschbaltischer Genealogie in Bezug auf die eigene Familie lassen einen in der Familiengeschichte nicht firmen Leser etwas ratlos zurück; hier hätte eine Darstellung der verschiedenen Familienzweige der letzten Jahrhunderte im Anhang sicherlich viel zur Klärung beitragen können. Zwar sind diese Informationen für Insider äußerst interessant, für den Großteil der Leser jedoch kaum einzuordnen. Für den Anhang würde sich auch anbieten, neben genealogischen Übersichten und Kurzbiogrammen einige Literaturempfehlungen zu Geschichte und Gegenwart Estlands bzw. Informationsquellen (Institutionen, Bibli-

<sup>1</sup> BEREND VON NOTTBECK: Vorgeschichte einer Schlacht von Libau nach Wenden, Tallinn 1992, S. 83f.

otheken, Internet) zum nördlichsten Staat im Baltikum aufzunehmen. Ganz und gar nicht wegzudenken wäre auf jeden Fall eine aktuelle Karte der Tallinner Altstadt, da viele Straßen und Gebäude für Ortsunkundige kaum zu verorten sind. Dann würde auch klar werden, dass der mehrfach erwähnte Lange Domberg auf Estnisch nicht *Lühike Jalg* (der Kurze Domberg) sondern *Pikk Jalg* heißt (S. 61, 89). Vielleicht lässt sich das ja bei einer zweiten Auflage der von Wistinghausen-Memoiren verwirklichen – zu wünschen wäre sie dem Buch von ganzem Herzen.

KONRAD MAIER

